

**“Herzog und Adel in Bayern-Landshut unter Heinrich XVI.
dem Reichen (1393-1450)”**

Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Philosophischen
Fakultät III (Geschichte, Gesellschaft und Geographie) der Universität
Regensburg

vorgelegt von

Karin Kaltwasser

aus

Wallersdorf

2003

Fakultät III

Regensburg 2003

Erstgutachter: Prof. Dr. Peter Schmid
Universität Regensburg

Zweitgutachter: Prof. Dr. Franz Fuchs
Universität Würzburg

VORWORT

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2003/2004 von der Philosophischen Fakultät III – Geschichte, Gesellschaft und Geographie – der Universität Regensburg als Dissertation angenommen.

Während der Entstehung dieser Arbeit habe ich von zahlreichen Personen Unterstützung erhalten, denen ich an dieser Stelle herzlich danken möchte. An erster Stelle gilt mein Dank Prof. Dr. Peter Schmid, nicht nur für die Anregung zur Bearbeitung des Themas, sondern auch für das entgegengebrachte Vertrauen und die hervorragende Betreuung während der gesamten Entstehungszeit. Stets für kritische Diskussionen offen begleitete er diese Arbeit, die von seinen Anregungen sehr profitierte. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin an seinem Lehrstuhl gewährte er mir darüber hinaus den nötigen Freiraum und Rückhalt, um das Thema zu erarbeiten und zum Abschluss zu bringen. Ebenso möchte ich meinem Zweitgutachter Prof. Dr. Franz Fuchs für seine zahlreichen wertvollen Hinweise und Vorschläge danken.

Ferner möchte ich mich bei den Leitern und Mitarbeitern der von mir besuchten Archive bedanken, die mich bei der Quellensuche unterstützten. Insbesondere gilt mein Dank dem Hauptstaatsarchiv in München und seinem Leiter Prof. Dr. Joachim Wild für seine entgegenkommende Unterstützung bei der Benutzung der Bestände.

Zu danken habe ich auch der Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und besonders ihrem Ersten Vorsitzenden, Herrn Prof. Dr. Alois Schmid, für die großzügige Förderung meiner Arbeit in Form eines Stipendiums.

Weiterhin möchte ich Frau Dr. Martina Trapp und Herrn Dr. Jürgen Seidl für die Übernahme des Korrekturlesens danken sowie Frau Dr. Michaela Bleicher und Herrn Dr. Dietmar Heil für ihr Verständnis, das sie mir während der Phase der Dissertation entgegengebracht haben.

Meinen Eltern schließlich widme ich dieses Buch, die durch ihre Unterstützung während meiner Ausbildung, des Studiums und der Dissertationsphase dieses Werk erst ermöglichen.

Regensburg, im August 2004

Karin Kaltwasser

<i>Vorwort</i>	- III-
<i>Inhaltsverzeichnis</i>	-IV-VI-
<i>A. Einleitung</i>	- 1-
<i>I. Forschungsstand</i>	- 2-
<i>II. Problemstellung und Vorgehensweise</i>	- 9-
<i>III. Quellenlage</i>	- 10-
<i>B. Herzog und Adel in Bayern-Landshut unter Heinrich XVI. dem Reichen (1393 -1450)</i>	- 14-
<i>I. Herzog und Adel im spätmittelalterlichen Bayern</i>	- 14-
<i>II. Der Einfluss des Adels in der Vormundschaftszeit Herzog Heinrichs XVI. des Reichen von Bayern-Landshut (1393 -1404)</i>	- 28-
<i>1. Der Adel als Nutznießer der Landesteilung von 1392</i>	- 29-
<i>2. Der Adel als Wahrer der Eigenständigkeit Bayern-Landshuts</i>	- 35-
<i>3. Die Herrschaftspartizipation des Adels</i>	- 49-
<i>a) Der Machtzuwachs des Adels unter dem Viztum Oswald Törring zu Stein</i>	- 53-
<i>b) Der Adel als Geldgeber des Herzogs</i>	- 62-
<i>c) Der Weg Herzog Heinrichs XVI. aus der Unmündigkeit in die selbstständige Regierung</i>	- 78-
<i>d) Das Ende der Vormundschaftsregierung</i>	- 89-
<i>e) Der Einfluss oberbayerischer Räte in Bayern-Landshut</i>	- 95-
<i>III. Herzog und Bürgertum im Konflikt – Die Rolle des Adels bei den Landshuter Bürgerunruhen von 1408 und 1410</i>	-106-

1. Die politische und wirtschaftliche Situation der Stadt Landshut an der Wende des 14. zum 15. Jahrhundert	-106-
2. Die Auseinandersetzungen zwischen Herzog und Stadtbürgertum	-111-
a) Die Unruhen von 1408	-112-
b) Die Unruhen von 1410	-117-
c) Ursachen und Auslöser	-122-
3. Der Anteil des Adels an den Auseinandersetzungen zwischen Herzog und Stadtbürgertum	-129-
a) Die beteiligten herzoglichen Räte	-130-
b) Der Gegensatz zwischen Adel und Stadtpatriziat	-140-
IV. Herzog und Adel im Konflikt – Landesherrschaftliche Konzentration contra adelige Selbstbehauptung	-149-
1. Der Streit Herzog Heinrichs XVI. von Bayern-Landshut mit Kaspar Törring zu Törring	-150-
2. Das Versagen von Herzogs- und Königsgericht	-153-
3. Bündnis und Einung als alternative Formen adeliger Selbsthilfe	-160-
a) Der Bayerische Adelsbund von 1416	-161-
b) Die Aichacher Einung von 1420	-172-
c) Bündnis- und Einungswesen als „Sackgasse“	-179-
d) Die Schleifung der Törring'schen Burg	-180-
e) Das Eingreifen des Königs	-183-
4. Die Westfälischen Femgerichte als Ausweg?	-190-

V. <i>Die Integration des Adels in das Regierungssystem Herzog Heinrichs XVI. des Reichen im Zuge landesherrschaftlicher Konsolidierung (1430-1450)</i>	-201-
1. <i>Herzog und Adel im Hofgericht</i>	-202-
a) <i>Organisation und Besetzung des Hofgerichts</i>	-205-
b) <i>Der Herzog als Kläger im Hofgericht</i>	-212-
c) <i>Der Adel als Kläger im Hofgericht</i>	-218-
d) <i>Die Schiedsgerichtsbarkeit als Alternative?</i>	-223-
2. <i>Herzog und Adel in der Landfriedenswahrung</i>	-233-
a) <i>Möglichkeiten und Grenzen des Adels bei der Landfriedenswahrung</i>	-237-
b) <i>Die Integration des Adels über die landesherrliche Organisation der Landesverteidigung</i>	-246-
C. <i>Schluss</i>	-254-
D. <i>Abkürzungsverzeichnis</i>	-265-
E. <i>Verzeichnis benutzter Archive und Bestände</i>	-267-
F. <i>Quellen- und Literaturverzeichnis</i>	-271-
G. <i>Anhang</i>	-288-
I. <i>Übersicht über die Adeligen in den höchsten Staatsämtern in Bayern-Landshut während der Vormundschaftszeit Herzog Heinrichs XVI. des Reichen (1393-1404)</i>	-288-
II. <i>Stammtafel</i>	-289-

A. Einleitung

Herzog Heinrich XVI. (*1386/1393 - 1450) war der erste der drei Reichen Herzöge, die von Landshut aus das niederbayerische Herzogtum im 15. Jahrhundert regierten. Er gilt heute als Begründer des für spätmittelalterliche Verhältnisse ungewöhnlichen Reichtums der Landshuter Herzöge,¹ der wie kaum ein anderer sein Land durch eine straff organisierte und verbesserte Administration auf Erfolgskurs brachte.² Dank seines strengen Regiments gelang ihm in einer „Epoche des Geldmangels“, in der der Übergang zur durchorganisierten Landesherrschaft in den Territorien weit mehr Geld verschlang, als die meisten Fürsten des 15. Jahrhunderts zur Verfügung hatten, nicht nur die aner kennenswerte Leistung der finanziellen Sanierung seines zu Regierungsbeginn hoch verschuldeten Herzogtums, sondern darüber hinaus die Stärkung seiner landesherrlichen Autorität gegenüber den geistlichen und weltlichen Herrschaftsträgern des Landes.³ Der landsässige Adel als politische, ökonomische und militärische Führungselite und bedeutendster Herrschaftsträger neben dem Fürsten im Land war davon in besonderer Weise betroffen.

Vor dem Hintergrund landesherrschaftlicher Konsolidierung, die am Ende der langjährigen Regierungszeit Heinrichs XVI. des Reichen stand und den Aufstieg Bayern-Landshuts in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts mit begründete, konzentriert sich die vorliegende Untersuchung auf zwei zentrale Aspekte: Auf der einen Seite soll die Entwicklung der machtpolitischen Strukturen im Verhältnis zwischen Herzog und Adel analysiert werden. Auf der anderen Seite sollen die vielfältigen Beziehungen und Bindungen zwischen Herzog und Adel in ihren Auswirkungen auf das Verhältnis zueinander innerhalb der territorialen Staatsentwicklung untersucht werden.

¹ Vgl. CRAMER-FÜRTIG/STAUBER, Burghauser Schatz, S. 10; ZIEGLER, Staatshaushalt, S. 319, Anm. 31: Glaubwürdigen Schätzungen zufolge belief sich der Reichtum der Landshuter Herzöge auf eine Summe zwischen 700.000 fl. und 1.200.000 fl. an Bargeld und ca. 300.000 fl. an Kleinodien.

² Vgl. ETTELT-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. I, S. 251; SCHÖNEWALD, Herzog Ludwig der Reiche, S. 10.

³ ZIEGLER, Bedeutung des Beinamens „reich“, S. 161. Vgl. ETTELT-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. I, S. 356.

I. Forschungsstand

Obwohl die Erinnerung an die Reichen Herzöge von Bayern-Landshut bis in die heutige Zeit dank der seit 1903 alle vier Jahre stattfindenden, mit viel Engagement zelebrierten Aufführung der Landshuter Hochzeit⁴ weit über die Grenzen Niederbayerns hinaus lebendig geblieben ist, gehören die Reichen Landshuter Herzöge Heinrich XVI., sein Sohn Ludwig IX. (1450-1479) und sein Enkel Georg (1479-1503) zu den in der Fachwissenschaft wenig erforschten Herrschergestalten des spätmittelalterlichen Bayern. Umfassende, den wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Biografien zu Heinrich XVI. oder Ludwig IX. fehlen. Lediglich Georg der Reiche fand durch die umfangreiche Dissertation von Reinhard Stauber eine entsprechende Würdigung.⁵ Neben einigen älteren Darstellungen liegen insgesamt zu den Reichen Herzögen nur wenige, sich auf Teilaspekte konzentrierende Einzelstudien aus jüngerer Zeit vor. Grundlegend zur politischen Entwicklung Bayerns im Spätmittelalter sind daher nach wie vor die Werke Sigmund von Riezlers⁶, Michael Doeberls⁷ und die summarisch-komprimierten Beiträge im Handbuch der bayerischen Geschichte.⁸ Einen ersten Überblick zu den wittelsbachischen Herzögen des 15. Jahrhunderts geben außerdem Ziegler, Wild und Stauber.⁹

Über Heinrich XVI. den Reichen¹⁰ existieren bislang nur vereinzelte Studien, wie grundsätzlich wenig über die Teilherzogtümer und die wittelsbachischen Herzöge, die seit der Zeit Kaiser Ludwigs des Bayern regierten, gearbeitet wurde. Eine vergleichende Arbeitsweise, die in manchen Bereichen hilfreich wäre, ist daher nahezu unmöglich. Vorarbeiten zu Herzog Friedrich, dem Vater Heinrichs XVI., fehlen beispielsweise

⁴ Vgl. zur Landshuter Hochzeit zuletzt DORNER, Herzogin Hedwig; BECKENBAUER, Momentaufnahme.

⁵ Vgl. STAUBER, Georg von Bayern-Landshut.

⁶ Vgl. RIEZLER, Geschichte Baierns.

⁷ Vgl. DOEBERL, Entwicklungsgeschichte.

⁸ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer; KRAUS, Sammlung; VOLKERT, Staat und Gesellschaft; GLASER, Kirchlich-religiöse Entwicklung; BOEHM, Hochschulwesen.

⁹ Vgl. ZIEGLER, Herzöge von Landshut; WILD, Herzöge von Straubing und Ingolstadt; STAUBER, Herzöge von München. Vgl. zu Bayern-Landshut auch TAUSCHE/EBERMEIER, Geschichte Landshuts; SPITZLBERGER, Herzogtum; BAYERN-INGOLSTADT, BAYERN-LANDSHUT; BLEIBRUNNER, Niederbayern; BLEIBRUNNER, Große Niederbayern; SCHROTT, Herrscher Bayerns; RALL, Wittelsbacher in Lebensbildern.

¹⁰ Vgl. zu seiner Person KLUCKHOHN, Heinrich der Reiche; REINDEL, Heinrich XVI.; RALL, Wittelsbacher in Lebensbildern, S. 84-87.

völlig. Zur Vormundschaftszeit Heinrichs XVI. des Reichen muss daher auf Böhmers Arbeit über die Vierherzogzeit¹¹ zurückgegriffen werden. Daneben beschäftigte sich bislang nur Niederlechner in einem kurzen Beitrag mit der Vormundschaftsregierung.¹² Die Landshuter Bürgerunruhen von 1408/10 sind hingegen durch die Arbeiten Herzogs, Rillings, Spitzlbergers und Emslanders gut erschlossen.¹³ Rillings Studie geht darüber hinaus auf die Judenpolitik und die inneren Strukturen des Landshuter Herzogtums in den ersten beiden Jahrzehnten nach der Vormundschaftsregierung ein.

Für die spätmittelalterliche Entwicklung Landshuts als Regierungszentrum und Residenzstadt sind Theo Herzogs Einleitung zum Landshuter Urkundenbuch¹⁴, der einschlägige Band des Historischen Atlases von Bayern von Dieter Becher¹⁵ und der Aufsatz Zieglers über die Entwicklung der niederbayerischen Residenzen heranzuziehen.¹⁶

Mit den Auseinandersetzungen um das Herzogtum Bayern-Ingolstadt und seiner Übernahme durch Heinrich XVI. den Reichen nach dem Aussterben der Ingolstädter Linie 1447 setzte sich neben Ettelt-Schönewald vor allem Renate Kremer in ihrer Dissertation auseinander.¹⁷

Einen ersten Überblick zur inneren Entwicklung des Landshuter Herzogtums verschafft Wilhelm Störmer in seinem Aufsatz über die innere Konsolidierung der wittelsbachischen Territorialstaaten in Bayern im 15. Jahrhundert.¹⁸ Für den Ausbau der Landesherrschaft und den Prozess der Territorialstaatsbildung sind die Arbeiten Pankraz Frieds einschlägig.¹⁹ Ettelt-Schönewalds Dissertation über Ludwig den Reichen, die die letzten beiden Jahrzehnte der Regierungszeit Heinrichs XVI. des Reichen mit berücksichtigt, geht ausführlich auf das landesherrliche Regierungssystem und die

¹¹ Vgl. BÖHMER, Vierherzogzeit.

¹² Vgl. NIEDERLECHNER, Beitrag.

¹³ Vgl. HERZOG, Bürgerunruhen; RILLING, Studien; SPITZLBERGER, Bürgerverschwörung; EMSLANDER, Heiliggeistkirche.

¹⁴ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch.

¹⁵ Vgl. BECHER, Landshut.

¹⁶ Vgl. ZIEGLER, Niederbayerische Residenzen. Vgl. zur Entwicklung in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts SCHÖNEWALD, Verwaltungsalltag; STAUBER, Herzogtum Niederbayern.

¹⁷ Vgl. ETTELT-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche; KREMER, Auseinandersetzungen.

¹⁸ Vgl. STÖRMER, Innere Konsolidierung.

¹⁹ Vgl. FRIED, „Modernstaatliche“ Entwicklungstendenzen; FRIED, Zur „staatsbildenden“ Funktion; FRIED, Grafschaft, Vogtei und Grundherrschaft. Einen allgemeinen Überblick zu Problematik und Forschungsstand gibt SCHUBERT, Fürstliche Herrschaft.

Entwicklung von Kanzleiwesen und herzoglichem Rat unter Heinrich XVI. dem Reichen und seinem Nachfolger ein.²⁰ Ein umfassendes Bild ergibt sich in Zusammenschau mit den weiteren von Hans Rall angeregten Arbeiten zu Geschichte und Entwicklung des Rates im spätmittelalterlichen Bayern. Im Bezug auf Niederbayern sind hier vor allem die Arbeiten Schnurrers, Volkerts und Turturs relevant.²¹ Besonders Andrian-Werburgs Studie über Urkundenwesen, Kanzlei, Rat und Regierungssystem der Herzöge Johann II., Ernst und Wilhelm III. von Bayern-München²² liefert wertvolle Hinweise auf verwaltungstechnische Entwicklungstendenzen, die auch in Bayern-Landshut zu beobachten sind. Für die landesherrliche Finanzverwaltung ist nach wie vor Walter Zieglers Studie zum Staatshaushalt Bayerns in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts mit entsprechenden Hinweisen auf die Zeit davor maßgebend.²³ Ziegler, Cramer-Fürtig und Stauber gingen außerdem der Frage nach der Herkunft des Reichtums der Landshuter Herzöge und ihres Beinamens nach.²⁴ Mit Alltagsleben und Hofstaat der Landshuter Herzoginnen beschäftigte sich zuletzt Dorner.²⁵

Was die Verwaltung anbelangt, muss auf Eduard Rosenthals Geschichte des Gerichtswesens und der Verwaltungsorganisation Bayerns sowie Sebastian Hiereths einführenden Band zum Historischen Atlas zurückgegriffen werden.²⁶ Einen guten Überblick über das Ämterwesen und die territoriale Verwaltungsorganisation im 14./15. Jahrhundert gibt auch Dietmar Willoweit in seinem Beitrag in der Deutschen Verwaltungsgeschichte.²⁷

Für Landesgesetzgebung, Gerichtsverfassung und Rechtssprechung im spätmittelalterlichen Bayern sind die Arbeiten Lieberichs, Sagstetters, Schlossers und

²⁰ Vgl. ETTTEL-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche. Vgl. daneben zum Landshuter Kanzleiwesen WILD, Fürstenkanzlei; WILD, Handzeichen; LIEBERICH, Klerus und Laienwelt; LIEBERICH, Gelehrte Räte; STAUBER, Der letzte Kanzler.

²¹ Vgl. SCHNURRER, Kanzlei; VOLKERT, Kanzlei; TURTUR, Regierungsform. Daneben sind in dieser Reihe von Arbeiten mit gleichlautendem Thema erschienen: HOFMANN, Urkundenwesen; SPRINKART, Urkundenwesen; BANSÄ, Studien; LUCHA, Kanzleischriftgut. Eine entsprechende Studie zu Herzog Friedrich von Bayern-Landshut (1375-1393) fehlt.

²² Vgl. ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen.

²³ Vgl. ZIEGLER, Staatshaushalt.

²⁴ Vgl. ZIEGLER, Bedeutung des Beinamens „reich“; CRAMER-FÜRTIG/STAUBER, Burghausener Schatz.

²⁵ Vgl. DORNER, Herzogin Hedwig.

²⁶ Vgl. ROSENTHAL, Gerichtswesen; HIERETH, Bayerische Gerichts- und Verwaltungsorganisation.

²⁷ Vgl. WILLOWEIT, Entwicklung.

Koblers wertvoll.²⁸ Mit Fragen der Landesverteidigung setzte sich jüngst Helmut Rankl in seiner Studie über die Rolle des Landvolks im frühmodernen Staat auseinander.²⁹ Ansonsten ist auf Becks Aufsatz über das bayerische Heerwesen zu verweisen,³⁰ der darüber hinaus Hinweise zu Ständeverzeichnissen und Landtafeln beinhaltet. Zur Quellengattung der bayerischen Landtafeln bieten neben Volkert seit kurzem die Monografien von Cramer-Fürtig und Joachim Schneider eine gute Zusammenfassung.³¹ Für den Übergang der Landfriedenswahrung auf die Territorien und das Verhältnis Bayerns zum Reich im 15. Jahrhundert ist Angermeiers Arbeit über Königtum und Landfriede richtungsweisend.³² Im Bezug auf das politische System Kaiser Sigmunds muss ergänzend auf die Arbeit von Sabine Wefers verwiesen werden.³³ Auf die Fehdepraktiken des Adels ging zuletzt Christine Reinles Studie über die Fehdeführung Nichtadeliger ein.³⁴ Auf Bayern-Landshut im ausgehenden 15. Jahrhundert konzentriert sich vor allem die umfassende Dissertation Reinhard Staubers über die Reichspolitik Herzog Georgs des Reichen.³⁵ Außerdem beschäftigten sich mit den europäischen Verbindungen des Hauses Wittelsbach im 15. Jahrhundert Patze und jüngst Ziegler.³⁶ Was den Adel im spätmittelalterlichen Bayern anbelangt, tut sich eine Forschungslücke auf.³⁷ Seit der grundlegenden, politische und sozialgeschichtliche Aspekte vereinigenden Studie Lieberichs über die bayerischen Landherren und die geburtsständische Abschließung des Turnieradels gegen Ende des 15. Jahrhunderts³⁸ befassten sich damit lediglich die Aufsätze Andrian-Werburgs und Diepolders.³⁹ Während Andrian-Werburg

²⁸ Vgl. LIEBERICH, Feudalisierung; LIEBERICH, Etterrecht; LIEBERICH, Übersicht über die selbständigen Gerichte; LIEBERICH, Hofgerichtsprotokolle; LIEBERICH, Anfänge der Polizeigesetzgebung; LIEBERICH, Übersicht über die Gerichtsorganisation; SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit; SCHLOSSER, Zivilprozess; KOBLE, Schiedsgerichtswesen.

²⁹ Vgl. RANKL, Landvolk.

³⁰ Vgl. BECK, Heerwesen. Vgl. dazu auch LIEBERICH, Heerwesen.

³¹ Vgl. VOLKERT, Landtafeln; CRAMER-FÜRTIG, Landesherr und Landstände, S. 415-420; SCHNEIDER, Niederadel, S. 57-68.

³² Vgl. ANGERMEIER, Königtum. Vgl. zur landesherrlichen Gesetzgebung LIEBERICH, Anfänge der Polizeigesetzgebung; SCHLOSSER, Rechtsgewalt und Rechtsbildung.

³³ Vgl. WEFERS, Politisches System.

³⁴ Vgl. REINLE, Bauernfehden.

³⁵ Vgl. STAUBER, Georg von Bayern-Landshut. Vgl. dazu auch STAUBER, „Unnser lieber Ohaimb“; STAUBER, Herzog Georg der Reiche; SCHMID, Das Haus Wittelsbach; SCHMID, Gemeiner Pfennig.

³⁶ Vgl. PATZE, Wittelsbacher; ZIEGLER, Europäische Verbindungen.

³⁷ Einen Überblick zur deutschen Adelforschung im Mittelalter bietet RÖSENER, Adelsherrschaft, S. 4-10.

³⁸ Vgl. LIEBERICH, Landherren.

³⁹ Vgl. DIEPOLDER, Adelsherrschaften; HIERETH/DIEPOLDER, Teilherzogtümer; ANDRIAN-WERBURG, Altbaierischer Adel.

eine Zusammenfassung des Mitte der 60er Jahre herrschenden Forschungsstandes bietet, ging Diepolder der unterschiedlichen Ausprägung und Dichte der Adels herrschaften in Ober- und Niederbayern infolge verschiedenartiger mittelalterlicher Herrschaftsstrukturen und geographischer Gegebenheiten auf den Grund. Reinle untersuchte vor kurzem die Veränderungen am „unteren Rand des bayerischen Adels“ und konzentrierte sich unter dem Gesichtspunkt der sozialen Mobilität vor allem auf den „Kleinadel“ und die „Diffusionsgrenze zwischen Adel und Nichtadel“.⁴⁰ Einen kontrastiven Vergleich der Sozialstrukturen des landsässigen Adels in Bayern, Sachsen und Franken legte jüngst Joachim Schneider in seiner 2003 erschienen Monografie über den spätmittelalterlichen deutschen Niederadel vor.⁴¹ Zur Personengeschichte des Adels muss auf die von Hans Rall angeregten kanzleigeschichtlichen Arbeiten zurückgegriffen werden,⁴² die jedoch den Mangel an prosopographischen Untersuchungen nicht immer ausgleichen können.⁴³ Untersuchungen zur materiellen Grundlage oder der ökonomischen Leistungskraft des bayerischen Adels liegen erst für das 17. Jahrhundert vor.⁴⁴ Abgesehen von der Atlasforschung⁴⁵ wurde dem bayerischen Adel im Spätmittelalter ansonsten nur am Rande, allenfalls im Rahmen des Einungswesens⁴⁶ oder der landständischen Entwicklung⁴⁷ Aufmerksamkeit geschenkt. Eine Übersicht der wichtigsten Ergebnisse der Ständeforschung gibt der anlässlich eines 1995 statt gefundenen Kolloquiums des Instituts für Bayerische Geschichte herausgegebene Sammelband zum bayerischen Landtag.⁴⁸ Hiereth und zuletzt Sagstetter konzentrierten sich auf die für die Anfänge der Ständebildung und die Rechte des Adels in Niederbayern bedeutsamen Bestimmungen der Ottonischen Handfeste von 1311.⁴⁹ Die Personengeschichte der Landschaft arbeitete

⁴⁰ REINLE, Wappengenossen und Landleute, S. 106, 119, 123. Vgl. zum Niederadel auch REINLE, Die Peuscher.

⁴¹ Vgl. SCHNEIDER, Niederadel.

⁴² Vgl. LIEBERICH, Landherren.

⁴³ Vgl. REINLE, Wappengenossen und Landleute, S. 123; VOLKERT, Verwaltung, S. 27.

⁴⁴ Vgl. KSOLL, Wirtschaftliche Verhältnisse.

⁴⁵ Hier ist vor allem der auch sozialgeschichtliche Fragestellungen berücksichtigende Band von FRIED, Herrschaftsgeschichte der Landgerichte Dachau und Kranzberg hervorzuheben.

⁴⁶ Vgl. OBENAU, Recht und Verfassung; MAU, Rittergesellschaften; CARL, Schwäbischer Bund; HESSLINGER, Anfänge; GEYER, Aufstand; PIENDL, Ritterbünde; ZEITLER, Fürstenmacht; SCHNEIDER, Überregionale Integrationstendenzen.

⁴⁷ Vgl. SPINDLER, Anfänge; BOSL, Geschichte der Repräsentation.

⁴⁸ Vgl. ZIEGLER, Bayerischer Landtag. Vgl. allgemein zum Stand der Ständeforschung SEITZ, Landständische Verordnung, S. 11-26; SCHNEIDER, Niederadel, S. 38-41.

⁴⁹ Vgl. HIERETH, Ottonische Handfeste; SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit.

Lieberich auf.⁵⁰ Eine Monografie über die bayerische Landschaft des 15. Jahrhunderts bzw. der Teilherzogtümer fehlt. Für den Übergang zur Neuzeit liegen Lanzinners Werk über Fürst, Räte und Landstände, Greindls Untersuchung zur bayerischen Ständeversammlung und Cramer-Fürtigs Arbeit über Staatsbildungsprozess und Landstände im Fürstentum Pfalz-Neuburg vor.⁵¹

Die erwähnten Studien Zieglers, Rillings und Ettelt-Schönewalds führten erst in jüngster Zeit zu einer Neubewertung des Herrscherbildes Heinrichs XVI. des Reichen als betriebsamer Landesherr, der den Grundstein zu Reichtum und Aufstieg Bayern-Landshuts im 15. Jahrhundert legte. Seine Verdienste um das Landshuter Herzogtum waren lange Zeit über dem einseitig negativen Urteil der Historiker des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts in Vergessenheit geraten. Die vom zeitgenössischen Denken geprägte Interpretation des Zeitalters Heinrichs des Reichen als das „düstere Jahrhundert“, das den machtpolitischen Niedergang der Dynastie der Wittelsbacher einleitete,⁵² verengte die wissenschaftliche Perspektive auf die dem Interpretationsmuster dienlichen Angaben, wie sie die bayerischen Historiografen des 15./16. Jahrhunderts in ihren Chroniken lieferten. Das gnadenlose Vorgehen Heinrichs XVI. des Reichen gegen die aufbegehrende Landshuter Bürgerschaft 1408/10 und der auf dem Konstanzer Konzil 1417 hinterrücks verübte Mordanschlag auf seinen Ingolstädter Vetter Herzog Ludwig VII. den Bärtigen⁵³ brachten ihm frühzeitig in der bayerischen Historiografie des 15. Jahrhunderts den Ruf als „pluetvergiesser“⁵⁴ ein, der das Herrscherbild Heinrichs XVI. in der Geschichtswissenschaft als Verkörperung des „reinsten Typ des südländischen Gewaltherrschers im Renaissancestil“ bis weit in das 20. Jahrhundert hinein prägte.⁵⁵ Sigmund von Riezler bescheinigte ihm einen

⁵⁰ Vgl. LIEBERICH, Landherren; LIEBERICH, Landstände. Vgl. dazu auch seine älteren Arbeiten LIEBERICH, Landschaft; LIEBERICH, Übersicht über die 1450-1500 landsässigen Geschlechter; LIEBERICH, Übersicht über die 1500-1600 neu in die Landschaft gekommenen Familien; LIEBERICH, Übersicht über die Prälaten; LIEBERICH, Der Bürgerstand.

⁵¹ Vgl. LANZINNER, Fürst, Räte und Landstände; GREINDL, Untersuchungen; CRAMER-FÜRTIG, Landesherr und Landstände.

⁵² DOEBERL, Entwicklungsgeschichte, S. 302. In diesem Sinne auch RIEZLER, Geschichte Baierns.

⁵³ Zu Ludwig VII. dem Bärtigen zuletzt STRAUB, Mythos und Wirklichkeit.

⁵⁴ LEIDINGER, Andreas von Regensburg, S. 712. Dieses Motiv wurde von Aventin aufgegriffen. Vgl. dazu seinen Bericht bei LEXER, Aventinus, S. 544f, wonach Ludwig VII. der Bärtige von Ingolstadt den Landshuter Herzog als „pluethunt“ bezeichnete und nach dessen Attentat auf dem Konstanzer Konzil als „ainen vergiesser des menschen bluets“ vor dem König anklagte.

⁵⁵ SCHROTT, Herrscher Bayerns, S. 75.

„böartigen Charakter“ und ordnete ihn den „aus der Art geschlagenen Wittelsbachern“ zu.⁵⁶ Sein gewalttätiges Naturell und hitziges Temperament wurde oftmals – wohl auch der Einfachheit halber mangels anderer Erklärungsmotive - gerne auf das großväterliche Erbe mütterlicherseits zurückgeführt.⁵⁷ Die schonungslose Inhaftierung seines Erzfeindes Ludwigs des Bärtigen im Kerker zu Burghausen sowie die energische Inbesitznahme des Ingolstädter Erbes 1447 nach dessen Tod ohne Rücksichtnahme auf andere Erbprätendenten vervollständigten dieses Charakterbild vom „skrupellose[n] Herzog“⁵⁸ ebenso wie die vermeintlichen Klagen seiner Ehefrau Margarethe von Österreich und seines Sohnes und späteren Nachfolgers Ludwigs IX. des Reichen über die spartanische Härte des Vaters und dessen bis zum Geiz reichender Sparsamkeit.⁵⁹ Den Zeitgenossen blieb Heinrich XVI. der Reiche aber nicht allein seiner Gewalttätigkeit wegen in Erinnerung, sondern auch als Fürst, der durch ein sorgsames Regiment Frieden und Sicherheit im Land herstellte und dadurch sich und seinem Herzogtum Ansehen und große Reichtümer bescherte.⁶⁰

⁵⁶ RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 202.

⁵⁷ Vgl. RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 202; RALL, Wittelsbacher in Lebensbildern, S. 87. Heinrich XVI. hatte eine der berühmten „Hunderttausend-Gulden-Töchter“ des für seine Brutalität berühmten Mailänder Tyrannen Barnabò Visconti zur Mutter, vgl. STRAUB, Die fünf Ingolstädter Herzoginnen, S. 43f.

⁵⁸ SCHROTT, Herrscher Bayerns, S. 75.

⁵⁹ Vgl. REINDEL, Heinrich XVI., S. 346. Vgl. SCHROTT, Herrscher Bayerns, S. 78: Von Margarethes letztem Wunsch auf dem Totenbett wird berichtet, sie wolle lieber neben Ludwig dem Bärtigen als zu Raitenhaslach begraben werden, denn „sie wär auch eine Gefangene ihres Gemahls, weil sie in kein Schloß ihres Gemahls nie komme, als in das Schloß zu Burghausen“. Vgl. dazu LEXER, Aventinus, S. 590f: Laut Aventins Bericht sei der junge Ludwig „bis in das dreiunddreissigist jar zu Burkhausen im frauenzimmer bei der mueter erzogen worden, hat viel gelitten, grossen mangl an gelt claidern und pferden gehabt. Der vater war ser karg, wolt im nichts geben, ist dannoch im überaus seer gehorsam gewesen“. Die spätere Prunksucht Ludwigs IX. des Reichen wurde als Reaktion auf die Entbehrungen in seiner Kindheit und seine karge Jugend interpretiert, vgl. LASCHINGER, Ludwig IX., S. 356; ETTTEL, Herzogtum Bayern-Landshut, S. 85.

⁶⁰ Vgl. ZIEGLER, Staatshaushalt, S. 48. Vgl. dazu beispielsweise auch den Bericht Ulrich Füetters bei SPILLER, Ulrich Füettr, S. 210: Als „dieser hertzog Hainrich zu manpären jaren kam, ward er gar ain guetiger, fridlicher Fürst“. Vgl. dazu auch Hans Ebran von Wildenberg bei ROTH, Hans Ebran von Wildenberg, S. 141f: Er „ward genant der fridlich, und er was ein ernstlicher, gestrenger richter. der herr dient unser frawen, der mutergottes, mit gantzem vleis ... Und wann er bei frawen ward, so hielt er sich gar mit erber, züchtiger gepärt und siten, desgleichen musten auch thun all sein diener. ... der fürst regirt auch gar löblich und nützlich im selber und seinen undertanen, er ward reich und mächtig, desgeleich sein land und lewt. ... Mit dem guten frid und regiment sambt der fürst einen grossen schatz“.

II. Problemstellung und Vorgehensweise

Ziel dieser Arbeit ist die Untersuchung des Verhältnisses zwischen Herzog und Adel in dem aus der Landesteilung von 1392 hervorgegangenen Teilherzogtum Bayern-Landshut unter Heinrich XVI. dem Reichen. Die zentralen Fragestellungen leiten sich aus den politischen, ökonomischen und persönlichen Beziehungen bzw. Interaktionen zwischen Herzog und Adel im spätmittelalterlichen Bayern ab, die sich einerseits aus der Konkurrenzsituation, andererseits aus der gleichzeitig bestehenden gegenseitigen Abhängigkeit in der Herrschaftsausübung über Land und Leute ergaben.

Da Herzog und Adel in ihren Entscheidungen von der politisch-ökonomischen Gesamtsituation Bayern-Landshuts beeinflusst wurden, gilt es die Fragestellungen vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung des Landshuter Teilherzogtums aufzuarbeiten. Eine vergleichende Vorgehensweise, die die innere Entwicklung in den anderen Teilherzogtümern berücksichtigt, ist auf Grund fehlender Vorarbeiten nur punktuell möglich. Statt dessen wird chronologisch vorgegangen, um Möglichkeiten und Grenzen, Umfang und Art der Herrschaftspartizipation des niederbayerischen Adels in der Regierungszeit Heinrichs XVI. des Reichen aufzuzeigen. Die Untersuchung konzentriert sich auf die Maßnahmen, die der Adel bei Bedrohung der eigenen Position oder in Krisensituationen des Landes ergriff, die Mittel, die ihm dabei zur Verfügung standen und die Absichten, die die Handlungsträger jeweils verfolgten. Dies beinhaltet die personelle Definierung der niederbayerischen Adeligen ebenso wie deren Verflechtung in Landschaft und Herzogsdienst. Einstellungen und Erwartungen des Adels gegenüber dem Herzog reflektieren darüber hinaus, welche Bedeutung Heinrich XVI. dem Reichen als Landesherr aus der Sicht des Adels zukam. In gleicher Weise ist nach den Reaktionen des Herzogs, den Intentionen, die er gegenüber dem Adel verfolgte, und den Machtmitteln zu fragen, die er in Konflikten mit dem Adel einsetzte. Aus ihrer Zusammenschau lassen sich entsprechende Rückschlüsse auf die Herrschaftsauffassung Heinrichs XVI. des Reichen in seinem Verhältnis zum Adel ziehen.

Aus der Vielzahl von Beziehungen zwischen Landesherr und Adel greift diese Studie vor allem die Beziehungen auf Ämter- oder Institutionenebene in den Bereichen der Rechtspflege, der Landesverteidigung und Landfriedenswahrung heraus. Hier tritt der

Herzog als um Herrschaftsintensivierung und -expansion bemühter Landesherr auf, der den Adel seiner landesherrlichen Autorität unterordnen und seine Kräfte dem Staatsbildungsprozess nutzbar machen will. Besondere Aufmerksamkeit gilt daher der Frage nach der Integration des Adels in das Regierungssystem Heinrichs XVI. des Reichen und den Methoden, aber auch den Grenzen landesherrschaftlicher Expansion. Die soeben genannten Betrachtungsfelder werden auf der Basis des Quellenmaterials sowohl aus der Position des Landesherrn als auch der Perspektive des Adels betrachtet.

III. Quellenlage

Die vorliegende Untersuchung stützt sich auf das einschlägige gedruckte und ungedruckte Quellenmaterial. Der Großteil des ungedruckten Quellenmaterials befindet sich heute im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München.⁶¹ Äußerst aufschlussreich im Bezug auf die gewählten Fragestellungen sind die bayerischen Urkundenreihen (Bestand Kurbayern und Pfalz-Neuburg) und die Neuburger Kopialbücher.⁶² Der Bestand Kurbayern Äußeres Archiv ist grundsätzlich relevant, konzentriert sich aber in erster Linie auf die Beziehungen zwischen den wittelsbachischen Herzögen, weniger auf den Adel. Lokale oder punktuelle Einblicke gewähren außerdem die Gerichtsurkunden, die Hausurkunden des Geheimen Hausarchivs und die Urkunden der ehemaligen Reichsstadt Regensburg.

Die im Bayerischen Hauptstaatsarchiv München befindlichen Quellenbestände konnten um weiteres Quellenmaterial in den staatlichen und kommunalen Archiven ergänzt werden. Zu nennen sind hier das Staatsarchiv München mit seiner relativ umfangreichen Überlieferung zur Geschichte des Hauses Törring, Staatsarchiv und Stadtarchiv in

⁶¹ Zitate aus den Originalquellen erfolgen grundsätzlich buchstabengetreu, werden jedoch, um die Lesbarkeit zu erleichtern, in Groß- und Kleinschreibung, der Doppelung von Konsonanten und der Zeichensetzung den heutigen Regeln angepasst. Die Namen der Adeligen orientierten sich an der Schreibweise im Handbuch der bayerischen Geschichte.

Landshut sowie die Urkundensammlungen des Geheimen Haus-, Hof- und Staatsarchives in Wien, des Tiroler Landesarchivs Innsbruck und des Oberösterreichischen Landesarchivs Linz.

Die vorliegende Arbeit basiert im Wesentlichen auf der Auswertung der zahlreichen urkundlichen Schuldverschreibungen, Kreditaufnahmen und Ämterverpfändungen des jungen Heinrich XVI., den Fehde- und Urfehdebriefen des Adels und den Hofgerichtsbriefen und Schiedsgerichtsurteilen der Rechtssprechung. Hinzu kommen einige kopiael erhaltene Landschaftslisten und Ständeverzeichnisse.

Es ist ein gewisses Ungleichgewicht in der Überlieferung festzustellen, das wiederum für die Darstellung Konsequenzen hat. Insgesamt überwiegen eindeutig die herzoglichen Bestände, so dass die Überlieferung vor allem die landesherrliche Perspektive wiedergibt. Dies liegt in der fortschreitenden Entwicklung des Kanzleiwesens in den Teilherzogtümern mit zunehmender Verschriftlichung der Herrschaftspraxis in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts begründet.⁶³ Auf Grund des Fehlens eigener Kanzleien in der Hand des Adels erübrigte sich die Recherche in Adelsarchiven für den zu betrachtenden Zeitraum. Der Umstand kaum vorhandener Archivalien adeliger und landschaftlicher Provenienz bedingt allerdings, dass manche Fragestellungen offen bleiben müssen oder nur in begrenztem Maße beantwortet werden können.

Was das gedruckte Quellenmaterial anbelangt, erweisen sich die in kritischen Editionen vorliegenden Chroniken der bayerischen Historiografen des 15. und beginnenden 16. Jahrhunderts als informativ,⁶⁴ stellen aber zugleich hohe Anforderungen an die Quellenkritik. Für die Zeit Heinrichs XVI. des Reichen ist besonders das Werk des Augustiner-Chorherrn Andreas von Regensburg (ca. 1380- ca.1442)⁶⁵ heranzuziehen, auf dessen Darstellung der Ereignisse die nachfolgenden, ebenso relevanten Berichte

⁶² Vgl. zu Geschichte und Inhalt der Neuburger Kopialbücher ZIRNGIEBEL, Neuburger Kopialbücher.

⁶³ Vgl. WILD, Fürstenkanzlei.

⁶⁴ Vgl. MOEGLIN, Genealogie; MOEGLIN, Dynastisches Bewußtsein; MOEGLIN, Les Ancêtres; STAUBER, Herrschaftsrepräsentation. Vgl. allgemein zur spätmittelalterlichen Historiografie PATZE, Geschichtsschreibung.

⁶⁵ Vgl. LEIDINGER, Andreas von Regensburg; GLASER, Wissenschaft und Bildung, S. 849-853; MÄRTL, Zur Biographie; MÄRTL, Andreas von Regensburg; MÄRTL, Andreas von Regensburg – Augustinerchorherr; JOHANEK, Andreas von Regensburg; MOEGLIN, Les ancêtres, S. 106-135, 258-260.

Veit Arnpecks (ca. 1440-1496)⁶⁶, Hans Ebran von Wildenbergs (ca. 1426-1502),⁶⁷ Ulrich Fuetrers († 1496)⁶⁸ und Aventins (1477-1534)⁶⁹ basierten. Als problematisch jedoch erweist sich die Tatsache, dass die Beschreibungen der Ereignisse im Landshuter Herzogtum zur Zeit Heinrichs XVI. des Reichen aus der Rückschau und zeitlichen Distanz von teilweise mehreren Jahrzehnten erfolgte, worunter die Zuverlässigkeit der historiografischen Berichterstattung leidet und die Korrektheit der Angaben zu Namen und Personen nicht immer gewährleistet ist.

Ebenso wenig kann auf Wiguleus Hundts Bayerisch Stammenbuch (1585/86) verzichtet werden, der mit seiner genealogischen Beschreibung des bayerischen Adels und der Unterscheidung zwischen höherem und niederen Adel wichtige Hinweise auf Rang und Stellung der einzelnen Adeligen gibt.⁷⁰ Die Durchsicht der 33 Foliobände umfassenden „Bayerischen Adls Beschreibung“ von Johann Michael Prey aus dem 18. Jahrhundert, die sich heute in der Handschriftenabteilung der Bayerischen Staatsbibliothek München befindet, brachte hingegen kaum weitere Erkenntnisse.⁷¹

Neben den historiografischen Quellen besitzt Franz von Krenners 1803 bis 1805 herausgegebene Edition der Landtagshandlungen⁷² einen besonderen Stellenwert. Trotz ihrer Schwächen⁷³ bietet sie einen reichen Fundus an Quellenmaterial zur Entwicklung des Verhältnisses zwischen Landesherr und Landständen wie generell zur bayerischen Landesgeschichte des 15. Jahrhunderts. Die von Gustav Freiherr von Lerchenfeld edierten landständischen Freibriefe samt den Landesfreiheitserklärungen sind insbesondere für die Position des Adels innerhalb der Landschaft unentbehrlich und ergänzend hinzuzuziehen.⁷⁴

⁶⁶ Vgl. LEIDINGER, Veit Arnpeck; GLASER, Wissenschaft und Bildung, S. 854-856; JOHANEK, Arnpeck.

⁶⁷ Vgl. ROTH, Hans Ebran von Wildenberg; GLASER, Wissenschaft und Bildung, S. 852f; JOHANEK, Ebran; STAUBER, Herrschaftsrepräsentation, S. 379f.

⁶⁸ Vgl. SPILLER, Ulrich Fuetrer; NYHOLM, Fuetrer; STAUBER, Herrschaftsrepräsentation, S. 380.

⁶⁹ Vgl. LEXER, Aventinus; LUTZ/SCHMID, Vom Humanismus, S. 864-866.

⁷⁰ Vgl. HUNDT, Bayerisch Stammenbuch. Zum Hofratspräsidenten Dr. Wiguleus Hundt (1514-1588) vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 13-15; KRAUS, Bayerische Wissenschaft, S. 910f. Der dritte Teil von Hundts Bayerischem Stammenbuch wurde im 17. Jahrhundert vom herzoglichen Archivar Johann Lieb mit Nachträgen ergänzt, aber erst im 19. Jahrhundert von Max von Freyberg in seiner Sammlung historischer Schriften und Urkunden gedruckt, vgl. FREYBERG, Hundt's bayerisch Stammenbuch dritter Theil; REINLE, Wappengenossen und Landleute, S. 113, Anm. 19.

⁷¹ Vgl. Cgm 2290. Vgl. dazu SCHRENCK, Register.

⁷² Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen.

⁷³ Zusammengefasst bei KREMER, Auseinandersetzungen, S. 13.

⁷⁴ Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe.

Zahlreiche weitere Quellenbestände sind durch die Bände der Regesta Boica erschlossen.⁷⁵ Zur Situation der Residenzstadt Landshut in den ersten Regierungsjahren Heinrichs XVI. des Reichen ist vor allem Theo Herzogs Landshuter Urkundenbuch und die von 1832 stammende Chronik von Alois Staudenraus heranzuziehen.⁷⁶

Zu den Personen aus dem Hause der niederbayerischen Adelsfamilie Törring, die in Bayern-Landshut zur Zeit Heinrichs XVI. des Reichen eine besondere Rolle spielten, erweist sich eine um die Mitte des 19. Jahrhunderts datierbare Biografie des gräflich-törringschen Hauslehrers und späteren seefeldischen Domänendirektors Dr. Friedrich Töpfer über die einzelnen Mitglieder der Familie als hilfreich, die sich heute im Staatsarchiv München befindet.⁷⁷ Töpfer beschäftigte sich von 1839 bis zu seinem Tode 1877 mit der Erforschung der Geschichte des Hauses Törring.⁷⁸ Seine Ergebnisse flossen unter anderem in seiner 1842 erschienenen Arbeit über das Oberstjägermeister- und Banneramt der Törring zusammen,⁷⁹ der wichtige Informationen zum Konflikt Heinrichs XVI. des Reichen mit Kaspar Törring zu Törring zu entnehmen sind. Zum Streit, der vor den Westfälischen Femgerichten endete, liegt außerdem Max von Freybergs Druck des vorhandenen Quellenmaterials vor.⁸⁰

Darüber hinaus sind einzelne Stücke in den Deutschen Reichstagsakten (Ältere Reihe), den Monumenta Wittelsbacensia und der Dokumentensammlung von Karl-Ludwig Ay zugänglich.⁸¹

⁷⁵ Vgl. RB I-XIV.

⁷⁶ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch; STAUDENRAUS, Chronik.

⁷⁷ Vgl. StA München Törring-Jettenbach U 15.

⁷⁸ Vgl. ENGBRECHT, Drei Rosen, S. 5. Vgl. dazu seine Arbeiten TÖPFER, Geschichte des Schlosses Pertenstein; TÖPFER, Geschichte der Schlösser und Hofmarken; TÖPFER, Geschichte des Schlosses Seefeld.

⁷⁹ Vgl. TÖPFER, Oberstjägermeisteramt.

⁸⁰ Vgl. FREYBERG, Vehmgerichtsprozeß.

⁸¹ Vgl. RTA 7; RTA 8; RTA 9; MW II; AY, Altbayern.

B. Herzog und Adel in Bayern-Landshut unter Heinrich XVI. dem Reichen (1393-1450)

I. Herzog und Adel im spätmittelalterlichen Bayern

Im 13. Jahrhundert wurde durch die Ausbildung der wittelsbachischen Landesherrschaft ein tiefgreifender Verfassungswandel in Bayern eingeleitet,⁸² der unter Verwendung der Terminologie Theodor Mayers als der Übergang vom „Personenverbandsstaat“ zum „institutionellen Flächenstaat“ bezeichnet werden kann.⁸³ Aus der Intention heraus, eine großflächige, weitgehend geschlossene Landesherrschaft zu errichten, strebten die wittelsbachischen Herzöge einer progressiven Herrschaftsauffassung folgend nach der Stärkung der Herzogsgewalt durch Steigerung und Konzentration aller Herrschafts- und Hoheitsrechte in der Hand des Fürsten.⁸⁴ Sie schufen dadurch die Voraussetzungen für das staatliche Herrschaftsmonopol und sorgten durch den Aufbau eines intakten Verwaltungs- und Justizapparates für die tatsächliche Durchsetzung dieses Gewaltmonopols gegenüber den Herrschaftsträgern im Land. Das beginnende Zusammenwirken beider Komponenten moderner Staatlichkeit, die den „rationalen ‚Anstalts-‘ und kontinuierlichen ‚Betriebs-‘ Charakter“⁸⁵ der territorialen Herrschaftsausübung ausmachten, brachte neue Organisationsformen hervor, in denen sich schließlich das neuzeitlich-moderne Territorialfürstentum anbahnte.⁸⁶

Das Aussterben zahlreicher großer Adelsdynastien im 13. Jahrhundert trug erheblich zur Machtfestigung der Wittelsbacher in ihrem Aufstieg zu Landesfürsten bei. Die Herzöge konnten fast überall das Erbe dieser mächtigen Adelsfamilien antreten⁸⁷ und stiegen innerhalb nur weniger Jahrzehnte zu den reichsten und mächtigsten Grundbesitzern und

⁸² Vgl. SPINDLER/KRAUS, Auseinandersetzungen, S. 9.

⁸³ MAYER, Ausbildung der Grundlagen, S. 462f.

⁸⁴ Vgl. SPINDLER/KRAUS, Auseinandersetzungen, S. 9.

⁸⁵ WEBER, Soziologische Grundbegriffe, S. 91, 93. Vgl. FRIED, „Modernstaatliche“ Entwicklungstendenzen, S. 359; Fried, Zur „staatsbildenden“ Funktion, S. 285f.

⁸⁶ Vgl. SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 16.

⁸⁷ Vgl. PRINZ, Dynastengeschlechter; KRAUS, Herzogtum, S. 185-189; SPINDLER/KRAUS, Auseinandersetzungen, S. 42-48; HIERETH/DIEPOLDER, Teilherzogtümer, S. 77; DIEPOLDER, Adelsherrschaften, S. 37-39; VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 564-569.

Herrschaftsinhabern des Landes auf.⁸⁸ Auf dieser Basis errichteten sie einen weitgehend geschlossenen Herrschaftskomplex im Kerngebiet des altbayerischen Siedlungsraumes, der durch Neuerwerbungen im Laufe der Zeit erweitert und arrondiert wurde. Zur dauerhaften Sicherung ihres erreichten Besitzstandes schufen die Herzöge Verwaltungsstrukturen und ließen dazu ihre Güter und Einkünfte in Urbaren verzeichnen.⁸⁹ Sie überzogen das Land mit einem Netz von Gerichts- und Verwaltungsbezirken, aus dem die spätmittelalterliche Landgerichtsverfassung hervorging.⁹⁰ Dieses Netz wurde von einer Reihe adeliger und geistlicher Herrschaften durchbrochen, die auf Grund ihrer althergebrachten Rechtsposition oder spezieller Privilegierung in Ausübung eigenständiger Niedergerichtsbarkeit von der herzoglichen Jurisdiktionsgewalt freigestellt waren und mit ihren „Enklaven“ den wittelsbachischen Landesstaat durchlöcherten.⁹¹ Seit dem 13. Jahrhundert galt diesen autonomen Herrschafts- und Gerichtsrechten des Adels und der Kirche das verstärkte Interesse der Herzöge in ihren Bemühungen um „staatlich-herrschaftliche Expansion und Intensivierung“, um „Zentralisierung und Institutionalisierung“ ihrer Herrschaftspraxis.⁹² Das Streben der Fürsten nach Unterordnung der eigenständigen Herrschaftsträger unter die landesherrliche Autorität und ihre Eingliederung in den entstehenden Staat mit dem Ziel, ein einziges, zusammenhängendes und in sich geschlossenes Herrschaftsgebiet zu schaffen, in dem der Herzog alle Rechte in seiner Person vereinte, mündete ein in die Errichtung der Landeshoheit im 16. Jahrhundert.⁹³ Heute gilt die „Mediatisierung“⁹⁴ der weltlichen und geistlichen Herren des Landes samt dem Einbau ihrer eigenständigen Gerichtsherrlichkeit in den entstehenden Territorialstaat als „die größte Leistung der Wittelsbacher“⁹⁵ in verfassungsrechtlicher

⁸⁸ Vgl. zur Territorienbildung SPINDLER/KRAUS, Grundzüge, S. 53-68; SPINDLER, Anfänge; FRIED, Grafschaft, Vogtei und Grundherrschaft.

⁸⁹ Vgl. zu Definition und Funktion VOLKERT, Herzogsurbar, S. 1f. Vgl. dazu auch das älteste erhaltene bayerische Herzogsurbar, das wahrscheinlich unter Herzog Otto II. zwischen 1231 und 1234 erstellt wurde, bei HEEG-ENGELHART, Herzogsurbar.

⁹⁰ Vgl. SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 18; SCHLOSSER, Zivilgerichtsbarkeit, S. 45.

⁹¹ SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 21.

⁹² BOSL, Geschichte der Repräsentation, S. 15.

⁹³ Vgl. SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 28; SCHLOSSER, Zivilprozess, S. 43. Zum Begriff der Landeshoheit vgl. BRUNNER, Land und Herrschaft, S. 165-180, 358f.

⁹⁴ SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 28.

⁹⁵ SPINDLER/KRAUS, Grundzüge, S. 67.

Hinsicht.⁹⁶ Dem Ausbau der wittelsbachischen Landesherrschaft stand besonders der bayerische Adel im Wege, der seit der Ottonischen Handfeste von 1311 in seinen Dorfgerichten und Hofmarken die niedere Gerichtsbarkeit ausübte, wodurch diese dem Zugriff der herzoglichen Beamten (mit Ausnahme der Blutgerichtsfälle) entzogen waren. Der Adel war auf der Basis seines grundherrschaftlichen Besitzes zur Herrschaftsausübung über Land und Leute kraft seines Standesvorrechts der Waffen- und Wehrfähigkeit legitimiert. Sie ermöglichte es ihm nicht nur die eigenen Besitzungen und Rechte mit Waffengewalt zu verteidigen oder durchzusetzen, sondern darüber hinaus auch anderen Schutz zu gewähren und so die Herrschafts- und Gerichtsgewalt über sie zu erlangen.⁹⁷ Die Herzöge waren andererseits bei der Durchsetzung und Ausübung ihres Gewaltmonopols gerade auf den die militärischen und staatsorganisatorischen Funktionen wahrnehmenden Adel in besonderer Weise angewiesen. Die Integration dieser politischen, ökonomischen und militärischen Führungselite des Landes in den entstehenden Landesstaat wurde zur zentralen Aufgabe der wittelsbachischen Herzöge,⁹⁸ die in Anbetracht der Neuformierung des bayerischen Adels im Spätmittelalter unterschiedlich intensive Anstrengungen erforderte.

Nach dem Aussterben der großen Dynastengeschlechter hatte sich in Bayern in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts eine neue Adelsschicht formiert, die sich der Herkunft nach zwei Gruppen zuordnen lässt: Zum einen handelte es sich dabei um den verbliebenen Rest der Hochadeligen (Edelfreie), die ihrem Geburtsstand nach den ausgestorbenen Dynasten gleich waren, mit ihnen aber an politischem und sozialen Ansehen nicht konkurrieren konnten. Auf der Basis ihrer Herrschaften und Hofmarken gelang es ihnen im Laufe des 13. Jahrhunderts in politischer Hinsicht stärker in Erscheinung zu treten.⁹⁹ Zum anderen ist der seit Ende des 13. Jahrhunderts in Bayern auftretende Adel weitestgehend ministerialischer Herkunft.¹⁰⁰ Diese Gruppe der

⁹⁶ Vgl. SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 29; SPINDLER/KRAUS, Grundzüge, S. 62.

⁹⁷ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 572; SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 25f; BRUNNER, Land und Herrschaft, S. 252f.

⁹⁸ Vgl. SPINDLER/KRAUS, Grundzüge, S. 56.

⁹⁹ Vgl. SPINDLER/KRAUS, Gefährdung, S. 126f.

¹⁰⁰ Vgl. ANDRIAN-WERBURG, Altbaierischer Adel, S. 48. Vgl. SPIEB, Ständische Abgrenzung, S. 186: Bei dieser Zweigliedrigkeit des spätmittelalterlichen Adels handelte es sich keineswegs um ein auf Bayern oder das deutsche Reich beschränktes, sondern um ein europäisches Phänomen. Unter Einschränkungen finden sich entsprechende Pendants in Frankreich in *noblesse* und *chevalerie*, in England in *nobility* und *gentry* und in Spanien in *nobleza vieja* und *caballeros*.

Ministerialen war nicht homogen, sondern in sich vielschichtig, die Grenzen wiederum fließend.¹⁰¹ Einigen von ihnen gelang es nicht nur Herrschaften auszubilden, die mit denen edelfreier Adelsfamilien konkurrieren konnten, sondern legten auch nach und nach das dem Ministerialenstand bis ins 14. Jahrhundert anhaftende Zeichen der Unfreiheit ab.¹⁰² Den Kern der Ministerialengruppe bildeten die herzoglichen Ministerialen, im Wesentlichen welfischer und altwittelsbachischer Herkunft. In diese Gruppe wurden die Ministerialen der ausgestorbenen Dynastengeschlechter eingegliedert.¹⁰³ Die Masse der Ministerialen zählte zur niederen Ministerialität, die Ritter bzw. *milites*, denen es nicht gelungen war, größere Grundbesitzungen und Hoheitsrechte zu erwerben. Vom Herrendienst, insbesondere dem Waffendienst, lebend konnten sie meist nur ein festes Haus und Niedergerichtsrechte im engsten Umkreis ihr Eigen nennen. In diese Gruppe stiegen im Laufe des Spätmittelalters auch Angehörige städtischer Geschlechter auf. In den Quellen um 1300 wird diese neu formierte Adelsschicht als „Grafen, Freie (Freiherren), Dienstleute (Dienstmann), Ritter und Knechte (Edelknechte)“ bezeichnet.¹⁰⁴ Noch im Laufe des 13. Jahrhunderts durchlief der Adel in sozialer Hinsicht einen Differenzierungsprozess:¹⁰⁵ Grafen, Freie und die gehobene Dienstmannschaft setzten sich als Landherren von den Rittern und Edelknechten ab und verschmolzen zum „höheren Adel“.¹⁰⁶ Zum Kennzeichen der Landherren wurde der Besitz einer Herrschaft mit Herrschaftsrechten wie Steuerrecht, Scharwerk und der Niedergerichtsbarkeit sowie der aktiven Lehensfähigkeit.¹⁰⁷ Ritter und Knechte, die sich voneinander durch das Kriterium des Ritterschlags unterschieden, bildeten den „niederen Adel“.¹⁰⁸ Ideologischer Rahmen und verbindendes Element zwischen höherem und niederem Adel war die Idee des Rittertums als der Gesamtheit der berittenen, Waffendienst leistenden Herren, die sich einem spezifischen

¹⁰¹ Vgl. ANDRIAN-WERBURG, Altbaierischer Adel, S. 48.

¹⁰² Vgl. SPINDLER/KRAUS, Gefährdung, S. 127.

¹⁰³ Vgl. ANDRIAN-WERBURG, Altbaierischer Adel, S. 48f.

¹⁰⁴ SPINDLER/KRAUS, Gefährdung, S. 127.

¹⁰⁵ Vgl. SPIEB, Ständische Abgrenzung.

¹⁰⁶ Der Begriff „höherer Adel“ hat sich in der bayerischen Landesgeschichtsforschung als Bezeichnung für die herausgehobene Stellung des Landherrenadels gegenüber dem „niederen Adel“ der Ritter und Knechte innerhalb der Gesamtheit des landsässigen Adels (= Niederadel) eingebürgert. Reinle hat jüngst auf diese etwas „irritierende Terminologie“ hingewiesen, vgl. REINLE, Wappengenossen und Landleute, S. 115f; in diesem Sinne auch SCHNEIDER, Niederadel, S. 233; vgl. zur Problematik der Begriffsbildung in der Forschung SCHNEIDER, Niederadel, S. 233-237.

¹⁰⁷ Vgl. SPINDLER/KRAUS, Gefährdung, S. 127; VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 570; LIEBERICH, Landherren, S. 12.

¹⁰⁸ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 570.

Standesethos verpflichtet fühlten.¹⁰⁹ Auf gesellschaftlicher Ebene sonderte sich gegen Ende des 15. Jahrhunderts der regelmäßig an Turnieren teilnehmende bzw. turnierfähige höhere Adel 1479 als geburtsständisch geschlossene Oberschicht (Turnieradel) gegenüber dem aufstrebenden niederen Adel ab.¹¹⁰

Einigen wenigen bayerischen Adelsfamilien gelang auf der Basis von Königsgut, alten Grafschaftsrechten, Reichskirchenlehen, Vogteien oder kaiserlichen Privilegien die Ausbildung größerer Herrschaften. Sie versuchten sich durch eigene territoriale Herrschaftsbildung und durch Anlehnung an das Königtum von der Herzogsgewalt zu emanzipieren und strebten die Reichsunmittelbarkeit an. Von den hoch- und edelfreien Familien gehörten z. B. die Herren von Abensberg, die Herren von Laber, die Grafen von Hals, die Landgrafen von Leuchtenberg oder die Grafen von Ortenburg dazu, aus dem Kreis ehemaliger Ministerialen beispielsweise die Degenberger, Fraunberger und Fraunhofer.¹¹¹ Die reichsimmediate Stellung dieser Adeligen wurde keineswegs vom Herzog immer anerkannt. Mehrere unter ihnen besaßen neben den Reichslehen auch herzogliche Lehen, standen oftmals in den höchsten Ämtern in wittelsbachischen Diensten und waren mit ihren dem Hochgericht der Landrichter unterworfenen Sitzen und Hofmarken im Herzogtum Mitglieder der Landstände. Die völlige Emanzipation von der Herzogsgewalt war daher kaum möglich. Diepolder konnte für einzelne Familien wie die Abensberger, Halser, Fraunberger, Degenberger und Ortenburger (bis 1573) eine Art „Zwitterstellung“ zwischen Reichsunmittelbarkeit und Landsässigkeit feststellen.¹¹² Im Gegensatz zur Integration des niederen Adels erforderte ihre Eingliederung weitaus aufwendigere, oftmals auch gewaltsame Anstrengungen der Herzöge. Das Problem löste sich jedoch weitgehend von allein, als alle diese Adelsherrschaften im Laufe des 14. bis 16. Jahrhunderts auf dem Erbweg an die

¹⁰⁹ Vgl. SCHIEFFER/BECKER, Adel, Sp. 43; PARAVICINI, Ritterlich-höfische Kultur, S. 22f.

¹¹⁰ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 16-32; GREINDL, Untersuchungen, S. 161-165; VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 571; SCHNEIDER, Niederadel, S. 95: Die Würzburger Turnierordnung von 1479 ließ nur noch Adelige zu, die schon früher turniert hatten oder dies von ihren Ahnen nachweisen konnten. Die geburtsständische Abschließung hatte das langsame Aussterben des Turnieradels zur Folge, vgl. GREINDL, Untersuchungen, S. 161, Anm. 4, die anhand von Lieberichs Arbeiten für das 14. Jahrhundert 140 Familien, 1503 etwa 75 und 1558 nur noch 48 Familien zählen konnte. Vgl. dazu kritisch SCHNEIDER, Niederadel, S. 354f.

¹¹¹ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 566-569; SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 29f; REINLE, Wappengenossen und Landleute, S. 117f; SCHNEIDER, Niederadel, S. 238-243. Vgl. dazu die Übersicht bei HIERETH/DIEPOLDER, Teilherzogtümer, S. 78.

¹¹² SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 30. Vgl. DIEPOLDER, Adelsherrschaften, S. 67.

Wittelsbacher fielen und lediglich die im Passauer Umland beheimateten Grafen von Ortenburg ihre reichsimmediate Stellung bis ins 19. Jahrhundert behaupten konnten.¹¹³ Der landesherrlichen Machtkonzentration standen die Bemühungen der Adeligen um Herrschaftspartizipation entgegen, die selbst ihre Machtsphäre über Land und Leute vergrößern oder zumindest ihre althergebrachten Rechte gewahrt wissen wollten. Zu diesem Zweck schlossen sich Anfang des 14. Jahrhunderts die Adeligen Ober- und Niederbayerns zu ständischen Korporationen zusammen. Ihr Zusammenschluss resultierte aus dem verstärkten Bemühen des Adels seit der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts um politische Teilhabe und Anerkennung durch den Landesherrn. Heinrich XIII. von Niederbayern trug der Realität Rechnung, als er 1290 seine Erbfolgeordnung von den „nobiles patrie“ mit beschwören ließ und damit dem Adel Teilhabe an der Verantwortung für das Land überließ. Ein weiterer, wichtiger Schritt wurde mit der Vilshofener Hofordnung getan, als sich am 30. Mai 1293 die niederbayerischen Landherren (Grafen, Freie, Dienstmannen) aus dem Hofgesinde lösten.¹¹⁴ Diese „Zeichen der Sammlung, Sonderung und Verselbständigung der Landherren in Niederbayern“ sind Ausdruck der beginnenden Ständebildung in Bayern.¹¹⁵ Auslösendes Moment des ständischen Zusammenschlusses war die Finanznot der Herzöge, die gegen Bewilligung einer außerordentlichen Steuer dem oberbayerischen Adel 1302 zu Schnaitbach das Einungs- und Widerstandsrecht und dem niederbayerischen Adel 1311 in der Ottonischen Handfeste darüber hinaus die Ausübung der Niedergerichtsbarkeit in seinen Besitzungen mit Ausnahme der hohen Strafrechtsfälle und der Rechtssprechung über Grund und Boden zugestehen mussten. Mitsprache-, Einungs- und Widerstandsrecht des Adels entsprachen altem Gewohnheitsrecht, das von den bayerischen Herzögen anerkannt und immer wieder in den landständischen Privilegien bestätigt wurde.¹¹⁶ Zur Adelskorporation traten im Laufe des 14. Jahrhunderts die Prälaten, Städte und Märkte hinzu, die fortan gemeinsam das Land in seiner Gesamtheit gegenüber dem Landesherrn vertraten.¹¹⁷ Gerade die

¹¹³ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 540, 566-569; DIEPOLDER, Adelsherrschaften; HIERETH/DIEPOLDER, Teilherzogtümer, S. 78. Vgl. zu den Ortenburgern im Spätmittelalter HAUSMANN, Archiv.

¹¹⁴ Vgl. BOSL, Aus den Anfängen.

¹¹⁵ SPINDLER/KRAUS, Gefährdung, S. 128f.

¹¹⁶ Vgl. SPINDLER/KRAUS, Gefährdung, S. 130.

¹¹⁷ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 575-577.

Ottonische Handfeste gilt heute als „Grundlage der ständischen Freiheiten in Bayern“.¹¹⁸ Die urkundliche Anerkennung seiner Besitzungen und Rechte stärkte die Position des Adels, bezog ihn aber durch das Recht der Steuererhebung und der Mitwirkung bei wichtigen Fragen der Landespolitik in den entstehenden Territorialstaat ein.¹¹⁹ Damit war ein wichtiger Schritt zur Integration der adeligen Autonomie in den Staat getan.¹²⁰ Andererseits stellten die Landstände in ihrem auf den Erhalt ihrer privilegierten Sonderstellung gerichteten Denken einen Hemmschuh in der Ausbildung eines neuen Fürstenstaates dar.¹²¹

Andere Formen des genossenschaftlichen Widerstands gegen die beständig wachsende Macht der wittelsbachischen Herzöge stellten Bündnisse und Einungen des Adels bzw. der Stände dar, die im 14./15. Jahrhundert weit verbreitet waren.¹²² Vorreiter dieser Bewegung wurden neben den Städtebünden die zahlreichen Adelsgesellschaften, die oftmals einen hohen inneren Organisationsgrad erreichten und sich zwischen Vereinigungen auf rein gesellschaftlich-geselliger Ebene („Turniergesellschaften“) und politisch-militärischen Bündnissen bewegten.¹²³ Derartige Ritterbünde entstanden vorwiegend in den einst königsnahen Landschaften entlang des Rheins, in Schwaben und Franken, wo seit dem Zusammenbruch der Stauferherrschaft ein starkes Regiment

¹¹⁸ SPINDLER/KRAUS, Gefährdung, S. 137. Ihre zentrale Bedeutung für den Zusammenschluss der Stände wurde bereits im Spätmittelalter erkannt. In der Sammlung der landständischen Freiheitsbriefe erscheint sie als erstes Dokument, vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, Nr. 1, S. 1-8, wurde immer wieder bestätigt und galt bis zur Aufhebung der Landstände 1808 als Staatsgrundgesetz Bayerns, vgl. SCHWERTL, Geschichte der Landstände, S. 254. Vgl. zur Ottonischen Handfeste und ihren Bestimmungen HIERETH, Ottonische Handfeste und zuletzt SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 37-131.

¹¹⁹ Vgl. SCHLÖGL, Stationen, S. 21. Vgl. zum Steuerbewilligungsrecht der Stände FRIED, Geschichte der Steuer.

¹²⁰ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 573.

¹²¹ Vgl. FRIED, „Modernstaatliche“ Entwicklungstendenzen, S. 350.

¹²² Vgl. DROEGE, Bündisches Element, S. 188f: Bündnis und Einung, die in der Regel beide eidlich beschworen wurden, unterschieden sich voneinander in ihrer zeitlichen Konzeption: Bündnisse waren auf Zeit, Einungen dagegen auf Dauer angelegt. Grundsätzlich waren beide Formen auf unterschiedlichen Ebenen bzw. zwischen verschiedenen Partnern (z. B. Kaufmannsgilden, Handwerkerinnungen, Städtebünde, Ritterbünde etc.) möglich und müssen daher nach den Umständen und dem Kreis differenziert werden, der sich jeweils zusammenschloss. Einung in der Rechtssprache des Mittelalters bezeichnete nicht allein den Vertrag, sondern ebenso die durch den Eid begründete Gemeinschaft wie ihre auf freiwilligem Beschluss der Mitglieder beruhende Rechtssatzung, vgl. KROESCHEL, Einung, Sp. 1746f.

¹²³ Vgl. RANFT, Adelsgesellschaften, S. 26f, 30: Sie besaßen Institutionen zur Lenkung (z. B. einen Hauptmann), Funktionenverteilung unter den Mitgliedern sowie feste Regeln und Normen des gemeinschaftlichen Lebens. Zeremonien, Parolen und namengebende Symbole stifteten untereinander Identität und dienten der Abgrenzung nach außen. Eine Übersicht über Ritterorden und Adelsgesellschaften im spätmittelalterlichen Deutschland geben KRUSE/PARAVICINI/RANFT, Ritterorden.

der Zentralgewalt oder eines Territorialherrn fehlte. Gerade dort, im zersplitterten Südwesten und Westen des Reiches, konnten auf Grund der besonderen Verfassungssituation im Spätmittelalter kleine und kleinste Herrschaftsgebilde ihre unmittelbare Stellung zum König behaupten und sich dem Zugriff territorialer Landesherrschaft dauerhaft erwehren.¹²⁴ Diese Ritterbünde wurden daher im 14./15. Jahrhundert „ein nicht unwichtiger Faktor im Spannungsfeld zwischen Reich und Territorien, zwischen Landesherren und Landherren“.¹²⁵ Insbesondere die 1406 in Schwaben gegründete Gesellschaft mit St. Jörgenschild gelangte als Vorläufer der sich später konstituierenden Reichsritterschaft, die 1488 in der Gründung des Schwäbischen Bundes mündete, zu besonderer Berühmtheit.¹²⁶

Die deutschen Könige und Kaiser empfanden derartige Vereinigungen je nach politischer Gesamtlage einerseits als Bedrohung, andererseits als willkommenes Instrument ihrer Politik. Dementsprechend wurden sie in der Goldenen Bulle Karls IV. 1356 und noch 1396 durch König Wenzel verboten, ein anderes Mal durch König Sigmund 1422/1434 ausdrücklich bestätigt.¹²⁷ Allein die Vielzahl der seit Mitte des 14. Jahrhunderts gegründeten Adelsgesellschaften, auf die das Reich ebenso wie die Landesherren und die Städte zunehmend Rücksicht nehmen mussten, beweist ihre politische Bedeutung. Spätestens seit dem Zeitpunkt ihrer reichsrechtlichen Legitimation 1422 rückten die Adelsgesellschaften „in die erste Reihe politisch konkurrierender Kräfte“ auf und etablierten sich als politische Organisationen.¹²⁸ Dass daraus den Herzögen mitunter ernsthafte Gegner erwuchsen, bekam bekanntermaßen Herzog Albrecht IV. von Bayern-München Anfang der 90er Jahre des 15. Jahrhunderts zu spüren, als er sich mit der im Böckler- bzw. Löwlerbund vereinten selbstbewussten Straubinger Ritterschaft konfrontiert sah, die sich vom Herzogtum zu emanzipieren und

¹²⁴ Vgl. RANFT, Reichsreform als Adelsreform, S. 142f; RANFT, Adelsgesellschaften, S. 28. Vgl. dazu auch die Karte bei KRUSE/PARAVICINI/RANFT, Ritterorden, S. 523. Vgl. allgemein BADER, Deutscher Südwesten.

¹²⁵ LIEBERICH, Landherren, S. 18f.

¹²⁶ Vgl. KRUSE/PARAVICINI/RANFT, Ritterorden, S. 202-217; OBENAU, Recht und Verfassung; MAU, Rittergesellschaften; HESSLINGER, Anfänge; CARL, Schwäbischer Bund; ANGERMEIER, Königtum und Landfriede.

¹²⁷ Vgl. RANFT, Adelsgesellschaften, S. 29f. Vgl. allgemein zur Entwicklung im Reich ANGERMEIER, Königtum und Landfriede.

¹²⁸ Vgl. RANFT, Adelsgesellschaften, S. 218.

ans Reich anzuschließen versuchte.¹²⁹ Die Aktionen derartiger Zusammenschlüsse des Adels blieben jedoch insgesamt zu sehr voneinander isoliert und auf regionale Interessen beschränkt, so dass nur in Schwaben, Franken und im Rheinland die genossenschaftlichen Bindungen untereinander stark genug waren für eine reichsritterschaftliche Organisation.¹³⁰

Die zahlreichen Landesteilungen im spätmittelalterlichen Bayern beförderten mit der Entstehung kleinerer Fürstentümer den Prozess der Territorialstaatsbildung in Bayern auf eigene Art und Weise.¹³¹ 1255 hatten die beiden Söhne Herzog Ottos II. beschlossen, das Herzogtum Bayern, das sie als ihr Privateigentum betrachteten, untereinander aufzuteilen. Ludwig II. behielt dabei die Rheinpfalz und das westliche, „obere“ Bayern mit München und einem Teil des Nordgaus für sich, während Heinrich XIII. künftig den östlichen Teil des Herzogtums, das „niedere“ Bayern, von Landshut aus regieren sollte.¹³² Diese erste große Landesteilung von 1255 bezeichnete einen markanten Einschnitt in der Geschichte Bayerns. Aus ihr gingen zwei eigenständige Fürstentümer mit jeweils eigener rechtlicher und ständischer Entwicklung hervor.¹³³ Sie hatte darüber hinaus Vorbildfunktion für zukünftige Generationen, denen die Wahrung der Landeseinheit nicht gelingen wollte und bildete damit den Auftakt zu einer Reihe von Herrschaftsteilungen im Hause Wittelsbach, die auf Grund der Zersplitterung und Schwächung der Dynastie in der älteren historischen Forschung durchweg negativ bewertet wurden.¹³⁴ Bereits 1310 wurde Oberbayern erneut geteilt zwischen den Brüdern Rudolf und Ludwig, dem späteren Kaiser Ludwig IV., mit den Zentren München und Ingolstadt. 1329 verfügte der Hausvertrag von Pavia darüber hinaus die Abtrennung der Pfalz und weiter Teile des Nordgaus, der sogenannten Oberen Pfalz, vom oberbayerischen Herzogtum.¹³⁵ Eigenständigkeit und Identitätsbewusstsein Ober-

¹²⁹ Vgl. KRUSE/PARAVICINI/RANFT, Ritterorden, S. 442-453; PIENDL, Ritterbünde; MUBINAN, Geschichte des Löwlerbundes; GEYER, Aufstand; ZEITLER, Fürstenmacht; SCHNEIDER, Niederadel, S. 520-534.

¹³⁰ Vgl. RANFT, Reichsreform als Adelsreform, S. 153.

¹³¹ Vgl. zu den Landesteilungen SPINDLER, Bayerischer Geschichtsatlas, S. 20f mit den Erläuterungen durch HIERETH/DIEPOLDER, Teilherzogtümer, S. 77-81.

¹³² Vgl. SPINDLER/KRAUS, Grundzüge, S. 72-75: Obwohl die beiden Wittelsbacher ihr Herzogtum wie Privateigentum behandelten und mit der Landesteilung gegen Reichsrecht verstießen, das die Unteilbarkeit von Fürstentümern vorschrieb, wurde sie dennoch von der Reichsgewalt für legitim erklärt.

¹³³ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 541f; ROCKINGER, Folgen, S. 117f; SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 9.

¹³⁴ Vgl. RIEZLER, Geschichte Baierns; DOEBERL, Entwicklungsgeschichte.

¹³⁵ Vgl. RALL, Wittelsbacher Hausverträge, S. 64-101; KRIEGER, Bayerisch-pfälzische Unionsbestrebungen.

und Niederbayerns hatten sich indessen längst so weit ausgeprägt, dass selbst Kaiser Ludwig der Bayer (1314-1347), der seit 1340 über beide Teile herrschte, die Herzogtümer als zwei selbstständige Rechtskreise behandeln musste: So behielt die Ottonische Handfeste von 1311 ihre Gültigkeit für Niederbayern, wo weiterhin nach althergebrachtem Gewohnheitsrecht geurteilt wurde, während das Landrechtsbuch Ludwigs des Bayern auf Oberbayern beschränkt blieb.¹³⁶ Auf eine starke Hausmacht als Herrschaftsbasis angewiesen versuchte Ludwig die bisherige Entwicklung rückgängig zu machen und die Einheit Bayerns dauerhaft wiederherzustellen. Dies glückte ihm allerdings kaum über seinen Tod hinaus. Die sechs Söhne des Kaisers waren nur für kurze Zeit zu einer gemeinsamen Regierung fähig (1347-1349). Schon wenige Jahre nach dem Tod Ludwigs des Bayern zerfiel das Herzogtum, dem nun auch Tirol, Holland, Seeland, Friesland, Hennegau und Brandenburg zugehörig waren, in mehrere Linien bzw. Teilherzogtümer. Gemäß dem Landsberger Vertrag vom 12. September 1349 fielen in einer zweiten großen Landesteilung Oberbayern, Tirol und Brandenburg an Ludwig den Brandenburger und an seine zwei minderjährigen Brüder Ludwig VI. und Otto. Stefan II. regierte wiederum Niederbayern und die niederländischen Besitzungen zusammen mit den anderen beiden minderjährigen Brüdern Wilhelm und Albrecht.¹³⁷ 1353 schritten die niederbayerischen Brüder im Regensburger Vertrag erneut zur Herrschaftsteilung,¹³⁸ die neben dem Herzogtum Bayern-Landshut das Herzogtum Bayern-Straubing-Holland hervorbrachte, das an Wilhelm und Albrecht überging und bis 1425 existierte.¹³⁹ Mit dem Tod Ludwigs des Brandenburgers 1361 und seines Sohnes Meinhard 1363 erlosch die oberbayerische Linie. Stephan II. gelang es daraufhin Oberbayern mit seinem Herzogtum Bayern-Landshut zu vereinen. Die außerbayerischen Besitzungen gingen jedoch verloren. Im Frieden von Schärding im Jahre 1369 fiel Tirol an die Habsburger und 1373 musste auch Brandenburg im Frieden von Fürstenwalde an die Luxemburger preisgegeben werden.¹⁴⁰ Angesichts dieser

¹³⁶ Vgl. zum Landrechtsbuch Kaiser Ludwigs des Bayern SCHLOSSER/SCHWAB, Oberbayerisches Landrecht und der getrennten Rechtsentwicklung in Ober- und Niederbayern zuletzt SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 182-232.

¹³⁷ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 200.

¹³⁸ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 201.

¹³⁹ Vgl. WILD, Herzöge von Straubing und Ingolstadt; KIRNBERGER, Herzogtum; KRENN, Herzogtum Straubing-Holland; KRENN/WILD, „fürste in der ferne“.

¹⁴⁰ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 201f.

schmerzlichen Verluste einigten sich die Söhne Herzog Stephans II. nach dessen Tod 1375 auf eine gemeinsame Regierungsführung, nahmen aber eine Verwaltungsteilung vor: Herzog Stephan III. (ca. 1337-1413) und Herzog Johann II. (ca. 1341-1397) sollten künftig das Oberland verwalten, Herzog Friedrich (ca. 1339-1393) und sein Onkel Otto V. (ca. 1314-1379) das Niederland. Der baldige Tod Ottos V. brachte jedoch Herzog Friedrich bei der Verteilung der Einkünfte in eine vorteilhaftere Position. Differenzen mit den sich benachteiligt fühlenden Brüdern folgten, die sich auch durch Ausgleichszahlungen Friedrichs an Stephan III. und Johann II. nicht dauerhaft bereinigen ließen. 1392 erfolgte schließlich die dritte große Landesteilung,¹⁴¹ die die Teilherzogtümer Bayern-München und Bayern-Ingolstadt hervorbrachte, so dass nun mit Bayern-Landshut und Bayern-Straubing-Holland vier Linien nebeneinander existierten. Hass und Neid der untereinander verfeindeten Herzöge, die weder vor Krieg noch Mordanschlägen zurückschreckten, führten zu zeitweise chaotischen Verhältnissen und prägten das Bild Bayerns in den ersten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts. Wohl zu recht spricht man in dynastiepolitischer Hinsicht von den dunkelsten Kapiteln der bayerischen Geschichte.¹⁴² Mitte des 15. Jahrhunderts leitete das Aussterben der Teilfürstentümer Bayern-Straubing-Holland 1425 und Bayern-Ingolstadt 1447 eine erste Konzentration ein. Nach dem Tode Herzog Johanns III. ging der niederländische Teil des Straubinger Herzogtums an Herzog Philipp den Guten von Burgund verloren, während das „Straubinger Ländchen“ 1429 durch den Pressburger Schiedsspruch König Sigmunds entsprechend der Anzahl der regierenden Fürsten in Bayern gevierteilt wurde: Die eine Hälfte des „Straubinger Ländchens“ fiel an die gemeinsam in München regierenden oberbayerischen Herzöge Ernst und Wilhelm III., die andere Hälfte mussten sich Ludwig VII. der Bärtige von Bayern-Ingolstadt und Heinrich XVI. der Reiche von Bayern-Landshut teilen.¹⁴³ Als 1447 mit dem Tode Ludwigs des Bärtigen in der Gefangenschaft Heinrichs des Reichen auch die Ingolstädter Linie erlosch, nahm der Landshuter Herzog ohne Rücksicht auf die Erbensprüche seines Münchner Vetters Herzog Albrecht III. das Ingolstädter Herzogtum kurzerhand in Besitz. Der Streit um das Erbe wurde im Erdinger Vertrag von 1450 beendet, der Bayern-München als

¹⁴¹ Vgl. RALL, Wittelsbacher Hausverträge, S. 175-207.

¹⁴² Vgl. STÖRMER, Innere Konsolidierung, S. 177.

¹⁴³ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 267-270; RILLING, Studien, S. 182f; SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 10; KEIM, Gebiet des ehemaligen Herzogtums Straubing; KRENN, Ein Herzogtum erlischt.

Ausgleich das Gericht Schwaben und die Herrschaften Lichtenberg am Lech und Baierbrunn brachte. Der weitaus größere Teil des Ingolstädter Erbes blieb jedoch in der Hand des Landshuter Herzogs.¹⁴⁴ Die Einheit Bayerns konnte erst ein halbes Jahrhundert später nach dem Aussterben der Landshuter Linie 1503 und dem daraus resultierenden Erbfolgekrieg 1503/04 wiederhergestellt werden, als Herzog Albrecht IV. von Bayern-München mit Hilfe seiner Primogeniturordnung 1506 künftige Teilungen verbot und das Erbrecht des erstgeborenen Sohnes im Herzogtum festsetzte.¹⁴⁵

Die Landesteilungen waren in ihren Folgen für Bayern ambivalenter Natur. Ein geschlossenes Auftreten nach außen sowie eine gemeinsame aktive Politik des Hauses Wittelsbach auf Reichsebene war auf Grund der Feindschaft unter den Teilherzögen kaum möglich, trieb damit Bayern in die Abhängigkeit mächtigerer Bundesgenossen oder verdammt es zu politischer Ohnmacht und Isolation im Reich.¹⁴⁶ Der Preis, den Bayern zahlen musste, war hoch: 1290 ging die bayerische Kurwürde an Böhmen verloren ebenso wie später die territorialen Errungenschaften Kaiser Ludwigs des Bayern. Die bayerischen Wittelsbacher gerieten im Laufe der Zeit im Kräftemessen mit Luxemburgern und Habsburgern sowie den rheinpfälzischen Verwandten immer mehr ins Hintertreffen.¹⁴⁷ Die Vorgehensweise bei den Teilungen, die unter fiskalischen Gesichtspunkten nach dem Grundsatz der gleichwertigen Verteilung der Einkünfte der Teilherzogtümer erfolgten,¹⁴⁸ den territorialen Gegebenheiten und natürlichen Grenzlinien dagegen kaum Bedeutung zumaß, schwächte Bayern zusätzlich: Oberbayern wurde buchstäblich zerstückelt und hatte dementsprechend stärker unter den Folgen zu leiden als Niederbayern, das das geschlosseneren Territorium blieb und sich dadurch ein gewisses Eigenleben bewahren konnte.¹⁴⁹

¹⁴⁴ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 283-287; RILLING, Studien, S. 184f; ETTTEL-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. I, S. 15f; SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 10; ETTTEL, Übernahme; KREMER, Auseinandersetzungen.

¹⁴⁵ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 545; KRAUS, Sammlung der Kräfte, S. 318-321; SCHWERTL, Landshuter Erbfolgekrieg; STAUBER, Georg von Bayern-Landshut; STAUBER, Staat und Dynastie; WEINFURTER, Die Einheit Bayerns; GEBERT, Primogeniturordnung.

¹⁴⁶ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 198f. Vgl. dagegen STAUBER, Herzöge von München, S. 144, der dazu relativierend anmerkt, dass es „keinen hypothetisch-allgemeinen politischen Gesamtwillen des Hauses nach außen gegeben hat, der durch die Teilungen notwendigerweise geschwächt worden wäre. Die Fürsten der einzelnen Linien entwickelten vielmehr aufgrund der weitgestreuten Besitzungen des Gesamthauses ihre je eigenen Interessenschwerpunkte in den Außenbeziehungen.“

¹⁴⁷ Vgl. RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 27. Vgl. dazu auch GERLICH, Habsburg – Luxemburg – Wittelsbach.

¹⁴⁸ Vgl. HIERETH/DIEPOLDER, Teilherzogtümer, S. 79.

¹⁴⁹ Vgl. ETTTEL, Teilungsvertrag, S. 9.

So nachteilig sich die Landesteilungen auf Reichsebene für Bayern auch auswirken mochten, im Inneren begünstigten, ja beschleunigten sie geradezu die Transformation der einzelnen Teilherzogtümer zu Territorialstaaten.¹⁵⁰ Die durch die Teilungen bedingte Kleinräumigkeit ermöglichte eine intensive Territorialpolitik in den einzelnen Teilherzogtümern, die dazu führte, dass das vereinte Bayern auf dem Weg zum modernen Flächenstaat zu Beginn des 16. Jahrhunderts weiter fortgeschritten war als die meisten anderen Territorien im Reich. Die hausinternen Streitigkeiten der wittelsbachischen Linien untereinander taten ihr Übriges. Im Ringen um die Macht verlangte der gegenseitige Konkurrenzkampf und die ständige Kriegsbereitschaft den Teilherzogtümern größte Anstrengungen hinsichtlich der Mobilisierung aller Kräfte des Landes ab. Die Landesteilungen verstärkten durch die wachsende Zahl der Hofhaltungen, den Ausbau der Residenzen und der jeweiligen Neuorganisation der Verwaltung mit eigenem Rat, Kanzlei- und Justizapparat, eigenen Ständeversammlungen und erhöhtem Finanzbedarf die Tendenzen zur staatlichen Konzentration in den Teilherzogtümern.¹⁵¹ Die dadurch bedingte Intensivierung und Rationalisierung der landesherrlichen Administration förderte die herrschaftliche Durchdringung des Landes und stärkte gleichzeitig die Monopolisierung der Herzogsgewalt. Durch die Ämterorganisation und intensive Verwaltungstätigkeit der Herzöge gewannen die Fürstentümer an innerer Dichte und räumlicher Geschlossenheit.¹⁵²

Die Landstände profitierten von den Finanznöten und Teilungsstreitigkeiten der wittelsbachischen Herzöge in Form der Bestätigung ihrer Privilegien, betrachteten sich aber als die eigentlichen „Wahrer des Landesbewußtseins“ und der Einheit Bayerns.¹⁵³ Die Machtverteilung zwischen Herzog und Landschaft schien noch im 14. Jahrhundert in einer ständischen Mitsprache zu kulminieren. Durch die Aufspaltung der Gesamtlandschaft in Teillandschaften infolge der Landesteilung konnten sie jedoch im 15. Jahrhundert aus der Rivalität der Herzöge untereinander keinen größeren Nutzen

¹⁵⁰ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 196-287; VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 544; HIERETH/DIEPOLDER, Teilherzogtümer, S. 80; FRIED, „Modernstaatliche“ Entwicklungstendenzen; STÖRMER, Innere Konsolidierung; HÄRTEL, Über Landesteilungen; HOFMANN, Landesteilungen.

¹⁵¹ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 278.

¹⁵² Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 544.

¹⁵³ STÖRMER, Innere Konsolidierung, S. 180.

mehr ziehen. Trotz ihres erreichten Einflusses auf die Personal- und Landespolitik gelang es den Ständen in keinem der Teilherzogtümer ein wirklich bestimmendes Gegengewicht zum jeweiligen Fürsten zu bilden.¹⁵⁴

Die Teilherzogtümer befanden sich Mitte des 15. Jahrhunderts auf dem besten Wege, sich in den Teilherrschaften abzuschließen und zu eigenständigen Territorialstaaten zu werden.¹⁵⁵ Bayern-Landshut brachte mit seiner territorialen Geschlossenheit, der straffen Verwaltung und der Kontinuität lang regierender Fürsten die besten Voraussetzungen dafür mit.

¹⁵⁴ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 278.

¹⁵⁵ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 282f.

II. Der Einfluss des Adels in der Vormundschaftszeit Herzog Heinrichs XVI. des Reichen von Bayern-Landshut (1393-1404)

„Der junge Heinrich XVI., den man später den Reichen nannte, erzählte seinen Freunden auf der Jagd einmal von der Zeit, als für ihn noch die Vormünder regierten. Und da kam eben ein Kröninger Geschirrhändler gefahren. Der Herzog ließ ihn halten, kaufte ihm seine Ladung ab und ließ die Töpferwaren der Reihe nach auf die Erde legen. Dann ging Heinrich XVI. zum ersten Gefäß, einem irdenen Krug, neigte sich zu ihm nieder und sagte: 'Wem gehörst du?' Da der Krug keine Antwort gab, sprach der Herzog an seiner Statt und sagte: 'Euer Gnaden, dem Herrn Herzog gehör ich!' Da hob Heinrich XVI. seinen Stock und schlug den schönen Krug in Scherben. Dann ging er zum nächsten Gefäß, einer großen Schüssel, und sprach dazu: 'Wem gehörst du?' Und da die Schüssel nicht redete, sprach der Herzog für sie: 'Ich gehöre Ihrer Gnaden, dem Herrn Regenten und Vormund!' Da verbeugte sich Heinrich XVI. vor der Schüssel und zog tief den Hut. So ging er von einem Gefäß zum anderen, spielte vor jedem sein Theater und schlug es zusammen oder dienerte davor. Die Hofleute in der Runde wußten nicht, was sie von dem Treiben halten sollten. Als der Herzog zu Ende gekommen, wagten sie zu fragen. 'Ich hab euch meine Vormünder vorgeführt', entgegnete er ihnen, 'wie sie mit meinem Eigentum und wie sie mit dem ihren umgingen. Die Herren Regenten wurden fett dabei, mein Land und Eigen aber haben sie schier zugrunde gerichtet.' So war es, wie der Herzog jung war. Als er alt war, hatte er so viel Gold in den Türmen, daß man die Trausnitz mit Dukaten hätte beschlagen können.“¹⁵⁶

In den Landshuter Sagen des „Turmkränzleins“ ist der Hinweis auf die Misswirtschaft der Vormünder Heinrichs des Reichen bis heute lebendig geblieben. Als Friedrich von Bayern-Landshut im Dezember 1393 verstarb, war sein Sohn Heinrich gerade erst sieben Jahre alt, so dass seine beiden Oheime Herzog Stephan III. von Bayern-Ingolstadt und Herzog Johann II. von Bayern-München die Regentschaft übernahmen und seine Erblande finanziell in den Ruin trieben. Dass das erst kurz zuvor bei der Landesteilung von 1392 neu entstandene Teilherzogtum Bayern-Landshut die

¹⁵⁶ HALLER, Turmkränzlein, S. 4. Aventin berichtet ähnlich, vgl. LEXER, Aventinus, S. 541.

Vormundschaftszeit überlebte und nicht den Begehrlichkeiten der beiden Vormünder zum Opfer fiel, grenzt nahezu an ein Wunder angesichts denkbar ungünstiger Ausgangskonstellationen, die Heinrich XVI. bei seinem Regierungsantritt vorfand. Mit tatkräftiger Unterstützung des landsässigen Adels konnte Heinrich XVI. dennoch im Jahre 1404 unbeschadet die selbstständige Regentschaft antreten. Die mächtigen Landherren Niederbayerns verfolgten dabei durchaus ihre eigenen Ziele. Schon ein Mal hatte in den 60er Jahren des 14. Jahrhunderts der Adel versucht den unmündigen, gesundheitlich angegriffenen Herzog Meinhard, Sohn Ludwigs des Brandenburgers aus der Ehe mit Margarete Maultasch und Erbe Oberbayern-Tirols, mit Hilfe einer Turniergesellschaft der eigenen Herrschaft zu unterstellen.¹⁵⁷ Vergleichbare Bestrebungen finden sich am Ende des 14. Jahrhunderts auch in Bayern-Landshut.

1. Der Adel als Nutznießer der Landesteilung von 1392

Nach dem Tode Herzog Stephans II. im Jahre 1375 regierten dessen drei Söhne Stephan III. (ca. 1337-1413), Friedrich (ca. 1339-1393) und Johann II. (ca. 1341-1397) gemeinsam im Herzogtum Bayern, hatten aber die Verwaltung unter sich aufgeteilt. Seit dem Tod Ottos V. 1379 lag außerdem der gesamte niederbayerische Teil allein in der Hand Herzog Friedrichs. Verschwenderische Hofhaltungen und das Engagement Stephans III. wie Friedrichs für ihren 1385 durch den Usurpator Giangaleazzo Visconti gestürzten Schwiegervater Barnabò Visconti und dessen Erben in Oberitalien führten bald zu finanziellen Nöten und Spannungen untereinander.¹⁵⁸ Johann II. wollte sich der kostspieligen Politik seiner Brüder entziehen, drängte daher bereits 1384 und 1387 zur

¹⁵⁷ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 211f; AY, Altbayern, S. 471.

¹⁵⁸ Vgl. RALL, Wittelsbacher Hausverträge, S. 176f; STRAUB, Mailänder Heirat: Herzog Stephan III. war in erster Ehe mit Thaddea, Herzog Friedrich in zweiter Ehe mit Magdalena verheiratet, beides Töchter des Barnabò Visconti von Mailand. Vgl. zu den Interessen der Wittelsbacher in Oberitalien PATZE, Wittelsbacher; ZIEGLER, Europäische Verbindungen.

Aufteilung Oberbayerns. Beide Versuche scheiterten nicht nur am Widerstand der herzoglichen Brüder, sondern auch an den oberbayerischen Landständen, die sich auf Grund der negativen Erfahrungen mit den Landesteilungen in der Vergangenheit dagegen aussprachen. Herzog Johann II. musste daher notgedrungen 1384 zu Aichach und 1390 zu München das Versprechen einer gemeinsamen Regierungsführung des Herzogtums geben.¹⁵⁹ Erst im Jahre 1392 konnte er sich zusammen mit seinem Sohn Ernst, einigen Landständen und der Stadt München mit seiner Forderung erfolgreich durchsetzen.¹⁶⁰ Am 18. Oktober 1392 wurden in Landshut erste Vorbereitungen getroffen. Die drei Herzöge schlossen untereinander Frieden und vereinbarten einen Landtag in München zur Teilung des Landes. Dort sollte ein von Stephan III. und Johann II. ausgewählter 40köpfiger Landschaftsausschuss, zusammengesetzt aus 24 Rittern und Knechten sowie 16 Vertretern der Städte aus dem Oberland, Oberbayern in zwei Hälften teilen. Die Aufteilung des Landes hatte ausschließlich unter fiskalischen Gesichtspunkten nach der Gleichheit der Einkünfte der Teilherzogtümer zu erfolgen. Im Falle höherer Erträge eines der Teilherzogtümer sollten Ausgleichszahlungen die anderen beiden Herzöge entschädigen. Herzog Friedrich konnte sich bereits im Vorfeld der Verhandlungen das reiche Niederbayern (ohne die Besitzungen des Herzogtums Bayern-Straubing-Holland) für sich und seine Erben sichern. Sein Herzogtum sollte von der Teilung unberührt bleiben.¹⁶¹

Obwohl schließlich die Urkunde vom 19. November 1392 in München die Aufteilung des Herzogtums Bayern unter den drei Brüdern besiegelte,¹⁶² beinhaltete sie zahlreiche hausrechtliche Bestimmungen zur Wahrung der Einheit untereinander. Riezler würdigte daher den Teilungsvertrag als wichtigstes Hausgesetz seit dem Vertrag von Pavia

¹⁵⁹ Vgl. BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 9f; STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 202.

¹⁶⁰ Vgl. BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 10.

¹⁶¹ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1353, S. 584f. Vgl. dagegen die mit 16 Städtevertretern und 40 Edlen falsch angegebene Zusammensetzung des Landschaftsausschusses bei ETTTEL, Teilungsvertrag, S. 10. Derselbe Fehler bei TAUSCHE, Teilungsvertrag von 1392, S. 51.

¹⁶² Gedruckt bei HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1355, S. 586-589; MW II, Nr. 372, S. 551-558; AY, Altbayern, Nr. 122, S. 164-167; RALL, Wittelsbacher Hausverträge, S. 185-207.

1329.¹⁶³ In Vorgehensweise und praktischer Durchführung diente mit großer Wahrscheinlichkeit die Teilung Oberbayerns im Jahre 1310 als Vorbild.¹⁶⁴ Hatten die Fürsten ihr Herzogtum 1255 noch wie Privatbesitz untereinander aufgeteilt, so wurde 1310 bei der Aufteilung Oberbayerns zwischen den beiden Herzögen Rudolf und Ludwig ein Gremium aus neun Landherren zur Durchführung der Landesteilung bestellt.¹⁶⁵ Die Einbeziehung des Adels und der Kommunen bei der Teilung 1392 spiegelt die Entwicklung der landständischen Bewegung seit Mitte des 13. Jahrhunderts wider: Weder der Adel noch Städte und Märkte konnten von den Landesfürsten einfach übergangen werden, wie dies 1255 noch möglich war. Die Landesteilung von 1392 erfolgte explizit „mit willen gunst vnd rat aller vnser getrewn grafen, freyen lanthern, ritter vnd chnecht, stet vnd markgt“¹⁶⁶ sowohl Ober- als auch Niederbayerns, also mit ausdrücklicher Zustimmung der Landschaft aller drei beteiligten Teilherzogtümer. Die erstarkte Position der Landstände gegenüber den Landesfürsten ist unverkennbar. Sie waren es immerhin, die über die zukünftigen Grenzen der beiden neu entstehenden oberbayerischen Teilherzogtümer im Landschaftsausschuss entschieden. Die zahlenmäßige Verteilung dieses 40köpfigen Ausschusses zeigt die Dominanz des Adels als politisch richtungsweisender Gruppe innerhalb der Landschaft auf. Betrachtet man die Ausschussmitglieder adeliger Herkunft genauer, so handelte es sich bis auf Albrecht von Abensberg, der einem alten hochfreien Geschlecht entstammte, und Georg von Waldeck, dessen Geschlecht die Reichsunmittelbarkeit für seine Herrschaft beanspruchte, ausschließlich um Personen aus der landsässigen Ritterschaft, die bislang

¹⁶³ Vgl. RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 166: Die drei Herzöge verbanden sich gegen die umliegenden Nachbarn, insbesondere zur Abwehr eventueller Ansprüche der Straubinger Linie auf Oberbayern, und versprachen sich gegenseitige Hilfe im Kriegsfall. Krieg sollte nicht ohne Wissen und Rat der anderen geführt werden. War eine Linie gezwungen Land zu verkaufen, so erhielten die beiden anderen Linien das Vorkaufsrecht. Bei Streitigkeiten zwischen zwei Linien sollte die dritte Linie vermittelnd wirken. Für den Fall, dass eine Linie im Mannesstamm ausstarb, erbten die beiden anderen Linien, die sich auch um die standesgemäße Versorgung hinterlassener Töchter zu kümmern hatten. Generell erbberechtigt sollten nur die männlichen legitimen Nachkommen sein, womit das bereits praktizierte agnatische Prinzip der Erbfolge nun auch gesetzlich fixiert wurde.

¹⁶⁴ Vgl. HOFMANN, Landesteilungen, S. 105.

¹⁶⁵ Vgl. RALL, Wittelsbacher Hausverträge, S. 64-174 mit Abdruck der Teilungsurkunde von 1310 und namentlicher Nennung der Adeligen.

¹⁶⁶ AY, Altbayern, S. 164f.

als Räte und Inhaber bedeutender Ämter in Diensten der drei Herzöge in Erscheinung getreten waren.¹⁶⁷

Angesichts der Tatsache, dass die 1384/87 von Herzog Johann II. forcierte Landesteilung noch am Widerstand der Landstände gescheitert war, stellt sich die Frage, warum sich Adel und Kommunen gerade im Jahre 1392 einer Aufteilung des Herzogtums nicht mehr entgegenstellten. Zum einen wollten die Stände möglicherweise einen drohenden Krieg zwischen den Herzögen untereinander verhindern, der dem gesamten Land nur schaden konnte. Zum anderen dürfte die Bewilligung außerordentlicher Privilegien als Preis für ihre Zustimmung zur Landesteilung mit ausschlaggebend für ihre Meinungsänderung gewesen sein. Noch am selben Tag der Landesteilung bestätigten ihnen die bayerischen Herzöge Stephan III., Friedrich und Johann II. nicht nur ihre althergebrachten Rechte und Freiheiten, sondern mussten den Ständen außerdem garantieren, wichtige Staatsämter nicht mit Ausländern zu besetzen (Indigenat).¹⁶⁸ Gerade letzteres kam allein den adeligen Landherren zu Gute, denn sie waren es, die die bedeutendsten Ämter im Land inne hatten. Insbesondere die Besetzung des landesherrlichen Rates und damit maßgeblicher Einfluss auf die landesfürstliche Politik sollte dadurch weiterhin ausnahmslos dem einheimischen Adel vorbehalten sein.¹⁶⁹ Die Forderung nach der ausschließlichen Berufung Einheimischer in die höchsten Ämter zeugt ein Mal mehr davon, dass der Adel maßgeblich an der politischen Willensbildung der Stände beteiligt war und die Zielrichtung der Landschaft vorgab. Nach dem Verzicht auf die Erhebung eines Ungeldes respektive einer neuen Steuer und dem Versprechen, auch die Zölle und Straßen nicht zu verändern, mussten die Herzöge den Landständen zur Sicherung ihrer Privilegien auch das Widerstands- und Einigungsrecht bestätigen.¹⁷⁰ Damit hatten die Stände die Garantie all ihrer seit der Schnaitbacher Urkunde bzw. der Ottonischen Handfeste gewonnenen Rechte und

¹⁶⁷ Unter den 16 Vertretern der Städte entstammte nur der Münchner Patrizier Hans Schluder zu Weilbach dem ritterbürtigen Bürgertum. Das Münchner Patriziergeschlecht Hans Rudolfs des Älteren wurde erst 1546 geadelt. Vgl. dazu die Zusammenstellung der Kurzbiografien aller beteiligten Räte bei RALL, Wittelsbacher Hausverträge, S. 202-207 und bei ETTTEL, Teilungsvertrag, S. 13f. Vgl. speziell zu den Räten Herzog Johanns II. von Bayern-München ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen und zu den Räten Herzog Stephans III. von Bayern-Ingolstadt TURTUR, Regierungsform.

¹⁶⁸ Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, 13. Brief, S. 30-33.

¹⁶⁹ Vgl. BOSL, Geschichte der Repräsentation, S. 60, 68.

¹⁷⁰ Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, 13. Brief, S. 32.

Freiheiten durch die Landesfürsten erreicht. Aus der Notlage der Herzöge wussten die Stände den größtmöglichen Nutzen zur Verbesserung der eigenen Position gegenüber den Landesfürsten zu ziehen. In diesem Sinne sicherte sich insbesondere der Adel ab, der dank der gewährten Privilegien von der Landesteilung 1392 am meisten profitierte. Als unmittelbare Reaktion der Stände sind die beiden Urkunden gleichen Datums zu sehen, die in Lerchenfelds Sammlung der landständischen Freibriefe als 14. und 15. Brief geführt werden.¹⁷¹ Es handelt sich dabei um zwei Bundbriefe gleichen Inhalts, in denen die Stände ihr Einungs- und Widerstandsrecht gutheißen, „doch in sölicher mass, das unser obgenant herren alzeit bey irn fürstnthumben und herschaften beleiben sullen, und wir bey recht und gnad auch beleiben, und das auch wir und unser erben in und irn erben alzeit dinstlich und beystendig sein sullen, als getreu biderleut gen irer rechten herschaft pillich und durch recht thun sullen“.¹⁷² Aus diesem Treuebekenntnis spricht deutlich ein Zugehörigkeitsbewusstsein der Landstände sowohl zum Herzogtum als auch zu seinem angestammten Fürstenhaus.¹⁷³ Die Stände hatten den Herzögen bei der Teilung das Versprechen abgenommen, ihre Länder und Güter weder zu versetzen noch zu tauschen oder zu verkaufen. Sie traten damit als die eigentlichen „Garanten und Wahrer des Territoriums und seiner Einheit“¹⁷⁴, als „die Schirmer der Integrität des Staatsgebietes“¹⁷⁵ auf. Dies darf dennoch nicht darüber hinweg täuschen, dass es dieselben Landstände waren, die mit ihrer Zustimmung zur Teilung 1392 die politische Einheit des Herzogtums Bayern de facto preisgegeben hatten.

Die Zuteilung der neu geschaffenen Teilherzogtümer erfolgte per Losentscheid. Herzog Johann II. fiel der geschlossenere südliche Teil Oberbayerns samt der Hauptstadt München zu, wohingegen sich Herzog Stephan III. mit Ingolstadt und einem „unglücklich verteilten Streubesitz“ an der Donau und im Alpenvorland zufrieden geben musste.¹⁷⁶ Während Oberbayern damit in zwei fiskalisch, aber nicht geographisch und wirtschaftlich ausgewogene Hälften zerfiel, blieb Niederbayern ungeteilt in der Hand

¹⁷¹ Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, 14. und 15. Brief, S. 33-35.

¹⁷² LERCHENFELD, Freibriefe, 14. und 15. Brief, S. 33f, 35.

¹⁷³ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 275f.

¹⁷⁴ BOSL, Geschichte der Repräsentation, S. 69.

¹⁷⁵ RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 662.

¹⁷⁶ STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 233. Vgl. zur genauen Aufteilung der Besitztümer den Teilungsvertrag von 1392 bei RALL, Wittelsbacher Hausverträge, S. 191-197; HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1355, S. 586-589; AY, Altbayern, S. 164-167.

Herzog Friedrichs. Allein in der Eigenart der Teilung war damit bereits das Fundament für neue Konflikte unter den herzoglichen Brüdern gelegt.¹⁷⁷ Diese traten unmittelbar nach vollzogener Teilung offen zu Tage. Herzog Friedrich hatte zweifelsohne den lukrativsten Teil erhalten, waren seine Besitzungen mitten im besten Bauernland doch schon damals als „Kornkammer Bayerns“ berühmt.¹⁷⁸ In der Tat stellte sich schnell heraus, dass Bayern-München und Bayern-Ingolstadt nicht dieselben Einkünfte einnahmen wie das Landshuter Herzogtum. Aus den Ausgleichszahlungen, der sogenannten „Zugab“ Herzog Friedrichs an seine Brüder, ist auf ein erhebliches Ungleichgewicht zu schließen. Am 16. Januar 1393 überließ er Johann II. von Bayern-München nicht nur die Summe von 9.400 fl., sondern auch seinen Anteil an der Jahresrente von 10.000 fl. aus den 100.000 fl., die König Wenzel allen drei Herzögen schuldete.¹⁷⁹ Auch der Ingolstädter Herzog Stephan III. fühlte sich schon bald nicht mehr zufriedengestellt. Rasch traten die ersten Unstimmigkeiten untereinander auf. Johann II. schloss vorsorglich ein Bündnis mit Herzog Albrecht I. von Bayern-Straubing-Holland, sein Bruder in Landshut einen Vertrag mit Bischof Georg von Passau.¹⁸⁰ Schließlich verbündeten sich beide gegen einen Angriff des Ingolstädter Herzogs im Vertrag zu München vom 16. September 1393.¹⁸¹ Zum Äußersten kam es indes nicht. Am 8. Oktober 1393 verzichtete Herzog Friedrich auf seinen Anteil bei der Aufteilung des Nordgaus und überließ Oberpfalz-Sulzbach, die neuböhmische Hinterlassenschaft Ottos V., seinen beiden Brüdern, wovon zwei Drittel an Ingolstadt und der Rest an München als Entschädigung ging.¹⁸² Noch bevor man sich über weitere Zahlungen einig werden konnte, starb Herzog Friedrich von Bayern-Landshut völlig unerwartet nach einem Besuch König Wenzels in Prag am 4. Dezember 1393 in Budweis. Er hinterließ bei seinem Tod den erst siebenjährigen Sohn Heinrich XVI. als Erben.

¹⁷⁷ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 233.

¹⁷⁸ NIEDERLECHNER, Vormundschaftsgeschichte, S. 82. Vgl. ZIEGLER, Staatshaushalt, S. 255.

¹⁷⁹ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Auswärtige Staaten 782/1; BayHStA Pfalz-Neuburg Auswärtige Staaten 782/2.

¹⁸⁰ Vgl. RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 169; RB X, S. 325, 328.

¹⁸¹ Vgl. MW II, Nr. 373, S. 558f.

¹⁸² Vgl. RALL, Wittelsbacher Hausverträge, S. 208-218.

2. Der Adel als Wahrer der Eigenständigkeit Bayern-Landshuts

Der überraschende Tod Herzog Friedrichs brachte das junge Herzogtum in eine äußerst prekäre Lage. Gerade jetzt hätte es zur Absicherung und Konsolidierung des kaum ein Jahr alten Herzogtums einer starken Herrscherhand bedurft anstelle des noch unmündigen und damit politisch handlungsunfähigen Heinrich XVI. (*1386). Dessen Nachfolge war an sich unumstritten.¹⁸³ Aber auf Grund seiner Unmündigkeit musste es sich die Herzoginwitwe Magdalena gefallen lassen, dass für ihren Sohn ein Vormundschaftsrat zusammen mit dessen nächsten Verwandten, den beiden Oheimen väterlicherseits, Herzog Stephan III. von Bayern-Ingolstadt und Herzog Johann II. von Bayern-München, gebildet wurde.¹⁸⁴ Hinzu trat der in den Urkunden ausdrücklich als Vormund bezeichnete niederbayerische Viztum Oswald Törring zu Stein.¹⁸⁵ Die Aufnahme des Viztums in die Vormundschaftsregierung, der kraft seines Amtes Stellvertreter des Herzogs war, scheint angesichts der Situation auf den ersten Blick nicht ungewöhnlich. Die oberbayerischen Herzöge benötigten in Zeiten ihrer Abwesenheit und auch sonst einen zuverlässigen Mann an der Spitze der Landesverwaltung, der sich vor Ort um die Abwicklung der täglich anfallenden Geschäfte im Landshuter Herzogtum kümmerte. Dennoch ist es auch ein Zeichen dafür, dass den einheimischen Kräften ein Mitspracherecht an oberster Stelle zugestanden werden musste, diese nicht unberücksichtigt bleiben oder gar übergangen werden

¹⁸³ Vgl. RALL, Wittelsbacher Hausverträge, S. 179f: Herzog Friedrich hatte aus erster Ehe mit Anna Gräfin von Neuffen, Graisbach und Marstetten nur eine Tochter, Elisabeth (1361-1382). Aus seiner zweiten Ehe mit Magdalena Visconti gingen die drei Töchter Elisabeth (1383-1442), Margarethe (1384, in früher Jugend verstorben), Magdalene (1388-1410) und die beiden Söhne Heinrich XVI. (1386-1450) und Johann II. (1390-1396) hervor. Ein Testament Herzog Friedrichs existierte offensichtlich nicht. Er hatte aber bereits am 6. Dezember 1392 seinen ältesten Sohn bei der Bestätigung der Privilegien für die Stadt Landshut mit einbezogen, sicher um seine Nachfolge vorzubereiten, vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1358, S. 590-592.

¹⁸⁴ Vgl. NIEDERLECHNER, Vormundschaftsgeschichte, S. 81. Vgl. allgemein zur Vormundschaft über Minderjährige MARON, Recht der Vormundschaft; RIVE, Geschichte der deutschen Vormundschaft.

¹⁸⁵ Vgl. BayHStA KU Landshut-Chorstift 1394 VI 26; HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1402, S. 607. Vgl. NIEDERLECHNER, Vormundschaftsgeschichte, S. 81, die fünf namentlich nicht genannte Räte der Stadt Landshut als weitere Vormünder anführt, wofür sich jedoch keinerlei Belege finden ließen. Niederlechner stützte sich offensichtlich auf Töpfers Biografie über Oswald Törring zu Stein, vgl. StA Törring-Jettenbach U 15, § 37. Dort ist von fünf Räten die Rede, die zusammen mit der Herzoginwitwe und dem Viztum die Regierung geführt haben sollen. Es erscheint aber unwahrscheinlich, dass die beiden Herzöge neben der Mutter und dem Viztum noch weitere Räte in der Regentschaft geduldet hätten.

konnten. Der Aufstieg Oswald Törrings zu Stein aus dem Ritteradel zum nahezu einflussreichsten Mann im Herzogtum repräsentiert geradezu exemplarisch die starke Position des niederbayerischen Adels in dieser Zeit.¹⁸⁶ Seine Persönlichkeit und Amtstätigkeit als Viztum wird daher zu einem späteren Zeitpunkt noch genauer zu betrachten sein.

Unzufrieden mit der Landesteilung von 1392 neideten die beiden Oheime ohnehin ihrem verstorbenen Bruder dessen landwirtschaftlich ertragreicheren Gebiete. Der vorzeitige Tod Herzog Friedrichs eröffnete angesichts des noch geringen Alters seines Sohnes, das eine langjährige Vormundschaftsphase erwarten ließ, völlig neue Perspektiven. Schon bald kämpften Herzog Stephan III. von Bayern-Ingolstadt und Herzog Johann II. von Bayern-München bzw. dessen Söhne Ernst und Wilhelm III. jahrelang erbittert mit wechselnden Erfolgen um die Vorherrschaft in Gesamtbayern.¹⁸⁷

Die teilweise oder alleinige Kontrolle über Bayern-Landshut in den Händen zu halten, besaß deshalb höchste Priorität, denn sie konnte die Entscheidung im Kräfteressen der oberbayerischen Herzöge bringen. Schon früh dürften daher die beiden Herzöge in Ingolstadt und München mit dem Gedanken einer Revision der Landesteilung von 1392 gespielt haben, die für das Landshuter Herzogtum nur eine Verkleinerung des Territorialbestandes bis hin zur völligen Aufteilung zwischen den beiden rivalisierenden Linien bedeuten konnte. Diese Bayern-Landshut in seiner Existenz als eigenständiges Herzogtum gefährdende Konstellation musste auch den einheimischen Kräften des Landes bewusst sein. Da dem unmündigen Herzog die Hände gebunden waren, sorgte der niederbayerische Adel dafür, dass Bayern-Landshut nicht zwischen den machtpolitischen Interessen Herzog Stephans III. und Johanns II. zerrieben wurde.

Am 10. Februar 1394 bestätigte Heinrich XVI. in Landshut anlässlich seiner Huldigung als neuer Herzog sämtliche Rechte und Gewohnheiten der Stände seines Landes.¹⁸⁸

Einen Tag später erklärten Stephan III. und Johann II. unter Vermittlung der Räte Albrechts von Bayern-Straubing-Holland und Ruprechts von der Pfalz, gemeinsam die

¹⁸⁶ Vgl. AY, Altbayern, S. 230.

¹⁸⁷ Vgl. AY, Altbayern, Nr. 419-421, S. 523f und die Erläuterungen dazu auf S. 472.

¹⁸⁸ LERCHENFELD, Freibriefe, 17. Brief, S. 38f. Vgl. BOSL, Geschichte der Repräsentation, S. 60: Erstmals werden hier die Prälaten als eigener Stand genannt, die erst ab 1409 zusammen mit den Äbten und den Präpsten nach den Grafen und Freien immer häufiger und seit 1429 fast regelmäßig erscheinen.

Vormundschaft für ihren Vetter in Landshut zu übernehmen.¹⁸⁹ Heinrichs Huldigungsurkunde offenbart, dass diesem Akt eine Einung der Landstände mit dem unmissverständlichem Ziel, den unmündigen Herzog bei seinem Fürstentum halten zu wollen, vorausgegangen sein muss.¹⁹⁰ Innerhalb von kaum zwei Monaten hatte sich die Landschaft nach dem Tod des alten Herzogs formiert, um den Regierungsantritt Heinrichs XVI. und damit das Überleben Bayern-Landshuts zu sichern. In gleicher Absicht erfolgte ebenso schnell die Huldigung des neuen Herzogs und damit dessen Anerkennung als legitimer Nachfolger durch die Stände, die sich dadurch auch lehensrechtlich an ihren neuen Fürsten banden und zu Gehorsam verpflichteten. Innerhalb kürzester Zeit hatte sich also die niederbayerische Landschaft hinter ihren noch unmündigen Herzog gestellt, wohl um von Beginn an klare Rechtsverhältnisse zu schaffen und so einer möglichen Annexion oder gar völligen Aufteilung von vornherein zu begegnen. Der Zusammenschluss der Stände musste in derselben Urkunde von den beiden Herzögen Stephan III. und Johann II., die dem schnellen Reagieren der einheimischen Kräfte offensichtlich nichts entgegenzusetzen hatten, ausdrücklich anerkannt werden.¹⁹¹ Der erste Schritt zur Sicherung des Fortbestandes des Landshuter Teilherzogtums war damit getan, getragen von den eigenen, inneren Kräften des Landes, Adel, Klerus und Kommunen.

Der zweite Schritt erfolgte am 5. September 1394 und gibt zu erkennen, dass ein halbes Jahr nach der Huldigung die Gefahr für Heinrich XVI. und seine Erblande keineswegs gebannt war, vielmehr akuter Handlungsbedarf bestand. Adel, Städte und Märkte des Landshuter Herzogtums vereinigten sich gegen alle, „wer der wer, der uns daran engen, irren darein greiffen, oder kainen krankt darin thun wolt, das wir des getreulichen bey ainander beleiben, uns der weren, setzen sollen, mögen und auch wöllen mit allem unserm vermögen“.¹⁹² Dies kann im Grunde nur als eine an die beiden oberbayerischen Vormünder adressierte Warnung der Landshuter Stände gedeutet werden, die

¹⁸⁹ Vgl. Geheimes Hausarchiv HU 2001.

¹⁹⁰ Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, 17. Brief, S. 39: „die sich zu ainander veraint und verpunden haben mit unserm guetem willen und gonst, bey ainander ze bleiben und uns bey unserm fürstnthumb ze halten“. Eine Abschrift davon befindet sich in der Österreichischen Nationalbibliothek Wien Codex 4956, fol. 178r-178v.

¹⁹¹ Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, 17. Brief, S. 39f.

¹⁹² LERCHENFELD, Freibriefe, 19. Brief, S. 41f: Die Prälaten blieben dem Bündnis fern.

ihr Einungs- und Widerstandsrecht gegen jeden, der ihre Rechte und Freiheiten verletzte, laut und deutlich kund taten und dadurch den beiden oberbayerischen Fürsten ihre Grenzen aufzeigen wollten ohne freilich darüber zu vergessen, „das unser obgenant herren beleiben bey iren fürstnthumb und freihaiten, fürstlichen rechten, und wir bey brieven und rechten, bey gleich und gueten gewonhaiten“.¹⁹³

Die Ausprägung einer dualistischen Verfassungsstruktur ist auch im Landshuter Teilherzogtum Ende des 14. Jahrhunderts erkennbar.¹⁹⁴ Dennoch ging es den Ständen in Anbetracht der Krisensituation, in der sich das Land im Augenblick befand, weniger um die Verschiebung des Machtverhältnisses zwischen Landschaft und Herzog zu ihren Gunsten, wie dies in den Jahren zuvor und noch 1392 angestrebt wurde. Statt dessen stand der Schutz des Landes vor möglichen Ein- und Zugriffen der beiden oberbayerischen Herzöge als Vormünder im Vordergrund. Nur so lässt es sich wohl erklären, dass die Herzoginwitwe Magdalena an der Spitze des Bundes aus 95 Adeligen und zwölf Kommunen, darunter die beiden Residenzstädte Landshut und Burghausen, stand.¹⁹⁵ Die Herzoginwitwe Magdalena, eine politisch tatkräftige Frau, hatte offensichtlich die einheimischen Kräfte des Landes zugunsten ihres Sohnes mobilisieren können, vor allem den Landherrenadel Niederbayerns, dessen Führerschaft sich die Kommunen anschlossen. Auf Druck von außen, bedingt durch die Ausübung der Vormundschaftsregierung der oberbayerischen Herzöge, hatte sich aus den niederbayerischen Ständen und seinem angestammten Fürstenhaus eine Interessensgemeinschaft formiert, worin beide Parteien für dasselbe Ziel kämpften, das Überleben des Landshuter Herzogtums.

Die Aktivierung des landsässigen Adels war angesichts der Situation sicherlich ein Gebot der Stunde, barg aber neue Gefahren für den jungen Heinrich XVI. in sich. Seine Unmündigkeit bot den politisch tonangebenden Adelsfamilien des Landes die Möglichkeit, aus der Notsituation des Herzogs den eigenen Gewinn zu ziehen. Der Adel

¹⁹³ LERCHENFELD, Freibriefe, 19. Brief, S. 42.

¹⁹⁴ Vgl. BOSL, Geschichte der Repräsentation, S. 55, der als Charakteristika einer dualistischen Verfassungsstruktur folgende Kriterien nennt: „1. Der Landesherr anerkannte die zur Verteidigung ihrer Sonderrechte und Privilegien geschlossenen Einungen. 2. Er gab sich mit einer bedingten 'Treue' zufrieden und empfing den Huldigungseid der Stände, nachdem er ihre Privilegien bestätigt hatte. 3. Er gab das Recht des bewaffneten Widerstandes selber zu.“

¹⁹⁵ Vgl. dazu die namentliche Auflistung aller beteiligten Adeligen bei LERCHENFELD, Freibriefe, 19. Brief, S. 42f.

befand sich bereits bei der Landesteilung von 1392 mit der Zusicherung von Indigenat, Einungs- und Widerstandsrecht auf einem Machthöhepunkt. Dies konnte nur noch durch eine Adelsherrschaft übertroffen werden, wofür sich im Landshuter Herzogtum angesichts eines Kindes als Fürsten und einer Frau an der Spitze des Staates denkbar günstige Konstellationen boten. Die Behauptung der herzoglichen Position des jungen Heinrich XVI. stand somit in Zukunft nicht nur in einem engen Spannungs- und Abhängigkeitsverhältnis zu den Vormündern, sondern drohte auch von innen her durch die politisch einflussreichen Adelsfamilien des Landes unterlaufen zu werden. Herzog Heinrich XVI., der mehr denn je auf die Unterstützung seiner Landschaft angewiesen war, drohte auf Grund seiner Unmündigkeit nicht nur Spielball der oberbayerischen Herzöge, sondern auch des einheimischen Adels zu werden. Letzteres hing im Wesentlichen davon ab, inwieweit Stephan III. und Johann II. als Vormünder den niederbayerischen Adel gewähren ließen.

Die gemeinsame Vormundschaftsregierung des Ingolstädter und Münchner Herzogs hatte kaum zwei Monate überdauert, als untereinander erneute Streitigkeiten über das bei der Landesteilung entstandene Ungleichgewicht zwischen den Teilherzogtümern ausbrachen und am 6. Mai 1394 ein Schiedsgericht über die Frage der Vormundschaft entscheiden musste.¹⁹⁶ Unter Vermittlung Herzog Ruprechts von der Pfalz, Herzog Albrechts von Bayern-Straubing-Holland, Burggraf Friedrichs von Nürnberg und Landgraf Johans des Älteren zu Leuchtenberg konnte am 8. Mai 1394 zu Amberg ein Ausgleich über eine Reihe strittiger Punkte der Landesteilung gefunden werden.¹⁹⁷ Da sich eine gemeinsame Vormundschaftsregierung der beiden Herzöge bereits als impraktikabel erwiesen hatte, erklärten sich Stephan III. und Johann II. am 9. Mai zu einer Neuregelung bereit. Bis zum nächsten St. Georgstag (23. April 1395) sollte vorerst der Ingolstädter Herzog, der Münchner in den darauffolgenden zwei Jahren die Vormundschaft ausüben. Danach sollten sich die beiden Brüder in einem zweijährigen Turnus abwechseln, solange bis Heinrich XVI. selbst die Regierung übernehmen konnte. Im Todesfall einer der beiden Herzöge ging die alleinige Vormundschaft auf den anderen über. Johann II. versprach darüber hinaus, seinem Bruder wegen der

¹⁹⁶ Vgl. Geheimes Hausarchiv HU 2003.

¹⁹⁷ Vgl. RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 172.

„Zugab“ behilflich zu sein. Um künftige Streitereien friedlich beizulegen, bestellten die beiden Herzöge ferner ein Schiedsgericht aus insgesamt zehn ihrer Räte.¹⁹⁸ Urkunden aus dieser Zeit, in denen sowohl der Ingolstädter als auch der Münchner Herzog als Vormünder genannt werden, beweisen, dass diese Neuregelung der Vormundschaft im Grunde niemals streng eingehalten wurde.¹⁹⁹ Auch der erhoffte Friede stellte sich zwischen den beiden Brüdern dadurch nicht ein. Vielmehr setzte eine Phase ein, in der beide Seiten auch im Namen ihres Mündels gegeneinander gerichtete Verträge und Hilfsbündnisse schlossen und in den reichspolitischen Auseinandersetzungen konträre Positionen bezogen. Bayern-Landshut geriet dadurch immer stärker zwischen die Fronten, was zur Folge hatte, dass es in die Auseinandersetzungen in Böhmen und im Reich mit hineingezogen wurde. Aus dem Vertrag Herzog Johanns II. mit dem Bischof von Freising vom 6. Juni 1394, der auch einen Krieg mit Herzog Heinrich XVI. nicht ausschloss, geht hervor, dass zunächst der Ingolstädter in Niederbayern den Ton angab,²⁰⁰ woran die Mutter Heinrichs XVI. möglicherweise durchaus ein gewisses Interesse hatte. Die Herzoginwitwe Magdalena war eine geborene Visconti, die nach der Absetzung ihres Vaters Barnabò 1385 durch dessen Neffen Giangaleazzo Visconti ihren Bruder Mastin im Kampf um seine angestammten Rechte unterstützte. Mastin hielt sich 1394 in Ingolstadt auf, um die Unterstützung Herzog Stephans III. zu gewinnen, der dem Nachkommen seines Schwiegervaters in der Tat zu Hilfe kam, um so mehr, als Herzog Johann II. sich Giangaleazzo Visconti annäherte. Für einen gegen Mailand geplanten Feldzug, der später allerdings kläglich scheiterte, steuerte Magdalena offensichtlich eine erhebliche Summe bei.²⁰¹ Johann II. von Bayern-München bemühte

¹⁹⁸ Vgl. Geheimes Hausarchiv HU 2002, wo als Räte Herzog Johanns II. Johann von Abensberg, Georg von Waldeck, Konrad Preysing, Schweiker von Gundelfingen der Ältere, Christian Fraunberger und als Räte Herzog Stephans III. der Regensburger Bischof Johann II., Otto Pienzenauer und dessen Sohn Warmund, Stephan von Gumpfenberg und Ulrich Judman genannt werden.

¹⁹⁹ Vgl. NIEDERLECHNER, Vormundschaftsgeschichte, S. 82.

²⁰⁰ Vgl. RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 173.

²⁰¹ Zu Magdalena Visconti vgl. STRAUB, Die fünf Ingolstädter Herzoginnen, S. 43f; NIEDERLECHNER, Vormundschaftszeit, S. 83f; PATZE, Wittelsbacher, S. 72-74: Zusammen mit Thaddea, der ersten Ehefrau Herzog Stephans III. von Ingolstadt, und Elisabetta, der Mutter Albrechts III. von München, gehörte sie zu den drei Hunderttausend-Gulden-Töchtern des Mailänder Stadtherrn Barnabò Visconti. Als Stadttyrannen von Mailand waren die Visconti zu unermesslichem Reichtum gelangt und zählten unter den europäischen Familien des 14. Jahrhunderts zu den neureichen Emporkömmlingen ebenso wie die Habsburger, Luxemburger und Hohenzollern in dieser Zeit. Die Visconti hatten sich insbesondere in Oberitalien ein Machtzentrum aufbauen können. Gegen sie war vom Norden her weder eine erfolgreiche Italien- noch Rompolitik möglich. In Bayern erhoffte man sich von der Allianz mit Mailand einen politischen Rückhalt in Oberitalien gegen die Habsburger und Luxemburger im Streit um Tirol und Brandenburg.

sich indessen erfolgreich um eine Familienallianz mit Giangaleazzo, um den Ingolstädter zu schädigen. 1396 heiratete sein Sohn Ernst eine Tochter Giangaleazzos, Elisabetta Visconti, und setzte damit die langjährige wittelsbachische Heiratspolitik in Oberitalien fort.²⁰² Auch sonst versuchte sich der Münchner Herzog frühzeitig durch auswärtige Hilfe abzusichern. Bereits im Mai 1394 schloss er in Linz ein gegen den Ingolstädter gerichtetes Bündnis mit den Herzögen Albrecht III. und Wilhelm von Österreich und deren Kanzler Bischof Berthold Wähinger von Freising,²⁰³ wodurch er allerdings in die gegen König Wenzel gerichtete Bewegung in Böhmen, Ungarn und Österreich unter Führung Jobsts von Mähren und Wenzels eigenem Bruder Sigmund involviert wurde.²⁰⁴ Der Ingolstädter Herzog stand derweilen König Wenzel gegen den böhmischen Adel und dessen eigenen Verwandten (Albrecht von Österreich, Sigmund von Ungarn und Wilhelm von Meißen) treu zur Seite. Als der König am 8. Mai 1394 durch Jobst von Mähren in Gefangenschaft geriet, setzte er sich energisch für dessen Freilassung ein, wofür er von König Wenzel am 30. November 1394 mit der Wiederverleihung der beiden schwäbischen Landvogteien belohnt wurde.²⁰⁵ Während es im Herbst des Jahres 1394 noch nach einem großen Krieg zwischen König Wenzel und seinen Verbündeten mit den Habsburgern um die Königskrone aussah, löste der missglückte Überfall von Herzog Stephans Sohn, Ludwig dem Bärtigen, auf Freising am Weihnachtsabend 1394 den ersten bayerischen Hauskrieg aus.²⁰⁶ Während dieser gegen Arnold Kamer und Pfaffenhofen vorging, am 6. Januar 1395 Neustadt an der Donau eroberte und plünderte, griffen der Münchner Herzog Johann II. und seine Söhne Ernst und Wilhelm III. Aichach an, besetzten Friedberg und brannten Markt Schwaben nieder.²⁰⁷ Der Krieg zog sich insgesamt über sechs Wochen bis zum 2. Februar 1395 hin.

²⁰² Vgl. PATZE, Wittelsbacher, S. 74.

²⁰³ Vgl. MW II, Nr. 376, S. 565-568: Diesem Bündnis schloss sich am 9. Juni 1394 auch Bischof Berthold Wähinger von Freising an. Vgl. den Gegenbrief der Herzöge Johann II. und Ernst gleichen Datums HHStA Wien Allgemeine Urkundenreihe 1394 V 20.

²⁰⁴ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 234; GERLICH, Habsburg - Luxemburg - Wittelsbach, S. 10f. Vgl. zum Königtum Wenzels HOENSCH, Luxemburger, S. 193-233.

²⁰⁵ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 234; RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 174f: Herzog Stephan III. hatte zusammen mit seinem Bruder Friedrich die schwäbischen Landvogteien bereits vor dem Städtekrieg eine Zeit lang verwaltet.

²⁰⁶ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 234. Vgl. dazu auch die ältere Darstellung von LANG, Geschichte Herzogs Ludwig des Bärtigen.

²⁰⁷ Vgl. BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 13.

Erst nach dem Friedensschluss König Wenzels mit Jobst von Mähren und den böhmischen Magnaten schien nun auch die Aussöhnung in Bayern möglich.²⁰⁸ Nachdem aber König Wenzel am 11. Mai 1395 den Mailänder Usurpator Giangaleazzo anerkannt und ihn am 10. Jahrestag seines Streiches gegen Barnabò Visconti zum Herzog erhoben hatte um der französischen Expansion in Oberitalien Einhalt zu gebieten, war das Verhältnis zum Ingolstädter Herzog verständlicherweise getrübt.²⁰⁹ Vor diesem Hintergrund erklärt sich das Bündnis Herzog Stephans III. vom 2. April 1395 mit Wenzels Gegnern Jobst von Mähren, Johann II. von Görlitz und Wilhelm von Meißen zu gegenseitiger Hilfeleistung gegen jedermann, das er auch im Namen Herzog Heinrichs XVI. schloss.²¹⁰ Die Bestätigung der schwäbischen Landvogteien durch Wenzel am 19. Juni 1395 konnte an der Wende Stephans III. nichts mehr ändern.²¹¹ Nach dem Bruch mit dem König seines Rückhalts beraubt und in Anbetracht eines bevorstehenden Türkenfeldzuges²¹² war der Ingolstädter offensichtlich einem Friedensschluss mit seinem Bruder geneigter. Am 25. September 1395 kamen die beiden Herzöge im Beisein und auf Anraten des zehnköpfigen Schiedsgerichtes überein, angesichts des geringen Nutzens, den sie daraus gezogen hatten, die Landesteilung von 1392 aufzuheben und ihre Herzogtümer wieder zusammenzulegen.²¹³ Davon sollte auch der Landshuter Teil nicht ausgeschlossen sein. Weil Herzog Heinrichs XVI. Land und Leute „vnbesorgt vnd alz vbel beseczt seien“, strebten Stephan III. und Johann II. zur Vermeidung weiterer Schäden auch dessen Anschluss an.²¹⁴ Die wiedergewonnene Einigkeit im Hause Wittelsbach bedrohte damit zum wiederholten Male die Existenz Bayern-Landshuts, dessen Angliederung nur noch eine Frage der Zeit zu sein schien.²¹⁵

²⁰⁸ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 234.

²⁰⁹ Vgl. PATZE, Wittelsbacher, S. 75.

²¹⁰ Vgl. BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 13; FREYBERG, Landstände, S. 357.

²¹¹ Vgl. BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 14.

²¹² Vgl. LANG, Geschichte Herzogs Ludwig des Bärtigen, S. 23; RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 179f: Der Türkenfeldzug endete 1396 in der katastrophalen Niederlage bei Nikopolis, wo mehrere bayerische Adelige, darunter Christian Fraunberger und Werner Pienzenauer, ihr Leben lassen mussten.

²¹³ Vgl. MW II, Nr. 377, S. 569-573: Die Räte im Schiedsgericht waren Bischof Johann II. von Regensburg, Hadmar von Laber, Georg von Waldeck, Schweiker von Gundelfing der Ältere, Ulrich Lichtenecker, Konrad Preysing, Christian Fraunberger, Hans Greiff, Warmund Pienzenauer und Stephan von Gumpfenberg. Die 1394 bestellten Räte Johann II. von Abensberg, Otto Pienzenauer und Ulrich Judman waren inzwischen durch Hadmar von Laber, Ulrich Lichtenecker und Hans Greiff ersetzt worden.

²¹⁴ MW II, Nr. 377, S. 569-573.

²¹⁵ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 234.

Die erneuten Aspirationen der beiden oberbayerischen Herzöge auf Niederbayern zeichneten sich wohl schon frühzeitig ab, denn bereits zwei Monate zuvor, am 24. Juli 1395, bestätigte Herzog Heinrich XVI. das Bündnis von acht Adeligen des Herzogtums Bayern-Landshut gemeinsam mit Landshut und Burghausen unter Anleitung des Viztums Oswald Törring, der Herzoginwitwe Magdalena treu zu bleiben – ein deutliches Bekenntnis des einheimischen Adels und der beiden Residenzstädte zu ihrem angestammten Fürstenhaus.²¹⁶ Bis auf Wernher von Staudach, Thoman Hauzenberger und Wernhard Schenk zu Reichenberg gehörten alle Siegler obigen Treuegelöbnisses bereits dem Bündnis der niederbayerischen Landschaft vom 5. September 1394 an.²¹⁷ Der Marschall und Rat Wilhelm Massenhauser²¹⁸, Eberhard Closen²¹⁹, Arnold Fraunberger²²⁰, Wilhelm Rottauer²²¹,

²¹⁶ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1426, S. 615f.

²¹⁷ Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, 19. Brief, S. 42f.

²¹⁸ Vgl. VOLKERT, Kanzlei und Rat Stephans II., S. 152; TURTUR, Regierungsform, Bd. I, S. 136-139; LIEBERICH, Landherren, S. 116f, Anm. 500: Die Massenhauser hatten in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts das Erblandmarschallamt in Niederbayern erhalten. Auf Grund ihres in der Nähe von Freising gelegenen Stammsitzes Massenhauseen gehörten sie ursprünglich als Ministerialen dem Hochstift Freising an, zählten aber wegen ihrer weiteren Besitzungen an der Paar auch zu den Ministerialen der Wittelsbacher. Wilhelm Massenhauser gehörte zu den engsten Vertrauten der Fürsten, der bei allen wichtigen Entscheidungen von staatspolitischer Bedeutung herangezogen wurde. Er übte das Marschallamt von 1369 bis 1398 über nahezu 30 Jahre aus und war seit 1365 im Rat Herzog Stephans II. und seines Sohnes Stephans III. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg 1394 VI 19; BayHStA Kurbayern 21571: 1394 befand sich Massenhauser im herzoglichen Rat Heinrichs XVI. Die Jahre bis zu seinem Tod 1399 bleiben allerdings im Dunkeln.

²¹⁹ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg 1394 VI 19; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 641; BayHStA Kurbayern 21571: Der Ritter Eberhard Closen zu Arnstorf war 1394 und 1395 Mitglied des herzoglichen Rates in Bayern-Landshut. Laut HUNDT, Bayrisch Stammenbuch, Bd. II, S. 136 war seine Ehefrau Clara Aham zu Wildenau im Jahre 1400 bereits Witwe. Vgl. LIEBERICH, Landstände, S. 62f: Die Closen mit ihrem Stammsitz Arnstorf im heutigen Landkreis Eggenfelden sind seit 1347 als niederbayerische Landsassen belegt. Vgl. zur Besitzgeschichte der Closen auch LUBOS, Landgericht Eggenfelden.

²²⁰ Vgl. JANKER, Grafschaft Haag, S. 201f; LIEBERICH, Landstände, S. 82f: Die Fraunberger zu Fraunberg, ehemals wittelsbachische Ministerialen, sind seit 1347 als niederbayerische Landsassen ausgewiesen. Vgl. SCHWARZ, Vilsbiburg, S. 320: Arnold Fraunberger hatte seit Dezember 1378 die Burg und das Pfüegamt zu Teisbach inne. Im selben Jahr verkaufte er seinen dritten Anteil an der Feste Diessenstein und der Feste Runting an die bayerischen Herzöge, vgl. RB X, S. 18. Im Jahr 1387 trat er als Bürge Herzog Friedrichs auf, vgl. RB X, S. 204. Vgl. GEIß, Reihenfolgen der Beamten, Abt. II, S. 24, der Fraunberger von 1380 bis 1382 und von 1387 bis 1392 als Pfüeger von Griesbach angibt. Ab 1394 erscheint Arnold Fraunberger im Rat Herzog Heinrichs XVI.

²²¹ Vgl. LIEBERICH, Landstände, S. 115: Die Rottauer zu Bergheim im Griesbacher Gericht waren vormals Ministerialen des Hochstifts Passau und sind seit 1313 als niederbayerische Landsassen bezeugt. Wilhelm Rottauer war der Sohn Friedrich Auers von Brennbere, vgl. RB X, S. 37, und begegnet erstmals im Jahre 1378, vgl. RB X, S. 6. Spätestens seit 1384 war er im Besitz von Bergheim, vgl. RB X, S. 144. Vgl. GEIß, Reihenfolgen der Beamten, Abt. II, S. 24, der Rottauer für das Jahr 1387 und von 1395 bis 1399 als Pfüeger zu Griesbach anführt. Spätestens seit August 1395 war er Rat Herzog Heinrichs XVI.

Wernher von Staudach²²², Wernhard Seyboltsdorfer,²²³ Thoman Hauzenberger²²⁴, Wernhard Schenk zu Reichenberg²²⁵ und nicht zuletzt Oswald Törring zu Stein bildeten somit die Führungsspitze innerhalb des einheimischen Adels und der Landschaft, die den beiden oberbayerischen Herzögen durch das dezidierte Treuebekenntnis zu ihrem Fürsten und dessen Mutter offen entgegentraten. Sie alle entstammten als Räte und Inhaber bedeutender Ämter der nächsten Umgebung des Herzogs.

Unversehens mit einem äußerst selbstbewusst auftretenden Adel im Land ihres Mündels konfrontiert, der seine Kräfte vereint und den beiden Herzögen durch ein Bündnis zuvor gekommen war, wirkte Bayern-Landshut aus der Perspektive der beiden Vormünder in der Tat schlecht besetzt. Dass das Landshuter Teilherzogtum zu diesem Zeitpunkt

²²² Vgl. LIEBERICH, Landstände, S. 125; LIEBERICH, Landherren, S. 57: Die Staudach sind als niederbayerische Landsassen seit 1347 nachgewiesen. Sie zählten bereits zu Beginn des 14. Jahrhunderts zu den kapitalmächtigsten Familien des Landshuter Stadtadels, denen der Aufstieg in den Turnieradel gelang. Wernher von Staudach begegnet erstmals im Jahre 1354, vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 622, S. 308. Für die Jahre 1365, 1366 und 1371 ist er als Kammermeister zu Landshut bezeugt, vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 764, S. 363, Nr. 804, S. 377 und Nr. 898, S. 417-424. Schon 1371 begegnet er im Hofgesinde Herzog Friedrichs, vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 890, S. 412f, und 1386 unter den Bürgen der Herzöge Stephan III., Friedrich und Johann II., vgl. RB X, S. 190. 1378 war er Pfleger zu Teisbach, vgl. SCHWARZ, Vilsbiburg, S. 319. Im Jahr 1394 war er als Pfleger und Richter zu Rottenburg tätig, vgl. BECHER, Landshut, S. 154. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg 1394 VI 19; BayHStA Kurbayern 21571: Wernher von Staudach war 1394/95 Mitglied des herzoglichen Rates Heinrichs XVI.

²²³ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 131, Anm. 704: Es handelte sich um Wernhart Seyboltsdorfer zu Schenkenau. 1382 bis 1388 war er Pfleger zu Neumarkt an der Rott, 1389 zu Traunstein, 1395 zu Landshut, 1407 zu Kufstein, 1414 bis 1417 zu Pfaffenhofen an der Ilm und 1424 bis 1436 zu Kranzberg. 1422 kam er in den Besitz von Schenkenau. Vgl. ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 108: Von 1437 bis zu seinem Tod im Jahre 1438 war er Kammermeister Herzog Ernsts. Vgl. LIEBERICH, Landstände, S. 122f: Die Seyboltsdorfer sind seit 1347 unter den niederbayerischen Landsassen zu finden. Auffallend ist, dass Wernhard Seyboltsdorfer im Juni 1395, also kurz bevor er das Adelsbündnis zugunsten Herzog Heinrichs XVI. mit besiegelte, als Rat Herzog Stephans III. erscheint, vgl. BayHStA Kurbayern 14563, der ihm schließlich noch im August 1395 die Feste und Pflege Kling samt Gericht verpfändete, vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 442. Da Seyboltsdorfer nach 1395 nicht mehr in niederbayerischen Diensten zu finden ist, wechselte er vermutlich in Folge der Verpfändung des Klinger Gerichts ins oberbayerische Lager.

²²⁴ Vgl. FREYBERG, Hundt's bayerisch Stammbuch dritter Theil, S. 362-364; ERHARD, Geschichte der Umgebung von Passau, 2. Fortsetzung, S. 285-292; LIEBERICH, Landstände, S. 92: Die Hauzenberger waren vermutlich ehemalige Ministerialen des Hochstifts Passau. Hundt zählt sie zum Niederadel. Der Archivar Libius liefert zusätzlich den Hinweis, dass die Hauzenberger in Landshut verbürgert waren. Über den Ritter Thoman Hauzenberger war nur wenig in Erfahrung zu bringen. Aber spätestens seit 1366 ist er im Landshuter Umfeld anzusiedeln, vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 791, S. 372 und Nr. 1029, S. 472. Im Jahre 1389 begegnet er als Mitsiegler bei einer Burghutsverleihung für Albrecht Ettlinger, ausgestellt zu Vilshofen, vgl. RB X, S. 244, und 1395 als Siegelbittzeuge bei einem Urfehdeschwur für Herzog Heinrich XVI., vgl. BayHStA Kurbayern 25103. Es ist anzunehmen, dass Thoman Hauzenberger im Jahre 1395 Mitglied im herzoglichen Rat Heinrichs XVI. war.

²²⁵ Vgl. GEIß, Reihenfolgen der Beamten, Abt. II, S. 68. Vgl. RB X, S. 124: Er begegnet erstmals 1383. Über ihn konnte nur in Erfahrung gebracht werden, dass er 1396 das Pflegamt an der Rott mit dem Sitz Schloss Reichenberg nahe bei Pfarrkirchen inne hatte, vgl. RB XI, S. 61.

bestehen blieb und nicht den eigennützigen Plänen des Ingolstädter oder Münchner Herzogs zum Opfer fiel, ist allein dem tatkräftigen Engagement des einheimischen Adels zu verdanken. Dies verwundert um so mehr, als sich bekanntlich gerade die bayerischen Landstände in der Vergangenheit als Verteidiger der Einheit und Unteilbarkeit des Landes erwiesen hatten. Ihrem Einsatz war es beispielsweise in den 60er Jahren des 14. Jahrhunderts zu verdanken, dass nach dem Aussterben der Linie Oberbayern-Tirol mit dem Tode Meinhards Herzog Stephan II. im Februar 1363 die Wiederherstellung der Landeseinheit Oberbayerns mit Niederbayern-Landshut gelang.²²⁶ Der niederbayerische Adel hingegen verhielt sich am Ende des 14. Jahrhunderts dazu völlig konträr, setzte sich nicht für die Revision der Landesteilung von 1392 ein, sondern für den Erhalt des dabei entstandenen Teilerzogtums. Natürlich stellt sich die Frage, wodurch dieses Engagement motiviert war. In dieser Hinsicht muss sicherlich auf das Machtbewusstsein der niederbayerischen Stände verwiesen werden, denen bereits 1311 in der Ottonischen Handfeste weitreichende Rechte und Privilegien bestätigt worden waren. Niederbayern hatte seine Eigenstaatlichkeit selbst gegen Kaiser Ludwig IV. behaupten können bei dessen Versuch auch in Niederbayern das oberbayerische Landrecht durchzusetzen. Die Stände hatten sich gerade in Niederbayern „Erinnerung und Bewußtsein einer eigenen rechtlichen und staatlichen Entwicklung“²²⁷ bewahren können, die nun deutlich zum Tragen kamen. Im Gegensatz zu Oberbayern hatten vor allem im niederbayerischen Raum nach dem großen Dynastensterben des Hochmittelalters zahlreiche kleinere Adelsherrschaften überleben können²²⁸ und bildeten dort das Fundament für deren selbstbewusstes Auftreten. Desgleichen spiegelt sich im Siegel des niederbayerischen Viztums Oswald Törring wider. Im Wappenschild des Viztumamtssiegels, das das Bündnis der Landschaft mit der Herzogin Magdalena vom 24. Juli 1395 besiegelte, befand sich das Bildnis eines Panthers.²²⁹ Dasselbe Siegel erscheint bei einer Urkunde vom 2. Januar 1397, in der der Viztum für Herzog Heinrich XVI. und die beiden oberbayerischen Herzöge als Vormünder sowie deren Söhne zwei Verträge mit dem Erzbischof Gregor von Salzburg siegelte. Der Panther war

²²⁶ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilerzogtümer, S. 213.

²²⁷ NIEDERLECHNER, Vormundschaftszeit, S. 83.

²²⁸ Vgl. DIEPOLDER, Adelsherrschaften; ANDRIAN-WERBURG, Altbayerischer Adel.

²²⁹ Vgl. zur Siegelbeschreibung HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1426, S. 616.

ursprünglich das Wappentier des Viztumamts an der Rott und der niederbayerischen Wittelsbacher bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts.²³⁰ Die Verwendung dieses Siegels brachte deutlich zum Ausdruck, wie sehr die niederbayerischen Landstände unter der Führung des Viztums darauf bedacht waren, die Traditionen des Landshuter Herzogtums aufleben zu lassen, um damit dessen Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit zu manifestieren.²³¹

Freilich behielt man dabei in erster Linie die eigenen Interessen im Auge. Die Stände standen vor der Wahl, bei einer Aufteilung Bayern-Landshuts zwischen dem Ingolstädter und Münchner Herzog hinsichtlich ihrer rechtlichen Position Abstriche hinnehmen zu müssen und möglicherweise nur noch eine untergeordnete Rolle gegenüber den oberbayerischen Ständen spielen zu dürfen oder für die weitere Existenz des Teilherzogtums zu kämpfen mit einem schwachen, unmündigen Herzog, der politisch beeinflussbar und auf eine starke Landschaft im Kampf gegen die beiden oberbayerischen Vormünder angewiesen sein würde. Letzteres musste aus der Sicht des Adels ohne Zweifel die Gewinn bringendere Entscheidung sein, schien sich hieraus doch die berechtigte Hoffnung zu ergeben, nicht nur weitere Privilegien und Zugeständnisse von herzoglicher Seite zu erhalten, die möglicherweise eine weitere Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen Landschaft und Herzog zugunsten der Landstände bewirkten, sondern selbst in einflussreichen Ämtern an Stelle des unmündigen Fürsten oder in dessen vormundschaftlicher Stellvertretung Regierungsbefugnisse auszuüben.²³² Dies klang um so verlockender, als bei einer Aufteilung des Landshuter Herzogtums unter den beiden oberbayerischen Herzögen die Einführung des Landrechtsbuches Kaiser Ludwigs des Bayern in Niederbayern drohte. Die Angst der niederbayerischen Adeligen vor einer möglichen Nivellierung ihrer Rechtsstellung mit den oberbayerischen Standesgenossen sollte in diesem Zusammenhang nicht unterschätzt werden.²³³ Die Ausübung von Herrschaft war konstitutives Wesensmerkmal des Adels.²³⁴ Die aktive Teilhabe an der Rechtssprechung auf der Basis der mit niedergerichtlichen Funktionen versehenen Hofmarken

²³⁰ Vgl. zur Bedeutung des Panthers im niederbayerischen Wappen VOLKERT, Kanzlei und Rat Stephans II., S. 74f.

²³¹ Vgl. NIEDERLECHNER, Vormundschaftszeit, S. 85.

²³² Vgl. BOSL, Geschichte der Repräsentation, S. 83; RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 662.

²³³ Vgl. SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 211.

²³⁴ Vgl. WERNER, Adel, Sp. 124.

kennzeichnete den adeligen Landherren.²³⁵ Das oberbayerische Landrecht kannte hinsichtlich der Niedergerichtsbarkeit nur ein auf 72-Pfennig-Fälle beschränktes Dorfgericht.²³⁶ Die finanziell ertragreicheren Sühnefälle, an denen der Adel verständlicherweise großes Interesse hatte, fielen damit der Kompetenz des herzoglichen Landgerichts anheim.²³⁷ Angesichts der in der Ottonischen Handfeste garantierten vollen Niedergerichtsbarkeit (mit Ausnahme der drei Blutfälle und der Gerichtsbarkeit über Liegenschaften) konnte daher das oberbayerische Landrecht nur als empfindlicher Eingriff in Adelsrechte empfunden werden. Verbunden mit einem natürlichen Misstrauen gegenüber der Rechtskodifikation an sich als Ausdruck landesherrlicher Ansprüche auf obrigkeitliche Regelung und Kontrolle der Rechtspflege²³⁸ lassen sich daraus die tiefer liegenden Beweggründe des niederbayerischen Adels ableiten, die dem Beharren auf Eigenstaatlichkeit zu Grunde lagen. In Anbetracht der neuerlichen Treueverpflichtung einiger Adeliger gegenüber Herzog Heinrich XVI. und seiner Mutter – im Grunde eine Bekräftigung des bereits geleisteten Huldigungseides und damit der lehensrechtlichen Bindung an das Herrscherhaus – gilt es obendrein den weiteren Aspekt nicht zu vergessen, dass möglicherweise auch das Lehenswesen eine Rolle bei der Entscheidungsfindung spielte. Laut Lehensrecht waren die Stände ihrem angestammten Herzog zur Treue verpflichtet. Jede Form des Alleingangs der niederbayerischen Stände, beispielsweise zugunsten eines wiedervereinigten Bayern, hätte daher zwangsweise zu Loyalitätskonflikten geführt.²³⁹

Da sich der Anschluss Niederbayerns schwieriger gestaltete als gedacht und man weiteren Differenzen untereinander vorbeugen wollte, forderten Herzog Stephan III. und Johann II. bereits am 4. November 1395 den Münchner und Ingolstädter Landesteil zur Huldigung auf, ohne den postulierten Anschluss des Landshuter Landesteils abzuwarten. Letzteres wurde jedoch keineswegs aufgegeben. Für den Fall, dass einer der beiden Fürsten dem vereinbarten Ziel der Wiederherstellung der Einheit Bayerns nicht nachkam, sollten dessen Stände sogar des Huldigungseides ledig und dem anderen

²³⁵ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 88; ANDRIAN-WERBURG, Altbayerischer Adel, S. 51f.

²³⁶ Vgl. SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 210.

²³⁷ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 600f.

²³⁸ Vgl. SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 211.

²³⁹ Vgl. PRINZ, Grundlagen und Anfänge, S. 255.

Fürsten bis zur endgültigen Wiedervereinigung untertan sein.²⁴⁰ Vermutlich um die Residenzstadt Landshut aus dem Bündnis mit dem niederbayerischen Adel zu lösen und für die Angliederung zu gewinnen, bestätigten die Herzöge Stephan III. und Johann II. am 5. November 1395 der Stadt alle Rechte und Freiheiten in Anerkennung der Treue und Dienste von Rat und Bürgerschaft nach dem Tode Herzog Friedrichs.²⁴¹ Am 15. November wurde schließlich die Vereinigung des Münchner und Ingolstädter Landesteils urkundlich fixiert. Noch am gleichen Tag erhielten die Stände für ihre Huldigung die Bestätigung der landständischen Privilegien und wurden aller bei der Teilung von 1392 eingegangenen Verpflichtungen entbunden.²⁴² Die Aussöhnung der beiden oberbayerischen Teilherzogtümer brachte eine Phase der Ruhe und inneren Stabilisierung in Gesamtbayern. Am 31. Oktober 1395 wurde eine neue Münze eingeführt, an der sich auch Herzog Heinrich XVI. beteiligte.²⁴³ Dem Räuberunwesen versuchte man ebenso mit einer gemeinsamen Verordnung Herr zu werden. Durch die Erhebung eines Ausfuhrzolls auf Getränke und Vieh sowie eine gegen den anfänglichen Widerstand der oberbayerischen Landstände eingeführte Sondersteuer des 20. Pfennigs vom Vermögen jedes Untertanen in Oberbayern sollten die zerrütteten Finanzen saniert werden.²⁴⁴ Eine innere Gesundung schien sich anzubahnen. Auch nach außen traten die bayerischen Herzöge auf dem Fürstentag zu Frankfurt im Mai 1397 in der Reichspolitik erstmals wieder gemeinsam auf, als die rheinische Opposition unter Führung Pfalzgraf Ruprechts und Johans von Mainz König Wenzel offen anklagte.²⁴⁵

²⁴⁰ Vgl. FREYBERG, Landstände, S. 323; BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 15.

²⁴¹ Vgl. KALCHER, Wittelsbacher Fürstenurkunden, Nr. 62, S. 98f; HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1429, S. 617f.

²⁴² Vgl. BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 15; RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 178: Die jungen Herzöge Ludwig der Bärtige und Ernst hatten bereits am 22. Oktober 1395 der Vereinigung ihrer beiden Väter zugestimmt.

²⁴³ Vgl. MW II, Nr. 378, S. 573-579; KNIEG, Münzwesen; SCHEUERER, Münzumlauf.

²⁴⁴ Vgl. BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 15f. Vgl. zur Steuer des 20. Pfennigs FRIED, Geschichte der Steuer, S. 587f.

²⁴⁵ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 234.

3. Die Herrschaftspartizipation des Adels

Der Adel hatte seit jeher eine Monopolstellung in Herrschaft und Verwaltung, war daher prädestiniert für wichtige Ämter und den Hofdienst. Auf der Basis der Schnaitbacher Urkunde von 1302 für Oberbayern und der Ottonischen Handfeste von 1311 für Niederbayern, in denen den Landständen das Recht der Mitwirkung an der Regierung verbrieft worden war, hatte der Adel erreicht, dass der Landesfürst die Amtsinhaber nur dem einheimischen Adel entnehmen durfte. 1339 hatte die niederbayerische Ritterschaft erneut im 4. Freibrief von Kaiser Ludwig IV. die Zusage erhalten, das Land „mit kainem gaste“ besetzen zu wollen.²⁴⁶ Der Besitz des Indigenats galt seither als obligatorisch für die Besetzung wichtiger Ämter im Herzogtum, wodurch die Wahlfreiheit des Landesherrn, was seine Räte anbelangte, auf einen bestimmten Personenkreis reduziert wurde.²⁴⁷ Für die höheren Staatsämter kam von nun an ausschließlich der im Land begüterte Adel in Betracht.²⁴⁸ Da der Herzogsdienst den Amtsinhabern weitaus direktere Möglichkeiten der Einflussnahme auf das alltägliche politische Geschehen ermöglichte, als dies innerhalb der Landschaft möglich war,²⁴⁹ zementierte das Indigenat die Vorrangstellung des Adels innerhalb der Landesregierung und gehörte daher zu seinen wichtigsten Errungenschaften.

Der herzogliche Rat war die „Einbruchsstelle der Landherren in die nächste Umgebung des Herzogs und in die Regierungssphäre“.²⁵⁰ Im Laufe des Hoch- und Spätmittelalters waren die Landesfürsten auf Grund der stetigen Zunahme von Verwaltungs- und Regierungsgeschäften im Zuge des Landesausbaus und der territorialstaatlichen Konsolidierung auf einen ausgedehnten Beamten- und Behördenapparat angewiesen.²⁵¹ Die Fürsten bedienten sich hierfür zuverlässiger Personen aus dem Adel, die auf Grund ihrer besonderen Kenntnis der Landesangelegenheiten als Berater fungierten. Auf diese Art und Weise entwickelte sich der herzogliche Rat, der seit der Mitte des 13.

²⁴⁶ LERCHENFELD, Freibriefe, 4. Brief, S. 15. Vgl. dagegen ANDRIAN-WERBURG, Altbaierischer Adel, S. 53, der in dieser Hinsicht fälschlicherweise auf den 16. Freibrief verweist.

²⁴⁷ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 100.

²⁴⁸ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 11.

²⁴⁹ Vgl. ANDRIAN-WERBURG, Altbaierischer Adel, S. 53.

²⁵⁰ SPINDLER/KRAUS, Gefährdung, S. 128.

²⁵¹ Vgl. HOFMANN, Zentrale Verwaltung.

Jahrhunderts namentlich als *fideles* oder *consules* in den Urkunden belegbar ist.²⁵² Die ältesten Nachweise herzoglicher Räte finden sich in Niederbayern seit 1258,²⁵³ in Oberbayern seit 1265.²⁵⁴ In dieser frühen Phase ist allerdings noch nicht von einer festen Institution des Ratskollegiums auszugehen. Lieberich sah darin vielmehr „den institutionell gewordenen Ratschlag der meliores et maiores terrae des Reichsweistums von 1231“ verwirklicht.²⁵⁵ Der Terminus „Rat“ brachte also ursprünglich mehr die Zustimmung des Landes für bestimmte Maßnahmen zum Ausdruck, weniger die Beratung des Landesherrn durch einzelne Personen.²⁵⁶ Die zahlreichen Landesteilungen im Laufe des Spätmittelalters beförderten die Ausbildung jeweils eigenständiger Ratskollegien in den Teilherzogtümern.²⁵⁷ Innerhalb des Rates wurde zwischen den „täglichen Räten“, die ständigen Ratsdienst leisteten, den „Räten von Haus aus“, die nur bei Bedarf an den Hof gerufen wurden, und den „heimlichen“ oder auch „geschworenen Räten“, die dem Herzog besonders verpflichtet waren und daher als Vertreter der landesherrlichen Interessen gelten können, unterschieden.²⁵⁸ Hatte der Herzog ursprünglich auf Grund der Bindung seiner Ministerialen an seine Person und der durch das Lehenswesen geschaffenen Verpflichtungen einen Anspruch auf den Rat seiner Beamten, so erlangten nun umgekehrt die Landstände ihrerseits das Recht auf Beratung des Herzogs.²⁵⁹ Die Entwicklung des Rates ist demzufolge in engen Zusammenhang mit dem Ausbau sowohl landesherrlicher als auch landständischer Macht zu sehen. Die Einwirkungsmöglichkeiten der Räte auf die landesherrliche Politik entsprachen letztendlich dem jeweiligen Einfluss der Landstände auf den Herzog.²⁶⁰ Bald nach der Mitte des 14. Jahrhunderts hatte sich der herzogliche Rat daher im Wesentlichen als Organ des Landes konstituiert und erst sekundär als landesherrliches Organ.²⁶¹

²⁵² Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 610f; WILLOWEIT, Entwicklung, S. 109-112. Es ist unnötig an dieser Stelle detaillierter auf Herkunft und allgemeine Entwicklung des herzoglichen Rates und der Hofämter in Bayern einzugehen, da diesbezüglich bereits mehrere Studien vorliegen. Siehe dazu Teil A, Kapitel I, S. 8.

²⁵³ Vgl. ROSENTHAL, Gerichtswesen, S. 250.

²⁵⁴ Vgl. HOFMANN, Urkundenwesen, S. 116f.

²⁵⁵ LIEBERICH, Landherren, S. 99.

²⁵⁶ Vgl. ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 89; HOFMANN, Zentrale Verwaltung, S. 232-234.

²⁵⁷ Vgl. ETTTEL-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. I, S. 193.

²⁵⁸ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 610f; ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 146f.

²⁵⁹ Vgl. ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 89, Anm. 3.

²⁶⁰ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 610.

²⁶¹ Vgl. ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 90.

Angesichts seines hohen Stellenwertes bildete die Besetzung des Rates stets ein „Politikum ersten Ranges“,²⁶² einen ständigen Streitpunkt zwischen Landesherrn und Ständen. Den Studien Andrian-Werburgs und Turturs zufolge umfasste der Tätigkeitsbereich der Räte im Wesentlichen fünf große Aufgabenfelder: Äußere und innere Staatsverträge, Kriege, Angelegenheiten der herzoglichen Familie, die Besetzung des Hofgerichts sowie Finanzverwaltung und innere Staatsverwaltung.²⁶³ Bis Mitte des 15. Jahrhunderts blieb der Rat eine Domäne des höheren Adels, wohingegen der Niederadel nur über die Finanzverwaltung (Landschreiber, Rentmeister) in den Rat gelangte, während das städtische Bürgertum kaum von Bedeutung war. Erst um 1500 hatte der höhere Adel sein Monopol zugunsten von Kleinadel, gelehrten Laien und Klerikern eingebüßt.²⁶⁴

Im Laufe der Zeit hatte sich darüber hinaus ein exklusiver Kreis adeliger Persönlichkeiten herauskristallisiert, die in einem besonders nahen Verhältnis zum Herzog standen und als dessen engste Vertraute mit den wichtigsten Staatsaufgaben betraut wurden.²⁶⁵ Auf Grund dieser engen, persönlichen Bindung an den Fürsten nahmen die Inhaber der Hofämter innerhalb des herzoglichen Rates eine besondere Position ein.²⁶⁶ Dabei handelte es sich keineswegs um die alten Erbämter (Truchsess, Kämmerer, Mundschenk, Marschall),²⁶⁷ die nur noch repräsentativer Natur waren und allenfalls bei Feierlichkeiten in Erscheinung traten, sondern um vom Herzog ausgewählte besoldete Hofbeamte, denen die alltäglichen Belange der Hofhaltung oblagen. Letztere entstammten in der Regel der aus dem Ministerialenstand aufgestiegenen Ritterschaft, vereinzelt noch aus edelfreien Geschlechtern. Über längere Zeit hatte sich der Charakter der vier ursprünglichen Hofämter deutlich gewandelt: Truchsess und Mundschenk traten immer mehr in den Hintergrund, während Kämmerer

²⁶² LIEBERICH, Landherren, S. 100.

²⁶³ Vgl. ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 151-155; differenzierter bei TURTUR, Regierungsform, Bd. I, S. 203-229.

²⁶⁴ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 610; LIEBERICH, Gelehrte Räte; LIEBERICH, Klerus und Laienwelt; LIEBERICH, Landherren, S. 136-154; HEYDENREUTER, Probleme des Ämterkaufs, S. 234: „In manchen bayerischen Teilherzogtümern des 15. Jahrhunderts war der Rat kurzzeitig nichts anderes als ein Ausschuß der adeligen Landstände.“

²⁶⁵ Vgl. TURTUR, Regierungsform, Bd. I, S. 116.

²⁶⁶ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 610.

²⁶⁷ Vgl. ROSENTHAL, Gerichtswesen, S. 238: Die vier Erzämter befanden sich seit Otto I. im erblichen Lehenbesitz. Die Pfalzgrafen hatten das Truchsessnamt, die Grafen von Wasserburg waren die Kämmerer, die Grafen von Hirschberg die Schenken und die Grafen von Ortenburg die Marschälle. Vgl. dazu auch HOFMANN, Zentrale Verwaltung, S. 230f.

und Marschall zusätzliche Aufgaben erhielten, Küchen- und Jägermeister neu hinzukamen.²⁶⁸ An ihrer Spitze stand seit Mitte des 13. Jahrhunderts der Hofmeister, der als Vorstand der Hofhaushaltung mit Disziplinargewalt und als Stellvertreter des Herzogs an allen Regierungsgeschäften in Justiz, Verwaltung, Finanzwirtschaft und Kriegsdienst beteiligt war.²⁶⁹ Daneben standen die geschworenen oder auch heimlichen Räte, ein spezieller Personenkreis innerhalb des herzoglichen Rates, in einem engen Vertrauensverhältnis zum Herzog. Ihre Bezeichnung leitete sich aus dem besonderen Eid ab, den sie zusätzlich zum obligatorischen Ratseid dem Herzog gegenüber zu leisten hatten. Dementsprechend hoch anzusiedeln waren daher die Hauptaufgaben des geheimen Rates, der bei Streitigkeiten der Herzöge untereinander, von Standesgenossen oder auch bei Irrungen zwischen Herzog und Landschaft vermittelnd wirkte.²⁷⁰

Der herzogliche Rat, der geschworene Rat und ebenso die Hofämter waren letztendlich Domänen des einheimischen Adels und zentrale Instrumente der politischen Einflussnahme auf Regierung und Verwaltung des Landes. Es ist deshalb anzunehmen, dass der niederbayerische Adel sich gerade in der Vormundschaftszeit Heinrichs XVI. besonders um die Nähe zum Herzogshof, die Mitgliedschaft im Rat und andere wichtige Posten bemühte, um maßgeblich auf den noch unmündigen Fürsten einwirken und auf diese Weise das politische Geschehen in eigenem Sinne gestalten zu können. In dieser Hinsicht tat sich eine Person in den ersten Jahren der Vormundschaftszeit Herzog Heinrichs XVI. besonders hervor – der Viztum Oswald Törring zu Stein.

²⁶⁸ Vgl. WILLOWEIT, Entwicklung, S. 105f; VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 556f; TURTUR, Regierungsform, Bd. I, S. 117; ROSENTHAL, Gerichtswesen, S. 238-246.

²⁶⁹ Vgl. WILLOWEIT, Entwicklung, S. 116-118; VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 556; ROSENTHAL, Gerichtswesen, S. 239-265.

²⁷⁰ Vgl. ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 146f; TURTUR, Regierungsform, Bd. I, S. 227-229.

a) Der Machtzuwachs des Adels unter dem Viztum Oswald Törring zu Stein

Das Regierungssystem mit all seinen Institutionen war an der Wende des 14. zum 15. Jahrhundert noch nicht vollends ausgeprägt, befand sich vielmehr gerade im Entstehen.²⁷¹ Die Bedeutung eines Amtes musste daher um so stärker von der jeweiligen Persönlichkeit des Amtsinhabers abhängen,²⁷² die auf diese Art und Weise das Amt entscheidend prägte. Mit Oswald Törring zu Stein als niederbayerischem Viztum trat in der Tat eine Persönlichkeit auf, die nicht nur dazu in der Lage, sondern auch gewillt war, sein Amt mit all seinen Möglichkeiten auszuschöpfen. Das Fehlen eines starken Landesfürsten an der Spitze des Herzogtums nach dem Tode Herzog Friedrichs ermöglichte es ihm, aus dem einheimischen Ritteradel zum einflussreichsten Mann in Bayern-Landshut aufzusteigen. Kaum im Amt begegnet er als „gewaltiger Viztum“,²⁷³ der allein den beiden oberbayerischen Herzögen als oberste Vormünder unterstellt war. Seine Aufnahme in den Vormundschaftsrat und damit die Notwendigkeit, den Adel in der Landesregierung berücksichtigen zu müssen, beweist, dass den Zugriffsmöglichkeiten Herzog Stephans III. von Bayern-Ingolstadt und Johanns II. von Bayern-München auf das Land ihres Mündels zu Beginn der Vormundschaftszeit seitens des niederbayerischen Adels Grenzen gesetzt wurden. Der Aufstieg Törrings steht daher geradezu stellvertretend für Machtzuwachs und Stärke der niederbayerischen Adeligen,²⁷⁴ die gerade in den schwierigen ersten Jahren der Vormundschaftszeit die politische Existenz Heinrichs XVI. sicherten, aber für den unmündigen Herzog auch die Gefahr einer weitgehenden Adels Herrschaft beinhaltete. So findet man Törring wohl nicht grundlos an erster Stelle unter den Siegler des Bündnisses der niederbayerischen Landschaft von 1394 und des Adels von 1395. Besonders das Viztumamt als Stellvertretung des Herzogs in Regierung und Verwaltung bot einer Führungspersönlichkeit wie Oswald Törring weitreichende Handlungsspielräume. Der Ausbau der Landesherrschaft zwang die Herzöge schon im 13. Jahrhundert dazu, zur Wahrnehmung administrativer und jurisdiktioneller

²⁷¹ Vgl. SCHUBERT, Fürstliche Herrschaft, S. 17: „Unfertigkeit als Charakteristikum spätmittelalterlicher Institutionen betrifft auch die Ämter.“

²⁷² Vgl. TURTUR, Regierungsform, Bd. I, S. 117.

²⁷³ BayHStA KU Landshut-Chorstift 1394 VI 26.

²⁷⁴ Vgl. AY, Altbayern, S. 230.

Befugnisse amtliche Stellvertreter in ihren Territorien zu bestimmen.²⁷⁵ War das bedeutendste Amt bei Hofe der Hofmeister, so trat auf dem Lande im frühen 13. Jahrhundert hierfür der *vicedominus* auf, der in der Regel dem Kreis der höheren Ministerialität entstammte.²⁷⁶ Seit 1255 wechselten Anzahl, Umfang und Sitz der Viztumämter jeweils mit den Landesteilungen.²⁷⁷ Niederbayern zerfiel dabei in das untere Viztumamt an der Donau mit Sitz in Straubing und in das obere Viztumamt an der Rott, dessen ursprünglicher Sitz in Pfarrkirchen vermutlich von Herzog Friedrich von Bayern-Landshut nach Burghausen verlegt worden war, wo 1392 Konrad Preysing zu Wolnzach als Viztum nachgewiesen ist.²⁷⁸ Im Laufe des Jahres 1394 wurde schließlich Landshut im Rahmen der Vormundschaftsregierung zum dauerhaften Sitz des Viztumamtes vermutlich auf Grund seiner günstigeren Lage und seiner wachsenden Bedeutung als Regierungszentrale im Herzogtum.²⁷⁹

Bereits im letzten Drittel des 13. Jahrhunderts hatte sich das Viztumamt als Mittelbehörde zwischen Zentral- und Lokalgewalten zu einer dauerhaften Institution entwickelt.²⁸⁰ Laut Hofmann sollte seiner ursprünglichen Intention nach das Viztumamt „den Herzog als die zentrale Regierungsgewalt vor Ort, in der überschaubaren Größe eines Viztumamtsdistrikts, gegenwärtig setzen“.²⁸¹ Als direkter Stellvertreter des Herzogs umfasste der Aufgabenbereich des Viztums jurisdiktionelle, militärische und administrative Kompetenzen. Er leitete ursprünglich bis zu seiner Ablösung durch den Hofmeister im 15. Jahrhundert als Vorsitzender das Hofgericht und hatte die Aufsicht

²⁷⁵ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 612; HOFMANN, Zentrale Verwaltung, S. 231f.

²⁷⁶ Vgl. TURTUR, Regierungsform, Bd. I, S. 161-163: Mit Johann von Abensberg als oberbayerischer Viztum (1374-1376) tritt ein Amtsinhaber auch aus edelfreiem Geschlecht auf.

²⁷⁷ Vgl. ROSENTHAL, Gerichtswesen, S. 276-278; SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 236f; HIERETH, Gerichts- und Verwaltungsorganisation, S. 7f.

²⁷⁸ Vgl. ROSENTHAL, Gerichtswesen, S. 278; ZIEGLER, Niederbayerische Residenzen, S. 34.

²⁷⁹ Seit etwa Juni 1394 wurden Urkunden, die der niederbayerische Viztum bzw. das Viztumamt siegelten, regelmäßig in Landshut ausgestellt. Die Existenz eines weiteren Viztumamtes in Bayern-Landshut ist während der Vormundschaftszeit und auch in späteren Jahren nicht nachweisbar.

²⁸⁰ Vgl. HOFMANN, Zentrale Verwaltung, S. 231; SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 234: Seit Mitte des 13. Jahrhunderts ist eine fortlaufende Folge von Viztumen nachweisbar, die auf eine kontinuierliche Besetzung des Amtes schließen lassen.

²⁸¹ HOFMANN, Zentrale Verwaltung, S. 232. Vgl. SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 233f, Anm. 5.

über die Gerichte und die Richter samt ihren Beamten.²⁸² In seinen Aufgabenbereich fielen Appellationsverfahren ebenso wie die Erledigung von Straf- und niederen Zivilsachen des Adels, die den privilegierten Gerichtsstand vor dem Landesherrn bzw. seinem Stellvertreter dem alten Grundsatz des *iudicium parium* folgend genossen.²⁸³ Mit der gewandelten Blutgerichtsbarkeit ging eine Ausdehnung seines Zuständigkeitsbereiches innerhalb der Rechtssprechung einher: Der Viztum erhielt das Begnadigungsrecht, wobei er die Höhe der Geldstrafe für die erlassene Todesstrafe selbst bestimmen konnte. Die entsprechenden Delikte wurden in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts unter dem Begriff „Viztumhändel“ zusammengefasst.²⁸⁴ Daneben gehörte die Wahrung und Durchführung des Landfriedens wie auch die Landesverteidigung als militärischer Oberbefehlshaber zu seinen Pflichten.²⁸⁵ In seinen Kompetenzbereich fielen vor allem Einnahme und Verrechnung der von den unteren Beamten eingenommenen landesherrlichen Abgaben, die Abwicklung von Grundstücksgeschäften für den Herzog, Steuererhebungen und Zahlungsanweisungen.²⁸⁶ Die Viztume waren dazu verpflichtet, in regelmäßigen Abständen von zwei bis drei Jahren über ihre Einnahmen und Ausgaben vor dem Herzog Rechenschaft abzulegen.²⁸⁷ Mit der wachsenden Bedeutung der Finanzwirtschaft erweiterte sich das Personal der Finanzbeamten. Zum Viztum trat seit 1330 der Landschreiber,²⁸⁸ zu dessen Kontrolle seit Anfang des 15. Jahrhunderts wiederum der Rentmeister.²⁸⁹ Letzterer setzte sich im Laufe der zweiten Hälfte des 15.

²⁸² Vgl. ROSENTHAL, Gerichtswesen, S. 279-281; SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 242: Der Viztum hatte nicht nur das Recht zur Ein- und Absetzung des Gerichtspersonals, sondern auch die disziplinarische Strafgewalt über die untergebenen Beamten und konnte unrechtmäßige Urteilssprüche zur Anzeige bringen.

²⁸³ Vgl. SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 241.

²⁸⁴ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 613; FOLLAK, Viztumhändel; SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 233-301; REINLE, Bauernfehden, S. 69f.

²⁸⁵ Vgl. ROSENTHAL, Gerichtswesen, S. 282f; SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 240.

²⁸⁶ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 612f; WILLOWEIT, Viztum, Sp. 929f; KREIKER, Vicedominus.

²⁸⁷ Vgl. ROSENTHAL, Gerichtswesen, S. 284f.

²⁸⁸ Vgl. zum Landschreiber ROSENTHAL, Gerichtswesen, S. 288; SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 238, Anm. 42.

²⁸⁹ Vgl. zum Rentmeister ROSENTHAL, Gerichtswesen, S. 288-321; VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 613f; ZIEGLER, Staatshaushalt, S. 52-56; HAUSFELDER, Rentmeisteramt; SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 238f, Anm. 43. Laut ROSENTHAL, Gerichtswesen, S. 289, Anm. 1 kamen im Landshuter Teilherzogtum Rentmeister erstmals 1424 in Landshut und 1425 in Burghausen vor. Urkundlich nachgewiesen ist jedoch nur Hans Ecker als ältester namentlich bekannter Rentmeister im Jahre 1429, vgl. RILLING, Studien, S. 171; RB XIII, S. 147. Lieberich datiert Eckers Amtszeit als Rentmeister in Landshut bereits in das Jahr 1428, allerdings ohne Angabe von Belegen, vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 108.

Jahrhunderts als oberste Schaltstelle zwischen der Zentralgewalt und den lokalen Beamten durch. Damit traten die Rentmeister an die Stelle der Viztume. Dem Rechnung tragend wurde die herkömmliche Bezeichnung der Viztumämter durch die neue der Rentmeisterämter ersetzt.²⁹⁰

Einen Monat, nachdem die Herzöge Stephan III. von Bayern-Ingolstadt und Johann II. von Bayern-München gemeinsam die Vormundschaft für Heinrich XVI. den Reichen übernommen hatten, begegnet Oswald Törring zu Stein am 28. März 1394 erstmals namentlich in der Position des Viztums von Niederbayern.²⁹¹ Das Geschlecht der Törring gehörte zu diesem Zeitpunkt bereits zu den führenden Adelsfamilien Niederbayerns. Ursprünglich als Ministerialen der Grafen von Kraiburg-Ortenburg, dann im 13. Jahrhundert in Diensten des Hochstifts Salzburg groß geworden waren die Törring im Südosten Bayerns rund um Stein (an der Traun), Jettenbach (am Inn), Pertenstein und Tüßling im Altöttinger Raum begütert – um nur die wichtigsten Besitzungen zu nennen. Seit 1315 sind sie in den Freibriefen als niederbayerische Landsassen ausgewiesen.²⁹² Durch Heirat, Erbschaften und zahlreiche Ämter unter den wittelsbachischen Herzögen gelangten die Törring zu großem Reichtum, so dass sie am Ende des 14. Jahrhunderts eine Spitzenposition innerhalb des niederbayerischen Adels einnahmen. 1566 wurde die zwischenzeitlich in verschiedene Linien gespaltene Familie in den Freiherren-, 1630 in den Grafenstand erhoben.²⁹³

Oswald Törring zu Stein (†1418) tat sich zunächst als Geldgeber und im Dienst der wittelsbachischen Herzöge hervor. 1387 verpfändete ihm Herzog Friedrich für 2.000 fl. die Maut zu Burghausen. In den Jahren von 1387 bis 1392 bekleidete er das begehrte Amt des Pflegers von Reichenhall. 1393 nahm er am Turnier zu Regensburg teil.²⁹⁴ Seine Aufgabe als Viztum Niederbayerns war die Besorgung der Regierungsgeschäfte

²⁹⁰ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 613; ROSENTHAL, Gerichtswesen, S. 291.

²⁹¹ Vgl. BayHStA Kurbayern 14287: Stephan III., Johann II. und Oswald Törring als Viztum von Niederbayern verpfändeten an Erasmus Laiming und Hartprecht Harskircher zu Zangberg die Maut zu Burghausen für ein Darlehen von 2.200 fl.

²⁹² Vgl. LIEBERICH, Landstände, S. 34.

²⁹³ Vgl. zu den verschiedenen Linien und ihrer Besitzgeschichte ENGLBRECHT, Drei Rosen; LIEBERICH, Landstände, S. 71f. Vgl. zur Erhebung in den Grafenstand STEPHAN, Erhebung und den wirtschaftlichen Verhältnissen der Törring im 17. Jahrhundert KSOLL, Wirtschaftliche Verhältnisse, S. 95-180.

²⁹⁴ Vgl. zu Oswald Törring ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 54; LIEBERICH, Landherren, S. 107, Anm. 408; TURTUR, Regierungsform, Bd. I, S. 176f; GEIß, Geschichte des Schlosses Stein, S. 170-175: Nach seiner Zeit als niederbayerischer Viztum war er noch einige Jahre im Rat Heinrichs XVI. und von 1408 bis 1412 Hauptmann zu Salzburg, bis er 1418 verstarb.

im Namen Herzog Heinrichs XVI. und seiner beiden obersten Vormünder. Wie Turtur bereits feststellte, wurden eine Reihe von Urkunden Herzog Heinrichs XVI. von dessen oberbayerischen Vormündern gemeinsam mit dem Viztum als Angehörigen des Vormundschaftsrates ausgestellt. Daneben erscheinen mehrere Urkunden, in denen Herzog Heinrich XVI. selbst als Aussteller genannt wird, aber die oberbayerischen Herzöge als Vormünder und das Viztumamt für ihn siegelten. Solange der junge Herzog noch unmündig war und kein eigenes Siegel besaß, verlieh somit das Siegel des Viztumamts seinen Urkunden Rechtskraft und trat an die Stelle des herzoglichen Siegels.²⁹⁵

Die Urkunden liefern Hinweise auf eine umfassende Tätigkeit Törrings in der Landesregierung und Verwaltung, dessen Position und Persönlichkeit den anderen hochrangigen Beamten im Herzogsdienst offensichtlich kaum Spielraum ließ. Während seiner Amtszeit als Viztum trat beispielsweise der Hofmeister überhaupt nicht, die herzoglichen Räte nur vereinzelt in Erscheinung. Denkbar ist, dass in dieser Zeit alle wichtigen Funktionen der anderen Hofämter wie die des Hof- und Kammermeisters in Personalunion durch den Viztum ausgeübt wurden. Damit hätte man altbewährte Strukturen beibehalten, denn bereits der Vorgänger Törrings, Konrad Preysing zu Wolnzach, hatte seit etwa 1387 bis zum Tode Herzog Friedrichs das Hofmeister- und zugleich seit etwa 1389 das Viztumamt in Niederbayern inne.²⁹⁶

Der Großteil der Urkunden Heinrichs XVI. wurde nach dem Rat seiner Vormünder und/oder nach dem Rat seines Viztums ausgestellt. Der herzogliche Rat spielte dabei kaum eine Rolle. Nur vereinzelt ist ein kleiner Personenkreis engster Vertrauter des Herzogs um Oswald Törring erkennbar. In einer Urkunde vom 19. Juni 1394 werden neben Törring Wilhelm Massenhauser, Eberhard Closen, Wernher von Staudach und Arnold Fraunberger namentlich als herzogliche Räte genannt.²⁹⁷ Dieselben finden sich im Treuebündnis vom 24. Juli 1395 für Herzog Heinrich XVI. und seine Mutter wieder. Bis auf Wernher von Staudach besiegelten alle Genannten auch den Zusammenschluss

²⁹⁵ Vgl. TURTUR, Regierungsform, Bd. I, S. 176f.

²⁹⁶ Vgl. ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 109f; RALL, Wittelsbacher Hausverträge, S. 205: Konrad Preysing erhielt nach dem Tode Herzog Friedrichs das Viztumamt in Oberbayern und blieb bis zum Tode Herzog Johanns II. 1397 in dessen Diensten. Im Juli 1397 wechselte er das Lager und erkannte Herzog Stephan III. als seinen rechten Erbherren an. Er verstarb 1403.

²⁹⁷ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg U 1394 VI 19.

der niederbayerischen Landschaft vom 5. September 1394. Offenkundig handelte es sich hierbei um den engsten Beraterkreis des Herzogs, eine kleine Gruppe bedeutendster adeliger Landherren, die die Führungsspitze des Herzogtums Bayern-Landshut darstellten. Es handelte sich dabei ausschließlich um einheimische Adelsfamilien, die als Mitglieder der niederbayerischen Landschaft nachgewiesen sind.²⁹⁸ Sie waren die politisch tonangebenden Familien, die sowohl innerhalb der Landschaft als auch in der Landesregierung stärker hervortraten. Möglicherweise handelte es sich bei den genannten Adeligen angesichts ihrer Position um Mitglieder des geschworenen Rates, wenngleich sie in dieser Form nicht expressis verbis titulierte wurden. Die heimlichen Räte in dieser Zeit sind namentlich schwer fassbar, da von ihnen in der Regel nur im Kollektiv, von den „gesworn Räten“, die Rede ist. Doch gerade die geschworenen Räte waren zu diesem Zeitpunkt offenbar noch von Bedeutung, denn ihre Zustimmung wurde neben der des Viztums seit 1395 verschiedentlich in Angelegenheiten der Finanzverwaltung eingeholt.²⁹⁹ Zweifelsohne muss es sich dabei um die mächtigsten und auf Grund ihrer Spitzenposition im Staat um die politisch einflussreichsten Landherren im engeren Umfeld des Herzogs gehandelt haben.

Generell spielte jedoch der Viztum die zentrale Rolle in der Finanzverwaltung des Landes, wie dies aus zahlreichen Urkunden hervorgeht. Am 5. April 1394 wies Törring dem Mautner zu Burghausen, Hans aus dem Holz, 40 Pfd. und 64 Pfg. auf die Maut zu Burghausen an, die ihm Herzog Heinrich XVI. schuldig geblieben war.³⁰⁰ Am 20. Juni 1394³⁰¹ und am 24. März 1395³⁰² gab er für mehrere Landshuter Bürger zur Begleichung einer noch von Herzog Friedrich stammenden Schuld entsprechende Anweisungen bezüglich der Stadtsteuer zu Landshut. Am 25. August 1394 quittierte er dem inneren und äußeren Rat der Stadt Landshut für die Bezahlung weiterer Schulden

²⁹⁸ Vgl. LIEBERICH, Landstände, S. 34, 36, 38, 41: Nach den landständischen Freibriefen besaßen die Törring seit 1315, die Massenhauser, Closen, Staudach und Fraunberger seit 1347 die niederbayerische Landstandschaft.

²⁹⁹ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1421, S. 613, Nr. 1427, S. 616f; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1808; BayHStA Kurbayern 21298. Eine genauere Differenzierung innerhalb des Zuständigkeitsbereiches der geschworenen Räte ist dagegen nicht erkennbar, da im selben Zeitraum den Schuldverschreibungen, die mit Wissen und Willen der geschworenen Räte erfolgten, ebenso viele Schuldverschreibungen mit alleiniger Zustimmung des Viztums gegenüber stehen. Auch die Höhe der Beträge scheint kein ausschlaggebendes Kriterium gewesen zu sein.

³⁰⁰ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 333.

³⁰¹ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1400, S. 606f.

³⁰² Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1417, S. 612.

Herzog Friedrichs.³⁰³ Nahezu alle Schuldverschreibungen, die die Vormünder im Namen Herzog Heinrichs XVI. in den Jahren 1394/95 vornahmen, erfolgten mit Wissen und Willen des Viztums. Hierfür seien nur einige Beispiele genannt: Am 15. September 1395 versetzten die Herzöge Stephan III. und Johann II. Hans Sattler, dem Kammermeister der Stadt Landshut, für ein Darlehen über 800 fl. die Feste Vilsheim³⁰⁴ und am 11. April 1396 verpfändeten sie Hiltbold Fraunberger zu Prunn für 970 fl. ungr. die Feste Giebing.³⁰⁵ Ihre Schuldverschreibung vom 1. Juni 1396 über 300 fl. für Diepold Leutenbeck erfolgte ebenfalls mit Zustimmung des Viztums. Am 25. März 1397 erklärte Herzog Heinrich XVI. auf den Rat seines Viztums hin, Wilhelm Fraunhofer für geliehene 300 fl. ungr. so bald als möglich bezahlen zu wollen.³⁰⁶ Bei der Verpfändung des Schlosses und der Pflege zu Erding mitsamt dem Gericht und allen Zugehörungen am 29. Juni 1397 an die Brüder Schweiker und Stephan Muschelrieder für eine Summe von 1.500 fl. ungr. wurde Oswald Törring als Viztum noch vor den geschworenen Räten und dem Rat der Stadt Landshut genannt, mit deren Zustimmung dieselbe erfolgte.³⁰⁷ Gleichmaßen auf den Rat seines Viztums hin verschrieb Herzog Heinrich XVI. am 28. März 1398 Wilhelm Fraunhofer jährlich 100 Wiener Pfg. aus der Maut zu Burghausen.³⁰⁸

Neben dem Finanzwesen begegnet Törring vor allem im Bereich der Rechtspflege: Der Räuber Wernhart Rüd, der wegen eines Überfalls auf einen Landshuter Bürger ins Gefängnis gekommen war, wurde auf die Bitte Herzog Stephans III. und Oswald Törrings als Viztum hin am 14. Oktober 1394 wieder freigelassen.³⁰⁹ Am 3. Dezember 1394 wurde der wegen des Todesfalls seiner Braut Margret verdächtige Friedrich Städler von Oswald Törring aus der Haft des Pflegers und Richters zu Rottenburg, Wernher von Staudach, entlassen.³¹⁰ Am 13. Januar 1397 schworen Lyebel Lyndner,

³⁰³ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1404, S. 608.

³⁰⁴ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1427, S. 616f.

³⁰⁵ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1079.

³⁰⁶ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 910/1.

³⁰⁷ Vgl. BayHStA Kurbayern 21298. Vgl. dazu auch BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 102: Herzog Heinrich XVI. verschrieb am 1.12.1397 nach dem Rat des Viztums den Muschelriedern für eine erneut geliehene Summe von 100 Pfd. Landshuter Pfg. auf ihre Pfandschaft zu Erding.

³⁰⁸ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1485, S. 639.

³⁰⁹ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1410, S. 610.

³¹⁰ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1413, S. 611.

Ulrich Pischhof und Hans Erlinger auf Fürsprache Oswald Törrings und Heinrich Buchbergers zu Wildenstein hin Herzog Heinrich XVI. Urfehde.³¹¹

Andere Seiten seiner Tätigkeit als Viztum werden deutlich, als er am 26. Juni 1394 an einer Seelgerätstiftung der Vormünder für das Kollegiatstift St. Kastulus beteiligt war³¹² und am 24. August desselben Jahres eine Stiftung für das Kloster Seligenthal im Namen Herzog Heinrichs XVI. erneuerte.³¹³

Selbstverständlich vertrat der Viztum den unmündigen Herzog auch in den außenpolitischen Beziehungen. In dieser Funktion siegelte Törring im Oktober 1395 die Vereinbarungen mit den oberbayerischen Herzögen, Herzog Albrecht I. von Bayern-Straubing-Holland, dem Regensburger Bischof Johann und dem Regensburger Stadtrat zur Verbesserung der Münze³¹⁴ und im Januar 1397 den auf zwei Jahre geschlossenen Bündnisvertrag Herzog Heinrichs XVI. und seiner Vormünder mit Erzbischof Gregor von Salzburg.³¹⁵

Bei seiner hohen Amtsstellung blieb es nicht aus, dass der Viztum auch als Schiedsrichter und Vermittler zu Verträgen oder Streitigkeiten herangezogen wurde.³¹⁶

So trat Törring im Oktober 1396 zusammen mit anderen Räten als Schiedsrichter im Streit Ulrich Velbers und seiner Söhne Kaspar und Ulrich mit Hartneid und Konrad Kuchel zu Friedburg um das Marschallamt des Erzstiftes Salzburg auf.³¹⁷

In Anbetracht seiner Leistungen in den verschiedensten Bereichen der Landesverwaltung, wo er nahezu völlig unabhängig von seinem Dienstherrn und anderen Amtsinhabern gleichberechtigt neben den oberbayerischen Herzögen als Vormünder agierte, gehörte der Viztum nicht nur zum exklusiven Kreis der engsten Berater des Herzogs, sondern nahm darin die zentrale Position ein.³¹⁸ Seine Kompetenzen traten vor allem in der Finanzverwaltung hervor, wo Oswald Törring 1394/95 auf dem besten Wege war, sich als eine Art Kontrollinstanz aller finanziellen

³¹¹ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Urfehden 1397 I 13.

³¹² Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1402, S. 607.

³¹³ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1403, S. 607f.

³¹⁴ Vgl. MW II, Nr. 378, S. 573-579.

³¹⁵ Vgl. HHStA Wien Allgemeine Urkundenreihe 1397 I 2.

³¹⁶ Vgl. TURTUR, Regierungsform, Bd. I, S. 180.

³¹⁷ Vgl. HHStA Wien Allgemeine Urkundenreihe 1396 X 26: Er wird dabei ausdrücklich in seiner Funktion als Viztum genannt und nicht allein als Ministeriale des Erzstiftes.

³¹⁸ Vgl. TURTUR, Regierungsform, Bd. I, S. 180: „Als hervorragendste Mitglieder des herzoglichen Geheimen Rates werden die Vitztume stets an der Spitze der fungierenden Räte genannt. Vor ihnen stehen nur Angehörige der Herzogsfamilie oder der edelfreien Geschlechter.“

Transaktionen des unmündigen Fürsten und seiner Vormünder im Herzogtum zu positionieren. Alle erhaltenen Schuldverschreibungen, Kreditaufnahmen und sonstigen Finanzangelegenheiten in diesen Jahren gingen durch die Hände Törrings. Diesen Ambitionen wirkten schließlich Herzog Stephan III. von Bayern-Ingolstadt und Herzog Johann II. von Bayern-München entgegen, indem sie ihn gerade in finanziellen Dingen seit etwa 1396/97 stärker außen vor ließen.³¹⁹

Törring nahm nicht nur kraft seines Amtes als unmittelbarer Repräsentant des Fürsten die erste Stelle im Herzogtum Bayern-Landshut ein, sondern gab zugleich an der Spitze einer kleinen Gruppe niederbayerischer Landherren stehend, die im Adelsbündnis von 1395 und als Räte im unmittelbaren Umfeld des jungen Herzogs 1394/95 stärker hervortraten, auf politischer Ebene die Zielrichtung vor. Diese dominante Position Törrings und seiner Anhänger ließ am Ende anderen Adeligen des Landes, die in der Konkurrenzsituation des ständigen Wettbewerbs untereinander stehend ebenfalls in die höchsten Staatsämter drängten, keinen Platz am Herzogshof als Mittelpunkt des politischen Lebens. Der Kreis um Oswald Törring zu Stein wurde dadurch wohl nicht nur den beiden oberbayerischen Herzögen als Vormünder Heinrichs XVI. zu mächtig.

³¹⁹ Gerade 1396/97 tauchen mehrere Schuldverschreibungen und Darlehensaufnahmen auf, an denen der Viztum nicht beteiligt war. Vgl. dazu beispielsweise BayHStA Kurbayern 21545: Stephan III. und Johann II. verpfändeten 1396 im Namen ihres Mündels Schloss, Feste und Markt Rottenburg für 100 fl. ungr. an Diepold Leutenbeck. Vgl. BayHStA Kurbayern 14322: Herzog Heinrich XVI. und seine beiden Oheime als Vormünder verpfändeten 1396 für 700 fl. die Maut zu Burghausen an Hans Buchberger zu Schölnstein. Vgl. BayHStA Kurbayern 24342: Herzog Heinrich XVI. und seine beiden Oheime als Vormünder verpfändeten 1396 für 500 fl. ungr. den herzoglichen Kasten zu Teisbach an Peter Griesteter. Vgl. BayHStA Kurbayern 21546: Herzog Stephan III. und sein Mündel schuldeten 1397 Diepold Leutenbeck 220 fl. ungr. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Auswärtige Staaten 1801: Stephan III. und Johann II. schuldeten Haupt Marschall zu Pappenheim im November 1397 für sich und als Vormünder Heinrichs XVI. 1.200 fl. ungr. Vgl. BayHStA Kurbayern 21547: Herzog Stephan III. verpfändete 1397 als Vormund an Diepold Leutenbeck Pflege und Gericht Rottenburg.

b. Der Adel als Geldgeber des Herzogs

Bei allem Engagement Oswald Törrings in Diensten des Herzogs überwogen letzten Endes doch die Interessen seines Standes. Geschickt wusste Törring seine Position zum Ausbau eigener Herrschaftsrechte zu nutzen, indem er dem jungen Fürsten Geld zur Verfügung stellte.³²⁰ Im Laufe von zwei Jahren hatte Törring dem Herzog mehr als 8.800 fl. geliehen. Dafür erhielt er von Heinrich XVI. binnen kurzer Zeit Pflegämter, Einnahmen und wichtige Besitzungen als Eigentum oder Pfand. Besonders die Pflegschaften dürften dabei sein Interesse geweckt haben. Pfleger standen als die bedeutendsten Amtsträger in der Außenverwaltung den herzoglichen Landgerichten vor, waren in ihrem Bezirk in erster Linie für Hoch- und Niedergerichtsbarkeit verantwortlich.³²¹ Die Pflegämter versprachen nicht zur Einkommen, sondern brachten die Ausübung lokaler Herrschaftsrechte mit sich. Besonders der höhere Adel war deshalb darauf bedacht, „fast monopolartig“ die Pflegämter zu besetzen, so dass sich „in der landesherrlichen Außenverwaltung die Schlüsselstellungen zunächst überwiegend in der Hand des höheren Adels“³²² konzentrierten. Wirft man einen Blick auf die Karte, so eröffnen sich die stattlichen Dimensionen der Neuerwerbungen, die dem gezielten Ausbau des Törring'schen Familienbesitzes im Südosten Bayerns dienten. Mit Traunstein, Marquartstein und Altenbeuern fiel gleichsam die Kontrolle des gesamten südöstlichen Chiemseeraums in die Hände Törrings.³²³ Gerade die in den ersten Jahren als niederbayerischer Viztum hinzu erworbenen Besitzungen lassen erkennen, dass seine Interessen als adeliger Landherr im Vordergrund standen, die sich auf den Ausbau seines eigenen Herrschaftsbereiches konzentrierten. Auf diese Weise erreichte er nicht

³²⁰ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Urkunden 1394 VI 19: Nachdem Törring 1394 eine Schuld Herzog Friedrichs von Bayern-Landshut über 2.000 fl. beglichen hatte, verpfändete ihm Heinrich XVI. mit Zustimmung seiner Vormünder die Feste und Pflege Marquartstein mit dem Grassertal und allen Zugehörungen. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 641: 1395 sicherte er sich Feste, Stadt und Pflege Traunstein mit dem Gericht, allen Zöllen und sonstigen Einkünften für eine Bürgschaft über 5.700 fl., 1.069 Pfd., 5 Schilling und 10 Wiener Pfg. Vgl. BayHStA Kurbayern 22392 (= StA München Törring-Seefeld Lit. Nr. 51): 1396 wurde ihm vom jungen Herzog die Feste Altenbeuern für 1.100 fl. ungr. verpfändet.

³²¹ Vgl. ZIEGLER, Staatshaushalt, S. 50; VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 614f; ROSENTHAL, Gerichtswesen, S. 322-348; SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 17-21.

³²² LIEBERICH, Landherren, S. 95.

³²³ Vgl. ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 50f: Törring verwaltete zu diesem Zeitpunkt auch die Besitzungen der Kinder des verstorbenen Wilhelm Törring zu Tüßling als Vormund.

nur die unbestrittene Vorrangstellung seiner Familie im südöstlichen Bayern, sondern sicherte dadurch als einer der mächtigsten Landherren Niederbayerns auch seine Position an der Spitze des Herzogtums ab. Die Ambivalenz seines Ranges als Beamter im Herzogsdienst und als Vertreter seines Standes tritt damit offen zu Tage.

„Zu allen Zeiten waren Adelige Kreditgeber der Landesherren“.³²⁴ Wie im Falle Törrings flossen die Gelder an den Herzog nicht allein in uneigennütziger Absicht, auch wenn dies manche Formulierungen in den Quellen glauben machen wollen.³²⁵ Wenngleich die Adeligen ein offensichtliches Interesse daran hatten ihren Herzog zu unterstützen, war ihnen doch grundsätzlich an der Solvenz ihres Landesherrn gelegen,³²⁶ so setzten sie ihre finanziellen Mittel primär zum gezielten Erwerb wichtiger Ämter, Rechtsansprüche, Pfandschaften und Güter ein, um den eigenen Herrschaftsbereich zu erweitern und sich damit Einfluss und Einkommen im Herzogtum zu sichern. Törring war in dieser Hinsicht kein Einzelfall. Er führt vielmehr im Bereich der herzoglichen Finanzen in ein allgemeines Problem der Zeit ein. Als Geldgeber Herzog Heinrichs XVI. traten weniger die Kirche, die Städte oder das Bürgertum,³²⁷ sondern in signifikanter Weise Adelige auf, die zugleich Mitglieder des herzoglichen Rates bzw. Inhaber bedeutender Ämter waren.³²⁸ Vermögen und Ratsdienst als Ausdrucksform adeliger Teilhabe an der fürstlichen Herrschaft gingen offensichtlich Hand in Hand. Seit der Ablösung der Naturalwirtschaft im Hochmittelalter durch die Markt- und Geldwirtschaft gehörten Schulden und Kreditaufnahmen zum alltäglichen Usus.³²⁹ Auch die Herzöge bedienten sich ihrer als Ausweg aus der finanziellen Misere: „Verkauf und Verpfändung von Ämtern, Herrschaften und nutzbaren Rechten, eine ungebührliche Ausbeutung der Regalien und Kreditaufnahmen“³³⁰ boten sich angesichts

³²⁴ KSOLL, Wirtschaftliche Verhältnisse, S. 60.

³²⁵ Vgl. BayHStA Kurbayern 14287: Die Räte Erasmus Laiming und Hartprecht Harskircher zu Zangberg beglichen eine Schuld von 2.200 fl. gegenüber Parzifal Zenger, damit „herzog Heinrich icht zu grossern schäden chäm“. Vgl. auch BayHStA Kurbayern 2292: Herzog Heinrich XVI. bestätigte seinem Viztum Oswald Törring 1.100 fl. ungr. schuldig geworden zu sein, die ihm dieser „zu unser anligenden not“ zur Verfügung gestellt hatte.

³²⁶ Vgl. SCHELER, Rendite und Repräsentation, S. 127.

³²⁷ Im Gegensatz zu den Klöstern sind von Bürgern nachweislich Gelder an den Herzog geflossen, jedoch in geringerem Umfang und Ausmaß, wie dies seitens des Adels erfolgte.

³²⁸ Sofern die Adeligen nicht ausdrücklich in den Quellen als Räte titulierte werden, ist ihrer Identifikation im Wesentlichen die Anrede „unser lieb getreu“ zu Grunde gelegt, vgl. TURTUR, Regierungsform, Bd. I, S. 182.

³²⁹ Vgl. SCHELER, Rendite und Repräsentation, S. 123.

³³⁰ SCHMUCK, Finanzielle Beziehungen, S. 84. Vgl. REINLE, Wappengenossen und Landleute, S. 146, Anm. 148; SCHELER, Rendite und Repräsentation, S. 121-128.

zu geringer Steuereinnahmen und nur langsam fließender landesherrlicher Einkünfte als kurzfristig angelegte Maßnahmen bei akuten Finanznöten geradezu an, bedingten aber auch die Abhängigkeit der Landesfürsten von Darlehensgebern, Bürgen und Pfandnehmern. Zur üblichen Kreditpraxis der Zeit gehörte das Anweisungssystem: Da Bargeld ohnehin knapp und unter erheblichen Sicherheitsrisiken nur schwer zu transportieren war, wurden Darlehen nicht bar zurückgezahlt, sondern die Gläubiger direkt auf regelmäßige und sichere Einnahmen des Staates wie Steuern und Zölle angewiesen.³³¹ Als Geldgeber bevorzugt herangezogen wurden die Inhaber der wichtigsten Hof- und Landesämter. Die Bereitschaft zur Kreditvergabe wurde von den Amtsinhabern nicht nur erwartet, sondern zuweilen von ihrem Landesfürsten direkt eingefordert.³³² Bestimmendes, wenn nicht sogar entscheidendes Kriterium für die Auswahl der Räte durch den Herzog dürfte also deren Eignung als Bürgen gewesen sein³³³ mit weitreichenden Konsequenzen: „Sie wurden auf diese Weise gewöhnlich nicht nur die wichtigsten Gläubiger des Fürsten im Land, sondern auch seine wichtigsten Bürgen, die ebenso politische Bündnisse mit Nachbarterritorien wie große fürstliche Anleihen garantierten und mit besiegelten. Vorschußerstattung, Darlehensrückzahlung und Schadenersatz für kostspielige Bürgschaftsleistungen führten dann folgerichtig zur Verschreibung landesherrlicher Einkünfte und zur Verpfändung ganzer Ämter an sie.“³³⁴ Anweisungssystem und Verpfändungen füllten zwar kurzzeitig leere Kassen, schwächten aber auf Dauer zwangsläufig die herzogliche Finanzsituation. Die Finanzkraft des Herzogtums war oftmals allein schon mit der Begleichung aller Anweisungen überfordert. Die fortwährenden Verpfändungen machten außerdem die Hoffnung auf Wiederauslösung der Pfandschaften zunichte und entzogen darüber hinaus den Herzögen dauerhaft die regelmäßigen Einnahmen.³³⁵

³³¹ Vgl. ZIEGLER, Staatshaushalt, S. 34; VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 615.

³³² Vgl. REINLE, Wappengenossen und Landleute, S. 147. Vgl. dazu auch SCHELER, Rendite und Repräsentation, S. 132, der zu bedenken gibt, dass die Bereitschaft der Amtleute für ihren Herrn zu bürgen grundsätzlich nichts anderes war als die Wahrnehmung althergebrachter Lehensverpflichtungen unter den modernen Bedingungen des in Ämtern organisierten Territorialstaates.

³³³ Vgl. HEYDENREUTER, Probleme des Ämterkaufs, S. 235, 250: „Das Vermögen war, ..., in vielen Fällen Voraussetzung einer Amtsverleihung. Dies galt auch für das Herzogtum Bayern zumindest bis ins 16. Jahrhundert.“

³³⁴ SCHELER, Rendite und Repräsentation, S. 125.

³³⁵ Vgl. RILLING, Studien, S. 180f.

Gerade während der Unmündigkeit Herzog Heinrichs XVI. boten sich dem Adel günstige Bedingungen, als Gläubiger des Herzogs Zugang zu den landesherrlichen Ämtern zu erhalten. Eine große Anzahl an Schuld- und Verpfändungsurkunden wie an Quittungen zeigt die politische Situation Bayern-Landshuts in der Vormundschaftszeit auf: Herzog Heinrich XVI. und seine Räte waren vordringlich mit der Beschaffung von Geldern beschäftigt. Schon Ziegler konstatierte die katastrophalen Finanzverhältnisse Niederbayerns zu Beginn der Regierung Heinrichs XVI. des Reichen.³³⁶ Gerade in den Jahren der Vormundschaft standen dem Landshuter Herzog erhebliche finanzielle Forderungen ins Haus, für deren Begleichung die jährlichen Einnahmen des Herzogtums keineswegs ausreichten.³³⁷ Herzog Friedrich hatte seinem Sohn einen Schuldenberg hinterlassen,³³⁸ den es zunächst abzutragen galt. Die Misswirtschaft der Vormünder hatte wohl ihr Übriges dazu beigetragen. Hinzu kamen die durch die Landesteilung von 1392 bedingten Ausgleichsforderungen des Ingolstädter Herzogs.

³³⁶ Vgl. ZIEGLER, Staatshaushalt, S. 263. In diesem Sinne auch Riezlers Urteil über Herzog Friedrich, vgl. RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 170.

³³⁷ Vgl. ZIEGLER, Staatshaushalt, S. 262: Konkrete Zahlen über die jährlichen Einnahmen Bayern-Landshuts während der Vormundschaftszeit liegen nur für die Jahre 1396/97 und 1397/98 vor. Demnach nahm das Herzogtum 1396/97 6.472 Pfd. Landshuter Pfg. ein gegenüber einem Negativbestand von 1.946 Pfd. Landshuter Pfg. Für das Jahr 1397/98 ergaben sich Einnahmen in Höhe von 7.816 Pfd. gegenüber einem Negativbestand von 2.234 Pfd. Auf Grund fehlender Zahlen ist ein Vergleich mit den anderen Teilherzogtümern nicht möglich.

³³⁸ Im Folgenden eine Zusammenstellung der Schulden Herzog Friedrichs, für deren Rückzahlung Heinrich XVI. allein in den Jahren 1394/95 belangt wurde. Der Schuldenberg dürfte vermutlich weitaus höher gewesen sein, als die erhaltenen Belege offenbaren: Vgl. BayHStA Kurbayern 14287: Stephan III., Johann II. und Oswald Törring erklärten am 28. März 1394 eine von Herzog Friedrich stammende Schuld über 4.500 fl. bis auf 2.200 fl. bezahlt zu haben. Erasmus Laiming und Hartprecht Harskircher zu Zangberg übernahmen die Begleichung der Restschuld. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg 1394 VI 19: Oswald Törring bezahlte 2.000 fl. an Konrad Preysing, Viztum in Oberbayern, und Christian Fraunberger zum Haag, die ihnen Herzog Friedrich noch schuldig war. Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1400, S. 606f: Oswald Törring verschaffte am 20. Juni 1394 Andre Perger, Bürger zu Landshut, 40 Pfd. Amberger Pfg. aus der Stadtsteuer zu Landshut für Schulden Herzog Friedrichs. Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1404, S. 608: Oswald Törring quittierte am 25. August 1394 dem inneren und äußeren Rat der Stadt Landshut den Betrag von 186 fl., die dieser für eine Schuld Herzog Friedrichs an Nicklas Ingolsteter bezahlt hatte. Vgl. Herzog, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1417, S. 612: Oswald Törring verschaffte am 24. März 1395 mehreren Bürgern der Stadt Landshut 167 Pfd. Amberger Pfg. aus der Stadtsteuer zu Landshut, die sie von Herzog Friedrich noch einzufordern hatten. Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1421, S. 613: In einer Schuldverschreibung Herzog Heinrichs XVI. vom 21. Mai 1395 für einen Landshuter Bürger werden Schulden Herzog Friedrichs über 800 fl. gegenüber Georg von Waldeck erwähnt. Vgl. BayHStA Kurbayern 21571: Herzog Heinrich XVI. einigte sich am 21. September 1395 mit Georg Aichberger im Moos auf 900 fl., nachdem ihn Aichberger wegen einer Schuld Herzog Friedrichs angegriffen hatte. Vgl. BayHStA Kurbayern 17718: Schuldbrief Herzog Heinrichs XVI. und seiner Vormünder vom 29. September 1395 für Hans von Wolfstein über 500 Pfd. Pfg. auf Grund einer Schuld Herzog Friedrichs.

Nicht zuletzt musste innerhalb kürzester Zeit zwei Mal das Heiratsgut von jeweils 25.000 fl. für die beiden Schwestern Heinrichs XVI. aufgebracht werden.³³⁹ Wie ernst die Lage war, lassen die finanziellen Transaktionen der Herzoginwitwe Magdalena erahnen, die mehrere Kleinodien und Silbergeschirr bei den Juden in Regensburg versetzte.³⁴⁰ 1401 mussten selbst König Ruprecht zusammen mit Stephan III. von Bayern-Ingolstadt samt ihren beiden Söhnen einspringen und mehrere Schlösser an den Burggrafen zu Nürnberg als Versicherung für den Fall, dass Heinrich XVI. das Heiratsgut nicht rechtzeitig aufbrachte, verpfänden.³⁴¹ Der Landshuter Herzog war auf die finanzielle Unterstützung durch den wirtschaftlich unabhängigen niederbayerischen Adel mehr denn je angewiesen – günstige Voraussetzungen also aus der Perspektive des Adels, sich durch entsprechende Darlehen einflussreiche Ämter, ertragreiche Pfänder und Herrschaftsrechte zu sichern.

Da Schuldurkunden und Quittungen „von jeher einer Auswertung über den Einzelnachweis hinaus Widerstand geboten“ haben, erscheint im Folgenden die exemplarische Methode am gewinnbringendsten.³⁴² Da ein Teil dieser Urkunden im Laufe der Zeit verloren gegangen oder nach Begleichung der Schulden vernichtet und manche Kreditgeschäfte gar nicht aufgezeichnet wurden, ist eine Gesamtauswertung aller Darlehensgeschäfte ohnehin nicht möglich und wegen ihrer Lückenhaftigkeit wenig sinnvoll. Dennoch stellen sie einen sicheren Nachweis der finanziellen Operationen im Herzogtum dar. Legt man Zieglers Bewertungsschema zu Grunde,

³³⁹ Elisabeth wurde 1401 dem Burggrafen Friedrich von Nürnberg vermählt. Vgl. dazu die Quittbriefe Burggraf Friedrichs von Nürnberg über die Abzahlung des Heiratsgutes Geheimes Hausarchiv HU 2007; Geheimes Hausarchiv HU 2008; Geheimes Hausarchiv HU 2009; Geheimes Hausarchiv HU 2010; Geheimes Hausarchiv HU 2013. Das Heiratsgut für Elisabeth war bereits 1404 abbezahlt. Ihre Schwester Magdalene heiratete 1403 Graf Johann Meinhard von Görz und Tirol. Vgl. den Heiratsbrief und mehrere Quittbriefe Graf Johann II. Meinhards über die Bezahlung des Heiratsgutes Geheimes Hausarchiv HU 2015; Geheimes Hausarchiv HU 2016; Geheimes Hausarchiv HU 2017; Geheimes Hausarchiv HU 2018; Geheimes Hausarchiv HU 2019; Geheimes Hausarchiv HU 2020. Das Heiratsgut für Magdalene wurde bis 1410 abbezahlt, vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 44, fol. 196v-197r.

³⁴⁰ Vgl. BayHStA Rst. Regensburg 1403 VII 2 über 90 Pfd. Regensburger Pfg.; BayHStA Rst. Regensburg 1403 IX 28 über 132 fl. ungr.; BayHStA Rst. Regensburg 1403 XI 16 über 100 fl. ungr.; BayHStA Rst. Regensburg 1404 VII 5 mit der Instruktion der Herzogin für den Regensburger Bürger Sitauer einen diamantbesetzten Gürtel möglichst teuer zu versetzen.

³⁴¹ Vgl. Geheimes Hausarchiv HU 2005: Für 12.000 fl. sollten die Schlösser Hersbruck, Hennberg und Hohentruhenden und für weitere 13.000 fl. die Schlösser Kranzberg, Inkofen, Moosburg und Teisbach verpfändet werden. Vgl. Geheimes Hausarchiv HU 2006: Verschreibung von Herzog Stephan III. und seinem Sohn Ludwig dem Bärtigen für den Burggrafen Friedrich zu Nürnberg über 12.000 fl., die Elisabeth auf Kranzberg, Inkofen, Moosburg und Teisbach als Heiratsgut zugesichert wurden.

³⁴² ZIEGLER, Staatshaushalt, S. 34.

wonach Kredite unter einem Betrag von 200 fl. als unterste Grenze und die herzogliche Verwaltung (Mitte des 15. Jahrhunderts) selbst alle Beträge unter einer Summe von 1 – 2.000 Pfd. als kleine Posten betrachtete,³⁴³ so geht aus den ausgewählten Beispielen hervor, dass es sich nicht nur um unbedeutende Beträge, sondern teilweise um Summen von beträchtlicher Höhe handelte, die seitens des Adels an den Herzog flossen. Besonders da zu bedenken gilt, dass es sich hierbei um Überschusskapital gehandelt haben muss, also um Gelder, über die die Adeligen bar verfügten und darauf längere Zeit verzichten konnten, ohne selbst Schaden zu nehmen oder für den eigenen Herrschaftsausbau darauf angewiesen zu sein. Die ausgewählten Beispiele, die als repräsentativ gelten können, geben daher im Einzelfall Aufschluss über das finanzielle Leistungspotential der jeweiligen Adelsfamilien und gewähren damit einen Einblick in die ökonomischen Ressourcen des niederbayerischen Adels. Sie zeugen letzten Endes davon, dass das Großvermögen im bayerischen Raum an der Wende des 14. zum 15. Jahrhundert mit Ausnahme der Reichsstädte Augsburg, Nürnberg, Regensburg und der Kirche überwiegend in den Händen des Landherrenadels lag.³⁴⁴

Zu den finanzstarken Adelsgeschlechtern Niederbayerns gehörten die Fraunberger.³⁴⁵ Am 14. August 1395 überließ Arnold Fraunberger zu Frauenberg Herzog Heinrich XVI. eine Summe von 3.000 fl. ungr. für die Bezahlung seiner Gläubiger und 100 fl. für einen Bau bei der Feste Inkofen. Der Herzog setzte ihm dafür das Gericht Moosburg sowie Herrschaft und Feste Inkofen mit Kasten, Viztumamt, Gerichten und weiteren Zugehörungen als Pfand.³⁴⁶ Da Heinrich XVI. die Schlösser Inkofen und Moosburg schon bald an Burggraf Friedrich von Nürnberg für das noch ausstehende Heiratsgut seiner Schwester Elisabeth verpfänden musste,³⁴⁷ erhielt Fraunberger 1403 Feste und Pflege Wald als Ersatz.³⁴⁸ Im Dezember 1403 gehörte er zu den Bürgen für das 25.000 fl.-Heiratsgut der Prinzessin Magdalene,³⁴⁹ wofür Heinrich XVI. ihm Feste und Pflege Griesbach mit dem Kasten und allen Zugehörungen sowie die Maut zu Burghausen

³⁴³ Vgl. ZIEGLER, Staatshaushalt, S. 34f.

³⁴⁴ LIEBERICH, Landherren, S. 92. Zur Kapitalkraft der Reichsstädte vgl. STROMER, Oberdeutsche Hochfinanz.

³⁴⁵ Vgl. RB X, S. 206: Im Jahre 1387 schuldeten die bayerischen Herzöge allein Christian Fraunberger zum Haag über 20.000 fl.

³⁴⁶ Vgl. RB XI, S. 49.

³⁴⁷ Vgl. Geheimes Hausarchiv HU 2010.

³⁴⁸ Vgl. BayHStA Kurbayern 20859.

³⁴⁹ Vgl. Geheimes Hausarchiv HU 2015.

verpfändete.³⁵⁰ Parallel dazu erscheint Fraunberger bereits 1394 im herzoglichen Rat, wo er auch 1395, 1397 und 1403 nachzuweisen und vermutlich die gesamte Vormundschaftszeit über tätig war.³⁵¹ 1394/95 siegelte er die beiden Bündnisse der niederbayerischen Landschaft und des Adels. Sein Beispiel zeigt, dass politische Stellung und Finanzkraft in engem Bezug zueinander standen. Allein die Tatsache, dass der Herzog gerade ihn als einen der Bürgen für das Heiratsgut seiner Schwester wählte, demonstriert, dass er zu den vermögenden Landherren des Landshuter Herzogtums gehörte. Schließlich musste er im Notfall für die Bezahlung seines verbürgten Anteils an den 25.000 fl. mit dem eigenen Vermögen gerade stehen. Für eine Bürgschaft in dieser Höhe kam nur ein Adeliger mit entsprechenden wirtschaftlichen Ressourcen in Betracht.

Diese wechselseitige Verbindung von Finanzkraft und politischen Funktionen wird erneut sichtbar bei Hiltpolt Fraunberger zu Prunn, einem weiteren Familienmitglied der Fraunberger im Dienste Heinrichs XVI., der als herzoglicher Geldgeber auftrat und zudem ein gutes Beispiel dafür ist, dass seine landsässige Zugehörigkeit zum Münchner Herzogtum seine wechselnden Dienstverhältnisse keineswegs behinderten.³⁵² Er tat sich zunächst als Stadtrichter von Landshut hervor³⁵³ und ist als Hofmeister Herzog Heinrichs XVI. für die Zeit vom 15. Juni 1398 bis 11. Juni 1399 nachweisbar.³⁵⁴ Bereits im April 1396 verpfändeten ihm die Vormünder Herzog Heinrichs XVI. für ein Darlehen von 970 fl. die Feste Giebing³⁵⁵ (Landkreis Dachau) und im August 1399 für ein weiteres Darlehen von 511 Pfd. jährlich 100 Pfd. Pfg. aus der Griesbacher Pflege.³⁵⁶ Dass es wegen Finanzangelegenheiten zu Problemen kommen konnte, zeigte sich, als uneingelöste Schuldbriefe des Herzogs 1401 offensichtlich dazu führten, dass sich Hiltpolt Fraunberger mit seinem Herrn überwarf. Nach einigen Auseinandersetzungen

³⁵⁰ Vgl. BayHStA Kurbayern 16111; RB X, S. 212: Arnold Fraunberger hatte das Pfleramnt zu Griesbach schon ein Mal zuvor im Jahre 1387 inne.

³⁵¹ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg 1394 VI 19; RB XI, S. 52; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 102; BayHStA Kurbayern 16111.

³⁵² Vgl. JANKER, Grafschaft Haag, S. 202.

³⁵³ Vgl. JANKER, Grafschaft Haag, S. 202; RB XI, S. 123, wo Fraunberger im März 1398 als Richter der Stadt Landshut siegelt.

³⁵⁴ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1488, S. 640f, Nr. 1512, S. 649.

³⁵⁵ Vgl. RB XI, S. 70.

³⁵⁶ Vgl. BayHStA Kurbayern 21573.

gelang jedoch eine friedliche Einigung,³⁵⁷ bekräftigt durch zwei weitere, unmittelbar folgende Darlehen Fraunbergers für Herzog Heinrich XVI. in Höhe von insgesamt 800 fl. ungr.³⁵⁸ Dennoch wechselte er schließlich in den Dienst des Ingolstädter Herzogs, von dem er sich offensichtlich mehr erhoffte, und war dort als Hofmeister der Herzogin Elisabeth von 1403 bis 1410 tätig.³⁵⁹ Innerhalb von fünf Jahren hatte er dem Landshuter Herzog insgesamt 1.770 fl. und 511 Pfd. zur Verfügung gestellt – eine respektable Summe, aber gerade mal etwa die Hälfte dessen, was die Muschelrieder zu leisten im Stande waren.

Die Brüder Stephan und Schweiker Muschelrieder taten sich vor allem in den Jahren 1397/98 und 1404 als Geldgeber und Räte Herzog Heinrichs XVI. hervor. Am 29. Juni 1397 bestätigten der Herzog und sein Vormund ihnen 1.500 fl. ungr. schuldig geworden zu sein, wofür sie Schloss und Pflege Erding mit Gericht, Marktsteuer und allen Zugehörungen als Pfand erhielten.³⁶⁰ Im Dezember desselben Jahres bezahlten die Muschelrieder zusätzliche 100 Pfd. Landshuter Pfg. für den Herzog.³⁶¹ Im April 1398 leisteten sie ihm weitere 418 Pfd., 3 Schilling und 20 Pfennig, verpfändet auf die Maisteuer aus dem Kasten zu Landshut.³⁶² Im Januar 1404 überließen sie Heinrich XVI. insgesamt 1.180 fl., die er für das Heiratsgut seiner Schwester Elisabeth benötigte.³⁶³ Noch im Mai 1404 schuldete der Herzog ihnen 850 fl.³⁶⁴ Über Herkunft und Besitz der

³⁵⁷ Vgl. BayHStA Kurbayern 32269; BayHStA Kurbayern 2646.

³⁵⁸ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 922; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 923.

³⁵⁹ Vgl. JANKER, Grafschaft Haag, S. 202; LIEBERICH, Landherren, S. 120, Anm. 548b. Vgl. TURTUR, Regierungsform, Bd. I, S. 132f über die Zeit Hiltpolt Fraunbergers als Hofmeister.

³⁶⁰ Vgl. BayHStA Kurbayern 21298 (= BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 103).

³⁶¹ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 102. Vgl. dagegen RB XI, wo die Summe mit 100 fl. falsch angegeben ist.

³⁶² Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1512/1.

³⁶³ Vgl. Geheimes Hausarchiv HU 2011; Geheimes Hausarchiv HU 2012.

³⁶⁴ Vgl. BayHStA Kurbayern 16109; RB XI, S. 343: Einen Monat später zerbrach überraschend die Union der beiden Brüder, als Stephan offensichtlich nicht mehr gewillt war, die finanziellen Transaktionen seines Bruders mit zu tragen.

Muschelrieder ist nur wenig bekannt.³⁶⁵ Nach den vorliegenden Anhaltspunkten sind sie dem aufstrebenden Niederadel der Erdinger Gegend zuzurechnen. Sie geben ein gutes Beispiel dafür ab, dass die Nähe zum Herzog und der herzogliche Dienst gerade dem niederen Adel alle Möglichkeiten des gesellschaftlichen Aufstiegs boten.³⁶⁶ So sind die beiden Brüder den 10% der Mitglieder des herzoglichen Rates zuzurechnen, die dem niederen Adel angehörten.³⁶⁷ Die Nähe zum Herzog beförderte ihren gesellschaftlichen Aufstieg und trug zu ihrer Akzeptanz in den Kreisen des höheren Adels bei, dem sie ebenso als Geldgeber und Bürgen zu Diensten waren.³⁶⁸ So gingen die Apfentaler³⁶⁹ und Sandizell³⁷⁰, vermutlich auch die Achdorfer mit ihnen Eheverbindungen ein.³⁷¹ Warum gerade sie für den Herzog und auch für den höheren Adel interessant waren,³⁷² liegt auf der Hand: Ihr finanzielles Kapital, das den Vergleich mit dem Vermögen der Landherren nicht scheuen musste, ermöglichte ihnen den politischen als auch sozialen Aufstieg.

Zu den reichsten Landherren Niederbayerns zählte neben den Fraunbergern oder den Törring sicherlich Wilhelm Fraunhofer zu Neufranhofen. Es überrascht daher nicht, gerade ihm im Staatsdienst an oberster Stelle zu begegnen. Spätestens seit August 1401

³⁶⁵ Vgl. FREYBERG, Hundt's bayerisch Stammenbuch dritter Theil, S. 490f: Hundt zählte die Muschelrieder zum einheimischen niederen Adel. Vgl. HERLETH-KRENTZ/MAYR, Landgericht Erding, S. 155: 1351 wird Haug Muschelrieder als Grundherr zu Notzing erwähnt. 1381 und 1404 traten Stephan und Schweiker Muschelrieder als Lehensherren der Kapelle zu Notzing (Landkreis Erding) auf, vgl. RB XI, S. 339. Vgl. JANKER, Grafschaft Haag, S. 196, Anm. 132, der den zusätzlichen Hinweis liefert, dass die Muschelrieder um 1400 in Haag begegnen. Vgl. VOLKERT, Kanzlei und Rat Stephans II., S. 246: 1374 siegelten sie den großen Brandbrief. In Lieberichs Zusammenstellung der in den landständischen Freibriefen greifbaren landsässigen Adelsfamilien fanden sie hingegen keine Erwähnung. Ebenso waren sie weder am Zusammenschluss der niederbayerischen Landschaft im September 1394 noch am Adelsbündnis im Juli 1395 beteiligt. Als Inhaber des Pflegamtes Erding werden sie bei Geiß für den Zeitraum von 1397 bis 1399 und im Jahre 1402 angeführt, vgl. GEIß, Gerichts- und Verwaltungsbeamte, Abt. I, S. 51. Im Januar 1401 war Schweiker zudem als Kastner zu Landshut tätig, vgl. RB XI, S. 193f.

³⁶⁶ Vgl. HEYDENREUTER, Probleme des Ämterkaufs, S. 249: Gerade der landesherrliche Dienst bot „alle Möglichkeiten des gesellschaftlichen Aufstiegs“. Vgl. dazu auch REINLE, Wappengenossen und Landleute, S. 145.

³⁶⁷ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 138.

³⁶⁸ Vgl. RB XI, S. 123: Schweiker Muschelrieder trat 1398 als Bürge und Mitsiegler für Peter Fraunberger zu Prunn auf.

³⁶⁹ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 62.

³⁷⁰ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 67.

³⁷¹ Vgl. RB XI, S. 343: 1404 wird Andre Achdorfer zu Helfenbrunn als Oheim von Schweiker Muschelrieder genannt. Vgl. LIEBERICH, Landstände, S. 31: Die Achdorfer waren ehemalige Ministerialen des Hochstifts Freising.

³⁷² Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 70, der von einer „Zwischenschicht, ... die aus dem Kleinadel kommend an Besitz mit der Dienstmannschaft wetteifern und sich kostspielige gesellschaftliche Ambitionen leisten konnte“, spricht, der die Muschelrieder zuzurechnen sind.

war er Hofmeister Herzog Heinrichs XVI.³⁷³ Bereits im März 1397 ist er im herzoglichen Rat greifbar, als der junge Fürst bekannte, ihm 300 fl. ungr. schuldig geworden zu sein.³⁷⁴ Wilhelm Fraunhofer half dem Herzog regelmäßig in den Jahren von 1398 bis 1403 mit seinem Vermögen aus.³⁷⁵ Seine finanziellen Dienste dürften seinen politischen Aufstieg bis ins Hofmeisteramt mit bedingt haben. Damit allein aber war es sicher nicht getan. Gerade wegen seines hohen Amtes erwartete der Herzog von ihm auch weiterhin Kredite und Bürgschaften, die er in Anspruch nehmen konnte. Die Gesamtsumme sämtlicher finanzieller Auslagen und Bürgschaften Fraunhofers, die er Herzog Heinrich XVI. alles in allem zur Verfügung stellte, bewegten sich am Ende im fünfstelligen Bereich. Bei den Fraunhofern handelte es sich wohl generell um eine der reichsten Adelsfamilien Bayerns in dieser Zeit. Im Zusammenhang mit der Erhebung des 20. Pfennigs von den oberbayerischen Ständen als Sondersteuer ist aus dem Jahre 1396 bekannt, dass allein Georg Fraunhofer 3.500 fl. zu zahlen hatte, während andere

³⁷³ Vgl. RB XI, S. 221. Vgl. zu den Besitzverhältnissen der Fraunhofer LIEBERICH, Landstände, S. 83: Sie waren ehemals wittelsbachische Ministeriale, die seit 1313 die niederbayerische, seit 1390 die oberbayerische Landstandschaft besaßen und später die (von Bayern angezweifelte) Reichsstandschaft erwarben. Vgl. zur Herrschaftsbildung der Fraunhofer bis hin zur Reichsunmittelbarkeit und insbesondere zu Wilhelm Fraunhofer SCHWARZ, Vilsbiburg, S. 473-485: Wilhelm Fraunhofer legte den Grundstein für den späteren Anspruch der Fraunhofer auf Reichsunmittelbarkeit, denn ihm gelang es sich das ehemalige südlich von Baierbach bis Velden reichende Herrschaftsgebiet der Schenken von Öd bei König Wenzel zu sichern. Bereits im Juli 1399 war er im Besitz des neu errichteten Herrschaftssitzes Neufraunhofen, mit dem das Schenkenamt als Reichslehen verbunden war.

³⁷⁴ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 910/1.

³⁷⁵ Vgl. Cgm 2290/IX, fol. 307v: Wilhelm Fraunhofer „hatte an dem fürsten vile pfandschafften“. Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1485, S. 639: 1398 verpfändete der Herzog ihm jährlich 100 Pfd. Wiener Pfg. aus der Maut zu Burghausen und die jährliche Marksteuer sowie die Gerichtsgült von Dörfern in Höhe von 42 Pfd. Regensburger Pfg. Vgl. RB XI, S. 160: Im Juli 1399 bürgte Fraunhofer zusammen mit Albrecht Preysing zu Kopfsburg für den Herzog über eine Summe von 1.000 fl. ungr. gegenüber Schweiker dem Jüngeren von Gundelfingen. Vgl. RB XI, S. 221: Im August 1401 bürgte er erneut zusammen mit dem Viztum für seinen Dienstherrn gegenüber einem Landshuter Bürger über eine Schuld von 72 fl. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg 1401 XI 4: Im November 1401 gewährte er zusammen mit dem Viztum und Georg Aichberger im Moos ein herzogliches Darlehen über 1.400 fl. ungr. für Hans Fraunberger zu Frauenberg. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 600: Im April 1402 erhielt er vom Herzog 200 fl. für geleistete Dienste und 200 fl. für zwei Hengste aus der Maut zu Burghausen sowie aus der Marksteuer, dem Gericht und Zoll zu Dörfern. Vgl. RB XI, S. 258: Noch im Juni 1402 verpflichtete sich der Herzog Fraunhofer und Albrecht Preysing zu Kopfsburg aus ihrer Bürgschaft für das Heiratsgut seiner Schwester Elisabeth zu lösen. Vgl. RB XI, S. 263: Kurz darauf sagte ihm dies der Herzog auch für seine Bürgschaft von 2.200 fl. gegenüber Hartprecht Harskircher zu Zangberg zu. Spätestens seit dem 27. Juli 1402 ist Wilhelm Fraunhofer im Besitz von Frauenstein. Vgl. RB XI, S. 267: Im September 1402 schuldete der Herzog ihm weitere 100 fl. für einen Hengst. Vgl. RB XI, S. 287f: Im Januar 1403 bürgte er zusammen mit dem Viztum und Erasmus Laiming, Albrecht Preysing und Georg Aichberger im Moos für 2.100 fl. gegenüber Arnold Fraunberger. Vgl. RB XI, S. 300: Noch im April 1403 versprach der Herzog seinem Viztum, dem Hofmeister und seinem Kammermeister Albrecht Preysing sie alle aus ihren Bürgschaften zu lösen. Vgl. Geheimes Hausarchiv HU 2015; RB XI, S. 326: Schließlich bürgte Fraunhofer 1403 auch für das 25.000 fl.-Heiratsgut der Prinzessin Magdalene.

Adelige wie Thomas Preysing mit 1.000 fl. oder Parzifal Zenger mit 200 fl. und zum Teil noch geringeren Beträgen weit dahinter zurückblieben.³⁷⁶

Gerade in den Bürgen für das Heiratsgut der beiden Schwestern Herzog Heinrichs XVI. sind die finanziellen Leistungsträger des Herzogtums zu finden, die zugleich im herzoglichen Rat vertreten waren. Für die Bezahlung des Heiratsgutes der Prinzessin Elisabeth griff der Herzog vor allem auf die Muschelrieder zurück.³⁷⁷ 1403 garantierten neben den Münchner Vettern und Heinrichs XVI. Schwager Burggraf Friedrich von Nürnberg „die edeln unser landherren und lieb getrew“ Ulrich Ecker als Viztum in Niederbayern³⁷⁸, Wilhelm Fraunhofer als Hofmeister Heinrichs XVI., Erasmus Laiming, Oswald Törring, Arnold Fraunberger und Konrad Kuchel für das Heiratsgut Magdalenes.³⁷⁹ Insbesondere auch die Kuchel zu Friedburg verfügten über ein ansehnliches Vermögen und erlebten einen raschen Aufstieg.³⁸⁰ 1396 hatten sie sich gegen die im Kampf um das Marschallamt des Salzburger Erzstifts konkurrierenden Velber durchsetzen können.³⁸¹ Im April 1403 verließ Herzog Heinrich XVI. den Brüdern Hans und Konrad Kuchel die Feste Friedburg, wie sie die verstorbenen Brüder Konrad und Heinrich Kuchel vom Bischof und Gotteshaus zu Bamberg gekauft hatten, als erbliches Lehen samt Halsgericht, Stock und Galgen und damit die

³⁷⁶ Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, S. CCXIII f, Anm. 573, der als Abgabe Georg Fraunhofers die wohl zu hoch angesetzte Summe von 4.000 fl. angibt, während RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 179 sich auf eine Schuldverschreibung berufend den glaubwürdigeren Betrag von 3.500 fl. nennt, vgl. RB XI, S. 68.

³⁷⁷ Vgl. Geheimes Hausarchiv HU 2011; Geheimes Hausarchiv HU 2012. Daneben scheint auch Heinrich Seyboldtsdorfer als Bürge eingesprungen zu sein, vgl. BayHStA Kurbayern 21129. Weitere Bürgen für das Heiratsgut sind auf Grund des fehlenden Heiratsbriefes nicht mehr festzustellen. Ebenso wenig erhalten sind weitere Schuldverschreibungen und Kreditaufnahmen des Herzogs, die darüber Aufschluss geben könnten.

³⁷⁸ Ulrich Ecker war seit 1399 Viztum in Bayern-Landshut.

³⁷⁹ Geheimes Hausarchiv HU 2015. Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 44, fol. 196v-197r: 1410 wurde die letzte Rate von 5.000 fl. des Heiratsgutes von Oswald Törring bezahlt.

³⁸⁰ Vgl. BayHStA Kurbayern 14526: Aus einer Quittung der Herzöge Stephan III., Johann II. und Heinrich XVI. vom 14. März 1394 geht hervor, dass die Kuchel 8.000 fl., die sie auf Trostberg geliehen hatten, zurückbezahlen. Hinzu kamen eine Reihe von Bürgschaften für die Herzöge, vgl. RB X, S. 190; RB X, S. 326; BayHStA GU Rain 7; HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1495, S. 643; BayHStA Kurbayern 4356.

³⁸¹ Vgl. HHStA Wien Allgemeine Urkundenreihe 1396 X 25: Hartneid und Konrad Kuchel zu Friedburg unterwarfen sich in ihrem Streit mit den Velbern um das Salzburger Marschallamt mehreren Schiedsleuten, ebenso die Velber. Vgl. HHStA Wien Allgemeine Urkundenreihe 1397 I 2: Die Herzöge Stephan III. und Johann II. gaben ihre Erlaubnis für den Fall, dass der Erzbischof einen von den Kuchel wegen des Marschallamtes forderte. Ebenso Herzog Heinrich XVI., vgl. HHStA Wien Allgemeine Urkundenreihe 1399 II 6. Vgl. LIEBERICH, Landstände, S. 34, der die Kuchel zu den niederbayerischen Landsassen zählt, da sie 1394 am Bündnis der niederbayerischen Landschaft beteiligt waren.

Hochgerichtsbarkeit.³⁸² Im Dezember desselben Jahres verpfändete der Herzog schließlich die Feste und Pflege Griesbach mit dem Kasten sowie der Maut zu Burghausen an Konrad Kuchel für dessen Bürgschaft über das Heiratsgut Magdalenes.³⁸³ 1404 begegnen Hans und Konrad erneut in Diensten des Erzbischofs von Salzburg.³⁸⁴

Die angeführten Beispiele mögen genügen, die kreditwirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Herzog und Adel aufzuzeigen, die einer „Do ut des“-Beziehung gleichkamen. Obige Ausführungen zeugen von einer Wechselwirkung zwischen der politischen Stellung der Adeligen im Herzogtum und ihrer Verfügungsgewalt über wirtschaftliche Ressourcen: Das Kapital der Landherren stellte eine wichtige Voraussetzung für die Intensität ihrer politischen Partizipation dar, denn nahezu alle Adeligen, die dem Herzog Kredite gewährten oder für ihn bürgten, fanden sich im selben Zeitraum als herzogliche Räte bzw. in den höchsten politischen Ämtern wieder. Die Investitionen der Adeligen in ihren Fürsten zahlten sich sowohl kurz- als auch langfristig aus. Wie am Beispiel Törrings und der anderen zu sehen war, setzten sie ihre Finanzmittel in erster Linie zum Erwerb der Pflegämter ein, die ihnen weitere Einkünfte einbrachten und es ihnen erlaubten in Ausübung der damit verbundenen Gerichtsbarkeit lokale Politik im Kleinen zu betreiben. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die Ämterverpfändungen des Herzogs zur Kapitalbeschaffung, die die Adeligen gleichzeitig zu Dienern und Gläubigern des Landesherrn machten und es schließlich mit sich brachten, dass die „Inhaber der großen Vermögen in ständigem Zugriff auf die landesherrlichen Ämter“³⁸⁵ standen. Mit Hilfe ihres Vermögens in die höchsten Ämter aufgestiegen konnten sie sich anschließend kaum den Forderungen des Herzogs entziehen, der die Loyalität seiner Amtsleute auch in finanziellen Dingen erwartete, ja gerade mit deren Vermögen fest rechnete. In der ohnehin angespannten finanziellen Lage Bayern-Landshuts musste dies um so schwerer für den Herzog wiegen. Angesichts leerer Staatskassen war es eine politische Notwendigkeit, in erster Linie auf die großen, vermögenden Landherrengeschlechter Niederbayerns wie die Törring, Fraunberger oder Fraunhofer zurückzugreifen. Es überrascht daher nicht, gerade sie im herzoglichen Rat zu sehen.

³⁸² Vgl. RB XI, S. 297.

³⁸³ Vgl. Geheimes Hausarchiv HU 2014.

³⁸⁴ Vgl. HHStA Wien Allgemeine Urkundenreihe 1404 III 23.

³⁸⁵ LIEBERICH, Landherren, S. 92.

Mittels ihrer beachtlichen wirtschaftlichen Ressourcen und der Bereitschaft, diese dem Herzog gegen Ämter- und Besitzverpfändungen zur Verfügung zu stellen, sicherten sie sich zusätzliches Einkommen und Herrschaftsrechte, zementierten andererseits gerade dadurch wiederum ihre Position im herzoglichen Rat und ihre politische Vorrangstellung gegenüber anderen Herrschaftsträgern im Herzogtum, vor allem auch gegenüber anderen finanziell potenten Adelsfamilien, die ebenfalls in diese Positionen drängten wie beispielsweise die Muschelrieder. Deren ökonomische Ressourcen, die quantitativ den Vergleich mit dem höheren Landherrenadel nicht scheuen mussten, bedingten ihren Aufstieg aus dem Niederadel und stellten eine Art „Eintrittskarte“ in den Kreis der politischen Führungsspitze des Landshuter Herzogtums dar. Der Ratsdienst scheint daher nicht am Anfang, sondern am Ende des Familienaufstiegs gestanden zu haben. Dies würde generell bedeuten, dass die politische Differenzierung im Landshuter Herzogtum weitgehend der wirtschaftlichen entsprach.³⁸⁶

Herzog wie Adel profitierten auf den ersten Blick gleichermaßen. Die freie Verfügungsgewalt über ökonomische Ressourcen bot dem Adel die Möglichkeit der lokalen Herrschaftserweiterung, des politischen Aufstiegs in bedeutende Ämter bis hin zu den Spitzenpositionen im Herzogtum. Grundsätzlich lag es dabei in ihrem Interesse, die jeweiligen Pfänder durch gezielte Schuldenübernahme, die in der Regel wiederholte Verpfändungen nach sich zogen, dauerhaft in Besitz zu nehmen. Dies ist der allgemeine Trend, auch wenn er auf Grund des kurzen Zeitraumes, den es hier zu betrachten galt, noch nicht erkennbar ist. Grundsätzlich tendierte auch der Landesfürst dazu, Pfandschaften nur an adelige Landsassen zu geben, um so Entfremdungen zu vermeiden.³⁸⁷ Die Erbllichkeit der Pfandschaften innerhalb der Adelsfamilien lief im Grunde den Interessen des Herzogs konträr. Dennoch waren die Verpfändungen nicht nur aus Gründen desolater Staatsfinanzen notwendig, denn der Wohlstand seiner Amtsträger garantierte im Gegenzug dem Herzog deren Fügsamkeit, verpflichtete sie gleichsam gegenüber seiner Regierung.³⁸⁸ Mit der Übertragung gut dotierter Ämter oder Ratsposten konnten sowohl besondere Verdienste belohnt als auch die Loyalität der Amtsinhaber erkaufte werden. Die Pflegämter dienten daneben als „Ausstattungsamt für

³⁸⁶ Vgl. SCHELER, Rendite und Repräsentation, S. 129.

³⁸⁷ SCHELER, Rendite und Repräsentation, S. 127f.

³⁸⁸ Vgl. REINLE, Wappengenossen und Landleute, S. 147.

Hofbeamte und für Freunde“.³⁸⁹ Außerdem galt es zu bedenken, dass manche Ämter, was die Durchsetzungsfähigkeit ihrer Inhaber anbelangte, eine hochkarätige Besetzung geradezu erforderten wie beispielsweise das Pflegamt, das ein gewisses Maß an militärischem Potential voraussetzte. Der bayrische Chronist Ulrich Füetrer wird später von Herzog Heinrich XVI. sagen, er habe zu allen seinen „ampten vermügent leut“ genommen, „die guet wart hetten, sy wärn edel oder nit, gab in guet söld und sprach: Dy sind mir gutt umb mein vordrung, mügen dester mynder abtragen, müsen sich fürchten“.³⁹⁰ Reinle wies jüngst darauf hin, dass der Rückgriff auf Bürgerliche bzw. auf Adelige, die über keine autogene Machtposition verfügten, dem Herzog tatsächlich eine relativ weitgehende Kontrolle über seine Amtsträger ermöglichte.³⁹¹ Der noch junge Heinrich XVI. war freilich dazu noch nicht in der Lage.

Die Vormundschaftsregierung in Bayern-Landshut ermöglichte es in den letzten Jahren der Unmündigkeit Heinrichs XVI. einer kleinen Gruppe Adelliger, sich gerade auch mit Hilfe ihres Vermögens in den höchsten politischen Ämtern besonders in den Vordergrund zu schieben. Seit 1401 traten nicht nur der bereits erwähnte Hofmeister Wilhelm Fraunhofer, sondern auch der Viztum Ulrich Ecker von Saldenburg, Georg Aichberger im Moos, der 1403 als Frauenhofmeister der Herzoginwitwe tätig war, und schließlich Albrecht Preysing zu Kopfsburg, seit 1404 der Kammermeister Herzog Heinrichs XVI., regelmäßig als Bürgen des Herzogs auf.³⁹² Sie alle zählten zu den

³⁸⁹ ZIEGLER, Staatshaushalt, S. 146.

³⁹⁰ SPILLER, Ulrich Füetrer, S. 243.

³⁹¹ Vgl. REINLE, Wappengenossen und Landleute, S. 148.

³⁹² Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg 1401 XI 4: Im November 1401 übernahmen sie für Herzog Heinrich XVI. die Bürgschaft gegenüber seinem Rat Hans Fraunberger zu Frauenberg für ein Darlehen von 1.400 fl. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 683: Im Februar 1402 bürgten sie für den Herzog gegenüber Dietrich Staufer zu Ehrnfels über 1.000 fl. ungr. zusammen mit Albrecht Preysing, Schweiker von Gundelfing und Parzifal Zenger. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1433: Im August desselben Jahres bürgten sie im Namen des Herzogs gegenüber Chün Laiming, dem Pfleger zu Neuötting, über 300 fl. ungr. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg 1402 VIII 28: Ecker und Fraunhofer übernahmen gemeinsam die Bürgschaft für Herzog Heinrich XVI. über 72 fl. ungr. gegenüber dem Landshuter Bürger Konrad Lonersteter. Vgl. BayHStA Kurbayern 406: Im April 1403 stellte Herzog Heinrich XVI. Georg Aichberger im Moos einen Schadlosbrief aus für dessen Bürgschaft über 1.400 fl. gegenüber Dietrich Staufer zu Ehrnfels. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1838: Ecker und der Frauenhofmeister Aichberger bürgten im Juli 1403 zusammen mit Wilhelm Aham, Pfleger zu Julbach, und Stephan Ecker, Richter zu Braunau, für den Schuldbrief der Herzogin Magdalena für Winhart den Schenken über 120 Pfd. Wiener Pfg. Vgl. BayHStA Kurbayern 2859: Ulrich Ecker, Wilhelm Fraunhofer und Georg Aichberger bürgten im August 1403 zusammen mit Erasmus Laiming und Albrecht Preysing für 1.000 fl. ungr., die Arnold Fraunberger, Pfleger zu Inkofen, aus der Feste und Pflege Wald dafür erhielt, dass er Burggraf Friedrich von Nürnberg die Pflege Inkofen ein Jahr lang überließ.

niederbayerischen Landherren ersten Ranges, die kraft ihrer Ämter für die Finanzverwaltung des Herzogtums verantwortlich waren. Herzog Heinrich XVI. scheint gerade zu Beginn seiner selbstständigen Regierung 1404 deutlich unter ihrem Einfluss gestanden zu haben, da eine Reihe von Anordnungen auf ihren Rat hin erfolgten.³⁹³ Mittels der zahlreichen Bürgschaften, die Ulrich Ecker, Wilhelm Fraunhofer, Albrecht Preysing und Georg Aichberger im Moos immer wieder für Herzog Heinrich XVI. leisteten, in Verbindung mit ihren Spitzenämtern gelang es dieser kleinen Adelsgruppe offensichtlich, sich am Ende und weit über die Jahre der Vormundschaftszeit hinaus an der Spitze des Herzogtums Bayern-Landshut gegenüber anderen konkurrierenden Landherren zu behaupten. Ihre langen Amtszeiten sprechen jedenfalls dafür: Ulrich Ecker zu Saldenburg blieb bis zu seinem Tode 1409 niederbayerischer Viztum. In seinem Amt folgte ihm der vormalige Kammermeister Albrecht Preysing bis mindestens ins Jahr 1421.³⁹⁴ Wilhelm Fraunhofer war von 1401 bis 1427, also nahezu 30 Jahre lang, Hofmeister des Herzogs. Georg Aichberger im Moos gehörte zu den langjährigen Mitgliedern des herzoglichen Rats Heinrichs XVI. Die entscheidende Voraussetzung hierfür bildete ihr beträchtliches Eigenkapital. Indem sie größtenteils selbst für die herzoglichen Schulden aufkamen, konnten sie nicht nur ihre Spitzenpositionen als Viztum, Hof- und Kammermeister festigen, sondern auch dauerhaft verhindern, dass sich der Herzog anderen kapitalträchtigen Adelsfamilien zuwandte. Ihre Spitzenpositionen in den zentralen Ämtern unterstrichen ihre

³⁹³ Von Beginn der selbstständigen Regierung Herzog Heinrichs XVI. an findet man das Dreigespann zwischen Viztum, Hofmeister und Kammermeister bei Bürgschaften und als Ratgeber des Herzogs in wichtigen Angelegenheiten. Vgl. Geheimes Hausarchiv HU 2011: Bereits im Januar 1404 bürgten der Viztum Ulrich Ecker, der Hofmeister Wilhelm Fraunhofer und Albrecht Preysing als Kammermeister zusammen mit Parzifal Zenger gegenüber den Muschelriedern über 300 fl. ungr. Vgl. BayHStA Kurbayern 21068: Im Februar 1404 ordnete Herzog Heinrich XVI. auf den Rat seines Viztums, Hofmeisters und Kammermeisters an, dass seine Beamten nur über die drei Fälle richten durften, die zum Tode gehen. Vgl. RB XI, S. 334: Im selben Monat versprach ihnen der Herzog, sie von ihrer Bürgschaft über 830 fl. gegenüber Peter Hermannsdorfer zu lösen. Vgl. OLA Linz Herrschaftsarchiv Aurolzmünster Urkunden Nr. 12: Im April 1404 gab der Herzog auf Anraten seines Viztums, des Hofmeisters und des Kammermeisters Georg Aham zu Neuhaus für seine treuen Dienste die Erlaubnis für den Bau eines Burgstalls zu Aiging im Gericht Ried sowie das kleine Gericht über die Leute im Dorf und eine Taverne. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 7: Ebenso auf deren Rat hin erhielt im April 1404 Jobst von Abensberg vom Herzog einen Schuldbrief über 500 fl. für dessen geleistete Dienste. Vgl. RB XI, S. 340: Im Mai 1404 übereignete der Herzog auf ihr Anraten hin dem Stift Altötting die Lehenschaft über die Kirche Eggenfelden. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 170: Im Oktober 1404 versprach Herzog Heinrich XVI. ihnen schließlich sie für ihre Bürgschaft über 400 Pfd. Regensburger Pfg. für Hans von Wolfstein schadlos zu halten.

³⁹⁴ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 120, Anm. 546.

Vorrangstellung, brachten sie zudem in die vorteilhafte Lage, andere Landherren vom Herzog und den Ämtern fernzuhalten.

Die Finanzstärke des höheren Adels erklärt letztendlich auch, warum der Herzog bei der Besetzung der wichtigsten Ämter generell auf die eher eigenwilligen Landherren zurückgriff, statt sich des fügsameren Niederadels zu bedienen. Das Vermögen seiner Amtsleute stellte für den Herzog eine schnelle und im Grunde immer verfügbare Geldquelle dar, auf die er in akuten Finanznöten im Gegensatz zu Steuerforderungen, denen gewohnt langwierige Verhandlungen mit den Landständen zu oftmals ungünstigen Konditionen vorausgingen, direkt zugreifen konnte. Indem er die vermögenden Adelsfamilien als Geldgeber heranzog, ihnen dafür Ämter verpfändete und/oder sie zu Ratsmitgliedern machte, band sie der Herzog als seine Amtsleute an sich, um ihre Loyalität sicherzustellen: „Der Gedanke mußte naheliegen durch Ämterverleihung an den höheren Adel diesen an die landesherrlichen Interessen gebunden zu halten“.³⁹⁵ Mit den Ämtern fielen andererseits den Adeligen zentrale Herrschaftsbefugnisse in die Hände. Um den höheren Adel dauerhaft in Zaum zu halten, bedurfte es daher eines unablässigen, nicht immer zu leistenden Kraftaufwandes des Herzogs.

Die Verfügungsgewalt über beträchtliche wirtschaftliche Ressourcen stellte umgekehrt eine Grundvoraussetzung dar, die die jeweilige politische Karriere der Adeligen im Herzogtum wesentlich bedingte. Kredite und Bürgschaften als eine Form des Herzogsdienstes versprachen politische Partizipation, wurden daher von den Adeligen nicht selten gezielt dazu eingesetzt, Abhängigkeiten der Zentralgewalt zu schaffen und auf diese Weise ihre einmal erreichte Position auch gegenüber anderen Adelsfamilien zu behaupten. Der Grad ihrer Partizipation im Herzogtum hing dabei von den politischen Umständen, während der Vormundschaftszeit Heinrichs XVI. in erster Linie von den beiden oberbayerischen Herzögen ab.

³⁹⁵ LIEBERICH, Landherren, S. 95.

c) Der Weg Herzog Heinrichs XVI. aus der Unmündigkeit in die selbstständige Regierung (1398-1404)

Bald nach dem Tode Herzog Friedrichs im Dezember 1393 hatte sich in Bayern-Landshut eine Adelsriege rund um den Viztum Oswald Törring zu Stein formiert, die sowohl in der Landschaft als auch am Herzogshof des jungen Heinrich XVI. dominierte und 1395 im Bündnis mit der Residenzstädten Landshut und Burghausen scheinbar darauf hinarbeitete, die Herrschaft im Landshuter Herzogtum weitgehend selbst zu übernehmen. Diese Ambitionen blieben Herzog Stephan III. in Ingolstadt und Herzog Johann II. in München nicht verborgen, als sie im Herbst 1395 über die üble Besetzung im Land ihres Mündels klagten. Der sich abzeichnenden Gefahr einer Adelherrschaft im Landshuter Herzogtum begegneten sie dadurch, dass sie Oswald Törring und seine Anhänger aus ihrer dominierenden Position am Landshuter Herzogshof verdrängten und nach und nach durch andere, ihnen zuverlässiger erscheinende Adelige ersetzten. Die Kämpfe der Vierherzogszeit ermöglichten es gleichzeitig dem jungen Heinrich XVI., sich stärker aus der Vormundschaftsregierung zu lösen.

Das Ende der Amtszeit Oswald Törrings als Viztum und damit verbunden sein Ausscheiden aus dem Vormundschaftsrat lassen sich relativ genau datieren. Noch am 18. März 1398 wird er bei einem Urfehdeschwur als Viztum genannt.³⁹⁶ Einen Monat später, am 20. April 1398, erscheint in einer Schuldverschreibung des Herzogs für die Muschelrieder bereits ein neuer Viztum, Wilhelm Fraunberger zum Haag. Dieselbe Urkunde belegt, dass die Tätigkeit Törrings als Viztum zwar beendet, er aber nach wie vor im Rat Herzog Heinrichs XVI. vertreten war.³⁹⁷ Seine Amtsperiode umfasste also in etwa genau vier Jahre (Februar/März 1394 – März 1398) und fiel damit in die Krisenzeit, in der das Herzogtum Bayern-Landshut am stärksten davon bedroht war, zwischen den Herzögen von Bayern-München und Bayern-Ingolstadt aufgerieben zu werden. Angesichts der schwierigen Situation Bayern-Landshuts, wo der Herzog mehr denn je auf die einheimischen Kräfte angewiesen war, ist es umso verwunderlicher, warum Oswald Törring zu Stein nicht länger in seinem Amt verblieben ist, zumal er

³⁹⁶ Vgl. BayHStA Kurbayern 25101: Urfehdeschwur des Griesbacher Bürgers Ortlieb Mayrhofer für Herzog Heinrich XVI. bei seiner Entlassung aus dem Gefängnis.

³⁹⁷ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1512/1.

selbst kein Interesse an einer Veränderung seiner Position haben konnte. Die Ein- bzw. Absetzung eines Viztums oblag an sich dem Herzog.³⁹⁸ Für eine Absetzung Törrings kommen als Verantwortliche also nur der junge Heinrich XVI. oder seine Vormünder in Betracht. Hinweise auf mögliche Amtsverfehlungen, die sein Ausscheiden begründet hätten, ließen sich nicht finden. Möglicherweise könnte ein persönliches Zerwürfnis mit Herzog Heinrich XVI. ausschlaggebend gewesen sein. „Unzufriedenheit mit dem Benehmen des jungen Fürsten und dessen schlechter Umgebung“ sollen Törring laut Töpfers Biografie zur Niederlegung des Viztumamtes bewogen haben.³⁹⁹ Da Törring jedoch weiterhin im Rat des Landshuter Herzogs verblieb, obiges Zerwürfnis demnach nicht tiefgreifender Natur gewesen sein konnte, ist die eigentliche Ursache eher im Verweis auf die schlechte Umgebung zu suchen. Und in der Tat hatte sich die Situation am Landshuter Herzogshof seit 1395 verändert. Die Siegler des Adelsbündnisses erscheinen bis auf Törring und Arnold Fraunberger nach 1395 nicht mehr im Rat Heinrichs XVI. und treten auch sonst politisch nicht mehr in Erscheinung.⁴⁰⁰ Dies ist nur so zu deuten, dass die Anhänger Törrings seit spätestens 1395 vom Landshuter Herzogshof verdrängt und durch andere Adelige ersetzt wurden. Lediglich die größten Geldgeber und Bürgen des Herzogs unter ihnen konnten sich offenbar im Rat halten, was das Verbleiben Arnold Fraunbergers und auch Oswald Törrings im herzoglichen Rat Heinrichs XVI. erklärt.⁴⁰¹ Hinzu kamen offensichtliche Bestrebungen Herzog Stephans III. von Bayern-Ingolstadt und Herzog Johanns II. von Bayern-München, Törring als Viztum innerhalb der Vormundschaftsregierung in finanziellen Dingen stärker zu umgehen. Gerade in den Jahren 1396/97 finden sich mehrere Schuldbriefe der beiden Herzöge, die im Namen ihres Mündels ausgestellt, die aber nicht wie bisher vom Viztum mit besiegelt worden waren.⁴⁰² Damit werden Tendenzen zur Reduzierung des

³⁹⁸ Vgl. TURTUR, Regierungsform, Bd. I, S. 177.

³⁹⁹ StA München Törring-Jettenbach U 15, § 37. Vgl. ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 5. Der Hinweis auf freundschaftliche Beziehungen in RB XI, S. 70, wo Oswald Törring ausdrücklich als „Freund“ Herzog Heinrichs XVI. titulierte wird, hielt der Überprüfung am Original nicht stand, vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1079.

⁴⁰⁰ Über das weitere Schicksal dieser Adelligen ist kaum etwas bekannt. Wilhelm Massenhauser und Eberhart Closen verstarben um 1399/1400.

⁴⁰¹ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 642 (= StA München Törring-Seefeld Lit. Nr. 52): Noch im April 1400 verpfändete Heinrich XVI. an seinen Rat Oswald Törring Stadt und Pflege Traunstein samt mehreren Zöllen für eine geschuldete Summe von insgesamt mehr als 7.362 fl. ungr.

⁴⁰² Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 897; BayHStA Kurbayern 21545; BayHStA Kurbayern 14322; BayHStA Kurbayern 24342; BayHStA Kurbayern 21546; BayHStA Pfalz-Neuburg Auswärtige Staaten 1801; BayHStA Kurbayern 21547.

Einflusses der bisher politisch führenden Landherrenfamilien in Bayern-Landshut durch die beiden oberbayerischen Herzöge erkennbar, die offensichtlich das Landshuter Teilherzogtum keineswegs einer Adelherrschaft überlassen, sondern selbst die Kontrolle darüber bewahren wollten. Letzteres fiel jedoch um so schwerer, als der Tod Herzog Johanns II. am 16. Juni 1397 heftige Auseinandersetzungen seiner Söhne Ernst und Wilhelm III. mit Herzog Stephan III. von Bayern-Ingolstadt um ihr Erbe, insbesondere um die Hauptstadt München, auslöste. Es begannen die sechs Jahre andauernden Kämpfe der sogenannten Vierherzogszeit, die sich in fataler Weise mit dem zu gleicher Zeit ausbrechenden Bürgerkampf zwischen Patriziern und Handwerkern in München verwickelten.⁴⁰³ Bayern-Landshut blieb davon nicht unberührt. Die Rechtslage nach Herzog Johanns II. Tod war laut früheren Abmachungen vom 25. September 1395 im Grunde eindeutig. Herzog Stephan III. und sein Sohn Ludwig der Bärtige sollten zusammen mit den Söhnen Herzog Johanns II. gemeinsam die Regierung ausüben. Herzog Stephan III. erhob jedoch als Ältester des Hauses den Führungsanspruch, dem sich Ernst und Wilhelm III. von Bayern-München aus Furcht vor einer Alleinherrschaft ihres Onkels nicht unterordnen wollten. Seit Februar 1398 rüsteten daher die Herzöge zum Krieg. Was nun die Vormundschaft über Herzog Heinrich XVI. anbelangte, so sahen die Amberger Vereinbarungen vom 9. Mai 1394 zwischen dem Ingolstädter Herzog Stephan III. und dem Münchner Herzog Johann II. für den Todesfall des einen die Ausübung der Vormundschaft durch den anderen Herzog, also Stephan III., vor. Das Urkundenverzeichnis von Turtur zeigt allerdings auf, dass sich Herzog Stephan III. von Juni 1397 bis März 1398 vorwiegend in München, aber nicht in Landshut aufgehalten hat.⁴⁰⁴ Der Ingolstädter trat nur in zwei Urkunden, die noch im Juni/Juli 1397, also unmittelbar nach dem Tode Herzog Johanns II., ausgestellt wurden in seiner Funktion als Vormund auf.⁴⁰⁵ Der Streit um das Erbe lenkte offensichtlich die Kräfte des Ingolstädters verstärkt nach München. Das Landshuter Herzogtum rückte angesichts des familieninternen Zerwürfnisses verständlicherweise stärker in den Hintergrund. Für den jungen Heinrich XVI. bedeutete

⁴⁰³ Zur Vierherzogszeit grundlegend BÖHMER, Vierherzogszeit. Vgl. zu den Unruhen in München GLEBA, Aufzeichnungen; RÄDLINGER, Die große Krise; RÄDLINGER, Überlieferung und Propaganda.

⁴⁰⁴ Vgl. TURTUR, Regierungsform, Bd. II, S. 157-163.

⁴⁰⁵ Vgl. BayHStA Kurbayern 21298; BayHStA Kurbayern 21547.

dies den ersten Schritt hin zu mehr Selbstständigkeit in eine von den Vormündern unabhängige Regierung. Zusammen mit seiner Mutter und seiner Schwester Elisabeth wurde er am 1. Dezember 1397 erstmals als Aussteller einer Verpfändungsurkunde ohne Vormund genannt, allein besiegelt durch das Viztumamt und das Sekretsiegel Heinrichs XVI.⁴⁰⁶ Dasselbe gilt für seine Verpfändungsurkunde vom 28. März 1398.⁴⁰⁷ In diesen beiden Urkunden führte Herzog Heinrich XVI. erstmalig ein eigenes Siegel. Das Sekretsiegel war eigentlich für die Besiegelung von Rechtsgeschäften vorgesehen, die in ihrem längerfristigen Fortwirken beschränkt waren wie beispielsweise Mandate oder Briefe. Auf diese Art und Weise wurden allein durch das angehängte Siegel bereits Wichtigkeit und rechtliche Dauer der Urkunde zum Ausdruck gebracht. In Angelegenheiten von größerer Bedeutung galt das Sekretsiegel als unzureichend, daher in obigen beiden Fällen vermutlich die Bekräftigung durch das Viztumamtssiegel.⁴⁰⁸ Die Führung eines eigenen Siegels sagt einiges über die inzwischen veränderten Verhältnisse in Bayern-Landshut aus. Nach Lage der Dinge ist davon auszugehen, dass die Neubesetzung des niederbayerischen Viztumamtes im März 1398 im Zuge einer Neuordnung des Vormundschaftsrates erfolgte. Aus der Perspektive der oberbayerischen Herzöge konnte eine Führungspersönlichkeit wie Oswald Törring, der sich in naher Vergangenheit als Leitfigur des niederbayerischen Adels und der Landshuter Selbstständigkeit hervor getan hatte, nur hinderlich sein. Vor dem skizzierten Hintergrund scheint die Annahme Niederlechners berechtigt, dass vor allem Herzog Stephan III. den unliebsamen Törring in einem derart einflussreichen Amt als Viztum nicht mehr länger dulden wollte.⁴⁰⁹ Vielleicht spielten auch persönliche Gründe eine Rolle, die sich heute allerdings nicht mehr nachverfolgen lassen. Da der Ingolstädter Herzog bislang innerhalb der Vormundschaftsregierung in Bayern-Landshut stärker das Sagen hatte, ist folglich davon auszugehen, dass er für die Absetzung Oswald Törrings als Viztum verantwortlich oder zumindest maßgeblich

⁴⁰⁶ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 102.

⁴⁰⁷ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1485, S. 639.

⁴⁰⁸ Vgl. BRANDT, Werkzeug des Historikers, S. 144; SCHNURRER, Urkundenwesen, S. 70f: Ursprünglich wurde das Sekretsiegel als Gegensiegel zur Kontrolle oder selbstständig für Geheimsachen verwendet. Im 14. Jahrhundert wird es mehr und mehr als Kleines Siegel für weniger bedeutende Sachen gebraucht, hielt sich aber daneben auch als Rücksiegel.

⁴⁰⁹ Vgl. NIEDERLECHNER, Vormundschaftsgeschichte, S. 86.

daran beteiligt war. Dennoch reichte offenbar schon kurz darauf sein Einfluss nicht mehr aus, um auf die Neubesetzung des Viztumamts in Bayern-Landshut einzuwirken und dort einen Adligen seiner Wahl zu platzieren. Statt dessen lässt die Bestellung Wilhelm Fraunbergers zum Haag als neuen Viztum auf eine grundsätzliche Umgestaltung der Einflussphären im Landshuter Herzogtum schließen, die unmittelbar nach der Absetzung Törrings erfolgte. Die der herzoglichen Ministerialität entstammenden Fraunberger sind seit 1230 bezeugt und gehörten seit der ersten Landesteilung Bayerns von 1255 zu den niederbayerischen Landherren. Ihre Besitzungen konzentrierten sich ursprünglich im Ampertal rund um Moosburg und das Vilstal abwärts bis Velden sowie um Altfraunhofen bei Landshut. Die Übertragung der Hochgerichtsbarkeit 1246 durch Kaiser Friedrich II. an Siegfried Fraunberger schuf die Basis für die Entwicklung der reichsunmittelbaren Grafschaft Haag im Laufe des 15. Jahrhunderts. Während die Fraunberger zu Frauenberg stets zu den niederbayerischen Landsassen zählten, intensivierten sich die Beziehungen der Fraunberger zum Haag (mit der Linie Prunn) zur Münchner Linie der Wittelsbacher in der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts und erscheinen 1374 als Siegler des oberbayerischen Brandbriefes. Sie gehörten fortan der oberbayerischen Landschaft an. Wilhelm Fraunberger zum Haag trat zusammen mit seinem Bruder Christian vor allem als Geldgeber der bayerischen Herzöge auf. Die Höhe der Summen, allein Christian schuldeten die bayerischen Herzöge über 20.000 fl., lassen auf großen Reichtum der beiden Brüder schließen. 1383 begegnet Wilhelm in Diensten König Wenzels, zu dem er auch nach dessen Absetzung in einem engen Vertrauensverhältnis stand, und trat im August 1385 kurzzeitig als Verweser der Reichslandvogteien Ober- und Niederschwaben auf.⁴¹⁰ Im April 1388 führte Wilhelm mit seinem Bruder Klage vor dem königlichen Hofgericht gegen Herzog Stephan III., der den Fraunbergern mit der Zerstörung von Burg und Dorf Weichering gedroht hatte. Der Konflikt wurde im Juni 1393 durch deren Verkauf an den Herzog beigelegt.⁴¹¹ Andrian-Werburg führt Wilhelm Fraunberger 1397 als Rat Herzog Johanns II. von Bayern-München und datierte seinen Tod ins Jahr 1412.⁴¹² Oswald Törring

⁴¹⁰ Vgl. JANKER, Grafschaft Haag, S. 199f. Die Angaben bei LIEBERICH, Landherren, S. 119, Anm. 543 sind durch die Studien des Historischen Atlases überholt.

⁴¹¹ Vgl. JANKER, Grafschaft Haag, S. 200, Anm. 157.

⁴¹² Vgl. ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 125. Wilhelm Fraunberger befand sich wohl schon 1396 im Rat des Münchner Herzogs, vgl. BayHStA Kurbayern 9953.

wurde demnach nicht durch einen Adeligen aus der Gefolgschaft Herzog Stephans III. ersetzt, sondern durch einen Münchner Rat, der bislang in Diensten Herzog Johanns II. tätig war.⁴¹³ Das Schweigen des niederbayerischen Adels, der diesen Wechsel in der Führungsspitze des Landshuter Herzogtums ohne jeglichen Protest oder aktiver Unterstützung für Oswald Törring hinnahm, ist bezeichnend. Die Anhänger Törrings von 1395 hatten offensichtlich keinen Einfluss mehr, weder am Herzogshof noch innerhalb der Landschaft. Törring hatte als Viztum nahezu alle bedeutenden Hofämter in Personalunion selbst ausgeübt. Er ließ den anderen nach Macht und Einfluss strebenden Landherren kaum noch ein Betätigungsfeld am Herzogshof und blockierte dadurch den Zugang zu den höchsten Ämtern samt ihren politischen Aufstiegschancen. Törring war ihnen vermutlich zu dominant geworden, so dass sich am Ende kein Widerstand regte, zumal das Viztumamt mit einem Mitglied einer der angesehensten Adelsfamilien des Landes besetzt wurde.

In Anbetracht eines ehemaligen Münchner Rates als neuem Viztum muss es um so weniger verwundern, Herzog Heinrich XVI. in den folgenden Monaten im Lager seiner Münchner Vettern zu sehen. Am 24. Februar 1398 versprach Herzog Stephan III. für sich und seinen Sohn gegenüber dem Freisinger Bischof, das Hochstift im Falle eines Krieges zwischen ihm und seinen Vettern Ernst, Wilhelm III. und Heinrich XVI. nicht zu schädigen.⁴¹⁴ Noch im Februar 1398 rechnete man also von Ingolstädter Seite aus mit einem Krieg gegen die Münchner Herzöge, denen sich offensichtlich der Landshuter Herzog angeschlossen hatte. Sowohl Ernst und Wilhelm III. als auch Heinrich XVI. kämpften für dieselbe Sache, den Erhalt ihres Erbes, das Herzog Stephan III. ihnen streitig machte. Eine Distanzierung vom Ingolstädter Herzog, wie sie sich auch in der Verwendung eines eigenen Siegels ausdrückte, und damit einher gehend die Parteinahme Heinrichs XVI. für seine Münchner Vettern war daher naheliegend, jedoch nicht denkbar ohne Rückendeckung durch seine Landschaft. Sowohl dem Herzog als

⁴¹³ Es ist auch nicht anzunehmen, dass Fraunberger nach dem Tode Herzog Johanns II. ins Lager Herzog Stephans III. wechselte, wie dies mehrere Adelige des Münchner Herzogtums (Georg von Waldeck, Schweiker von Gundelfingen der Ältere, Konrad Preysing, Thoman und Rudolf Preysing, Arnold von Kammer der Ältere und Heinrich Kammerberger) am 1. Juli 1397 getan und Herzog Stephan III. als ihren rechten Erbherrn anerkannt hatten, vgl. RB XI, S. 104. Hinzu kommt, dass Fraunberger schon ein Mal mit dem Ingolstädter Herzog aneinander geraten und zudem ein Parteigänger König Wenzels war, während Herzog Stephan III. ja gerade dessen Absetzung lancierte.

⁴¹⁴ Vgl. RB XI, S. 123.

auch den niederbayerischen Landständen musste in dieser bedrohlichen Situation daran gelegen sein, sich stärker gegenüber dem Ingolstädter abzusichern. Dass dies dringend erforderlich war, stellte der erneute Anschlag Herzog Stephans III. auf das Landshuter Herzogtum im März 1398 unter Beweis. Die vier oberbayerischen Herzöge hatten einem Tag zu München am 31. März 1398 zugestimmt, wo gemäß den Freisinger Vereinbarungen vom 8. März ein Schiedsgericht bestehend aus je 20 Männern aus der Ritterschaft und den Städten sowie deren erwählte Obmänner für die zerstrittenen Parteien eine Friedenslösung finden sollte.⁴¹⁵ Herzog Stephan III. hielt offenbar den Zeitpunkt für günstig, sich nicht nur den Münchner, sondern auch den Landshuter Teil im Alleingang einzuverleiben. Am 27. März 1398 erklärte er zusammen mit seinem Sohn Ludwig, das Landshuter Teilherzogtum bis Lichtmess nächsten Jahres mit Oberbayern vereinen zu wollen und tat damit sein wieder erwachtes Interesse am Land seines Mündels kund. Diesen erneuten Angriff auf die Selbstständigkeit Bayern-Landshuts hatte Herzog Heinrich XVI. wohl nur durch seine gegen die Münchner Herzöge gerichtete Zusicherung an Stephan III. abwehren können, innerhalb der gesetzten Jahresfrist nichts gegen die Ingolstädter Herzöge zu unternehmen, noch anderen dabei helfen zu wollen.⁴¹⁶ Nur dem ersten Anschein nach entsteht der Eindruck, als hätte sich Heinrich XVI. durch seine Hilfszusage an die Ingolstädter in ihrem Streit mit den Münchner Vettern die weitere Existenz seines Herzogtums erkaufen müssen.⁴¹⁷ Vielmehr wird sichtbar, dass der Ingolstädter Herzog sich gegen die Münchner Vettern absichern wollte, Bayern-Landshut in den Auseinandersetzungen als gewichtigen und vor allem selbstständigen Faktor betrachtete. Die Hinweise Böhmers und Freybergs darauf, dass die Ingolstädter Herzöge nicht fordernd auftraten, sondern Heinrich XVI. „sehr schmeichelnd“ begegneten und ihn durch „viele Billigkeit“ zu gewinnen versuchten, anstatt seine Zustimmung zu erzwingen, unterstreichen dies.⁴¹⁸ Am 19. April 1398 bestätigte Herzog Heinrich XVI. die Abrechnung seines Pflegers zu Eitting gegenüber Herzog Stephan III., dessen Sohn Ludwig VII. und dem Münchner Herzog Ernst für den Zeitraum zwischen 23. April 1397 und 23. April 1398.⁴¹⁹ Da die

⁴¹⁵ Vgl. BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 25f.

⁴¹⁶ Vgl. RB XI, S. 125; FREYBERG, Landstände, S. 358; RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 181.

⁴¹⁷ Vgl. BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 26.

⁴¹⁸ BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 26; FREYBERG, Landstände, S. 358.

⁴¹⁹ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1486, S. 640.

Abrechnung genau zum St. Georgstag erfolgte, liegt die Vermutung nahe, dass sich hier ein Wechsel in der Vormundschaftsregierung auf der Basis der Vereinbarungen vom 9. Mai 1394 ankündigte. Die Münchner Herzöge hatten demnach ihren Anspruch auf Teilhabe an der Vormundschaftsregierung über Heinrich XVI. in der Nachfolge ihres verstorbenen Vaters nicht aufgegeben und sich vom Ingolstädter daraus nicht verdrängen lassen. Spätestens im April 1398 hatte Stephan III. den Münchner Herzog Ernst wohl als gleichberechtigten Vormund anerkennen müssen.

Die Amtszeit Wilhelm Fraunbergers zum Haag als niederbayerischer Viztum fiel in die Zeit, in der sich die Kämpfe der Vierherzogszeit auf ihrem Höhepunkt befanden. Der Göppinger Spruch Pfalzgraf Rupprechts III. und Graf Eberhards von Württemberg vom 4. Juli 1398 auf Einsetzung Ernsts und Wilhelms III. in ihr Erbe und damit auf Wiederherstellung der gemeinsamen Regierung bestätigte die Münchner Herzöge zwar in ihren bisherigen Bemühungen, der Herzogsstreit war damit jedoch keineswegs beigelegt.⁴²⁰ Vielmehr begannen bekanntermaßen die aufreibenden Auseinandersetzungen um die Stadt München, die hier nur kurz skizziert werden können. Dort hatte bereits im April 1398 ein Volksauflauf der mit der patrizischen Stadtregierung unzufriedenen Handwerker unter der Führung Ulrich Tichtels dem Ingolstädter Herzog Stephan III. das Stadtreghment in die Hände gespielt. Die neue Stadtregierung verweigerte Herzog Ernst von Bayern-München die Huldigung, weil dieser die Stadtprivilegien nur bis zum Tode seines Vaters zugestehen wollte in der Annahme, dass die Ingolstädter Herzöge zwischenzeitlich den Münchnern für ihn unangenehme Zusagen gemacht hätten. Somit standen sich zwei Lager feindlich gegenüber: Ernst und Wilhelm III. zusammen mit den gestürzten Patriziern auf der einen Seite, Stephan III. und Ludwig VII. mit der neuen Handwerkerregierung samt den unzufriedenen Patriziern an deren Spitze auf der anderen Seite.⁴²¹ Die Münchner schlossen schließlich am 9. September ein Bündnis mit Herzog Ludwig VII. gegen Ernst und Wilhelm III., das darüber hinaus eine Hilfszusage im Falle einer Auseinandersetzung mit Niederbayern enthielt.⁴²² Herzog Heinrich XVI. hatte also trotz einer ursprünglich gegenteiligen Zusage für seine Münchner Vettern Partei ergriffen.

⁴²⁰ Vgl. BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 31.

⁴²¹ BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 33.

⁴²² Vgl. BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 34.

Der Einfluss des Ingolstädters auf sein Mündel war demnach keineswegs groß genug gewesen, ihn dauerhaft an sich zu binden. Kurz darauf brach der Krieg zwischen Ingolstadt und München aus. Bereits im Dezember 1398 konnte man sich jedoch in Ingolstadt auf einen Waffenstillstand bis zum 18. Mai 1399 einigen. Aber erst nachdem Herzog Wilhelm III. den Münchnern ihre Rechte, wie von ihnen gefordert, zugesagt und auch Herzog Ernst dazu sein Einverständnis gegeben hatte, konnte schließlich am 1. Mai 1399 auf einem erneuten Tag zu Ingolstadt der Göppinger Spruch vom 4. Juli 1398 bestätigt werden. München huldigte den beiden Herzögen und war damit wieder der gemeinsamen Regierung der vier Herzöge unterstellt.⁴²³

Der Kampf der Herzöge Ernst und Wilhelm III. um ihre Hauptstadt München und der darüber ausbrechende Krieg mit Herzog Stephan III. von Bayern-Ingolstadt erforderten im Herbst 1398 die gesamte Konzentration der oberbayerischen Kräfte. Wohl erst das Waffenstillstandsabkommen im Dezember erlaubte es Herzog Ernst für kurze Zeit aktiv in der Vormundschaftsregierung tätig zu werden, wie dies allein Herzog Heinrichs XVI. Schuldbrief für Konrad von Freyberg vom 27. Dezember 1398, den Ernst zusammen mit Stephan III. als Vormünder und Pfleger siegelten, aufzeigt.⁴²⁴ Die Vormundschaftsfrage war jedoch nach wie vor umkämpft. Am 23. Februar 1399 bestätigte Herzog Stephan III. seine Vormundschaft für Herzog Heinrich XVI. über ein weiteres Jahr, versprach, sich daran nicht zu bereichern und verzichtete ausdrücklich auf den Anschluss des Landshuter Herzogtums.⁴²⁵ Der Ingolstädter hatte seine ursprünglichen Pläne auf eine Wiedervereinigung also endgültig aufgegeben. Die Phase der unmittelbar größten Gefährdung der Existenz Bayern-Landshuts seit dem Tode Herzog Friedrichs fand damit ihren Abschluss.

Am 23. Februar 1399 ist Wilhelm Fraunberger zum Haag letztmals als Viztum Niederbayerns bezeugt.⁴²⁶ Wann genau seine Amtszeit endete, lässt sich nicht exakt datieren. Erst am 9. August 1399 trat Ulrich Ecker als neuer Viztum Bayern-Landshuts

⁴²³ Vgl. BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 35f.

⁴²⁴ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 967.

⁴²⁵ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1500, S. 644f: „Dann vmb den artickel, von des zuwurfs wegen, der in vnserm brief begriffen ist, der sol auch gantzlichen ab vnd tod sein vnd vnserm vettern furbas dheinen schaden bringen.“

⁴²⁶ Vgl. RB XI, S. 149.

auf, der dieses Amt über das Ende der Vormundschaftszeit hinaus inne hatte.⁴²⁷ Die Ablösung Fraunbergers muss also in der Zeit von Ende Februar bis Anfang August stattgefunden haben. Denkbar ist eine Interimsphase zwischen zwei Viztumen. Gerade zwischen Februar und August 1399 finden sich mehrere Urkunden Herzog Heinrichs XVI., ausgestellt zusammen mit seiner Mutter und Schwester, die weder ein Vormund noch der Viztum siegelten, sondern lediglich das Sekretsiegel des Herzogs trugen.⁴²⁸ Die genauen Umstände bleiben jedoch im Dunkeln, zumal Fraunberger in seiner Tätigkeit als Viztum kaum in den Quellen greifbar ist. Über die beiden bereits erwähnten Hinweise hinaus ließen sich keine Belege finden, die genaueren Aufschluss über seine Tätigkeit im angegebenen Zeitraum geben könnten.

Oswald Törring war als Viztum durch Wilhelm Fraunberger zum Haag abgelöst worden, einem Rat, der im Jahr zuvor noch in den Diensten Herzog Johanns II. von Bayern-München und als Schiedsmann auch in Verbindung mit dessen Sohn Herzog Ernst erschienen war.⁴²⁹ Die Ablösung erfolgte zeitgleich mit der Neuregelung der Vormundschaftsregierung und deutet auf eine Neuverteilung der Machtverhältnisse im Landshuter Herzogtum hin. Der Tod des Münchner Herzogs Johann II. hatte eine Konstellationenveränderung zur Folge gehabt, die sich für das Herzogtum Bayern-Landshut durchaus positiv auswirkte. Der Erbstreit lenkte die Interessen nach Oberbayern und band die Kräfte sowohl der Münchner als auch der Ingolstädter Herzöge. An eine Aufteilung des Landshuter Teilherzogtums zwischen den zerstrittenen Herzögen war gegenwärtig nicht mehr zu denken. Selbst die Ingolstädter Herzöge, von denen auf Grund ihrer weitreichenden Beziehungen noch die größte Gefahr ausging, stellten im Frühjahr 1398 für Bayern-Landshut keine ernsthafte Bedrohung mehr dar. Vielmehr erwachte in den Auseinandersetzungen das nachhaltige Interesse an Herzog Heinrich XVI. als Bündnispartner, dem auf Grund dieser Konstellation und nicht zuletzt

⁴²⁷ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1524, S. 654.

⁴²⁸ Vgl. RB XI, S. 149: Schuldverschreibung für den Viztum Wilhelm Fraunberger vom 23. Februar 1399; HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1507, S. 647: Schuldverschreibung für den Zollner zu Landshut vom 22. April 1399; RB XI, S. 155: Bestätigung der Privilegien der Stadt Moosburg vom 30. Mai 1399, Erlaubnis eines Grabens und Befreiung von der Steuer für 15 Jahre; RB XI, S. 160: Lösungsversprechen für die Bürgschaft Wilhelm Fraunhofers zu Neufraunhofen und Albrecht Preysings zu Kopfsburg vom 30. Juli 1399.

⁴²⁹ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Landesteilungen und Einungen 208: Wilhelm Fraunberger zum Haag wird als Schiedsmann für eventuell auftretende Irrungen in dem auf zehn Jahre geschlossenen Bündnis zwischen Herzog Ludwig VII. und Herzog Ernst vom 30. März 1397 genannt. Vgl. dazu auch LANG, Geschichte Herzogs Ludwig des Bärtigen, S. 28.

mit maßgeblicher Hilfe seiner Mutter die einstweilige Sicherung seines Herzogtums gelang. Die Herzoginwitwe war in der Tat eine politisch aktive Frau,⁴³⁰ wie nicht zuletzt ihre Beteiligung an der Einung der niederbayerischen Landschaft 1394 und am Adelsbündnis von 1395 an vorderster Front demonstrierten. Für den unmündigen Heinrich XVI. dürfte seine Mutter eine ausgesprochen wichtige Stütze in den schwierigen Jahren der Vormundschaftszeit dargestellt haben, deren Einfluss auf ihren Sohn daher nicht unterschätzt werden darf. Um so bezeichnender hingegen ist das Fehlen jeglicher Aktivitäten seitens der niederbayerischen Stände bzw. der führenden Landherren in dieser Zeit. An eine Adelsherrschaft in Bayern-Landshut, wie sie sich noch 1395 ankündigte, war 1397/98 nicht mehr zu denken. Spätestens mit der Ablösung Törrings als Viztum durch Wilhelm Fraunberger zum Haag war ein grundsätzlicher Wechsel am Hofe Heinrichs XVI. vollzogen, der den politisch dominierenden Landherren im Landshuter Herzogtum die Führungsspitze genommen hatte und eine neue Entwicklung ankündigte: Den wachsenden Einfluss ehemals oberbayerischer Räte in der nächsten Umgebung Herzog Heinrichs XVI.

⁴³⁰ Am 3. Dezember 1395 stellte Magdalena Ludwig VII. dem Bärtigen eine Erbverschreibung über ihre 10.000 fl. Witwengeld sowie ihre Kleinodien aus, möglicherweise „um den furchtbaren Prinzen Ludwig zu Schonung des jungen Heinrichs XVI. zu gewinnen“, wie LANG, Geschichte Herzogs Ludwig des Bärtigen, S. 25 vermerkte. Wohl ebenfalls auf ihr Betreiben zurückzuführen ist eine gegenseitige Erbverschreibung zwischen Ludwig VII. und ihrem Sohn Heinrich XVI. über 200.000 fl. ihres Muttergutes. Auf ihr finanzielles Engagement zugunsten ihres Sohnes wurde bereits hingewiesen. Ansonsten begegnet sie mehrmals bei der Bestätigung von Privilegien ihres verstorbenen Mannes für die Klöster Ranshofen und Chiemsee sowie für die Bürger von Reichenhall, vgl. RB XI, S. 11; RB XI, S. 36; RB XI, S. 45; RB XI, S. 46. Im November 1400 gewährte sie mit Zustimmung ihres Sohnes und seiner Vormünder den Bürgern von Reichenhall die Erhebung eines Ungeldes, vgl. RB XI, S. 185, und im Mai 1403 stiftete sie eine tägliche Messe in der St. Stefanskirche in Braunau, vgl. RB XI, S. 300. Die Herzoginwitwe ist 1404 verstorben.

d) Das Ende der Vormundschaftsregierung

Die Bedeutung dieser Räte muss vor dem Hintergrund der weiteren Entwicklung der Vormundschaftsfrage in Bayern-Landshut gesehen werden. Auf die Möglichkeit der Einflussnahme in Niederbayern im Rahmen der Vormundschaftsregierung wollte der Ingolstädter Herzog offensichtlich nicht so leicht verzichten. Am 9. August 1399 schloss Herzog Stephan III. von Bayern-Ingolstadt mit Bischof Burkhard und den Bürgern von Augsburg sowie am 10. August mit dem Erzbischof von Salzburg jeweils ein Bündnis zum Schutz vor eventuellen Auseinandersetzungen mit den Münchner Herzögen. Letzteres bezog auch Heinrich XVI. ein.⁴³¹ Herzog Stephan III. sah in Bayern-Landshut immer mehr den Bündnispartner, nicht nur in den ständigen Auseinandersetzungen mit den Münchner Herzögen, sondern auch in den zukünftigen reichspolitischen Auseinandersetzungen um die von Ingolstädter Seite mit Nachdruck betriebene Absetzung König Wenzels. Die sich in der Vergangenheit ohnehin als begrenzt erwiesenen Wirkungsmöglichkeiten im Innern Bayern-Landshuts interessierten ihn daher wohl immer weniger, denn in diesen Monaten wurde der Ingolstädter kaum als Vormund tätig. Vielmehr trat Herzog Heinrich XVI. zusammen mit seiner Mutter und seiner Schwester als Aussteller einiger Urkunden ohne Vormund auf, die bereits angesprochen wurden. Der Streit um die Vormundschaftsfrage konnte letztendlich am 25. August 1399 friedlich geklärt werden: Der Ingolstädter Herzog Stephan III. und der Münchner Herzog Ernst einigten sich darauf, die Vormundschaft für Heinrich XVI. gemeinsam bis zum nächsten St. Georgstag (23. April 1400) und danach für ein weiteres Jahr zu führen.⁴³² Vermutlich erfolgte in diesem Zusammenhang wiederum eine Neubesetzung des Landshuter Viztumamtes mit Ulrich Ecker, der Wilhelm Fraunberger zum Haag ablöste.

Obwohl sich der Streit zwischen den Münchner und Ingolstädter Herzögen trotz allem fortsetzte und auch der Heidelberger Spruch Pfalzgraf Ruprechts vom 10. Januar 1400, der die Göppinger Entscheidung vom 4. Juli 1398 und damit die Einsetzung Ernsts und

⁴³¹ Vgl. BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 37; RB XI, S. 161.

⁴³² Vgl. Geheimes Hausarchiv HU 2004; BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 37. Vgl. dagegen STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 236: Die Datierung der Einigung auf den 24. August 1399 ist falsch.

Wilhelms III. in ihr väterliches Erbe bestätigte, kaum Beachtung fand,⁴³³ geht aus den Quellen hervor, dass Stephan III. und Ernst sich an ihre Abmachungen vom August 1399 hielten und in den folgenden Monaten die Vormundschaft für Heinrich XVI. tatsächlich gemeinsam ausübten.⁴³⁴ Die innerbayerischen Ambitionen traten jedoch vor den reichspolitischen Entwicklungen immer stärker in den Hintergrund. Spätestens seit dem Frühjahr 1399 forcierten Herzog Stephan III. und sein Sohn Ludwig VII. der Bärtige den Plan eines wittelsbachischen Gegenkönigtums. Beide gehörten zu den sieben Fürsten, die auf dem Tag zu Frankfurt heimlich beratschlagten und am 1. Februar 1400 die Wahl eines neuen Königs beschlossen. Herzog Stephan III. fehlte auch nicht bei der Versammlung von Oberlahnstein, wo am 20. August 1400 die Absetzung König Wenzels und am nächsten Tag die Wahl Pfalzgraf Ruprechts III. zu Rense verkündet wurde.⁴³⁵ In dem darauffolgenden Krieg zwischen Ruprecht und Wenzel erwies sich die Hilfe der Ingolstädter Herzöge für das auf schwacher Basis stehende Pfälzer Königtum als äußerst nützlich.⁴³⁶ Im September 1400 entsandte König Ruprecht Herzog Stephan III. nach Paris zu dessen Tochter, Königin Isabeau de Bavière, mit deren Unterstützung die wohlwollende Neutralität König Karls VI. von Frankreich erreicht wurde.⁴³⁷ Stephan III. kehrte daraufhin nicht unmittelbar zu Ruprecht zurück, sondern nutzte die Gelegenheit, von Paris aus zu Graf Adolf II. von Kleve-Marck zu reiten und dessen Schwester Elisabeth als Braut mit sich nach Köln zu führen. Dort angekommen, nahm er am 8. Januar 1401 an der Königskrönung Ruprechts teil und feierte am 16. Januar

⁴³³ Vgl. RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 187.

⁴³⁴ Vgl. BayHStA Kurbayern 21573: Stephan III. und Ernst bestätigten am 30. August 1399 als Vormünder Heinrichs XVI. die Verpfändung der Herrschaft, Pflege und Gericht Griesbach an Hiltpold Fraunberger zu Prunn. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 642: Stephan III. und Ernst nahmen am 26. April 1400 als Vormünder die Abrechnung Oswald Törrings während seiner Amtszeit als Viztum entgegen. Vgl. StA Landshut Schloss Ering U 11/1: Stephan III. und Ernst bestätigten am 6. Mai 1400 einen Brief Herzog Heinrichs XVI. für Wilhelm Fraunhofer. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Beziehungen zu Stiftern 122: Herzogin Magdalena und Heinrich XVI. mit seinen Schwestern Magdalene und Elisabeth erlaubten mit Wissen der Vormünder Stephan III. und Ernst am 1. September 1400 der Stadt Reichenhall nach einem großen Unglück das kleine Ungeld wieder selbst einzunehmen.

⁴³⁵ Vgl. RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 190; STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 236.

⁴³⁶ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 236f.

⁴³⁷ Vgl. STRAUB, Ludwig der Bärtige, S. 20-23. Vgl. zu Isabeau de Bavière STRAUB, Isabeau; STRAUB, Legende und Wirklichkeit; SCHÖNEWALD, Von Isabeau, S. 298f.

seine Hochzeit.⁴³⁸ Erst Anfang Februar 1401 kehrte er nach Bayern zurück.⁴³⁹ Herzog Stephan III. hatte noch vor seiner Abreise Vorsorge für die Zeit seiner Abwesenheit getroffen und bereits am 17. Juli 1400 sämtliche Ansprüche und Forderungen, die er an Herzog Heinrich XVI. auf Grund der Benachteiligung durch die Landesteilung von 1392 zu haben glaubte, auf seinen Sohn Ludwig übertragen, ohne dabei allerdings die Vormundschaft aus der Hand zu geben.⁴⁴⁰ Während der Ingolstädter seine reichspolitischen Interessen verfolgte, wurde kurzzeitig Herzog Ernst von Bayern-München im Landshuter Herzogtum aktiv: Im Mai 1400 fällte er einen Schiedsspruch im Streit des Ritters Wilhelm Buchberger zu Engelburg mit dem Rat und den Bürgern der Stadt Landshut.⁴⁴¹ Am 30. Juli 1400 gebot er im Namen Herzog Heinrichs XVI. allen Beamten nicht zu dulden, dass der ehemalige Landshuter Bürger Hans Plödlein gegen die geschworene Urfehde verstieß.⁴⁴² Dieses Engagement wurde allerdings durch die Münchner Tumulte im September 1400 rasch beendet. Die Hauptstadt war im Streit zwischen Patriziern und Zünften noch immer nicht zur Ruhe gekommen, bedeutende Patrizierfamilien waren sogar aus der Stadt vertrieben worden. Herzog Ernst und sein Bruder konnten sich zum wiederholten Male in ihrer Hauptstadt nicht durchsetzen und mussten nach Landshut fliehen.⁴⁴³

Im Februar 1401 erhielt schließlich der mit 14 Jahren mündig gewordene Heinrich XVI. von König Ruprecht zu Nürnberg seine Lehen.⁴⁴⁴ Dies bedeutete zwar, dass Heinrich XVI. die Heiratsfähigkeit und grundsätzlich auch das Recht darauf erlangt hatte, sein Hab und Gut selbst zu verwalten,⁴⁴⁵ doch galt gerade letzteres offensichtlich nicht für alle Bereiche. Am 18. Mai 1401 sicherten Stephan III. und Ernst der niederbayerischen Landschaft zu, die Angelegenheiten mit Heinrich XVI. entsprechend der durch seine

⁴³⁸ Vgl. STRAUB, Ludwig der Bärtige, S. 24: Die Ehe des dreiundsechzigjährigen Herzogs mit der zweiundzwanzigjährigen klevischen Prinzessin muss im Zusammenhang mit den Bemühungen um die Anerkennung König Ruprechts gesehen werden.

⁴³⁹ Vgl. BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 40.

⁴⁴⁰ Vgl. FREYBERG, Landstände, S. 359; BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 40.

⁴⁴¹ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1566, S. 667f; KALCHER, Wittelsbacher Fürstenurkunden, Nr. 64, S. 101-103.

⁴⁴² Vgl. Herzog, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1572, S. 670f.; KALCHER, Wittelsbacher Fürstenurkunden, Nr. 65, S. 103f.

⁴⁴³ Vgl. BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 41.

⁴⁴⁴ Vgl. RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 192; BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 42.

⁴⁴⁵ Vgl. RIVE, Geschichte der deutschen Vormundschaft, S. 62.

Belehnung veränderten Situation bis spätestens 5. Juni in Landshut klären zu wollen.⁴⁴⁶ Traten bis zu diesem Zeitpunkt auch nach der Belehnung sowohl Stephan III. als auch Ernst weiterhin als Vormünder Heinrichs XVI. auf,⁴⁴⁷ so wurden die niederbayerischen Verhältnisse im Juni 1401 in der Tat neu geordnet: Die Vormundschaftsregierung wurde wider Erwarten nicht aufgelöst, sondern Heinrich XVI. blieb mindestens bis Ende des Jahres 1401 weiterhin der Aufsicht eines Vormunds unterstellt. Die Ausdehnung der Vormundschaft über den Großjährigkeitstermin hinaus ist nicht ungewöhnlich,⁴⁴⁸ trotz allem aber ein Zeichen dafür, dass die oberbayerischen Herzöge die Kontrolle über das Landshuter Herzogtum nicht preisgeben wollten, gerade im Hinblick auf die hausinternen Streitigkeiten. Die Quellen zeigen gleichwohl auf, dass der Ingolstädter Herzog zum selben Zeitpunkt definitiv aus der Vormundschaftsregierung ausschied. In den folgenden Monaten trat ausschließlich Herzog Ernst als Vormund auf. Insbesondere die Kreditfähigkeit Heinrichs XVI. schien weiterhin eingeschränkt gewesen zu sein, denn Herzog Ernst siegelte in vormundschaftlicher Funktion vorwiegend bei dessen Schuldverschreibungen.⁴⁴⁹ Das Sekretsiegel Heinrichs XVI. allein reichte in diesen Dingen nach wie vor nicht aus. Die Haltung der niederbayerischen Landstände zu dieser Regelung der Vormundschaft ist in den Quellen nicht zu eruieren. Dass diese aber zu Rate gezogen wurden, geht aus dem bereits genannten Ladungsschreiben der Herzöge vom 18. Mai 1401 hervor. Die neue Vormundschaftsregelung von 1401 hatte zunächst die engere Bindung des Landshuter Herzogtums an die Münchner Herzöge zur Folge. So schlossen Ernst und

⁴⁴⁶ Vgl. BayHStA Kurbayern 26174; FREYBERG, Landstände, S. 381. Vgl. dagegen die falsche Datierung bei BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 43 auf den 15. Juni.

⁴⁴⁷ Vgl. RB XI, S. 208: Herzog Stephan III. nahm am 30. April 1401 als Vormund Heinrichs XVI. das Domkapitel zu Passau unter seinen besonderen Schutz und Schirm. Vgl. RB XI, S. 209: Herzog Ernst befahl am 9. Mai 1401 als Vormund für Heinrich XVI. die Befreiung des Stiftes Moosburg von der Verpflegung der Söldner zu Landshut. Vgl. BAYHStA Nothafft'sches Archiv 184: Herzog Stephan III. und Ernst siegeln im Juni 1401 Herzog Heinrichs XVI. Bestätigung eines von seinem Vater stammenden Lehenbriefes für Peter Kammerauer zu Haidstein.

⁴⁴⁸ Vgl. RIVE, Geschichte der deutschen Vormundschaft, S. 61-72.

⁴⁴⁹ Vgl. BayHStA Kurbayern 4114u: Schuldbrief Herzog Heinrichs XVI. vom 29. Juli 1401 über 400 fl. Heiratsgut für die Ehefrau des Hans Fraunberger zu Frauenberg. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 896: Schuldbrief Herzog Heinrichs XVI. vom 3. August 1401 über 464 Pfd. Landshuter Pfg. für Eglof Schermer. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg 1401 XI 4: Schuldbrief Herzog Heinrichs XVI. über 1.400 fl. für den Fraunberger zu Frauenberg. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 529: Schuldbrief Herzog Heinrichs XVI. vom 26. November 1401 über 100 Pfd. Regensburger Pfg. und 50 fl. für Chün Kammerauer.

Wilhelm III., die bislang eine luxemburgfreundliche Haltung eingenommen hatten,⁴⁵⁰ nach der Wahl Ruprechts noch im Juni 1401 in Salzburg für sich und ihr Mündel Heinrich XVI. mit Erzbischof Georg von Salzburg ein gegen jedermann gerichtetes Bündnis auf zwei Jahre, davon ausgenommen das Reich und Österreich.⁴⁵¹ Am 1. August 1401 erneuerten die Münchner Herzöge und Heinrich XVI. die Bündnisse ihrer Väter.⁴⁵² Der Ingolstädter Herzog hingegen konzentrierte sich in den folgenden Monaten stärker auf den Gewinn des Münchner Teilherzogtums, wobei ihm allerdings die Rückendeckung durch den neuen König versagt blieb. Die Rücksichtnahme auf beide Parteien hinderte den soeben gewählten König Ruprecht an einer entscheidenden Stellungnahme im bayerischen Hausstreit.⁴⁵³ Wollte er sich gegen Wenzel behaupten und nach Rom ziehen, so konnte er es sich nicht leisten, die bayerischen Vettern zu verprellen. Der Nürnberger Spruch vom 8. März 1401 scheiterte daher ebenso wie zahlreiche Verhandlungen zu Augsburg, Amberg, Erding, Landshut und im Mai 1402 zu Ingolstadt, woran auch die Starrköpfigkeit Herzog Stephans III. großen Anteil hatte, der den Münchner Teil für sich haben und seine Neffen, falls sie im Tausch den Ingolstädter Teil übernehmen, zusätzlich mit einer jährlichen Rente von 8.000 fl. abfinden wollte. Ernst und Wilhelm III. hingegen forderten, ungeteilt zu bleiben, zumindest zwischen den Teilen wählen zu können oder selbst eine neue Teilung vorzunehmen.⁴⁵⁴ Erst am 11. November 1402 konnten sich die zerstrittenen Herzöge darauf einigen, sich dem Urteil von 24 Schiedsleuten aus ihrer Landschaft zu unterwerfen.⁴⁵⁵ Diese beschlossen am 6. Dezember 1402 zu Freising unter Preisgabe der Einheitsidee die Wiederherstellung der Teilung von 1392. Stephan III. und Ludwig VII. sollten beim Ingolstädter, Ernst und Wilhelm III. beim Münchner Herzogtum bleiben.⁴⁵⁶ Auf der Versammlung zu Ingolstadt vom 6. bis 9. Januar 1403 wurde schließlich die Landesteilung gemäß dem Freisinger Spruch endgültig vollzogen.⁴⁵⁷ Damit hatte nicht

⁴⁵⁰ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 236.

⁴⁵¹ Vgl. RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 196.

⁴⁵² Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Landesteilungen und Einungen U 243; BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 43; FREYBERG, Landstände, S. 359.

⁴⁵³ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 236.

⁴⁵⁴ Vgl. RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 195. Vgl. zum Ablauf der gescheiterten Verhandlungen BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 44-47.

⁴⁵⁵ Vgl. FREYBERG, Landstände, S. 335.

⁴⁵⁶ Vgl. RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 197; BÖHMER, Vierherzogzeit, S. 48f; FREYBERG, Landstände, S. 335f.

⁴⁵⁷ Vgl. RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 197f; FREYBERG, Landstände, S. 337.

nur die Vierherzogszeit in Bayern ihr Ende gefunden, sondern es wurde auch die Einheit Bayerns zugunsten der Teilherzogtümer vorerst aufgegeben.

Mit Beginn des Jahres 1404, dem Jahr seiner Volljährigkeit, konnte Heinrich XVI. spätestens die selbstständige Regentschaft in Bayern-Landshut antreten. Die Urkunden zeigen auf, dass Heinrich XVI. bereits 1402 relativ unabhängig von seinen Vormündern regierte. Seit Oktober 1401, also erst gut ein halbes Jahr nach seiner Belehnung, verfügte Heinrich XVI. über ein eigenes Siegel.⁴⁵⁸ Von diesem Zeitpunkt an siegelte er seine Urkunden zum Großteil selbst, wohingegen Herzog Ernst von Bayern-München dies nur noch ein Mal, im November 1401, als dessen Vormund tat.⁴⁵⁹ Das Viztumamtssiegel war ebenfalls nicht mehr erforderlich. Die Quellen sprechen demnach für eine schrittweise Entlassung Heinrichs XVI. in die eigenständige Regierung. Dies geht auch aus Urkunden Herzog Heinrichs XVI. hervor, in denen Herzog Ernst zwar bezeichnenderweise nicht mehr als dessen Vormund oder Pfleger, aber als dessen Vetter „zü einem pesserem zewgnüzz“⁴⁶⁰, also zur Bekräftigung, mit siegelte.⁴⁶¹ Für welche Angelegenheiten dies erforderlich war, lässt sich nicht pauschalisieren, zumal sich nur zwei Belege fanden. Beide Male handelte es sich um Schuldverschreibungen Herzog Heinrichs XVI. Dem gegenüber stehen jedoch weitaus mehr Urkunden gleichen Inhalts, wo allein Heinrichs XVI. Siegel ausreichend war. Denkbar ist, dass die Jahre 1402/03 eine Art Übergangsphase zwischen Vormundschaft und selbstständiger Regierung darstellten.

Nach dem Rückzug des Ingolstädters hatte sich die Vormundschaftsregierung im Wesentlichen auf den Münchner Herzog konzentriert. Seit der Belehnung Heinrichs XVI. 1401 reduzierte sich nach und nach aber auch dessen Einfluss auf sein Mündel, da Herzog Ernst in erster Linie mit dem Kampf um seine Hauptstadt München beschäftigt

⁴⁵⁸ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Urfehden 1401 X 4: Herzog Heinrich XVI. siegelte einen Spruch Ulrich Eckers zu Saldenburg, Ulrich Staufers, Erasmus Laimings, Ernfrid von Seckendorffs und Oswald Törrings zu Stein im Streit Hans Ottenhofers und Thömlen Pfisters mit den Herzögen Ludwig VII., Ernst und Heinrich XVI., vgl. RB XI, S. 227. Vgl. dagegen BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 896: Noch im August 1401 besaß Heinrich XVI. lediglich ein Sekretsiegel.

⁴⁵⁹ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 529: Herzog Ernst siegelte am 26. November 1401 als Pfleger Heinrichs XVI. dessen Schuldbrief für Chün Kammerauer.

⁴⁶⁰ BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 600: Herzog Ernst siegelte am 9. April 1402 Heinrichs XVI. Schuldverschreibung für Wilhelm Fraunhofer mit.

⁴⁶¹ Vgl. BayHStA Kurbayern 20860, wo Herzog Ernst am 25. März 1403 in gleicher Weise für Peter Hermannsdorfer mit siegelte.

war. Parallel dazu ist das Hervortreten einer kleinen Gruppe adeliger Räte an die Spitze des Landshuter Herzogtums zu beobachten, die vormals in oberbayerischen Diensten standen.

e) Der Einfluss oberbayerische Räte in Bayern-Landshut

Schon Andrian-Werburg äußerte in seiner Studie zum Regierungssystem der Münchner Herzöge im Fall Albrecht Preysings zu Kopfsburg den Verdacht, dass Herzog Ernst „bewußt Kräfte aus dem Land seines Mündels zur unmittelbaren Regierung heranzog und in gewissem Maße an sich band, und es später – doch wohl ebenso bewußt – zuließ, daß diese Kräfte zu dem inzwischen selbstständig gewordenen Vetter hinüberwechselten, wo sie in der Folge nicht kleinlichste Landespolitik, sondern dank ihrer persönlichen Beziehungen zum benachbarten Teilherzogtum doch eine etwas mehr auf das Ganze gerichtete Tätigkeit entfalteten.“⁴⁶² Albrecht Preysing zu Kopfsburg,⁴⁶³ 1388 im Dienste des Salzburger Erzbischofs, ist seit 1395 in der Umgebung Herzog Johanns II., nach dessen Tod 1397 als Rat Herzog Ernsts zu finden.⁴⁶⁴ Im Juli 1399 sowie im Februar 1402 trat er als Bürge des Landshuter Herzogs auf.⁴⁶⁵ Theo Herzog führt ihn als Siegelbittzeuge in einer Urkunde vom 9. August 1399 als Kammermeister Herzog Heinrichs XVI. an.⁴⁶⁶ Im Juli 1402 hingegen wird er als Kammermeister Herzog Ernsts und Wilhelms III. bei einer Bürgschaft erwähnt.⁴⁶⁷ Auch aus dem Schadlosbrief

⁴⁶² ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 105.

⁴⁶³ Vgl. LIEBERICH, Landstände, S. 57f: Die Preysing waren ursprünglich wittelsbachische Ministeriale und Erbschenken von Ober- und Niederbayern sowie des Hochstifts Freising. Seit 1313 sind sie als niederbayerische, seit 1390 als oberbayerische Landsassen nachgewiesen. Die in Niederbayern ansässige Linie Kopfsburg wurde 1607 in den Freiherrenstand erhoben.

⁴⁶⁴ Vgl. ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 104. Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 119, der ihn für das Jahr 1397 ebenfalls den oberbayerischen Räten zurechnet. Vgl. LANG, Geschichte Herzogs Ludwig des Bärtigen, S. 28f, der ihn als einen der am Bündnis zwischen Herzog Ernst und Herzog Ludwig dem Bärtigen vom März 1397 beteiligten Räte aufführt.

⁴⁶⁵ Vgl. RB XI, S. 160; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 683.

⁴⁶⁶ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1524, S. 654.

⁴⁶⁷ Vgl. RB XI, S. 263.

Herzog Heinrichs XVI. vom 29. April 1403, den Herzog Ernst als Vormund mit siegelte,⁴⁶⁸ geht nicht exakt hervor, ob er nun in Diensten Niederbayerns oder des Vormunds stand. Andrian-Werburg ordnete ihm letztlich Herzog Ernst als obersten Dienstherrn zu. Erst seit 1404 war er ohne Zweifel der Kammermeister Herzog Heinrichs XVI., von 1411 bis mindestens 1421 dann auch dessen Viztum in Niederbayern.⁴⁶⁹

Andrian-Werburg führte die maßvolle Politik Heinrichs des Reichen gegenüber seinen Münchner Vettern, gerade im Vergleich zu seinem rüden Umgang mit Ludwig dem Bärtigen von Bayern-Ingolstadt, auf den Einfluss derartiger Kräfte zurück.⁴⁷⁰ Ob ihre Einflussnahme auf den Landshuter Herzog tatsächlich diese Ausmaße erreichte, ist allerdings in Frage zu stellen, denn berücksichtigt man das zunehmend feindselige Auftreten des Ingolstädters gegenüber Heinrich XVI. im Hinblick auf die ausstehenden Ausgleichszahlungen,⁴⁷¹ so erklärt sich dessen Härte gegenüber Ludwig VII. dem Bärtigen auch ohne das Dazutun München wohl gesonnener Räte.

In der Tat lassen sich aber in der Vormundschaftszeit mehrere dieser soeben angesprochenen Verbindungslinien zwischen München und Landshut aufdecken.⁴⁷² Konrad Preysing zu Wolnzach, der von etwa 1387 bis zum Tode Herzog Friedrichs dessen Hofmeister und seit 1398 zugleich Viztum in Niederbayern war, erhielt anschließend das Viztumamt in Oberbayern und blieb bis zum Tode Herzog Johanns II. im Jahre 1397 in dessen Diensten, bis er am Ende ins Ingolstädter Lager wechselte. Der Münchner Herzog hatte offenbar ganz bewusst den Regierungswechsel in Landshut dazu genutzt, einen mit den höchsten Staatsämtern vertrauten und vor allem finanzkräftigen Adligen aus dem benachbarten Herzogtum an seinen Herzogshof zu ziehen. Seine Berufung nach München sollte sicherlich „über den eigentlichen Aufgabenbereich hinaus, eine politisch berechnete, optische Wirkung haben“.⁴⁷³ Auch

⁴⁶⁸ Vgl. RB XI, S. 300.

⁴⁶⁹ Vgl. ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 105. Vgl. dagegen die durch Andrian-Werburg überholten Angaben zu Albrecht Preysing bei LIEBERICH, Landherren, S. 120, Anm. 546. Vgl. zudem GUMPPENBERG, Die Gumpenberger auf Turnieren, S. 52, der Preysing als Teilnehmer des Regensburgener Turniers von 1393 anführt.

⁴⁷⁰ Vgl. ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 105.

⁴⁷¹ Vgl. VOIGT, Streithändel.

⁴⁷² Eine genaue Analyse des Rätessystems Herzog Heinrichs XVI. würde eine eigene Studie erfordern, die sich nicht nur auf die Vormundschaftszeit beschränkt. Es soll und kann daher nicht der Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden. Vielmehr geht es darum, den durch die Vormundschaftsregierung bedingten Einfluss Oberbayerns auf Bayern-Landshut aufzuzeigen.

⁴⁷³ Vgl. ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 109.

Wilhelm Fraunberger zum Haag war zunächst als Rat Herzog Johanns II. tätig, bevor er 1398 Oswald Törring als niederbayerischen Viztum ablöste. Wechselnde Dienstverhältnisse lagen im Fall des Erasmus Laiming zu Amerang und Tegernbach vor. Die Laiming waren ehemalige Ministerialen der Grafen von Wasserburg und sind seit 1390 als oberbayerische Landsassen belegt.⁴⁷⁴ Im Vorfeld trat Erasmus Laiming als Bürge für die bayerischen Herzöge und im Dienst Herzog Friedrichs hervor.⁴⁷⁵ Noch im März 1394 findet man ihn als Bürge Herzog Heinrichs XVI. zusammen mit Hartprecht Harskircher. Ebenso unklar sind seine Dienstverhältnisse in dieser Zeit. Erst im Jahr 1397 erscheint er definitiv als oberbayerischer Rat.⁴⁷⁶ Noch im April 1401 schuldete ihm Herzog Ernst 220 fl. ungr.⁴⁷⁷ Im Oktober 1401 wiederum schlichtete er bereits zusammen mit anderen Landshuter Räten als Schiedsmann eine Streitsache.⁴⁷⁸ Spätestens seit 1403 befand er sich wieder im Rat Herzog Heinrichs XVI. und bürgte für das Heiratsgut der Prinzessin Magdalene.⁴⁷⁹ Auch Heinrich Seyboldsdorfer begegnet zunächst in oberbayerischen Diensten, bevor er 1402 im Rat Herzog Heinrichs XVI. zu finden ist, als dieser ihm Feste und Pflege Teisbach samt Zugehörungen für 900 Pfd. Pfg., die Seyboldsdorfer noch von Herzog Friedrich auf die Feste Wald erhalten hatte, zusammen mit einem weiteren Darlehen in Höhe von 2.000 fl. verpfändete.⁴⁸⁰ Von 1386 bis 1397 war er als Kammermeister Herzog Johanns II. tätig und erschien im Zeitraum von 1374 bis 1395 mehrmals als dessen Rat.⁴⁸¹ Um 1400 war er Pfleger zu Wald.⁴⁸²

⁴⁷⁴ Vgl. LIEBERICH, Landstände, S. 97: Sie waren auch Erbschenken des Hochstifts Regensburg.

⁴⁷⁵ Vgl. RB X, S. 190, 218, 320. Vgl. dazu auch RB X, S. 326, 337, wo er als Pfleger von Rosenheim genannt wird. Vgl. LANG, Geschichte Herzogs Ludwig des Bärtigen, S. 28f, der ihn als einen der am Bündnis zwischen Herzog Ernst und Herzog Ludwig dem Bärtigen vom März 1397 beteiligten Räte nennt.

⁴⁷⁶ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 119, Anm. 545: 1392 kaufte er Wasentegernbach (= Tegernbach). Seine Tochter Martha war mit Hiltpold Fraunberger zu Prunn verheiratet. Im Jahr 1411 ist er verstorben. Vgl. zu den weiteren Besitzverhältnissen der Laiming LIEBERICH, Landstände, S. 97.

⁴⁷⁷ Vgl. RB XI, S. 205.

⁴⁷⁸ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Urfehden 1401 X 4: Ulrich Ecker zu Saldenburg, Ulrich Staufer, Erasmus Laiming, Ernfrid von Seckendorff und Oswald Törring zu Stein entschieden im Streit zwischen Hans Ottenhofer und Thomlein Pfister, dass beide das Land der Herzöge Ludwig, Ernst und Heinrich XVI. verlassen müssen. Als Siegler traten die genannten Aussteller und Herzog Heinrich XVI. auf.

⁴⁷⁹ Vgl. BayHStA Kurbayern 20859; Geheimes Hausarchiv HU 2015. Vgl. dazu RB XI, S. 287f: Erasmus Laiming trat bereits im Januar 1403 als Bürge und Mitsiegler des Herzogs auf. Vermutlich war er bereits zu diesem Zeitpunkt Mitglied des Rates Herzog Heinrichs XVI. Genauerer hierzu ist auf Grund des fehlenden Originals jedoch nicht aussagbar.

⁴⁸⁰ Vgl. BayHStA Kurbayern 21129.

⁴⁸¹ Vgl. ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 104. Vgl. zu den Seyboldsdorfern LIEBERICH, Landstände, S. 122f; ZÖPF, Historische Notizen, S. 131-136.

⁴⁸² Vgl. ZÖPF, Historische Notizen, S. 132.

Noch 1401 bestätigte er 1.200 fl. vom Tegernseer Konvent auf Anweisung Herzog Ludwigs VII. aus der Steuer des 20. Pfennigs erhalten zu haben.⁴⁸³

Nicht nur die Münchner Herzöge versuchten in dieser Weise, Verbindungsglieder zu schaffen, sondern auch die Ingolstädter Herzöge. Der niederbayerische Viztum Ulrich Ecker, der Amtsnachfolger Wilhelm Fraunbergers zum Haag, entstammte vermutlich dem Rat des Ingolstädter Herzogs.⁴⁸⁴ Bei Ulrich Ecker handelte es sich um ein Familienmitglied der Ecker von Eck zu Saldenburg,⁴⁸⁵ die ursprünglich Ministerialen der Herren von Deggendorf bzw. der Grafen von Bogen waren und seit 1394 nachweisbar der niederbayerischen Landschaft und dem Turnieradel angehörten. Ihr Stammsitz, Schloss Eck, lag nahe bei Metten im Gericht Mitterfels.⁴⁸⁶ Saldenburg zusammen mit den Festen Säldenau und Raining befanden sich seit 1389 im Besitz von Ulrich Ecker.⁴⁸⁷ Es muss sich dabei um ein sehr vermögendes Adelsgeschlecht gehandelt haben, da allein die Kaufsumme der genannten Burgen 30.200 fl. betrug.⁴⁸⁸ In der Finanzkraft Ulrich Eckers dürfte auch der Grund zu suchen sein, dass er als Landsasse des Straubinger Herzogtums für das Viztumamt in Bayern-Landshut überhaupt in Betracht kam. Derselbe Ecker ist für das Jahr 1394 als Pfleger zu Mühldorf bezeugt.⁴⁸⁹ Turtur zählt ihn zu den Räten Herzog Stephans III. von Bayern-Ingolstadt, zumal er in einer Schuldurkunde von 1401 als dessen Diener bezeichnet wurde.⁴⁹⁰ Wilhelm Massenhauser und Wernhard Seyboltsdorfer, die das niederbayerische Adelsbündnis von 1395 mit siegelten, begegnen ebenfalls im Rat Stephans III. in Oberbayern. Hiltpold Fraunberger zu Prunn war 1398/99 als Stadtrichter Landshuts und Hofmeister Heinrichs XVI. tätig, bevor er 1403 nach Ingolstadt wechselte. Die Dienstverhältnisse im Fall Hartprecht Harskirchers zu Zangberg sind hingegen komplexerer Natur. Die Harskircher sind seit 1394 als niederbayerische Landsassen

⁴⁸³ Vgl. RB XI, S. 198.

⁴⁸⁴ Vgl. TURTUR, Regierungsform, Bd. I, S. 193.

⁴⁸⁵ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg 1404 VIII 23.

⁴⁸⁶ Vgl. PIENDL/HOLZFURTNER, Mitterfels, S. 384-391; LIEBERICH, Landstände, S. 77.

⁴⁸⁷ Vgl. RB X, S. 252; JUNGMAN-STADLER, Landkreis Vilshofen, S. 197. Vgl. dagegen LIEBERICH, Landstände, S. 77, der das Jahr 1407 angibt.

⁴⁸⁸ Vgl. JUNGMAN-STADLER, Landkreis Vilshofen, S. 197; ZÖPF, Historische Notizen, S. 136. Vgl. dazu auch HUNDT, Bayrisch Stammenbuch, Bd. I, S. 183, der über die Ecker zu Eck aus dem bayrischen Turnierreim zitiert: „Die Ecker von Eck/ Haben gut Pfening Seck/Gelehrt ohn alle Schandt/Nach Ehren in dem Landt.“

⁴⁸⁹ Vgl. RB XI, S. 11; GEIß, Reihenfolgen der Beamten, Abt. I, S. 94, der ihn als Pfleger von Mühldorf von 1394 bis 1401 führt.

⁴⁹⁰ Vgl. TURTUR, Regierungsform, Bd. I, S. 193.

nachzuweisen.⁴⁹¹ Hartprecht Harskircher zu Zangberg, der letzte Vertreter seines Geschlechts (†1416), hatte von 1390 bis 1393 das Pflegamt zu Mühldorf inne.⁴⁹² Er begegnet mehrmals als Vermittler unter den Herzögen Stephan III., Friedrich und Johann II., bis er schließlich 1393 als Kammermeister Herzog Friedrichs tätig war. Laut Turtur wechselte er nach dessen Tod in den Dienst Herzog Stephans III. und wurde Mitglied des herzoglichen Rates zu Bayern-Ingolstadt.⁴⁹³ Die Dienstverhältnisse des Harskirchers bleiben letztendlich unklar. Lieberich führt ihn in den Jahren von 1391 bis 1412 sowohl als ober- als auch niederbayerischen Rat.⁴⁹⁴ Im März 1394 quittierten Herzog Stephan III. und Johann II. als Vormünder Heinrichs XVI. Harskircher und Hans aus dem Holz, dem Mautner zu Burghausen, über den Erhalt von insgesamt 24.666 fl.⁴⁹⁵ Noch im selben Monat erklärte sich Harskircher zusammen mit Erasmus Laiming gegenüber den Vormündern bereit, eine von Herzog Friedrich stammende Restschuld von 2.200 fl. an Parzifal Zenger zu bezahlen, damit Herzog Heinrich XVI. „icht zu grossern schäden chäm“.⁴⁹⁶ Beide Male geht daraus jedoch nicht exakt hervor, in wessen Diensten er stand. Lang führt Harskircher als einen der am Bündnis vom März 1397 zwischen dem Münchner Herzog Ernst und Ludwig VII. dem Bärtigen von Bayern-Ingolstadt beteiligten Räte an.⁴⁹⁷ Im Mai 1400 begegnet er als Vertreter der Stadt Landshut in einem Schiedsgericht Herzog Ernsts im Streit des Ritters Wilhelm Buchberger zu Engelburg mit dem Rat und den Bürgern der Stadt Landshut.⁴⁹⁸ Aus zwei Schadlosbriefen für Wilhelm Fraunhofer und Hans Gewolf zu Degenberg ist zwar zu erschließen, dass Harskircher 1402 Herzog Heinrich XVI. 2.200 fl. als Darlehen gewährt hat, er wurde darin aber nicht ausdrücklich als Rat titulierte.⁴⁹⁹ Alles in allem ist

⁴⁹¹ Vgl. LIEBERICH, Landstände, S. 37; LERCHENFELD, Freibriefe, 19. Brief, S. 43: Abraham Harskircher gehörte zu den Siegeln des Bündnisses der niederbayerischen Landschaft von 1394.

⁴⁹² Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 107, Anm. 406. Vgl. zu Hartprecht Harskircher auch die ältere Darstellung von GROß, Hartprecht.

⁴⁹³ Vgl. TURTUR, Regierungsform, Bd. I, S. 149f.

⁴⁹⁴ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 107, 118.

⁴⁹⁵ Vgl. BayHStA Kurbayern 14526: 16.666 fl. davon stammten von dem Geld, das der verstorbene Herzog Friedrich noch von Österreich zu erhalten hatte, die restlichen 8.000 fl. von den Kuchel, die sich diese Summe von Herzog Friedrich auf Trostberg geliehen hatten.

⁴⁹⁶ BayHStA Kurbayern 14287.

⁴⁹⁷ Vgl. LANG, Geschichte Herzogs Ludwig des Bärtigen, S. 28f.

⁴⁹⁸ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1566, S. 667f; KALCHER, Wittelsbacher Fürstenurkunden, Nr. 64, S. 101-103.

⁴⁹⁹ Vgl. RB XI, S. 263f; BayHStA Kurbayern 15104. Vgl. dazu auch BayHStA Kurbayern 15100: Ein weiterer Schadlosbrief Herzog Heinrichs XVI. vom 8. November 1404 für Hans Gewolf zu Degenberg für dessen Bürgschaft über 700 fl. ungr. gegenüber Harskircher.

Harskircher letzten Endes nicht eindeutig als Rat identifizierbar. Dennoch gehörte er als Bürge und Geldgeber in jedem Fall der näheren Umgebung Herzog Heinrichs XVI. an. Diese Befunde zeigen zunächst auf, dass die Grenzen der Teilerzogtümer den Adel keineswegs daran hinderten, den Dienstherrn zu wechseln für den Fall, dass sich an einem anderen Herzogshof bessere Chancen für das persönliche Fortkommen auftaten. Für die Herzöge spielte ebenso wenig die landsässige Zugehörigkeit als vielmehr die jeweilige Finanzkraft und Amtserfahrung der Adligen eine Rolle. Durch die wechselnden Dienstverhältnisse wurden jedoch immer wieder Bindungen zwischen den Herzögen und den Adligen aus den anderen Teilerzogtümern geschaffen, die auf diese Art und Weise wie eine Klammer wirken und so die Einheit Bayerns im Bewusstsein lebendig halten konnten.

Darüber hinaus fanden sich in signifikanter Weise vor allem in der zweiten Hälfte der Vormundschaftszeit Adelige im herzoglichen Rat Heinrichs des Reichen, die zuvor in oberbayerischen Diensten standen und nun wichtige Posten im Landshuter Herzogtum besetzten. Gezielt wurde offensichtlich von Seiten der Vormünder versucht, die insbesondere in den ersten beiden Jahren der Vormundschaftsregierung dominierende Adelsriege rund um Oswald Törring aus der nächsten Umgebung des unmündigen Herzogs zu verdrängen. Dies überrascht nicht. Noch 1395 sah es nach einer Adels Herrschaft unter der Führung Oswald Törrings in Bayern-Landshut aus. Um dem entgegenzuwirken, griffen Herzog Stephan III. und Johann II. auf Adelige des Landshuter Herzogtums zurück, die sich in ihren Diensten schon ein Mal bewährt hatten und von denen sie sich deshalb mehr Loyalität ihnen und ihren Interessen gegenüber versprachen. Die unliebsamen Räte, die bislang in der Umgebung Heinrichs XVI. das Sagen hatten, wurden durch neue Räte ersetzt, die in früherer Zeit bereits in einem persönlichen Verhältnis zu Stephan III. und Johann II. standen. Die Aufnahme ehemaliger oberbayerischer Räte in den herzoglichen Rat Heinrichs XVI. eröffnete den beiden Vormündern die Möglichkeit, an Stelle einer offenen Konfrontation mit der bislang führenden Adelsriege auf andere Art und Weise Einfluss auf das Landshuter Herzogtum zu nehmen und in ihrem Sinne die niederbayerische Politik zu gestalten. Der Tod Herzog Johanns II. im Jahre 1397, der die Vormundschaftsfrage neu aufrollte, und das Ausscheiden Törrings aus dem Viztumamt 1398 ebneten hierfür den Weg. Die Parteinahme Herzog Heinrichs des Reichen in den Kämpfen der Vierherzogszeit für

seine Münchner Vettern ist möglicherweise auch auf den Einfluss ehemaliger Münchner Räte zurückzuführen. Die Uneinigkeit der Vormünder untereinander verhinderte freilich, dass Heinrich XVI. nicht vollends einer Partei ausgeliefert war.

Der Einfluss dieser besagten Räte machte sich nicht nur in der Regierung, sondern auch in der Verwaltung bemerkbar, gerade was das Finanzwesen anging. In dieser Hinsicht muss auf das wachsende Zusammenwirken zwischen dem Viztum und den Inhabern der Hofämter hingewiesen werden, wie es sich insbesondere in der zweiten Hälfte der Vormundschaftszeit nach 1398 immer deutlicher abzeichnete. Während die ersten Jahre noch ganz im Zeichen der Persönlichkeit Oswald Törrings als Viztum standen, rückten nach dessen Ausscheiden aus dem Amt zuerst der Hofmeister, dann der Kammermeister dem Viztum immer mehr zur Seite, bis sich schließlich 1404 ein festes Dreigespann aus Viztum, Hofmeister und Kammermeister formiert hatte: Wie bereits an anderer Stelle festgestellt werden konnte, traten seit 1401 der Viztum Ulrich Ecker zu Saldenburg, der Hofmeister Wilhelm Fraunhofer und Georg Aichberger im Moos, der 1403 als Frauenhofmeister der Herzoginwitwe tätig war, regelmäßig als Bürgen des Herzogs auf. Diese ursprüngliche Kombination von Viztum und Hofmeister wurde am Ende um den Kammermeister erweitert.

Eine ressortartige Aufteilung der Verwaltung in Bayern-Landshut während der Vormundschaftszeit gab es nicht. Dennoch kristallisiert sich am Ende der Vormundschaftsregierung ein fester Kern an Räten heraus, in deren Zuständigkeitsbereich die zentrale Finanzverwaltung fiel. Das Triumvirat zwischen Viztum, Hof- und Kammermeister trug vermutlich einem gewandelten Verständnis Rechnung, wonach gerade die Verwaltung des Finanzwesens angesichts wachsender Ausgaben besonderer Aufmerksamkeit bedurfte. Vor allem der Hofmeister, der an allen Amtshandlungen des Kammermeisters beteiligt war, erhielt erheblichen Einfluss auf die Finanzverwaltung. Damit werden Strukturen in Bayern-Landshut sichtbar, wie sie Andrian-Werburg auch für Bayern-München unter Herzog Johann II. feststellen konnte,⁵⁰⁰ zweifellos eine Folge des Einflusses der oberbayerischen Vormünder bzw. ihrer ehemaligen Räte. Die Entwicklung in diesem Bereich ging demnach dem Vorbild des Münchner Teilherzogtums folgend weg von einer anfänglichen Zentralisierung von

⁵⁰⁰ Vgl. ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 104, 164.

Funktionen in der Hand einer Person, wie dies beim Viztum Oswald Törring noch der Fall war, hin zu einer Dezentralisierung oder anders gesagt zu einer Aufteilung der Zuständigkeiten auf mehrere Räte. Möglicherweise werden hier erste Ansätze des Übergangs zum Beamtenstaat erkennbar.

Abgelenkt durch ihre eigenen Probleme zogen sich sowohl der Münchner als auch der Ingolstädter Herzog nach und nach aus der Vormundschaftsregierung zugunsten einer kleinen Gruppe adeliger Räte zurück, die einerseits Loyalität gegenüber Oberbayern erwarten ließen, andererseits mächtig und reich genug waren, ein erneutes Vordringen der alten Adelsriege um Oswald Törring in die Spitzenämter dauerhaft zu verhindern. Der Viztum Ulrich Ecker zu Saldenburg, der Hofmeister Wilhelm Fraunhofer und der Kammermeister Albrecht Preysing zu Kopfsburg zählten zu den vermögendsten Adelsfamilien Niederbayerns. Unter den gegebenen Umständen konnten die oberbayerischen Herzöge wahrscheinlich gar nicht anders, als die Spitzenämter erneut mit niederbayerischen Adelsgeschlechtern zu besetzen, ohne andernfalls deren vehementen Protest herauszufordern. Diese Umstrukturierungen hatten zur Folge, dass sich die politische Macht zwar auf mehrere Räte verteilte, aber sich wiederum in deren Händen konzentrierte, da sie es verstanden, sich in ihrer Position über lange Jahre hinweg zu behaupten. In welchem Ausmaß sich Heinrich XVI. jeweils in seinen Entscheidungen von diesen Räten lenken ließ, ist nur schwer abzugrenzen. Ihr Einfluss scheint 1404 noch am stärksten und vielfältigsten, dennoch nie umfassender Natur gewesen zu sein. Dies belegen zahlreiche Urkunden Herzog Heinrichs XVI., die ohne Beteiligung der genannten Räte ausgestellt wurden. Dennoch scheint der bei den bayerischen Historiografen des 15. und 16. Jahrhunderts im Zusammenhang mit den Landshuter Bürgerunruhen von 1408/10 geäußerte Verdacht, Heinrich der Reiche habe in seinen ersten Regierungsjahren dem maßgeblichen Einfluss einer kleinen Gruppe von Räten unterstanden, zumindest in finanziellen Dingen nicht ganz von der Hand zu weisen zu sein.

Zusammenfassend ergibt sich folgendes Bild: Herzog Heinrich XVI. von Bayern-Landshut stand während der Jahre seiner Vormundschaft im Zentrum politischer Agitationen von außen seitens der oberbayerischen Vormünder als auch von innen seitens des niederbayerischen Adels. Bündnisse der niederbayerischen Landstände 1394 und des Adels 1395 erfolgten in der Absicht, unter Ausnützung der Unmündigkeit Herzog Heinrichs XVI. eine Adelherrschaft in Bayern-Landshut zu errichten. Oswald Törring zu Stein tat sich in dieser Hinsicht als dominierende Persönlichkeit und Leitfigur der Landschaft kraft seines Amtes als Viztum besonders hervor. Gerade der Posten des Viztums in stellvertretender Funktion der Zentralgewalt bot hierfür den entsprechenden Handlungsspielraum. Aus dieser Zielsetzung heraus lässt sich das Engagement des niederbayerischen Adels für seinen Herzog im Kampf gegen die Vormünder für eine selbstständige Existenz des Teilherzogtums Bayern-Landshut erklären. Selbstbewusstsein und Stärke im Auftreten des Adels waren anders als in Oberbayern Resultate der spezifischen Strukturen Niederbayerns als klassischem Adelsland, wo das Überwiegen altadeliger Herrschaften,⁵⁰¹ gestützt auf die Ottonische Handfeste, dem „Dokument der Stärke der adeligen Landschaft in Niederbayern“⁵⁰², verbunden mit entsprechendem Traditionsbewusstsein und beträchtlicher ökonomischer Ressourcen stärker zum Tragen kamen. Einzelne Adelsfamilien traten als Geldgeber und Bürgen des Herzogs besonders hervor, sicherten sich dadurch wichtige Herrschaftsrechte und Ämter, um damit letzten Endes ihre eigene Herrschaftsbasis auszubauen und ihre Vorrangstellung im Herzogtum dauerhaft abzusichern. Anders als im 16./17. Jahrhundert, wo der Ratsdienst für die oberste Schicht des bayerischen Adels auf Grund einer befürchteten Abhängigkeit und Standesminderung längst an Attraktivität verloren hatte,⁵⁰³ suchten die einheimischen Landherrenfamilien die Nähe ihres Fürsten und engagierten sich nicht grundlos in dessen Diensten. Der Dienst am Herzog zahlte sich aus, konnte hier noch statuserhöhend wirken und bot die Möglichkeit, die eigene Vorrangstellung im Herzogtum zu festigen bzw. auszubauen. Die verschiedenen Formen des Herzogsdienstes sowie die aktive Teilnahme an der

⁵⁰¹ Vgl. ANDRIAN-WERBURG, Altbaierischer Adel, S. 49.

⁵⁰² DIEPOLDER, Adelherrschaften, S. 67.

⁵⁰³ Vgl. LANZINNER, Fürst, Räte und Landstände, S. 205; KSOLL, Wirtschaftliche Verhältnisse, S. 51; GREINDL, Untersuchungen, S. 209f.

Landschaft versprachen Teilhabe an der Herrschaft und politische Mitsprache. Die Intensität der politischen Partizipation des Adels hing dabei weniger vom unmündigen Herzog als von den beiden oberbayerischen Vormündern ab. 1394/95 befand sich der niederbayerische Adel in seinem Selbstständigkeitsstreben auf dem Machthöhepunkt, hatte damit aber auch seinen Zenit erreicht. Den führenden Adelsfamilien war es zwar gelungen, eine Annexion durch die Vormünder zu verhindern und dadurch das Überleben Bayern-Landshuts zu sichern, konnten sich aber gegenüber den Vormündern nicht dauerhaft behaupten. Mit dem Ausscheiden Törrings aus dem Viztumamt war dem landsässigen Adel die Führungsspitze genommen, für den unmündigen Herzog die Gefahr einer Adelherrschaft weitgehend gebannt. Wahrscheinlich forciert von den beiden Herzögen Stephan III. von Bayern-Ingolstadt und Johann II. von Bayern-München bzw. dessen Sohn Ernst im Ringen um die Vorherrschaft in Gesamtbayern, aber auch mit Billigung des Landshuter Adels, dem der Kreis um Törring am Herzogshof wohl zu dominant geworden war, hatte ein Wechsel in der adeligen Führungsriege Bayern-Landshuts stattgefunden. Die vormals führenden Adelsfamilien um Oswald Törring wurden aus den Spitzenpositionen in Regierung und Verwaltung verdrängt und durch andere niederbayerische Landherren ersetzt, die auf Grund einer früheren Ratstätigkeit in oberbayerischen Diensten mehr Loyalität gegenüber den beiden Vormündern erwarten ließen. In Folge dieses Wechsels und wahrscheinlich unter dem stärkeren Einfluss des Münchner Herzogs als Vormund seit etwa 1401 erfolgte die Angleichung Bayern-Landshuts an Münchner Verwaltungsstrukturen, die erneut das stärkere Hervortreten eines kleinen Kreises niederbayerischer Landherren als Viztum, Hof- und Kammermeister mit sich brachte. Letztere hatten vermutlich größeren Anteil an den Entscheidungen des jungen Herzogs am Ende der Vormundschaftszeit und in dessen ersten Regierungsjahren. Die Uneinigkeit der oberbayerischen Herzöge untereinander, die daraus resultierenden Kämpfe der Vierherzogszeit wie auch deren reichspolitische Ambitionen ermöglichten zugleich dem Landshuter Herzogtum innerhalb der Vormundschaftsregierung immer mehr die Behauptung einer selbstständigen Position. Das Herzogtum Bayern-Landshut, dessen anfängliche Situation Ende des 14. Jahrhunderts mit einem unmündigen Herzog an der Spitze denkbar ungünstig war und daher ständig Gefahr lief, gegenüber den anderen

Teilerzogtümern ins Hintertreffen zu geraten, überlebte auf diese Art und Weise die unsichere Zeit der Vormundschaftsregierung.

III. Herzog und Bürgertum im Konflikt – Die Rolle des Adels bei den Landshuter Bürgerunruhen von 1408 und 1410

„Heinrich, der erste unter den reichen Herzogen, war ein Wildauf, und wenn sein Blut kochte, war Gewalt und Schrecken um ihn. Die Landshuter hatten das schon erfahren, als der Herzog noch ein junger Fürst war! Weil sie nicht katzbuckelten, als er ihnen die alten Bürgerrechte wegschnitt wie einen Hundsschweif, ließ er die besten Bürger über die Klinge springen.“⁵⁰⁴ Nach dem drakonischen Strafgericht, das Heinrich XVI. der Reiche 1408/10 über die aufbegehrende Landshuter Bürgerschaft ergehen ließ, haftete ihm in der bayerischen Historiografie des 15. und 16. Jahrhunderts der dauerhafte Ruf eines geldgierigen und grausamen Fürsten an, der seine Bürger kaltblütig hinrichten ließ, mit deren konfisziertem Hab und Gut die Finanzen seines hochverschuldeten Herzogtums sanierte und damit den Grundstein zu seinem Reichtum legte.⁵⁰⁵ Die Schuld daran schrieb man oftmals dem böartigen Naturell Heinrichs des Reichen zu. Einige Chronisten des 15. und 16. Jahrhunderts sahen die Ereignisse von 1408/10 jedoch differenzierter, sprachen vor allem dem Adel in den Auseinandersetzungen des jungen Fürsten mit den Landshuter Bürgern eine maßgebliche Rolle zu. Diesem bislang in seiner Bedeutung weitgehend vernachlässigten und in der bisherigen Literatur kaum beachteten Hinweis soll im Folgenden nachgegangen werden.

1. Die politische und wirtschaftliche Situation der Stadt Landshut an der Wende des 14. zum 15. Jahrhundert

1204 von Herzog Ludwig I. zusammen mit der namengebenden Burg gegründet gehörte Landshut zu den „erfolgreichen Gründungsstädten“ Bayerns in der ersten Hälfte des 13.

⁵⁰⁴ HALLER, Turmkränzlein, S. 6.

⁵⁰⁵ Vgl. RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 202f; SPITZLBERGER, Bürgerverschwörung, S. 21.

Jahrhunderts.⁵⁰⁶ Am Schnittpunkt zweier Handelsstraßen mit dem Isar-Übergang wirtschaftlich und strategisch günstig gelegen war Landshut spätestens seit der Landesteilung von 1255 kontinuierlich Residenz- und Herrschaftszentrum der Wittelsbacher in Bayern gewesen und blieb es auch bis zur Wiederherstellung der Landeseinheit 1506.⁵⁰⁷ Mit der Fertigstellung der Burgkapelle um 1230/35 und der Errichtung einer Grablege in Seligenthal war die Gründungsphase der Stadt 1232 weitgehend abgeschlossen.⁵⁰⁸ 1279 erhielt Landshut von Herzog Heinrich XIII. das Stadtrechtsprivileg.⁵⁰⁹ Als „typische Gewerbestadt“ erlebte Landshut schon in den ersten Jahrzehnten einen beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwung.⁵¹⁰ Die Polizei- und Preisverordnung von 1256 sowie der Brückenzoll des Hl. Geist-Spitals lassen bereits für das 13. Jahrhundert eine Wirtschaftsstruktur erkennen, die auf die Existenz eines kleinen Fernmarktes und Nahverkehrs hinweisen.⁵¹¹ Im Spätmittelalter zählte Landshut zu den größten Handels- und Gewerbestädten Bayerns.⁵¹² Noch im 14. Jahrhundert stand die Stadt unter strenger landesherrschaftlicher Bindung.⁵¹³ Dies änderte sich an der Wende zum 15. Jahrhundert, als Landshut vom Vormundschaftsstreit um Herzog Heinrich XVI., den Kämpfen der Vierherzogszeit nach dem Tode Johans II. von Bayern-München und dem Engagement der bayerischen Herzöge auf Reichsebene dahingehend profitieren konnte, dass die Residenzstadt über mehrere Jahre hinweg in großem Maße sich selbst überlassen blieb.⁵¹⁴ Da die feste Hand des Fürsten weitgehend fehlte, konnte Landshut eine beachtenswerte Rechtsstellung erreichen.⁵¹⁵ Die Bürgerschaft hatte bereits vor der Mitte des 14. Jahrhunderts die kommunale Selbstverwaltung erlangt ebenso wie das Recht der Gesetzgebung und die Ausübung der

⁵⁰⁶ SCHMUCK, Finanzielle Beziehungen, S. 81. Vgl. FLACHENECKER/KIESSLING, Städtelandschaften; 1204 UND DIE FOLGEN; TAUSCHE/EBERMEIER, Geschichte Landshuts.

⁵⁰⁷ Vgl. ZIEGLER, Niederbayerische Residenzen; STAUBER, Herzogtum Niederbayern; SCHÖNEWALD, Verwaltungsalltag.

⁵⁰⁸ Vgl. ZIEGLER, Niederbayerische Residenzen, S. 29.

⁵⁰⁹ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 123, S. 69-71; RING, Entwicklung, S. 40-70, 116-119; HEIGEL, Landshuter Rathschonik, S. 250f.

⁵¹⁰ AY, Altbayern, S. 245. Vgl. GREIPL, Macht und Pracht, S. 250.

⁵¹¹ Vgl. BOSL, Bayerische Stadt, S. 262: Zu den wichtigsten Handelswaren, die auf der Fernstraße aus Oberitalien und München sowie der Salzroute Reichenhall-Regensburg transportiert wurden, gehörten unter anderem Wein aus Franken und Österreich, Getreide, Wolle, Leinen, Kupfer, Blei etc.

⁵¹² Vgl. BECHER, Landshut, S. 371.

⁵¹³ Vgl. SCHMUCK, Finanzielle Beziehungen, S. 81; RING, Entwicklung, S. 71f.

⁵¹⁴ Vgl. RILLING, Studien, S. 147.

⁵¹⁵ Vgl. BECHER, Landshut, S. 418.

Polizeigewalt innerhalb ihrer Burgfriedensgrenzen.⁵¹⁶ Unter Kaiser Ludwig dem Bayer erfuhr Landshut durch mehrere Einzelprivilegien eine großzügige Erweiterung seiner Rechte.⁵¹⁷ 1364 erhielt die Stadt die Niedergerichtsbarkeit.⁵¹⁸

Im selben Zeitraum bildete sich die Stadtverfassung aus. Das zentrale Machtorgan bürgerlicher Selbstverwaltung, der seit 1256 nachweisbare zwölköpfige Stadtrat,⁵¹⁹ wurde von der Stadtgemeinde mit Zustimmung des Herzogs gewählt. Im Laufe der Zeit erfuhr der Stadtrat eine Modifizierung in der Form, dass spätestens 1399 an die Seite des älteren Rats (fortan innerer Rat genannt) der äußere Rat als Beratungs- und Kontrollorgan getreten war.⁵²⁰ Letzterer hatte sich als „Gegenpol“ zum älteren Rat aus der Gemeinde heraus gebildet, der 1361 erstmals als eigener Ausschuss auftrat, als die Gemeinde zwölf Bürger für Verhandlungen mit dem Rat über ein Messertrageverbot bestimmte.⁵²¹ Neben innerem und äußerem Rat hatte bei Grundsatzentscheidungen ein weiterer Gemeindevausschuss von ca. 200 bis 300 Mitgliedern, die „gemin“, seit den 30er Jahren des 14. Jahrhunderts ein ernst zu nehmendes Mitspracherecht in Stadtangelegenheiten.⁵²² Was die Satzungen des Stadtrechts anbelangte, ist außerdem die Teilhabe der Zünfte als beratende und entscheidende Organe belegt.⁵²³ Zur Abwicklung von Geldangelegenheiten, Verrechnung von Einkünften und der Führung des städtischen Haushalts existierte seit 1340 ein Kämmerer.⁵²⁴ Selbst die Einsetzung des seit 1256 bezeugten Stadtrichters als Repräsentant und Interessenvertreter des

⁵¹⁶ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, S. 66*: Möglicherweise hatte Landshut sogar Anteil an der Hochgerichtsbarkeit, vgl. BECHER, Landshut, S. 374, 418; KIRMEIER, Juden, S. 188.

⁵¹⁷ Vgl. BECHER, Landshut, S. 418; HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, S. 67*, 101*.

⁵¹⁸ Vgl. BECHER, Landshut, S. 374; HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 747, S. 355f. Vgl. dazu auch VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 586: Die Übertragung von Kompetenzen in der Rechtspflege auf städtische Gerichte seit dem 13. Jahrhundert war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur bürgerlichen Autonomie. Gerade die Ausübung der Gerichtsbarkeit (ohne Hochgerichtsbarkeit) berechnete Städte und Märkte zur Teilnahme an den Landtagen und gehörte damit zu den fundamentalen Rechten.

⁵¹⁹ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, S. 50*; HEIGEL, Landshuter Rathschronik, S. 251.

⁵²⁰ Vgl. HEIGEL, Landshuter Rathschronik, S. 253; VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 587: Ein äußerer Rat ist vergleichsweise 1318 in München, 1368 in Neustadt a. d. Donau und 1392 in Wasserburg nachgewiesen.

⁵²¹ BECHER, Landshut, S. 365: Ob der äußere Rat letztendlich als Interessenvertretung der Gemeinde gelten kann, muss offen bleiben, liegt aber auf Grund seiner Entstehung zumindest für die ersten Jahre nahe, vgl. RILLING, Studien, S. 148.

⁵²² Vgl. HEIGEL, Landshuter Rathschronik, S. 252; BECHER, Landshut, S. 366: Weder Rat noch Zünfte durften beispielsweise Beschlüsse ohne Zustimmung der Gemeinde ändern.

⁵²³ Vgl. BECHER, Landshut, S. 365; HEIGEL, Landshuter Rathschronik, S. 252.

⁵²⁴ Vgl. HEIGEL, Landshuter Rathschronik, S. 251; BECHER, Landshut, S. 364: Im 15. Jahrhundert war der Kämmerer stets Mitglied des inneren Rates. Seit 1495 wurde er auch Bürgermeister genannt.

Stadtherrn oblag zwar dem Herzog, erfolgte aber seit etwa 1335 bis 1410 auf Vorschlag des Rates.⁵²⁵

Der letzte große Freiheitsbrief für Landshut, den Herzog Friedrich am 6. Dezember 1392 in seinem Namen und den seines Sohnes ausstellte, brachte den Bürgern keine weiteren Vorteile mehr.⁵²⁶ Die ständigen Streitereien zwischen den bayerischen Herzögen Stephan III., Johann II. und Friedrich während ihrer gemeinsamen Regentschaft, die durch Bestätigung und Erweiterung von Privilegien um die Gunst der Städte buhlten, brachten die Landshuter Bürgerschaft bald in eine vorteilhafte Position. Die dadurch errungenen Freiheiten der Stadt festigten sich in den Jahren der Vormundschaftszeit Heinrichs XVI., wurden schließlich zum Gewohnheitsrecht.⁵²⁷ Während die Landshuter Bürgerschaft zunächst noch auf der Seite des unmündigen Herzogs stand und sich dem Adelsbündnis vom 24. Juli 1395 angeschlossen hatte, akzeptierte sie schließlich doch die Vormundschaftsregierung der beiden Herzöge Stephan III. von Bayern-Ingolstadt und Johann II. von Bayern-München, nachdem diese am 5. November 1395 der Stadt ihre Rechte und Privilegien in Anerkennung ihrer Treue und Dienste bestätigt hatten.⁵²⁸

Als Heinrich XVI. der Reiche 1404 seine selbstständige Regierung als Landes- und Stadtherr antrat, sah er sich in seiner Residenzstadt mit einer selbstbewussten, über Wohlstand und Reichtum verfügenden Bürgerschaft konfrontiert. Bayern-Landshut bedurfte aber gerade zu diesem Zeitpunkt eines repräsentativen Herrschafts- und Regierungszentrums, um sich als eigenständiges Fürstentum dauerhaft zu etablieren und im Zuge der Territorialstaatsbildung mit den anderen Teilherzogtümern konkurrenzfähig zu bleiben. Die dafür notwendigen Eingriffe seitens des Herzogs, die nicht zuletzt der Machtfestigung nach innen dienen sollten, mussten jedoch

⁵²⁵ Vgl. HEIGEL, Landshuter Rathschronik, S. 255; BECHER, Landshut, S. 418; HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, S. 46*-55*; RILLING, Studien, S. 147f. Vgl. dazu auch SCHMUCK, Finanzielle Beziehungen, S. 82: „Trotz dieser Voraussetzungen ist unverkennbar, daß die Stadt Landshut bestrebt war, sowohl ihre Autonomie nach innen zu vergrößern wie auch ihre Abhängigkeit vom Herzog zu mildern. Dies wird deutlich an der Differenzierung der städtischen Organe und an der Funktionsverlagerung der beiden am meisten herrschaftlich bestimmten Organe der Stadt, vom herzoglich bestimmten Stadtrichter hin zum städtischen Rat.“

⁵²⁶ Vgl. BECHER, Landshut, S. 418; HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, S. 69* und Nr. 1358, S. 590-592.

⁵²⁷ Vgl. RILLING, Studien, S. 149.

⁵²⁸ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1429, S. 617f.

zwangsläufig als empfindliche Beschneidung bislang erworbener Bürgerrechte empfunden werden, zumal sich in Landshut mit dem äußeren Rat, den Zünften und der Gemain ohnehin Organe der bürgerlichen Mitsprache konstituiert hatten, die relativ weite Kreise der Stadtbevölkerung erfassten und ihre Rechte offensiv vertraten.⁵²⁹ Ein Konflikt mit dem Landesherrn konnte dadurch nicht ausbleiben. Die Machtprobe zwischen Stadt und Herzog, die letztendlich nicht nur mit der Wiederherstellung, sondern sogar in einer Steigerung der stadtherrlichen Herrschaft endete,⁵³⁰ musste in Landshut früher oder später stattfinden.

Hinzu kam, dass Heinrich XVI. entsprechend sensibilisiert war, hatte er doch in den Jahren 1397 bis 1403 während der Münchner Bürgerunruhen die Vertreibung seiner Vettern aus deren Residenzstadt selbst mit erlebt. Im 14. Jahrhundert hatte allgemein in den größeren bayerischen Landstädten eine Bewegung eingesetzt, die die politische Partizipation breiterer Schichten an der bislang den wenigen Familien aus dem Großbürgertum vorbehaltenen Regierungstätigkeit zum Ziel hatte.⁵³¹ Vorausgegangen war die wachsende Distanzierung des Rates von der Gemeinde, der sich immer mehr als Obrigkeitsorgan gegenüber den Bürgern konstituierte. Die städtische Gewalt konzentrierte sich damit in den Händen der wenigen reichen Patrizierfamilien,⁵³² während weite Teile der Bevölkerung vom Stadtreghment ausgeschlossen blieben. Zum Träger dieser Gegenbewegung wurde vor allem das wirtschaftlich durch Handel und Gewerbe erstarkte Kleinbürgertum, häufig von den Zünften ausgehend, die sich in vielen Städten zu politischen Verbänden entwickelt hatten. Diese oftmals gewaltsamen innerstädtischen Unruhen, früher unter dem Begriff „Zunftkämpfe“ oder auch „Zunftrevolutionen“ subsumiert und irrtümlich von der Forschung als Kampf der rechtlosen Stadtbevölkerung gegen die städtische Oberschicht um mehr Demokratie interpretiert,⁵³³ brachen 1348 in Nürnberg, 1427 und 1450 in Aachen, 1444 in Mainz und noch in vielen anderen deutschen Städten im Spätmittelalter aus, verliefen jeweils

⁵²⁹ Vgl. BECHER, Landshut, S. 367.

⁵³⁰ Vgl. BECHER, Landshut, S. 375.

⁵³¹ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 587.

⁵³² Vgl. BECHER, Landshut, S. 364 und S. 368.

⁵³³ In diesem Sinne noch RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 184, 201.

unterschiedlich, erzielten letztendlich aber kaum grundlegende Veränderungen.⁵³⁴ In München, wo die Handwerker für mehr Teilhabe am Stadtregentum gegen den Rat kämpften, traten diese Probleme schon seit 1377 offen zu Tage, eskalierten schließlich im Sturz des Geschlechterregiments durch die Handwerker und endeten in der blutigen Niederschlagung des Aufstandes 1403, der die alten Verhältnisse weitgehend wiederherstellte.⁵³⁵ Angesichts derartiger Erfahrungen wollte es Heinrich XVI. der Reiche in der eigenen Residenzstadt wohl erst gar nicht so weit kommen lassen.

2. Die Auseinandersetzungen zwischen Herzog und Stadtbürgertum

Gerade die Auseinandersetzungen Heinrichs XVI. des Reichen mit dem Landshuter Stadtbürgertum stießen bislang auf nachhaltiges Interesse in der lokalgeschichtlichen Forschung,⁵³⁶ dank derer Hergang und Verlauf der Landshuter Bürgerunruhen von 1408/10 hinlänglich bekannt sind und nicht mehr im Detail erläutert werden müssen. Es genügt daher eine kurze Skizzierung der Ereignisse von 1408/10.

⁵³⁴ Vgl. MEUTHEN, 15. Jahrhundert, S. 23, 138; RÄDLINGER, Große Krise, S. 107; HAVERKAMP, Innerstädtische Auseinandersetzungen. Vgl. zur überholten Terminologie der „Zunftkämpfe“ ISENMANN, Deutsche Stadt, S. 191, der von „innerstädtischen Unruhen“, „Bürgerkämpfen“ oder auch „Verfassungskämpfen“ spricht. Vgl. dagegen die in jüngster Zeit stärker die sozial-wirtschaftliche Komponente betonende und eher allgemein gehaltene Bezeichnung „Gesellschaftliche Auseinandersetzungen in den Städten“ bei MEUTHEN, 15. Jahrhundert, S. 23. In diesem Sinne auch HERGEMÖLLER, Gesellschaftliche Veränderungen.

⁵³⁵ Vgl. RÄDLINGER, Große Krise; GLEBA, Aufzeichnungen; BÖHMER, Vierherzogzeit; DIR, Denkmäler; RÄDLINGER, Überlieferung und Propaganda.

⁵³⁶ Zum Folgenden grundlegend HERZOG, Bürgerunruhen; SPITZLBERGER, Bürgerverschwörung; BECHER, Landshut; RILLING, Studien; EMSLANDER, Heiliggeistkirche.

a) Die Unruhen von 1408

Dem Bericht des Andreas von Regensburg⁵³⁷ folgend hatte der junge Herzog Heinrich XVI. um den St. Bartholomäustag (24. August) 1408 ein großes Heer unter dem Vorwand gesammelt, er wolle den Herzögen von Österreich Kriegshilfe leisten. Der Herzog lud daraufhin die Räte der Bürgerschaft von Landshut zum Essen auf seine Feste oberhalb der Stadt ein. Die Räte folgten seiner Einladung in dem Glauben, der Herzog wolle ihnen in seiner Abwesenheit das Herrschaftsregiment übertragen.⁵³⁸ Nach dem Essen ließ er jedoch alle Räte zusammen mit weiteren Bürgern, die ihm inzwischen aus der Stadt zugeführt worden waren, verhaften. Allen Räten, etwa 40 Bürgern, nahm der Herzog daraufhin ihr Vermögen ab. Auf Grund dieser Ereignisse soll es zwei Jahre später am Karfreitag 1410 zu einem weiteren Aufruhr in Landshut gekommen sein. Ein Teil der Bürger habe die Burg angegriffen, sei aber unverrichteter Dinge wieder zurückgekehrt. Heinrich XVI. der Reiche verurteilte daraufhin viele zum Tod und schickte den Rest in die Verbannung.⁵³⁹

Die nachfolgenden Historiografen Hans Ebran von Wildenberg, Ulrich Fuetrer, Veit Arnpeck und Aventin ergänzten den knappen Bericht des Andreas von Regensburg in

⁵³⁷ Über die Landshuter Ereignisse von 1408/10 informieren vor allem die Historiografen des 15. und 16. Jahrhunderts. Als erster Geschichtsschreiber liefert Andreas von Regensburg, der sich im Augustinerchorherrenstift St. Mang in Stadthof als Geschichtsschreiber betätigte, aus dem nahen Regensburg in seiner um 1420/22 verfassten „Chronica pontificum et imperatorum Romanorum“ die wichtigsten Fakten um die Landshuter Vorkommnisse.

⁵³⁸ Vgl. zum Folgenden LEIDINGER, Andreas von Regensburg, S. 121f: „Predictus vero Henricus filius quondam Friderici ducis in Lanczhuet, qui fuit frater dicti Stephani ducis in Ingelstat, eodem anno circa festum S. Bartholomei adhuc adolescens congregat exercitum magnum faciens famam, quod velit venire in auxilium ducibus Austrie, sed dolose. Invitat enim consules civitatis in Lanczhuet in castrum suum situm ibidem quasi commendaturus ipsis regimen principatus in sui absentia. Quos omnes facto prandio captivavit cogens minis quamplures alios sibi ex dicta civitate Lanczhuet captivos presentari. Quos cum predictis consulibus numero fere 40 depecuniavit. Propter quod anno secundo sequenti in die parasceves orta sedicione in dicta civitate una pars castrum ibidem aggreditur, sed frustra in civitatem regreditur. Ob quod dictus dux Henricus multos miserabili morte dampnavit, alios vero proscriptos in exilium misit. Causa autem originalis huius rei, sicut dicitur, fuit odium nobilium in cives et quodammodo presumptio civium.“ Vgl. HERZOG, Bürgerunruhen, S. 5; SPITZLBERGER, Bürgerverschwörung, S. 22 mit Übersetzung der entsprechenden Passage. In seiner „Chronica de principibus terrae Bavarorum“, wie Spitzlberger angibt, werden die Landshuter Ereignisse von 1408/10 von Andreas von Regensburg hingegen nicht erwähnt.

⁵³⁹ Der Kanonikus der Alten Kapelle zu Regensburg, Ulrich Onsorg, nahm diesen Bericht in seine 1456 verfasste „Chronicon Bavariae“ auf und erwähnte ebenfalls die erfolglose Belagerung der Burg, während spätere Chronisten den Angriff auf die Burg völlig vernachlässigten. Die eigentlichen Gründe für die Auseinandersetzungen nennt er nicht, vgl. SPITZLBERGER, Bürgerverschwörung, S. 22f; EMSLANDER, Heiliggeistkirche, S. 33.

ausschmückender Weise um weitere Details. Ihrem Bericht zufolge ließ der Herzog 1408 nur die vier einflussreichsten Bürger verhaften, aus der Stadt ausweisen und deren Vermögen konfiszieren.⁵⁴⁰ Mehrere Ungereimtheiten legen allerdings nahe, dass die Historiografen über die Einzelheiten nicht mehr ganz im Bilde waren, da in den Urfehde- und Verzichtsurkunden von 1408 weitere Geschädigte genannt werden.⁵⁴¹

Die Aburteilung der Verhafteten erfolgte sukzessive, in Abhängigkeit der Schwere des Vergehens, und fand im Zeitraum von September 1408 bis Juni 1409 statt. Als Erste leisteten am 19. September 1408 Hans Sattler und Ulrich Ettenharter bei ihrer Entlassung aus dem Gefängnis den Urfehdeschwur.⁵⁴² Eine vier Wochen später ausgestellte Urkunde vom 20. Oktober 1408 liefert die Namen 24 weiterer am Aufruhr beteiligter Männer.⁵⁴³ Sie alle zusammen schworen Heinrich XVI. Urfehde und durften sich der Stadt Landshut in Zukunft nur noch bis auf eine halbe Meile nähern.

⁵⁴⁰ Vgl. SPILLER, Ulrich Fuetrer, S. 209: Fuetrer nennt „ainen Pelchinger, Martein von Asch, Lienhart Kettner und Hansen Mospurger. Den selben lies er die stat und auch das land ewig versagen. Darzu ward in genommen an alles mittel all ir hab und guet.“ Dieselben Vier werden bei Veit Arnpeck und Aventin genannt, vgl. LEIDINGER, Veit Arnpeck, S. 611; LEXER, Aventinus, S. 534: Aventin gibt ergänzend den Vornamen Pelchingers mit Friedrich an. Die überlieferten Namen sind im Zusammenhang mit den Ereignissen von 1408 in den Urkunden nicht greifbar – ein Indiz dafür, dass die Namen entweder willkürlich zur besseren Glaubhaftmachung ihrer Aussagen von den Chronisten gewählt oder auf Grund des zeitlichen Abstands der Berichte von mindestens 70 Jahren, vielleicht sogar in gutgläubigem Irrtum, falsch von den Chronisten wiedergegeben wurden, vgl. HERZOG, Bürgerunruhen, S. 5. Zumindest bei Friedrich Pelchinger ist anzunehmen, dass es sich korrekterweise um Friedrich Pätzlinger handelte, der am 20. Oktober 1408 Urfehde leistete. In Landshut existierte nachweislich eine Patrizierfamilie mit dem Namen Pätzlinger. Außerdem gehörte er zu den sicher belegbaren Mitgliedern des inneren Rates im Jahre 1408, vgl. HERZOG, Bürgerunruhen, S. 5; RILLING, Studien, S. 153. Anders sieht es in den Fällen Martins von Asch, Lienhart Kettners und Hans Moosburgers aus. Für sie lässt sich lediglich belegen, dass die Familie Moosburger um 1408/10 und die Familien von Asch und Kettner mindestens bis um 1400 in Landshut ansässig waren, vgl. RILLING, Studien, S. 153.

⁵⁴¹ Vgl. HERZOG, Bürgerunruhen, S. 5; SPITZLBERGER, Bürgerverschwörung, S. 23; RILLING, Studien, S. 151-155: Ulrich Fuetrer berichtet außerdem, dass die Landshuter Bürger 1408 wegen ihrer Differenzen mit dem Herzog die Absicht hatten an König Sigmund zu appellieren. Auch hier handelte es sich offensichtlich um falsche Angaben, da Sigmund erst am 20. September 1410 den Königsthron bestieg und daher die Bürgerschaft vorher gar nicht an ihn appellieren hätte können.

⁵⁴² Vgl. BayHStA Kurbayern 25090. Beide hatten früher schon ein Mal als Stadtkämmerer an der Spitze des Landshuter Stadtrates gestanden (1395 Sattler, 1406 Ettenharter). Da sie als erste aus der Haft entlassen wurden, ist anzunehmen, dass beide kaum in die Sache verwickelt waren. Gerade das Ansehen Sattlers war bald wiederhergestellt, da er bereits 1410 erneut als Kammermeister begegnet, vgl. HERZOG, Bürgerunruhen, S. 5.

⁵⁴³ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Urfehden 1408 X 20: Genannt werden Konrad Marchpeck, Hans Weicker, Friedrich Hackner, Conrad Cecilger, Hans Riemer, Lienhart Rudlieb, Hans Vogelstetter, Dietrich Feuchtmair, Konrad Ardinger, Utz Taschner, Peter Zilerstaler, Hans Allenpeck, Wilhelm Leubman, Andre Leubman, Konrad Funcklier, Christan Leitgeb, Konrad Oberndorffer, Hans und Jobst Wild, Konrad Rieder, Friedrich Pätzlinger, Dietrich Zollner, Franz Haslbeck und Ludwig Hütel. Die Urkunde wurde unter anderem von Hans Sattler und Ulrich Ettenharter mit besiegelt. Zu diesem Zeitpunkt waren offensichtlich beide schon wieder rehabilitiert.

Die Mitglieder des inneren Rates, denen eine zukünftige Tätigkeit in Rat und Gemeinde versagt blieb, schworen am 13. Dezember 1408 jeweils einzeln bei ihrer Entlassung aus dem Gefängnis dem Herzog wiederholt Urfehde,⁵⁴⁴ durften jedoch nach Landshut zurückkehren. Unter ihnen fehlte nur der Kammermeister Hans Wernstorffer, der als einer der Hauptschuldigen gesondert abgestraft und bereits am 24. November 1408 aus dem Gefängnis entlassen worden war.⁵⁴⁵ Anhand von Ausstellungsdatum und Wortlaut anderer Urfehden lassen sich ergänzend eine Reihe weiterer Beteiligter erschließen.⁵⁴⁶ Die Verhafteten wurden noch vor Dezember 1408 vorsichtshalber von Landshut nach Burghausen verlegt, um möglichen Tumulten in der Stadt vorzubeugen.⁵⁴⁷ Die offenbar als hauptschuldig geltenden Mitglieder des äußeren Rates wurden schließlich am 27. März 1409 verurteilt.⁵⁴⁸ Herzogs und Rillings These von einer gemeinsamen Verhaftung des inneren und äußeren Rates scheint sich somit zu bewahrheiten.⁵⁴⁹ Den Mitgliedern des äußeren Rats wurde verboten sich in Zukunft der Stadt Landshut mehr

⁵⁴⁴ Vgl. BayHStA Kurbayern 25087 zu Konrad Marchpeck. Vgl. BayHStA GU Landshut 243 zu Heinrich Eberbein (in der Urfehdeurkunde vom 20. Oktober 1408 nicht genannt). Vgl. BayHStA Kurbayern 25088 zu Friedrich Hackner. Vgl. BayHStA GU Landshut 244 zu Christan Leitgeb. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Urfehden 1408 XII 13/1 zu Hans Weicker. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Urfehden 1408 XII 13/2 zu Hans Wild. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Urfehden 1408 XII 13/3 zu Franz Haslbeck. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Urfehden 1408 XII 13/4 zu Conrad Cecilger. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Urfehden 1408 XII 13/5 zu Friedrich Pätzlinger. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Urfehden 1408 XII 13/6 zu Konrad Oberndorffer. Für Jobst Wild konnte keine erneute Urfehdeurkunde gefunden werden. Herzog und Rilling zählen jedoch auch ihn zum inneren Rat, vgl. HERZOG, Bürgerunruhen, S. 6; RILLING, Studien, S. 154.

⁵⁴⁵ Vgl. BayHStA Kurbayern 25094: Auch er musste Urfehde leisten mit der Auflage, sich von der Stadt Landshut mindestens vier Meilen entfernt zu halten und sich einzig in Neuötting, Pfarrkirchen, Eggenfelden, Neumarkt oder Dorfen niederzulassen.

⁵⁴⁶ Vgl. BayHStA Kurbayern 25093: Philip Holzheimer. Vgl. BayHStA Kurbayern 25089: Berchtold Roner. Vgl. BayHStA Kurbayern 25091: Konrad Teispeck. Vgl. BayHStA Kurbayern 25095: Hans von Velden. Vgl. BayHStA Kurbayern 25082: Martin Kröner. Vgl. BayHStA Kurbayern 25080: Haug Snäblinger. Vgl. BayHStA Kurbayern 25084: Berchtold Vilser.

⁵⁴⁷ Vgl. HERZOG, Bürgerunruhen, S. 6: Das Gericht wurde anschließend von Burghausen nach Neumarkt/St. Veit verlegt.

⁵⁴⁸ Vgl. BayHStA Kurbayern 25064: Hans von Velden. Vgl. BayHStA Kurbayern 25086: Martin Kröner. Vgl. BayHStA Kurbayern 25077: Haug Snäblinger. Vgl. BayHStA Kurbayern 25070: Konrad Teispeck. Vgl. BayHStA Kurbayern 25067: Hans Stepeck. Vgl. BayHStA Kurbayern 25065: Friedrich Franck. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Urfehden 1409 III 27/2: Georg Zollner. Vgl. BayHStA Kurbayern 26906: Hans Hochhut. Vgl. BayHStA Kurbayern 25071: Konrad Ardinger. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Urfehden 1409 III 27/1: Lienhart Rudlieb. Vgl. BayHStA Kurbayern 25079: Utz Taschner. Vgl. BayHStA Kurbayern 25078: Hans Vogelsteter. Vgl. BayHStA Kurbayern 25076: Dietrich Zollner. Vgl. BayHStA Kurbayern 25075: Peter Zilerstaler. Vgl. BayHStA Kurbayern 25074: Hans Allenpeck. Vgl. BayHStA Kurbayern 25073: Andre Leubman. Vgl. BayHStA Kurbayern 25072: Jobst Wild. Vgl. BayHStA Kurbayern 25069: Dietrich Feuchtmair. Vgl. BayHStA Kurbayern 25066: Hans Riemer.

⁵⁴⁹ Vgl. HERZOG, Bürgerunruhen, S. 7; RILLING, Studien, S. 155.

als eine Meile zu nähern. Zugleich wurden ihnen neue Wohnorte zugewiesen,⁵⁵⁰ wo ihnen eine zukünftige Tätigkeit im Rat oder der Gemeinde ausdrücklich untersagt blieb.⁵⁵¹ Unter ihnen allen sticht eine kleine Gruppe heraus, die bereits im Dezember 1408/Januar 1409 erstmals verurteilt und aus der Stadt verwiesen worden war.⁵⁵² Am 27. März 1409 findet man sie erneut unter den Verurteilten, die Urfehde leisten mussten, sich Landshut nur noch bis auf eine Meile nähern und in den ihnen neu zugewiesenen Wohnorten nicht im Rat tätig sein durften. Möglicherweise wurde ihre Schuld im Laufe der Verhandlungen für schwerwiegender befunden, als anfangs gedacht.⁵⁵³

Die Haftentlassungen zogen sich insgesamt noch bis Juni 1409 hin.⁵⁵⁴ Der Vorwurf, Heinrich XVI. habe bei dieser Gelegenheit seinen reichen Bürgern das Geld abgenommen, lässt sich angesichts der Konfiskationen im Vorfeld der Haftentlassungen nicht von der Hand weisen. Der Einzug von Hab und Gut der Übeltäter erfolgte noch vor der jeweiligen Verurteilung. Bereits am 22. Oktober 1408 übertrug die Bürgerin Barbara Leitgeb ihre Ansprüche und die ihres Bruders Christan Leitgeb auf eine Schuldverschreibung über 1.000 fl. und 100 fl. Dienst, die sie und ihr Bruder von Stephan Degenberger zu Altenußberg erhalten hatten, auf Herzog Heinrich XVI.⁵⁵⁵ Die Freilassung Christan Leitgebts erfolgte am 13. Dezember 1408. Am 1. November 1408 überließen der gewesene Kammermeister Hans Wernstorffer und seine Frau ihre Ansprüche über insgesamt 3.700 fl. dem Herzog sowie eine Reihe zahlloser Besitzungen (darunter fünf Häuser in Landshut, drei Höfe in Niederkam, Gangkofen

⁵⁵⁰ Vgl. HERZOG, Bürgerunruhen, S. 6: Als Verbannungsorte erscheinen Erding, Dingolfing, Neuötting, Neumarkt, Vilsbiburg, Eggenfelden, Mirskofen, Dießen, Burghausen, Braunau, Gangkofen und Pfarrkirchen.

⁵⁵¹ Ausnahmen diesbezüglich stellen Konrad Ardinger, Friedrich Franck und Georg Zollner dar, die in ihren Urfehden der Rats- oder Gemeindetätigkeit nicht abschwören mussten, vgl. BayHStA Kurbayern 25071; BayHStA Kurbayern 25065; BayHStA Pfalz-Neuburg Urfehden 1409 III 27/2.

⁵⁵² Konrad Teispeck, Hans von Velden, Martin Kröner, Haug Snäblinger. Vgl. BayHStA Kurbayern 25091; BayHStA Kurbayern 25070; BayHStA Kurbayern 25095; BayHStA Kurbayern 25064; BayHStA Kurbayern 25082; BayHStA Kurbayern 25086; BayHStA Kurbayern 25080; BayHStA Kurbayern 25077. Einzige Ausnahme bildete Konrad Teispeck, dem man die Rückkehr nach Landshut wieder erlaubte, vgl. BayHStA Kurbayern 25091.

⁵⁵³ Möglicherweise haben neue Beweise oder Aussagen die genannten Vier als dem Kreis der Hauptschuldigen zugehörig überführt, was ihre neuerliche Verurteilung rechtfertigen würde. Ob es sich dabei allerdings um Mitglieder des inneren oder äußeren Rates handelte, lässt sich nicht mehr klären.

⁵⁵⁴ Vgl. dazu die Urfehden von Konrad Rieder, BayHStA Kurbayern 25068, und Ulrich Huber aus der Steckengasse, BayHStA Kurbayern 25085.

⁵⁵⁵ Vgl. BayHStA Kurbayern 21016; LEITGEB, Altbayerisches Edelfeschlecht, S. 136.

und Kumberg, der Zehent zu Schenkenöd und Mayerthal, Silbergeschirr und Kleinodien) samt dem Recht bis zum kommenden 24. April alles für 4.000 fl. wieder einlösen zu dürfen, bevor es andernfalls endgültig in den Besitz des Herzogs als rechtmäßig gekauftes Gut überging.⁵⁵⁶ Die Entlassung Wernstorffers aus der Haft erfolgte noch im November 1408. Ähnlich erging es Hans Stepeck und seiner Frau, die am 14. November 1408 ihren Sitz und das Gut zu Salmannsberg samt weiterer Besitzungen (17 Höfe in der Umgebung Landshuts sowie Haus und Badstube zu Landshut) dem Herzog übergaben und das Wiederlösungsrecht gegen Bezahlung von 1.400 fl. erhielten.⁵⁵⁷ Stepeck wurde am 27. März 1409 freigelassenen. In Anbetracht dieser drei Fälle entsteht der Eindruck, als hätten sich die Übeltäter ihre Freiheit teuer erkaufen müssen. Allein aus den genannten Urkunden ergibt sich die stattliche Summe von insgesamt 6.500 fl., die dem Herzog als Nettoeinnahmen auf diese Art und Weise zufließen. Die Dimensionen werden umso klarer, als dass nur ein Bruchteil dieser Summe allein der Hälfte der Bruttoeinnahmen 1397/98 des Landshuter Herzogtums in Höhe von 7.816 Pfd. Landshuter Pfg. entsprach.⁵⁵⁸ Bedenkt man außerdem, dass es sich bei den Geschädigten in erster Linie um einflussreiche Ratsmitglieder und/oder Patrizier bzw. um andere vergleichsweise vermögende Personen gehandelt hat, so ist kaum mehr anzuzweifeln, dass die eigentlichen Ursachen für den Konflikt zwischen Stadt und Herzog 1408 in finanzpolitischen Überlegungen Heinrichs XVI. zu suchen sind. Die Konfiskationen ebenso wie die Tatsache, dass niemand verletzt oder getötet wurde, sprechen jedenfalls dafür.⁵⁵⁹ Angesichts leerer Staatskassen kam ihm das Vermögen der wohlhabenden Landshuter Stadtbürger sicher gelegen. Dabei wurde im Grunde die gesamte städtische Führungsschicht durch den Herzog ausgelöscht: „Verhaftet wurde der gesamte innere Rat einschließlich des Kammermeisters, wahrscheinlich auch der äußere Rat und daneben auch noch weitere, vermutlich vermögende Bürger. Betroffen von den Vorgängen war demnach hauptsächlich das Patriziat der Stadt. Nur wenige der Ausgewiesenen sind später wieder in die Stadt zurückgekehrt; die Mehrzahl von ihnen

⁵⁵⁶ Vgl. BayHStA Kurbayern 21012.

⁵⁵⁷ Vgl. BayHStA Kurbayern 21011.

⁵⁵⁸ Vgl. RILLING, Studien, S. 153; ZIEGLER, Staatshaushalt, S. 262.

⁵⁵⁹ Vgl. RILLING, Studien, S. 155, 157.

durfte nicht mehr zurückkommen oder hat die Stadt, gewitzt fürs Leben, für immer gemieden.“⁵⁶⁰

b) Die Unruhen von 1410

Die Unruhen von 1408 zogen erneute Auseinandersetzungen zwischen dem Herzog und der Landshuter Bürgerschaft in der Karfreitagsnacht am 21. März 1410 nach sich. Der Bürgerversammlung im Hause Dietrich Röckls wurde bekanntlich dessen untreue Ehefrau zum Verhängnis, die die heimliche Zusammenkunft in aller Verschwiegenheit ihrem Liebhaber vom herzoglichen Hof anvertraute. Dieser informierte sofort den Hofmeister Georg Aham und Sigmund Apfentaler, die die Nachricht unverzüglich an den Herzog weiterleiteten.⁵⁶¹ Bis heute ist eben erwähnte Episode in der Sage vom

⁵⁶⁰ HERZOG, Bürgerunruhen, S. 6. Vgl. RILLING, Studien, S. 155, die darauf hinweist, dass gerade die Auslöschung dieser Führungsschicht wohl in der Bevölkerung den Wunsch und den Druck verstärkt haben, Gewerbetreibenden und Handwerkern die Regierungsgewalt zu übertragen, ein Faktor, der vor allem bei den Unruhen von 1410 zum Tragen kam.

⁵⁶¹ Vgl. WEINDL, Überfall auf den Röcklturm; LEXER, Aventinus, S. 534: Aventin nennt als einziger den Informanten des Herzogs: Ulrich Ebran von Wildenberg, den Vater des Chronisten Hans Ebran von Wildenberg. Letzterer weis in seiner um 1480 fertiggestellten „Chronik von den Fürsten aus Bayern“ nur Gutes über Herzog Heinrich XVI. zu berichten, schwieg aber in auffallender Weise über die Vorfälle von 1408/10, vgl. SPILLER, Ulrich Fuetrer, S. 210, Anm. 1; HERZOG, Bürgerunruhen, S. 5: Dies lässt sich aus einer möglichen Rücksichtnahme Fuetrers auf seinen Gönner, besagten Hans Ulrich Ebran von Wildenberg, heraus erklären oder aber mit den Berichten der nachfolgenden Historiografen begründen, die den Namen seiner Familie in eher unrühmlicher Weise mit den Bürgerunruhen in Verbindung brachten. Vgl. dagegen WEILAND, Sächsische Weltchronik, S. 362: Der anonyme Fortsetzer der sächsischen Weltchronik (Vierte Bairische Fortsetzung) behauptet, der Verräter sei ein Mönch gewesen. Dies erscheint jedoch eher unglaubwürdig, vgl. SPITZLBERGER, Bürgerverschwörung, S. 23.

„Nahensteig“ lebendig geblieben.⁵⁶² Den Röcklturm in der Stadtmauer an der Isar als tatsächlichen Schauplatz der Verschwörung von 1410 stellte schon Theo Herzog in Frage und plädierte unter anderem auf Grund der Lage und der weniger beengten Räumlichkeiten für den Hoftrakt des Pappenbergerhauses (Altstadt Nr. 81) als eigentlichen Verschwörungsort.⁵⁶³

Über das drakonische Strafgericht des Herzogs berichtet Fuetrer: „An stund ersamleten sy, was sy von hofgesind zu wegen pringen mochten; mit den wurden die burger überfallen und zu väncknüss pracht. Do ward ain grauslicher auflauf, und ir vil vielen ausz über die maur, und wo sy sich verpergen mochten oder behelfen. Also wurden ir vil getödt, plent und sunst vertriben mit weyben und kinden. Auch liess man niemant von seinem guet nicht widerfaren; es nam der hertzog gar mit all, das ich armer Vlrich Fuetrer mit andern meinen geswistergeiten wol klagen mag, wan manig frumer man wol weiss, das des unwillen mein vatter säliger auch umb etlich tausent guldin werd kam. Ich muest mein not ye auch hierinn zu liecht pringen; mir wirt sunst nicht mer darumb.“⁵⁶⁴ Der Vater Ulrich Fuetrers, dem der Herzog nach eigenem Bekunden

⁵⁶² Vgl. HALLER, Turmkränzlein, S. 5: „Ein Hofnarr trieb sich eines Nachts in der Stadt herum. Da entdeckte er, daß heimlicherweise eine Schar von Bürgern im Röcklturm zusammengekommen war. Er belauschte ihr Gespräch und erfuhr, daß sie sich gegen seinen Herrn verschworen hatten, den jungen Herzog Heinrich, dessen Hand hart auf Stadt und Bürgern lag. Der Narr, der nicht nur einen verkrüppelten Leib, sondern auch eine verkrüppelte Seele hatte, beschloß, alles dem Herrn zu hinterbringen. Nun hat aber niemand solche Eile wie ein Hochzeiter und ein Verräter, und darum nahm der Narr einen Weg zur Burg hinauf, den sonst kaum jemand und bei Nacht nie jemand ging: pfeilgerade über den Burgberg zu einer geheimen Treppe, geradewegs ins Zimmer des Herzogs. Eh' noch der Wächter eine neue Stunde schrie, war der wilde Herzog schon am Röcklturm und faßte seine Bürger. Gnadenlos und schrecklich strafte der junge Fürst mit Tod und Blendung, Verstümmelung und Verbannung. Die ganze Stadt, das ganze Land schrie auf. Nach Jahrzehnten noch war Gram und Grimm in jeder Landshuter Gasse. Der Weg, den der herzogliche Spaßmacher zur Burg genommen hatte, wurde der Narrensteig genannt. Narrensteig! Längst ist der Name vergessen und der Mund der Stadt hat daraus den Nahensteig gemacht, als sollt mit dem kleinen Wandel die blutige Nacht verhüllt werden.“ Die Sage von der Entstehung des Nahensteigs rückt den Informanten des Herzogs in kein gutes Licht, lässt vielmehr erkennen, wie die Nachwelt seine Person in Erinnerung behielt. Bezeichnenderweise als Narr, verkrüppelt an Leib und Seele (!), kam ihm die unrühmliche Rolle des Verräters zu. Unter diesen Umständen verwundert das Schweigen Hans Ulrich Ebrans von Wildenberg über diese wenig schmeichelhafte Geschichte seines Vaters nicht.

⁵⁶³ Vgl. HERZOG, Bürgerunruhen, S. 7: Fuetrer und Arnpeck berichteten, die Verschwörer seien an der Länd über die Stadtmauer gestiegen und so in Röckls Haus gelangt. Aventin fügte die Information hinzu, dass Röckls Haus an der Mauer gelegen sei. Theo Herzog folgerte daraus, „daß die Lokalisierung der Vorgänge in den Röcklturm nur eine spätere Ideenverbindung von Länd und Stadtmauer ist, die auf eine ungenaue Interpretation der alten Quellen zurückzuführen“ sei. Der Turm als Teil der Stadtbefestigung befand sich wohl kaum im Besitz eines Bürgers. Um außerdem von außen her in den Turm zu gelangen, hätten die Verschwörer nicht erst die Stadtmauer übersteigen müssen. Fraglich sei auch, ob der Turm einen Raum aufzuweisen hatte, der mehr als 50 Personen Platz bot. Zum Pappenbergerhaus vgl. HERZOG, Landshuter Häuserchronik, Bd. I, S. 63f.

⁵⁶⁴ SPILLER, Ulrich Fuetrer, S. 209f.

mehrere tausend Gulden abgenommen hatte, gehörte demnach selbst zu den unmittelbar Betroffenen von insgesamt ca. 50 Familien.⁵⁶⁵ Theo Herzog hielt diesen Verweis Fuetrers auf seine eigene Familie für höchst unglaubwürdig und frei erfunden auf Grund der für damalige Verhältnisse ungewöhnlich hohen Summe.⁵⁶⁶ Vergleicht man aber mit den über 6.000 fl., die Herzog Heinrich XVI. 1408 nachweislich allein von den drei Familien Leitgeb, Wernstorff und Stepeck einzog, so erscheinen Fuetrers „etlich tausent guldin“ nicht mehr aus der Luft gegriffen und zeugen davon, dass den Bürgern beträchtliche Vermögen abgenommen wurden.⁵⁶⁷

Die urkundliche Überlieferung gewährt über die Ereignisse in der Karfreitagsnacht 1410 und ihren Folgen für die Stadt tiefere Einblicke, fällt aber im Umfang bedeutend geringer aus als noch 1408, da die Urfehden der Verhafteten nicht mehr einzeln, sondern von der ganzen Stadt samt den Verschwörern mit ihren Hinterbliebenen für die Gesamtheit geleistet wurden.⁵⁶⁸ Aufschluss über die Namen der Beteiligten gibt die Urkunde, die am 30. März 1410, am Sonntag nach Ostern und gerade mal neun Tage nach Aufdeckung der Verschwörung, ausgestellt wurde.⁵⁶⁹ Darin schworen 31 Männer und 24 Ehefrauen der in der Karfreitagsnacht getöteten oder geflüchteten Männer Urfehde. Nachdem sie ihre „poshait und untrew“ gegenüber dem Herzog eingestanden hatten, wofür sie „den tod wol verdient hieten“, wurden alle der Stadt und des Landes verwiesen.⁵⁷⁰ Anders als 1408 folgte das Strafgericht des Herzogs unmittelbar auf die Ereignisse. Eine Untersuchung der Personen ergab, dass je ein Glaser, Lebzelter, Spindler, Metzger, Schmid, Krämer, Fragner, Weber, drei Schneider und sieben Bäcker

⁵⁶⁵ Vgl. BECHER, Landshut, S. 420.

⁵⁶⁶ Vgl. HERZOG, Bürgerunruhen, S. 5.

⁵⁶⁷ Vgl. RILLING, Studien, S. 152.

⁵⁶⁸ Vgl. HERZOG, Bürgerunruhen, S. 6.

⁵⁶⁹ Vgl. BayHStA Kurbayern 26917: Folgende Männer leisteten Urfehde: Märkchel Glaser, Hans Hayder, Hans Letzelter, Chunrat Spindler, Hans Smid, Hainreich Pschähä, Andre Reindel, Ulreich Volhawt, Andre Mirsenchofer, Ott Chramer, Jobs Wernstorffer, Ulreich Pschähä Aidem, Chunrat Hawspekch, Hansel von Ingelstat, Hainreich Schrämel, Erl Pekch, Ulreich Pischolf, Hans Tewbler, Ulreich Aicher, Andre Chespekch, Jacob Pekch, Fridel Wirsing, Andre Hakk, Hans Chephf, Peter Pekch, Andre Dremel, Öttel Pekch, Hans Choburger Pekch, Hans Sweikkel, Hans Chrotentaler, Eberhart Guglar.

Als Frauen der bereits in der Karfreitagsnacht getöteten oder geflüchteten Männer schworen Urfehde: Engel Mospürgerin, Jacob Räklin, die Wisarin, die Albertein, die Fruepeisin, die Wälhin, Höfsteterin, die Schulhuberin, die Flieherin, die Haselbachin, die Peter Snejdärin, die Michel Fragnerin, die Dietel Snejdärin, die Sintmanin, die Mautschirin, die Hölztlin, die Urbanin, die Schiessairin, die Hallarin, ihre Mutter, die Hauginwasserin und die Pandelchoferin, beide deren Töchter.

⁵⁷⁰ BayHStA Kurbayern 26917. Vgl. HERZOG, Bürgerunruhen, S. 6.

zu den Beteiligten gehörten.⁵⁷¹ Im Unterschied zu 1408 stammte die Mehrzahl demnach nicht wie zwei Jahre zuvor aus dem begüterten Patriziat oder dem Rat, sondern waren Handwerker und Gewerbetreibende. Außerdem hatte der Großteil der Verhafteten offenkundig mit den Unruhen von 1408 nichts zu tun, denn nur die Namen der Familie Wernstorffer und Haslbeck fallen im Zusammenhang mit 1410 erneut.⁵⁷²

Herzog und Rilling verwiesen in diesem Zusammenhang auf die Begnadigungsurkunde Heinrichs XVI. für den anfänglich unter Verdacht stehenden, sich dann aber als unschuldig erwiesenen Bäcker Hans Gensperger, dessen Ehefrau Engel und einer Wendel Lindegut vom 4. April 1410, die vom Kammermeister Hans Sattler unter der Zeugenschaft des äußeren und inneren Rats gesiegelt worden war.⁵⁷³ Da nicht davon auszugehen ist, dass innerhalb der kurzen Zeit zwei neue Ratskollegien gebildet wurden, scheint die Annahme berechtigt, dass 1410 anders als 1408 keinesfalls der gesamte Rat der Stadt an der Verschwörung beteiligt gewesen sein konnte.⁵⁷⁴ Vielmehr kann es als gesichert gelten, dass die Verschwörung von 1410 von der Gemeinde ausging und dementsprechend auch die Bestrafung anders, nämlich weitaus härter und umfassender ausfiel als noch zwei Jahre zuvor.⁵⁷⁵

Die Strafmaßnahmen Herzog Heinrichs XVI. von 1410 sind kopial in Abschriften des Landshuter Stadtbuches überliefert.⁵⁷⁶ In Anlehnung an den darin enthaltenen Vermerk

⁵⁷¹ Vgl. RILLING, Studien, S. 156.

⁵⁷² Vgl. RILLING, Studien, S. 156. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Namen der Urfehde leistenden Ehefrauen zu richten, vor allem auf die beiden erstgenannten, eine Engel Moosburgerin und eine Jakob Röcklin, da laut Fuetrer ein Hans Moosburger zu den 1408 verhafteten vier mächtigsten Ratsmitgliedern gehörte und im Haus des Dietrich Röckl bekanntlich die Verschwörung von 1410 stattgefunden haben soll. Doch auch hier ist die Richtigkeit der Angaben Fuetrers in Zweifel zu ziehen: Engel Moosburgerin war die Witwe des Bäckers Ulrich Moosburger und an den Unruhen von 1410 war nachweislich nur ein Jakob Röckl beteiligt, vgl. HERZOG, Bürgerunruhen, S. 6. Vgl. dazu auch HERZOG, Bürgerunruhen, S. 5: Der Name Räckl oder Röckl begegnet in Landshut zumindest das ganze 14. Jahrhundert über. Auch jener bei Aventin genannte Leitgeb, vermutlich Christan Leitgeb, der am 13. Dezember 1408 Urfehde schwor, fand sich nicht unter den Opfern von 1410, vgl. HERZOG, Bürgerunruhen, S. 6.

⁵⁷³ Vgl. BayHStA Kurbayern 26918; HERZOG, Bürgerunruhen, S. 6; RILLING, Studien, S. 156.

⁵⁷⁴ Vgl. HERZOG, Bürgerunruhen, S. 6; RILLING, Studien, S. 156.

⁵⁷⁵ Vgl. RILLING, Studien, S. 157. In den Monaten April bis Juni 1410 leisteten noch mehrere Landshuter Bürger in Folge der Unruhen Urfehde. Vgl. BayHStA Kurbayern 26912: Ulrich Huber aus der Steckengasse. Vgl. BayHStA Kurbayern 26913: Alban Smid. Vgl. BayHStA Kurbayern 26914: Heinrich Taschner. Vgl. BayHStA Kurbayern 26915: Ulrich Hokker. Vgl. BayHStA Kurbayern 25081: Heinrich Unwill. Die letzten Urfehden in dieser Angelegenheit wurden am 20. Juni 1411 geschworen, als Ulrich Teispeck sich mit Herzog Heinrich XVI. für seinen an der Verschwörung beteiligten Vater verglich, vgl. BayHStA Kurbayern 26986, und am 18. Juli 1413, als sich Martin Kröner mit dem Herzog versöhnte und versprach sich der Stadt Landshut bis auf drei Meilen nicht zu nähern, vgl. HERZOG, Bürgerunruhen, S. 7.

⁵⁷⁶ Vgl. Stadtarchiv Landshut Stadtbuch Landshut Bd. 11, fol. 86r-86v, 87r, 87v; gedruckt bei HELLERSBERG, Betrachtungen, S. 19-23.

„Die hernachgeschriben pösen brief sind von hof ainem rat uberantwurt und verprennt worden“⁵⁷⁷ wurde später oftmals die Behauptung aufgestellt, Herzog Heinrich XVI. habe sämtliche Urkunden in dieser Angelegenheit kurz nach 1410 aus Reue oder Beschämung über sich selbst verbrennen lassen um „über das Ganze den Schleyer der Vergessenheit“ zu werfen.⁵⁷⁸ Die bereits erwähnte Urkunde vom 30. März 1410 und die Urfehde des Bäckers Hans Gensperger vom 4. April 1410 beweisen das Gegenteil.⁵⁷⁹ Das Strafgericht Heinrichs des Reichen traf Landshut mit aller Härte. Die Stadt musste massive Eingriffe in ihre Autonomiebestrebungen hinnehmen: Richter, Kämmerer, Rat und Gemeinde der Stadt waren gezwungen, dem Herzog mehrere Stadttore und Türme, die in Richtung Burg lagen (Schweicker Turm, Grafen Turm, Tor nach Achdorf, Turm und Tor bei St. Jobst), auszuliefern, so dass der Herzog von nun an die Stadtbefestigung in seiner Hand hatte.⁵⁸⁰ Der Herzog sollte in Zukunft auch alljährlich Richter, Kämmerer und Rat der Stadt einsetzen.⁵⁸¹ Versammlungen außer der Rats- und Gemeindeversammlung, an letzterer maximal nur noch 100 Bürger teilnehmen durften, wurden verboten.⁵⁸² Die Stadt musste die Bestrafung der Schuldigen „an leib und guet“ auch für die noch aufzuklärenden Fälle zusichern, die Bürger sich zu unbedingter Kriegsfolge und zum Verzicht auf jeglichen Widerspruch gegen den Herzog verpflichten.⁵⁸³ Am 2. April 1410 wiederholten Richter, Rat und Gemeinde ihren Schwur vom 30. März in einer weiteren Urkunde und bestätigten die genannten Auflagen einzuhalten.⁵⁸⁴ „Von der alten städtischen Selbständigkeit blieb nichts mehr übrig. Wenngleich die Stadtverfassung äußerlich fast unverändert weiterbestand, so besaß jetzt doch der Herzog die nötigen Machtmittel, um sich die Stadt gefügig zu machen.“⁵⁸⁵ Deutlich erkennbar ist in den Ereignissen von 1408/10 „die herzogliche

⁵⁷⁷ Stadtarchiv Landshut Stadtbuch Landshut Bd. 11, fol. 86r.

⁵⁷⁸ HELLERSBERG, Betrachtungen, S. 18.

⁵⁷⁹ Vgl. dazu auch BayHStA GU Landshut 252: Unter dieser Signatur sollte laut dem Repertorium im BayHStA auch die Urkunde vom 2. April 1410, worin Richter, Rat und Bürger der Stadt Landshut dem Herzog die Einhaltung seiner Auflagen schworen, im Original erhalten sein, befand sich aber nicht am Standort und ist wahrscheinlich verloren gegangen.

⁵⁸⁰ Vgl. BECHER, Landshut, S. 420; RILLING, Studien, S. 156.

⁵⁸¹ Vgl. HELLERSBERG, Betrachtungen, S. 19f.

⁵⁸² Vgl. HELLERSBERG, Betrachtungen, S. 17, 21; BECHER, Landshut, S. 420.

⁵⁸³ Vgl. HEIGEL, Landshuter Rathschronik, S. 268; BECHER, Landshut, S. 420.

⁵⁸⁴ Vgl. Stadtarchiv Landshut Stadtbuch Landshut Bd. 11, fol. 87v; HELLERSBERG, Betrachtungen, S. 23. Vgl. BayHStA GU Landshut 252: Die Urkunde vom 2. April 1410 ist im Original verloren. Die im Landshuter Stadtbuch erhaltene Abschrift bleibt daher die einzige Quelle.

⁵⁸⁵ BECHER, Landshut, S. 421.

Zurückdrängung von Städten und Ständen“,⁵⁸⁶ wie sie in späterer Zeit immer stärker sichtbar wird. Die Integration der nach Autonomie strebenden Residenzstadt in den werdenden Territorialstaat Bayern-Landshut war mit der nicht nur wiederhergestellten, sondern sogar gesteigerten Stadtherrschaft Herzog Heinrichs XVI. 1410 erfolgreich gelungen.

c) Ursachen und Auslöser

Angesichts der drakonischen Strafmaßnahmen Heinrichs XVI. des Reichen muss der Frage nach den eigentlichen Ursachen dieses angespannten Verhältnisses zwischen Herzog und Bürgertum nachgegangen werden. Bei dem Chronisten Ulrich Fuetrer findet sich diesbezüglich ein wertvoller Hinweis: Während der alte Herzog Friedrich „der stat daselb gar vil sunder und grosser freyhait geben und bestätt“ hatte, dachte der junge Herzog Heinrich XVI. gar nicht daran, die Privilegien der Landshuter Bürgerschaft anzuerkennen.⁵⁸⁷ Deshalb widersetzten sich die Bürger und der Rat dem Fürsten, pochten auf ihre Freiheitsbriefe und drohten damit, sich an das Reichsoberhaupt zu wenden.⁵⁸⁸ Die Stadt wollte eine Beschränkung ihrer Privilegien durch den neuen Herzog offensichtlich nicht dulden, drohte sogar mit dem Appell an den Kaiser, was eine Überprüfung ihrer Beschwerden durch das kaiserliche Hofgericht bedeutet hätte.⁵⁸⁹ Anders als in München, wo sich die Bürgerschaft gegen den Rat auf Grund mangelnder Repräsentation der Handwerker im Stadtrat erhoben hatte, wandten sich in Landshut die Ratsmitglieder gegen den Herzog.⁵⁹⁰ Selbst in den Landshuter

⁵⁸⁶ BECHER, Landshut, S. 421.

⁵⁸⁷ SPILLER, Ulrich Fuetrer, S. 209. Vgl. EMSLANDER, Heiliggeistkirche, S. 35; HEIGL, Chroniken, S. 267, 270: Mehrmalige Verstöße gegen die verbrieften Freiheiten der Stadt Landshut nennt auch Prior Veit von Ebersberg in seiner 1504 entstandenen „Cronica Bavarorum“ als Auslöser.

⁵⁸⁸ Vgl. SPILLER, Ulrich Fuetrer, S. 209.

⁵⁸⁹ Vgl. BECHER, Landshut, S. 420.

⁵⁹⁰ Vgl. RILLING, Studien, S. 151.

Sagen ist der Hinweis auf eine Beschneidung alter Bürgerrechte durch den Herzog, „dessen Hand hart auf Stadt und Bürgern lag“, als auslösendes Moment bis heute erhalten.⁵⁹¹ Welche Vergehen Herzog Heinrichs XVI. im Einzelnen letztendlich für das Aufbegehren der Landshuter Bürgerschaft ausschlaggebend waren, sind nicht dokumentiert. Die mehrere Punkte umfassende Klageschrift des Herzogs gegen seine Bürgerschaft ist hingegen durch ihre Überlieferung bei Staudenraus⁵⁹²

⁵⁹¹ HALLER, Turmkränzlein, S. 6.

⁵⁹² Vgl. STAUDENRAUS, Chronik, S. 113-117:

„1) Die von Landshut hätten ihm seit seines Vaters Tod keinen Vicedomhandel zustehen lassen, dergleichen ihm als Fürsten gebühre und zugehöre, weder wenig noch viel.

2) Einer aus dem Rathe habe ihm einen Mann in seiner Freiung angehalten und gefänglich in die Stadt geführt. Er, der Herzog, und seine Räte hätten den Stadtrath davon in Kenntniß gesetzt; sie aber, die Stadträte, haben ihn doch bei sich behalten, und dem Herzoge kein Genüge darum gethan, da die Sache doch sein Fürstenthum und seine Freiung betreffe.

3) Der Stadtkämmerer habe selbst Jemanden sein Geleite gegeben, der bei dem Herzoge auf dem Schlosse war. Als ihn der Fürst darnach in die Stadt gehen hieß, habe selben der Stadtkämmerer (Wernstorfer) doch aufgefangen.

4) Die von Landshut haben in seinem Landgericht und in seinen Schlössern Urbarleut, Eigenleut und andere Leute beredet »zu versprechen und zu verantworten vor dem Burger-Gericht,« also daß die herzoglichen Pfleger, Richter und Amtleute nichts dazu thun dürften, weder von Gerichts- noch von andern Sachen wegen. Damit haben sie ihm in seine Herrschaft und Fürstenrechte eingegriffen.

5) Sie haben viel ungewöhnliche Sätze und Neuerungen gemacht mit seinen Urbarleuten, - und andere Dinge, dadurch das Kastenamt und die herzoglichen Zölle zu Schaden gekommen, und wozu sie weder Recht noch Briefe hätten.

6) Sie seien ihm mannigfaltig in seine Herrschaft und sein Fürstenthum gefallen, haben die Leute daraus geführt und gefangen, mit Leib und Gut, wo und wie es ihnen beliebte; hätten sie getödtet oder leben lassen, wozu sie weder Brief noch Recht haben, und wodurch er an seinem fürstlichen Gerichte verlieren mußte, wie jedermann wohl verstehe, daß ihm nicht gütlich daran geschehen ist, indem sie nicht mehr Recht hätten, als andere Städte und Märkte, also daß sie Niemand greifen und richten sollen, er sei denn gefangen zu Landshut in der Stadt.

7) Sie haben auch in seinem Landgerichte, Städten und Märkten, gepfändet und in die Stadt hineingenöthet, um Grund und Boden, daß sie das in der Stadt verantworten mußten, da es doch seines Fürstenthums und Landgerichts Recht sey, daß man Grund und Boden nirgends verantworten soll, dann in den Herrschaften und Gerichten, worin er gelegen ist.

8) Andere Städte und Märkte hätten all die Rechte, die sie (von Landshut) haben. Wird nun einer in der Stadt »gerecht,« so daß man ihn unbillig gepfändet hat, geben sie ihm nicht mehr für seinen Schaden, als 32 Pfennig. Das haben sie selbst ausgesetzt, ohne Recht oder Briefe zu haben, und dadurch kommen herzogliche und andere Unterthanen zu Schaden.

9) Auch pfänden und verbieten sie das herzogliche Hofgesind und wollen ihretwegen nicht Recht nehmen vor dem Hofmeister, als doch des Fürstenthums Recht sey und bei allen vorigen Herzogen Herkommen wäre.

10) Sie haben auch die Stadtsteuer (600 Pfund) bei 10 Jahren, nicht viel minder oder mehr, inbehalten und ihm nicht gegeben.

11) Sie haben die Gerichtsabgabe zu Landshut seit seines Vaters Tod nicht mehr geleistet, da ihm doch jährlich 32 Pfund davon zufallen sollen.

12) Haben sie ihm seit seines Vaters Tod keinen Richter fürgebracht, ob ihm der gefalle oder nicht, als doch bei seinen Vorvordern und seinem Vater Herkommen war.

13) Sie fordern von seinen Urbar- und andern Leuten, die im Landgericht gesessen sind, daß sie ihr Kraut und anders Gut nach der Stadt Maaß verkaufen und nicht nach dem Maaß im Gerichte, da sie eingesessen sind, und wozu die von Landshut weder Brief noch Recht haben.

14) Wer ihr Gesez überfährt, den strafen sie selbst darum, dadurch ihm, dem Fürsten, und den Seinigen ungütlich geschehe.

und Hellersberg⁵⁹³ bekannt. Beschwerden des Herzogs unter anderem über die Vorenthaltung der Viztumhändler, Verletzungen des herzoglichen Gerichts, Geleits und der Zolleinnahmen, die verweigerte Bezahlung von Abgaben an den Herzog und der Stadtsteuer seit zehn Jahren und nicht zuletzt die durch die Bürger begünstigte Münzverschlechterung, deren Schaden sich nach eigenen Aussagen des Herzogs auf 100.000 fl. belief, zeigen, dass die konträren Interessen des Fürsten mit denen der städtischen Bürgerschaft vor allem im Bereich der Finanzen und Gerichtsbarkeit

15) Sie pfänden seine Pfleger und Amtleute darum, daß man die Ihrigen vor ein fürstliches Gericht fordert.

16) Wenn Jemand beim Landgericht einen Handel hat und verliert das Recht, so wird er Bürger in der Stadt, oder sein Bruder, seine Schwester, - wenigstens Burgerknecht (oder Dirn), und dann pfändt er um das »behabte Recht und Pfreut« hinein und nöthen den andern so lang, bis er bei dem Rath bleiben, oder sonst davon lassen muß, und mag das erhaltene Recht nicht genießen, das er im äußern Landgericht erlangt hat.

17) Wenn die Landschaft dem herzoge seit seines Vaters Tod geholfen habe, so haben sie ihm nicht geholfen. Wenn sie ihm auch mit Etwas geholfen haben, so mußte er ihnen »zu drey malen als viel« dafür geben.

18) Sie verbieten auch den Bürgern Stadt und Land, wozu sie doch auch im Lande weder Recht noch Gewalt haben. Ausgenommen die Stadt zu Landshut, die möchten sie einem wohl verbieten, der es verdient hätte.

19) Sie haben ihm eine Thüre aus des Estervelds Haus am Berge verschlagen, dadurch er den Gestank, von dem Bade herauf, wollte umgangen haben.

20) Er sey einer Münze wegen überein worden mit seines Veters Herzogs Johann Landen und mit denen von Regensburg. Sobald er aber münzen und schlagen ließ, da erfanden die von Landshut eine andere geringere Münze und verschlugen die Seinige. Er und sein Land hätten davon um mehr als 100,000 Gulden Schaden gehabt. Sie brachten ihn auch dazu, daß er seine Briefe und Siegel nicht halten konnte. Er habe doch die Sache nach ihrem Rath angelegt, und müsse darum mit seines Veters Land und denen von Regensburg noch heuer sprechen.“

⁵⁹³ Vgl. HELLERSBERG, Betrachtungen, S. 14f: „Wernstorfer, Kammerer, hatte auf Verwenden des Herzogs Jemand Geleitsbrief gegeben, der sich zu dem herzog begab, und als diese Person wieder in die Stadt gieng, ließ sie Wernstorfer gefangen nehmen. Die von Landshut hätten in den Landgerichten und Schlössern die herzoglichen Urbarsleute, eigene Leute und andere beredet, zu versprechen, nur mehr die städtische Obrigkeit über sich zu erkennen. Die von Landshut wären häufig in das Fürstenthum und die herzoglichen Gerichte (den Burgfrieden überschreitend) gefallen, hätten da die Leute abgeführt und gefangen, sie mit Leib und Gut bestraft, und nach Willkühr den Einen hingerichtet, den Andern am Leben gelassen. Die von Landshut wären in die Landgerichte, in die übrigen Städte und Märkte gekommen, hätten da gepfändet, und die Leute gezwungen, über Grund und Boden in der Stadt Recht zu nehmen. Die von Landshut pfänden das herzogliche Hofgesind, und wollen vor dem herzoglichen Hofmeister nicht Recht nehmen, selbst das Geding an den Herzog nicht geschehen lassen. Die von Landshut hätten seit zehn Jahren (sic!) die Stadtsteuer nicht mehr vollständig entrichtet, und haften noch 600 Pfd. Pf., die Gerichtsabgabe hätten sie seit H. Friedrichs Tod nicht mehr bezahlt. Sie hätten zu den Hilfen, welche auf Landtagen bewilligt worden, nichts beigetragen: oder wenn sie etwas gaben, so mußten ihnen andere Vortheile dagegen gewährt werden. Die von Landshut hätten dem Herzog keinen Richter mehr zur Bestellung vorgeschlagen. Die von Landshut verhinderten den Vollzug eines Urtheiles, wenn Jemand bey einem Landgerichte den Streit verliert, darauf Burger wird, oder in der Stadt Verwandte hat. Die von Landshut hätten eine geringere Münze erfunden, da der Herzog im Münzverein sich zu einer bessern Münze verbindlich machte, wodurch aber seine Münze verschlagen und ihm ein Schaden von mehr als hunderttausend Gulden zugefügt, und der Herzog außer Stand gesetzt worden wäre, den Vertrag zu halten.“

aufeinander prallten.⁵⁹⁴ Wenn auch mit letzter Sicherheit die Frage nach den Ursachen der Landshuter Bürgerunruhen von 1408/10 wohl nicht mehr zu beantworten ist, so dürften doch neben finanzpolitischen auch herrschaftskonsolidierende Überlegungen Herzog Heinrichs XVI. ausschlaggebend gewesen sein. Die Stadtbürger stellten durch ihre Kompetenzüberschreitungen in zwei fundamentalen Bereichen (Finanzen, Jurisdiktion) die Rechte des Herzogs in Frage und damit die Grundfesten seiner stadtherrlichen Herrschaftsausübung. Es liegt daher auf der Hand, dass Herzog Heinrich XVI. gerade in seinen ersten Regierungsjahren ein reges Interesse daran haben musste, die Autonomiebestrebungen seiner Residenzstadt zurückzudrängen und diese seiner fürstlichen Autorität zu unterwerfen. In diesem Zusammenhang wurden in jüngster Zeit die Gewährung des Pflasterzolls 1402 und die Erweiterung des Burgfriedens 1405⁵⁹⁵ als erste Eingriffe des Herzogs zur Anerkennung seiner Autorität aus einem landesherrlichen Repräsentationsbedürfnis heraus interpretiert.⁵⁹⁶ Als einen „unmißverständlichen Wink mit dem Pflasterstein“ deutete Spitzelberger die betont huldvolle Genehmigung der Pflasterung der Stadt von 1402 seitens des Herzogs, was jedoch angesichts der formalisierten Urkundensprache sicherlich nicht überinterpretiert werden darf. Gleichsam einer Bitte der Bürger nachkommend erlaubte Heinrich XVI. ihnen, zur Begleichung der entstehenden Unkosten einen Pflasterzoll zu erheben, zunächst für die Dauer von zwölf Jahren und anschließend bis auf Widerruf.⁵⁹⁷ Mit der Pflasterung der Stadt begann der Rat allerdings erst drei Jahre später.⁵⁹⁸ Kurz darauf folgten mehrere Verordnungen, die die Vorstellungen Herzog Heinrichs XVI. vom Stadtbild Landshuts als einer repräsentativen Residenzstadt, die sich vor den Hauptstädten der anderen Teilherzogtümer nicht mehr verstecken musste, konkretere Formen annehmen ließen.⁵⁹⁹ Am 20. August 1405 begann ein „großes Aufräumen“, als

⁵⁹⁴ Vgl. BECHER, Landshut, S. 419f: Nicht alle Vorwürfe des Herzogs hatten ihre tatsächliche Berechtigung. Das beispielsweise beanstandete Pfändungsrecht der Stadt ging auf ein Privileg Kaiser Ludwigs zurück. Das ebenso kritisierte Recht der Festnahme von Verbrechern in jedem Gerichtsbezirk hatte Herzog Stephan der Stadt gewährt.

⁵⁹⁵ Vgl. KALCHER, Wittelsbacher Fürstenurkunden, Nr. 69, S. 111f.

⁵⁹⁶ Vgl. EMSLANDER, Heiliggeistkirche, S. 48.

⁵⁹⁷ Vgl. SPITZELBERGER, Landshuter Stadtbildpflege, S. 206; EMSLANDER, Heiliggeistkirche, S. 36. Vgl. dazu das Original BayHStA GU Landshut 228, gedruckt bei KALCHER, Wittelsbacher Fürstenurkunden, Nr. 27, S. 107-110.

⁵⁹⁸ Vgl. EMSLANDER, Heiliggeistkirche, S. 37: Die Verzögerung lässt sich mit finanziellen Überlegungen erklären oder weil entsprechend Zeit zur Materialbeschaffung benötigt wurde.

⁵⁹⁹ Zu München und Ingolstadt vgl. STÖRMER, Oberbayerische Residenzen. Zu Straubing vgl. ZIEGLER, Niederbayerische Residenzen; KRENN, Städte und Märkte.

der Herzog alles, was in die Straßen hinein ragte, abreißen ließ.⁶⁰⁰ Davon blieben auch die hölzernen Erker nicht verschont, die in Zukunft weder erneuert noch gebaut werden durften.⁶⁰¹ Die in anderem Zusammenhang erwähnte Urfehde vom 30. März 1410 gibt Auskunft darüber, dass der Herzog den Abbruch der Judengasse und des alten Judentores veranlasst hatte.⁶⁰² Vermutlich sollte sich jedem Besucher, der die Stadt durch das Münchner Tor betrat, freie Sicht auf die soeben im Entstehen begriffene St. Martinskirche eröffnen. Auch der Abriss der großen Mittelgebäude in der Altstadt von 1412 ging auf einen Befehl Herzog Heinrichs XVI. zurück.⁶⁰³ Gerade in den wenigen Jahren von 1405 bis 1412 erfolgte die „Umgestaltung einer durch mittelalterliche Enge gezeichneten Siedlung zur großzügig angelegten Residenzstadt“,⁶⁰⁴ die das Landshuter Stadtbild noch heute prägt.

Das Einverständnis für den Abriss der Judengasse und des Judentores scheint vom Herzog erst nachträglich von den Bürgern eingefordert worden zu sein, obwohl mit den Abrissarbeiten und der neuen Pflasterung gerade ihnen neue Ausgaben ins Haus standen. Die Bürger als eigentliche Kostenträger waren vom Herzog wohl einfach übergangen worden,⁶⁰⁵ was zur allgemeinen Verärgerung beigetragen haben dürfte. Der Zorn der Bürger auf ihren Stadtherrn mag sich am Ende weniger an dessen Baumaßnahmen entzündet haben als an den daraus entstandenen finanziellen Belastungen. 1407 befanden sich in Landshut drei Kirchen im Bau.⁶⁰⁶ 1385 hatte man mit dem Bau der St. Martinskirche begonnen, deren Chorgewölbe 1398 abgeschlossen

⁶⁰⁰ Vgl. Stadtarchiv Landshut Stadtbuch Landshut Bd. 11, fol. 92r; SPITZLBERGER, Die Fürsten, S. 12.

⁶⁰¹ Vgl. dazu die Verordnung vom 1. Oktober 1407 in Stadtarchiv Landshut Stadtbuch Landshut Bd. 9, fol. 85r; SPITZLBERGER, Die Fürsten, S. 12.

⁶⁰² Vgl. RILLING, Studien, S. 163: Auf Bitten der Juden hin wurden die Synagoge und das Tauch- und Backhaus stehen gelassen. Vgl. zur Landshuter Judengemeinde KIRMEIER, Juden und der Judenpolitik Heinrichs XVI. des Reichen RILLING, Studien, S. 157-166; STRAUS, Judenpolitik.

⁶⁰³ Vgl. Stadtarchiv Landshut Stadtbuch Landshut Bd. 11, fol. 86r; SPITZLBERGER, Die Fürsten, S. 12; TAUSCHE/EBERMEIER, Geschichte Landshuts, S. 36: Heinrich XVI. der Reiche ließ 1412 die Fleisch- und Brotbänke, die sich von St. Martin in die Altstadt hineinzogen, hinter das Rathaus verlegen.

⁶⁰⁴ SPITZLBERGER, Die Fürsten, S. 12.

⁶⁰⁵ Vgl. Stadtarchiv Landshut Stadtbuch Landshut Bd. 11, fol. 86r; SPITZLBERGER, Die Fürsten, S. 12; EMSLANDER, Heiliggeistkirche, S. 48.

⁶⁰⁶ Vgl. EMSLANDER, Heiliggeistkirche, S. 37f.

und anschließend das Langhaus in Angriff genommen worden war.⁶⁰⁷ 1404 fiel die Pfarrkirche St. Jodok einem Brand zum Opfer. Schon im Jahr darauf wurde mit ihrem Wiederaufbau begonnen. Am 20. Januar 1407 wurde schließlich der Grundstein für die Hl. Geistkirche gelegt.⁶⁰⁸ Alle drei Kirchen gelten als „Bürgerkirchen“,⁶⁰⁹ dass heißt der Bau der Kirchen beruhte zum Großteil auf den Leistungen und Stiftungen der Landshuter Bürgerschaft. Hinzu kam die Straßenpflasterung, die 1407 bestimmt noch nicht abgeschlossen war. In der Tat stellt man sich die Frage, wie die Landshuter Bürger die hierfür notwendigen finanziellen Mittel aufbrachten. Man geht daher gewiss Recht in der Annahme, dass die Unruhen in Landshut von 1408 ihren Anfang in einer

⁶⁰⁷ Vgl. HALLER, Turmkränzelein, S. 10: In der Sage über den Bau der Martinskirche in Landshut, wonach die Bürger den Turm so hoch bauten um von dort aus dem Herzog auf der Trausnitz in die Schlüssel schauen zu können, ist der Gegensatz zwischen Herzog und Bürgerschaft noch erhalten. Der 130,6 Meter hohe Turm von St. Martin gilt heute als der höchste Ziegelsteinturm der Welt, vgl. TAUSCHE/EBERMEIER, Geschichte Landshuts, S. 119.

⁶⁰⁸ Eberhard Zorn stellte die These auf, dass die Hl. Geistkirche ursprünglich mit einer Kronkammer zur Aufbewahrung der Reichsinsignien und Kleinodien geplant und damit als Repräsentationsbau Herzog Heinrichs XVI. in seinem Streben nach der Königskrone vorgesehen war, vgl. ZORN, Landshut, S. 114-119. Zorns Theorie setzt voraus, das Herzog Heinrich XVI. tatsächlich Interesse an der Reichskrone hatte. Diesen beschäftigten jedoch zu dem Zeitpunkt ganz andere Probleme, da der sich schon lange im Nachteil führende junge Herzog Ludwig VII. der Bärtige von Bayern-Ingolstadt sogleich nach seiner Rückkehr aus Frankreich 1403 begonnen hatte, die „Zugab“ vom Landshuter Herzog als Entschädigung für die Benachteiligung bei der Landesteilung von 1392 einzuklagen. Vgl. VOIGT, Streithändel; STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 253f: Das Urteil des Münchner Herzogs Ernst am 17. Juli 1406 entschied zu Gunsten Heinrichs XVI. Die folgenden Jahre kämpfte Ludwig VII. vor zahlreichen Instanzen (1407 vor König Ruprecht, 1409 vor dem römischen Papst Gregor XII. und 1410, 1411, 1414, 1415 vor dem Pisaner Papst Johann XXIII.) für eine Revision des als parteiisch empfundenen Urteils. Zwei Jahre lang drohte darüber ein Hauskrieg in Bayern auszubrechen. Der Freisinger Schiedsspruch von 1410, der Heinrich XVI. erneut in seinem Recht bestätigte, sicherte vorerst den Frieden. Nach einer kurzen Phase der Entspannung versuchte Ludwig VII. der Bärtige im Herbst 1410 in geheimer Verhandlung mit den Münchner Herzögen ein antilandshutisches Bündnis zu schließen, trieb diese aber durch die Bündniszumutung von Eichstätt vom 26. Oktober 1410 erst recht ins Lager Heinrichs des Reichen, dessen Verhandlungsbereitschaft damit endgültig erschöpft war. Letzterer hatte sich inzwischen zielstrebig durch eine Reihe von Bündnisverträgen mit allen bedeutenden Nachbarstaaten des Ingolstädter Herzogs abgesichert, woraus ein umfassendes und dauerhaftes Bündnissystem hervorging, das bekanntlich die weitgehende Isolation Ludwigs VII. in dem sich noch über Jahre hinziehenden Streit mit dem Landshuter Herzog zur Folge hatte. Die hausinternen Differenzen der Wittelsbacher zusammen mit einer finanziell desolaten Haushaltslage, die eine Konzentration nach innen erforderte, lassen eine auf den Erwerb der Reichskrone zielende Politik des Landshuter Herzogs in seinen ersten Regierungsjahren eher unwahrscheinlich erscheinen. Auch aus den Quellen gehen derlei Pläne nicht hervor. Zorns Theorie ist daher nur insofern zu befürworten, als dass die Hl. Geistkirche von Landshut für eine besondere Aufgabe bestimmt war, die über die Bedürfnisse einer reinen Spitalkirche hinausging, vgl. EMSLANDER, Heiligegeistkirche, S. 43-47. EMSLANDER, Heiligegeistkirche, S. 48 zog daraus bezüglich der Landshuter Bürgerunruhen von 1408/10 die Schlussfolgerung, „daß die Differenzen zwischen dem Herzog und den Bürgern der Stadt Landshut wohl auch in dem Bau der Hl. Geistkirche lagen, nachdem letztere vielleicht erkannt hatten, daß hier unter dem Deckmantel des zahlungskräftigen bürgerlichen Landshuter Hl. Geistspitals ein Repräsentationsbau des Herzogs entstehen sollte.“

⁶⁰⁹ BECHER, Landshut, S. 378.

Verstimmung der Bürger über die Finanzierung des herzoglichen Bauprogramms nahmen. Der Landshuter Bürgerschaft dürfte es höchst widerstrebt haben, sich von Heinrich XVI. für seine Pläne und die Finanzierung herzoglicher Repräsentationsbauten als weithin sichtbares Zeichen seiner Herrschaft einspannen zu lassen. Allein die zeitliche Nähe lässt jedenfalls einen ursächlichen Zusammenhang zwischen den Landshuter Unruhen von 1408/10 und den stadtherrlichen Baumaßnahmen Heinrichs XVI. zur Stadtsanierung mit der Straßenpflasterung, der Grundsteinlegung der Hl. Geistkirche im Jahre 1407, der Beseitigung der Judengasse und des Turmes im Jahre 1410 bis hin zur Grundsteinlegung der Katharinenkapelle in der Hl. Geistkirche durch den Herzog am 6. Mai 1411 vermuten.⁶¹⁰

Den Aussagen der Quellen und der bisherigen Forschungsergebnisse zufolge ist zusammenfassend zu konstatieren, dass den Auseinandersetzungen zwischen Herzog und Stadtbürgertum in Landshut von 1408/10 finanzielle und herrschaftsrechtliche Konfliktherde als eigentliche Ursachen zu Grunde lagen. Unmittelbarer Auslöser dürfte wahrscheinlich die umtriebige, Repräsentations- oder zumindest Sanierungszwecken dienende Bautätigkeit Herzog Heinrichs XVI. in seiner Residenzstadt gewesen sein, über deren Finanzierung sich spätestens 1408 erster Unmut seitens der Ratsbürger kundtat. Der Herzog kam dann wohl einem vorsichtigen Aufbegehren der reichen Ratsbürger zuvor, zog deren Vermögen ein, um bei dieser Gelegenheit die leeren Staatskassen zu füllen. Als auslösendes Moment der Bürgerunruhen von 1408 haben daher finanzpolitische Beweggründe zu gelten.⁶¹¹ Die Auseinandersetzungen zwischen Herzog und Bürgerschaft von 1410 waren hingegen verfassungspolitischer Natur.⁶¹² Die Strafmaßnahmen Herzog Heinrichs XVI. von 1408 belasteten vermutlich das ohnehin getrübt Verhältnis zur Landshuter Bürgerschaft zusätzlich. Unmut und Verärgerung über die Regentschaft des Herzogs machten sich breit, ergriffen weitere Kreise in der Bürgerschaft und gipfelten in der angeblichen Verschwörung im Röcklturm von 1410. Ob und inwiefern es sich dabei tatsächlich um eine geplante Verschwörung gehandelt hat, die dem Herzog angeblich nach dem Leben trachtete, oder lediglich um eine

⁶¹⁰ Vgl. EMSLANDER, Heiliggeistkirche, S. 47.

⁶¹¹ Vgl. RILLING, Studien, S. 157.

⁶¹² Vgl. RILLING, Studien, S. 157.

Bürgerversammlung lässt sich heute nicht mehr klären. Festzustellen ist nur, dass 1410 der Herzog einem vermeintlichen Aufstand in seiner Residenzstadt ein zweites Mal zuvor kam und drastische Maßnahmen ergriff, die nicht nur eine abschreckende Wirkung haben, sondern mittels einer veränderten Stadtverfassung jegliche Autonomiebestrebungen der Stadt Landshut zukünftig im Keim ersticken sollten. Die Herrschaft über die Stadt lag damit wieder in den Händen des Herzogs, der in seiner Position als Stadtherr gestärkt aus den Auseinandersetzungen hervorging.

3. *Der Anteil des Adels an den Auseinandersetzungen zwischen Herzog und Stadtbürgertum*

Die bisherigen Ergebnisse zeugen von einem zeittypischen Gegensatz zwischen Herzog und Stadtbürgertum im Ringen um die Stadtherrschaft. Dennoch sticht die übereilte und in ihrer Härte oftmals überzogen wirkende Vorgehensweise Heinrichs XVI. des Reichen gegen die Landshuter Bürgerschaft hervor, was zumeist der Einfachheit halber auf dessen hitziges Temperament zurückgeführt wurde. Die Quellen liefern jedoch sehr wohl Hinweise darauf, dass nicht allein Heinrich XVI., sondern auch mehrere Adelige in die Angelegenheit involviert waren.

a) Die beteiligten herzoglichen Räte

Bereits die Historiografen des 15./16. Jahrhunderts unterstellten einen ursächlichen Zusammenhang zwischen den Räten Heinrichs XVI. des Reichen und den Landshuter Bürgerunruhen von 1408/10. Als einer der ersten machte Andreas von Regensburg weniger den Herzog als vielmehr Ressentiments zwischen Adel und Bürgertum für die Auseinandersetzungen verantwortlich. Seinen Aussagen zufolge lag den Differenzen der Hass des Adels auf die Bürger, gepaart mit deren Überheblichkeit, zu Grunde.⁶¹³ Der sowohl Adel als auch Bürgertum gleichermaßen die Schuld zusprechende, relativ ausgewogene Bericht des Andreas von Regensburg liefert damit einen ersten Hinweis auf eine Beteiligung des Adels an den Landshuter Bürgerunruhen, lässt aber noch viele Fragen offen.

Präzisere Angaben sind der zwischen 1486 und 1493 entstandenen lateinischen „Chronica Baioariorum“ Veit Arnpecks und deren deutscher Version zu entnehmen.⁶¹⁴ Nach Arnpecks Aussagen lag die Hauptschuld keineswegs beim Herzog, den er durch dessen Jugend entschuldigte, obwohl Heinrich XVI. zu diesem Zeitpunkt immerhin 24 Jahre zählte, sondern bei mehreren Adeligen, darunter namentlich genannt Kaspar Fraunhofer, Erasmus Preysing und Alban Closen, die den jungen Herzog regiert und sein Hab und Gut veruntreut hätten. Die treue Landshuter Bürgerschaft sah diese Missstände, wollte die genannten Adeligen gefangen nehmen und sie zur Rechenschaft

⁶¹³ Vgl. LEIDINGER, Andreas von Regensburg, S. 122: „Causa autem originalis huius rei, sicut dicitur, fuit odium nobilium in cives et quodammodo presumptio civium.“

⁶¹⁴ Vgl. LEIDINGER, Veit Arnpeck, S. 360: Gestützt auf die Berichte Ulrich Fuetrers und des Andreas von Regensburg weiß er unter dem provokativen Titel „De occisione civium Landshutensium“ folgendes zu berichten: „Princeps Hainricus cum aduc puer esset, in sua habuit curia quosdam nobiles, videlicet Casparum Frauwnhofer, Erasmum Preysinger et Albanum Klosner etc. Hii ducem rexerunt et bona ipsius dissipabant. Que mala sui fideles cives videre non valentes cogitaverunt intercipere et prefatos nobiles capere et regimen sui principis in melius commutare. Quibus per traditamenta cognitis ipsi dicti nobiles ordine perverso suggererunt duci, quod eum captivare intenderent. Qui nimium credulus contra proprios cives insurrexit et, ut prefertur, in diversis locis et penis mactavit. De quo tamen postea, cum sibi in consilio Constanciensi obiceretur, per puericiam se excusans multum doluit.“ Veit Arnpeck lieferte selbst die deutsche Fassung dazu, vgl. LEIDINGER, Veit Arnpeck, S. 612: „Aber ich hab di ursach also vernomen: herzog Hainrich was ain kind. Caspar Frawnhofen, Erasm Preysinger, N. Klosner und ander sein edlleut di regirten den fürsten und vertheten im das sein. das mochten sein getreu burger nit ansechen und wollten di edlleut gefangen haben, das si müsten ain raitung gethan haben und des fürsten regiment pas fürsechen. do aber di edlleut des gewar wurden, do prachten sy es anders an den fursten und sagten ym, sy wollten yn fachen. er gelaubet in das. ... Do aber soliche handlung dem fürsten im concili zu Costenz ward fürgehalten, entschuldiget er sich des und sprach, er wär ain kind gewesen.“

ziehen um die Regentschaft ihres Fürsten zum Besseren zu wenden. Nachdem die Adeligen aber durch Verrat rechtzeitig davon erfahren hatten, redeten sie dem Fürsten ein, dass ihn die Bürger gefangennehmen wollten. Der Herzog glaubte seinen Räten und ließ daraufhin aus Sorge um sein eigenes Leben das blutige Strafgericht über die Bürger ergehen.

In eindringlicherer Form berichtet auch Aventin in seiner 1519 verfassten „Bayerischen Chronik“ von einer Mitschuld des Adels.⁶¹⁵ Wieder fallen die durch Arnpeck bereits bekannten Namen Kaspar Fraunhofer, Erasmus Preysing, Hans Closen (statt des bei Arnpeck genannten Alban Closen), durch Aventin ergänzt um Sigmund Apfentaler und den Hofmeister Georg Aham, die nur ihren eigenen Vorteil im Auge hatten und sich auf Kosten des jungen, unerfahrenen Herzogs bereicherten, während dessen Einkünfte dahin schmolzen, obwohl er bereits alle Ämter versetzt hatte. Die deshalb heimlich stattfindende Bürgerversammlung habe sich nach Aussage des Chronisten daher keineswegs gegen den Herzog, sondern gegen „des fürsten regenten“ gerichtet.⁶¹⁶

⁶¹⁵ LEXER, Aventinus, S. 534f: „Herzog Heinrich von Landshuet hat also junger seinen vater herzog Friedrichen verlorn, auch sein mueter. Dieweil er noch unvogtbar war, understuenden sich etlich vom adel, ir wenig, des regiments, nämlichen Caspar Fraunhofer, Erasm Preisinger, Hans Closner, Sigmund Affentaler, Georg Ahamer; die vergassen ir selbs nit, si wurden reich, der fürst ward arm, war kain gelt da, wurden alle ämbter versetzt. ... Herzog Hainrich, nachdem er kain gelt het, aus rat obg'nanter wolt er ain grosse steur haben von denen von Landshuet. Die vermainten, si wärn gefreit dafür, clagten über die aigennützigen obg'nant regenten und waigreten für den römischen künig. Solchs legten den von Landshuet gar übel mērg'nant fünf vom adel dar, hetzten herzog Heinrich wider sein burger. Der nam den namhaftigisten viere mit namen Friedrich Pelchinger, Martin von Asch, Linhart Ketner und Hansen Mosburger alles ir guet, und versagt in zu ewigen zeiten die stat Landshuet. Die ander burgerschaft must solchs dulden, wiewol es in gros misfiel, dorften si sich doch offentlich nit merken lassen; liefen haimlich zesam, ratschlagten, wie si sich an des fürsten regenten rechten möchten. Schickten zu den verjagten ir haimlich potschaft, die kamen bei nächtlicher weil an der lend in die stat in Dietrichs Räckgl, so an der mauer lag, haus und samleten sich alda in der geschlagn nacht die burger. Ulrich von Ebran war damals am hof ein junger gesel, der buellet die hausfrau des Räckgls und kam dieser nacht zu ir nach seinem brauch. Die frau sagt, wen er ir zuesaget, das er niemants davon sagen wölt, so wolt si im eetwas besonders antzaigen. Der Ebran sagt ir's zue. Da zaigt im die frau an, wie die burger haimlich im rat beieinander wärn und füert in für die stubn, da die burgerschaft versamlt war. Da sölchs sach Ulrich Ebran lief er von stundan auf gēn hof, clopfet an, begeret das man in einlies, er het etwas gros, das des fürsten leib und leben anträf, anzuzaiigen, machet die sach häftig. Er ward eingelassen, zaigt alles was er gesehen, gehrt het Georgen Ahamer dem hofmaister, und Sigmunden Affentaler an. Die machten der sach nit weniger, brachtens weiter an herzog Hainrichen und hetzten in wider die burger, die hetten die verjagten all eingelassen, wärn beieinander, machten ainen unt zesam wider den fürsten. Da ward alles hofgesind in der eil haimlich zesam gefordert, das überfiel die burger ungewarnter sach. Da ward ain jämmerlich geschrai und aufruer: viel fielen über die maur aus, etlich warden gefangen, den stach man ain tail die augen aus, ain tail verjagt man von dem land mit weib und kindern, nam in was si hetten; ein leitgeb, ander mēr wurden köpft. Und solchs ist gescheen am heiligen charfreitag. ... Man sagt von herzog Hainrich, er hab alwegen hernach geseufzt, wen er an obgedachte aufruer gedacht, hab die schuld seinen regenten gebn.“

⁶¹⁶ LEXER, Aventinus, S. 534.

Schließlich redeten ihm die genannten Fünf ein, er solle eine große Steuer von der Landshuter Bürgerschaft einfordern. Sie hetzten ihn immer mehr gegen seine Bürger auf, woraufhin schließlich das blutige Strafgericht des Herzogs erging. Heinrich XVI. habe anschließend seine Tat bereut und die Schuld daran seinen Regenten gegeben, womit nur die herzoglichen Räte gemeint sein konnten.

Überprüft man die Aussagen der Historiografen anhand der urkundlichen Überlieferung, so stößt man auf so manche Ungereimtheit, vor allem was die Namen der beschuldigten Adeligen anbelangt. Laut den Chronisten waren es der Hofmeister Georg Aham, Sigmund Apfentaler, Kaspar Fraunhofer, Erasmus Preysing und ein Alban oder Hans Closen, die das eigentliche Regiment am Herzogshof führten und Heinrich XVI. scheinbar völlig unter ihrer Kontrolle hatten. Demnach müssten auch in den Urkunden aus den ersten Regierungsjahren Herzog Heinrichs XVI., insbesondere vor und um 1408/10, die entsprechenden Personen als Inhaber der Hofämter und als herzogliche Räte nachzuweisen sein, denn nur sie kommen dafür in Betracht. Die Chronisten nahmen es aber offenkundig mit Namen und Ämtern nicht so genau, denn in den Urkunden taucht ein ganz anderer Personenkreis auf: Als Hofmeister Herzog Heinrichs für die Zeit um 1408/10 ist nicht Georg Aham, sondern Wilhelm Fraunhofer belegt. Er übte dieses Amt bereits seit 1401 kontinuierlich aus, hatte es definitiv im Jahre 1408 inne⁶¹⁷ und sicherlich auch in den Jahren 1409/10, da er noch bis ins Jahr 1427 immer wieder als Hofmeister Herzog Heinrichs XVI. begegnet.⁶¹⁸ Auch ein Sigmund Apfentaler existierte um 1408/10 nicht, wohl aber Niklas Apfentaler, der 1408 als Küchenmeister und 1410 als Pfleger auf dem Haus zu Landshut belegt ist.⁶¹⁹ Im Falle des genannten Kaspar Fraunhofer handelte es sich möglicherweise um Kaspar

⁶¹⁷ Vgl. StA München Törring-Seefeld Lit. B 5, Nr. 5; HHStA Wien Allgemeine Urkundenreihe 1408 IX 27; RB XII, S. 23.

⁶¹⁸ Vgl. BayHStA Kurbayern 22860; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1694; BayHStA Neuburger Kopialbücher 44, fol. 207r- 208r; RB XII, S. 347; RB XIII, S. 27, 44, 95.

⁶¹⁹ Vgl. BayHStA Kurbayern 25089; BayHStA Kurbayern 25094; BayHStA GU Landshut 250. Vgl. dazu auch BayHStA Kurbayern 25062: Niklas Apfentaler hatte das Küchenmeisteramt nachweislich seit 1406 inne.

Fraunhofer zu Arnsberg, Sohn des Theseres Fraunhofer.⁶²⁰ In Verbindung mit Herzog Heinrich XVI. begegnet er allerdings nur ein einziges Mal im Jahre 1417.⁶²¹ Zudem ließ sich ein Kaspar Fraunhofer als Mitglied des herzoglichen Rates oder als Inhaber eines Hofamtes in der Zeit vor und um 1408/10 nicht urkundlich nachweisen. Seine Teilhabe an den Differenzen des Herzogs mit den Landshuter Bürgern ist daher mehr als fraglich. Dennoch könnte sich dahinter eine namentliche Reminiszenz als Hinweis auf den bereits erwähnten Hofmeister Wilhelm Fraunhofer erhalten haben.

In gleicher Weise kann für Erasmus Preysing, bei dem es sich auf Grund der zeitlichen Dispositionen um den Ritter Erasmus Preysing zu Altenpreysing, Herzog Heinrichs XVI. Kammermeister in den Jahren 1430 bis 1443,⁶²² handeln dürfte, eine Beteiligung an den Landshuter Bürgerunruhen von 1408/10 weitgehend ausgeschlossen werden. Er ist weder als Inhaber eines Hofamtes noch im herzoglichen Rat in den ersten Regierungsjahren Heinrichs XVI. des Reichen nachzuweisen. Behält man jedoch den Nachnamen im Auge und unterstellt, dass nur der Vorname des beteiligten Preysing bei den Chronisten möglicherweise falsch überliefert wurde, so stößt man auf Albrecht Preysing zu Kopfsburg. Er war seit 1403 Kammermeister Herzog Heinrichs XVI., hatte nach dem Tode Ulrich Eckers zu Saldenburg seit 1411 auch das Vitzumamt im Landshuter Herzogtum inne⁶²³ und gehörte zu den einflussreichsten Räten des Herzogs seit dessen Vormundschaftszeit.

Will man den Chronisten Glauben schenken und setzt voraus, dass tatsächlich ein Georg Aham, wenn auch nicht als Hofmeister, so doch in irgendeiner Weise an den Unruhen beteiligt war, muss es sich auf Grund der über ihn bekannten Lebensdaten um Georg

⁶²⁰ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1362, S. 593. Über ihn ist nur wenig bekannt. 1412 einigte er sich im Streit mit Bischof Georg von Passau wegen geleisteter Dienste, vgl. RB XII, S. 124. Spätestens seit 1413 war er im Besitz der Feste Arnsberg, vgl. RB XII, S. 135. 1416 versetzte Fraunhofer an Balthasar Muracher das Schloss Egersberg, vgl. RB XII, S. 227. Im selben Jahr führte Herzog Ludwig von Bayern-Ingolstadt gegen ihn und seine Brüder Theseres und Hans Klage wegen Raub und Brand in dessen Landen, vgl. RB XII, S. 232. Der Streit setzte sich bis 1418 fort, vgl. RB XII, S. 301. 1420 trat Kaspar Fraunhofer als Zeuge einer Messestiftung Wilhelm Törrings und seiner Frau auf, vgl. RB XII, S. 347.

⁶²¹ Vgl. RB XII, S. 248: Kaspar Fraunhofer und sein Bruder Hans mussten innerhalb eines Jahres den Beweis erbringen, dass die 12 ½ Pfd. Pfg. Gült zu Geisenhausen, die Herzog Heinrich XVI. von ihnen um 125 Pfd. Pfg. gelöst hatte, ihr rechtmäßiges Erbe war. Andernfalls sollte diese gänzlich dem Herzog zufallen.

⁶²² Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 109, Anm. 424: Erasmus Preysing war 1420 Pfleger zu Starhemberg (Niederösterreich), 1426 bis 1428 und 1431 Pfleger zu Kling, bis er 1430 schließlich Hauptmann zu Burghausen und später Kammermeister wurde.

⁶²³ Vgl. BayHStA Kurbayern 22860.

Aham zu Neuhaus und Hagenau gehandelt haben.⁶²⁴ Um 1403/1404 muss er für Herzog Heinrich XVI. tätig gewesen sein, denn 1404 erhielt er für treue Dienste dessen Erlaubnis einen Burgstall samt Gericht und Taferne im Gericht Ried bauen zu dürfen.⁶²⁵ Erst 1411 begegnet er als Mitsiegler des Landshuter Fürsten wieder in der näheren Umgebung Heinrichs XVI.⁶²⁶ und ist vermutlich um 1430 verstorben.⁶²⁷ Aber auch ein Georg Aham zu Neuhaus lässt sich im herzoglichen Rat um 1408/10 nicht nachweisen und trat auch in den Jahren vorher kaum in auffallender Weise in Erscheinung. Berechtigter erscheint dagegen die Annahme, dass sich im Nachnamen der Hinweis auf seinen Bruder, Wilhelm Aham zu Wildenau, erhalten hat. Dieser gehörte 1408 jedenfalls definitiv zu den Räten Herzog Heinrichs XVI.,⁶²⁸ in dessen Diensten er bereits zwei Jahre zuvor im Schiedsgericht und in den wichtigen Verhandlungen um die „Zugab“ mit Herzog Ludwig VII. von Bayern-Ingolstadt im Einsatz war.⁶²⁹ Er zählte damit zu den bedeutendsten Räten des Landshuter Herzogs.

Ob ein Hans oder Alban Closen bei den Bürgerunruhen tatsächlich eine Rolle gespielt hat, muss wohl ebenfalls in Frage gestellt werden. Ein Hans Closen von Arnstorf

⁶²⁴ Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, 19. Brief, S. 43; MEINDL, Genealogische Abhandlung, S. 320-324; RB XI, S. 278; LIEBERICH, Landstände, S. 46f: Die Aham waren ursprünglich Ministerialen und Erbkämmerer des Hochstifts Passau. 1394 nahm Georg Aham am Bündnis der niederbayerischen Landschaft teil. 1399 war er Pfleger zu Neuötting, 1401 Pfleger auf dem Oberhaus zu Passau und im selben Jahr sowie 1402 Pfleger und Burghüter zu Obernberg. 1402 war er außerdem oberster Kammermeister und Rat Bischof Georgs von Passau. 1403 hatte er das Pflegamt Ried inne. Meindl gibt ihn fälschlicherweise, offensichtlich gestützt auf die Berichte der Chronisten, als Hofmeister Herzog Heinrichs von 1408 bis 1410 an. Vgl. RB XI, S. 407: 1407 hatte er das Marschallamt zu Passau inne. Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 44, fol. 206r-208r: 1419 ist er als Rat Heinrichs XVI. nachzuweisen.

⁶²⁵ Vgl. OLA Linz Herrschaftsarchiv Auzolzmunster Urkunden Nr. 12.

⁶²⁶ Vgl. RB XII, S. 98. Zeitlich später erscheint daneben ein Georg Aham zu Hagenau († um 1470), der laut LIEBERICH, Landherren, S. 110 von 1438 bis 1443 im Rat Herzog Heinrichs XVI. zu finden ist. Vgl. dazu auch LIEBERICH, Landherren, S. 110, Anm. 443b: Von 1437 bis 1439 war er Propst an der Innbrücke, 1440 Landschreiber zu Landshut, 1450 Landrichter zu Dingolfing, 1455 Passauischer Kammermeister und von 1433 bis 1468 Pfleger zu Teisbach. Außerdem gehörte er 1434 als Schöffe der Westfälischen Feme an. Er ist vermutlich auf Grund seines Alters mit Georg Aham zu Neuhaus nicht identisch und war wohl auch nicht an den Landshuter Unruhen von 1408/10 beteiligt, da er erst in den 30er und 40er Jahren des 15. Jahrhunderts im Landshuter Herzogtum wiederholt auftritt.

⁶²⁷ Vgl. MEINDL, Genealogische Abhandlung, S. 320.

⁶²⁸ Vgl. HHStA Wien Allgemeine Urkundenreihe 1408 IX 27. Wilhelm Aham war der Bruder des bereits genannten Georg Aham. Um 1403/05 hatte er das Pflegamt zu Julbach am Inn zu verwalten, vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1838. Vgl. MEINDL, Genealogische Abhandlung, S. 338f, der ihn für das Jahr 1418 als Pfleger zu Ried angibt. 1410 lässt er sich als Rat nicht nachweisen, dafür aber wieder in den Jahren 1412, 1414 und 1419, vgl. RB XII, S. 112; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 929; BayHStA Neuburger Kopialbücher 44, fol. 206r-208r; LIEBERICH, Landherren, S. 120. Er starb spätestens im Jahr 1427, vgl. RB XIII, S. 93.

⁶²⁹ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Landesteilungen und Einungen 279; BayHStA Pfalz-Neuburg Landesteilungen und Einungen 268.

begegnet 1398 und 1401/02 als Richter zu Landshut.⁶³⁰ 1404 gehörte er zu den Mitsiegern des Urfehdeschwurs von Hans im Holz für Herzog Heinrich XVI.⁶³¹ Wahrscheinlicher ist allerdings, dass Alban Closen zu Arnstorf, Gern und Seemannskirchen gemeint war, der 1408 am Regensburger Turnier teilnahm und von 1429 bis 1443 zu den Räten Herzog Heinrichs XVI. gehörte.⁶³² Er war mehrmals Pfleger zu Pfarrkirchen (1418-1426, 1430-1438, 1443-1445 und 1452-1464) sowie im Jahre 1431 Hauptmann an der Rott. In den 30er und 40er Jahren präsierte er als Hofmeister Heinrichs XVI. das Landshuter Hofgericht. Aber weder ein Hans noch ein Alban Closen ist im entscheidenden Zeitraum als Rat Herzog Heinrichs XVI. nachzuweisen. Sein Auftauchen unter den beschuldigten Räten bezieht sich vielleicht auf den soeben erwähnten Hofmeister Alban Closen, den die Historiografen möglicherweise auf Grund seines politischen Wirkens in den 30er und 40er Jahren des 15. Jahrhunderts in ihrer Erinnerung mit dem Landshuter Herzogtum verbanden und auf diese Weise Eingang in ihre Berichterstattung gefunden hat.

Die Identität des herzoglichen Informanten ist hingegen leichter zu klären. Schon Hundt schrieb über den Landshuter Stadtrichter Ulrich Ebran zu Wildenberg (1373-1378, 1391, 1398⁶³³), dass er „eröffnet die Verräterei zu Landshut, so wider das Hofgesind daselbst fürgenommen war“. ⁶³⁴ Seine Beteiligung an den Landshuter Unruhen kann als gesichert gelten. Gerade sein Amt als stadtherrlicher Repräsentant lässt seine Rolle als Verräter der Bürgerschaft und Informant des Fürsten glaubhaft erscheinen. Die wenigen

⁶³⁰ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, S. 640f, Nr. 1488; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 923; BayHStA Kurbayern 19272. Vgl. STAUDENRAUS, Chronik, S. 112, der ebenfalls von einem Johann Klosner spricht.

⁶³¹ Vgl. BayHStA Kurbayern 25106. Vgl. Cgm 2290/IV, fol. 141r: Prey kennt einen Hans Closen, genannt „Tausenteufel“, der 1412 am 25. Turnier zu Regensburg teilgenommen hat und bringt ihn 1408, allerdings nicht näher erläutert, mit Heinrich XVI. dem Reichen in Verbindung. Dem Bericht Aventins folgend erwähnt Prey seine Beteiligung am Landshuter „auflauf“ von 1410.

⁶³² Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 108 Anm. 417: 1453 erwarb er Mariakirchen, 1442 Sattlern und Amsham. Alban Closen war ein Enkel des Rates Albrecht Closen und Vater des Rates Georg Closen.

⁶³³ Vgl. RB XI, S. 131.

⁶³⁴ HUNDT, Bayrisch Stammenbuch, Bd. II, S. 65. Vgl. Cgm 2290/VI, fol. 66r-66v; LIEBERICH, Landherren, S. 117, Anm. 507.

über ihn bekannten biografischen Daten bezeugen, dass er in den einschlägigen Jahren tatsächlich gelebt und auch Kontakt zum Herzog hatte.⁶³⁵

Diese Ergebnisse zeigen auf, dass die Vornamen der beschuldigten Adeligen bei den bayerischen Historiografen des 15./16. Jahrhunderts zum Großteil falsch überliefert wurden, sich aber zumindest in den tradierten Nachnamen Reminiszenzen auf die eigentlich Beteiligten erhalten haben. So ist mit ihrer Hilfe die Aufdeckung der in die Auseinandersetzungen mit den Bürgern involvierten Adeligen am Landshuter Herzogshof möglich.

Alles in allem hat sich bei den Historiografen des Spätmittelalters im Zusammenhang mit den Landshuter Bürgerunruhen von 1408/10 der Hinweis auf ein Adelsregiment von fünf namentlich genannten Landherren (Georg Aham, Sigmund Apfentaler, Kaspar Fraunhofer, Erasmus Preysing, Hans bzw. Alban Closen) im Herzogtum Bayern-Landshut erhalten. Der Wahrheitsgehalt der einschlägigen historiografischen Berichte Fueters, Arnpecks und Aventins leidet jedoch unter dem Faktum, dass allesamt bis auf die Darstellung bei Andreas von Regensburg aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts oder aus noch späterer Zeit stammen. Die chronikale Überlieferung zu den Ereignissen von 1408/10 entstand demnach größtenteils aus der Rückschau und zeitlichen Distanz von mehreren Jahrzehnten, ist daher, was die Zuverlässigkeit der Berichterstattung angeht, mit Vorsicht zu genießen. Die kompilatorische Vorgehensweise der Chronisten, die ihre Vorgänger als Vorlage benützten und voneinander abschrieben, bedingte, dass Verlauf der Bürgerunruhen und Namen der beschuldigten Adeligen zwar relativ einheitlich bei den Chronisten wiederkehren, aber letztendlich nicht immer korrekt tradiert wurden. Mittels der den Chroniken zu entnehmenden Reminiszenzen auf Namen und Ämter ließen sich jedoch mit Wilhelm

⁶³⁵ Lieberich weist Ulrich Ebran zu Wildenberg für das Jahr 1374 als Rat Herzog Stefans II. aus. Vgl. RB XI, S. 262: 1402 bürgte er für eine Schuld Herzog Heinrichs XVI. und trat 1409 als Mitsiegler bei der Übergabe von Schuldbriefen Otto Rorbecks an den Herzog über den Zoll von Neustadt auf, vgl. BayHStA Kurbayern 24331. Von 1429 bis 1435 sowie 1443 ist ein Ulrich Ebran von Wildenberg als Rat Herzog Heinrichs XVI. belegt. Unklar ist allerdings, ob es sich dabei um den älteren Ebran zu Wildenberg oder seinen gleichnamigen Sohn handelte, der 1426 die Tochter Elisabeth des Ingolstädter Rates Hans Gumpfenberger heiratete, vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 108, Anm. 418, 110, 122, Anm. 565

Fraunhofer, Albrecht Preysing zu Kopfsburg und Niklas Apfentaler drei Edelleute in den Urkunden nachweisen, die als Hof-, Kammer- und Küchenmeister in den entscheidenden Jahren vor und um 1408/10 identifiziert werden konnten. Dieser Personenkreis verfügte auf Grund seiner Ämter und seiner Stellung bei Hofe als Mitglieder des Rates in unmittelbarer Nähe des Herzogs tatsächlich über die notwendigen Voraussetzungen für eine Art Adels- oder Räteregiment im Stil, wie es die Historiografen beschrieben. Wilhelm Fraunhofer und Albrecht Preysing zu Kopfsburg gehörten zu den langjährigen Beratern Herzog Heinrichs XVI., die bereits in dessen Vormundschaftszeit als Hof- und Kammermeister Spitzenpositionen im Herzogtum inne hatten und über entsprechenden politischen Einfluss verfügten. Aus diesem Grund muss der in den Chroniken geäußerte Vorwurf, Herzog Heinrich XVI. habe schon weit vor den Jahren seiner Auseinandersetzungen mit den Landshuter Bürgern dem maßgeblichen Einfluss einiger Adelige unterstanden, durchaus ernst genommen werden ebenso wie der Hinweis auf deren Misswirtschaft im Bezug auf die Ämterverpfändungen, die sich gerade in den letzten Jahren der Vormundschaftszeit Heinrichs XVI. häuften. Bei den drei genannten Räten Wilhelm Fraunhofer, Albrecht Preysing und Niklas Apfentaler handelte es sich freilich nur um den engsten Kreis. Schon die Chronisten sprachen von mindestens drei bis fünf und eventuell noch weiteren Adeligen. In diesem Bereich können auf Grund fehlender konkreter Aussagen letztendlich nur Mutmaßungen über den weiteren Personenkreis angestellt werden. Diese könnten höchstens anhand ihrer Mitgliedschaft bzw. politischen Aktivität im herzoglichen Rat in den Jahren vor und um 1408 ausfindig gemacht werden. So reduziert sich der weitere Personenkreis auf den Viztum Ulrich Ecker zu Saldenburg, Georg Aichberger im Moos, Konrad Kuchel zu Friedburg und Wilhelm Aham zu Wildenau. Sie alle gehörten 1408 und zum Großteil schon seit der Vormundschaftszeit nachweislich dem herzoglichen Rat Heinrichs XVI. an.⁶³⁶ Ulrich Ecker zu Saldenburg, der das Viztumamt kontinuierlich seit 1399 bis zu seinem Tode 1409 ausübte,⁶³⁷ komplettiert zusammen mit dem Hofmeister Wilhelm Fraunhofer und dem

⁶³⁶ Vgl. zu Ulrich Ecker zu Saldenburg StA München Törring-Jettenbach I 2, Nr. 140. Vgl. zu Georg Aichberger im Moos BayHStA Kurbayern 4060. Vgl. zu Konrad Kuchel zu Friedburg BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 476. Vgl. zu Wilhelm Aham zu Wildenau HHStA Wien Allgemeine Urkundenreihe 1408 IX 27.

⁶³⁷ Ulrich Ecker zu Saldenburg muss nach dem 4. Februar und vor dem 13. November 1409 verstorben sein, vgl. RB XII, S. 31; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 477.

Kammermeister Albrecht Preysing zu Kopfsburg das Dreigespann, das, wie schon an anderer Stelle dargelegt, in den letzten Jahren der Vormundschaft und vor allem 1404 größeren Anteil an den politischen Entscheidungen des jungen Fürsten hatte. Des Weiteren zählte Georg Aichberger im Moos zu den bedeutendsten Ratsmitgliedern, der seit 1401 immer wieder als Bürge bzw. Geldgeber Heinrichs XVI.⁶³⁸ und 1403 als Frauenhofmeister aufgetreten war. Als 1406 die Auseinandersetzungen mit Herzog Ludwig VII. von Bayern-Ingolstadt um die „Zugab“ begannen, gehörte Georg Aichberger im Moos neben Wilhelm Aham zu Wildenau zu denjenigen Räten, die in dieser wichtigen Sache die Interessen Herzog Heinrichs XVI. vertraten.⁶³⁹ 1407 fungierte Aichberger zusammen mit dem Viztum Ulrich Ecker zu Saldenburg, dem Hofmeister Wilhelm Fraunhofer und dem Kammermeister Albrecht Preysing als Spruchmann in einer Streitsache.⁶⁴⁰ 1407 verlieh ihm der Herzog „von besonder gewartikeit und williger dinst wegn“ die Feste Neusling als Lehen, nachdem sie Aichberger aus der Pfandschaft gelöst hatte.⁶⁴¹ 1408 war er schließlich Pfleger zu Landshut und Neuötting.⁶⁴² Auch seine Teilhaberschaft ist grundsätzlich in Betracht zu ziehen ebenso wie diejenige Konrad Kuchels zu Friedburg, der zu den vermögendsten und wohl auch bedeutendsten Landherren im Rat Herzog Heinrichs XVI. gehörte. Eine kleine Gruppe adeliger Räte scheint also tatsächlich in die Landshuter Unruhen verwickelt gewesen zu sein. Um welche Adeligen es sich dabei handelte, muss auf Grund der fehlerhaften Angaben in den Chroniken bzw. des unzureichenden Quellenmaterials teilweise offen bleiben. Am ehesten kommen der Hofmeister Wilhelm Fraunhofer, der Viztum Ulrich Ecker zu Saldenburg, der Kammermeister Albrecht

⁶³⁸ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Urkunden 1401 XI 4; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 683; RB, Bd. XI, S. 288; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1433; BayHStA Kurbayern 4061; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1838; BayHStA Kurbayern 20859; BayHStA Kurbayern 4066; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 799; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1434; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 91; BayHStA Kurbayern 4063; BayHStA Kurbayern 4062

⁶³⁹ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Landesteilungen und Einungen 279; BayHStA Pfalz-Neuburg Landesteilungen und Einungen 268.

⁶⁴⁰ Vgl. RB XI, S. 399.

⁶⁴¹ StA Landshut Schloßarchiv Moos U 1407 IX 8. Vgl. dazu den Revers Aichbergers TLA Innsbruck Urkunden I, Nr. 7565.

⁶⁴² Vgl. BayHStA Kurbayern 4060. Vgl. dazu auch RB XI, S. 12: 1408 trat er als Rat in den Dienst Bischof Georgs von Passau. Vgl. zu seinem weiteren Werdegang LIEBERICH, Landherren, S. 104, Anm. 366: Er war seit 1395 mit einer Tochter Wilhelm Fraunbergers zu Laberweinting, einem Hoffräulein der Gemahlin Herzog Friedrichs von Bayern-Landshut, verheiratet. 1404 hatte er das Pflegamt zu Hegnenberg, 1408 zu Landshut und 1410 zu Vilshofen inne. 1413 kaufte er Söldenau, bevor er 1419 schließlich Marschall zu Passau war. Lieberich führt ihn als Rat im Straubinger Herzogtum von 1411 bis 1426 an.

Preysing zu Kopfsburg und eventuell der Küchenmeister Niklas Apfentaler dafür in Betracht. Die Tatsache, dass diese Adeligen auch nach den ereignisreichen Jahren 1408/10 noch lange in ihren Ämtern tätig waren, verweist die Geschichte, Herzog Heinrich XVI. habe kurz nach dem Blutvergießen in Landshut aus Reue seine Hofleute verjagt, ins Reich der Märchen.⁶⁴³ In welchem Ausmaß das politische Handeln Herzog Heinrichs XVI. um 1408/10 von diesen Räten bestimmt wurde, wie es in allen einschlägigen Chroniken anklingt, lässt sich nur schwer beantworten. Fakt ist, dass seit etwa 1401 Viztum, Hof- und Kammermeister und damit zwangsläufig auch die Inhaber dieser Ämter im Zuge einer Verwaltungsumstrukturierung stärker in Regierung und Verwaltung hervortraten, was eventuell den Eindruck eines Regiments der Räte am Herzogshof erweckt und anschließend bei den Historiografen seinen Niederschlag gefunden haben mag. Dieser Eindruck erhärtete sich vielleicht auch auf Grund der langjährigen Amtstätigkeit dieser Räte. Der in den Chroniken geäußerte Vorwurf zahlreicher Ämterverpfändungen des Herzogs unter ihrem Einfluss ist nur für die letzten Jahre der Vormundschaftszeit zu beobachten. Seit 1404 gingen die Verpfändungen deutlich zurück. Von einem Regiment einiger weniger Räte zu sprechen, scheint daher letzten Endes zu hoch gegriffen, zumal die genannten Räte keineswegs an allen Regierungshandlungen Heinrichs XVI. beteiligt waren. Zahlreiche Urkunden des Herzogs nach 1404, die ohne sichtbare Mitwirkung seiner Räte ausgestellt wurden, zeugen davon.⁶⁴⁴ Dennoch lässt sich nicht leugnen, dass entsprechende Tendenzen vor allem 1404 vorhanden waren, als der Herzog soeben seinen Vormündern entwachsen seine selbstständige Regierung angetreten hatte und in dieser neuen Situation mehr auf seine Räte vertraute. Ebenso ist davon auszugehen, dass Ulrich Ecker als Viztum, Wilhelm Fraunhofer als Hofmeister und Albrecht Preysing als Kammermeister ihre

⁶⁴³ Vgl. KLUCKHOHN, Heinrich der Reiche, S. 365: „Nun wird uns erzählt, wie Herzog Heinrich in den ersten Jahren seiner Regierung, durch Edelleute an seinem Hofe verleitet, einer leichtfertigen Verschwendung sich hingab, bis der Widerspruch der Landshuter Bürger, der in einen Aufruhr ausartend, ihn im ersten Augenblick zu grausamen Maßregeln fortriß, eine Aenderung seiner Gesinnung und seines Lebens bewirkte. Bald nach dem Strafericht, das er über die Stadt ergehen ließ, verfiel der reuige Fürst in große Schwermuth, er verjagte die Hofleute und behielt nur einen Caplan, dem er die Regierung und Hofhaltung anvertraute. Denn er selbst ging außer Landes nach Preußen, um dem deutschen Orden gegen Polen Kriegsdienste zu leisten.“

⁶⁴⁴ Vgl. dagegen RILLING, Studien, S. 206, Anm. 223. Rillings Beobachtung, dass bis 1420 auffallend viele Urkunden Heinrichs XVI. nach dem Rat seiner Räte ausgestellt worden und erst nach 1420 eine Änderung eingetreten sei, ist entsprechend zu relativieren.

Position zur Partizipation an der herzoglichen Entscheidungsfindung nutzten und auf diese Weise die Regierungshandlungen Heinrichs XVI. mit beeinflussten. Trotz allem scheint ihre Einflussnahme letztlich nie umfassender Natur gewesen zu sein und sich nach 1404 vor allem auf die Tätigkeit in ihren Ämtern als Viztum, Hof- und Kammermeister beschränkt zu haben.

b) Der Gegensatz zwischen Adel und Stadtpatriziat

Nach den dargelegten Ergebnissen hatten die Räte Heinrichs XVI. des Reichen weitaus größeren Anteil am Ausbruch der Landshuter Unruhen von 1408/10, als bislang gemeinhin vermutet. So, wie sich die Dinge insgesamt darstellen, lag den Ereignissen nicht nur ein Gegensatz zwischen Stadtherr und Bürgerschaft, sondern auch zwischen Adel und Stadtpatriziat zu Grunde.

Untersucht man die Familien der im Jahre 1408 Verurteilten, so fällt auf, dass von insgesamt 43 Personen etwa die Hälfte dem Landshuter Patriziat entstammten.⁶⁴⁵ Theo Herzog weiß insgesamt 131 Patrizierfamilien am Ende des 14. Jahrhunderts in Landshut anzuführen,⁶⁴⁶ die ursprünglich ministerialischer Herkunft waren und hauptsächlich aus der näheren Umgebung Landshuts stammten bzw. größtenteils dem niederen Adel angehörten, wobei im Einzelfall die jeweilige Adelsqualität der Familien nicht mehr festgestellt werden konnte.⁶⁴⁷ Darunter befanden sich außerdem mehrere Geschlechter, die ehemals dem Bürgertum angehörten, zu Reichtum gelangt waren und dadurch Eingang in den niederen Adel gefunden hatten.⁶⁴⁸ Die Zusammensetzung des

⁶⁴⁵ Martin von Asch, Ulrich Ettenharter, Franz Haslbeck, Hans Hochhut, Ludwig Hütel, Lienhart Kettner, Martin Kröner, Christan Leitgeb, Konrad Oberndorffer, Friedrich Pätzlinger, Lienhart Rudlieb, Hans Sattler, Hans Stepeck, Hans Wernstorffer, Hans und Jobst Wild, Georg und Dietrich Zollner. Vgl. dazu das Verzeichnis Landshuter Adelsgeschlechter bei HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, S. 35*-45*.

⁶⁴⁶ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, S. 35*-45*.

⁶⁴⁷ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, S. 34*.

⁶⁴⁸ Vgl. BECHER, Landshut, S. 362.

Landshuter Patriziats spiegelt eine Entwicklung wider, wie sie in vielen mittelalterlichen Städten zu beobachten war. Im 12. und 13. Jahrhundert bildeten sich in den Städten Führungsgruppen aus, die in der Regel aus der Ministerialität des Stadtherrn hervorgegangen waren und größtenteils ritterlich-adelige Lebensformen angenommen hatten.⁶⁴⁹ Im Laufe der Zeit hatten sie sich aus der dienstrechtlichen Bindung an ihren früheren Herrn lösen können, wodurch ihre ministeriale Herkunft immer mehr in Vergessenheit geriet. Ihre veränderte Stellung geben die Quellen wieder, wenn nicht mehr von *ministeriales* die Rede ist, sondern von *milites* oder *nobiles*.⁶⁵⁰ Nicht immer konnten diese Familien ihre politische und soziale Sonderstellung gegenüber dem aufstrebenden, durch Handel reich gewordenem Bürgertum behaupten. Der zunehmende Übergang von der Grundrenten- zur Geldwirtschaft bedeutete für so manche Adelsfamilie den wirtschaftlichen Niedergang. Viele konnten sich den aufwendigen adelstypischen Lebensstil nicht mehr leisten, waren vielmehr zur Ausübung bürgerlicher Berufstätigkeit gezwungen, wodurch sie letztlich ihre Nobilität einbüßten.⁶⁵¹ Das Rittertum schien andererseits für das reiche Bürgertum besonders attraktiv, wirkte geradezu als eine Art „Sozialkatalysator“. ⁶⁵² Ihrem Vorbild nacheifernd bemühten sich die reichen Bürger um soziale Akzeptanz beim Adel mittels eines exklusiven Lebensstils, der sich kaum von demjenigen des Landherrenadels unterschied. Sie führten eigene Wappen, nahmen an Turnieren teil und suchten vielfach Eheverbindungen mit ritterlichen Adelsfamilien (Konnubium) des umliegenden Landes einzugehen.⁶⁵³ Ihr Reichtum, der ihnen einen arbeitsfreien, adelsähnlichen Lebensstil und damit die ehrenamtliche Ausübung des Stadtreiments ermöglichte, bot hierfür die Basis. Insbesondere der stadtsässige, weniger vermögende niedere Dienstmannenadel (Einschildritter) verband sich mit dem Handelspatriziat, während der höhere Adel dem Handel weitgehend fern blieb und im späteren 13. Jahrhundert im Rahmen des Ausbaus

⁶⁴⁹ Vgl. SCHULZ, Stadtadel und Bürgertum, S. 162, Anm. 2.

⁶⁵⁰ Vgl. MILITZER, Patriziat, Sp. 1797: Daneben finden sich noch eine Reihe anderer Bezeichnungen wie Erbmänner (Münster), Achtbürger (Basel), Constafler (Straßburg), Müßiggänger (Rottweil) etc.

⁶⁵¹ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 30.

⁶⁵² ISENMANN, Deutsche Stadt, S. 278.

⁶⁵³ Vgl. FLECKENSTEIN, Vom Stadtadel, S. 11, der diesbezüglich von einer „Aristokratisierung“ des alten, städtischen Meliorats spricht. Vgl. dazu ANDERMANN, Zwischen Zunft und Patriziat, S. 367f, der als Voraussetzungen des sozialen Aufstiegs die bekannten Faktoren „Vermögen, einflußreiche Ämter, Mobilität, das richtige Konnubium und eventuell königliche Protektion“ nennt, gleichzeitig aber betont, dass selbst bei Erfüllung all dieser Voraussetzungen der soziale Aufstieg nicht automatisch erfolgte, sondern die „soziale Akzeptanz“ erforderte.

der Landesherrschaft die Stadtsässigkeit ganz aufgab.⁶⁵⁴ „Ständische Nobilität“ und „bürgerlicher Reichtum“ schmolzen innerhalb der Oberschicht letztendlich zu einer neuen Einheit zusammen, die bekanntlich als Patriziat an der Spitze der Stadtbevölkerung stand und den Rat ebenso wie die anderen städtischen Gremien dominierte.⁶⁵⁵ Josef Fleckenstein prägte für diese „echte historische Neubildung“ aus ritterlichen und aufstrebenden bürgerlichen Geschlechtern den Begriff „Stadtadel“,⁶⁵⁶ der oftmals äquivalent zum „Patriziat“ verwendet wird,⁶⁵⁷ dessen Definition und Anwendung allerdings nicht unproblematisch ist. Während der Begriff im strengen Wortsinn nur städtische Familien ehemals ministerialischer Herkunft mit ritterlicher Lebensweise bezeichnete, tendieren die Historiker in jüngster Zeit zu einer weiter gefassten Definition. Sie verstehen darunter eine geburtsständisch nach unten abgeschlossene Gruppe mit eigenem ständischen Bewusstsein.⁶⁵⁸ Diese formierte sich im Zuge des gesellschaftlichen Differenzierungsprozesses im ausgehenden 14. und vor allem im 15. Jahrhundert unter dem Druck der nach Anschluss an das Patriziat strebenden „aggressiven Aufsteiger“ aus den in Zünften organisierten nichtpatrizischen, aber wirtschaftlich erfolgreichen Kaufleuten und Gewerbetreibenden.⁶⁵⁹ Zur gleichen Zeit vollzog sich innerhalb des Adels derselbe Differenzierungsprozess, von dem auch das Patriziat nicht unberührt blieb. Der höhere Dienstmannenadel, fortan auch Turnieradel genannt, suchte sich im 15. Jahrhundert auf gesellschaftlicher Ebene unter Akzentuierung ständischer Elemente gegenüber dem Bürgertum immer stärker abzugrenzen.⁶⁶⁰ Ihren Ausdruck fanden diese Abschließungstendenzen mit dem Ziel „ständischer Selbstvergewisserung“ gegenüber dem aufstrebenden Bürgertum in der Gründung von Rittergesellschaften, strengeren Ahnenproben, in der Kodifikation adeliger Verhaltensregeln (wie sie sich zum Beispiel in der Literaturgattung der Ritterspiegel finden) und nicht zuletzt im Ausschluss der Bürger von der Teilnahme an

⁶⁵⁴ Vgl. LIEBERICH, Patrizier, Sp. 1556f.

⁶⁵⁵ HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, S. 33*. Vgl. FLECKENSTEIN, Vom Stadtadel, S. 10; ISENMANN, Deutsche Stadt, S. 269-274; Ihre stärkste Ausprägung fand diese Entwicklung bekanntlich im Nürnberger Patriziat, wo das Stadtregiment allein in der Hand der *nobiles Norimbergenses* lag.

⁶⁵⁶ FLECKENSTEIN, Vom Stadtadel, S. 13.

⁶⁵⁷ Vgl. dazu beispielsweise JOHANEK, Adel und Stadt, S. 24.

⁶⁵⁸ Vgl. SCHULZ, Stadtadel und Bürgertum, S. 161f, Anm. 2; ANDERMANN, Zwischen Zunft und Patriziat, S. 363.

⁶⁵⁹ SPIEB, Aufstieg in den Adel, S. 6. Vgl. JOHANEK, Adel und Stadt, S. 25.

⁶⁶⁰ Vgl. JOHANEK, Adel und Stadt, S. 25; SCHULZ, Stadtadel und Bürgertum, S. 177.

bestimmten Formen adeliger Kommunikation wie dem Turnier.⁶⁶¹ „Dieser Andrang einer aus dem Kleinadel und dem Stadtjunkertum gebildeten, z. T. recht finanzstarken Schicht ist es, dem die traditionelle Oberschicht durch Abschließung zu begegnen sucht.“⁶⁶² Seit der Würzburger Turnierordnung von 1479 ist grundsätzlich die Absicht erkennbar, den niederen Adel vom Turnierwesen auszuschließen, was die Patrizier auf Grund ihrer Gleichstellung mit dem niederen Adel gleichermaßen traf.⁶⁶³ Die Heidelberger Turnierordnung von 1481 erklärte schließlich ein städtisches Bürgerrecht für unvereinbar mit Turnierfähigkeit und sprach damit der Handel treibenden städtischen Führungsschicht die Ebenbürtigkeit ab.⁶⁶⁴

Vor diesem Hintergrund gewinnen die Berichte der Chronisten über vermeintliche Hetzkampagnen adeliger Räte Herzog Heinrichs XVI. gegen die Landshuter Bürgerschaft im Vorfeld der Unruhen von 1408 eine andere Qualität, lassen sie doch auf Rivalitäten innerhalb der Adelsschicht zwischen Landherrenadel und Patriziat bzw. höherem und niederem Adel als eigentlicher Ursache schließen. Als politisch federführende Gruppe im Landshuter Herzogtum seit der Vormundschaftszeit Heinrichs XVI. konnten hochrangige Landherren mit beträchtlichem Vermögen identifiziert werden, die sich nicht nur im herzoglichen Rat besonders hervor taten, sondern vor allem auch durch ihr beträchtliches Vermögen, das sie dem Herzog immer wieder zur Verfügung stellten und dadurch ihre Vorrangstellung im Herzogtum behaupteten. Ihre bislang unangefochtene Stellung streitbar machen konnte ihnen also im Grunde nur jemand mit vergleichbarem Status und Vermögen. Wer kam dafür eher in Betracht als die städtische Hochfinanz Landshuts? Das selbstbewusste Landshuter Patriziat trug seinen Wohlstand nicht nur äußerlich zur Schau, wie Kleiderordnungen und Luxusverbote bezeugten, sondern war gerade in den Jahren vor Ausbruch der Unruhen im Begriff seinen Reichtum im Neubau der Martinskirche und anderer Bürgerkirchen weithin zu demonstrieren.⁶⁶⁵

⁶⁶¹ JOHANEK, Adel und Stadt, S. 25. Vgl. SCHULZ, Stadtadel und Bürgertum, S. 177.

⁶⁶² LIEBERICH, Landherren, S. 30.

⁶⁶³ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 24.

⁶⁶⁴ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 30; SCHULZ, Stadtadel und Bürgertum, S. 177; JOHANEK, Adel und Stadt, S. 25.

⁶⁶⁵ Vgl. BECHER, Landshut, S. 418f; STAUDENRAUS, Chronik, S. 102-105.

Der Wohlstand der Landshuter Bürger blieb weder dem Stadtherrn noch seinen Räten verborgen. Schon während der Vormundschaftszeit traten immer wieder vereinzelt Landshuter Bürger als Geldgeber Herzog Heinrichs XVI. bzw. seiner Vormünder auf.⁶⁶⁶ Dabei rückten einige Bürger der städtischen Hochfinanz besonders ins Blickfeld, die den Herzog bzw. seine Vormünder mehrmals oder mit ansehnlichen Summen unterstützten wie beispielsweise Hans Sattler, Martin Kröner, Friedrich Franck, Hans Hochut und Franz Leitgeb. Mit Ausnahme des letztgenannten, der zwar selbst an den Landshuter Unruhen nicht beteiligt war, dafür aber ein anderer seines Geschlechts (Christan Leitgeb), tauchen alle Namen unter den 1408 Verurteilten auf. Sie alle gehörten zu den führenden Patriziergeschlechtern Landshuts, denen es offensichtlich gelungen war, mittels ihres Vermögens in die unmittelbare Nähe des Herzogs zu rücken und damit eine Domäne des Landherrenadels zu durchbrechen. Die städtische Hochfinanz konnte daher seitens des höheren Adels am Herzogshof wohl nur als Bedrohung empfunden werden, die es vorsorglich auszuschalten galt. So lässt es sich

⁶⁶⁶ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1400, S. 606f: Der Viztum Oswald Törring verschaffte am 11. Juni 1394 dem Landshuter Bürger Andre Perger 40 Pfd. Amberger Pfg. aus der Stadtsteuer zu Landshut zur Begleichung von Herzog Friedrichs Schulden. Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1401, S. 607: Am 20. Juni 1394 bestätigte Herzog Heinrich XVI. gegenüber Hermann Pechktaler seine Schulden in Höhe von 500 fl. ungr. und verschrieb ihm dafür jährlich 50 fl. aus der Landshuter Stadtsteuer. Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1404, S. 608: Im August 1394 bezahlte der innere und äußere Rat zu Landshut einen Betrag von 186 fl. für Herzog Heinrich XVI. Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1417, S. 612: Im März 1395 erhielten Ulreich Smätzhauser, Jobst Wernstorffer und Konrad Lonersteter 167 Pfd. Amberger Pfg. aus der Stadtsteuer, die sie noch von Herzog Friedrich einzufordern hatten. Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1421, S. 613: Herzog Heinrich XVI. schuldete im Mai 1395 Martin Kröner 280 fl. aus dem Zoll zu Landshut. Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1427, S. 616f: Die Vormünder Herzog Stephan III. und Johann II. verschrieben im September 1395 dem Kammermeister Hans Sattler für 800 fl. die Feste Vilsheim als Pfand. Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1453, S. 626: Die Vormünder Herzog Stephan III. und Johann II. verschrieben im März 1397 Elspet und ihrem zukünftigen Mann, den Landshuter Bürger Wernhart Pawr, 75 Pfd. Landshuter Pfg. aus dem großen und kleinen Zoll zu Landshut als Heiratsgut. Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1471, S. 633: Herzog Stephan III. schuldete im November 1397 Peter von Asch für sich und Herzog Johann II. insgesamt 600 fl. Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1475, S. 636: Herzog Stephan III. schuldete im Dezember 1397 Ulrich Huber 121 Pfd. Regensburger Pfg. und 60 fl. Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1495, S. 643: Herzog Stephan III. schuldete im Januar 1399 Hans Sattler 1.250 fl. Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1507, S. 647: Herzog Heinrich XVI., Magdalena und Elisabeth schuldeten Martin Kröner, Zollner zu Landshut, 105 fl. und verschrieben ihm dafür den Zoll zu Landshut. Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1567, S. 668: Der Viztum Ulrich Ecker verschrieb im Mai 1400 die 81 Pfd. Landshuter Pfg. Vogtabgabe des Freisinger Domkapitels an Friedrich Franck. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg 1402 VIII 28: Herzog Heinrich XVI. schuldete Konrad Lonersteter 72 fl. ungr. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg 1403 X 4: Herzog Heinrich XVI. schuldete Friedrich Franck 237 Pfd. und 50 Pfg. Vgl. KALCHER, Wittelsbacher Fürstenurkunden, Nr. 68, S. 110f: Am 6. Februar 1404 versetzte Herzog Heinrich XVI. 600 Pfd. Landshuter Pfg. aus der Stadtsteuer zu Landshut an Hans Sattler.

vielleicht auf den Einfluss der adeligen Räte Heinrichs XVI. zurückführen, dass in dessen ersten Regierungsjahren seit 1404 kaum noch Kredite bei der Landshuter Bürgerschaft aufgenommen wurden, trotz eines desolaten Staatshaushalts! Lediglich ein Schuldbrief Herzog Heinrichs XVI. über 662 fl. für die beiden Landshuter Bürger Hans Hochhut und Franz Leitgeb aus dem Jahre 1405 ist aus dem entscheidenden Zeitraum zwischen 1404 und 1408 erhalten,⁶⁶⁷ während andererseits die Praxis des Herzogs, sich Darlehen von seinen Landherren zu holen, beibehalten wurde. Zur Zielsetzung der adeligen Landherren gehörte es wahrscheinlich auch, nicht nur bürgerliche Kredite von vorn herein zu verhindern, sondern möglicherweise auch die bereits bestehenden Kreditverhältnisse zwischen Herzog und Patriziern abzulösen: 1399 nahm Herzog Stephan III. von Bayern-Ingolstadt ein Darlehen bei dem Landshuter Bürger Hans Sattler in Höhe von 1.250 fl. auf, wofür die niederbayerischen Adeligen Ulrich Ecker, Reigker Aham, Konrad Kuchel, Diepold Leutenbeck und Stefan Muschelrieder bürgten.⁶⁶⁸ Zwei Jahre später nahmen die Bürgen den Schuldbrief des Herzogs für 1.700 fl. aus der Hand Hans Sattlers in ihren Besitz, wollten oder konnten diesen jedoch nicht direkt begleichen, sondern stellten nun ihrerseits Hans Sattler einen Schuldbrief über besagte Summe aus.⁶⁶⁹ Obwohl es sich um einen singulären Vorgang handelte, so kann er doch Aufschluss über das Kreditvolumen geben, dass das Landshuter Patriziat zu leisten im Stande und in seinen Dimensionen mit den Krediten des Landherrenadels vergleichbar war, als auch über Bestrebungen des Adels, den direkten Kontakt zwischen Herzog und städtischer Hochfinanz zu unterbinden.

Zu diesen Kontroversen zwischen Adel und reichem Stadtpatriziat kamen wahrscheinlich noch weitere grundsätzlicher Natur hinzu, wie sie in der bei Staudenraus und Hellersberg überlieferten bereits angeführten Klageschrift Herzog Heinrichs XVI. über die Landshuter Bürger zu finden sind. Mehrere darin vorgebrachte Vorwürfe gegen die Stadt hatten in der Vergangenheit den Herzog gleichermaßen getroffen wie den in den Ämtern vertretenen Landherrenadel. Heinrich XVI. beschwerte sich unter anderem darüber, dass die ihm neben der Stadtsteuer zustehende Gerichtsabgabe seit dem Tode

⁶⁶⁷ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1305.

⁶⁶⁸ Vgl. HERZOG, Landshuter Urkundenbuch, Nr. 1495, S. 643.

⁶⁶⁹ Vgl. BayHStA Kurbayern 4356; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 832. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 834: Die Bürgen schuldeten 1403 Hans Sattler weitere 340 fl. Vgl. BayHStA GU Teisbach 114: Im selben Jahr verzichtete Reigker Aham auf all seine Ansprüche gegenüber Herzog Stephan III. aus seiner gegenüber Hans Sattler geleisteten Bürgschaft.

seines Vaters von Landshut nicht mehr abgeführt worden sei. Davon war Wilhelm Fraunhofer unmittelbar betroffen, denn bereits im März 1398 war festgelegt worden, dass er jährlich 100 Pfd. Wiener Pfg. aus der Maut zu Burghausen an Stelle der ihm jährlich verschriebenen 32 Pfd. Regensburger Pfg. aus der Gerichtsabgabe der Stadt Landshut erhalten sollte. Die Neuverschreibung war wohl notwendig geworden, nachdem Landshut ihm die Gerichtsabgabe nicht ausbezahlt hatte.⁶⁷⁰ In gleichem Maße liefen die zahlreichen Verstöße gegen die Anordnungen des Herzogs und seiner Räte als auch die vielfache Missachtung der herzoglichen Rechtsprechung (Ausbleiben der Viztumhändler, Abzug von Untertanen und Behinderung von Land- und Hofgericht sowie der Urteilstvollstreckung)⁶⁷¹ durch die Stadt den Interessen der Adeligen, die als herzogliche Pfleger und Amtleute unmittelbar davon betroffen waren, ebenso zuwider wie ihrem Landesfürsten. Letzteres wog um so schwerer angesichts der zahlreich an die Landherren verpfändeten Pflegämter, denen auf diese Weise ihre zusätzlichen Erträge entgingen. Die Behinderung in der Ausübung von Herrschaftsrechten verbunden mit finanziellen Einbußen dürften am Ende die adeligen Gemüter erhitzt und das Verhältnis zwischen Adel und Stadtpatriziat zusätzlich belastet haben.

Welche Erkenntnisse lassen sich daraus insgesamt für die Landshuter Bürgerunruhen von 1408/10 gewinnen? Der Reichtum der Landshuter Patrizier bedrohte vermutlich die bislang unangefochtene Vorrangstellung des Landherrenadels am Herzogshof, weckte doch deren beträchtliches Vermögen früher oder später das Interesse des jungen Fürsten, dem es erheblich an Geld mangelte. Kredite und Darlehen zogen nicht selten den politischen Aufstieg in die höchsten Ämter nach sich, was bislang der Landherrenadel für sich beansprucht hatte. Die reichen Landshuter Patrizier drohten damit in eine Domäne des Landherrenadels vorzustößen. Die politisch führenden Adelsfamilien am Herzogshof, die ihre eigene Position gefährdet sahen oder einfach keine anderen Geschlechter neben sich dulden wollten, versuchten dies zu verhindern, indem sie ihre Mitgliedschaft im herzoglichen Rat instrumentalisierten. Die städtische Hochfinanz sollte vom Herzogshof als Mittelpunkt des politischen Lebens ferngehalten werden. So ist beispielsweise nicht auszuschließen, dass kreditwirtschaftliche

⁶⁷⁰ Vgl. SCHMUCK, Finanzielle Beziehungen, S. 129.

⁶⁷¹ Vgl. vor allem Art. 1, 2, 4, 7, 9, 15 und 16 bei STAUDENRAUS, Chronik, S. 113-116; HELLERSBERG, Betrachtungen, S. 14f.

Beziehungen zwischen Herzog und Stadtbürgertum bewusst von einigen Räten in den ersten Regierungsjahren Heinrichs XVI. unterbunden wurden, um selbst als dessen Geldgeber bzw. Bürgen einzuspringen und dadurch den Herzog weiterhin an sich zu binden.

Finanzpolitische Überlegungen in zweierlei Hinsicht spielten daher bei den Auseinandersetzungen von 1408 die Hauptrolle: Sicher ging es dem Herzog in erster Linie um die Sanierung seiner Staatsfinanzen bzw. die Finanzierung seiner Baumaßnahmen in der Stadt mit Hilfe des Vermögens der Patrizier. In seinem Vorhaben bestärkt, wenn nicht sogar erst auf die Idee gebracht, wurde er dabei von seinen herzoglichen Räten, die als Repräsentanten ihres Standes ebenso großes Interesse daran hatten bei dieser Gelegenheit die unliebsame städtische Hochfinanz Landshuts als Konkurrenz auszuschalten. Die Zurschaustellung des bürgerlichen Reichtums in Form der Kirchenbauten könnte die Räte gerade um 1408 ihren akuten Handlungsbedarf vor Augen geführt haben, die ihren Einfluss auf den Herzog zu nutzen wussten. Hinzu kamen die zahlreichen Querelen mit der Stadt im Vorfeld, die Herzog und Adel gleichermaßen in ihren Rechten trafen. Mit dem Vermögenseinzug der Patrizier und deren Ausweisung aus der Stadt hatte schließlich nicht nur der Herzog, sondern auch der im Rat vertretene Adel sein Ziel erreicht. Die Landshuter Unruhen von 1408 dürften demnach ihren Ausgangspunkt nicht nur in einem allgemeinen Gegensatz zwischen Stadtherr und Bürgerschaft, sondern auch in den Rivalitäten zwischen Landherrenadel und Stadtpatriziat gehabt haben.

Diese Spannungen, wie sie sich in Landshut 1408 zwischen höherem Landherren- und niederem Stadtadel entluden, können möglicherweise als erste Vorboten des im Laufe des 15. Jahrhunderts stattfindenden sozialen Differenzungsprozesses innerhalb der Adelsschicht in Verbindung mit der Abschließung des höheren Ministerialenadels zum Turnieradel gesehen werden, dürfen aber nicht allein auf Neid und Missgunst zwischen den Schichten reduziert werden. Ebenso kamen wahrscheinlich Unterschiede struktureller Natur zum Tragen. Die führenden Landshuter Stadtgeschlechter hatten zwar am Ende des 14. Jahrhunderts eine starke politische Stellung im Stadtregentum erreicht, diese blieb aber dennoch weit hinter dem auch zeitlich bedingten Vorsprung des Ministerialenadels zurück. Während sich die Patrizier im Zuge des Aufblühens ihrer Stadt politisch eben erst im Aufwind befanden, mussten sie sowohl gegen den

Stadtherren als auch den „höheren herzoglichen Dienstadel bereits in voll ausgebauter Herrschaftsposition“ ankämpfen.⁶⁷²

Erst 1410 standen wohl stärker allein die Interessen des Herzogs im Vordergrund, dem es dabei vor allem um die Wiederherstellung seiner während der Vormundschaftszeit vernachlässigten Position als Stadtherr ging. Sowohl die Konfiskationen von 1408 als auch das drakonische Strafgericht von 1410 müssen letzten Endes in einem größeren Kontext gesehen werden. Es handelte sich wohl beide Male um herrschaftsintensivierende Maßnahmen des Herzogs im Rahmen einer Neuordnung seiner Herrschaftsbasis. Nachdem Heinrich XVI. sich in den unsicheren Jahren der Vormundschaftszeit in erster Linie nach außen gegenüber den anderen Teilherzögen zur Wehr setzen hatte müssen, galt es nun die Versäumnisse der vorhergehenden Jahre nachzuholen, was das im Inneren vernachlässigte Herzogtum anbelangte. Zu den zentralen Aufgaben, die umgehend in Angriff genommen werden mussten, gehörten die rasche Sanierung des durch die Vormundschaftsregierung finanziell ausgebluteten Herzogtums sowie die Schaffung eines adäquaten Regierungs- und Herrschaftszentrums, das wie die Residenzstädte der anderen Teilherzogtümer zunehmend auch repräsentativen Ansprüchen genügen sollte. Dies setzte im Falle Landshuts die entschiedene Inanspruchnahme und Durchsetzung der bislang vernachlässigten stadtherrlichen Rechte gegenüber der Bürgerschaft voraus. Die gegen das Landshuter Patriziat gerichteten Interessen der adeligen Räte gingen daher Hand in Hand mit den Absichten des Herzogs. Dies kam in ihrer Loyalität und tatkräftigen Unterstützung Heinrichs XVI. in den Kämpfen der Karfreitagsnacht 1410 deutlich zum Ausdruck. Vermutlich ohnehin durch seine Räte voreingenommen sah sich der Herzog in seinem Vorgehen gegen die Landshuter Bürger bestärkt und ließ sich zu den drakonischen Strafmaßnahmen hinreißen, die seinen Ruf als Gewaltmensch begründeten. Vielleicht aber war es gerade dieser Schulterschluss zwischen Herzog und Adel, der ihm in den Auseinandersetzungen den Rücken stärkte und die überraschende „Leichtigkeit“ erklärt, mit der Heinrich XVI. der Reiche im Vergleich mit den langwierigen Kämpfen in München und in anderen Städten „beide Male jeglichen Widerstand seitens der Bürger im Keim ersticken konnte.“⁶⁷³

⁶⁷² LIEBERICH, Rittermäßigkeit und bürgerliche Gleichheit, S. 75f.

⁶⁷³ ZIEGLER, Niederbayerische Residenzen, S. 36.

IV. Herzog und Adel im Konflikt – Landesherrschaftliche Konzentration contra adelige Selbstbehauptung

Der „fürst het gar gross lieb zu dem rotwild und liess das gar wenig fahen. darumb ward des wild unsäglich vil, das jederman gar vil schaden tet an irem traid und anderen fruchten“.⁶⁷⁴ An der vielzitierten Liebe Heinrichs XVI. des Reichen von Bayern-Landshut zum Rotwild entzündete sich der mit aller Härte jahrelang ausgetragene Streit mit dem niederbayerischen Erbjägermeister Kaspar Törring zu Törring, als der Herzog 1413 dessen Jäger und Hunde gefangen nehmen ließ. Bis in den Tod hinein kämpfte Törring († 1429) anschließend um die Restitution seiner Rechte. In Temperament und Hartnäckigkeit ebenbürtige Gegner wuchs sich der Streit zu einem für das Spätmittelalter symptomatischen Konflikt zwischen Landesherrschaft und Adel aus, der sich längst nicht mehr allein auf Bayern beschränkte, sondern vor dem König und den Westfälischen Femgerichten ausgetragen wurde. Am Ende bewies der Herzog im wahrsten Sinne des Wortes den längeren Atem. Nach dem Tode Kaspar Törrings war seine Familie 1434 zum endgültigen Verzicht auf das Erbjägermeisteramt gezwungen. Die Differenzen Törrings mit dem Landshuter Herzog⁶⁷⁵ waren Ausdruck des staatlichen Durchdringungsprozesses, der allgemein in den Territorien des Spätmittelalters zu beobachten ist. Der bayerische Adel war davon in besonderer Weise betroffen, da er den Landesherrn bei der Durchsetzung ihres Gewaltmonopols als Herrschaftsträger im Wege stand. Gerade am Fall Kaspar Törrings lassen sich daher der herzogliche Wille zur Integration des Adels in den entstehenden Landesstaat ebenso wie die Möglichkeiten und Grenzen der Gegenwehr im spätmittelalterlichen Bayern exemplifizieren.

⁶⁷⁴ LEIDINGER, Veit Arnpeck, S. 614.

⁶⁷⁵ Der Verlauf der Auseinandersetzungen Herzog Heinrichs XVI. mit dem Erbjägermeister Kaspar Törring zu Törring wurde bereits im 19. Jahrhundert auf der Basis des Quellenmaterials, das sich heute im Staatsarchiv München befindet, von Dr. Friedrich Töpfer rekonstruiert und veröffentlicht, vgl. StA München Törring-Jettenbach U 15, § 17; TÖPFER, Oberstjägermeisteramt. Grundlegend zum Folgenden ist daneben die ältere Darstellung bei FREYBERG, Vehmgerichtsprozeß und Jolanda Engebrechts 1985 erschienene Geschichte des Hauses Törring, die sich vor allem auf die Vorarbeiten Töpfers stützt, vgl. ENGBRECHT, Drei Rosen. Für den Prozess Törrings vor den Westfälischen Femgerichten sind außerdem THIERSCH, Vervemung und LINDNER, Vehmprozesse heranzuziehen.

1. Der Streit Herzog Heinrichs XVI. des Reichen von Bayern-Landshut mit Kaspar Törring zu Törring um das Erbjägermeisteramt

Kaspar Törring zu Törring (1379-1429) hatte von seinem Vater Wilhelm zusammen mit der Stammburg Törring die Gerechtsame auf das Erbjägermeister- und Banneramt geerbt.⁶⁷⁶ Beide Ämter befanden sich als Auszeichnung für besondere Dienste seit 1356 im Besitz der Familie Törring.⁶⁷⁷ Während das Banneramt seinem Inhaber das Privileg verlieh, an der Spitze des landesherrlichen Aufgebotes die bayerische Fahne ins Feld zu tragen,⁶⁷⁸ brachte das Erbjägermeisteramt, auch Erbland- bzw. Oberstjägermeisteramt oder Geiaid genannt, das Recht ein, überall nach Belieben großes und kleines Wild jagen zu dürfen.⁶⁷⁹ Jedes Teilherzogtum besaß seinen eigenen Jägermeister, aber jeder von ihnen war zugleich allen regierenden Fürsten gegenüber verpflichtet.⁶⁸⁰ Als äußeres Zeichen der Privilegierung hatten die Jagdhunde des Erbjägermeisters bei der Fütterung Vorrang vor den Hunden des Herzogs.⁶⁸¹ Dafür gehörten die Organisation der herzoglichen Jagden, Hofdienste und die Versorgung des Hofes mit Wildbret zu seinen Aufgaben, was den Unterhalt zahlreicher Jäger und Hunde erforderte. Der Jägermeister hatte die Jurisdiktionsgewalt über das gesamte im Jagd- und Forstwesen beschäftigte Personal sowie die Aufsicht über die Forsten. Als Inhaber eines Hofamtes gehörte er dem herzoglichen Rat an.⁶⁸² Außerdem brachte er diejenigen Untertanen vor Gericht, die sich in den Wäldern am Wild vergriffen und damit gegen das Vorrecht des Landesherrn verstießen, dem allein die hohe Jagd auf Hirsche, Gamsen, Wildschweine

⁶⁷⁶ Vgl. REINDEL-SCHEDL, Laufen, S. 300-302; ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 59-61: Nach dem frühen Tod seines Vaters († um 1382) wuchs Kaspar zusammen mit seinem jüngeren Bruder Wilhelm, dem die Schlösser Tüßling und Pertenstein zufielen, und seiner Schwester Klara unter der Vormundschaft Oswald Törrings zu Stein, des ehemaligen niederbayerischen Viztums, auf. Bereits in jungen Jahren auffällig wurde Kaspar 1394/96 durch seinen Raubüberfall auf sieben mit Handelswaren voll beladene Salzachtschiffe in der Nähe von Raitenhaslach. 1409 stand Kaspar Törring in Diensten Herzog Heinrichs XVI. von Bayern-Landshut, erhielt als Dank für mehrere Bürgschaften 1410/11 die Pflege Reichenhall und war 1412 herzoglicher Rat, vgl. BayHStA GU Vilshofen 70.

⁶⁷⁷ Vgl. TÖPFER, Oberstjägermeisteramt, S. 8-15; ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 44f.

⁶⁷⁸ Vgl. TÖPFER, Oberstjägermeisteramt, S. 12-15: Bis 1293 besaßen wahrscheinlich die Grafen zu Ortenburg das bayerische Banneramt, das 1356 an die Törring viel.

⁶⁷⁹ Vgl. TÖPFER, Oberstjägermeisteramt, S. 6-8, 10: Das Recht nach Belieben zu jagen, galt selbst in Zeiten der Teilherzogtümer für ganz Bayern. Vgl. allgemein zu Entstehung und Entwicklung des Jägermeisteramtes ROSENTHAL, Gerichtswesen, S. 356-366.

⁶⁸⁰ Vgl. TÖPFER, Oberstjägermeisteramt, S. 10. Vgl. zum oberbayerischen Jägermeisteramt TURTUR, Regierungsform, Bd. I, S. 153-155.

⁶⁸¹ Vgl. TÖPFER, Oberstjägermeisteramt, S. 6; ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 45.

⁶⁸² Vgl. TURTUR, Regierungsform, Bd. I, S. 155.

etc. zukam.⁶⁸³ Die einzige Ausnahme bildete lediglich der Erbjägermeister, dem dieses Privileg ebenfalls zustand. Was das Recht der hohen Jagd anbelangte, befanden sich Erbjägermeister und Herzog also auf ein und derselben Stufe. Einem Fürsten, dem es um die Monopolisierung seiner landesherrlichen Rechte ging, musste die Hoheits- und Jurisdiktionsgewalt des Erbjägermeisters ein Dorn im Auge sein. So überrascht es auch nicht, dass das Banneramt im Streit Heinrichs XVI. mit Kaspar Törring stets nur eine untergeordnete Rolle spielte, handelte es sich doch mehr um ein Prestigeobjekt als um Herrschaftsausübung. Im Besonderen ging es um die Hoheitsrechte Törrings als Erbjägermeister, die den herrschaftsintensivierenden Intentionen des Herzogs ebenso im Wege standen wie die Tatsache, dass es sich um ein erbliches Amt handelte, während allgemein in den Teilherzogtümern beim Aufbau einer strafferen Landesverwaltung den allein vom Fürsten abhängigen Berufsbeamten der Vorzug gegeben wurde.⁶⁸⁴ In der aus landesherrschaftlicher Perspektive nicht mehr zeitgemäßen Anlage des Erbjägermeisteramtes innerhalb des entstehenden Territorialstaates Bayern-Landshut dürfte daher der Grund für den folgenschweren Überfall Heinrichs XVI. auf Törrings Jäger und Hunde zu suchen sein, die der Herzog ohne erkennbaren äußeren Anlass in dessen Abwesenheit 1413 gefangennehmen ließ.⁶⁸⁵

Die Beschwerden, die der Landshuter Herzog als Rechtfertigung für seinen Überfall in einer Verteidigungsschrift vor dem Westfälischen Femgericht 1424 anführte, erhellen die näheren Umstände: Unter Berufung auf Hartprecht Harskircher, der als letzter seiner Familie bis zu seinem Tode 1416 immer wieder behauptet hatte, der Verkauf des Jägermeisteramtes an die Törring 1356 sei auf Grund des fehlenden Konsenses der restlichen Harskircher widerrechtlich geschehen, stellte der Herzog Törrings

⁶⁸³ Vgl. ROSENTHAL, Gerichtswesen, S. 364f; ENGBRECHT, Drei Rosen, S. 45.

⁶⁸⁴ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 280.

⁶⁸⁵ Vgl. ENGBRECHT, Drei Rosen, S. 62: Kaspar Törring kämpfte zu diesem Zeitpunkt in Diensten der oberbayerischen Herzöge Stephan III., Ernst und Wilhelm III. um die Rückgewinnung Tirols und verteidigte bis zum 2. Februar 1413 Rattenberg. Vgl. dazu auch den Schuldbrief Herzog Stephans III. für Kaspar Törrings geleisteten Dienst in BayHStA Neuburger Kopialbücher 24, fol. 79v.

rechtmäßigen Besitz des Jägermeisteramtes in Frage.⁶⁸⁶ Laut Aussage Heinrichs des Reichen hatte Törring die Belehnung mit dem Jägermeisteramt nie eingefordert, weshalb sie unterblieben war. Zum Verstoß gegen Lehensrecht kam noch der Vorwurf des Amtsmissbrauchs hinzu, da mehrere Klöster sich beim Herzog über die gewalttätigen Ausschreitungen der Törring'schen Jäger beschwert hatten, die dort nach dem althergebrachten Recht der Nachtselde (= Herbergspflicht der Klöster für das herzogliche Jagdpersonal) übernachten durften.⁶⁸⁷ Dennoch ist die Schwere der Vergehen insgesamt anzuzweifeln. Andernfalls hätte Heinrich XVI. der Reiche Törring sein Amt sicherlich sofort entzogen. Die genannten Anklagepunkte dienten wahrscheinlich nur als Vorwand und zielten darauf ab, Törring das Erbjägermeisteramt unter Berufung auf das Lehensrecht wegen widerrechtlichen Besitzes und Amtsmissbrauch abzusprechen. Mit der Gefangennahme der Törring'schen Jäger und Hunde hatte der Herzog vorsorglich bereits Tatsachen geschaffen. Heinrich XVI. hatte nicht nur gewaltsam in Törrings Rechte eingegriffen, sondern diesem die unmittelbare Grundlage zur Ausübung seiner Herrschaftsrechte entzogen. Ohne Jäger und Hunde konnte Törring weder seinen Amtspflichten nachkommen noch seine Hoheitsrechte als Erbjägermeister vor Ort zur Geltung bringen. Herrschaftsausübung lebte aber von der lokalen Durchsetzungskraft, die hinter dem Besitz von Herrschaftsrechten stand. Ansonsten existierten die Rechtstitel nur auf dem Papier, blieben damit wertlos. Der herzogliche Überfall ist daher als ein massiver Eingriff in Törrings Rechte zu werten, der dessen Rolle als Herrschaftsträger in seinen Grundlagen in Frage stellte.

⁶⁸⁶ Vgl. dazu den sehr wohl vorhandenen Konsens zum Verkauf von 1356 eines gleichnamigen Vorfahren Hartprecht Harskirchers bei FREYBERG, Vehmgerichtsprozeß, S. 322: „Ich Harprecht der Harsschirchär verich für mich und für all mein erben und tun chunt Offenbar an dem brief allen den di in sechent oder hörent lesen daz ich durch sunderem freuentschaft han geben meim Ohaim Her Seizen von Törring seiner Hausfrawn und allen iren erben mein gegaid mit allen eren rechten und nuzen alz ichs inngehabt han auch ins gemacht von ie dem herren da von ichs gehabt han mit der beschaiden daz si mich nicht engen noch irren sullen unz an mein tod noch ich sein herrn bi der und swan ich nimer bin so ist ez ir aignew hab daz sew chain mein erb daran nicht engen noch irren soll noch enmag und zu einer pesern sicherhait der vorhait gib ich im disen brif versigelt mit mein Insigel daz ist geschehen da man zalt von Christes geburt tawsent Jar drew hundert Jar darnach in den sech und fūgstistem Jar dez Phinztags nach dem Oeberistem.“

⁶⁸⁷ Vgl. FREYBERG, Vehmgerichtsprozeß, S. 229-234. Daneben existiert ein Brief Herzog Heinrichs XVI. mit den Anklagepunkten, vgl. StA München Törring-Seefeld Lit. A 3, Nr. 46. Vgl. TÖPFER, Oberstjägermeisteramt, S. 44f; ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 61f, 82.

2. Das Versagen von Herzogs- und Königsgericht

Das Erbjägermeisteramt gehörte zu denjenigen Ämtern, die nach Lehensrecht vergeben wurden.⁶⁸⁸ Demgemäß waren die Törring 1356 von allen bayerischen Herzögen mit dem Oberstjägermeisteramt belehnt worden.⁶⁸⁹ Bereits 1412 hatte sich Kaspar Törring an einen seiner Lehensherren gewandt und von Herzog Stephan III. von Bayern-Ingolstadt seine verbrieften Rechte bestätigen lassen.⁶⁹⁰ Die Auseinandersetzungen mit dem Landshuter Herzog zeichneten sich wohl schon damals ab. Da Törring in Ausübung seines Amtes früher schon in Diensten der Münchner Herzöge gejagt hatte, war es nur natürlich, dass er auch Ernst und Wilhelm III. einschaltete, die ihn in seinem Amt ebenfalls bestätigten.⁶⁹¹ Den oberbayerischen Herzögen scheint tatsächlich viel daran gelegen zu haben, die Streitsache schnell zu bereinigen, insbesondere Stephan III. von Bayern-Ingolstadt, der sich immer wieder für Kaspar Törring bei seinem Landshuter Vetter stark machte. Schließlich gehörten die Törring zu den angesehensten und vermögendsten Adelsfamilien des Landes, auf deren militärische als auch finanzielle Unterstützung die Herzöge sicher nicht so einfach verzichten wollten. Den Landshuter Herzog gegen seinen Willen zum Nachgeben zwingen konnten allerdings auch die oberbayerischen Herzöge nicht. Heinrich XVI. spielte stattdessen auf Zeit und versuchte Törring in den nachfolgenden Verhandlungen durch das ständige Hinauszögern eines entscheidenden Urteils müde zu machen. Trotz der bereits erfolgten Bestätigung durch die oberbayerischen Herzöge verlangte er auf einem Rechtstag am 25. April 1413 zu Burghausen, dass mit den anderen Herzögen über die

⁶⁸⁸ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 96.

⁶⁸⁹ Vgl. TÖPFER, Oberstjägermeisteramt, S. 9f.

⁶⁹⁰ Vgl. StA München Törring-Jettenbach U 149; StA München Törring-Jettenbach U 151; REINDEL-SCHEDL, Laufen, S. 302.

⁶⁹¹ Vgl. StA München Törring-Seefeld U 218; TÖPFER, Oberstjägermeisteramt, S. 22; ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 62f: Zusammen mit dem Ingolstädter Herzog Stephan III. forderten Ernst und Wilhelm III. von Bayern-München in ihrem Schreiben vom 7. März 1413 ihren Landshuter Vetter auf Törring bei seinen Rechten und seine Jäger und Hunde wieder frei zu lassen mit der Begründung, er habe in ihren Diensten im Gebirge gejagt. Vermutlich auf den Einfluss des Salzburger Hauptmanns Oswald Törring zu Stein zurückgehend sprach sich Erzbischof Eberhard III. von Salzburg in seinem Brief vom 17. März 1413 an den niederbayerischen Herzog ähnlich für Kaspar Törring aus, vgl. StA München Törring-Seefeld U 218.

Sache verhandelt werden müsse, zumal er der jüngste von ihnen sei und Törrings Briefe über das Erbjägermeisteramt alle Herren von Bayern betreffen.⁶⁹²

⁶⁹² Vgl. TÖPFER, Oberstjägermeisteramt, S. 22-24; ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 63: Heinrich XVI. hatte Törring erst nach langer Verzögerung und auf die persönliche Bitte des Ingolstädter Herzogs Stephan III. hin vor Ort in Landshut für den 25. April 1413, dem Dienstag nach Ostern, einen Rechtstag gesetzt. Der Termin war vom Herzog geschickt gewählt, denn auf Grund der Osterfeiertage hatte Törring Probleme, seine Freunde zu versammeln, die ihn vor dem Herzog unterstützen sollten. Vgl. dazu den bei FREYBERG, Vehmgerichtsprozeß, S. 319-321 überlieferten, von Kaspar Törring selbst stammenden Bericht: „In der Zeit köm mein Herr Herzog Stephfan gen landzhut zw meinem Herren Herzog Hainrich und warb und pat in von sein und meiner egenannten Herren seiner vettern wegen davon er allso geschaiden was des alls si dann vor all drey geschriben heten das mich mein Herr Herzog Hainrich beleiben liess bey meinen briefen und rechten und allter gewonhait die mein vodern und ich von der herschaft zw baiern heten Do antburtt Im mein Herr Herzog Hainrich er kom In churz gen burchhawsen so wolt er mich vodern und mein brief horen das verzoch sich lang das ich darumb nachreiten und mein herren und freundt aber an in schikchen must und pat und begert das er nur der sach ein ende gab mich vodert und hört oder aber sunst genedichleich hielt und bey meinen rechten und briefen beleiben liess do beschied er mir einen tag gen burchhawsen des nachsten Eritags nach dem ostertag der mir gar unfugliech was, wann ich von der heiligen Zeit wegen meinen Herren und frewndt dabey nicht gehaben mocht die ich geren da gehabt hiet dannoch kom ich dahin und nam mein Herren und frewndt ettleich des ersten graf ezel zw ortenberkch Oswald den Torringer Haubptman zw Salzburg Hainrich den puchperger chunrat den chuchler chanraten den Satlpoger, die sandt ich zw meinen Herren Herzog Hainrich und liess in bitten alls in dann vor mein Herren gebeten heten das er der ungunst gen mir vergäss und mich genedichlich bey meinen rechten hieltt und bey meinen briefen beleiben liess die ich dann von seinen voderen und mienen Herren der Herschaft zw Bairen hiet der antburtt er Er wolt mein brief horen die liess ich in lesen und horen und aber bitten alls vor das er mich dabey genedichleich beleiben liess, das wolt ich mit meinen Herren und frwndten geren umb In verdinen, darwider redt er und gab mir zw antburtt meinew recht und die brief berürten all Herren von bairen und er war der Jüngist ich sollt es mit den ellsiten Austragen und ervoderen, darwider liess ich mit Im reden er war ein tailter Herr mit meinen Herren seinen vettern und hiet ein besunder lanndt, darzw gehaben mir ander mein Herren von bairen mein brief und rechten alls sich das ervindet und ir wol verstanden und oben gehört habt an Iren schreiben dassi von meinen wegen darumb getan habend darzw Irret mich chainer an meinen rechten und hiet auch mein voder oder mich chain Herr von bairen oder niempt von Iren wegen daran Nie geenget noch gelrret das mänichlich wissenlich war und getrawt seinen genaden wol erhielt mich genedichlich und liess mich auch dabey beleiben Tennocht In awer Ichs darInnen das Ich die recht nicht billeich hieltt oder haben sollt So wollt ich mich eins rechten vor seinen Räten darumb benügen lassen, und dann mein brief für sein selbs Rat legen was mir die mit einen rechten bechanten was ich rechtens hiet nach meiner brief sag, des wollt ich mich wol benügen lassen, des wolt er von mir nicht aufnehmen und stund sein antburtt: Ich sollt Im meinen brief abgeschrieben geben, er kam in churz zw meinen Herren seinen vettern gen arding und wollt daraus mit In reden und wes er ainig mit In wurd das wollt er mich wissen lassen, da lie ich mit Im reden er hiet mein brief wol gehort wolt er die pas horen das mocht er wol tuen, So hieten si mein Herren sein vettern auch vorgehort die mir nichz darein sprachen oder redten, wolt er mir aber der sach zw arding ein ende geben, sol wolt ich mit sampt meinen briefen gen arding komen, und auch daselbs alls ich dann vor an In begert het eins rechtens vor sein selbs raten darumb benügen lassen, nach meiner brief sag, das macht mir alles von Im nicht widerfaren, und muß mit meinen frewndten an ende dannen von Im schaiden, daselben bey meinen begeren und fürkomen sein Rat ander Herren und vil guter Ritter und chnecht da gebesen seind etc.

Nach dem Rait ich auch gen arding und bracht meinen Herren Herzog Stephfan und ettleich mein frewndt aber an In, und liess in bitten das er mich nochh von meinen rechten hieltt und beleiben liesse das wollt ich gerne umb sein genad verdiennen und hiet mich auch daselbs vor sein selbs Rat eins rechten nach meiner brief sag aber benügen lassen, das chund mir aber von Im nicht widerfaren und was sein antburtt: er redt In mein brief nicht, die waren gut oder wider seiner vodern sigel awer die brief stunden anders nicht umb die recht dann wie es die Harschiricher gehabt hieten, derselben Haschiricher brief sollt ich in horen lassen, wie es die gehabt hieten darauf redt ich und antwort Im: mein vodern hieten die recht von den Haschirichern kawft und mein vodern hietens umb sein vodern verdient das si Im dieselben brief und recht bestatt hieten, wie si die allso bestatt hieten, des hilet ich mich allsdann dieselben bestattbrief nemlich lawttend und awsweisent und pat sein genad das er mich dabey hieltt allsdann sein vodern

Aus der negativen Erfahrung heraus, dass weder die Bestätigung seiner Rechte noch die wiederholte Fürsprache der oberbayerischen Herzöge bislang bei Heinrich XVI. dem Reichen etwas bewirkt hatten, wollte Törring den Streit lieber vor den Räten des Landshuter Herzogs klären.⁶⁹³ Dies entsprach geltendem Gewohnheitsrecht, demzufolge die „herzoglichen Räte das ordentliche Forum für die Entscheidung aller gegen den Herzog gerichteten Ansprüche“ bildeten.⁶⁹⁴ Törring hatte als Angehöriger des höheren Landherrenadels Anspruch auf einen privilegierten Gerichtsstand,⁶⁹⁵ wollte den Streit also vor das Hofgericht ziehen. Der Herzog aber versuchte gerade dies in auffallender Weise zu umgehen. Seit etwa 1300 war das Hofgericht zum Standesgericht der Ritterschaft und der Landstände geworden.⁶⁹⁶ Das Hofgericht, das unter dem Vorsitz des Viztums bzw. des Hofmeisters oder auch Marschalls zusammentrat, setzte sich zwar aus den Räten des Herzogs zusammen, was eine gewisse Loyalität in ihrer Rechtssprechung ihm gegenüber erwarten ließ. Aber der Richter und die Urteilssprecher waren auch Standesgenossen Törrings,⁶⁹⁷ also ebenso Angehörige des höheren Landherrenadels, die sich unter Umständen in ihrem Urteil weniger von ihrer Loyalität als von ihren Standesinteressen leiten ließen, gerade wenn es um die Beschneidung adeliger Hoheitsrechte durch den Herzog ging. Die guten Beziehungen Törrings zu einzelnen Ratsmitgliedern könnten dabei in den Überlegungen Heinrichs XVI. mit eine Rolle gespielt haben. Gerade zum Hofmeister Wilhelm Fraunhofer pflegte Kaspar Törring offenbar ein gutes Verhältnis, zumal die Törring mit den Fraunhofern eng verwandt waren. So sorgte 1414 die Fürsprache Fraunhofers für ein kurzzeitiges Einlenken des Herzogs gegenüber Törring.⁶⁹⁸ Es ist außerdem kaum anzunehmen, dass

meinen und mich ye und ye an widersprechen dabey gehalten hiet, das chund mir alles nicht widerfaren, Auch sagt Im daselbst mein herr Herzog Stephfan zw arding alls mündliechen zw dem allsdann mein brief ausweist er bedorft nicht Irr gen wie die Haschiricher die recht gehabt hieten sie vor nu han wann er wol gedacht das der Haschiricher obrister Jagermaister in dem land zw baiern gewesen wär und wär dapey zw Landzhut gestanden.“

⁶⁹³ Vgl. StA München Törring-Seefeld U 218; ENGBRECHT, Drei Rosen, S. 64.

⁶⁹⁴ ROSENTHAL, Gerichtswesen, S. 21f.

⁶⁹⁵ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 606.

⁶⁹⁶ Vgl. ETTILT-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. I, S. 281.

⁶⁹⁷ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 606; ROSENTHAL, Gerichtswesen, S. 21f: Es galt der Grundsatz des *iudicium parium*, der ebenbürtigen Besetzung des Gerichts.

⁶⁹⁸ Vgl. StA München Törring-Jettenbach U 15, § 17; ENGBRECHT, Drei Rosen, S. 66, 405, Tafel IV: Kaspar und sein Bruder waren beide mit einer Fraunhoferin verheiratet.

sich Heinrich XVI. in dieser Angelegenheit das Ruder von seinen Räten aus der Hand nehmen lassen, sondern die alleinige Entscheidungsgewalt behalten wollte. Seiner Verzögerungstaktik treu bleibend verschleppte er die Verhandlungen weiterhin, so dass auch der Rechtstag zu Erding ohne Entscheidung blieb. Der Landshuter Herzog begnügte sich längst nicht mehr allein damit, den rechtmäßigen Besitz des Amtes in Törrings Händen anzuzweifeln, sondern stellte inzwischen die Hoheitsrechte des Erbjägermeisters grundsätzlich in Frage. Heinrich XVI. beschwerte sich über die wenig aussagekräftigen Angaben in den von Törring als Beweis vorgelegten Briefen, aus denen seiner Meinung nach lediglich hervorging, wie seine Vorgänger das Erbjägermeisteramt in der Vergangenheit gehandhabt hätten. Der Herzog wollte daher die Briefe der Harskircher hören.⁶⁹⁹ Obwohl der Ingolstädter Herzog sich anschließend noch gut daran erinnern konnte, wie Harskircher als Oberstjägermeister zu Landshut „unser vordern hunde ab dem Ruesch gezogen hat und di seinen darüber“⁷⁰⁰ und selbst die Münchner Herzöge Ernst und Wilhelm III. ihre Bitte wiederholten Törring bei seinen „geiaid und rechten“ bleiben zu lassen,⁷⁰¹ blieb der Streit unentschieden.

Die Differenzen zwischen den beiden Kontrahenten gewannen weit größere Dimensionen, als nach dem Tod Stephans III. von Bayern-Ingolstadt am 2. Oktober 1413 dessen Sohn Ludwig VII. der Bärtige die Nachfolge antrat. Seit Jahren forderte dieser von seinem Landshuter Vetter vergebens eine Entschädigung für die vermeintliche Übervorteilung bei der Landesteilung von 1392. Die daraus resultierende erbitterte Feindschaft zwischen den beiden Herzögen, die schließlich im Bayerischen Krieg (1420-1422) gipfelte, überschattete Törrings Kampf um die Restitution seiner Rechte, belastete das angespannte Verhältnis zum Landshuter Herzog mit neuem Konfliktpotential.

Schon frühzeitig hatte Heinrich XVI. von Bayern-Landshut gegen Ludwig VII. den Bärtigen alle bedeutenden Nachbarfürsten des Ingolstädters in einem umfassenden

⁶⁹⁹ Vgl. ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 64.

⁷⁰⁰ StA München Törring-Seefeld U 218. Vgl. ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 64f; TÖPFER, Oberstjägermeisteramt, S. 7: Gemeint ist das Vorrecht des Oberstjägermeisters, seine Hunde vor den herzoglichen über den Rüsche, den Fresstrog, gehen zu lassen.

⁷⁰¹ Vgl. StA München Törring-Seefeld U 218.

Bündnissystem gesammelt.⁷⁰² In Anbetracht des wachsenden Konflikts und eines möglichen Krieges zwischen Landshut und Ingolstadt dürfte Kaspar Törring als einer der vermögendsten niederbayerischen Landherren plötzlich „ein begehrter Mann“ gewesen sein.⁷⁰³ So lässt es sich erklären, dass Heinrich XVI. der Reiche entgegen seiner bisherigen Art einlenkte, Törring Entschädigung für das ihm zugefügte Unrecht und die zukünftige Anerkennung seiner Rechte als Erbjägermeister zusicherte. Der Landshuter Herzog konnte angesichts eines drohenden Krieges auf einen seiner mächtigsten Landherren kaum verzichten. Vielleicht befürchtete er sogar einen Wechsel Törrings ins gegnerische Lager des Ingolstädter Herzogs, so dass es unter den gegebenen Umständen taktisch klüger schien, auf Törring zuzugehen. Das Angebot dürfte in der Tat ausschlaggebend dafür gewesen sein, dass Törring zunächst weiterhin im Rat des Landshuter Herzogs verblieb.⁷⁰⁴

Kurz darauf überwarf sich Törring offenbar mit Ludwig VII. dem Bärtigen, als ihm der Ingolstädter Herzog sein Amt zu Kössen im Kitzbühler Gericht entzog, das er 1413 noch von dessen Vater Herzog Stephan III. als Pfand für ein Darlehen über 3.210 fl. ungr. im Tiroler Krieg erhalten hatte.⁷⁰⁵ Die Motive Ludwigs des Bärtigen bleiben mangels konkreter Hinweise in den Quellen im Dunkeln. Laut Töpfer soll es sich dabei

⁷⁰² Am 18. Oktober 1406 kam ein dreijähriges Bündnis mit Pfalzgraf Johann von Neumarkt zustande, der über die Erwerbspolitik Ludwigs VII. des Bärtigen auf dem Nordgau verärgert war. Darauf folgte ein Jahr später am 6. Dezember 1407 ein zweijähriges Bündnis mit Herzog Ernst von Österreich-Steiermark. Die guten Beziehungen zu Österreich wurden durch die 1412 geschlossene Ehe Heinrichs XVI. mit Margarethe, der Tochter Herzog Albrechts IV. von Niederösterreich, gefestigt. Nachdem 1410 jegliche Chancen auf eine Versöhnung mit dem Ingolstädter Herzog gescheitert und die Fronten inzwischen verhärtet waren, suchte Heinrich XVI. Rückendeckung bei seinen Münchner Vettern in einem zwanzigjährigen Bündnis (11./12. November 1410), worauf am 20. Februar 1411 ein zehnjähriges Bündnis mit Friedrich von Österreich-Tirol und schließlich am 1. Dezember 1415 ein dreijähriges Bündnis mit seinem Schwager Albrecht V. von Niederösterreich folgten. Als Ludwig VII. der Bärtige aus Frankreich nach dem Tode seines Vaters nach Bayern-Ingolstadt zurückkehrte, vereinte Heinrich XVI. am 17. April 1414 seine Bundesgenossen, die Münchner Herzöge Ernst und Wilhelm III. und Pfalzgraf Johann von Neumarkt, in der Kelheimer Sittichgesellschaft. Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 254; KRUSE/PARAVICINI/RANFT, Ritterorden, S. 256f: Die Sittichgesellschaft ist die einzige bisher bekannte, ausschließlich aus Fürsten bestehende Verbindung. Das Abzeichen des Sittichs (= Papagei) war vermutlich als politisches Gegensymbol zum St.-Oswald-Raben gedacht, den Ludwig der Bärtige seit spätestens 1412 als Devise führte. Die Gründungsmitglieder verbanden sich unter Zusicherung gegenseitiger Hilfeleistung gegen jeden, der die Mitglieder schädigen oder nicht Recht von ihnen nehmen wollte.

⁷⁰³ ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 66.

⁷⁰⁴ Vgl. StA München Törring-Jettenbach U 15, § 17; ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 66: Die Zusagen erfolgten durch persönliche Vorsprache des Hofmeisters Wilhelm Fraunhofer und Schweikers von Gundelfingen, beides Landshuter Räte und Verwandte Törrings.

⁷⁰⁵ Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 24, fol. 80r-80v.

um einen Racheakt gehandelt haben, nachdem Törring nicht in den Dienst des Ingolstädters eingetreten war.⁷⁰⁶ Törring setzte in den folgenden Jahren alles daran, sein Amt bzw. sein Geld zurückzubekommen. Dieser Konflikt belastete das Verhältnis Törrings zum Ingolstädter Herzog, wodurch ein mögliches Zusammengehen der beiden vorerst verhindert wurde.

Nach einer kurzzeitigen Phase der Annäherung dachte der Landshuter Herzog indessen gar nicht daran, sein Versprechen gegenüber Kaspar Törring einzuhalten. Im Herbst 1414 brach Törring daraufhin zusammen mit seinem Bruder Wilhelm Törring zu Tüßling und seinem Vetter Seitz Törring zu Stein im Gefolge des Erzbischofs Eberhard von Salzburg zum Konstanzer Konzil auf. Im Frühjahr 1415 waren dort alle bayerischen Herzöge versammelt.⁷⁰⁷

Törring nutzte die Gelegenheit, seine Beschwerden über den Landshuter und den Ingolstädter Herzog vor König Sigmund zu bringen. Da ihm beide Fürsten nach wie vor sein Recht verweigerten und auf Landesebene eine für ihn befriedigende Konfliktbeilegung nicht mehr möglich schien, blieb Törring keine andere Rechtsalternative mehr, als sich ans Reichsoberhaupt zu wenden um seine Ansprüche gegen die bayerischen Herzöge durchzusetzen. Auch wenn das Herzogtum Bayern 1362 das *privilegium de non evocando* erhalten hatte, das für bayerische Untertanen die Zuständigkeit bayerischer Gerichte festlegte, so bestand dennoch die Möglichkeit, bei Justizverweigerung durch die landesherrlichen Gerichte an das königliche Hofgericht zu appellieren. Törring scheint sich gerade darauf berufen zu haben, denn der normale Verfahrensweg schrieb das bereits ergangene landesherrliche Hofgerichtsurteil als Voraussetzung für eine Appellation an den König vor.⁷⁰⁸ In Törrings Streitsache taucht jedoch nirgends ein Urteil des Landshuter Hofgerichts auf. Vermutlich existierte ein solches Urteil gar nicht. In der Absicht, einer Appellation Törrings an das königliche Hofgericht von Beginn an entgegenzuwirken, hatte Heinrich XVI. der Reiche

⁷⁰⁶ Vgl. StA München Törring-Jettenbach U 15; ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 62, 66.

⁷⁰⁷ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 239f: Seit der Doppelpapstwahl von 1378 war das Abendland in Anhänger Clemens' VII. (1378-1394) von Avignon und Urbans VI. (1378-1389) von Rom gespalten. Zur Lösung des Schismas wurde 1409 das Konzil von Pisa einberufen, wo ein Großteil der deutschen Fürsten, darunter die wittelsbachischen Herzöge, den vom Pisanum gewählten Alexander V. (1409/1410) und dessen Nachfolger Johannes XXIII. (1410-1415) als Papst anerkannten. Nach dem endgültigen Scheitern des Pisanums wurde schließlich von Johannes XXIII. das Konstanzer Konzil 1414 einberufen.

⁷⁰⁸ Vgl. ETTTEL-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. I, S. 280.

wahrscheinlich ein Hofgerichtsurteil seiner Räte stets erfolgreich zu verhindern gewusst.⁷⁰⁹ Ettelt-Schönewalds Vermutung erhärtet sich, dass das *privilegium de non appellando*, das den Untertanen die Appellation von den landesherrlichen an die königlichen Gerichte unter Strafandrohung verbot, tatsächlich nicht für das Herzogtum Bayern gegolten hat, zumal in der Goldenen Bulle von 1356 dieses Privileg nur den Kurfürsten eingeräumt worden war und die Kur entgegen den Bestimmungen des Hausvertrages von Pavia 1329 seit Ruprecht I. (1353-1390) allein in den Händen der Pfälzer Linie der Wittelsbacher lag.⁷¹⁰ Um nicht den König als Entscheidungsinstanz ins Spiel zu bringen, hatte sich Herzog Heinrich XVI. wohl auch aus diesem Grunde stets geweigert, die Streitsache durch ein Hofgerichtsurteil seiner Räte klären zu lassen.

Angesichts vordringlicherer Probleme um die Wiederherstellung der Kircheneinheit bzw. der Kirchenreform im Zusammenhang mit der Verbrennung von Jan Hus als Ketzer im Juli 1415 fand Törring vor dem König jedoch kein Gehör. Auf die Unterstützung der Münchner Herzöge konnte er ebensowenig hoffen, da das in den vergangenen Jahren erfolgreich aufgebaute Bündnissystem des Landshuter Herzogs gegen den Ingolstädter zu wirken begann. Am 16. Februar 1415 schlossen sich Burggraf Friedrich von Nürnberg und Kurfürst Ludwig von der Pfalz der Kelheimer Sittichgesellschaft an. Am 8. Juli 1415 wurden die Einzelbündnisse in der Konstanzer Liga zu einem einzigen, auf Lebenszeit Ludwigs VII. des Bärtigen geschlossenen Verteidigungsbund verwandelt.⁷¹¹ Da Törring weder vom König noch von den Münchner Herzögen Hilfe zu erwarten hatte, kehrte er wahrscheinlich schon Anfang 1416 dem Konstanzer Konzil den Rücken.⁷¹² Die Differenzen mit dem Landshuter Herzog hielten sich zu diesem Zeitpunkt wohl in Grenzen, da Kaspar Törring nach wie vor zu dessen Räten gehörte und am 2. Februar 1416 bei Eberhard Kuchel für den Herzog bürgen sollte.⁷¹³

Der Zug Törrings durch die Instanzen seit Beginn des Streites mit Heinrich XVI. dem Reichen im Jahre 1413 ohne zu seinem Recht bzw. überhaupt zu einem rechtskräftigen

⁷⁰⁹ Die Institutionalisierung der Hofgerichtsbarkeit und mit ihr die schriftliche Niederlegung der Hofgerichtsurteile im Landshuter Herzogtum setzte erst Ende der 20er Jahre des 15. Jahrhunderts ein.

⁷¹⁰ Vgl. ETELDT-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. I, S. 280.

⁷¹¹ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 254.

⁷¹² Vgl. TÖPFER, Oberstjägermeisteramt, S. 26.

⁷¹³ Vgl. StA München Törring-Seefeld U 57.

Urteil zu gelangen, hatte im Laufe der zahlreichen Verhandlungen nur allzu deutlich das Versagen der Rechtssprechung auf Landes- und Reichsebene gezeigt. Die rechtsverweigernde Haltung Heinrichs des Reichen hatte das Herzogsgericht an seine Grenzen geführt. Von den anderen bayerischen Herzögen hatte Törring spätestens von dem Zeitpunkt an keine Unterstützung mehr zu erwarten, als die hausinternen Konflikte zwischen Ludwig VII. dem Bärtigen von Bayern-Ingolstadt und Heinrich XVI. von Bayern-Landshut überhand nahmen und die Münchner Herzöge für letzteren Partei ergriffen. Der Ingolstädter Herzog kam für Törring als Verbündeter gegen Heinrich XVI. nach dem Zerwürfnis über die Rückzahlung eines Darlehens vorerst nicht in Frage. Das Königsgericht als oberstes Appellationsgericht fiel auf Grund vordringlicherer Probleme auf Reichsebene als Ordnungsinstanz aus. Törring blieb allein die aktive Selbsthilfe.

3. Bündnis und Einung als alternative Formen adeliger Selbsthilfe

Der Ausfall von Königs- und Herzogsgericht als Ordnungsinstanzen und Instrumente der Friedenssicherung im Land zwang nicht nur Kaspar Törring, sondern generell den Adel in Bayern zur Selbsthilfe. Es fügte sich dabei in eine allgemeine Entwicklung ein, die bei der angehenden Wahrung des Landfriedens zur Bildung von Sonderbünden und Einungen führte.⁷¹⁴ Auch in Bayern schlossen sich der Adel bzw. die Landstände wie

⁷¹⁴ Vgl. zum Folgenden grundlegend ANGERMEIER, Königtum und Landfriede. Vgl. auch BECKER, Landfrieden; KAUFMANN, Landfrieden I; HOLZHAUER, Landfrieden II; DROEGE, Bündisches Element, S. 188f; FRIED, Modernstaatliche Entwicklungstendenzen, S. 370f; ANGERMEIER, Funktion der Einung, S. 479f; PFEIFER, Einung im Stadt- und Landfrieden: Die Herstellung von Frieden und Recht gehörte im Mittelalter zu den ersten Aufgaben des Staates. Seit dem 12. Jahrhundert gab es als Reaktion auf die Fehden des Feudaladels vom König erlassene Landfriedensgesetze, deren praktische Umsetzung im Reich jedoch auf erhebliche Schwierigkeiten stieß. Der Verfall königlicher Macht seit dem Untergang der Staufer ließ bald erkennen, dass der Landfriede im Reich ohne Beteiligung der Territorialgewalten nicht zu gewährleisten war. Noch im 13. Jahrhundert ging deshalb seine Exekution in die Hände der Fürsten über. Auch die Wittelsbacher stellten ihre politische Macht in den Dienst der Landfriedensbewegung und bauten eine das ganze Land überziehende Landgerichtsorganisation zur effektiven Durchsetzung des Landfriedens auf. Alternativ dazu bildeten sich aus dem Zusammenwirken der Territorialgewalten untereinander Landfriedensbündnisse und –einungen, die in erster Linie dazu dienten die Fehde als

auch in anderen Reichsteilen seit Anfang des 14. Jahrhunderts wiederholt in Einungen und Bünden zusammen, die einerseits als Form des Widerstandes innerhalb des sich ausformenden frühmodernen Staates, als Reaktion auf die ihren Interessen zuwider laufende „Mobilisierung der Herrschaft“ durch die wittelsbachischen Herzöge im Zuge der landesherrschaftlichen Machtkonzentration zu interpretieren sind,⁷¹⁵ andererseits aber auch angesichts der Tatsache, dass es in Bayern wegen der Landesteilungen zu keiner einheitlichen Landfriedensordnung kam, als notwendiges Instrument zur Rechtswahrung gewertet werden müssen.⁷¹⁶ Erst die Reichsreformpolitik im ausgehenden 15. Jahrhundert setzte der Epoche der Landfriedensbündnisse und -einungen ein Ende, als im Ewigen Reichslandfrieden von 1495 das Fehderecht im Reich endgültig abgeschafft und das Reichskammergericht als Exekutivorgan eingerichtet worden war.⁷¹⁷

a) Der Bayerische Adelsbund von 1416

Kaspar Törrings Bestreben nach Selbsthilfe in seinem Streit mit dem Landshuter Herzog mündete in eine allgemeine Adelsbewegung ein. Seit der Teilung Bayerns 1392 hatten die fortwährenden Kontroversen der wittelsbachischen Herzöge durch kriegerrische Händel, ständige Übergriffe und Fehden das gesamte Land in

gewaltsame Selbsthilfe zu verhindern. Die ersten Landfriedenseinungen erscheinen 1259 am Niederrhein, 1265 am Mittelrhein, 1278 in der Wetterau und im Elsaß und 1281 in Thüringen.

⁷¹⁵ FRIED, Modernstaatliche Entwicklungstendenzen, S. 367.

⁷¹⁶ Die Rechtsunsicherheit im Land spielte als konstituierendes Moment derartiger Zusammenschlüsse immer eine wichtige Rolle. Die Verfestigung der Teilherzogtümer seit der Landesteilung von 1392 hatte dazu geführt, dass es seit 1412 in Bayern keine einheitliche Landfriedensordnung und –wahrung mehr gab. Der Landfriede wurde zur Aufgabe jedes einzelnen Teilherzogtums, vgl. ANGERMEIER, Königtum und Landfriede, S. 454f, was auf Grund eines fehlenden Fehderechts und mangelnder Kompetenzenabgrenzung zwischen Landesherr und Ständen oftmals schwer genug fiel. Fehden des Adels, Gewalttaten und Übergriffe auf Untertanen blieben daher nicht aus. Mehrmalige Versuche der Fürsten wieder zu einer gemeinsamen Landfriedensordnung zu gelangen, scheiterten immer wieder am Gegensatz der zerstrittenen Herzöge, vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 276f; REINLE, Bauernfehden, S. 86-103.

⁷¹⁷ Vgl. BECKER, Landfrieden, Sp. 1657f.

Mitleidenschaft gezogen. Das gemeinsame Gefühl der Bedrohung, das im bayerischen Adel herrschte, war schließlich das ausschlaggebende Moment, das über die Grenzen der Teilherzogtümer hinweg einigend wirkte: Wahrscheinlich auf Törrings Initiative hin⁷¹⁸ konstituierte sich am 5. Juni 1416 der Bayerische Adelsbund aus insgesamt 25 Adeligen zu gegenseitigem Schutz und Beistand, um mit vereinten Kräften ihre verbrieften Rechte insbesondere vor den landesherrlichen Übergriffen zu schützen.⁷¹⁹ „welligem under uns ainem oder mer die in der ainung und puntnus sind kainerlay ungelich und unrecht beschech, es wer von unser genedigen herschaft oder anders yemant, wer die weren inner oder ausser lands oder anders dann die brief aigentlich ausweisent, es wer graf, frey, ritter oder knecht, stet und mergkt, arm oder reich, das wir dem oder denselben beystendig und hilflich sein sollen und wöllen“. Obwohl ein konkreter Gegner nicht genannt wurde, so ist doch die fürstenfeindliche Intention des Bundes unverkennbar.⁷²⁰ Das gewachsene Selbstbewusstsein des Adels, das allein aus dieser offen formulierten Zielsetzung spricht, ist nicht zu übersehen.⁷²¹ Das Bündnis- und Einungsrecht als Form des Widerstands gegen Übergriffe des Landesherrn war den Landständen bei der Landesteilung 1392 von den bayerischen Herzögen ausdrücklich zugesichert worden.⁷²² Der Bayerische Adelsbund bezog sich bei seiner Konstituierung explizit darauf.⁷²³ Die Rechts- und Friedenswahrung im Land als Zielsetzung des politisch motivierten Bundes und seine Bereitschaft zur Aufnahme der Städte und Märkte⁷²⁴ lassen deutlich erkennen, dass es nicht allein um adelige Standesinteressen ging, sondern von Beginn an eine breitere landschaftliche Basis angestrebt wurde. Der

⁷¹⁸ Der Bayerische Adelsbund wurde wohl kaum von Ludwig VII. dem Bärtigen von Bayern-Ingolstadt initiiert, wie RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 234 behauptete, da Kaspar Törring zu diesem Zeitpunkt noch mit dem Ingolstädter Herzog wegen des Entzugs der Kössener Pfandschaft im Streit lag.

⁷¹⁹ Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, 26. Brief, S. 59-62; AY, Altbayern, Nr. 260, S. 359-361.

⁷²⁰ Vgl. dazu auch die folgende Formulierung bei LERCHENFELD, Freibriefe, 26. Brief, S. 60: „Und ob in das von unsern gnedigen herren von Bairn ainem oder mer uberfaren würd, so sol der hauptman ... den clager horen.“

⁷²¹ Vgl. RANFT, Adelsgesellschaften, S. 20f: Die Gründung des Ritterbundes demonstrierte, dass im Spätmittelalter der landsässige Adel „zur Bewahrung seiner angestammten Rolle als Herrschaftsträger, die er lange Zeit innehatte in Form der Gewalthoheit vor Ort und als Monopolist überlegener Waffentechnik, die ihn für jede Herrschaft unentbehrlich machte, nach neuen Formen der Absicherung suchen mußte und dies ... in der Form egalitärer Schwurvereinigungen getan hat“.

⁷²² Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, 13. Brief, S. 32. Vgl. dazu auch LERCHENFELD, Freibriefe, 14. Brief, S. 33 und 15. Brief, S. 35 der Landstände.

⁷²³ Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, 26. Brief, S. 59f.

⁷²⁴ Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, 26. Brief, S. 61.

Bund von 1416 muss daher wohl als Vorstufe zu einem weitaus größer angelegten Unterfangen betrachtet werden, das darauf ausgerichtet war, den Territorialisierungsversuchen der wittelsbachischen Herzöge durch einen Zusammenschluss der bayerischen Landschaft unter Führung des Adels ein Gegengewicht entgegen zu setzen.

Beim Bayerischen Adelsbund handelte es sich im Wesentlichen um einen auf 15 Jahre konzipierten, durch Eid beschworenen Vertrag zu gegenseitiger Hilfe, worauf Verfassung und Handlungsfähigkeit des Bundes beruhten. Er sah sich vor allem als eine Friedens- und Rechtsgemeinschaft, zu deren Hauptaufgabe die friedliche Lösung von Streitigkeiten unter Ausschluss der Selbsthilfe gehörte. Dementsprechend sah seine Organisation mit eigenem Schieds- und Friedensgericht sowohl nach außen gegenüber den Landesfürsten als auch nach innen gegenüber den eigenen Bundesmitgliedern aus.⁷²⁵ Die Satzung schrieb für den Fall landesherrlicher Übergriffe das weitere Prozedere genau vor: Auf die Anklage des Geschädigten hin sollte der Hauptmann die Bundesmitglieder, die dem Verfahren nur in „eehaft not“ fernbleiben durften,⁷²⁶ zu Rate ziehen und durch Mehrheitsbeschluss darüber befinden, ob der Bund dem Kläger Hilfe schuldig sei. War der Bündnisfall gegeben, erfolgte die Abmahnung des Angeklagten, seine Übergriffe unverzüglich einzustellen. Verweigerte er dies, wurden die anderen Landesfürsten eingeschaltet, die dann die Einhaltung ihrer Rechte erwirken sollten. Erst wenn sie auch dort kein Gehör fanden, wurde der Bund aktiv.⁷²⁷ Im Grunde handelte es sich um ein reines Defensivbündnis, das erst dann zur Hilfeleistung verpflichtet war, wenn ein Bundesmitglied angegriffen oder geschädigt wurde und nicht mehr zu seinem Recht kam.⁷²⁸

⁷²⁵ Vgl. AY, Altbayern, S. 602.

⁷²⁶ LERCHENFELD, Freibriefe, 26. Brief, S. 60.

⁷²⁷ Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, 26. Brief, S. 60.

⁷²⁸ Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, 26. Brief, S. 59-62: Ausgehend von der organisatorischen Gleichstellung aller Bundesmitglieder regelte die Satzung darüber hinaus eine Reihe weiterer bundesinterner Angelegenheiten: Die Geschäfte und die Bundeskasse führte der Hauptmann als Amtsträger, der jährlich neu gewählt wurde. Schied der Hauptmann durch Tod vorzeitig aus seinem Amt, wurde ein neuer Hauptmann bestimmt. Brach Streit unter den Bundesmitgliedern aus, entschied der Hauptmann innerhalb von 14 Tagen zwischen den zerstrittenen Parteien unter Hinzuziehung und Anhörung eines acht- bis zehnköpfigen Ausschusses. Für Erbschafts- und Lehensangelegenheiten war der Bund hingegen nicht zuständig. Geriet der Hauptmann selbst in Streit mit einem Bundesmitglied, sollte durch Mehrheitsbeschluss ein neuer Hauptmann bis zur Beilegung der Differenzen bestimmt werden. Der zukünftigen Erweiterung des Bundes durch die Aufnahme von Kommunen und anderer Mitglieder stand nichts im Wege. Mit Ausnahme der Städte und Märkte sollten alle weiteren Neuzugänge erst auf den Rat

Aus dieser Zielorientierung heraus erklären sich Interesse und aktive Teilhabe Kaspar Törrings an der Gründung des Bayerischen Adelsbundes. Als Leidtragender und unmittelbar von den Übergriffen der bayerischen Herzöge Betroffener stellte der Bayerische Adelsbund mit seinem Schiedsgericht eine echte Alternative für Törring dar, doch noch zu seinem Recht zu gelangen, ohne zum letzten Mittel, der aufwendigen und gegen die Übermacht der Fürsten wenig erfolgversprechenden Fehde, greifen und damit den endgültigen Bruch mit dem Landshuter und Ingolstädter Herzog riskieren zu müssen. Sollte sich letzteres doch nicht vermeiden lassen, bot ihm der Zusammenschluss des bayerischen Adels notfalls einen Rückhalt, der ihm in den Auseinandersetzungen mit den bayerischen Herzögen auch militärisch den Rücken stärken konnte. Dennoch aktivierte Törring den Bund nicht unmittelbar nach seiner Konstituierung, sondern wartete die weitere Entwicklung ab.

Die Frage nach der geografischen Ausdehnung des Bundes, dessen Mitglieder aus allen drei Teilherzogtümern stammten,⁷²⁹ spiegelt das allgemein empfundene Schutzbedürfnis des Adels in Bayern wider. Die rein nach fiskalischen Gesichtspunkten durchgeführte Landesteilung von 1392 hatte lokal betrachtet viele Adelsherrschaften in eine neue Lage gebracht wie beispielsweise die Herrschaft der Fraunberger zum Haag, die im Norden und Osten weiterhin an Bayern-Landshut, im Süden dagegen an Bayern-Ingolstadt angrenzte,⁷³⁰ oder die überwiegend im Münchner Teilherzogtum gelegene Herrschaft Waldeck, die nun im Süden ebenfalls an das Ingolstädter Herzogtum anschloss. So mancher unter ihnen dürfte infolgedessen nicht nur unter den Übergriffen eines Herzogs allein, sondern gleich mehrerer gelitten haben. Es überrascht daher nicht, unter den Bundesmitgliedern Adelige zu finden, deren Besitzungen vor allem an den

des Hauptmanns und vier bis sechs weiterer Bundesmitglieder hin aufgenommen werden. Die im Grunde minimal ausgeprägte Verwaltung des Bundes gibt insgesamt zu erkennen, dass die Mitglieder ihre Eigenständigkeit nur in dem Maße abtraten, als dies zur Wahrung und Durchsetzung der Interessen aller notwendig war. Das Bündnis sollte also ihrer Eigenrechtlichkeit keinen Abbruch tun. Daher beschränkten sie sich im Wesentlichen auf ihre Hauptanliegen, das Schiedsgericht und die gegenseitige Hilfe. Vgl. dazu allgemein DROEGE, Bündisches Element, S. 192.

⁷²⁹ Vgl. die Siegelbeschreibung bei LERCHENFELD, Freibriefe, 26. Brief, S. 62: „Jobst herr zu Abensperg, Ott Grans, Mathes von Chamer, Hatmar von Laber der elter, Caspar Törringer, Hans Laiminger, Jörg Fraunberger von Hohenburg, Ludwig Pientzenawer, Wilhelm Mächssellrainer, Ortolff Laiminger, Sigmund Fraunberger, Asm Gesskircher, Wilhelm Camerberger, Wilhelm Törringer zu Yettenbach, Jörg Waldecker, Wernher Waldecker, Georg von Wolfstain, Theserus von Fraunhoven, Hatmar von Laber der jünger, Caspar von Laber, Lucas Fraunberger, Caspar Turner, Georg Turner, Ulrich Eisenhofer, Jacob Pitrich von Reichertzhausen.“

⁷³⁰ Vgl. JANKER, Grafschaft Haag, S. 210.

Grenzen der Teilherzogtümer lagen wie die Eisenhofer zu Eisenhofen, die Kamer zu Jetzendorf oder auch die Kammerberger zu Hilgertshausen. Die Landesteilung von 1392 brachte mitunter seltsame Gebilde hervor. Im Süden war mit dem Bayern-Landshut zugehörigen Gebiet nördlich und südlich von Rosenheim praktisch eine niederbayerische Enklave entstanden, als das Landgericht Wasserburg-Kling dem Ingolstädter Herzog zufiel und wie eine Barriere die Gegend um Rosenheim von Bayern-Landshut abtrennte. Diese zwischen Bayern-München und Bayern-Ingolstadt eingeschlossene Lage erklärt wahrscheinlich auch den Anschluss der Turner an den Adelsbund mit ihrem mitten in der niederbayerischen Enklave gelegenen Sitz Neubeuern. Eine genaue Analyse der einzelnen Bundesmitglieder gewährt darüber hinaus tiefere Einblicke:⁷³¹ Von insgesamt 25 Mitgliedern gehörten vier dem alten hochfreien Adel an (Jobst von Abensberg,⁷³²

⁷³¹ Vgl. zum Folgenden die Karte bei SPINDLER, Bayerischer Geschichtsatlas, S. 21 mit den Erläuterungen durch HIERETH/DIEPOLDER, Teilherzogtümer, S. 78.

⁷³² Vgl. DIEPOLDER, Adelsherrschaften, S. 47f; RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 971; LIEBERICH, Landherren, S. 127, Anm. 645; ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 117; DOLLINGER/STARK, Grafen und Reichsherren, S. 129-150; HUNDT, Bayerisch Stammenbuch, Bd. I, S. 18; SCHLAGINTWEIT, Grafen von Abensberg, S. 23f: Die Herren von Abensberg werden 1183 erstmals urkundlich genannt, waren durch Klostervogteien des Hochstifts Regensburg und ihre Beziehungen zum Reichsstift St. Emmeram groß geworden und konnten ihre Reichsstandschaft bis zum Tod des letzten Abensbergers 1485 bewahren. 1347 können sie als niederbayerische, 1403 als oberbayerische Landsassen nachgewiesen werden. Jobst von Abensberg war der älteste Sohn Johanns von Abensberg. 1401 war er Rat Ludwigs VII. von Bayern-Ingolstadt, 1409 Pfleger zu Kelheim. Dazwischen begegnet er 1404/05 im Rat Herzog Heinrichs XVI., vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 24, fol. 21r; BayHStA Kurbayern 20078. Um 1411 soll er mit Heinrich XVI. dem Reichen in Fehde gestanden haben. Zwei Jahre später lag er außerdem zusammen mit seinem Bruder Georg in Fehde mit den Münchner Herzögen Ernst und Wilhelm III., wobei der Landshuter Herzog als Vermittler auftrat und dafür eine Bürgschaft Jobsts über 3.900 fl. erhielt. Nach dem Bayerischen Krieg wechselte Jobst von Abensberg zu den Münchner Herzögen, in deren Diensten er 1422-1426 stand. Er ist 1428 verstorben.

Hadmar von Laber der Ältere,⁷³³ Hadmar von Laber der Jüngere,⁷³⁴ Kaspar von Laber⁷³⁵). Drei weitere (Georg von Waldeck zu Satzenhausen,⁷³⁶ Wernhart von Waldeck,⁷³⁷ Georg von Wolfstein zu Allersberg⁷³⁸) waren aus der Ministerialität bereits zur Reichsstandschaft aufgestiegen. Fünf Adelige gehörten bayerischen Ritterfamilien an, die sich soeben auf dem besten Wege zur Reichsstandschaft befanden und für die der Besitz von unmittelbaren Reichslehen während der Regierungszeit König Sigmunds

⁷³³ Vgl. JEHL, Parsberg, S. 129, 159, 346-349; LIEBERICH, Landherren, S. 119, Anm. 539; ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 118f; NEUDEGGER, Reichsherrschaft Laber: Die hochfreien Herren von Laber traten 1118 erstmals namentlich auf und waren seit dem 14. Jahrhundert Vögte des Klosters Weltenburg. Sie engagierten sich grundsätzlich mehr in Reichsangelegenheiten als auf Landesebene, nahmen kaum an Landtagen teil und siegelten selbst den großen Brandbrief von 1374 nicht. Zu Beginn des 15. Jahrhunderts gerieten sie zunehmend in wirtschaftliche Schwierigkeiten, bis sie 1435 zum Verkauf ihres Stammsitzes an Heinrich XVI. von Bayern-Landshut gezwungen waren. Hadmar von Laber, der 1397 bis 1408 Bürgermeister zu Regensburg war und 1420 verstarb, hatte drei Söhne, Kaspar, Hadmar den Älteren und Hadmar den Jüngeren. Hadmar der Ältere von Laber war mit einer Tochter Konrad Schenks von Erbach verheiratet. 1395 bis 1405 war er im Rat des Ingolstädter Herzogs tätig. Auf Grund der wachsenden Verschuldung musste er in den 20er und 30er Jahren nach und nach zahlreiche Besitzungen verkaufen. 1432 überließ er daher die umfangreichen Besitzungen der Herren von Laber in der Herrschaft Ehrnfels den Staufern zu Ehrnfels. 1433 verkaufte er die Herrschaft Breitenegg an den oberbayerischen Erbmarschall Heinrich von Gumpenberg. Hadmar der Ältere von Laber verstarb 1434.

⁷³⁴ Vgl. NEUDEGGER, Reichsherrschaft Laber, S. 70f: Hadmar der Jüngere war der Bruder Hadmars des Älteren und Kaspars von Laber. 1422 war er Pfleger zu Hemau und gehörte zu den Räten Pfalzgraf Johanns, vgl. RB XII, S. 389, 407. Nach Streitigkeiten untereinander teilten 1425 Hadmar der Jüngere und Kaspar ihren Stammsitz. Ihr dritter Bruder hatte sich bereits 1419 nach Breitenegg zurückgezogen. Hadmar der Jüngere starb 1432.

⁷³⁵ Vgl. HUNDT, Bayerisch Stammenbuch, Bd. I, S. 260; LIEBERICH, Landherren, S. 130, Anm. 686; ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 119; JEHL, Parsberg, S. 138; NEUDEGGER, Reichsherrschaft Laber, S. 71f: Kaspar war einer der drei Söhne des Regensburger Bürgermeisters Hadmar von Laber. 1434 begegnet er unter den Räten der Münchner Herzöge. Nachdem er 1435 die Herrschaft Laber an Bayern-Landshut verkaufen musste, zog sich Kaspar von Laber nach Landsberg zurück, wo er 1439 starb.

⁷³⁶ Vgl. LIEBERICH, Landstände, S. 128; RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 975-978; ANDRELANG, Aibling, S. 246-266; LIEBERICH, Landherren, S. 127, Anm. 651; ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 101f: Die Waldecker waren seit 1141 Vögte des Klosters Schliersee und Ministerialen des Hochstifts Freising. Seit 1322 besaßen sie als Reichsstand die Herrschaft Waldeck, wurden aber noch 1434 als oberbayerische Landsassen betrachtet. Die Waldecker waren überhaupt das einzige Adelsgeschlecht, das im oberbayerischen Raum die Reichsstandschaft erlangte. Ihre Reichsunmittelbarkeit beanspruchten sie wohl erst in den 40er Jahren des 15. Jahrhunderts. Georg von Waldeck stand von 1425 bis 1437 in Diensten der Münchner Herzöge und war 1437/38 Hofmeister Albrechts III. von Bayern-München. Er war der Bruder Wernharts von Waldeck und starb 1456 kinderlos.

⁷³⁷ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 128, Anm. 666; ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 138; RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 976; ANDRELANG, Aibling, S. 259, 268f: Er stand von 1431 bis 1437 in Diensten der Münchner Herzöge und starb 1442. Er war der Bruder Georgs von Waldeck, des Hofmeisters Albrechts III. von Bayern-München.

⁷³⁸ Vgl. HEINLOTH, Neumarkt, S. 73-111; LIEBERICH, Landstände, S. 132: Die aus der Reichsministerialität kommenden Wolfsteiner besaßen mit der Herrschaft Sulzbürg-Pyrbaum bei Neumarkt in der Oberpfalz seit 1353 die Reichsstandschaft, die aber von den bayerischen Herzögen nicht anerkannt wurde, so dass sie weiterhin zur bayerischen Ritterschaft zählten. Über Georg von Wolfstein († 1474) konnte nur wenig in Erfahrung gebracht werden. Am 10. Juli 1455 verschrieb er Schloss und Markt Allersberg an Herzog Ludwig den Reichen von Bayern-Landshut für ein Darlehen von 2.200 Pfd. Pfg.

bezeugt ist (Georg Fraunberger zum Haag der Jüngere zu Hohenburg am Inn,⁷³⁹ Theseres Fraunhofer zu Arnsberg,⁷⁴⁰ Ortolf Laiming zu Forchtenegg und Rotteneck,⁷⁴¹ Hans Laiming zu Amerang,⁷⁴² Ludwig Pienzenauer⁷⁴³).⁷⁴⁴ Die restlichen 13 Mitglieder sind dem aus der Dienstmansschaft hervorgegangenem mächtigen Landherrenadel Ober- und Niederbayerns zuzurechnen (Ulrich Eisenhofer zu Eisenhofen,⁷⁴⁵ Lukas

⁷³⁹ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 108, Anm. 421; RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 972-974; JANKER, Grafschaft Haag, S. 124, 202, 208, 210f: 1245 kamen die Fraunberger in den Besitz der Grafschaft Haag. 1359 wurde die Grafschaft in zwei Hälften geteilt. Die niedere Grafschaft fiel auf dem Erbweg an Georg Fraunberger zum Haag, gesessen zu Hohenburg (1386-1436). Obwohl er in der Schlacht bei Alling 1422 auf der Seite des Ingolstädter Herzogs kämpfte, war er 1429 und 1435 Rat Herzog Heinrichs XVI. des Reichen. 1414 errichtete er das Kloster Ramsau und verkaufte 1427 die Feste Eck an Heinrich XVI. Er war ein Sohn Christian Fraunbergers zum Haag und Hauptmann zu Salzburg 1417/18.

⁷⁴⁰ Vgl. SCHWARZ, Vilsbiburg, S. 482; ETTTEL-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. II, S. 529: 1431 wurde Wilhelm Fraunhofer, der langjährige Hofmeister Herzog Heinrichs XVI., von König Sigmund mit Neufraunhofen belehnt. Die Fraunhofer unterstanden seither nicht mehr dem herzoglichen Hofgericht in Bayern, sondern dem König. Theseres Fraunhofer war sehr vermögend und wurde über 100 Jahre alt († 1503). Er war der Sohn von Kaspar Fraunhofer. 1450–1479 war er Pfleger zu Erding und gehörte zu den Räten Ludwigs des Reichen.

⁷⁴¹ Vgl. LIEBERICH, Landstände, S. 97; HUNDT, Bayerisch Stammenbuch, Bd. II, S. 141: Die Laiming waren ehemals Ministerialen der Grafen von Wasserburg und Erbschenken des Hochstifts zu Regensburg. Seit 1390 sind sie als oberbayerische Landsassen bezeugt. Über Ortolf ist nur wenig bekannt. Er hatte zwei Brüder mit Namen Seyfried und Hans. Durch die Ehe mit Margareth, der Tochter Konrad Preysings zu Wolnzach, heiratete er sich zur Hälfte Rotteneck. Forchtenegg war bereits seit 1342 im Besitz der Familie. 1446 verstarb er.

⁷⁴² Vgl. LIEBERICH, Landstände, S. 97; LIEBERICH, Landherren, S. 121, Anm. 556; HUNDT, Bayerisch Stammenbuch, Bd. II, S. 143: Hans war vermutlich 1407 Rat des Ingolstädter Herzogs. 1415 hatte er das Pflegamt zu Mühldorf und Trostberg inne. 1420 begegnet er als Hauptmann zu Salzburg. Er war mit einer Tochter Heinrichs von Hohenrechberg verheiratet. Amerang gehörte seit 1390 zum Besitz der Familie.

⁷⁴³ Vgl. LIEBERICH, Landstände, S. 54; ETTTEL-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. II, S. 449: Die Pienzenauer waren vormals wittelsbachische Ministerialen, Erbkämmerer des Klosters Tegernsee, seit 1418 Erbmarschälle des Hochstifts Freising und bis 1628 Erbtruchsess des Hochstifts Passau. Seit 1390 sind sie als oberbayerische Landsassen belegt. Ludwig Pienzenauer war 1405 Hofmeister Herzog Stephans III. und 1411 Pfleger zu Rattenberg. Er war der Sohn des Viztums Otto Pienzenauer und lebte noch 1445.

⁷⁴⁴ Vgl. LIEBERICH, Feudalisierung, 297-303; KRIEGER, Lehnshoheit, S. 223: Während der Regierungszeit König Sigmunds ist der Besitz von reichsunmittelbaren Lehen 1434/37 für die Fraunberger zum Haag, 1431 für die Fraunhofer, 1415/35 für die Laiming und 1413 für die Pienzenauer nachgewiesen. Es bleibt jedoch fraglich, ob die bayerischen Ritterfamilien noch im 15. Jahrhundert derartige Lehensbeziehungen zum Reich unterhielten, wie Krieger meint, oder diese erst im Laufe des 15. Jahrhunderts als Reaktion auf den Druck der wittelsbachischen Herzöge hin geknüpft wurden, vgl. JANKER, Grafschaft Haag, S. 209.

⁷⁴⁵ Vgl. LIEBERICH, Landstände, S. 78; LIEBERICH, Landherren, S. 126, Anm. 632; ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 123; FRIED, Dachau, S. 87, 205: Die Eisenhofer waren vormals wittelsbachische Ministerialen und seit 1374 oberbayerische Landsassen. Ulrich Eisenhofer begegnet nur 1411 als Rat im Hofgericht der Münchner Herzöge. 1415 verkaufte er zusammen mit seinem Bruder Otto Odelzhausen an die oberbayerischen Herzöge.

Fraunberger zu Fraunberg und Puch,⁷⁴⁶ Sigmund Fraunberger zu Hubenstein,⁷⁴⁷ Asm Gesskircher,⁷⁴⁸ Otto Grans,⁷⁴⁹ Matthäus Kamer zu Jetzendorf,⁷⁵⁰ Wilhelm Kammerberger zu Hilgertshausen,⁷⁵¹ Wilhelm Maxlrain,⁷⁵² Jakob Püttrich zu Reichertshausen,⁷⁵³ Kaspar Törring zu Törring,⁷⁵⁴ Wilhelm Törring zu Jettenbach,⁷⁵⁵

⁷⁴⁶ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 110, Anm. 447; JANKER, Grafschaft Haag, S. 202; ETTTEL-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. II, S. 526; HERLETH-KRENTZ/MAYR, Erding, S. 189: Die Fraunberger sind seit 1347 als Mitglieder der niederbayerischen Landschaft belegt. Lukas Fraunberger gehörte vor 1442 zu den Räten Herzog Heinrichs XVI. des Reichen und war der Bruder des Rates Wilhelm Fraunberger zu Weiting. 1426 verpfändete ihm der Landshuter Herzog Feste und Herrschaft Burgrain. Er verstarb 1442. Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 44, fol. 208v-209r: Lukas Fraunberger befand sich 1419 im Rat Herzog Heinrichs XVI.

⁷⁴⁷ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 126, Anm. 633; ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 124f; JANKER, Grafschaft Haag, S. 202, HERLETH-KRENTZ/MAYR, Erding, S. 144: Er gehörte 1413 zu den Räten der Münchner Herzöge und war 1420/21 Pfleger zu Erding. Er war mit einer Schwester Arnold Kamers verheiratet und starb 1421.

⁷⁴⁸ Vgl. LIEBERICH, Landstände, S. 36: Über die Gesskircher ist außer ihrer Teilnahme am Bayerischen Adelsbund nichts bekannt.

⁷⁴⁹ Vgl. LIEBERICH, Landstände, S. 36; LIEBERICH, Landherren, S. 109, Anm. 439: Die Grans von Uttendorf waren seit 1313 niederbayerische Landsassen und vormals Ministerialen der Hochstifte Regensburg und Freising. Otto Grans gehörte 1435 zu den Räten Heinrichs XVI. von Bayern-Landshut. Im selben Jahr war er Richter zu Landshut und starb 1450.

⁷⁵⁰ Vgl. LIEBERICH, Landstände, S. 61; LIEBERICH, Landherren, S. 128, Anm. 667; ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 100; FREYBERG, Geschichte der Hofmark Jetzendorf, S. 257-259; FRIED, Dachau, S. 225f, 228: Die Kamer besitzen seit 1374 die oberbayerische Landstandschaft und waren vormals wittelsbachische Ministerialen. Seit 1279 gehörte Jetzendorf zu ihrem Besitz. Matthäus Kamer war 1423 Pfleger zu Burgrain und gehörte von 1432 bis 1438 zu den Räten der Münchner Herzöge. 1432-1434 war er Hofmeister Herzog Wilhelms III. von Bayern-München und ist nach 1439 verstorben.

⁷⁵¹ Vgl. LIEBERICH, Landstände, S. 61; FREYBERG, Geschichte der Hofmark Hilgertshausen, S. 124; DIEPOLDER, Aichach, S. 27: Die Kammerberger sind seit 1374 als oberbayerische Landsassen belegt und waren vormals wittelsbachische Ministerialen. Seit Anfang des 15. Jahrhunderts waren sie im Besitz von Hilgertshausen, das in das Gericht Aichach gehörte und bei der Landesteilung von 1392 an Bayern-Ingolstadt fiel. Wilhelm Kammerberger war mit Anna, der Tochter Seitz Marschalls von Donnersberg verheiratet. Sein Onkel war Rudolf Preysing der Jüngere zu Wolnzach, vgl. RB XII, S. 264.

⁷⁵² Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 125, Anm. 626, S. 128, Anm. 665; LIEBERICH, Landstände, S. 102; ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 129: Er war von 1402 bis zu seinem Tod 1423 Rat der Münchner Herzöge. Zuvor war er Pfleger zu Werdenfels 1397 und zu Landsberg 1397/98. Als oberbayerische Landsassen des Münchner Teilherzogtums sind die Maxlrainer seit 1392 belegt. 1497 erreichten sie mit Hohenwaldeck die Reichsstandschaft.

⁷⁵³ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 128, Anm. 662; LIEBERICH, Landstände, S. 60; ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 134; SCHMIDTNER, Genealogie, S. 69-72; STAHLER, Beiträge, S. 266: Die Püttrich waren ein Augsburger Bürgergeschlecht, das 1334 Reichertshausen erwarb und seit 1416 die Landstandschaft besaß. Es handelte sich wahrscheinlich um Jakob Püttrich, der in den 30er Jahren des 15. Jahrhunderts in Diensten der Münchner Herzöge stand und um 1438 verstorben ist. Sein Sohn war der Dichter Jakob Püttrich, vgl. STAHLER, Beiträge, S. 269.

⁷⁵⁴ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 108, Anm. 411; ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 59-98.

⁷⁵⁵ Vgl. HUNDT, Bayerisch Stammenbuch, Bd. II, S. 321; ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 53, 77: 1439 war er Pfleger zu Klingberg. Er heiratete in erster Ehe Barbara Taufkircher, in zweiter Katharina Fraunberger und war 1422 mit Barbara Preysing in dritter Ehe verheiratet. Er starb 1442.

Kaspar Turner,⁷⁵⁶ Georg Turner zu Neubeuern⁷⁵⁷). Etwa ein Drittel des Bundes gehörte somit zu denjenigen Adelsfamilien, denen in der Vergangenheit durch die Errichtung unabhängiger Herrschaften bereits die Emanzipation vom Herzog gelungen war.⁷⁵⁸ Daneben gab es eine weitere Gruppe von landsässigen Adelsfamilien, die auf den Druck der wittelsbachischen Fürsten reagierend Schutz ihrer eigenen bedingten Autonomie durch den unmittelbaren Anschluss ans Reich suchten. Die Aufstellungen bei Lieberich und Krieger zeigen, dass es den Fall der freiwilligen Lehnsauftragung der eigenen Herrschaft an das Reichsoberhaupt vor allem während der Regentschaft König Sigmunds sehr häufig gab,⁷⁵⁹ - ein Hinweis darauf, dass der Adel gerade in dieser Zeit wohl besonders unter den wittelsbachischen Herzögen zu leiden hatte. Die Attraktivität der Lehnsauftragung lag neben der Standesmehrung hauptsächlich in der angestrebten Rechtssicherheit wie auch dem Gerichtsstand vor dem Kaiser bei Missachtung der Immunität und damit in der Erwirkung des kaiserlichen Schutzes, der allerdings selbst dann nicht immer gewährleistet war.⁷⁶⁰

Sie alle standen in einer Art schwebendem Verhältnis zwischen Land und Reich. Reichsunmittelbare Besitzungen hinderten die Adeligen nicht daran, weiterhin als Landsassen an der Ritterkurie der Landschaft beteiligt zu sein.⁷⁶¹ Reichsunmittelbarkeit und mediaten Status schlossen sich keineswegs gegenseitig aus. Bestes Beispiel dafür waren die Herren von Abensberg, die im 14. und 15. Jahrhundert eine Art Doppelstellung zwischen Landsässigkeit und Reichsunmittelbarkeit zu halten versuchten.⁷⁶² Die Entwicklung zum Reichsstand vollzog sich in fortwährender

⁷⁵⁶ Vgl. LIEBERICH, Landstände, S. 75; HUNDT, Bayerisch Stammenbuch, Bd. II, S. 346: Die Turner zu Neubeuern besaßen seit 1403 die niederbayerische Landstandschaft. Sie waren seit 1300 Erbschenken des Hochstifts Salzburg. Kaspar war einer der drei Söhne Jakob Turners und mit Margaretha Leutenbeck verheiratet. Er ist 1421 gestorben.

⁷⁵⁷ Vgl. DIEPOLDER/DÜLMEN/SANDBERGER, Rosenheim, S. 68; HUNDT, Bayerisch Stammenbuch, Bd. II, S. 347: Georg Turner war der Bruder Kaspar Turners und verpflichtete sich am 11. Juni 1416 gegenüber Herzog Heinrich XVI. mit seiner Feste Neubeuern sechs Jahre lang zu dienen, vgl. RB XII, S. 228. Das Original ist unter der Signatur im StA Landshut Schlossarchiv Au in der Hallertau 31 verzeichnet, fehlt aber. Georg Turner starb im Jahre 1446.

⁷⁵⁸ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 566-568.

⁷⁵⁹ Vgl. LIEBERICH, Feudalisierung, S. 297-303; KRIEGER, Lehnshoheit, S. 223. Vgl. dazu auch RIEDENAUER, Standeserhebungen, S. 606f; SCHNEIDER, Niederadel, S. 239-243.

⁷⁶⁰ Vgl. JANKER, Grafschaft Haag, S. 210.

⁷⁶¹ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 44; KRIEGER, Lehnshoheit, S. 224, 302.

⁷⁶² Vgl. FREILINGER, Altbayerischer Adel; DIEPOLDER, Adels herrschaften, S. 42: Ihre Herrschaft fiel nach dem Tode des letzten Abensbergers Nikolaus 1485 an die Wittelsbacher.

Auseinandersetzung mit den bayerischen Herzögen, da die reichslehnbaren Enklaven den Territorialisierungsprozess erheblich behinderten und dem Ausbau eines geschlossenen Landesstaates, wie er von den Fürsten zielstrebig vorangetrieben wurde, im Wege standen.⁷⁶³ Die Reichsstandschaft bedeutete nicht automatisch das Ende der Zugehörigkeit zum Land. Dafür war auch der hochfreie Adel in seinen Interessen noch zu sehr mit dem Herzogtum verbunden:⁷⁶⁴ „Auch wenn sie Reichslehen trugen, den Blutbann vom Reich und schließlich die Reichsunmittelbarkeit erlangten, so trugen sie alle doch auch Lehen vom Herzog, auch wenn sie mit einem Fuß außer Landes standen, blieben sie mit dem andern im Land.“⁷⁶⁵ Für ihr Zusammengehen mit der Ritterschaft im Bayerischen Adelsbund spielte sicherlich diese Verbundenheit mit dem Land eine Rolle. Von weitaus größerer Bedeutung dürften jedoch ihre persönlichen Interessen gewesen sein, die sich auf die Bewahrung oder Erweiterung ihrer Unabhängigkeit gegenüber den bayerischen Herzögen konzentrierten. Die wenigen hochfreien Adelsgeschlechter, die das große Dynastensterben im 12./13. Jahrhundert überlebt hatten, konnten es sich in ihrer Sorge um ihre Sonderstellung wohl kaum mehr leisten, den führenden Familien aus der Ministerialität „die kalte Schulter“ zu zeigen.⁷⁶⁶ Der Bayerische Adelsbund, an dem sich die prominentesten Adeligen des Landes beteiligten, bot nicht nur Rückhalt über die Grenzen der Teilherzogtümer hinweg, sondern eröffnete gerade ihnen als angesehensten und ranghöchsten Mitgliedern, denen zweifellos maßgeblicher Einfluss und eine gewisse Führungsrolle im Bund zufielen, die Perspektive, ein Instrumentarium im Kampf um den Ausbau ihrer Unabhängigkeit in Händen zu halten.

Das Hauptanliegen des Landherrenadels hingegen, der etwa die Hälfte des Bundes stellte und damit dominierte, dürfte wohl eher das Bedürfnis nach Sicherheit und Rückendeckung gewesen sein, auch militärischer Art, im Verteidigungskampf gegen die

⁷⁶³ So versuchte beispielsweise Herzog Albrecht III. von Bayern-München eine Art Schirm- bzw. Oberherrschaft über die Waldecker auszuüben und sie noch 1434 als bayerische Landsassen zu behandeln, obwohl diese seit 1322 die Reichsstandschaft besaßen. Erst nach dem Ende familieninterner Streitereien gelang es den Waldeckern in den 40er Jahren des 15. Jahrhunderts, die Reichsunmittelbarkeit für sich zu behaupten, bevor schließlich 1453 die Herrschaft Waldeck als Reichslehen auftaucht, vgl. ANDRELANG, Aibling, S. 260.

⁷⁶⁴ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 44; KRIEGER, Lehnshoheit, S. 224, 302.

⁷⁶⁵ DIEPOLDER, Adelsherrschaften, S. 67.

⁷⁶⁶ LIEBERICH, Landherren, S. 44.

Übergriffe der Landesherren. Die größte Gefahr ging dabei offensichtlich vom Landshuter Herzog aus. Die Behauptung, der Bayerische Adelsbund habe sich in erster Linie gegen Heinrich XVI. den Reichen formiert,⁷⁶⁷ ist nicht von der Hand zu weisen. Insgesamt elf Mitglieder und damit nahezu die Hälfte des Bundes zählten mit ihren Sitzen zum Landshuter Herzogtum,⁷⁶⁸ darunter die namhaftesten Familien des niederbayerischen Adels wie die Törring, Fraunberger oder Fraunhofer, die mit dem strengen Regiment ihres Herzogs unzufrieden waren. Offenbar hatten mehrere unter ihnen bereits negative Erfahrungen mit Heinrich XVI. machen müssen. Gerade Kaspar Törrings vergeblicher Kampf um die Restitution seiner Rechte dürfte vielen Adeligen des Landshuter Herzogtums vor Augen geführt haben, dass sie mit Heinrich XVI. dem Reichen einen harten Gegner hatten, gegen den der Einzelne wenig ausrichten konnte. Alle Beteiligten fanden daher in dem gemeinsamen Willen zusammen, sich im Schutze des Bundes ihre Rechte und Privilegien von den bayerischen Herzögen nicht mehr streitig machen zu lassen und gegen deren Willkür gemeinsam anzutreten.⁷⁶⁹

Im Ganzen betrachtet stärkte die Gründung des Bayerischen Adelsbundes 1416 die Position des landsässigen Adels gegenüber der Übermacht der Fürsten in Bayern. Gründung, Intention und Zusammensetzung des Bundes offenbarten die Bestrebungen des bayerischen Adels über die Grenzen der Teilherzogtümer hinweg nicht nur stellvertretend im Namen der Landschaft zu handeln, sondern darüber hinaus als ihr Beschützer aufzutreten. Da sich im Bayerischen Adelsbund viele mächtige und damit auch militärisch schlagkräftige Adelsfamilien versammelten, besaß er zusammen mit seinem Schiedsgericht jegliches Potential, sich als eigenständige Kraft zwischen den rivalisierenden Herzögen und somit als neue Ordnungs- und Friedensinstanz des Landes

⁷⁶⁷ Vgl. RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 234.

⁷⁶⁸ Georg Fraunberger zum Haag zu Hohenburg am Inn, Lukas Fraunberger zu Frauenberg und Puch, Sigmund Fraunberger zu Hubenstein, Theseres Fraunhofer zu Arnsberg, Ulrich Eisenhofer zu Eisenhofen, Otto Grans, Kaspar Törring zu Törring, Wilhelm Törring zu Jettenbach, Georg und Kaspar Turner zu Neubeuern und Matthäus Kamer zu Jetzendorf.

⁷⁶⁹ Die überregionalen verwandtschaftlichen Beziehungen untereinander dürften dabei die Kommunikation zwischen den Mitgliedern erleichtert und als Bindeglied des Bundes fungiert haben. Viele Bundesmitglieder waren in direkter Linie als Brüder oder Vettern bzw. durch Eheverbindungen miteinander verwandt. Jobst von Abensberg war beispielsweise der Vetter Hadmars des Jüngern und Kaspars von Laber, für die er mehrmals bürgte, vgl. DOLLINGER/STARK, Grafen und Reichsherren, S. 139, 147. In zweiter Ehe heiratete Jobst von Abensberg eine Fraunbergerin und eine seiner Töchter verlobte er 1419 mit dem Sohn Kaspar Törrings zu Törring. Letzterer war selbst wiederum mit einer Fraunhoferin und sein Vetter Wilhelm Törring zu Jettenbach in zweiter Ehe mit einer Fraunbergerin verheiratet, vgl. ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 404, Tafel III, S. 405, Tafel IV.

zu etablieren. Gelang es ihm tatsächlich seinen Mitgliedern und dem Land effektiven Schutz zu bieten, für Frieden und Rechtssicherheit zu sorgen, so stellte er eine attraktive Alternative zu den bayerischen Herzögen dar. Deren hausinterne Kontroversen ebenso wie ihre herrschaftintensivierenden und territorialstaatlichen Interessen hatten sie selbst zu den Aggressoren werden lassen, von denen die größte Gefahr für die Landstände in ihren Rechten ausging. Das Versagen der herzoglichen Schiedsgerichtsbarkeit im Land bot dem Adel um so mehr die Chance, die Initiative zu ergreifen und über die Wahrnehmung der Interessen des Landes in eine neue Machtstellung vorzustoßen. Die innere Schwäche des geteilten, in sich zerstrittenen Hauses Wittelsbach bedingte, dass nun der Adel als Verteidiger der landständischen Rechte in die Machtposition der Friedenswahrung drängte und gewillt war, anstelle der unfähigen Herzöge für die Ordnung des Landes zu sorgen.⁷⁷⁰

b) Die Aichacher Einung von 1420

Die Zukunft des Bayerischen Adelsbundes hing in erster Linie davon ab, ob er sich in der wachsenden Feindschaft zwischen Bayern-Landshut und Bayern-Ingolstadt als eigene Kraft behaupten konnte. Trotz anfänglicher Neutralität zeigte sich schon bald, dass auch der Bayerische Adelsbund früher oder später für eine Seite Partei ergreifen musste, zumal die lange aufgestauten Aggressionen zwischen den bayerischen Herzögen ihren Höhepunkt erreichten, als es im Oktober 1417 während des Konstanzer Konzils zu jenem weithin aufsehenerregenden Überfall Heinrichs XVI. des Reichen auf

⁷⁷⁰ Vgl. AY, Altbayern, S. 230.

seinen Ingolstädter Vetter Ludwig VII. den Bärtigen kam.⁷⁷¹ Das Eingreifen Markgraf Friedrichs von Brandenburg zu Gunsten seines flüchtigen Landshuter Schwagers, dann der Münchner Herzöge Ernst und Wilhelm III. verhinderte, dass König Sigmund in der ersten Empörung über den Mordanschlag und die Verletzung des zugesicherten freien Geleits zum Konstanzer Konzil die Reichsacht über Heinrich XVI. aussprach.⁷⁷² Zwei Monate später begnadigte ihn Sigmund am 3. Januar 1418, nachdem sich Ludwig VII. der Bärtige erholt hatte und dem König die Entscheidung durch eine finanzielle Zuwendung des Landshuters von 6.000 fl. erleichtert worden war.⁷⁷³ Die Tatsache, dass Heinrich XVI. auf diese Weise der Acht entging und ungestraft davon kam, demonstrierte nur allzu deutlich die Rechtspraxis König Sigmunds, Urteile gegen entsprechende Gratifikationen willkürlich abzuändern. Dass darunter die Autorität des Königs und seiner Rechtssprechung unter den Fürsten und im gesamten Reich litt, während gleichzeitig das Gefühl der Rechtsunsicherheit im Land immer mehr anwuchs,

⁷⁷¹ Nachdem König Sigmund am 19. Oktober dem Ingolstädter im Streit um die Übervorteilung bei der Landesteilung 1392 erneut eine Absage erteilt und im Sinne des Landshuters entschieden hatte, kam es tags darauf zum Eklat. Nach Aventin, vgl. LEXER, Aventinus, S. 545, schalt Ludwig VII. der Bärtige in aller Öffentlichkeit vor König und versammelter Fürstenschaft seinen Vetter aus Landshut in dessen Gegenwart als „ainen fräveler des gemainen frieds, ainen aufhalter der mörder und rauber, ainen vergiesser des menschen bluets“. Der Ingolstädter hatte damit eine tödliche Beleidigung ausgesprochen, die doppelt schwer wog, da Ludwig VII. nicht nur für sich selbst, sondern als Repräsentant der französischen Konzilsdelegation sprach, in deren Namen er auf dem Konstanzer Konzil erschienen war. Die beleidigenden Worte blieben nicht ungesühnt. Zusammen mit 15 seiner Getreuen (vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 32, fol. 41r: Schweiker von Gundelfingen, Erasmus Laiming, Erasmus Seyboldsdorfer, ein Puchhauser, Kaspar Waler, ein Zaunrüd, Georg Closen, der von Witzleb, Ulrich Ecker, Miechel und Präntel Singer, zwei Burgauer, der Truchsess von Franken und ein Ramschaher) lauerte Heinrich XVI. dem gerade von einem gemeinsamen Mittagsmahl mit König Sigmund in die Herberge reitenden Ingolstädter Herzog in einem Hinterhalt auf und verletzte Ludwig VII. den Bärtigen dabei so schwer, dass man lange um sein Leben fürchtete, vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 255; RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 238. Außer Aventin berichtet über den Überfall Heinrichs XVI. auf den Ingolstädter Herzog Eberhart Windeck, vgl. ALTMANN, Denkwürdigkeiten, S. 84, der wahrscheinlich Augenzeuge des Streits vor dem König war. Vgl. dazu die in einzelnen Details von Aventin abweichende Darstellung bei ROTH, Hans Ebran von Wildenberg, S. 138. Auf Hans Ebran von Wildenbergs Erzählung beruhen hauptsächlich die Ausführungen bei SPILLER, Ulrich Fuetrer, S. 203f. Andreas von Regensburg hingegen geht kaum auf die Ereignisse ein, vgl. LEIDINGER, Andreas von Regensburg, S. 150f, 153, ebensowenig Ulrich von Richental, vgl. BUCK, Ulrichs von Richental Chronik, S. 115. Über den Hinterhalt des Landshuters unterrichtet außerdem der Augsburger Burkhard Zink, vgl. HEGEL, Chronik, S. 70. Vgl. auch LEIDINGER, Veit Arnpeck, S. 341, der unter Berufung auf eine sichere Quelle hinzufügt, dass Ludwig der Bärtige seinen Landshuter Vetter als Sohn eines Kochs beschimpft habe, vgl. HEINIG, Fürstenmorde, S. 383.

⁷⁷² Vgl. zu den nachfolgenden Auseinandersetzungen zwischen Heinrich XVI. und Ludwig VII. dem Bärtigen HAEUTLE, Archivalische Beiträge.

⁷⁷³ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 262. Vgl. dazu den Schuldschein des Königs BayHStA Neuburger Kopialbücher 44, fol. 300v-302r. Vgl. RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 297: Dem Landshuter Herzog wurden außerdem mehrere Wallfahrten als Buße auferlegt. Vgl. dazu die Gründungssage der Heilig-Blut-Kirche in Landshut bei HALLER, Turmkränzlein, S. 6.

verwundert daher nicht.⁷⁷⁴ Der König stellte durch sein Verhalten die eigene Gerichtsbarkeit und damit die Rechtsordnung im gesamten Reich in Frage, zumal er ganz unter dem Einfluss der Konstanzer Ligamitglieder stehend alle Klagen gegen den Ingolstädter Herzog zuließ, „und zwar so, daß dieser mitunter seine persönlichen Feinde als Beisitzer im Hofgericht antraf“.⁷⁷⁵

Dem bayerischen Adel musste spätestens nach diesem Vorfall klar sein, dass vom König keine Hilfe gegen die wittelsbachischen Herzöge zu erwarten war. Dies hatte Kaspar Törring schon zu spüren bekommen, als er am 12. Mai 1417 den Ingolstädter Herzog vor dem königlichen Hofgericht zu Konstanz wegen der unrechtmäßigen Vorenthaltung des ihm verpfändeten Kössener Amtes bzw. um die Rückzahlung der geschuldeten 3.210 fl. mit wenig Erfolg verklagte. Drei Monate später entschied der König lediglich, dass Herzog Ludwig VII. sich vor dem Hofgericht gegenüber Törring zu verantworten habe.⁷⁷⁶ Auch seine redlichen Bemühungen, sich mit dem Landshuter Herzog trotz allem im Guten zu einigen, fanden schließlich ihr Ende. 1418 hatte Törring in der Hoffnung, doch noch eine gütliche Einigung im Streit um das Erbjägermeisteramt zu erzielen, seinen Dienstvertrag mit Heinrich XVI. dem Reichen verlängert. Der Herzog hatte jedoch seine Einstellung keineswegs geändert. Als Heinrich XVI. wieder ein Mal einem Gerichtsurteil unter dem Vorwand auswich, er habe seine Räte nicht bei sich, und Törring daraufhin vor Ort in Burghausen feststellen musste, dass ihn der Herzog belogen und es sich nach wie vor um eine seiner zahlreichen Ausflüchte gehandelt hatte, war das Maß voll. Unverrichteter Dinge kehrte er auf seine Burg zurück und kündigte dem Herzog den Dienst auf, für den er ohnehin in den letzten vier Jahren keinen Sold mehr erhalten hatte.⁷⁷⁷

Der Bayerische Adelsbund, den Törring infolgedessen Ende 1419 aktivierte, bot ihm nach dem Bruch mit dem Herzog zunächst den nötigen Rückhalt. Der Bund nahm sich seiner Klage an und ermahnte Heinrich XVI. den Reichen, Törring endlich einen Rechtstag zu setzen.⁷⁷⁸ Es ist überhaupt erstaunlich, dass Törring so lange Geduld zeigte und nicht schon früher den Bayerischen Adelsbund einschaltete, der ja gerade für solche

⁷⁷⁴ Vgl. HOENSCH, Kaiser Sigismund, S. 260.

⁷⁷⁵ STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 262.

⁷⁷⁶ Vgl. BayHStA Kurbayern 25351.

⁷⁷⁷ Vgl. StA München Törring-Jettenbach U 186; StA München Törring-Seefeld Lit. A 3, Nr. 51; ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 69f.

⁷⁷⁸ Vgl. StA München Törring-Jettenbach U 15, § 17; ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 71.

Fälle konstituiert worden war. Handelte es sich bei seinem Zögern etwa um mangelndes Zutrauen in den Ritterbund oder einfach um die Angst vor dem endgültigen Bruch mit dem Herzog, dessen Gunst er damit vollends zu verlieren drohte? Vielleicht wird an dieser Stelle bereits ein grundsätzliches Problem des Bundes sichtbar, von dem später noch an anderer Stelle ausführlicher zu sprechen sein wird. Trotz ständiger Querelen mit Heinrich XVI. und obwohl Kaspar Törring selbst zu den führenden Mitgliedern des Adelsbundes gehörte, scheinen die eigenen Interessen, die er damit verfolgte, und seine Bindung an den Herzog lange Zeit stärker gewesen zu sein als an seine Standesgenossen innerhalb des Adelsbundes. Eine derartige Einstellung musste jedoch das Bündnis früher oder später in Frage stellen.

Allein bei der Aktivierung des Bayerischen Adelsbundes blieb es nicht. Die zahlreichen leeren Versprechungen und die ständige Rechtsverweigerung Heinrichs XVI. mussten den verärgerten Törring direkt in die offenen Arme des im wittelsbachischen Hausstreit weitgehend isolierten und daher für jede Unterstützung dankbaren Ingolstädter Herzogs treiben, in dessen Dienst er eintrat. Auf diese Weise entstand wahrscheinlich der erste Kontakt zwischen den Bundesmitgliedern und dem Ingolstädter Herzog. Der Ritterbund hatte auf Grund der wachsenden Rivalität der bayerischen Herzöge untereinander seit seiner Gründung als Schutzbündnis offenkundig an Attraktivität gewonnen und das Interesse auf sich gezogen. Am 16. Januar 1420 konstituierte sich daher auf der Basis des Bayerischen Adelsbundes von 1416 die Aichacher Einung, der nicht nur Ludwig VII. der Bärtige und sein Sohn,⁷⁷⁹ sondern weitere 77 ingolstädtische Adelige bzw. Vertreter der Städte und Märkte beitraten.⁷⁸⁰ Der Ingolstädter Herzog und sein Sohn

⁷⁷⁹ Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, 29. Brief, S. 70-74.

⁷⁸⁰ Vgl. AY, Altbayern, Nr. 466, S. 570f; LERCHENFELD, Freibriefe, 27. Brief, S. 62-66 mit der Siegelbeschreibung der neuen Mitglieder auf S. 67: „Thoma Giebinger, Ott Pretstarffer, Gotta Hohenkircher von Aichpichl, Fridrich Sumerstorffer, Wolfart Tachser, Caspar Pübing (Piebinger), Wilhalm Gewoltzhauser, Jörg Peer, Gebhart Ottenhover, Wasserburg, Wilhalm Pürsinger, Jörg Finsinger (Widerspacher), Benedict Höhenkircher von Aichpichl, Ingolstadt, Hanns Diertmarsperger, Hanns vonn Gumpnperg, Alhart Rosenhamer, Hainrich von Gumpnperg, Ott Obser, Arnolt Ebron, Hainrich Obser, Jörg von Gumpnperg, Linhart Sanndizeller, Peter Reicher, Neuburg, Fridrich Finngkh, Burkham, Mathiss Turdlin, stat Rain, Simonn Lindacher, Peter Marschalch von Stuntzberg, Ludwig Darichinger, stat Fridberg, Hanns Wild, Hanns Tanberger (Aurberger), Niclas Lew, Hanns Holtzhaimer, stat Rotenbergkh, Martin Hinderkircher (Hindersskircher), stat Kützpuhl, Seitz Wachl, stat Kopstain, Hanns Höhensteter (Höhensteiner), Ulrich Schuhl, Albrecht Fastloch (von Fischach), Partl Norchinger (Neuchinger), Eberhart Riderer, Ulrich Eisenreich, Fridrich Reichertzhaimer, stat zu Aichach, Connrad Obser, Peter Schonsteter, Wilhalm Pernspeck, Hanns Munichauer, Schrobenshausn, Conrad Zimerauer, Wilhalm Sandizeller, Erhart von Griesan (Griesenaw), Hilprant Judman, Thoman Ernhover (Riemhover), Ortolf Sandizeller, Fridrich Zimerauer, stat Höchstet, Rudolf Oxnberger, stat Laugingen, Perchtolt der jung Norchinger (Neuchinger), stat Stainn, Hainrich Kirchheimer, stat Freistat, Hanns Kienberger,

mussten dafür die verbrieften Rechte und Freiheiten der Stände bestätigen.⁷⁸¹ Im Gegenzug schworen ihnen am gleichen Tag Kaspar Törring als neu gewählter Hauptmann und alle Grafen, Freien, Ritter, Knechte und Städte des Bundes ihre Treue.⁷⁸² Die Einung blieb ihrer ursprünglichen Zielsetzung der Friedenssicherung, des Schutzes ihrer Mitglieder und der gegenseitigen Hilfe treu. Durch die Aufnahme des Herzogs und der Kommunen unterschied sich die Aichacher Einung zwar vom Bayerischen Adelsbund als reiner Standeseinung, an der prinzipiellen Gleichstellung sämtlicher Mitglieder änderte sich jedoch nichts. Ebenso behielt man die Organisationsstruktur bei. Ergänzend hinzu kamen lediglich einige Bestimmungen, die das Verhältnis zum Ingolstädter Herzog und seinem Sohn regelten.⁷⁸³

Die Aufnahme Ludwigs VII. des Bärtigen war erst möglich, nachdem er Kaspar Törrings rückgefordertes Darlehen bezahlt⁷⁸⁴ und damit den Hauptstreitpunkt mit dem führenden Mitglied des Bundes aus dem Weg geschafft hatte. Generell scheint eine den Bundesgenossen entgegenkommende Regelung der herzoglichen Schuldenfrage den Beitritt des Ingolstädters erheblich erleichtert zu haben. Der Herzog sicherte die Rückzahlung ausstehender Geldforderungen ausdrücklich zu und legte deren Abwicklung in die Hände des Hauptmanns zusammen mit einem sechs- bis achtköpfigen paritätisch besetzten Ausschuss aus Bundesmitgliedern und herzoglichen Räten.⁷⁸⁵ Nicht zuletzt auch durch die explizite Garantie der landständischen Rechte und Freiheiten dürfte der Ingolstädter Herzog die Gunst der Bundesmitglieder gewonnen

Gamersheim, Jörg von Camer, Conrad Zeller, Steffan Kützing, Conrad Sorer (Soyer), Linhart Spilberger, Asam Oberdorffer“.

⁷⁸¹ Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, 29. Brief, S. 70-72.

⁷⁸² Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, 28. Brief, S. 67-70 mit der Siegelbeschreibung: „Caspar Torringer, Jobs herr zu Abensperg, Casper von laber, Hettmar vonn Laber der jung, Ortolf Layminger, Matheus von Camer, Jorg Fraunberg zu Hohnwurgk.“

⁷⁸³ Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, 28. Brief, S. 68f: Über eine Hilfsforderung des Herzogs an den Bund oder im umgekehrten Fall sollte ein Ausschuss aus sechs Einungsmitgliedern und vier herzoglichen Räten entscheiden. Im Falle eines Krieges war dem Herzog bzw. dem Bund der Abschluss eines Separatfriedens verboten. Außerdem sollten keine weiteren Landesfürsten ohne Zustimmung des Ingolstädter Herzogs und seines Sohnes aufgenommen werden. Von den Vereinbarungen ausgenommen wurden lediglich König Sigmund und dessen Familie, das französische Königspaar und Erzbischof Eberhard von Salzburg, vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, 29. Brief, S. 73.

⁷⁸⁴ Vgl. StA München Törring-Seefeld U 61: Die Versöhnung mit Kaspar Törring wurde vermutlich dadurch erleichtert, dass Herzog Ludwig VII. der Bärtige am 19. Januar 1420 Anweisung gab, Törring für seinen Dienst 4.184 fl. ungr. auszuzahlen, womit wahrscheinlich der alte Streit um die 3.210 fl. aus der Welt geschafft war. Vgl. dazu auch StA München Törring-Jettenbach U 15, § 17.

⁷⁸⁵ Vgl. LERCHENFELD, Freiheitsbriefe, 29. Brief, S. 71.

und den Weg in die Aichacher Einung gefunden haben. Dadurch wurde das Bündnis für die Ingolstädter Landschaft ebenfalls attraktiv, die selbst unter den Übergriffen Ludwigs VII. des Bärtigen zu leiden hatte und daher sicherlich nicht allein aus Loyalitätsgründen dem Ruf ihres Herzogs in die Aichacher Einung folgte,⁷⁸⁶ sondern sich ebenso Schutz ihrer Rechte erhoffte.

Der weitgehend isolierte Ingolstädter Herzog verfolgte mit dem Bund von Anfang an eigene Interessen, wollte ihn als Kampfmittel gegen seinen Erzfeind Heinrich XVI. instrumentalisieren. Nur deshalb kam er den Bundesmitgliedern wohl auch in finanziellen Dingen entgegen. Er stellte damit jedoch die ursprüngliche Intention des Bayerischen Adelsbundes als reine Defensivallianz in Frage und setzte damit von vorn herein die Existenz der Aichacher Einung aufs Spiel. Diese hatte andererseits durch den Beitritt des Herzogs mitsamt der Ingolstädter Landschaft gegenüber dem Bayerischen Adelsbund von 1416 durch die gestiegene Mitgliederzahl erheblich an militärischer Schlagkraft und damit insgesamt an politischem Gewicht gewonnen. Insofern war die Entscheidung für den Ingolstädter Herzog sicherlich eine politische Notwendigkeit. Die Erweiterung des Bundes war grundsätzlich eine Frage des Überlebens. Er drohte sonst im wittelsbachischen Hausstreit als dritte Kraft zwischen den Fronten früher oder später zerrieben zu werden. Und im Gegensatz zum Landshuter Herzog, der vor keiner Gewalttat zurückschreckte, wie der Konstanzer Überfall zeigte, schien Ludwig VII. der Bärtige für viele Bundesmitglieder immer noch das kleinere Übel zu sein. Zu diesem Zeitpunkt konnten die Mitglieder der Aichacher Einung allerdings nicht absehen, dass sie sich damit für die Verliererseite entschieden hatten und in den Untergang des Ingolstädter Herzogs in der Schlacht bei Alling 1422 mit hinein gezogen wurden.

Mit der Aichacher Einung und Ludwig VII. dem Bärtigen im Rücken konnte Kaspar Törring die offene Konfrontation mit dem Landshuter Herzog riskieren. Er nahm sogleich die Hilfe des neuen Bündnisses in Anspruch. Auf dem Ritterschaftstag zu Wasserburg am 10. März 1420 wurden Törrings Beschwerden über den Landshuter Herzog wegen seiner verletzten Hoheitsrechte als Erbjägermeister für rechtens befunden und die

⁷⁸⁶ Das problematische Verhältnis Ludwigs VII. des Bärtigen zu seiner eigenen Landschaft kam vor allem bei den Auseinandersetzungen mit seinem Sohn Ludwig VIII. dem Höckrigen um die Herrschaft im Herzogtum Bayern-Ingolstadt in den 30er und 40er Jahren des 15. Jahrhunderts zum Tragen, vgl. KREMER, Auseinandersetzungen.

Bundesmitglieder zum Beistand verpflichtet.⁷⁸⁷ Am 4. Mai 1420 versprachen Herzog Ludwig VII. der Bärtige und sein Sohn gesondert dem Hauptmann zu seinem Recht und Erbe zu verhelfen.⁷⁸⁸

Das Säbelrasseln des Bundes blieb dem Landshuter Herzog auf dem Breslauer Reichstag nicht verborgen, wo er sich zusammen mit den anderen Reichsständen zur Klärung der Hussitenfrage seit Januar 1420 aufhielt.⁷⁸⁹ König Sigmunds Interessen konzentrierten sich zu dem Zeitpunkt vor allem auf die Erwerbung und Befriedung des von seinem Bruder Wenzel († August 1419) ererbten böhmischen Königreichs, das sich seit dem Tod von Jan Hus in Aufruhr befand. Unter Vorgabe der akuten Hussitenbedrohung versuchte er die Reichshilfe dafür zu gewinnen.⁷⁹⁰ Auf die Unterstützung des reichen Landshuter Herzogs wollte und konnte er dabei nicht verzichten. Sigmund besaß keine eigene Hausmacht, verfügte praktisch über keine territoriale Basis im Reich. Seitdem sich Pfalzgraf Ludwig 1417 obendrein an die Spitze einer königsfeindlichen Bewegung der rheinischen Kurfürsten gestellt hatte,⁷⁹¹ war er zur Realisation seines Königtums auf die politischen Handlungsträger im Reich stärker denn je angewiesen. Dies nötigte ihm wiederum entsprechende Zugeständnisse ab.⁷⁹² In seinem Schreiben vom 21. April 1420 an Kaspar Törring äußerte König Sigmund deshalb sein Befremden über die Aichacher Einung, da er bislang nichts darüber vernommen habe, dass den Adeligen durch den Landshuter Herzog Unrecht geschehen sei. Unter Berufung auf die Goldene Bulle von 1356, die Einungen ohne Zustimmung des jeweiligen Landesherren bzw. des Königs verbot, forderte Sigmund die sofortige

⁷⁸⁷ Vgl. StA München Törring-Seefeld U 219: Der beratende Ausschuss unter dem Vorsitz Arnolds von Kamer setzte sich zusammen aus vier Ingolstädter Räten (Heinrich Gumpfenberger, Georg Fraunberger zu Hohenburg, Otto Pienzenauer, Wieland Swelher) und sechs weiteren Bundesmitgliedern (Wernher von Waldeck, Ortolf Laiming, Wilhelm Kamerberger, Erasmus Taufkircher, Walthasar Muracher, Friedrich Reicherzhaimer). Vgl. TÖPFER, Oberstjägermeisteramt, S. 34. Törring untermauerte bei dieser Gelegenheit auch seine Ansprüche auf das Banneramt, indem er Arnold Ebran zu Talring bezeugen ließ, wie die Törring zu Törring von Kaiser Karl IV. mit dem Banneramt belehnt worden waren, vgl. StA München Törring-Seefeld U 7.

⁷⁸⁸ Vgl. AY, Altbayern, Nr. 467, S. 571.

⁷⁸⁹ Vgl. zum Breslauer Reichstag RTA 7, Nr. 266-294, S. 385-420.

⁷⁹⁰ Vgl. ANGERMEIER, Königtum und Landfriede, S. 352.

⁷⁹¹ Vgl. zur rheinischen Kurfürstenopposition MATHIES, Kurfürstenbund.

⁷⁹² Vgl. WEFERS, Politisches System, S. 225.

Auflösung der den Reichsgesetzen zuwiderlaufenden Aichacher Einung.⁷⁹³ Das königliche Verbot stand damit in Diskrepanz zu den landständischen Freiheitsbriefen, in denen seit der Ottonischen Handfeste von 1311 den Landständen das Einungsrecht ausdrücklich zugesichert und immer wieder von den bayerischen Herzögen bestätigt worden war. Die Aichacher Einung, die ja gerade aus einem Verteidigungsbund landständischer Rechte hervorgegangen war, hielt daran fest, ignorierte den Auflösungsbefehl des Königs und damit dessen Autorität als Reichsoberhaupt. Der erste Hussitenkreuzzug Sigmunds im Juli 1420, an dem auch der Landshuter Herzog teilnahm, verhinderte freilich weitere Schritte des Königs zur Exekution seines Befehls.

c) Bündnis- und Einungswesen als „Sackgasse“

Kurz darauf wurde die Aichacher Einung durch die Mitgliedschaft Ludwigs VII. des Bärtigen in den Bayerischen Krieg hineingezogen,⁷⁹⁴ der im Juli 1420 ausbrach, als sich der Ingolstädter Herzog mit dem soeben zum Markgrafen von Brandenburg erhobenen Friedrich von Nürnberg wegen der Rückzahlung von 23.000 fl. ungr. anlegte. König Sigmund hatte 1415 diese Summe für die Ausstattung des Konstanzer Konzils vom Ingolstädter Herzog unter Bürgschaft des Markgrafen aufgenommen. Schon im Vorfeld hatte der Markgraf jedoch durch sein vehementes Eintreten für die Interessen Heinrichs XVI. des Reichen von Bayern-Landshut den Zorn Ludwigs des Bärtigen auf sich gezogen.⁷⁹⁵ Der Markgrafenkrieg, der sich zunächst vor allem in Franken abspielte,

⁷⁹³ Vgl. StA München Törring-Seefeld Lit. A 3, Nr. 41; TÖPFER, Oberstjägermeisteramt, S. 35. Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 21, Anm. 54: Kapitel XV der Goldenen Bulle Karls IV. verbot Einungen nicht generell, sondern forderte lediglich die Zustimmung des Landesherren. Der König bzw. Kaiser griff erst auf landesherrliche Beschwerden hin ein.

⁷⁹⁴ Vgl. zum Bayerischen Krieg HAEUTLE, Archivalische Beiträge, 1. Teil, S. 195-299 und 2. Teil, S. 13-76; WÜRDINGER, Kriegsgeschichte, S. 221-231. Eine neuere Darstellung fehlt. Vgl. zum knappen Bericht des Andreas von Regensburg über den Bayerischen Krieg HRUSCHKA, Kriegsführung und Geschichtsschreibung, S. 183-187.

⁷⁹⁵ Vgl. dazu den Briefwechsel bei RIEDEL, Codex diplomaticus, III/1, Nr. 56-117, S. 84-181 aus den Jahren 1418 bis 1421 zwischen Ludwig VII. dem Bärtigen und Markgraf Friedrich I. voller despektierlicher gegenseitiger Beschimpfungen.

weitete sich ein halbes Jahr später am 4. Februar 1421 mit dem Überfall Ludwigs VII. des Bärtigen auf Neustadt an der Donau auf ganz Bayern aus.⁷⁹⁶ Der Handstreich des Ingolstädters aktivierte die bestehenden Bündnissysteme und hatte das Eingreifen der in der Konstanzer Liga verbündeten Fürsten unter maßgeblicher Führung der Münchner Herzöge und Heinrichs XVI. des Reichen zur Folge.⁷⁹⁷ Obwohl der Krieg insgesamt nur zögerlich geführt und von mehreren Waffenstillständen und ergebnislosen Verhandlungen unterbrochen wurde, gingen bis zu seinem Ende im September 1422 zahlreiche Dörfer in Flammen auf.⁷⁹⁸

d) Die Schleifung der Törring'schen Burg

Vor dem Hintergrund des Bayerischen Krieges erreichte der Streit zwischen Kaspar Törring und Heinrich XVI. dem Reichen einen ersten Höhepunkt. Schon bald nach dem Überfall auf Neustadt fiel ein Schreiben Ludwigs VII. des Bärtigen an die Aichacher Einung in die Hände des Landshuter Herzogs, aus dem hervorging, dass die Einnahme Neustadts angeblich auf Beschluss des Bundes und seines Hauptmanns Kaspar Törring hin erfolgt sei.⁷⁹⁹ Als dem Landshuter Herzog obendrein zu Ohren kam, „daß seine Feinde zu Törring bei Tag und nacht ein- und ausritten“, wusste er die Gunst der Stunde zu nutzen.⁸⁰⁰ In Abwesenheit Kaspar Törrings erstürmte Heinrich XVI. nach erfolgter Absage die Burg Törring, ließ sie restlos plündern und die Mauern niederreißen.

⁷⁹⁶ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 257; WÜRDINGER, Kriegsgeschichte, S. 223: Neustadt an der Donau gehörte eigentlich zum Herzogtum München, war aber von den Herzögen Ernst und Wilhelm III. an ihren Landshuter Vetter verpfändet worden, der von Neustadt aus mit seinen Truppen immer wieder in die benachbarten Lande Ludwigs VII. des Bärtigen einfiel.

⁷⁹⁷ Vgl. RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 252f; STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 282: Zur selben Zeit etwa werden erste Ansätze einer sich ausprägenden regionalen Identität greifbar, als bayerische Studenten an der Universität Wien anlässlich des Krieges untereinander stritten und jeder für seinen jeweiligen Landesherrn Partei ergriff.

⁷⁹⁸ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 256f.

⁷⁹⁹ Vgl. TÖPFER, Oberstjägermeisteramt, S. 36f: Heinrich XVI. wollte sich darüber Klarheit verschaffen und schickte daher Boten (Kaspars Bruder Wilhelm Törring und dessen Vettern Seitz Törring und Otto Grans) nach Burg Törring, erhielt aber von dort nur ausweichende Antworten.

⁸⁰⁰ TÖPFER, Oberstjägermeisteramt, S. 38.

Anschließend wurden nach der Beschlagnahme des gesamten Törring'schen Besitzes auf herzoglichen Befehl hin die Steine der geschleiften Burg nach Burghausen gebracht und daraus bezeichnenderweise ein Turm namens „Neu-Törring“ errichtet.⁸⁰¹

Die Schleifung der Burg Törring markiert im Rechtsstreit zwischen dem Landshuter Herzog und Kaspar Törring den Übergang von der friedlichen hin zur gewaltsamen Austragung des Konflikts in Form der Fehde.⁸⁰² Die soeben geschilderte Vorgehensweise des Herzogs mit erfolgter vorheriger Absage, Zerstörung der Burg und Vermögenseinzug veranschaulichen, wie Heinrich XVI. der Reiche die Fehde als gewaltsames Mittel zur landesherrlichen Herrschaftserweiterung gegenüber dem Adel mit Erfolg instrumentalisierte. Indem er das Zentrum seines persönlichen Widersachers kurzer Hand dem Erdboden gleich machte, setzte Heinrich der Reiche obendrein dem Adel ein weithin sichtbares Zeichen seiner Stärke und stellte seine landesherrliche Macht demonstrativ zur Schau. Da er mit Kaspar Törring zugleich den Hauptmann der Aichacher Einung getroffen hatte, konnte er sich einer entsprechenden Signalwirkung auf den gegen ihn verbündeten Adel sicher sein.

Wo sich Kaspar Törring währenddessen aufhielt, ist unklar.⁸⁰³ Wahrscheinlich kämpfte er im Bayerischen Krieg. Hilfe von seinen nächsten Verwandten konnte er jedenfalls nicht erwarten. Kaspars Bruder Wilhelm Törring zu Tüßling und Pertenstein stand seit Jahren in Herzog Heinrichs XVI. Diensten.⁸⁰⁴ Der Vetter Kaspars, Seitz Törring zu Stein und Neudeck, war als Marschall an der Spitze der Truppen Heinrichs des Reichen gegen den Ingolstädter in den Krieg gezogen, wo er am 28. September 1421 den Tod fand. Auch der andere Vetter, Wilhelm von Törring zu Jettenbach, der als einziger der Familie Törring neben Kaspar 1416 in den Bayerischen Adelsbund eingetreten war, kämpfte auf der Seite des Landshuter Herzogs, nachdem ihm ingolstädtische Truppen

⁸⁰¹ RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 254. Vgl. ENGBRECHT, Drei Rosen, S. 74: Bei dem Turm handelte es sich nach neueren Forschungen wahrscheinlich um den Zwinger auf der Stadtseite.

⁸⁰² Vgl. KAUFMANN, Fehde, Sp. 1083-1093; BRUNNER, Land und Herrschaft, S. 1-110, besonders S. 41-106; REINLE, Bauernfehden.

⁸⁰³ Vgl. ENGBRECHT, Drei Rosen, S. 75: Einer Sage nach war er dem bereits abziehenden Herzog nachgejagt und schlug dem Aham, auf dessen Rat hin der Herzog die Burg erstürmen hatte lassen, den Kopf ab. Nach geglückter Flucht soll er anschließend Heinrichs XVI. Lande derartig verwüstet haben, dass ihm das Volk den Beinamen „Teufel von Jettenbach“ gab, obwohl er Jettenbach selbst nie besessen hatte.

⁸⁰⁴ Vgl. TÖPFER, Oberstjägermeisteramt, S. 39; ENGBRECHT, Drei Rosen, S. 76. Er war seit 1419 Pfleger zu Traunstein. Für seine besondere Tapferkeit bei der Verteidigung Traunsteins gegen Ludwigs Hauptmann Balthasar Muracher, bei der er kurzzeitig in Gefangenschaft geraten war, erhielt er vom Landshuter Herzog sogar ein Belobigungsschreiben als Dank.

mehrere Dörfer niedergebrannt hatten. Da Törring als bayerische Burg galt, obwohl sie eigentlich auf dem Gebiet des Salzburger Hochstiftes lag, griff selbst Erzbischof Eberhard von Salzburg nicht zu Gunsten Kaspars ein.⁸⁰⁵

Nach Beschlagnahme all seiner Besitzungen blieb Kaspar Törring zusammen mit seiner Frau Dorothea und seinem Sohn Georg nur die Flucht in die freie Reichsstadt Regensburg, wo er vor weiteren Zugriffen des Herzogs sicher war. Die Aichacher Einung hingegen hatte weder Törrings Rechte wiederherstellen, die Zerstörung seiner Burg verhindern noch ihm und seiner Familie den erforderlichen Schutz vor dem Landshuter Herzog gewähren können. Der Bund ging durch seine Parteinahme für den Ingolstädter viel zu sehr im Bayerischen Krieg auf, als dass er sich indessen allein um die Belange einzelner Mitglieder kümmern hätte können. Gerade im Sommer 1421 war der Bund mit der Abwehr der Gegenzüge Markgraf Friedrichs I. von Brandenburg und Pfalzgraf Johanns von Neumarkt auf dem Nordgau sowie der Münchner Herzöge beschäftigt und musste sich im Frühjahr 1422 einem gemeinsamen Feldzug des Landshuters und der Münchner Herzöge zur Eroberung Friedbergs und Graisbachs stellen.⁸⁰⁶ Der Anspruch der Aichacher Einung darauf Schutz zu gewähren und als Friedens- und Ordnungsinstanz des Landes zu fungieren, stand und viel jedoch mit der militärischen Schlagkraft ihrer Mitglieder im Bayerischen Krieg. Versagte sie, so war der Bund wertlos.

⁸⁰⁵ Vgl. ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 76f.

⁸⁰⁶ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 257.

e) *Das Eingreifen des Königs*

Als sich die politische Lage in Böhmen angesichts der Hussitenbedrohung immer mehr zuspitzte, änderte sich die Einstellung des Königs gegenüber der Aichacher Einung. Sigmund spekulierte darauf, das militärische Potential des Ritterbundes für seinen Böhmenfeldzug gegen die Hussiten zu nutzen. Als Törring sich in seiner Not auf dem Nürnberger Reichstag erneut an den König wandte, schenkte Sigmund ihm daher Gehör⁸⁰⁷ und lud im August 1422 den Landshuter Herzog sogleich vor sein Hofgericht.⁸⁰⁸ Sigmunds geplantem Böhmenzug stand noch ein größeres Hindernis im Wege. Am 1. September 1422 befahl der König einen vierjährigen Waffenstillstand im Bayerischen Krieg, untermauert mit einer Bannandrohung durch den Kardinallegaten Branda, um den Frieden unter den Herzögen in Bayern wiederherzustellen.⁸⁰⁹ Die Aichacher Einung kam Sigmund dabei gelegen, seinen Handlungsspielraum gegenüber den Fürsten im Reich zu erweitern.⁸¹⁰ Obwohl in der Goldenen Bulle und zwei Jahre zuvor noch ausdrücklich von ihm selbst verboten gewährte der König der Ritterschaft am 13. September 1422 ihr Einungsrecht, „wann wir wol vernomen haben, das die ritterschaft in teutschen land vil zwang leidet und vast gedrunge wirdet an iren rechten von etlichen, und aufhaltung solichs unrechten wol bedörfft, und wiewol sy villeicht ofte gern zu uns zufluecht hetten von solichs unrechts wegen, und uns anruefften in das zu wenden, so sein wir in oft zu ferre von ander unser gescheft wegen die wir vor handen haben, das sy uns nicht fuglich mögen erraichen“.⁸¹¹ Gleichzeitig forderte er die Reichsstädte zum Anschluss auf.⁸¹²

Die reichsrechtliche Sanktion des Einungsrechts der Ritterschaft und der Städte segnete lediglich bereits vorhandene Tatsachen ab,⁸¹³ da sich in den letzten Jahrzehnten trotz der entgegengesetzten Bestimmungen der Reichsverfassung und der königlichen Verbote zahlreiche Rittergesellschaften und Städtebünde formiert hatten, wie allein die

⁸⁰⁷ Vgl. zum Nürnberger Reichstag von Juli bis September 1422 RTA 8, Nr. 95-234, S. 103-275.

⁸⁰⁸ Vgl. StA München Törring-Seefeld U 223.

⁸⁰⁹ Vgl. WEFERS, Politisches System, S. 97; STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 257.

⁸¹⁰ Vgl. HOENSCH, Kaiser Sigismund, S. 306.

⁸¹¹ LERCHENFELD, Freibriefe, 30. Brief, S. 74.

⁸¹² Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, 30. Brief, S. 75; WEFERS, Politisches System, S. 100: Sigmund griff damit eine bereits 1415 angedachte Idee eines umfassenden städtischen Bündnissystems auf.

⁸¹³ Vgl. BAUM, Kaiser Sigismund, S. 174; WEFERS, Politisches System, S. 100.

Gründung des Bayerischen Adelsbundes demonstrierte. Sigmund setzte in der Landfriedenssicherung neuerdings auf die Kooperation der ritterschaftlichen Einungen mit den Städten und plante vermutlich „alle oberdeutschen Rittergesellschaften und Städtebünde zu einer einheitlichen politischen Organisation unter seiner Führung zu verschmelzen.“⁸¹⁴ Am 13. September 1422 zog er daher das Verbot der Aichacher Einung zurück.⁸¹⁵ Sigmund hatte die im Einungswesen „schlummernden Möglichkeiten für eine Ausdehnung der königlichen Gewalt auf Kosten des Landesfürstentums“ erkannt.⁸¹⁶ An seiner politischen Kehrtwende werden „Ansätze einer Politik sichtbar, die darauf abzielte, mit Hilfe kleinerer unmittelbar vom Reich abhängiger Enklaven den Prozeß fortschreitender 'Verstaatung' im Bereich großräumiger Territorialkomplexe zu unterlaufen.“⁸¹⁷ Die reichsrechtliche Anerkennung der Aichacher Einung machte dies nur allzu deutlich. Wie an anderer Stelle bereits zu sehen war, gehörten ihr mehrere Adelige an, die auf Grund ihrer landsässig-reichsunmittelbaren Doppelstellung mit ihren kleinräumigen Herrschaftsbezirken durchaus in der Lage waren, den wittelsbachischen Fürsten bei der Errichtung geschlossener Landesstaaten die Stirn zu bieten. Ihre Instrumentalisierung im Rahmen einer antifürstlichen Politik war daher naheliegend.

Die reichsrechtliche Legitimation des Einungswesens fand vor dem Hintergrund eines Konstellationenwechsels statt. Zwischen Sigmund und seinem bislang wichtigsten Berater, Markgraf Friedrich I. von Brandenburg, war es längst zum Bruch gekommen. Der Einfluss der Konstanzer Liga auf den König hatte sich infolgedessen dahingehend reduziert, dass Sigmund der gegnerischen Partei, dem Ingolstädter Herzog, erstmals wieder Gehör schenkte. Der brandenburgische Markgraf gehörte inzwischen der rheinischen Kurfürstenopposition an. Je feindseliger diese im Reich auftrat, um so mehr wandte sich Sigmund Ludwig VII. dem Bärtigen von Ingolstadt in den folgenden Jahren zu.⁸¹⁸ Dennoch konnte er der Ritterschaft nur soweit entgegenkommen, wie es die

⁸¹⁴ HOENSCH, Kaiser Sigismund, S. 307.

⁸¹⁵ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 263.

⁸¹⁶ LIEBERICH, Landherren, S. 159.

⁸¹⁷ KRIEGER, Lehnshoheit, S. 303: Auch sonst ist die Förderung kleinräumiger Territorien im bayerisch-österreichischen Raum durch den König zu beobachten.

⁸¹⁸ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 262f.

augenblickliche Situation erlaubte. Um es sich angesichts des bevorstehenden Hussitenkrieges weder mit Kaspar Törring als Hauptmann der Aichacher Einung noch mit dem Landshuter Herzog zu verderben, setzte der König zur Klärung der umstrittenen Angelegenheiten lediglich einen weiteren Rechtstag bis spätestens 11. November des Jahres an. Törring wurde dorthin freies Geleit zugesichert. Sollte sich der Landshuter Herzog nicht an das von seinen Räten gefällte Urteil halten, so hätte er sich vor den Räten des Erzbischofs von Salzburg zu verantworten.⁸¹⁹

Kaum tat sich für Kaspar Törring, den nach der Beschlagnahme seiner Besitzungen Geldsorgen plagten,⁸²⁰ die Chance auf, doch noch sein Recht zu erlangen, machte die katastrophale Niederlage des Ingolstädter Herzogs Ludwig VII. des Bärtigen und seiner Verbündeten in der Schlacht bei Alling am 19. September 1422 gegen die Münchner Herzöge samt einem Bürgeraufgebot all seine Hoffnungen zunichte. Allgemein bekannt ist jene spektakuläre Szene, in der Herzog Ernst seinem Sohn Albrecht in der Schlacht bei Alling das Leben rettete, als dieser mit seinem verwundeten Pferd zu Boden ging, Herzog Ernst mit mächtigen Hieben die feindlichen Reihen durchbrach und seinem Sohn zu Hilfe kam.⁸²¹ Doch bereits nach diesem kurzen Scharmützel ohne viel Blutvergießen waren die Ingolstädtischen zum Rückzug gezwungen. Auf der Flucht blieben viele der Schweregepanzerten im Norden des Schlachtfeldes gelegenen Moor stecken, so dass über 400 Mann, darunter zwischen 80 und 200 Adelige, gefangen genommen wurden. Unter ihnen sollen sich die bedeutendsten Hauptleute Herzog Ludwigs befunden haben, so Wilhelm und Christoph Laiming, der Marschall von Oberndorf, Georg Fraunberger, Hermann von Güß, ein Preysing, ein Gumpfenberger und zwei Sandizell.⁸²² Die Gefangenen wurden nach München gebracht, dort aber nach ihrem Versprechen, sich nicht mehr gegen die Münchner Herzöge zu wenden, schon

⁸¹⁹ Vgl. StA München Törring-Seefeld 220. Vgl. dazu den Vidimus StA München Törring-Jettenbach I 4, Nr. 206 des Abtes Donatus vom Schottenkloster St. Jakob in Regensburg vom 19. November 1422 und des Erzbischofs Johann Jakob von Salzburg aus dem Jahre 1582 unter der Signatur StA München Törring Seefeld 221. Vgl. dazu TÖPFER, Oberstjägermeisteramt, S. 41; ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 78.

⁸²⁰ Vgl. StA München Törring-Seefeld Lit. E 2, Nr. 56: Kaspar Törring lieh sich am 4. Oktober 1422 1.000 fl. ungr. von Albrecht Muracher zu Guteneck, wofür Jobst Herr von Abensberg als Bürge einsprang.

⁸²¹ Vgl. LEIDINGER, Veit Arnpeck, S. 600; WÜRDINGER, Kriegsgeschichte, S. 229f: Herzog Ernst ließ als Erinnerung an den Sieg und die Errettung seines Sohnes zu Hoflach eine Kapelle erbauen und in ihren Fenstern die Wappen der siegreichen Kämpfer verewigen.

⁸²² Vgl. WÜRDINGER, Kriegsgeschichte, S. 230; RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 261. Vgl. dazu den kurzen Bericht bei LEXER, Aventinus, S. 550.

bald wieder entlassen. Der Bayerische Krieg endete schließlich mit einem am 2. Oktober 1422 von König Sigmund errichteten vierjährigen Waffenstillstand zu Regensburg. Der König zog Ludwig VII. den Bärtigen von Bayern-Ingolstadt an seinen Hof nach Ungarn. Sein Herzogtum unterstellte er bis zu einer endgültigen Entscheidung Brunorio della Scala als königlichen Landeshauptmann. Markgraf Friedrich I. von Brandenburg übertrug er die Hauptmannschaft im Hussitenkrieg und den Landshuter Herzog schickte er zusammen mit Pfalzgraf Ludwig dem Deutschen Orden nach Litauen zu Hilfe. Ein endgültiger Ausgleich und Friedensschluss konnte auf Grund des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen Bayern-Ingolstadt und Bayern-Landshut bis zum Erlöschen der Ingolstädter Linie trotz allem nicht mehr erreicht werden.⁸²³

Mit ein Grund für die begrenzte Wirkung der Aichacher Einung im Bayerischen Krieg,⁸²⁴ wenn nicht sogar mit verantwortlich für die katastrophale Niederlage bei Alling dürfte ihre teilweise Auflösung gewesen sein. Zahlreiche Ritter und Bürgerschaften hatten infolge des Ingolstädter Überfalls auf Neustadt im Frühjahr 1421 entsprechende Absagebriefe an die bayerischen Herzöge geschickt, von denen in den Neuburger Kopialbüchern allein gegen Ludwig VII. den Bärtigen mehr als 5.000 erhalten sind.⁸²⁵ Umso erstaunlicher ist, unter den Absagenden auch Jobst von Abensberg,⁸²⁶ Kaspar und Hadmar den Jüngeren von Laber,⁸²⁷ Wernhard und Georg von Waldeck,⁸²⁸ Otto Grans,⁸²⁹ Wilhelm Maxlrain⁸³⁰ und Wilhelm Törring zu Jettenbach⁸³¹ zu finden. Als Mitglieder der Aichacher Einung hätten sie eigentlich für und nicht gegen Ludwig den Bärtigen in den Krieg ziehen müssen. Ihre Absagen an den Ingolstädter Herzog lassen sich nur so erklären, dass die Aichacher Einung wohl bereits im Februar/März 1421 in sich gespalten und ein Teil der Mitglieder ausgetreten war. Ihr

⁸²³ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 257, 263. Vgl. WÜRDINGER, Kriegsgeschichte, S. 230-232: Von den Verlusten Ludwigs des Bärtigen im Krieg (sechs Städte, sechs Märkte und 18 Burgen) konnte sich der Landshuter Herzog 1428 Kling, Wildenwart, Stein und ein Schloss des Erasmus Taufkircher sichern.

⁸²⁴ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 256.

⁸²⁵ Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 85 und vor allem 88; HAEUTLE, Archivalische Beiträge, 1. Teil, S. 242. Vgl. dazu auch BayHStA Haus- und Familiensachen Ludw. d. Gebartete 1421 II 26; BayHStA Pfalz-Neuburg Bünde und Fehden 118; BayHStA Pfalz-Neuburg Bünde und Fehden 119; BayHStA Pfalz-Neuburg Bünde und Fehden 120 und die entsprechenden Hinweise in RB XII.

⁸²⁶ Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 85, fol. 33v.

⁸²⁷ Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 85, fol. 51v.

⁸²⁸ Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 85, fol. 179v.

⁸²⁹ Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 85, fol. 27v.

⁸³⁰ Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 85, fol. 177v.

⁸³¹ Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 85, fol. 35r.

Rückzug aus der Einung ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass die Aichacher Einung ihrer ursprünglichen Intention nach als reines Defensivbündnis zur Landfriedenswahrung konzipiert war. Der Überfall des Ingolstädter Herzogs auf Neustadt, der offenbar ohne Rücksprache mit der Einung erfolgt war und durch den die Einungsmitglieder auf Grund ihrer Hilfsverpflichtung gezwungenermaßen in den Krieg mit hineingezogen wurden, widersprach gänzlich dem Gründungsgeist des Bayerischen Adelsbundes bzw. der Aichacher Einung. Angesichts einer derartigen Instrumentalisierung der Einung, die durch den Ingolstädter Herzog in ein aktives Kampfbündnis umgewandelt wurde, ist der Austritt mancher Mitglieder, die diese Transformation nicht mittragen wollten, nachvollziehbar. Über weitere Gründe können nur Vermutungen angestellt werden. Zumindest in einem Fall ist bekannt, dass das Verhalten des Ingolstädter Herzogs eine nicht unerhebliche Rolle spielte: Wilhelm Törring zu Jettenbach, der schon zu den Gründungsmitgliedern des Bayerischen Adelsbundes gehört hatte, wechselte im Laufe des Bayerischen Krieges auf die Seite des Landshuter Herzogs, nachdem ihm ingolstädtische Truppen mehrere Dörfer niedergebrannt hatten.⁸³² Schon im Vorfeld des Krieges gab es immer wieder Spannungen zwischen einzelnen Bundesmitgliedern und dem Ingolstädter Herzog.⁸³³ Vielleicht belasteten auch interne Streitigkeiten die Einung.⁸³⁴ Generell ist über die Aktivitäten der Aichacher Einung im Bayerischen Krieg kaum etwas bekannt. Sie scheint nur anfangs als Bündnis, als eigenständige Einheit unter Führung ihres Hauptmanns, im Krieg aufgetreten zu sein. Darauf lassen einige Briefe geringfügigen Inhalts vom Juli/August 1420 des Ingolstädter Herzogs schließen, die sich an Kaspar Törring als Hauptmann der Einung richteten.⁸³⁵ Absagebriefe an die Gegner, im Namen

⁸³² Vgl. ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 76f.

⁸³³ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Bestellungen 1416 V 30: Wilhelm Maxlrain hatte sich 1416 für sechsjährigen Dienst gegenüber dem Landshuter Herzog verpflichtet und dabei versprochen, diesen im Kampf gegen den Ingolstädter zu helfen. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 50: Im August 1418 fanden im Auftrag König Sigmunds Gerichtsverhandlungen in der Sache des Theseres Fraunhofer statt, dem Herzog Ludwig VII. der Bärtige sein Schloss Arnsberg und sein väterliches Erbe entzogen hatte. Vgl. StA Landshut Schlossarchiv Au in der Hallertau 56: Auch die Turner hatten offensichtlich Probleme mit dem Ingolstädter in ihrem Streit um das an sie verpfändete Schloss Wildenwart

⁸³⁴ Vgl. StA München Törring-Jettenbach U 195; StA München Törring-Seefeld Lit. A 3, Nr. 42: Im März 1420 bat Hadmar der Ältere von Laber den Hauptmann Kaspar Törring um einen Rechtstag im Streit mit seinem Bruder Kaspar um ihr Erbe. Beide waren Mitglieder der Aichacher Einung.

⁸³⁵ Vgl. StA München Törring-Jettenbach U 197; StA München Törring-Jettenbach U 198; StA München Törring-Jettenbach U 199. Vgl. StA München Törring-Seefeld Lit. A 3, Nr. 43; StA München Törring-Seefeld Lit. A 3, Nr. 44; StA München Törring-Seefeld Lit. A 3, Nr. 45.

der Einung ausgestellt, existieren hingegen nicht. Es ist vielmehr zu vermuten, dass der Ingolstädter Herzog das Bündnis immer stärker dominierte. Letzteres würde auch erklären, warum gerade die hochrangigen Mitglieder, die Führungsriege der Aichacher Einung, die sich wahrscheinlich vom Ingolstädter Herzog übergangen oder zu sehr bevormundet fühlte, im Frühjahr 1421 die Fronten wechselte: Jobst von Abensberg,⁸³⁶ Otto Grans⁸³⁷ und Wilhelm Törring zu Jettenbach⁸³⁸ kämpften fortan für den Landshuter Herzog, Kaspar und Hadmar der Jüngere von Laber⁸³⁹ für Herzog Johann von Bayern-Straubing-Holland, die beiden Waldecker⁸⁴⁰ und Wilhelm Maxlrain⁸⁴¹ für die Münchner Herzöge Ernst und Wilhelm III.

Das Übergreifen des Krieges auf Bayern mit dem Angriff auf Neustadt im Februar 1421 hatte die Einungsmitglieder unmittelbar mit der Loyalitätsfrage konfrontiert und sie somit vor die Wahl zwischen Einung und Landesherr gestellt. Verfolgt man die Biografien dieser Adeligen weiter, die sich ursprünglich 1416/20 gegen die Herzöge vereint hatten, so taucht in den Jahren nach dem Krieg ein Großteil von ihnen im herzoglichen Rat des Landshuters oder der Münchner Herzöge auf.⁸⁴² Für die Adeligen besaß der Bayerische Adelsbund bzw. die Aichacher Einung offenbar nur solange Wert, wie sie sich einen persönlichen Nutzen davon erhofften und ihren Status dadurch nicht gefährdet sahen. Den Schritt von der reinen Defensivallianz hin zum aktiven Kampfbündnis, was unweigerlich den offenen Bruch mit ihren jeweiligen Landesherren bedeutet hätte, wollten sie dafür jedoch nicht riskieren. Die Gunst des Fürsten brachte einflussreiche Ämter und lukrative Posten im Staatsdienst mit sich, sicherte Rang und Ansehen im Land, worauf sie weder verzichten wollten noch konnten. Vor die Wahl gestellt überwogen am Ende die eigenen Interessen. Sie entschieden sich für den Herzogsdienst, von dem sie sich auf lange Sicht für das persönliche Fortkommen wohl doch weitaus mehr und Konkreteres versprachen als von einer der Friedenswahrung im

⁸³⁶ Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 85, fol. 33v. Vgl. WÜRDINGER, Kriegsgeschichte, S. 226; RB XII, S. 380: Im Frühjahr 1422 öffnete Jobst von Abensberg den Münchner Herzögen seine Burgen.

⁸³⁷ Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 85, fol. 27v.

⁸³⁸ Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 85, fol. 35r.

⁸³⁹ Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 85, fol. 51v.

⁸⁴⁰ Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 85, fol. 179v.

⁸⁴¹ Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 85, fol. 177v.

⁸⁴² Vgl. dazu die Ratslisten bei LIEBERICH, Landherren, S. 107-110, 125-133.

Land gewidmeten Einung, durch die sie nur noch stärker in die Auseinandersetzungen der wittelsbachischen Herzöge verwickelt wurden. Dieselbe Einstellung ist im Grunde genommen bei Kaspar Törring zu beobachten. Obwohl er Initiator und führendes Mitglied des Adelsbundes war und sein Streit mit Heinrich XVI. dem Reichen bereits mehrere Jahre andauerte, aktivierte Törring den Bund erst 1419, drei Jahre nach seiner Gründung. Das lange Zögern und Abwarten Törrings lässt sich nur so erklären, dass er hinsichtlich seiner konkreten Erwartungen, der Wiedergewinnung des Erbjägermeisteramtes und der Restitution seiner Rechte, immer noch auf das Einlenken des Herzogs setzte. Sein Taktieren resultierte vermutlich aus dem Bewusstsein, dieses Amt am Ende nur vom Herzog wiederbekommen zu können, weshalb er den endgültigen Bruch mit Heinrich XVI. dem Reichen so lange wie möglich vermeiden wollte, demonstriert aber zugleich auch, wie sein Agieren von individuellen Zielsetzungen geleitet wurde, worin der Adelsbund nur als Mittel zum Zweck eine Rolle spielte. Törrings Beispiel steht sicher stellvertretend für die Haltung vieler Mitglieder des Adelsbundes bzw. der Aichacher Einung. Es ist daher in Frage zu stellen, ob der Bayerische Adelsbund und seine Fortsetzung in der Aichacher Einung tatsächlich jemals diese Frontstellung gegen die Herzöge entwickelten, wie es seine ursprüngliche Intention durchaus implizierte. Allein die Aufnahme Ludwigs VII. des Bärtigen zeigte, dass eine grundsätzlich feindlich gesinnte Opposition des Bayerischen Adelsbundes gegen die wittelsbachischen Herzöge so nicht gegeben war, auf deren Basis sich vielleicht eine Adelsfronde entwickeln hätte können. Erst über 100 Jahre später sollte dieser Fall in Bayern tatsächlich eintreten, als Herzog Albrecht V. in den 60er Jahren des 16. Jahrhunderts aus konfessionellen Gründen gegen eine Adelsverschwörung ankämpfen musste.⁸⁴³ Letzters setzte den internen Zusammenhalt voraus, der sich aus gemeinsamen Zielsetzungen ergab. Beides fehlte am Ende der Aichacher Einung, die an der Heterogenität der Interessen ihrer Mitglieder zerbrach und so die Ausbildung einer Adelsopposition in Bayern verhinderte.

Die Aichacher Einung hatte mit dem Verlust einiger ihrer in militärischer Hinsicht schlagkräftigsten Mitglieder zu kämpfen. Das Fehlen dieses militärischen Potentials machte sich in der Entscheidungsschlacht bei Alling 1422 auf Ingolstädter Seite

⁸⁴³ Vgl. WEINFURTER, Herzog, Adel und Reformation.

sicherlich bemerkbar. In ihrer ersten Krisensituation hatte die Aichacher Einung die Bewährungsprobe nicht bestanden. In den kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den wittelsbachischen Herzögen konnte sie sich nicht behaupten und war damit als Schutz- und Verteidigungsbund landständischer Rechte, dem die militärische Durchsetzungskraft fehlte, völlig wertlos. Die Aichacher Einung scheint sich daher infolge ihrer Niederlage aufgelöst zu haben. Über weitere Aktionen ihrerseits nach der Schlacht bei Alling ist jedenfalls nichts bekannt. Das Einungswesen hatte sich für den Adel als Sackgasse erwiesen.

4. Die Westfälischen Femgerichte als Ausweg?

Das Versagen der Aichacher Einung wäre wohl Grund genug für Törring gewesen, seinen Kampf um die Restitution seiner Rechte aufzugeben, hätte es nicht die Westfälischen Femgerichte gegeben.⁸⁴⁴ Anfang des Jahres 1423 ritt Kaspar Törring nach Westfalen, um bei den Freistühlen des dortigen Femgerichts eine rechtskräftige und endgültige Entscheidung in seinem Sinne gegen den Landshuter Herzog zu erwirken.⁸⁴⁵ Gerade in den Jahrzehnten der unsicheren Judikatur zwischen 1420 und

⁸⁴⁴ Vgl. REINDEL-SCHEDL, Laufen, S. 303: Den Anweisungen des Königs folgend waren weder ein Schiedsgericht Herzog Heinrichs XVI. noch des Erzbischofs von Salzburg zu einem Urteil gekommen.

⁸⁴⁵ Vgl. GIMBEL, Feme, Sp. 1100: Die Westfälischen Femgerichte sind seit dem 13. Jahrhundert bezeugt und standen in der Tradition der gräflichen und vogteilichen Gerichtsbarkeit. Vgl. TÖPFER, Oberstjägermeisteramt, S. 42; ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 78: Die Westfälische Feme war eine Art „Oberappellationsinstanz“ des Reiches, die von jedermann angerufen werden konnte, der „vor seinem nächsten Richter nicht Recht erlangen konnte“. Die Entscheidungen des Femgerichts, die nur mit Freispruch oder Tod endeten, waren allgemein gefürchtet. „Find ich dich, so richt ich dich“, lautete angeblich das Motto dieses mysteriösen Gerichts, das für sich Objektivität beanspruchte und weder auf Stand noch Ansehen der zerstrittenen Parteien Rücksicht nahm, zitiert nach ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 78. Vgl. FREYBERG, Vehmgerichtsprozeß, S. 210-213: Das Urteil fanden die in Dortmund vom König eingesetzten Richter, Freigrafen genannt, zusammen mit mindestens sieben Freischöffen. Letztere mussten frei geboren sein und Bürgen für ihre Redlichkeit vorbringen um in das geheime Gerichtsverfahren aufgenommen zu werden. Die Freischöffen wurden per Eid und unter Androhung schwerer Strafen zur Verschwiegenheit verpflichtet. Die geheimen Freistühle durften allein auf „rother Erde“, also nur auf westfälischem Boden zusammentreten. Die Versammlungen fanden in der Regel unter einem Lindenbaum im Freien statt, wovon sich der Name „Freistuhl“ ableitete. Die Westfälische Feme beanspruchte die Gültigkeit ihrer Judikation für das gesamte Reich. Der Kaiser war oberster Stuhlherr und konnte jederzeit Prozesse vor den Femgerichten an sich ziehen.

1460 gewannen die Westfälischen Freigerichte maßgeblichen Einfluss auf die Rechtspflege in Bayern. Ihr großes Ansehen resultierte aus der garantierten Urteilsvollstreckung durch die Freischöffen, den Urteilsfindern, die aus allen Teilen des Reiches stammten.⁸⁴⁶

Die Austragung des Rechtsstreits zwischen Kaspar Törring und Heinrich XVI. dem Reichen vor den Westfälischen Freigerichten ist durch mehrere Studien gut erschlossen.⁸⁴⁷ Zur Dokumentation genügt es daher, die Grundzüge kurz zu skizzieren und nur dort ins Detail zu gehen, wo sich relevante Fragestellungen hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Herzog und Adel ergeben.

Was die Westfälischen Femgerichte für Kaspar Törring besonders attraktiv machte, war sicherlich die Garantie, dass die Exekution des ein Mal gefällten Urteils der Freischöffen im gesamten Reich durchgesetzt wurde, so dass sich selbst der Landshuter Herzog dem nicht mehr entziehen konnte. Aus diesem Grund brachte Kaspar Törring zunächst seine Klage vor den Freistuhl zu Sachsenhausen (Grafschaft Waldeck), der die Vorwürfe gegen Heinrich XVI. als femrührig anerkannte. Der Landshuter Herzog reagierte erst auf die dritte und letzte Vorladung für den 15. Juli 1424 vor den Freistuhl zu Fürstenberg (Grafschaft Waldeck) und betraute seines „Schwagers Wundermittel“, den kurfürstlich-brandenburgischen Rat und Lehrer der geistlichen Rechte Heinrich Baruther, mit seiner Verteidigung.⁸⁴⁸

Aus dem anschließenden Prozess unter dem Vorsitz des Freigrafen der Herrschaft Waldeck, Curd Rube, sind die von Törring vorgebrachten Anklagepunkte bekannt, die sich auf die widerrechtliche Wegnahme des Erbjägermeisteramtes, die mutwillige Zerstörung der Burg Törring samt der Beschlagnahmung seines Hab und Guts und die

⁸⁴⁶ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 548: Erst in der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts schwand ihre allgemeine Akzeptanz auf Grund von Bestechlichkeit, der Aufnahme illustrier Persönlichkeiten in den Kreis der Freischöffen und den Reichsreformbestrebungen. Mit der Konstituierung des Reichskammergerichts 1495 wurde ihnen schließlich die Zuständigkeit für das gesamte Reich aberkannt und die Femgerichte auf den westfälischen Raum begrenzt, wo sie zur Bedeutungslosigkeit herabsanken.

⁸⁴⁷ Vgl. LINDNER, Vemeprozesse; THIERSCH, Verfehmung; FREYBERG, Vehmgerichtsprozeß, S. 201-376; FRICKE, Verurteilung; ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 77-98.

⁸⁴⁸ ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 81. Vgl. zu Heinrich Baruther LIEBERICH, Gelehrte Räte, S. 156; LIEBERICH, Klerus und Laienwelt, S. 253; ETTILT-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. II, S. 441: Zunächst im Rat Markgraf Friedrichs I. von Brandenburg war Baruther seit 1424 Berater und seit 1429 im Rat Herzog Heinrichs XVI. von Bayern-Landshut und seines Sohnes Ludwigs des Reichen. 1413 studierte er in Wien und durchlief anschließend mehrere bedeutende Positionen als geistlicher Würdenträger (1421 Pfarrer zu St. Martin in Landshut und 1440 in Peuerbach, 1429 Hofkaplan, Domherr zu Augsburg, 1433 Domherr zu Freising und zu Passau). 1431 gehörte er als Magister Heinrich Varonte zu den Teilnehmern des Baseler Konzils. Er starb am 12. Mai 1454.

rechtsverweigernde Haltung des Landshuter Herzogs bezogen.⁸⁴⁹ Die von Baruther hierzu angefertigte insgesamt 14 Punkte umfassende Verteidigungsschrift für Heinrich XVI. demonstrierte, unter welchem Rechtfertigungszwang die Landshuter Seite stand: Zu den bereits eingangs erwähnten Vorwürfen des unrechtmäßigen Erwerbs des Erbjägermeisteramtes, der fehlenden Belehnung Törrings mit dem Amt und den gewalttätigen Ausschreitungen seiner Jäger gegenüber den Klöstern wurde außerdem vorgebracht, dass Törring die vom Landshuter Herzog gesetzten Rechtstage vor seinen Räten und dem Erzbischof von Salzburg nie wahrgenommen und statt dessen in Abwesenheit Heinrichs XVI. die Aichacher Einung gegründet habe, mit der er beabsichtigte, die Leute des Herzogs auf die Seite seines Feindes Ludwigs VII. des Bärtigen von Bayern-Ingolstadt zu ziehen. Außerdem habe er sich dem kaiserlichen Befehl zur Auflösung der Aichacher Einung widersetzt und als Bundeshauptmann den Ingolstädter Herzog zum Überfall auf Neustadt angestiftet. Törring soll dem Herzog auch sonst durch seine listige, hinterhältige Art viel Schaden zugefügt haben, als er im Juli/August 1421 bei der Belagerung der ingolstädtischen Festung Kling im Namen des Landshuter Herzogs salzburgische Söldner angeworben, diese dann aber ins feindliche Lager nach Wasserburg geführt hatte. Törrings Burg habe sich als ein Sammelplatz für alle Feinde des Landshuter Herzogs erwiesen. Schließlich wurde noch der längst verbüßte Überfall Kaspar Törrings auf mehrere Kaufmannsschiffe auf der Salzach vorgebracht. Heinrich XVI. habe daher aus den genannten Gründen Törring rechtmäßig abgesagt und seine Burg einnehmen lassen.⁸⁵⁰

⁸⁴⁹ Vgl. LINDNER, Vemeprozesse, S. 69; TÖPFER, Oberstjägermeisteramt, S. 43f; ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 82.

⁸⁵⁰ Vgl. FREYBERG, Vehmgerichtsprozeß, S. 229-234: „Vermerkt die chlag und zwspruch So wir herczog Hainrich pfalzgraf bey Rein und herczog In Beyren haben zw Kasparn Törringer.

Zum ersten von des Jägermaister ampts wegen daz von uns ze lehen ist alz er maint daz er daz mit käuff in sein gewalt pracht und doch nicht ererbet hat und darmit Er uns und den unsern geistlichen und werntlichen manigfeldig grosse und unpilliche widerdrieß gewärung und schaden tan und zw gezogen hat, alß hernach geschriben stet.

Item er hat sein jäger mit sambt seinen hunden auf unser und auf unser chlöster leiut gewalticklich geschickt und gelegt, die haben dann die Armenleut so großlich gewäret und beschädigt und sind so lang auf In glegen biß daz Sy mit In ab gaydingen, und in gelt und guet geben müesten auf daz Sy von In kämen und welich gelt gaben die worden ledig welich aber nit gelt geben wolden die müesten nachtsezel leyden.

Item die egenanten sein knecht haben darinne nyemands nicht geschonet weder kindelpetterinn frawen noch Junckfrawen Sunder sy haben die Irer eren und guecz berawbet und dar an gesmehet darczu haben Sy die Armenlewte geschlagen und vil gewalts mit In getriben alz dann daz offt und dick mit chläglicher chlage durch geistlich und werntliche persone an uns kömen ist.

Item darumb haben wir Im mer dann aynist bey seinen freunden embotten und In gebetten da von zu lassen und uns und die unsern solicher beswarung zu vertragen und mer anderer gelimpfen gein Im gesuecht wie wold er doch das obgesnant Jägermaister ambt nit ererbet noch daz nie rechtlich Und mit der rechten erben willen ynne gehebt noch daz ze lehen genomen hat wann daz hartprecht harskircher saliger, der sein Rechter und lezter erib waz allzeit widersprach und widerrüeffet daz alles an Im nit geholffen hat.

Item die obgeschriben sache und mer die wir uns behalten, hat er all wider uns getan die weil er unser Räte und diener gewesen ist und daz egenantes Jegermeister ambt von uns nie zw lehen genomen noch empfangen oder gevodert hat.

Item nach sollicher chlage und manunge, So wir Im bey seinen freunden getan und zw embotten haben, hat er uns dennoch Rechtens nit vertragen wollen Sunder uns so vast verchlagt daz wir Im recht gebotten haben und rechtens wollten sein gewesen vor unsern Räten dapey ist gewesen Jobst von Abensperg erselbs und der von laber auf seinem und unser Räte Jorg Ahaimer, Asm Seyblstorffer und unser schreiber Conradus Geyslär auff unserm taylor welche potschafft die egenanten die auff seinem tayl also gewesen sein von seinen wegen an uns pracht haben.

Item solichs rechtens hat er nit gewart Sunder die weil wir bey unserm genädigen herren dem Römischen etc. Kunige zu Breslaw und in seinen dienst und nit bey unserm lannde wären hat er puntnüß wider uns gesuecht an unsere Ritters und knechte gemainlich Arme und reiche auch an ettlich unser Stette und wold uns die empfindet und Sy unserm vettern herczog Ludwigen von Martani der die izeit unser grosser veinde waz, zw gezogen und uns gänzlich da von pracht und von unsern Lannd und Lewten geschayden haben und dar umb daz er daz desster baßer zu wege bringen möchte hat er sich in derselben puntnüße zw künige auff geworffen und ist auch dorInne under seinen Püntgenossen kunig und hauptmann gewesen.

Item als wir solche puntnüsse an unsern gnädigen herren den kunig prachten der widerruefft und schuefft die ab mit seinen kuniglichen briefen wann die widerrecht und des Reichs freyhait waz; alz daz dann die gulden Bulle und kunigliche Briefe Innhalten aygenlich und außweysen, dorann er sich auch nicht gekeret hat.

Item an den allen hat er sich nit benügen lassen Sunder er hat unsern egenanten vettern Herczog Ludwigen der puntnüß und aynunge so ferrer ermanet daz er In sein hilff komen ist und sich dar auff von seinen wegen unserer Stat genant die Newnstat an der Tunaw underwunden hat Alz dann daz und nmer desselben herczog Ludwigs brieff den wir in unser gewalt haben under seinem Secret verpetschafft und mit seins aygen Schreibers hand geschriben eygennclicher Innehalt der hernach geschriben stet und lautet also:

Ludweig von gotes genaden

Herczog In Bayern etc. etc.

Unsern grues vor besünderlicher, dir ist villeicht wol wissentlich, waz Kaspar Törringer zw Törring hauptmann unser aynung mit urtail hilff zugesprochen ist nach unser aynung außweisung gen hainrich der sich nennet von Bayern derselben urtail hat uns der obgenant Törringer ein vidimus zu gesand und damit umb hilff gemant gen dem obgenanten heinrichen nach außweisung unser aynung. Nu haben wir Im hilff verczogen, biß daz er uns aber und so ernstlich gemant hat, daß wir Im mit glimpfen hilff nicht lenger verziehen mochten alz uns bedunck und haben Im die zugeschriben und In sein hilff komen und uns In dem des Gesloß Newnstat an der Tunaw underzogen und die in unser gewalt pracht, Seitmaln nu dem vorgeannten Törringer hilff erkant ist und er uns der ermant hat nach unser aynung außweisung, alz du das an der Copien von der urtail und der zwain mann briefen wol mwerkest, die wir dir hiemit schicken und wir In sein hilff komen sein, So ermanen wir dich, waz wir dich ermanen können und mügen nach außweisung unsers breiffs, den wir von dir und den andern haben, da von wir dirch auch abschrift hiemit sennden, daz du uns haltest und tüest, darmit wir pey unserm fürstentümb und alten herkomen bleiben Alz das und auch mer der selb brieff clarlichen außweiset doran dein Sigel hanngt des verlassen wir uns gantzlich zw dir Geben zu Ingelstat an Montag nach dem weissen Sontag Anno etc. XXI.

Item dar nach alz wir den obgeschriben brieff in unser gewalt pracht haben, haben wir aber seinen aygen Bruder und Seytzen Törringer saligen zw Im geschickt mit der abschrift des obgeschriben brieffs und In ermanet darmit, ob uns die egenannte Newnstat also von seinen wegen angewunnen sey und was wir uns von Im halten oder versehen sullen, dorauff kunden noch nochten wir nye gruntlich antwortt von Im bekommen.

Die rechtzeitig erfolgte Absage wurde schließlich durch mehrere Zeugenaussagen untermauert.⁸⁵¹ Dieser Punkt wurde besonders betont, wohl um den Herzog ins rechte

Item nach dem daz sich der obgenannt unser vetter herczog Ludwig der egenannten unser stat underwunden hat von seiner ermanung wegen, des er sich doch gen uns noch dem benannten herczog Ludwigen nye verantwortten wold, dar nach hat er uns empoten, die weil wir vor kling lagen, wie das unser lieber herre und frewndt der Erczbischove zu Salczburg ettliche seiner Soldner und gesellen wolt reyten lassen wollten wir die haben, So wolt er uns die bestellen.

Item also schickten wir zu Im Wilhalm Torringer sienen Bruder und Otten den Granns, und dieselben gesellen zu bestellen, des er sich auch alzo zetunden verfieng und da die alzo aufgenommen und von unsern wegen wörzaichen gegeben würden zu uns ze reyten, darmit Sy durch unser lannd und Fürtt gelassen würden, und da Sy zu Im chamen, da schicket er Sy hin gen wasserburg zu unsern veinden die pracht er mit solicher untrew und listickait durch unser lannd und fürtt, wänn Sy sunst dahin nicht möchten komen sein.

Item auch sein unser veind zu Törring bey tag und bey nacht auß und ein zü und von Im geritten und daz alles was obgeschriben ist hat er alles wider uns getan unuersorgerding und hat uns noch nye abgesagt.

Item auch ist uns offft und dick große chlag uber In chomen von lehenschafft wegen Alzo wie das er manigen von seinem vaterlichen und mütterlichen Erbe mit gewalt und on Recht gedrungen hat und wir dar Inn angeruffen sein als ein lanndes Fürst, daz under zukömen, daz wir alles in güte haben ansteen lassen.

Item so haben wir Im in allen sachen und zusprüchen die ER zu uns maint ze haben eyns Rechtens gebotten ze sein, vor unsern Räten nach alter gewöhnait und Freyhait unsers hauß von Bayern die bestet sein von manigen Römischen künigen, da er sich auch nicht angekert Sunder uns und die unsern swärlich beschediget hat.

Item so hat er den von köln Saczpurg, passaw, Prag etc. einen grossen Straß Rawb und nam getan in unserm lannde auff freyer straßen des Rachs unuerstogt und unbemort, darumb wir auch offft von In angerufft sein worden etc. alz daz den von köln wol wissenlich ist, der selb straß Rawb hat getroffen mer dann XIII. gulden.

Item so haben wir auch grössern und merern gelimpfen in den sachen gesücht und Im mit sienen frewnden empotten, wie daz wir umb all zusprüche die wir dann zü Im haben ein Recht vor seinem herren denm Erczbischove von Salczburg nehmen wölten für dem Er doch schuldig zw dem Recht wer zu stehen, nach briefen die sein Een und vorfodern dem egenanten unserm leiben herren und frewnde dem von Salczburg und seinem stiftt über sich gegeben haben der Erb ER auch besessen hat, daz er alles auch abgeschlagen hat.

Item umb söliche grosse unpilliche und manigfeldige beswörung und schaden, die er uns und den unsern getan und zugezogen hat, und von grösser anruffung der unns von kuniglichs gebots und von solichs Recht pietens zu geben und zu nehmen abschlahung, darczu von andern unser grosser notdorfft wegen, So haben wir In nach redlicher absagung uberzogen und Im sein haus angewunnen und wissen nicht anders, dann daz wir daz mit got und mit Eren getan haben. Des zu erkenntniß der warhait haben wir obgenanter herczog heinrich unser Insigl zu end diser schrifft drücken haïßen. Geben zu Burghusen an sand Ullreichs tag 1424.“

⁸⁵¹ Vgl. zur Bedeutung der Absage REINLE, Bauernfehden, S. 252-255. Vgl. ENGLBRECHT, Drei Rosen, S: 83: Der Schreiber Georg Stal schwor, den Absagebrief des Herzogs selbst verfasst zu haben, der anschließend von einem Boten am rechten Ort abgegeben worden sei. Auch die Städte Burghausen, Reichenhall, Neuötting und Braunau, die offensichtlich selbst an der Erstürmung der Burg beteiligt gewesen waren, bezeugten, dass der Herzog die Form eingehalten und Törring rechtzeitig abgesagt hatte. Vgl. TÖPFER, Oberstjägermeisteramt, S. 45: In diesem Sinne haben sich auch mehrere Adelige (Alban Closen, Kaspar Risler, Georg Eberspeck, Thoman Seyboldsdorfer, Jobst Leuprechtlinger, Hans Teymminger, Hans Tättenbeck, Jörg Tal) ausgesprochen, die selbst Freischöffen des Gerichts waren und laut Töpfer zu den Mittätern Heinrichs XVI. bei seinem Überfall auf den Ingolstädter Herzog auf dem Konstanzer Konzil gehörten, vgl. TÖPFER, Oberstjägermeisteramt, S. 45; FREYBERG, Vehmgerichtsprozeß, S. 237. Vgl. dazu auch StA München Törring-Jettenbach U 209, wo mehrere Freischöffen im Juni 1424 erneut die rechtzeitige Absage des Herzogs anerkannten. Kurz darauf bestätigte dies auch der Salzburger Erzbischof nach einer Anhörung von Herzog Heinrichs XVI. Räten,

Licht zu setzen und keinerlei Zweifel an der Legitimität seines Verhaltens aufkommen zu lassen, schließlich schrieb die Fehde die Einhaltung bestimmter Formen vor. Daneben wurde die Konspiration mit den Feinden des Landshuter Herzogs als Hauptvergehen Törrings hervorgehoben. Die Verteidigung zielte offensichtlich darauf ab, Kaspar Törring wegen Verrats am Herzog als seinen Lehensherr bloß zu stellen, dem er durch seinen Vasalleneid zur Treue verpflichtet war. Der Bruch des Eides konnte prinzipiell als Rechtfertigungsgrund für den Entzug aller Lehen dienen. Heinrichs XVI. gewaltsames Vorgehen gegen Törring mit der Zerstörung seiner Burg und die Beschlagnahmung seiner Besitzungen gewann dadurch nach außen hin an Legitimität, hinter der der eigentliche Auslöser des Streites verblassen sollte, denn der Landshuter Herzog hatte selbst gegen das Lehensrecht verstoßen, als er Törring das Erbjägermeisteramt entzogen hatte.⁸⁵²

Insgesamt reichten die vorgelegten Beweise beider Parteien nicht für ein endgültiges Urteil aus, da die Entscheidung auf einen weiteren Gerichtstermin am 11. November in Kassel bzw. auf den 14. November zu Sachsenhausen vertagt wurde. Kaspar Törring beging jedoch den Fehler, beide Male weder zu erscheinen noch sich vertreten zu lassen. Trotz des garantierten sicheren Geleits fürchtete er offensichtlich um sein Leben.⁸⁵³ Heinrich XVI. der Reiche wurde daraufhin am 14. November 1424 von aller Anklage frei gesprochen.⁸⁵⁴

Der Landshuter Herzog hatte inzwischen wohl erkannt, dass die Westfälische Feme auch für ihn ein probates Mittel sein konnte, tat sich doch die Möglichkeit auf, den unliebsamen Streit mit Törring ein für alle Mal auf rechtsgültigem Wege zu beenden. Heinrich der Reiche gab sich daher mit seinem Freispruch keineswegs zufrieden, sondern instrumentalisierte mit einer Gegenklage wegen Verletzung seiner Ehre die Westfälischen Freigerichte erfolgreich für seine Zwecke.⁸⁵⁵ Bis 1429 sollte Klage auf Gegenklage folgen.

vgl. StA München Törring-Jettenbach U 211; StA München Törring-Seefeld Lit. A 3, Nr. 47. Des Weiteren bestätigten Passauer Bürger, dass Kaspar Törring vor längerer Zeit Kaufleute auf der Salzach bei Reitenhaslach überfallen und deren Gut nach Törring gebracht habe, vgl. StA München Törring-Jettenbach U 216.

⁸⁵² Vgl. ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 83.

⁸⁵³ Vgl. TÖPFER, Oberstjägermeisteramt, S. 46f.

⁸⁵⁴ Vgl. StA München Törring-Jettenbach U 216.

⁸⁵⁵ Vgl. StA München Törring-Jettenbach U 217, gedruckt bei FREYBERG, Vehmgerichtsprozeß, S. 240-244; ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 84.

Törring bat den König in Wien um Hilfe wegen des ungerecht empfundenen Urteils und warf den Freistühlen unter anderem Bestechlichkeit vor.⁸⁵⁶ Dort fand er allerdings weniger im König als in Ludwig VII. von Bayern-Ingolstadt einen Verbündeten und Finanzier. Am 28. Februar 1425 waren beide übereingekommen, dass Törring seine Streitsache weiterverfolgen und als Hauptmann der Aichacher Einung nun auch im Namen Herzog Ludwigs VII. des Bärtigen wegen des Konstanzer Überfalls gegen Heinrich den Reichen klagen sollte,⁸⁵⁷ wofür ihm der Ingolstädter Beistand und finanzielle Hilfe im Form eines Vorschusses von 200 fl. ungr. zusicherte.⁸⁵⁸ Am 18. Juni 1425 erschien daraufhin Törring vor dem Freistuhl zu Dortmund, wo ihn König Sigmund hinverwiesen hatte, und verklagte abermals den Landshuter Herzog. Der Freistuhl erkannte die Klage wiederholt als femrührig an, bat jedoch den König selbst das Urteil zu fällen, da die Kläger „groß und fern gesessen“ seien.⁸⁵⁹ Währenddessen bewirkte der Vertreter des Landshuter Herzogs, Landgraf Friedrich von Hessen, am 11. April 1426 vor dem Freistuhl zu Freienhagen die Verfemung Törrings.⁸⁶⁰ Die Urteilsvollstreckung wurde jedoch durch das Eingreifen des Königs verhindert, der angesichts der Hussitenkriege am 20. Juni 1426 Erzbischof Dietrich von Köln mit einer Entscheidung zwischen den zerstrittenen Parteien beauftragte, um endlich Frieden zu schaffen. Auf dem am 16. Dezember 1426 zu Bonn festgesetzten Gerichtstag erschien jedoch nur Kaspar Törring.⁸⁶¹ Heinrich XVI. der Reiche ließ sich durch Baruther damit entschuldigen, dass ihm der Weg zu weit und die Feindschaft inzwischen zu groß geworden sei. Er solle daher besser freigesprochen und Törring angesichts seiner bereits bestehenden Verfemung zur Bezahlung der Kosten verurteilt werden.⁸⁶² Am 5. Februar 1427 wandte sich Törring daraufhin erfolgreich an den Freistuhl zu Bodelschwingh unter dem Vorsitz Freigraf Konrads von Lindenhorst⁸⁶³ und erwirkte

⁸⁵⁶ Vgl. FREYBERG, Vehmgerichtsprozeß, S. 246; ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 85.

⁸⁵⁷ Vgl. StA München Törring-Jettenbach U 221; StA München Törring-Seefeld Lit. A 3, Nr. 48.

⁸⁵⁸ Vgl. StA München Törring-Jettenbach U 229; ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 85.

⁸⁵⁹ ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 85.

⁸⁶⁰ Vgl. StA München Törring-Jettenbach U 232, gedruckt bei FREYBERG, Vehmgerichtsprozeß, S. 249-250.

⁸⁶¹ Vgl. StA München Törring-Jettenbach U 236.

⁸⁶² Vgl. ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 88.

⁸⁶³ Vgl. StA Törring-Jettenbach U 237.

am 20. Juni 1427 die endgültige Verfehmung Heinrichs XVI.,⁸⁶⁴ die zwei Jahre später am 20. Juni 1429 erneut bestätigt wurde.⁸⁶⁵ Am 5. Oktober 1429 wurde der König zur Urteilsvollstreckung aufgefordert. Sigmund, der lange die Femgerichte unterstützt hatte, war inzwischen erzürnt über den Machtanspruch der Freistühle, die selbst vor den Fürsten des Reiches nicht mehr halt machten. Er forderte daher die Rücknahme des Urteilsspruches und kündigte auch dem Ingolstädter Ludwig VII. dem Bärtigen als Anstifter der Verfehmung Heinrichs XVI. des Reichen den Frieden auf. Nach einer neuerlichen Untersuchung des gesamten Streitfalls durch den Freigrafen Adolf von Jülich im Auftrag des Königs wurde schließlich am 17. Juli 1430 die Verfehmung des Landshuter Herzogs auf Grund eines Formfehlers annulliert.⁸⁶⁶

Ob Kaspar Törring davon noch erfahren hat, ist ungewiss, da er zwischen dem 20. Juni und 18. August 1429, wahrscheinlich noch vor seiner Heimkehr nach Bayern, den Tod fand. Einer Sage nach wurde er im Kölner Dom während eines Gebetes um eine gute Heimkehr im Auftrag des Landshuter Herzogs von bezahlten Mördern erstochen und vor Ort von Barfüßer-Mönchen begraben.⁸⁶⁷ Der langjährige, erbitterte Streit Kaspar Törrings mit Heinrich XVI. dem Reichen hatte auf diese Weise sein Ende gefunden.

Nachdem die Verfehmung aufgehoben worden war, sah sich der Landshuter Herzog jedoch mit einem Großteil der verärgerten Freigrafen und seinem Erzfeind Ludwig VII. dem Bärtigen als neuen Kläger konfrontiert. Am 19. Januar 1434 wurde er vor dem Freistuhl zu Villigst von 18 Freigrafen und 800 Freischöffen ein zweites Mal wegen des Konstanzer Überfalls auf den Ingolstädter und der Zerstörung der Törring'schen Burg verfehmt.⁸⁶⁸ Obwohl den Freistühlen die Kraft zur Vollstreckung des Urteils fehlte, lenkte Heinrich der Reiche in der folgenden Zeit ein und war schließlich zu einem Vergleich bereit, jedoch nicht ohne zuvor noch den Törring'schen Untertanen für gutes Geld das Erbrecht auf ihren Gütern zu verkaufen.⁸⁶⁹

⁸⁶⁴ Vgl. StA Törring-Jettenbach U 239; TÖPFER, Oberstjägermeisteramt, S. 53: Die ursprüngliche Verfehmung Törrings durch Curd Rube, der zwischenzeitlich als unrechtmäßiger Freigraf ins Zwielficht geraten war, wurde als „Ungericht“ aufgehoben.

⁸⁶⁵ Vgl. StA Törring-Jettenbach U 252.

⁸⁶⁶ Vgl. ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 93-96.

⁸⁶⁷ Vgl. ENGLBRECHT, Drei Rosen, S. 96: Sein Leichnam ist verschollen.

⁸⁶⁸ Vgl. FREYBERG, Vehmgerichtsprozeß, S. 353f.

Am 3. Mai 1434 erschien Kaspar Törrings Sohn Georg, der von seinem Vater kaum mehr als einen Schuldenberg geerbt hatte, vor Herzog Heinrich XVI. zu Burghausen, bat um Gnade und musste für sich und seine Erben und Nachkommen den Verzicht auf das Erbjägermeisteramt leisten. Daneben bestanden als zentrale Forderungen des Herzogs, die Burg Törring nie wieder aufzubauen, sondern sein Haus in Bayern zu nehmen und dem Herzog zu huldigen, wie es sich für einen Ritter seines Landes gehörte. Nachdem Georg auch im Namen seiner Mutter Dorothea auf eine Klage gegen den Herzog verzichtet hatte, erhielt er seine Güter zurück und fand zusammen mit seiner Mutter Unterkunft bei Wilhelm Törring zu Tüßling auf Schloß Pertenstein.⁸⁷⁰

Herzog Heinrich XVI. belehnte unmittelbar nach dem Verzicht Georg Törrings die niederadligen Toblheimer mit dem Erbjägermeisteramt in Niederbayern⁸⁷¹ und tat damit seine landesherrliche Macht kund, den eigenwilligen höheren Landherrenadel durch den dienstwilligen und fügsameren niederen Adel in den Ämtern zu ersetzen.

Die langjährigen Streithändel Heinrichs XVI. des Reichen von Bayern-Landshut mit dem niederbayerischen Erbjägermeister Kaspar Törring zu Törring entsprangen grundsätzlich dem Bemühen des Herzogs um eine Stärkung seiner landesherrlichen Gewalt gegenüber dem Adel als Herrschaftsträger im Land. Gerade im Falle Kaspar Törrings sind die Bestrebungen des niederbayerischen Herzogs zu beobachten, einen auf gleicher Stufe mit dem Landesherrn stehenden adeligen Inhaber autonomer Herrschaftsrechte durch gewaltsamen Entzug von Herrschafts- und Besitzrechten unter Reaktivierung des Lehens- und Fehderechts verbunden mit einer rechtsverweigernden Haltung aus dieser Position zurückzudrängen. Seit Beginn des 15. Jahrhunderts ist

⁸⁶⁹ Vgl. REINDEL-SCHEDL, Laufen, S. 303f, Anm. 143: Der Herzog gab 1425/26 13 Güter aus Törrings Besitz zu Erbrecht.

⁸⁷⁰ Vgl. StA Törring-Jettenbach U 284; FREYBERG, Vehmgerichtsprozeß, S. 311-313; REINDEL-SCHEDL, Laufen, S. 304: Über die Vergabe seiner Lehen konnte Georg Törring erst nach dem Tode Wilhelm Törrings zu Tüßling und dessen gleichnamigen Sohn 1453 selbstständig verfügen, als er Tüßling geerbt hatte. Die Schulden seines Vaters zwangen ihn viele seiner Besitzungen zu verkaufen, darunter 1440 den Zoll zu Mauthausen und 1448 den Marktzoll zu Reichenhall. Bis 1441 stand Georg in Diensten des Salzburger Erzbischofs. Seit 1443 gehörte er zu den Räten Heinrichs XVI. und seines Sohnes Ludwigs des Reichen. Mit seinem Tod im Jahre 1458 erlosch die Linie Törring zu Törring im Mannesstamm.

⁸⁷¹ Vgl. zu den in der Nähe von Burghausen in Haiming an der Salzach gesessenen Toblheimern FREYBERG, Hundt's bayerisch Stammenbuch dritter Theil, S. 693-695; OW, Urkundenregesten. Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 96: Das Jägermeisteramt „ist im übrigen immer ein spezifisch niederadeliges Amt gewesen“.

allgemein eine staatliche Intensivierung in Bayern erkennbar, die in allen wittelsbachischen Territorien „in auffällig gleichförmigen Bahnen“ verlief.⁸⁷² Die landesherrschaftliche Politik konzentrierte sich auf Erweiterung der territorialen Einflussphäre und Intensivierung bereits erworbener Herrschaftsmacht.⁸⁷³ Dem Expansionsdrang der Landesherrn standen dabei die gleichgerichteten Bestrebungen der konkurrierenden Herrschaftsträger (Adel, Städte) im Wege, was zahlreiche Konflikte und Fehden zur Folge hatte. Auf ihrem Weg zu eigenständigen Staaten „waren die meisten der zahllosen Prozesse, mit denen sich die Teilfürsten, ..., zeitlebens beschäftigten, und die meisten der Klagen über Bedrückungen, Übergriffe, Beschwerden mit Steuern, Gerichten, Scharwerk, Nachtselden usw. ein Ergebnis der Betriebsamkeit, mit welcher der werdende Territorialstaat seine Form und seine Grenzen suchte. Das rückwärtsgewandte, dem Herkommen verpflichtete Bewußtsein der Zeitgenossen mußte darin naturgemäß eher Gewaltsamkeit, Rechtsbruch, Verfall der alten Ordnung sehen.“⁸⁷⁴ Landesherrliche Herrschaftsintensivierung durch stärkere Integration der Herrschaftsträger in den werdenden Territorialstaat führte zwangsweise zur Kollision, zum Streit um Herrschaftsrechte und deren Durchsetzung. Das langjährige Ringen Kaspar Törrings zu Törring mit dem Landshuter Herzog um seine Hoheitsrechte als Erbjägermeister ist Ausdruck dieses Staatswerdungsprozesses in Bayern-Landshut.

Angeichts dieses Konfliktpotentials zwischen Herzog und Adel kam der Rechtssprechung im Land, dem Herzogsgericht, besondere Bedeutung in der Friedenssicherung zu. Die rechtsverweigernde Haltung Heinrichs XVI. zeigte jedoch, auf welcher einfachen Weise diese Instanz zu blockieren war. Als Ausweg blieb also nur die Appellation an den König. Törrings vergebliche Versuche, auf diese Weise zu seinem Recht zu gelangen, führten jedoch nur allzu deutlich das Versagen König Sigmunds in der Friedenswahrung vor Augen. Der Ausfall des Königsgerichtes zwang schließlich den bayerischen Adel samt den Kommunen zum Schutz ihrer Rechte vor den landesherrlichen Übergriffen zur Selbsthilfe in Form des Einungswesens. Die Gründung des Bayerischen Adelsbundes 1416 war Ausdruck dieser über die Grenzen

⁸⁷² STÖRMER, Innere Konsolidierung, S. 193. Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 278.

⁸⁷³ Vgl. WILLOWEIT, Territorialstaat, Sp. 148; WILLOWEIT, Entwicklung der Landesherrschaft, S. 71-79.

⁸⁷⁴ STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 282.

der Teilherzogtümer hinweg in Bayern empfundenen allgemeinen Bedrohung durch die wittelsbachischen Herzöge. Der Adel verfolgte dabei seine eigenen Ziele. Die Organisation des Bundes mit eigenem landständischen Schiedsgericht zeigte, dass der Adel im Namen der Landschaft gewillt war, selbst die Friedenswahrung im Land zu übernehmen, wodurch sich die Chance auf eine neue Machtposition gegenüber den Herzögen auftat. Diese ehrgeizigen Ambitionen gerieten in der ersten Krisensituation ins Wanken, als Ludwig VII. der Bärtige von Bayern-Ingolstadt 1420 dem Bündnis beitrug und der Bayerische Krieg ausbrach. Plötzlich vor die Wahl zwischen Einung und Landesherr gestellt überwogen die individuellen Interessen der Adligen gegenüber der allgemeinen Zielsetzung der Landfriedenswahrung, wodurch die Ausbildung einer Adelsfronde verhindert und die Auflösung der Aichacher Einung eingeleitet wurde. Der Adelsbund, der wohl nie über den Status eines reinen Defensivbündnisses hinaus kam, hatte sich als eigene Instanz, als dritte Kraft zwischen den rivalisierenden Herzögen nicht behaupten können. Daran änderte auch die reichsrechtliche Sanktion des Einungsrechtes der Ritterschaft durch König Sigmund 1422 nichts mehr. Kaspar Törring bekam dies mit der Schleifung seiner Burg 1421 durch Herzog Heinrich XVI. den Reichen am eigenen Leib zu spüren. Sein Streit mit dem Landshuter Herzog war längst zu einem „überregionalem Thema“ geworden,⁸⁷⁵ das nicht nur König Sigmund, sondern auch die Westfälischen Femgerichte beschäftigte. Kaspar Törring starb 1429 hoch verschuldet und ohne die Restitution seiner Rechte je wiedererlangt zu haben. Mit dem endgültigen Verzicht seiner Familie 1434 auf das Erbjägermeisteramt hatte Heinrich XVI. von Bayern-Landshut sein Ziel erreicht, eine der mächtigsten Adelsfamilien des Landes aus ihren traditionellen Herrschaftsrechten zurückzudrängen.

⁸⁷⁵ WEFERS, Politisches System, S. 71.

V. Die Integration des Adels in das Regierungssystem Herzog Heinrichs XVI. des Reichen im Zuge landesherrschaftlicher Konsolidierung (1430-1450)

Der Konflikt Heinrichs XVI. des Reichen mit Kaspar Törring zu Törring hatte seinen eigentlichen Ursprung in der aus dem Expansionsdrang resultierenden Konkurrenzsituation zwischen Herzog und Adel, in ihrer Rivalität um Herrschaft, um Macht über Land und Leute. Das tragische Ende Törrings, der Zeit seines Lebens vergeblich auf die Restitution seiner Rechte gehofft hatte, ließ jedoch nur allzu deutlich die Machtüberlegenheit des Landshuter Herzogs aufscheinen, für den weder der einzelne Adelige noch Adelsbündnisse und Einungen einen ernsthaften Gegner mehr darstellten. Andererseits mussten die Zeit und Kraft raubenden Auseinandersetzungen mit Törring dem Herzog aber auch vor Augen führen, dass die Zukunft eine umsichtige Politik erforderte, die es vermochte, den Adel dauerhaft der fürstlichen Autorität zu unterwerfen und ihn in das Land einzubinden, ohne es darüber fortwährend zu ausufernden Konflikten kommen zu lassen. Unter Heinrich XVI. dem Reichen scheint für dieses Problem in der Tat eine Lösung gefunden worden zu sein. Während das Münchner Herzogtum noch Ende des 15. Jahrhunderts mit der im Böckler- bzw. Löwlerbund zusammengeschlossenen Straubinger Ritterschaft heftige Kämpfe auszutragen hatte, blieb das Landshuter Herzogtum bereits seit den 30er Jahren und weit über den Tod Heinrichs des Reichen im Jahre 1450 hinaus von Land und Herrschaft gleichermaßen erschütternden Zusammenstößen mit dem Adel verschont. Es ist daher die Frage nach der Integration des landsässigen Adels in den werdenden Territorialstaat Bayern-Landshut zu stellen, mit der die Konsolidierung der Landesherrschaft Heinrichs XVI. des Reichen in den letzten beiden Jahrzehnten seiner Regierung einher ging. Die landesherrliche Neuorganisation des Staatswesens, vor allem in den Bereichen Rechtssprechung und Landesverteidigung, stellte dabei die zentralen Weichen, um die Kräfte des Adels in für den Herzog nutz- und kontrollierbare Bahnen zu lenken.

1. Herzog und Adel im Hofgericht

Ein Zeichen sowohl wachsender Herrschaftsintensivierung als auch administrativer Erfassung des entstehenden Staatsgebietes sind die seit 1427 im Landshuter Herzogtum nachweisbaren Gerichtsbriefe des herzoglichen Hofgerichts. Sie sind das Resultat intensiver Bemühungen des Herzogs um eine Institutionalisierung und Zentralisierung des Hofgerichts als oberster Gerichts- und Berufungsinstanz im Land. Schon seit 1410/20 hatte Heinrich XVI. der Reiche im Hinblick auf eine größere Effizienz den systematischen Ausbau der Landesadministration in seinem Herzogtum vorangetrieben.⁸⁷⁶ Auf der Basis vorhandener, aber ineffektiv gewordener Verwaltungsstrukturen erfolgte die Neuorganisation und –strukturierung des Landes über eine Neuordnung der Stützen der Landesherrschaft, Finanz-, Lehen- und Gerichtswesen.⁸⁷⁷ Seit Zieglers Studie über den Staatshaushalt Bayerns ist allgemein bekannt, dass es die Leistung Heinrichs XVI. des Reichen war, in seinem Herzogtum ein ganzes Verwaltungssystem „zentral geschaffen“ und dadurch sein Land entschuldet zu haben.⁸⁷⁸

In direktem Zusammenhang damit ist zu beobachten, wie sich das Hofgericht im Landshuter Herzogtum um 1430 als selbstständige Institution organisatorisch verfestigte: Am 22. Oktober 1427 erklärte Wilhelm Fraunhofer, Hofmeister Herzog Heinrichs des Reichen, dass er im Streit des Probstes von St. Zeno mit Andre und Wilhelm Fröschl „an dem hofrechten sas“.⁸⁷⁹ Es handelt sich dabei um den frühesten

⁸⁷⁶ Vgl. ETTELT-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. I, S. 250; ZIEGLER, Staatshaushalt, S. 48, 258f. Vgl. SCHÖNEWALD, Herzog Ludwig der Reiche, S. 10: „Heinrich gilt als der Innenpolitiker der niederbayerischen Linie“.

⁸⁷⁷ Vgl. ETTELT-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. I, S. 250f. Zur Verwaltungsorganisation und den einzelnen Elementen des landesherrlichen Regiments Heinrichs XVI. des Reichen vgl. ETTELT-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche; ZIEGLER, Staatshaushalt; RILLING, Studien, S. 166-182.

⁸⁷⁸ ZIEGLER, Staatshaushalt, S. 258. Vgl. RILLING, Studien, S. 171-178, 191: Die sogenannte Kaplan-Erzählung Aventins, wonach Heinrich der Reiche während seines Preußenzugs dem Deutschen Orden gegen Polen zu Hilfe einem Priester die Regierung in Bayern-Landshut überlassen und der dann in seiner Abwesenheit das Herzogtum entschuldet, saniert und damit den Reichtum Bayern-Landshuts begründet habe, vgl. LEXER, Aventinus, S. 540, gilt heute weitgehend als Fabel. Rilling vermutet jedoch, dass sich hinter diesem Priester, dessen Namen Aventin verschwie, entweder der Berchtesgadener Propst Ulrich Wulp, ein Vertrauter Herzog Friedrichs von Bayern-Landshut, verbarg oder der Niederländer Abain von Kortenbach, Landkomtur des Deutschordens zu Maastricht und 1424 Verweser im Straubinger Herzogtum. Auf deren Einfluss hin könnten laut Rilling möglicherweise die Neuerungen in der Verwaltungsorganisation zurückgeführt werden, wie sie seit den 20er Jahren des 15. Jahrhunderts in Bayern-Landshut deutlich wurden.

⁸⁷⁹ BayHStA St. Zeno 1427 Okt. 22.

Beleg für ein Hofgericht im Landshuter Herzogtum, dessen Urteil schriftlich fixiert wurde.⁸⁸⁰ Am 23. April 1429 erklärte der Weinschenk Georg Closen zu Gern, dass er „das hofrecht zu Burghausen besass und den stab in der hand hete“.⁸⁸¹ Ein Jahr später ist lediglich die Rede davon, dass Kläger und Angeklagter vor den Räten „für uns in gerichtz weise komen sein“.⁸⁸² Ab 1431 taucht dann der terminus technicus „Hofgericht“ in den Gerichtsbriefen regelmäßig auf, ebenso wie ein gewisser Formalisierungsgrad in der Verfahrenspraxis des Hofgerichts erreicht war.

Der Wille zur festen Etablierung der Hofgerichtsbarkeit im Landshuter Herzogtum entsprang vermutlich der herzoglichen Intention, mit zunehmender Kontrolle der Gerichtsbarkeit ein wichtiges Instrument zur Herrschaftskonzentration in den Händen zu halten. Mit dem Hofgericht war eine oberste Gerichtsinstanz geschaffen worden, die sich um die Überprüfung der Appellationen der Untergerichte zu kümmern hatte. Damit war nicht nur ein Instanzenzug festgelegt, sondern durch die staatsrechtliche Überordnung auch ein „Zentralitätsgewinn für die Herrschaft“ verbunden.⁸⁸³ Das gesamte Gerichtswesen wurde auf die fürstliche Gerichtsbarkeit im Hofgericht zentriert. Nicht ohne Einfluss dürften auch die unangenehmen Erfahrungen Heinrichs XVI. des Reichen mit den Westfälischen Femgerichten gewesen sein, die ihm die Notwendigkeit einer eigenen, gut funktionierenden Gerichtsbarkeit im Herzogtum vor Augen hielten. Als königliche Gerichte, die vom Reich zu Lehen gingen, wurden die Femgerichte oftmals von den Königen zur Stärkung der zentralen Gerichtsgewalt des Reiches instrumentalisiert, was sich notgedrungen kontraproduktiv auf die landesherrliche Gerichtsbarkeit auswirken musste. Da gerade unter König Sigmund die Femgerichte bis Ende der 20er Jahre des 15. Jahrhunderts gefördert wurden, ist sicher anzunehmen, dass Heinrich der Reiche mit dem Ausbau der landesherrlichen Gerichtshoheit auch eine größere Unabhängigkeit von den Reichsorganen in der Rechtssprechung erreichen wollte.⁸⁸⁴ Dies setzte allerdings eine dem allgemeinen Bedürfnis nach Rechtssicherheit und Schutz vor Rechtsverzögerung nachkommende Jurisdiktion im Herzogtum voraus.

⁸⁸⁰ In Abgrenzung zu Schiedsgerichtsverfahren wurden im Folgenden nur Gerichtsbriefe berücksichtigt, in denen der Terminus „Hofgericht“ bzw. „Hofrecht“ oder „in gerichtz weise“ erscheint.

⁸⁸¹ BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 548.

⁸⁸² BayHStA Kurbayern 21672.

⁸⁸³ SCHUBERT, Fürstliche Herrschaft, S. 70.

⁸⁸⁴ Vgl. SCHLOSSER, Zivilprozess, S. 26-35; ETTTEL-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. I, S. 281.

Die Intensivierung der landesherrlichen Gerichtsbarkeit unter Heinrich XVI. dem Reichen, die sich vor allem auch gegen das althergebrachte Rechtsmittel der Fehde wandte, zeigt, dass dem Landfriedenswesen eine neue Grundlage verschafft werden sollte, um wiederum die Friedensgewalt des Herzogs stärker zur Geltung zu bringen. An die Stelle der Fehde sollte eine „Friedens- und Rechtsgarantie von Herrschafts wegen“ treten,⁸⁸⁵ die gerade den Adel in ein fest gefügtes, auf den Landesherrn zentriertes Rechtssystem zwingen musste, - ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Integration des Adels und seiner Herrschaftsrechte in das neue Staatswesen.

Dem Grundsatz der Ebenbürtigkeit vor Gericht folgend war das Hofgericht spätestens seit der Ottonischen Handfeste von 1311 das Standesgericht des Adels, teilweise auch der Geistlichkeit, in straf- und zivilrechtlichen Angelegenheiten (mit Ausnahme von Liegenschaftsprozessen).⁸⁸⁶ In seinen Zuständigkeitsbereich fielen außerdem privatrechtliche Klagen gegen den Herzog und seine Amtleute. Das Hofgericht hatte sich aus herzoglichem Lehengericht und Hofgericht im engeren Sinne, das ursprünglich nur für die Herzogsfamilie und das Hofgesinde zuständig war, entwickelt.⁸⁸⁷ Außer dem Adel besaßen daher der Herzog selbst, die herzoglichen Räte und seine Diener und Beamten den privilegierten Gerichtsstand vor dem Hofgericht, deren strittige Erbangelegenheiten, Schulden, Besitzrechte, Grenzstreitigkeiten oder Lehen dort verhandelt wurden.⁸⁸⁸ Mit seiner besonderen Zuständigkeit für die Belange des Adels bot gerade das Hofgericht gute Voraussetzungen zu einem Instrument der Expansion landesherrlicher Interessen zu werden. Auf der Ebene der Landgerichte war dies auf Grund der in der Ottonischen Handfeste festgelegten Abgrenzung von Hoch- und Niedergericht nur schwer möglich. Den Adeligen war die eigenständige Ausübung der Niedergerichtsbarkeit über ihre Hintersassen mit Ausnahme der drei Blutgerichtsfälle (Diebstahl, Totschlag, Notzucht) und der Streitigkeiten um Grund und Boden in ihren geschlossenen Besitzungen garantiert worden. Die sich ursprünglich allein auf die unmittelbar zum Adelssitz gehörenden Grundstücke und Gebäude erstreckende Jurisdiktionsgewalt des Adels dehnte sich im Laufe des 15. Jahrhunderts nach und nach

⁸⁸⁵ VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 604.

⁸⁸⁶ Vgl. SCHLOSSER, Zivilprozess, S. 80f; VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 606.

⁸⁸⁷ Vgl. LIEBERICH, Grundbegriffe, S. 686.

⁸⁸⁸ Vgl. SCHLOSSER, Zivilprozess, S. 80-86; ETTTEL-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. I, S. 243.

auf sämtliche im Umkreis gelegenen und seiner Grundherrschaft unterstellten Güter aus.⁸⁸⁹ Diese sogenannten Hofmarken des Adels waren bis auf die Hochgerichtsfälle dem Zugriff der herzoglichen Gerichtshoheit entzogen und durchlöcherten als „Enklaven den inneren Zusammenhang des wittelsbachischen Landesstaates“.⁸⁹⁰

a) Organisation und Besetzung des Hofgerichts

Um den Anteil der landesherrlichen Hofgerichtsbarkeit an der Inkorporation des Adels in das entstehende Staatsgefüge erfassen zu können, ist eine genauere Betrachtung auf institutionell-organisatorischer Ebene notwendig: Eine feste Terminierung wie in Bayern-München, wo das Hofgericht seit 1432 regelmäßig vier Mal im Jahr an bestimmten Kalendertagen zusammentrat (Quatember- bzw. Quartalgericht),⁸⁹¹ kannte das Landshuter Hofgericht zunächst nicht, sondern wurde je nach Bedarf im Namen und auf Anweisung des Herzogs hin vom Vorsitzenden einberufen.⁸⁹² In der Mehrzahl der erhaltenen Gerichtsbriefe fehlen entsprechende Angaben über den Ausstellungsort. Da das Gericht nachweislich mehrmals in Landshut, gelegentlich auch in Burghausen zusammentrat, ist jedoch anzunehmen, dass es dem Hof des Herzogs folgte.⁸⁹³ Die Frage nach der Häufigkeit der Sitzungen kann nur bedingt beantwortet werden, da Gerichtsbriefe nur auf Antrag der Parteien ausgegeben wurden. Ein Teil der Prozesse ist daher möglicherweise nicht überliefert.⁸⁹⁴ Eine rege Gerichtstätigkeit lässt sich dennoch

⁸⁸⁹ Vgl. zur Entwicklung der Hofmarksgerichtsbarkeit SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 22-25.

⁸⁹⁰ SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 21.

⁸⁹¹ Vgl. ROSENTHAL, Gerichtswesen, S. 150; ANDRIAN-WERBURG, Urkundenwesen, S. 156.

⁸⁹² Vgl. ROSENTHAL, Gerichtswesen, S. 150; KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. VII, S. 509: Erst 1474 wurde durch die Landesordnung Ludwigs des Reichen auch in Bayern-Landshut die Abhaltung der Hofgerichte zu vier festen Terminen im Jahr (nach St. Antonientag am 17. Januar, nach dem Sonntag Misericordia Domini, nach St. Lorentztag am 10. August und nach St. Martinstag am 11. November) eingeführt.

⁸⁹³ Vgl. ROSENTHAL, Gerichtswesen, S. 152f: Erst seit der Landesordnung von 1501 war Landshut fester Sitz des Hofgerichts.

⁸⁹⁴ Vgl. LIEBERICH, Hofgerichtsprotokolle, S. 11.

in den Jahren 1434⁸⁹⁵, 1435⁸⁹⁶, 1437⁸⁹⁷ und 1439⁸⁹⁸ beobachten, wo das Hofgericht zwischen sechs und zehn Mal tagte. Dabei muss es sich allerdings nicht um ein rein überlieferungsgeschichtlich bedingtes Phänomen handeln. Nachdem 1434 König Sigmund mit seinen ständischen Einigungsbestrebungen zur Stärkung der königlichen Friedensgewalt im Reich gescheitert war, blieb die Landfriedenswahrung auch unter seinen Nachfolgern Albrecht II. und Friedrich III. immer mehr den ordentlichen Gerichten in den Territorien überlassen.⁸⁹⁹ Im Zuge dieses allgemein stärkeren Hervortretens der territorialen Gerichtsbarkeit intensivierte sich wahrscheinlich auch die landesherrliche Rechtssprechung im Landshuter Hofgericht.

Der Hofgerichtsprozess an sich folgte bestimmten Regeln. Der mündlich geführte Prozess wurde vom Vorsitzenden als „frager“ eröffnet.⁹⁰⁰ Vor ihm und den Räten erschienen anschließend Kläger und Angeklagter. Beide Parteien hatten das Recht auf Zuweisung eines Fürlegers durch das Gericht, der gewöhnlich dem Kreis der herzoglichen Räte entnommen wurde.⁹⁰¹ Als weiteren Rechtsbeistand wurden Anweiser

⁸⁹⁵ Vgl. BayHStA Kurbayern 21670; BayHStA Kurbayern 30602; BayHStA Kurbayern 21668; BayHStA Kurbayern 14704; BayHStA Kurbayern 21666; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1801.

⁸⁹⁶ Vgl. BayHStA Kurbayern 21664 (= BayHStA Pfalz-Neuburg Landesteilungen und Einungen 561); BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 742; BayHStA GU Laaber 22; BayHStA Pfalz-Neuburg 1435 VIII 9; BayHStA Nothaft'sches Archiv 381; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1861; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1804/1 (= BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1834).

⁸⁹⁷ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1229; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1230; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1231; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 546; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1249; BayHStA Kurbayern 22426; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1816; BayHStA Nothaft'sches Archiv 389; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 689; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 545.

⁸⁹⁸ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1758; BayHStA Kurbayern 21478 (= BayHStA Kurbayern 16084); BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1826; BayHStA Kurbayern 21350; BayHStA Kurbayern 21351; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1823; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 494 (= BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 496); BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1549; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1793.

⁸⁹⁹ Vgl. ANGERMEIER, Königtum und Landfriede, S. 374-404.

⁹⁰⁰ Vgl. zur Rechtsfindung mit Frage und Folge SCHLOSSER, Zivilprozess, S. 392-404.

⁹⁰¹ Vgl. LIEBERICH, Hofgerichtsprotokolle, S. 14; SCHLOSSER, Zivilprozess, S. 159-197: Der Fürleger hatte die Aufgabe der prozessualen Wortführung seiner Partei vor Gericht.

und Warner zugestanden.⁹⁰² Anschließend trugen die zerstrittenen Parteien ihre Anliegen dem Hofrichter vor, der das Verfahren leitete, aber selbst an der Urteilsfindung nicht beteiligt war. Diese Aufgabe kam den Räten zu, die das Urteil auf ihren Eid hin fällten. Während in Oberbayern das Landrechtsbuch Kaiser Ludwigs des Bayern als Rechtsgrundlage diente, war Niederbayern ein Gebiet des „ungeschriebenen Rechtes“,⁹⁰³ wo man sich noch bis zur zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts mit der Anwendung eines vorwiegend mündlich überlieferten Landrechts zu behelfen hatte.⁹⁰⁴ Wohl um der Verzögerung der Rechtsprechung grundsätzlich entgegenzuwirken, wurde in Fällen, in denen ein Urteil erst nach Einholung weiterer Auskünfte, der Vorlage von Beweisen oder Zeugenbefragung ergehen konnte, jeweils eine Frist von 45 Tagen („dreyn vierzehnen tagen und drein tagen“) gesetzt,⁹⁰⁵ innerhalb der ein neuer Rechtstag einberufen werden musste.

Bei der Besetzung des Hofgerichts kam grundsätzlich dem Herzog der Gerichtsvorsitz zu. Heinrich XVI. der Reiche fungierte jedoch selten in eigener Person als Hofrichter.⁹⁰⁶

Dies scheint wohl nur dann der Fall gewesen zu sein, wenn es sich um Erbstreitigkeiten

⁹⁰² Anweiser sind in Bayern-Landshut seit 1431 nachweisbar, vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 18, fol. 39v-46v. Warner hingegen begegnen erst seit etwa 1434, vgl. BayHStA Kurbayern 21670. Daneben taucht vereinzelt als weiterer Rechtsbeistand der Loser auf, vgl. beispielsweise BayHStA Kurbayern 21350, der wohl dem Horcher entsprochen hat, vgl. SCHLOSSER, Zivilprozess, S. 220, Anm. 12. Vgl. allgemein dazu ROSENTHAL, Gerichtswesen, S. 148; SCHLOSSER, Zivilprozess, S. 201f, 218-220. Der Anweiser war als Rechtsbeistand in beratender Funktion tätig. Der Warner fungierte neben dem wortführenden Fürleger als zusätzlicher Rechtsbeistand und gab Warnungen bzw. Anweisungen hinsichtlich des prozessual richtigen Verhaltens. Ähnlich dürfte die Funktion des Losers gewesen sein. Das Recht auf Anweiser und Warner war ein Standesprivileg geistlicher und weltlicher gefürsteter Personen.

⁹⁰³ LIEBERICH, Grundbegriffe, S. 681.

⁹⁰⁴ Vgl. zur Entwicklung in Niederbayern SAGSTETTER, Hoch- und Niedergerichtsbarkeit, S. 210-216; ETTTEL-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. I, S. 279: Durch den Anfall des Ingolstädter Erbes 1447 kamen Gebiete des geschriebenen Rechts an das Landshuter Herzogtum, so dass Herzog Ludwig IX. der Reiche bei der Privilegienbestätigung 1450 anlässlich seines Regierungsantrittes nach dem Tode seines Vaters den Landständen in Niederbayern die alte, gute Gewohnheit, der Landschaft im ehemaligen Ingolstädter Oberland und im Gebirge das Rechtsbuch Kaiser Ludwigs des Bayern erneuern musste. Für die Reformierung des Landrechts in Niederbayern wurde die Landesordnung Ludwigs des Reichen von 1474 bedeutsam, die sein Sohn Georg der Reiche 1491 und 1501 umgestaltete.

⁹⁰⁵ Vgl. dazu beispielsweise BayHStA Kurbayern 21670.

⁹⁰⁶ Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 18, fol. 39v-46v; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 494 (= BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 496); BayHStA Kurbayern 32463; RB XIII, S. 385.

hochrangiger Persönlichkeiten aus dem höheren Landherrenadel handelte.⁹⁰⁷ Daneben übernahm er vereinzelt den Vorsitz in Adelsfehden oder Streitigkeiten des einheimischen Adels mit auswärtigen Herrschaften.⁹⁰⁸ In der Regel ließ er sich jedoch durch einen seiner obersten Hofbeamten vertreten, der diese Funktion im besonderen Auftrag des Herzogs wahrnahm.⁹⁰⁹ Das erste nachweisbare Hofgericht in Bayern-Landshut von 1427 tagte unter dem Vorsitz des Hofmeisters Wilhelm Fraunhofer.⁹¹⁰ 1429 kam dem Weinschenken Georg Closen zu Gern diese Aufgabe zu.⁹¹¹ Von 1430 bis 1432 übernahm der Hauptmann den Vorsitz.⁹¹² Danach präsierte der Hofmeister regelmäßig das Hofgericht.⁹¹³ In seiner Abwesenheit fungierten der Marschall⁹¹⁴ oder andere hohe Hofbeamte wie beispielsweise der Kammermeister⁹¹⁵ als seine Stellvertreter.⁹¹⁶ Vereinzelt traten daneben auch so hochrangige Adelige wie Hans Kuchel zu Friedburg⁹¹⁷, Hans von Degenberg⁹¹⁸ oder Georg Closen zu Hirschhorn, der

⁹⁰⁷ Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 18, fol. 39v-46v: Heinrich der Reiche trat 1431 als Hofrichter im Streit Wilhelm Fraunhofers zu Altfraunhofen um sein väterliches Erbe mit Oswald Törring und Georg Fraunberger zu Hohenburg auf. Vgl. BayHStA Kurbayern 32463: Heinrich XVI. präsierte 1444 das Hofgericht im Erbschaftsstreit des Otto Grans zum Wasen um das Schloss Uttendorf samt Lehen.

⁹⁰⁸ Vgl. RB XIII, S. 385: Es handelt sich (vermutlich) um ein Hofgerichtsurteil aus dem Jahre 1436 unter dem Vorsitz des Landshuter Herzogs in einer Angelegenheit seines Natternberger Pflegers Degenhart Hofer, der mit der Stadt Passau, dem dortigen Mautner und dem Richter in Fehde geraten war. Das Hofgericht ordnete die Freilassung der Gefangenen an und verwies weitere Forderungen zur Entscheidung an Bischof Leonhard von Passau. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 494 (= BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 496): 1439 fand ein Hofgericht unter dem Vorsitz Heinrichs des Reichen statt, als Heinrich Nothaft, Viztum zu Straubing, Weinmar Ecker eine Kundschaft auferlegte, womit er beweisen sollte, dass er seine Schuld von 1.000 fl. ungr. gegenüber Alban Closen bereits beglichen hatte. Die Kundschaft wurde ihm jedoch von Alban Closen verweigert. Closen wurde daraufhin zur Leistung der Kundschaft mit seinem Siegel verurteilt.

⁹⁰⁹ Vgl. LIEBERICH, Hofgerichtsprotokolle, S. 11; SCHLOSSER, Zivilprozess, S. 114f.

⁹¹⁰ Vgl. BayHStA St. Zeno 1427 Okt. 22.

⁹¹¹ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 548.

⁹¹² Als Vorsitzende im Hofgericht begegnen 1430/31 Alban Closen, Hauptmann und Pfleger bei der Rott, vgl. BayHStA Kurbayern 21672; BayHStA KU Passau-St. Nikola 1431 XI 24, und 1432 Hans Parsberger, Hauptmann zu Landshut, vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 18, fol. 47r-51r.

⁹¹³ Von 1433 bis 1456 war Alban Closen zu Arnstorf Hofmeister der Landshuter Herzöge, vgl. ETTTEL-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. II, S. 475f. 1439 begegnet daneben Mattheus Grans als Hofmeister, vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1549, und 1440 Andre Mautner zu Katzenberg, vgl. BayHStA Kurbayern 14437.

⁹¹⁴ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 545; BayHStA Kurbayern 16086; BayHStA Regensburg Hochstift 1443 April 25; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1757; BayHStA Kurbayern 30791.

⁹¹⁵ Vgl. BayHStA KU Freising 1442 VIII 19; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 179: Als Vorsitzender des Hofgerichts wird der Kammermeister Erasmus Preysing genannt. Vgl. zu Erasmus Preysing zu Altenpreysing LIEBERICH, Landherren, S. 109, Anm. 424; ETTTEL-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. II, S. 455f.

⁹¹⁶ Vgl. LIEBERICH, Hofgerichtsprotokolle, S. 11; SCHLOSSER, Zivilprozess, S. 115.

⁹¹⁷ Vgl. BayHStA Kurbayern 21666.

⁹¹⁸ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1801.

stellvertretend für seinen Vater und Hofmeister Alban Closen zu Arnstorf einsprang,⁹¹⁹ als Vorsitzende auf. Für die Beauftragung Ulrich Eckers⁹²⁰ oder Ludwig Seyboldsdorfers⁹²¹ mit dem Hofgerichtsvorsitz könnten deren Erfahrungen in der Rechtssprechung als Landshuter Stadtrichter ausschlaggebend gewesen sein.⁹²²

Die personelle Zusammensetzung des Hofgerichts erfolgte fallweise,⁹²³ allerdings nach gewissen Kriterien. Die Urteilssprecher wurden ausschließlich aus dem herzoglichen Rat genommen, außer es waren nicht genügend Räte in ausreichender Zahl vorhanden. Der Kreis der Beisitzer scheint nicht fest abgeschlossen gewesen zu sein und wechselte in seiner Zusammensetzung nach den Erfordernissen des Einzelfalls bzw. der Anwesenheit der Räte bei Hofe. Im Durchschnitt nahmen jeweils zwölf Räte⁹²⁴ (mit dem Hofrichter) teil, wobei die Zahlen zwischen fünf⁹²⁵ und 17⁹²⁶ schwankten, im Extremfall sogar bei 24⁹²⁷ bzw. 31⁹²⁸ Personen lagen. Die Anzahl der Räte scheint in gewisser Weise von der Bedeutsamkeit des jeweiligen Falles abhängig gewesen zu sein. Im Februar 1440 klagte Heinrich XVI. der Reiche Warmund Rottauer im Hofgericht als Landfriedensbrecher an.⁹²⁹ Unter dem Vorsitz des Hofmeisters Alban Closen zu

⁹¹⁹ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1158: „Ich Jorg Closner ze Hirshorn bekenn öffentlich in dem brief, als ich von bevelhnus wegen des durchlaughtigen fursten und herrn, herrn Hainrichs Pfalzgraven bey Rein und herzog in Baiern etc., meins gnädigen herrn, an statt seiner gnaden hofmaister, meins lieben vaters herr Alban Closners hofrecht mit den nachgeschriben seiner raten besessen habe“. Vgl. zu Georg Closen zu Hirschhorn LIEBERICH, Landherren, S. 110, Anm. 442; ETTELT-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. II, S. 476-479.

⁹²⁰ Vgl. BayHStA Kurbayern 21664; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 742; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1804/1 (= BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1834). Wahrscheinlich handelte es sich um Ulrich Ecker zu Kapfing, der von 1418 bis 1432 und von 1436 bis 1438 Stadtrichter in Landshut war, vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 110, Anm. 441.

⁹²¹ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg 1435 VIII 9. Ludwig Seyboldsdorfer war 1434/35 Stadtrichter zu Landshut, vgl. ZÖPF, Historische Notizen, S. 132; BayHStA GU Landshut 318.

⁹²² Vgl. LIEBERICH, Hofgerichtsprotokolle, S. 15: „Für die Heranziehung der Räte zum Hofgericht war zweifellos besondere Rechtskunde wesentliches Motiv“.

⁹²³ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 99, Anm. 345.

⁹²⁴ Vgl. BayHStA Kurbayern 30602; BayHStA Kurbayern 21668; BayHStA Kurbayern 14704; BayHStA Kurbayern 21666; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1816; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1820; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1758; BayHStA Kurbayern 21478; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1826; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1823; BayHStA RU Regensburg 1440 VII 26; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 946; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 551; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1793.

⁹²⁵ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1757.

⁹²⁶ Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 18, fol. 47r-51r; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1249.

⁹²⁷ Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 18, fol. 39v-46v.

⁹²⁸ Vgl. BayHStA Kurbayern 26983.

⁹²⁹ Vgl. BayHStA Kurbayern 26983.

Arnstorf wurden 29 Personen aus dem höheren Landherrenadel, der Kanzler der Stadt Landshut und „vil mer annder aws der riterschaft, burgern vnd anndern“ als Beisitzer herangezogen.⁹³⁰ Die große Zahl der Urteilsfinder ist nur mit der Schwere des Vergehens bzw. dem hohen Stellenwert zu erklären, dem der Landfriedenswahrung allgemein beigemessen wurde. Ein kleinerer Kreis von Urteilsfindern hingegen genügte wohl, wenn bereits ein erstes Hofgerichtsurteil ergangen war, der Streit aber erneut vor den Räten verhandelt werden musste.⁹³¹

Was die Kriterien der personellen Besetzung anbelangte, so lässt sich ein bestimmter Personenkreis ausmachen, der regelmäßig als Beisitzer auftrat. Dazu gehörten in erster Linie die Inhaber der Hofämter (Kammermeister, Marschall, vereinzelt auch der Frauenhofmeister⁹³² bzw. der Weinschenk⁹³³) und die führenden Familien des höheren Landherrenadels. Zu nennen sind hier insbesondere die Aham, Aichberger im Moos, Ebran zu Wildenberg, Ecker, Fraunberger, Grans, Closen, Layming, Mautner zu Katzenberg, Nothaft, Parsberger, Preysing, Staufer zu Ehrnfels und die Törring. Neben den Hofamtsinhabern (Alban Closen zu Arnstorf als Hofmeister, Erasmus Preysing als Kammermeister, Oswald Törring als Marschall) zeichnen sich einzelne Vertreter dieser Familien wie Vinzenz und Erasmus Aham, Wilhelm Aichberger im Moos oder Ulrich Ebran zu Wildenberg durch ihre kontinuierliche und langjährige Teilhabe an der Rechtssprechung im Hofgericht aus. Allein daran lässt sich ablesen, wie diese Landherren durch ihre regelmäßige Miteinbeziehung in die oberste Rechtssprechung des Landes dauerhaft in das herzogliche Herrschaftsgefüge eingebunden, wie deren

⁹³⁰ BayHStA Kurbayern 26983: Aus dem Landherrenadel als Beisitzer wurden Oswald Törring, Marschall, Wilhelm Aichberger, Erasmus Aham, Erasmus Preysing, Kammermeister, Hans Parsberger, Dietrich Staufer, Heinrich Nothaft, Christan und Wilhelm Fraunberger, Wilhelm Fraunhofer, Otto Grans, Vivianz und Georg Aham, Georg Closen, Jakob Waller, Ulrich Ecker, Kaspar Pfaffinger, Vivianz Fraunberger, Lienhard und Ulrich Leberskircher, Ulrich Hermstorfer, Peter, Hans, Wilhelm und Christof Seemann, Jobst Herberger, Otto Ruestorfer, Hans Riether und Georg Hutter genannt, als Kanzler der Stadt Landshut Konrad Oberndorfer. Warmund Rottauer musste seine Unschuld durch „ein gelerten aid zw got vnd den heiligen“ vor Gericht erweisen. Ihm wurde außerdem eine Kundschaft zur Klärung der Vorwürfe gewährt.

⁹³¹ Vgl. BayHStA Kurbayern 21664 (= BayHStA Pfalz-Neuburg Landesteilungen und Einungen 561); BayHStA GU Laaber 22; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1804/1 (= BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1834); BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1757.

⁹³² Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 548; BayHStA Neuburger Kopialbücher 18, fol. 39v-46v; BayHStA Kurbayern 21666; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1820; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1823.

⁹³³ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 548; RB XIII, S. 385; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 546.

Kräfte und Ambitionen auf den herzoglichen Hof als Sitz des Hofgerichts gelenkt und damit letztendlich auf die Person des Fürsten konzentriert wurden. Die Aufzählung der Urteilssprecher im Hofgericht erfolgte nach dem jeweiligen Geburtstand. Da dies auch für die Hofbeamten galt, wurden nicht sie, sondern die Ritter an erster Stelle genannt.⁹³⁴ Seltener, aber dennoch im Hofgericht vertreten waren die Beamten der Landesverwaltung wie Kanzler⁹³⁵, Rentmeister⁹³⁶, Landschreiber⁹³⁷, Kastner⁹³⁸ oder Stadtrichter⁹³⁹. Sie alle stammten aus dem niederen Adel, dessen Anteil sonst bei der Besetzung des Hofgerichts insgesamt jedoch kaum ins Gewicht fiel. Ihre Heranziehung rechtfertigte wahrscheinlich weniger ihr Stand, als vielmehr ihr Amt.⁹⁴⁰ Die Landshuter Bürgerschaft war nur ein einziges Mal 1444 im Hofgericht unter dem persönlichen Vorsitz Herzog Heinrichs des Reichen vertreten.⁹⁴¹ Gelehrte Juristen tauchen im Hofgericht dagegen gar nicht auf, spielten demnach in der landesherrlichen Rechtssprechung keine Rolle und gewannen grundsätzlich erst unter Ludwig IX. dem

⁹³⁴ Vgl. LIEBERICH, Hofgerichtsprotokolle, S. 12.

⁹³⁵ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1158 (Andre Loder); BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 551 (Andre Loder); BayHStA KU Freising 1442 VIII 19 (Andre Loder); BayHStA Regensburg Hochstift 1443 April 25 (Andre Loder). Vgl. dazu auch BayHStA Kurbayern 26983, wo der Kanzler der Stadt Landshut (Konrad Oberndorfer) 1440 als Beisitzer im Hofgericht genannt wird.

⁹³⁶ Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 18, fol. 39v-46v (Hans Ecker); BayHStA KU Passau-St. Nikola 1431 XI 24 (Hans Ecker); BayHStA Neuburger Kopialbücher 18, fol. 47r-51r (Hans Ecker); BayHStA Kurbayern 21670 (Hans Ecker); BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1801 (= BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1802) (Hans Ecker); BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 742 (Hans Ecker); BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1804/1 (= BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1834) (Hans Ecker); BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1158 (Oswald Hautzenberger); BayHStA KU Freising 1442 VIII 19 (Oswald Hautzenberger); BayHStA Regensburg Hochstift 1443 April 25 (Oswald Hautzenberger); BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 179 (Oswald Hautzenberger); BayHStA KU Raitenhaslach 694 (Diepold Reigker).

⁹³⁷ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 548 (Hans Tattenbach), wo auch der Forstmeister zu Burghausen (Georg Burgauer) als Urteilssprecher genannt wird; BayHStA Neuburger Kopialbücher 18, fol. 39v-46v (Georg Eberspeck); BayHStA Kurbayern 21350 (Georg Eberspeck); BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1823 (Georg Eberspeck); BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1549 (Georg Eberspeck); BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1793 (Georg Eberspeck); BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1158 (Ortolf Trenbeck); BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 551 (Ortolf Trenbeck); BayHStA KU Raitenhaslach 694 (Hans Putzner, Landschreiber zu Burghausen).

⁹³⁸ Vgl. BayHStA KU Freising 1442 VIII 19 (Diepold Reigker, Kastner zu Landshut).

⁹³⁹ Vgl. BayHStA KU Freising 1442 VIII 19 (Jakob Püttrich zu Reichertshausen, Stadtrichter zu Landshut).

⁹⁴⁰ Vgl. LIEBERICH, Hofgerichtsprotokolle, S. 14; LIEBERICH, Landherren, S. 140f.

⁹⁴¹ Vgl. BayHStA Kurbayern 32463: Otto Grans zu Wasen klagte 1444 im Hofgericht gegen die Vormünder (Hans Fraunberger, Pfleger zu Erding, Haymeran Nothafft und Georg Closen) der Tochter des verstorbenen Heinrich Grans um das Schloss Uttendorf mit den zugehörigen Lehen.

Reichen stärker an Bedeutung,⁹⁴² was wohl noch Veit Arnpeck zu seinem viel zitierten Urteil inspirierte, Heinrich XVI. der Reiche habe generell „der roten pirett gar klain“ geachtet.⁹⁴³

b) Der Herzog als Kläger im Hofgericht

Unter dem Aspekt der Expansion und Intensivierung der Landesherrschaft interessieren vor allem diejenigen Gerichtsbriefe des Landshuter Hofgerichts, die sich speziell mit den Streitsachen zwischen Herzog und Adel beschäftigten. Ihre Analyse soll klären, welche Rechte eingeklagt wurden oder besonders umstritten waren und ob Tendenzen zur Herrschaftskonzentration erkennbar sind. Wenn dabei auch der Wahrheitsgehalt der in den Gerichtsbriefen protokollierten Aussagen der gegnerischen Parteien vor dem Hofgericht im Einzelfall nicht mehr überprüft werden kann, so lässt sich dennoch an der jeweiligen Argumentation ablesen, ob und inwiefern das Hofgericht zur Durchsetzung von Interessen instrumentalisiert wurde und worauf sich diese Interessen konzentrierten. Untersucht man zunächst diejenigen Hofgerichtsprozesse, in denen der Herzog als Kläger auftrat, werden schnell gewisse Grundtendenzen erkennbar. Zum Streit mit dem Adel kam es vor allem dort, wo Heinrich XVI. der Reiche erst jüngst Besitz- und Herrschaftsrechte durch Kauf oder in Folge der dynastischen Erbfälle neu hinzu

⁹⁴² Vgl. ETTELT-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. I, S. 198f: Als geistliche Gelehrte (allerdings nicht im Hofgericht vertreten) erscheinen im Landshuter Herzogtum unter Heinrich XVI. dem Reichen lediglich Peter Knorr, Ulrich Panter, der bereits erwähnte Heinrich Baruther und Peter Frid, vgl. BayHStA Fürstensachen 166 ½, fol. 21r. Vgl. LIEBERICH, Gelehrte Räte; LIEBERICH, Klerus und Laienwelt.

⁹⁴³ LEIDINGER, Veit Arnpeck, S. 614.

erworben hatte.⁹⁴⁴ Diesen Rechtsansprüchen wollte und musste der Herzog offensichtlich mit Hilfe des Hofgerichts Nachdruck verleihen, um vom Adel anerkannt zu werden.

1438 versuchte Ulrich Kamerauer dem Landshuter Herzog mehrere Güter und Gülten in Rohrbach und Niederpörling vorzuenthalten, die 1435 durch den Kauf der Herrschaft Laber an Heinrich XVI. gefallen waren. Vier Verhandlungen vor dem Hofgericht waren erforderlich, in denen die Räte die Ansprüche des Herzogs jeweils bestätigten, bevor Kamerauer den Forderungen Heinrichs XVI. des Reichen tatsächlich nachkam.⁹⁴⁵ Der Kauf des Marktes Reibach im Jahre 1438 führte zu ähnlichen Problemen.⁹⁴⁶ Die Bürgen des Kaufvertrags⁹⁴⁷ verweigerten Heinrich dem Reichen die Ausrichtung einer Gült, über deren Bezahlung die Adeligen mit dem Herzog uneins waren und diese wohl hinauszuzögern versuchten. Obwohl die Räte des Hofgerichts im Sinne des Herzogs entschieden,⁹⁴⁸ musste Heinrich XVI. 1443 ein weiteres Mal darüber klagen, dass er „merklichen abgang in dem kauf und an der gultt“ habe.⁹⁴⁹ Die Bürgen waren dem Urteil der Räte offensichtlich nicht nachgekommen. In beiden Fällen ist zu beobachten, dass der betroffene Adel dem Herzog käuflich erworbene Besitzrechte streitig machte. Eine einmalige Bestätigung der herzoglichen Forderungen durch das Hofgericht reichte dabei oftmals nicht aus. Statt dessen musste der Herzog mehrmals vor Gericht gehen,

⁹⁴⁴ Vgl. RILLING, Studien, S. 188-190; SCHWERTL, Herzogtum, S. 52-54: Heinrich XVI. der Reiche hat sich vor allem gegen Ende der 30er Jahre um zahlreiche Erwerbungen bemüht, was einerseits dem Willen nach Ausweitung seiner Machtposition, andererseits dem Drang nach Vereinheitlichung seines Territoriums entsprang. Neben den Gerichten und Herrschaften, die infolge der dynastischen Erbfälle an Bayern-Landshut gefallen waren, gehörten die Stadt Osterhofen (1427), die Herrschaft Laber (1435), Schloss Egg (1436), Grafenau (1438), Bärnstein (1438), Ranfels (1438), Reibach (1438) und Obersünzing (1444) zu seinen wichtigsten durch Kauf erstandenen Erwerbungen.

⁹⁴⁵ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1820; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1826, BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1823; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1793. Vgl. dazu auch ein erhaltenes Landschrankenurteil aus dem Jahre 1441 BayHStA Kurbayern 21479. Im Zusammenhang damit könnte der Streit Ulrich Kamerauers mit Heinrich dem Reichen um den Zoll zu Niederpörling 1439 stehen. Der Landshuter Herzog beanspruchte den Zoll für sich als dem Amt bzw. der Maut zu Plattling zugehörig, während Kamerauer den Zoll als sein rechtmäßiges väterliches Erbe betrachtete, vgl. BayHStA Kurbayern 21350, BayHStA Kurbayern 21351; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1549.

⁹⁴⁶ Vgl. SCHLEICH, Lehen der Wartter, S. 202.

⁹⁴⁷ Vgl. BayHStA Kurbayern 21466: Als Bürgen des Kaufvertrages werden Peter Kamerauer, Jakob Degenberger, Haymeran Nußberger, Ulrich Kamerauer, Peter Rainer, Niklas und Kaspar Ramsperger, Herman Haybeck, Mattheus Poxauer, Cristof Schönsteiner, Wolfgang Pienzenauer und Georg Leublfinger genannt. Vgl. dazu auch BayHStA Kurbayern 21477.

⁹⁴⁸ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1758. Die Räte ordneten die Bezahlung der Gült durch die Bürgen an.

⁹⁴⁹ BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1757.

bis die Entscheidungen der Räte vom jeweils betroffenen Adel tatsächlich akzeptiert wurden, oder notfalls sogar zu handfesteren Mitteln greifen.

Heinrich XVI. der Reiche konnte sich in obiger Sache gegen die Bürgen zunächst nicht behaupten, fand aber einen anderen Weg, um zu seinem Recht zu gelangen. Der Kaufvertrag mit den Wartern um den Markt Reisbach von 1438 erlaubte es dem Herzog, das Schloss Wart in Besitz zu nehmen, falls die Bürgen des Kaufvertrages ihren Verpflichtungen nicht nachkamen.⁹⁵⁰ Unter Berufung darauf bemächtigte sich Heinrich der Reiche kurzerhand des Schlosses samt seiner Zugehörungen. Überraschender Weise ließ er trotz dieser Vereinbarungen und der Tatsache, dass die Warter selbst keinerlei Einwände gegen sein Vorgehen vorbrachten, die Inbesitznahme des Schlosses im Nachhinein durch das Hofgericht legitimieren⁹⁵¹ und beantragte außerdem eine „kundschaft“ um „mit rechte zu erkennen, was recht wär“.⁹⁵² Heinrich XVI. der Reiche war um die rechtliche Absicherung seines eigenmächtigen Vorgehens sichtlich bemüht, so dass er dem Hofgericht, was die Legitimation seiner Herrschaftsansprüche anging, eine gewisse Bedeutung zumaß. Möglicherweise wollte er zudem nicht den Anschein eines Friedensbrechers erwecken oder weiteren Vorwürfen vorbeugen, die eine Fortsetzung des langwierigen Rechtsstreits provoziert hätten.

Im Streit mit den Buchbergern zu Wildenstein⁹⁵³ und Konrad Hausen⁹⁵⁴ werden darüber hinaus Ambitionen des Landshuter Herzogs erkennbar, die Hofgerichtsbarkeit dahingehend zu instrumentalisieren, Adelige des Straubinger und Ingolstädter Herzogtums nach dem Aussterben der beiden wittelsbachischen Teillinien in seinen

⁹⁵⁰ Vgl. BayHStA Kurbayern 15825: Die Warter hatten bereits 1436 ihr Schloss als Unterpfand gestellt.

⁹⁵¹ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1757.

⁹⁵² BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1757. Vgl. zum Kundschaftsbeweis SCHLOSSER, Zivilprozess, S. 371-375. Der Streit war damit nur teilweise beendet, da der Landshuter Herzog gegen einzelne Bürgen, die ihren Verpflichtungen aus dem Kaufvertrag der Warter nicht zur Genüge nachgekommen waren, weiter voring: 1441 verklagte er Ulrich Kamerauer vor dem Hofgericht, vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 551. 1448 erklärte Heymeran Nußberger dem Landshuter Herzog die Fehde, nachdem ihm Heinrich der Reiche seinen früher den Wartern gehörenden Zehnt gewaltsam weggenommen hatte, vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Bünde und Fehden 173. Vgl. dazu auch die Absagbriefe von Nußbergers Anhängern BayHStA Pfalz-Neuburg Bünde und Fehden 170; BayHStA Pfalz-Neuburg Bünde und Fehden 172. Nußberger wandte sich daraufhin an Herzog Albrecht III. von Bayern-München um Hilfe und erwirkte dort ein Urteil, gegen das Heinrich XVI. 1449 an das kaiserliche Hofgericht appellierte, vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1529.

⁹⁵³ Vgl. zu den Buchbergern ERHARD, Geschichte der Umgebung von Passau, 3. Fortsetzung; S. 210-259; OSWALD, Herren von Puchberg; VEIT, Passau, S. 292-295; LIEBERICH, Landstände, S. 59.

⁹⁵⁴ Vgl. zu den Hausen LIEBERICH, Landstände, S. 91.

Dienst zu nehmen. Die Buchberger zu Wildenstein gehörten ursprünglich zum Straubinger Herzogtum, fielen dann aber bei der Aufteilung des Straubinger Erbes 1429 an Bayern-München.⁹⁵⁵ Als diese ihre ererbten Ansprüche auf eine jährliche Gült aus der Maut zu Vilshofen und einer dort gelegenen Mühle geltend machten, brachte Heinrich XVI. der Reiche bei der Gelegenheit sein Recht auf die Burghut zu Vilshofen vor dem Hofgericht zur Sprache. Aus der Argumentation des Herzogs geht hervor, auf welche Weise er den Adel dabei in seinen Dienst zu nehmen versuchte. Heinrich der Reiche verweigerte den Buchbergern die geforderte Gült, da diese seiner Auffassung nach zur Burghut in Vilshofen gehörte und mit deren Ausübung verbunden sei. Die Buchberger als Inhaber der Gült sollten ihm daher die Burghut leisten. Verweigerten sie ihm diesen Dienst, sei ihnen der Herzog auch die Gült nicht schuldig.⁹⁵⁶ Heinrich XVI. der Reiche erwies sich dabei als hartnäckiger Gegner, der sich im konkreten Fall selbst nicht immer an die Entscheidungen des Hofgerichts gebunden fühlte, so dass der Streit in einem Zeitraum von fünf Jahren (1430-1435) insgesamt vier Mal vor dem Hofgericht verhandelt werden musste, weil der Herzog die Bezahlung der geschuldeten Geldsumme entgegen der anders lautenden Entscheidung der Räte im Hofgericht immer wieder verweigerte.⁹⁵⁷

Die Absicht Heinrichs des Reichen, den Adel zum Herzogsdienst mit Hilfe des Hofgerichts zu verpflichten, lässt sich auch in einem weiteren Fall nachweisen. Gerade Klagen des Adels im Hofgericht über noch ausstehende Geldsummen kamen dem Herzog gelegen, die Begleichung seiner Schulden mit einer Dienstforderung als Gegenleistung zu verbinden. Im Juli 1434 führte Georg Fraunberger der Ältere zum

⁹⁵⁵ Vgl. SPINDLER, Bayerischer Geschichtsatlas, S. 21.

⁹⁵⁶ Vgl. BayHStA Kurbayern 21670. Vgl. RILLING, Studien, S. 83: Stadt, Maut, Landgericht und alle Zugehörungen von Vilshofen waren 1429 infolge der Aufteilung des Straubinger Erbes an Heinrich XVI. den Reichen gefallen.

⁹⁵⁷ Vgl. BayHStA Kurbayern 1672 (= BayHStA Kurbayern 21673); BayHStA Kurbayern 21670; BayHStA Kurbayern 21666; BayHStA Kurbayern 21664: Die Brüder Seiz und Kaspar Buchberger zu Wildenstein klagten zusammen mit Burkhard Buchberger zu Neubuchberg und Konrad Hausen zu Reicherstorf gegen Herzog Heinrich XVI. Ihre Ansprüche (in Höhe von 12 Pfd. Regensburger Pfg.) leiteten sie aus einem von Otto Rayner ererbten Schuldschein ab, dem die Gült in früherer Zeit von den bayerischen Herzögen für ein Darlehen verschrieben worden war. Burkhard Buchberger beteiligte sich nur an der ersten Klage im Hofgericht. Im abschließenden Urteil der Räte wurde der Herzog dazu verpflichtet, die Buchberger und Hausen die geforderte Summe aus der Maut zu Vilshofen ausheben zu lassen. Im Gegenzug dazu mussten diese dem Herzog ihren Schuldbrief mit ihren Ansprüchen auf die Gült aus der Maut zu Vilshofen und der Mühle übergeben. Wegen der strittigen Burghut wurde der Herzog auf das zuständige Landschranngericht verwiesen.

Haag gegen den Landshuter Herzog eine Doppelklage: Der verstorbene Herzog Johann von Bayern-Straubing-Holland hatte dem Fraunberger Stadt und Pflege Schärding mit dem Landgericht verschrieben. Fraunberger forderte daraufhin von Heinrich dem Reichen als Erbe Herzog Johanns nicht nur ein Drittel davon, sondern auch ein Viertel von den jährlich 200 fl. ungr., die ihm der Straubinger Herzog für seine Dienste auf Lebenszeit verschrieben hatte. Heinrich XVI. erklärte sich tatsächlich zur Zahlung bereit, allerdings nur unter der Bedingung, dass Fraunberger sein Lehensmann werden und ihm denselben Dienst leisten sollte, wie er es zuvor dem Straubinger Herzog und dessen Erben versprochen hatte. Das Urteil der Räte, die Fraunberger schließlich gegenüber dem Landshuter Herzog zur Dienstleistung entsprechend seines vierten Anteils verpflichteten,⁹⁵⁸ lässt erkennen, dass das Hofgericht bei der Integration desjenigen Adels half, der zuvor in Diensten der Straubinger bzw. der Ingolstädter Herzöge stand und durch die dynastischen Erbfälle an Landshut gekommen war.

Das Hofgericht diente offenbar auch als Instrument zur Stärkung der Friedensgewalt des Herzogs. Im Februar 1440 wurde Warmund Rottauer vom Landshuter Herzog im Hofgericht als Landfriedensbrecher angeklagt, nachdem er mehreren Straßenräubern immer wieder Unterschlupf in seinem Haus gewährt hatte. Die Tatsache, dass der Herzog selbst als Kläger im Prozess auftrat, demonstrierte, dass sich Heinrich XVI. der Bekämpfung von Raub und Mord in seinem Herzogtum besonders annahm und bestrebt war, das Hofgericht als zentrale Institution der Friedenssicherung zu etablieren. Dazu gehörte es wohl auch, dass alle bedeutenden Landherrenfamilien Niederbayerns an diesem Hofgerichtsprozess als Beisitzer und Urteilsfinder beteiligt wurden.⁹⁵⁹

Für den Herzog hatte das Hofgericht außerdem als Instrument zur Bestrafung von Amtsmissbrauch eine gewisse Bedeutung. Heinrich XVI. schaltete das Hofgericht nachweislich ein, um den Adel in den Ämtern bei Amtsmissbrauch zur Rechenschaft zu ziehen. Dies schien vor allem dort interessant, wo die Einkünfte des Herzogs durch inkorrekte Amtsabrechnungen seiner Beamten geschmälert worden waren und für ihn

⁹⁵⁸ Vgl. BayHStA Kurbayern 14704; BayHStA Kurbayern 30602: Wegen des Drittels aus der Stadt und der Pflege Schärding vertagte das Hofgericht das Urteil um Zeugen zu befragen, die über eine frühere Vereinbarung in dieser Sache Auskunft geben sollten. Ein abschließendes Urteil ist nicht bekannt.

⁹⁵⁹ Vgl. BayHStA Kurbayern 26983.

Aussicht auf Begleichung des entstandenen Schadens bestand.⁹⁶⁰ Nur in einem Falle ist belegbar, dass sich der Herzog auch bei Schadensersatzforderungen des Adels ans Hofgericht wandte.⁹⁶¹

Darüber hinaus gab es mehrere Maßnahmen bzw. Strategien, um die Position des Herzogs im Hofgericht zu stärken. Bei Klagen landesherrlicher Beamter forderte Heinrich XVI. im Gericht regelmäßig die Vorlage des sogenannten Bestandszettels als Beweis dafür, wie das Amt dem Inhaber ursprünglich überlassen worden war.⁹⁶² Konnte der Bestandszettel dem Gericht nicht vorgelegt werden, so musste vom Kläger meist ein Eid geleistet oder Zeugen erbracht werden. Seinerseits schöpfte der Herzog notfalls alle Möglichkeiten aus, um die Herausgabe ein Mal von ihm erworbener Besitzrechte zu verhindern. 1434 versuchte er beispielsweise, in seinen Grenzstreitigkeiten mit Hans Fraunberger zu Heidenburg über dessen Besitzungen im Rottal und zu Heidenburg die Aussagen der Kundschaftsleute anzufechten, die ihm und seinen Räten angeblich verfälscht zugetragen worden waren.⁹⁶³ Im selben Jahr stritt Ulrich von Laber mit dem Landshuter Herzog um eine Lehenschaft.⁹⁶⁴ Als ihm das Hofgericht einen neuen Rechtstag zur Beweisvorlage setzte, erschien Ulrich von Laber nicht vor Gericht, weil ihm der Herzog zur Anreise nicht wie gefordert sechs Wochen, sondern nur für den Gerichtstag selbst bzw. acht Tage davor und danach sicheres Geleit zugestanden

⁹⁶⁰ Vgl. BayHStA Kurbayern 22426: Im Juni 1437 klagte Heinrich XVI. gegen seinen ehemaligen Pfleger zu Natternberg Degenhart Hofer, der dem Herzog in seinen zwei Dienstjahren 80 Pfd. Regensburger Pfg. schuldig geblieben war. Der Herzog warf ihm außerdem Amtsmissbrauch vor.

⁹⁶¹ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1229; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1230; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1231: 1437 klagte Heinrich XVI. gegen Darius von Heßburg im Hofgericht. Heßburg forderte vom Herzog Schadensersatz für ein Pferd, erschien aber nicht auf den dafür angesetzten Rechtstag. Als Heßburg auch auf die dritte Vorladung des Hofgerichts nicht reagierte, wurde der Herzog von der Schadensersatzleistung frei gesprochen.

⁹⁶² Vgl. dazu exemplarisch BayHStA Kurbayern 22426: Heinrich XVI. forderte von Dietrich Hofer, seinem ehemaligen Pfleger zu Natternberg, dass er die „bestant zetel fürbringen“ sollte, „wie im die pflege gelassen wär“.

⁹⁶³ Vgl. BayHStA Kurbayern 21668 (= BayHStA Neuburger Kopialbücher 34, fol. 144r-145r). Vgl. zu den Kundschaftsleuten SCHLOSSER, Zivilprozess, S. 278-287, 371-375.

⁹⁶⁴ Vgl. RB XIII, S. 317-319: Im Oktober 1434 begann der Streit Herzog Heinrichs XVI. mit Ulrich von Laber zu Wolfseck. Letzterer forderte vom Herzog die Ausrichtung seines väterlichen Erbes und seines ausstehenden Soldes samt des entstandenen Schadens. Vgl. dazu auch einen Spruchbrief Erasmus Preysings und Ulrich Kamerauers von 1434 in dieser Sache BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1800. Im Dezember 1434 trat daraufhin das Hofgericht zusammen. Der Prozess entbrannte vor allem um die Frage, ob ein gewisser Sächsenhauser mit dem Geld (10 Pfd.), das der Herzog inzwischen für sich beanspruchte, von Ulrich von Laber belehnt worden war oder nicht, vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1801.

hatte.⁹⁶⁵ Während den Verhandlungen versuchte der Herzog, ihm obendrein das Recht auf einen Fürleger aus den herzoglichen Räten streitig zu machen.⁹⁶⁶

c) Der Adel als Kläger im Hofgericht

Heinrich XVI. der Reiche setzte das Hofgericht gezielt zur Einbindung des landsässigen Adels in das herzogliche Herrschaftssystem ein. Das Hofgericht erwies sich dabei als wirkungsvolles Instrument insofern, als die Institutionalisierung der Hofgerichtsbarkeit zugleich wesentlichen Bedürfnissen des Adels entgegenkam und dadurch die Integration erleichterte. Die große Zahl an Gerichtsbriefen, in denen der Adel als Kläger im Hofgericht auftrat, beweist, dass das Hofgericht sich nicht allein beim Herzog besonderer Beliebtheit erfreute, sondern auch vom Adel genutzt wurde, wenn es um die Entscheidung von Rechtsfällen unter Standesgenossen ging, aber auch um Ansprüche gegenüber dem Landesherrn geltend zu machen. Das Hofgericht bot den Adeligen ein Forum zur Verteidigung und Durchsetzung ihrer Forderungen gegenüber dem Herzog auf dem Rechtsweg,⁹⁶⁷ ohne den Weg der Fehde gehen zu müssen. Die Besetzung des Hofgerichts mit Standesgenossen versprach dabei prinzipiell die Wahrung adeliger Interessen. Gerade bei ausstehenden Soldforderungen scheint das Hofgericht für den Adel besonderen Wert besessen zu haben.⁹⁶⁸ Die Einklagung herzoglicher Schulden

⁹⁶⁵ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 742.

⁹⁶⁶ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1804/1 (= BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1834).

⁹⁶⁷ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1249: Im April 1437 klagte Hiltbold Hohenfelser im Landshuter Hofgericht wegen Vorenthaltung seiner Dingolfinger Lehenschaft durch den Landshuter Herzog.

⁹⁶⁸ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 689: Friedrich Türlinger klagte im November 1437 gegen Heinrich XVI. den Reichen um die Bezahlung seiner geleisteten Dienste bei der Eroberung der Stadt Dingolfing. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 546; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 545: Im April bzw. Dezember 1437 forderte Hans Kamerauer von Herzog Heinrich XVI. unter anderem die Begleichung seines Soldes für eineinhalb Jahre geleisteten Dienst. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Alte Landgerichte 215: Im Januar 1440 forderte Georg Hirschberger vom Landshuter Herzog die Ausrichtung seines Soldes in Höhe von 100 fl. rhein. samt mehrerer offener Rechnungen, die noch aus der Zeit stammten, als der Landshuter Herzog im Besitz Ambergs war.

spielte dagegen kaum eine Rolle.⁹⁶⁹ Daneben musste sich das Hofgericht mit Schadensersatzforderungen des Adels an den Herzog beschäftigen.⁹⁷⁰ Auch der Adel in den Ämtern nutzte diese Möglichkeit.⁹⁷¹

Bedingt durch die dynastischen Erbfälle von 1425 und 1447 im Hause Wittelsbach wurde das Landshuter Hofgericht außerdem für die Belange des vormals Straubinger und Ingolstädter Adels zuständig, der dadurch an das Landshuter Herzogtum gekommen war. Wie bereits in anderem Zusammenhang angesprochen wurde, nutzten diese Adeligen das Landshuter Hofgericht, um ihre alten Ansprüche, die sie in Diensten des Straubinger bzw. Ingolstädter Herzogs erworben hatten, gegenüber Heinrich XVI. dem Reichen als neuem Herzog und Erbherren geltend zu machen. Dass dieser Weg durchaus Erfolg versprach, zeigt das Beispiel Oswald Ettlingers, der im März bzw. August 1448 von Heinrich dem Reichen im Hofgericht erfolgreich Schadensersatz für seine Verluste forderte, die er während seiner Gefangenschaft zu Neuburg im Dienst des verstorbenen Ingolstädter Herzogs erlitten hatte.⁹⁷²

Von grundlegender Bedeutsamkeit dürfte darüber hinaus der Schutz vor Rechtsverweigerung bzw. Prozessverzögerung durch den Landesherrn gewesen sein.

⁹⁶⁹ Es ist nur ein derartiger Fall bekannt, was insofern nicht überrascht, da der für seinen Reichtum berühmte Landshuter Herzog in den letzten beiden Jahrzehnten seiner Regierung kaum noch Kredite beim Adel aufnahm. Vgl. dazu BayHStA Pfalz-Neuburg 1435 VIII 9: Lienhart Eglinger forderte 1435 vom Landshuter Herzog die Begleichung eines ererbten Schuldbriefes, der noch von dessen Vormündern, Herzog Stephan III. von Bayern-Ingolstadt und Johann II. von Bayern-München, auf den Namen Berthold Vilsers in Höhe von 400 fl. ungr. ausgestellt worden war. Der Herzog zweifelte allerdings den rechtmäßigen Besitz des Schuldscheins in der Hand Eglingers an und forderte entsprechende Beweise, wofür der Prozess vertagt wurde. Ein abschließendes Urteil ist nicht bekannt.

⁹⁷⁰ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1249: Im April 1437 erschien Hiltbold Hohenfelser vor dem Landshuter Hofgericht. Heinrich XVI. der Reiche hatte einen seiner Knechte gefangen nehmen lassen, der sich gerade auf dem Weg zu einem Schiedsgericht in Hohenfelsers Streit mit Ludwig Seyboldsdorfer befand. Da Hohenfelser daraus Feindschaft und Schaden entstanden war, forderte er Schadenersatz vom Landshuter Herzog.

⁹⁷¹ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Alte Landgerichte 215: Im Januar 1440 klagte Georg Hirschberger gegen Heinrich XVI. den Reichen um Schadenersatz für ein Pferd, das er als herzoglicher Pfleger während eines Geleits verloren hatte, als Heinrich XVI. noch im Besitz von Amberg war. Vgl. auch die Forderung Hans Kamerauers an den Landshuter Herzog von 1437 um Begleichung mehrerer ausstehender Viztumhändler aus seiner Zeit als herzoglicher Pfleger, vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 546; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 545.

⁹⁷² Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 179; BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 851. Vgl. dazu auch BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 946: Heinrich von Hohenschwangau wandte sich im Mai 1448 an das Landshuter Hofgericht wegen mehrerer Forderungen an Ludwig VII. den Bärtigen von Bayern-Ingolstadt, die er in dessen Dienst als Pfleger zu Friedberg geltend machte. Ein abschließendes Urteil ist nicht bekannt. Die Räte setzten lediglich einen neuen Rechtstag zur Vorlage von Beweisen an.

Das Hofgericht garantierte dem Adel die Einhaltung des Rechtsweges und schritt dort ein, wo der Herzog einen Rechtstag verweigerte.⁹⁷³ 1441 klagte Peter Kamerauer zu Haidstein um Haunersdorf aus dem Erbe der verstorbenen Kuchel zu Friedburg. Kamerauer hatte sich zunächst an das zuständige Landschranngericht zu Landau an der Isar gewandt, das ihn an den Herzog und seine Räte verwies. Heinrich der Reiche verweigerte ihm jedoch den Rechtstag und ordnete erneut die Klärung durch das Landschranngericht an. Kamerauer wandte sich daraufhin an das Hofgericht. Unter Berufung auf das Landrecht gaben die Räte schließlich Kamerauer Recht, wonach der Herzog verpflichtet war, die Sache vor dem Hofgericht innerhalb von 45 Tagen klären zu lassen.⁹⁷⁴ Nicht immer fiel dabei die Entscheidung zugunsten des Klägers aus: Als 1441 derselbe Peter Kamerauer zu Haidstein zusammen mit den Kamerauern zu Samareinkirchen im Hofgericht vorsprach, weil ihnen Heinrich XVI. entgegen eines Schiedsspruches die Einsetzung in das Erbe der verstorbenen Kuchel zu Friedburg in seinem Land verweigerte, wiesen die Räte die Klage mit der Begründung ab, dass der Kaiser den Streit vor sein Gericht gezogen habe und sie daher „in der sachen nit schuldig sein, ferrer recht zesprechen“.⁹⁷⁵ In einem anderen Fall ist zu beobachten, dass das Hofgericht bei einem offensichtlich unbeabsichtigten und nicht mehr rückgängig zu machenden Verstoß der landesherrlichen Rechtssprechung gegen die adelige Gerichtsbarkeit für einen gewissen Grad an Ausgleich sorgte.⁹⁷⁶

⁹⁷³ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 546: Im April 1437 wandte sich Hans Kamerauer an das Hofgericht, nachdem ihm Heinrich XVI. der Reiche mehrmals einen Rechtstag wegen des Schlosses Schwabeck verweigert hatte. (Herzog Ludwig VII. der Bärtige von Bayern-Ingolstadt hatte Kamerauer Schwabeck samt 300 fl. während seines Streites mit dem Landshuter Herzog wegen des Konstanzer Überfalls weggenommen. Kamerauer hatte sich deshalb mit seinen Forderungen an Heinrich den Reichen gewandt.)

⁹⁷⁴ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1158. 1437 hatten die Töchter des verstorbenen Konrad Kuchel die Hofmark Haunersdorf mit ihren Zugehörungen an Herzog Heinrich XVI. verkauft, vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1156. Vgl. dazu auch BayHStA Kurbayern 21357: Erklärung Peter Kamerauers über den Verkauf der Hofmark Haunersdorf an Heinrich den Reichen 1441.

⁹⁷⁵ BayHStA Kurbayern 14437.

⁹⁷⁶ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1816: 1437 ging Georg Muracher zu Flügelsberg vor das Hofgericht, weil er in Erfahrung gebracht hatte, dass der Rechtsstreit Wilhelm Fraunbergers zu Laberweinting mit den „Pauleuten“ vor dem Hofgericht ausgetragen worden war, obwohl er vor Muracher als Lehensherr der strittigen Güter ausgetragen hätte werden müssen. Da das Hofgerichtsurteil bereits unter dem Sekretsiegel des Herzogs umgesetzt worden war und deshalb wohl nicht mehr rückgängig gemacht werden konnte, garantierten die Räte Muracher zumindest, dass ihm aus dem Hofgerichtsurteil weder an seinen Lehen noch an seiner Gerechtigkeit ein Schaden entstünde.

Das Hofgericht beschäftigte sich mehrheitlich jedoch mit den strittigen Angelegenheiten des Adels untereinander, wie sie sich immer wieder aus den Konkurrenzkämpfen um Besitz- und Herrschaftsrechten ergaben. In der Hauptsache wandten sie sich in ihren Erb-⁹⁷⁷ und Besitzstreitigkeiten⁹⁷⁸ an das Hofgericht als oberste Schiedsinstanz. Dessen rege Frequentierung in diesen Dingen drückt das allgemein empfundene Bedürfnis nach einer Ordnungsinstanz im Land aus und spricht zugleich für eine hohe Akzeptanz beim Adel. Dies galt wohl auch für die Entscheidungen des Hofgerichts. Während in den Streitsachen mit dem Herzog meist mehrere Verhandlungen notwendig waren, die nur allzu deutlich das zähe Ringen um jeden Zentimeter Herrschaft zum Ausdruck brachten, genügte in den anderen Streitfällen des Adels oftmals eine einmalige Entscheidung der Räte. Appellationen an das kaiserliche Hofgericht, die außerdem auf eine gewisse Unzufriedenheit des Adels mit der Rechtssprechung im herzoglichen Hofgericht hindeuten würden, sind so gut wie nicht vorhanden.⁹⁷⁹

⁹⁷⁷ Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 18, fol. 39v-46v; BayHStA Neuburger Kopialbücher 18, fol. 47r- 51r: Wilhelm Fraunhofer zu Altfraunhofen klagte 1431/32 vor dem Hofgericht um sein väterliches Erbe gegen Oswald Törring und Georg Fraunberger zu Hohenburg, die für ihre beiden Ehefrauen Erbansprüche geltend machten. Vgl. BayHStA GU Laaber 22: Peter Kamerauer zu Haidstein klagte im Juni 1435 gegen Sebastian von Laber, da dieser mehreren Rechtstagen wegen der Hinterlassenschaft der verstorbenen Schwester Peter Kamerauers nicht nachgekommen war und ihm und seinen Vettern mehrmals unverschuldet Schaden zugefügt hatte. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 1861: Im August 1435 forderte Anna Sendlinger das Erbe ihres Vaters Ulrich Weilberg (vielleicht Weilbeck?) ein. Das Schloss samt Zugehörungen und Lehenschaft hatten Thoman Leutenbeck und seine Schwester Engelburg Rottauer eingenommen, worauf Anna Sendlinger als rechtmäßige Erbin nun ihre Ansprüche geltend machte. Vgl. BayHStA Kurbayern 30791: Hans Fraunberger der Jüngere zum Haag, Pfleger zu Erding, forderte 1445 im Hofgericht von Erhard Kelner die Herausgabe der Hofmark Preisendorf als sein rechtmäßiges Erbe. Vgl. BayHStA Kurbayern 32463: Im Juli 1444 klagte Otto Grans zum Wasen im Hofgericht gegen die Vormünder der Tochter des verstorbenen Heinrich Grans, da sie ihm das Schloss Uttendorf samt Lehen verweigerten, das ihm laut Schranngericht zustand, vgl. BayHStA Kurbayern 14433.

⁹⁷⁸ Vgl. BayHStA KU Passau-St. Nikola 1431 XI 24: Hans Fraunberger zu Haidenburg klagte im Hofgericht drei Güter ein, die ihm als Vogt und Lehensherr aus dem Markt Eichendorf zustanden. Die Räte verwiesen ihn auf das Landgericht. Vgl. BayHStA Kurbayern 21478 (= BayHStA Kurbayern 16084): 1439 forderte Anna Warter im Hofgericht von den Bürgen des Verkaufs des Marktes Reibach die Vergütung ihrer Morgengabe und ihres Heiratsgutes. Vor Gericht erschien nur ein Teil der Bürgen (Peter Kamerauer, Ulrich Kamerauer, Jakob Degenberger, Haimeran Nußberger und Wolfgang Pienzenauer). Vgl. BayHStA Kurbayern 15718: 1440 klagte Wilhelm Fraunberger zu Laberweinting gegen die Armleut Herzog Heinrichs XVI. zu Hersing, die seine Mühle im Dingolfinger Landgericht bereits mehrmals gepfändet und widerrechtlich in ihre Steuer, die sie dem Herzog jährlich schuldeten, einbezogen hatten. Die Räte verwiesen die zerstrittenen Parteien an das zuständige Landschranngericht

⁹⁷⁹ Vgl. BayHStA GU Hals 145: 1449 appellierte Hans Rösler, ein Diener Landgraf Johanns zu Leuchtenberg gegen ein Landschranngenurteil Vilshofens und ein Landshuter Hofgericht, als dem Pfleger zu Diessenstein, Wilhelm Nußberger zu Furt, Leuchtenberger Lehenstücke zugesprochen worden waren.

Das Hofgericht kam außerdem dem Verlangen des Adels nach Rechtssicherheit und Schutz seiner Gerichts- und Herrschaftsrechte in Auseinandersetzungen mit auswärtigen Herrschaften nach: 1440 klagte der herzogliche Pfleger Erhard Zenger zu Liechtenwald gegen die Stadt Regensburg im Landshuter Hofgericht wegen der Verhaftung einer Verbrecherin (Elisabeth Flieser aus Altenthann), die im Verdacht stand, Wegelagerer in ihrem Haus zu beherbergen bzw. selbst an Überfällen teilgenommen zu haben und die er in seiner Herrschaft Liechtenwald gefangen nehmen hatte lassen.⁹⁸⁰ Auf Grund der Schwere ihrer Verbrechen hatte Regensburg daraufhin die Auslieferung der Frau vor das Halsgericht Donaustauf gefordert.⁹⁸¹ Zenger kam dem nach, dennoch handelte es sich seiner Meinung nach um Geleitsbruch und Verstoß gegen sein Hofmarksrecht.⁹⁸² Das Landshuter Hofgericht bestätigte Erhard Zenger zwei Mal in seinen Forderungen, die Verbrecherin wieder ihm zu unterstellen und anschließend von seinem Pfleger in der Herrschaft Liechtenwald verurteilen zu lassen.⁹⁸³ Regensburg konnte sich hingegen weder mit einer Appellation an das kaiserliche Hofgericht⁹⁸⁴ noch mit einer Verurteilung der Verbrecherin vor dem Donaustauer Landgericht durchsetzen.⁹⁸⁵ Obwohl Elisabeth Flieser in Folge der ausgestandenen Folter während ihrer peinlichen Befragung schon bald verstarb,⁹⁸⁶ fand der Streit erst sein Ende, als Erhard Zenger eine Entschädigung von 80 Pfd. erhielt und am 5. Mai 1442 auf weitere Forderungen

⁹⁸⁰ Vgl. HUSCHBERG, Zenger, S. 75-77; BayHStA RU Regensburg 1440 VII 26. Der Streit wurde auf Wunsch Regensburgs hin vor Herzog Heinrich XVI. und seinen Räten ausgetragen. Vgl. zu den Verhandlungen im Vorfeld, die sich hauptsächlich mit der Vorbereitung des Rechtstages beschäftigten BayHStA Rst. Regensburg 1440 IV 12 und 1440 IV 16; BayHStA Rst. Regensburg 1440 VI 23; BayHStA Rst. Regensburg 1440 VI 24; BayHStA Rst. Regensburg 1440 nach VI 24; BayHStA Rst. Regensburg 1440 VI 25; BayHStA Rst. Regensburg 1440 nach VI 25; BayHStA Rst. Regensburg 1440 VI 28; BayHStA Rst. Regensburg 1440 VI 30; BayHStA Rst. Regensburg 1440 VII 14.

⁹⁸¹ Regensburg berief sich dabei auf ein Geständnis der Elisabeth Flieser, vgl. BayHStA HU Regensburg 1440 IV 16 (= BayHStA RU Regensburg (zu 1440 IV 16)).

⁹⁸² Vgl. BayHStA RU Regensburg 1440 VII 26; BayHStA Rst. Regensburg 1440 IV 7.

⁹⁸³ Vgl. BayHStA RU Regensburg 1440 VII 26; BayHStA Rst. Regensburg 1441 IV 23.

⁹⁸⁴ Vgl. BayHStA Rst. Regensburg 1441 I 24 I: Die Appellation wurde als unbillig abgewiesen. Vgl. dazu auch BayHStA HU Regensburg 1441 I 24. Erhard Zenger versuchte die Appellation Regensburgs zu umgehen und wollte den Streit lieber nochmals vor Heinrich XVI. oder einem anderen Schiedsgericht unter Pfalzgraf Johann von Neumarkt bzw. Herzog Albrecht III. von Bayern-München verhandeln lassen, vgl. BayHStA Rst. Regensburg 1440 VIII 31; BayHStA Rst. Regensburg 1440 IX 12. Nach der erfolglosen Appellation an den Kaiser stimmte Regensburg schließlich einer erneuten Verhandlung vor dem Landshuter Herzog und seinen Räten zu, vgl. BayHStA Rst. Regensburg 1441 IV 6; BayHStA Rst. Regensburg 1441 IV 8; BayHStA Rst. Regensburg 1441 IV 17.

⁹⁸⁵ Vgl. BayHStA Rst. Regensburg 1441 III 21. Vgl. dazu auch die Anweisungen Regensburgs BayHStA Rst. Regensburg 1441 III 24.

⁹⁸⁶ Vgl. BayHStA Rst. Regensburg 1441 V 15³; BayHStA Rst. Regensburg 1441 V 16.

gegenüber Regensburg verzichtete.⁹⁸⁷ Die guten Beziehungen wurden dadurch wiederhergestellt, dass sein gleichnamiger Sohn kurz darauf zum Stadtdiener Regensburgs bestellt wurde.⁹⁸⁸

Die landesherrliche Hofgerichtsbarkeit stillte in gewisser Weise das Verlangen des Adels nach Rechtssicherheit und Rechtsschutz im Land gegen Übergriffe des Herzogs, den Ansprüchen von Standesgenossen oder auswärtiger Herrschaften. Zugleich bildete das Hofgericht ein Forum für die Bedürfnisse des Adels, die sich auf die Behauptung und Expansion ihrer Herrschafts- und Besitzrechte konzentrierten. Die allgemein rege Inanspruchnahme des Hofgerichts, die mehrheitliche Akzeptanz seiner Urteile lassen die Schlussfolgerung zu, dass sich das Hofgericht als wirkungsvolles Instrument des Adels bei der Durchsetzung seiner Forderungen erwies. Den Preis, den der Adel dafür zahlen musste, war die Anerkennung der Autorität des herzoglichen Gerichts und damit die Unterordnung unter die landesherrliche Gerichtsgewalt.

d) Die Schiedsgerichtsbarkeit als Alternative?

Es bleibt die Frage zu klären, welche Alternativen der Adel zur Klage vor dem Hofgericht überhaupt hatte, wollte er seine Ansprüche auf rechtlichem Wege durchsetzen, aber sich nicht einer Entscheidung der herzoglichen Räte und der landesherrlichen Autorität beugen. Die Schiedsgerichtsbarkeit stellte offensichtlich eine solche, jedoch in ihren Möglichkeiten durch die Institutionalisierung der Hofgerichtsbarkeit begrenzte Alternative dar. Der Bestand an Schiedsgerichtsurteilen aus den letzten beiden Jahrzehnten der Regierung Herzog Heinrichs XVI. des Reichen bezeugt zunächst, dass das Schiedsgerichtsverfahren zur außergerichtlichen Streitschlichtung neben dem Hofgerichtsprozess von Herzog und Adel gleichermaßen

⁹⁸⁷ Vgl. BayHStA Rst. Regensburg 1442 V 5. Vgl. HUSCHBERG, Zenger, S. 77; BayHStA Regensburg 1441 X 21: Zwischenzeitlich hatten sich beide Seiten um Streitschlichtung durch Pfalzgraf Johann von Neumarkt bemüht, allerdings vergeblich.

⁹⁸⁸ Vgl. HUSCHBERG, Zenger, S. 77; BayHStA Rst. Regensburg 1442 V 23.

weiterhin in Anspruch genommen wurde.⁹⁸⁹ Auch hier trat der Herzog vorwiegend als Ankläger des Adels, äußerst selten als Richter auf, was darauf schließen lässt, dass es ihm auch im Schiedsverfahren vor allem um die Behauptung und Expansion landesherrlicher Ansprüche ging. Während der Herzog sehr wohl beide Möglichkeiten, Hof- und Schiedsgericht, ausschöpfte, um sich gegen den Adel durchzusetzen, ist im Gegensatz dazu zu beobachten, dass der Adel nur Konflikte mit Standesgenossen oder auswärtigen Herrschaften⁹⁹⁰ im Schiedsverfahren austrug. Als Streitgegenstände sind diesbezüglich Schadensersatz⁹⁹¹, Besitz⁹⁹²

⁹⁸⁹ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 608f: Die zerstrittenen Parteien einigten sich dabei auf eine Zahl von Spruchleuten, deren Urteil von beiden Seiten von vornherein als verbindlich akzeptiert wurde.

⁹⁹⁰ Vgl. BayHStA GU Wasserburg 228: Schiedsspruch Hans von Degenbergs, Alban Closens, Erasmus Preysings und Ulrich Kamerauers im Streit Georg Fraunbergers des Älteren zum Haag mit dem Regensburger Bischof von 1437. Der Bischof verweigerte Fraunberger die Begleichung mehrerer Geldsummen, die er ihm wegen der Einnahme Hohenburgs schuldete. Vgl. BayHStA Kurbayern 19755: Im Juni 1449 vermittelte Heinrich der Reiche einen Vergleich im Streit Herzog Albrechts III. von Bayern-München mit dem Landshuter Rat Heinrich Nothaft wegen mehrerer Schuldbriefe.

⁹⁹¹ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 174: Schiedsspruch im August 1431 von Hans Parsberger, Hauptmann zu Landshut, Ulrich Ebran zu Wildenberg, Ulrich Ecker, Richter zu Landshut, Urban Moroltinger, Peter Reicher, Bernhart Chöllenpecken, Georg Gerelhauser im Streit zwischen Heinrich Preysing und Heinrich Adelzhauser um Schadensersatz für einen abhanden gekommenen Bürgschaftsbrief.

⁹⁹² Vgl. BayHStA Passau Domkapitel 8319: 1430 verzichteten die Brüder Georg und Erasmus Buchberger zu Winzer in ihrem Streit mit dem Domkapitel zu Passau auf einen Hof infolge eines Schiedsspruches Herzog Heinrichs des Reichen. Vgl. BayHStA Grafschaft Ortenburg 396: Spruchbrief im Mai 1440 von Alban Closen, Hofmeister und Pfleger bei der Rott, Hans Puzner, Richter zu Pfarrkirchen, Georg Dieperskircher, Hartprecht Hawnperger, Moriz Sueß, Hans Ruether, Matheus Egber, Georg Aham und Kaspar Mulher zwischen Graf Alram von Ortenburg und den Brüdern Tumaier unter anderem um die Hofmark Oberndorfbach. Vgl. OÖL Linz Herrschaftsarchiv Hagenau-Hueb Urkunden Nr. 43: Spruchbrief Erasmus Preysings und Erasmus Ahams von 1442 im Streit zwischen den Brüdern Hans und Wolfgang Tannberger um die Teilung ihres Besitzes. Vgl. OÖL Linz Herrschaftsarchiv Hagenau-Hueb Urkunden Schachtel 1 1443 18/2; StA München Törring-Jettenbach Urkunden 308: Spruchbrief von Wilhelm Törring zu Tüßling, Pfleger zu Kling, Oswald Törring zu Stein, Marschall, und Thoman Preysing zu Wollnzach, Pfleger zu Kranzberg 1443 im Streit Wolfgang Taufkirchers zu Bütenburg mit den Törring zu Jettenbach um mehrere Besitzungen, Höfe und Zehnt zu Waldhausen und Pranberg. Vgl. BayHStA HU Regensburg 1443 I 15: Bischof Friedrich von Regensburg, Georg Fraunberger zum Haag, Pfleger zu Tettelham, Hans Fraunberger zu Massenhausen und Hans Fraunberger zu Falkenfels unterwarfen sich in ihren Streitigkeiten in der Herrschaft Hohenburg am Inn und der Grafschaft zum Haag dem Urteil Georg von Gundelfingens in Gegenwart Herzog Heinrichs XVI. des Reichen und seiner Räte Erasmus Preysing, Kammermeister, Oswald Törring, Marschall, Heinrich Nothaft, Georg Closen, Weinschenk, und Jakob Püttrich, Richter zu Landshut. Vgl. BayHStA Rst. Regensburg 1444 VI 29: Spruchbrief von Erasmus Preysing, Kammermeister, Vivianz Aham zu Ratzenhofen, Erhard Zenger zu Liechtenwald, Georg Aham zu Hagenau, Kaspar Brand zu Mainbach und Oswald Hautzenberger, Rentmeister, für Ulrich Ecker zu Liechteneck, seine Ehefrau und deren Schwester in ihrem Streit mit Hans Inninger und anderen um ein Gut des verstorbenen Feicht Inninger. Vgl. BayHStA GU Rosenheim 20: Spruchbrief von Wilhelm Törring, Pfleger zu Wasserburg, Karl Kärgl, Pfleger zu Kling, Georg Ettlinger, Rentmeister, Hans Paltran, Richter zu Wasserburg, Georg Friesheimer, Zollner zu Wasserburg, Ulrich Huber zu Wildenheim, Kilian Ochsenberger und Hans Ecker zu Liechteneck, Kastner zu Rosenheim, im Streit Hans Ebsers, Pfleger zu Kufstein, mit mehreren Nachbarn um die am Inn gelegenen Auen im Rosenheimer Gericht von 1449.

und Lehen⁹⁹³, Feindschaft⁹⁹⁴ und Fehde⁹⁹⁵, Schulden⁹⁹⁶ und Erbstreitigkeiten⁹⁹⁷

⁹⁹³ Vgl. BayHStA Kurbayern 21024: Schiedsspruch im November 1431 von Hans Parsberger, Hauptmann zu Landshut, Ulrich Kamerauer zu Niederpörling und Hans Ecker, Rentmeister, im Streit Oswald Ettlingers mit Georg Gerlhauser unter anderem um die Entfremdung seiner Lehen. Vgl. BayHStA Kurbayern 16062: Hintergang der Brüder Georg und Lienhard Aichberger zu Söldenau im Januar 1436 hinter Wilhelm Aichberger im Moos, Pfleger zu Hengersberg und Hilkersberg, und Dietrich Gmuser zu Plenting in ihrem Streit um Mannschaft und Lehenschaft zu Söldenau, die jeweils dem Ältesten unterstellt wurden. Vgl. BayHStA GU Reichenberg 455/1: Spruchurteil Hans von Degenbergs, Hofmeister, Erasmus Preysings, Kammermeister, Vivianz und Erasmus Ahams, Ulrich Kamerauers und Ulrich Eckers im Streit des Freisinger Domkapitels mit Georg Dieperskircher zu Triftern um mehrere Lehen im Februar 1436.

⁹⁹⁴ Vgl. BayHStA Kurbayern 26988: Hintergang Herzog Heinrichs des Reichen im Oktober 1431 hinter Wernher Seyboldsdorfer, Pfleger zu Kranzberg, Sigmund Waldenhofer, Peter Oberndorfer und Kaspar Flitzinger in seinem Streit mit Ludwig und Rüger Siber „von des nams wegen, den Erasm der Fras dem benannten Rügern dem Sibär getan hat“. Vgl. OÖL Linz Stiftsarchiv Mondsee Bd. 213, Nr. 1: Oswald Törring schlichtet 1444 einen Streit des Abtes zu Mondsee mit den Landleuten von Mondsee und dem Pfleger zu Wildeneck, Eberhard Kuchel. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 2004: Erasmus Preysing, Kammermeister und Pfleger zu Landshut, Ulrich Ecker, Ulrich Eisenhofer, Heinrich Hertenberger, Richter zu Landshut, Hans Seyboldsdorfer, Jakob Püttrich, Oswald Hautzenberger, Rentmeister, und Friedrich Tobelheimer, Landschreiber, stifteten im Oktober 1449 Frieden im Streit zwischen Hans Fraunberger zum Haag Pfleger zu Greisbach, und Hans Aberdar von Seckendorf zu Mörn.

⁹⁹⁵ Vgl. BayHStA Passau Hochstift 628: Spruchbrief Herzog Heinrichs des Reichen und seiner Räte Alban Closen, Oswald Törring, Marschall, Dietrich Staufer, Vivianz Aham, Ulrich Ecker und Georg Closen, Weinschenk, in der Fehde des Niklas Türndl mit Georg Stockheimer, Mautner, und Hans Amelstorfer, Richter zu Passau, wodurch Türndl in Feindschaft mit der Stadt Passau geraten und auch der herzogliche Pfleger zu Natternberg, Degenhart Hofer, hineingezogen worden war.

⁹⁹⁶ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg 1431 III 5: Schiedsspruch von Hans Zenger zu Schwarzeneck, Alban Closen zu Arnstorf, Hauptmann bei der Rott, Hans Parsberger, Hauptmann zu Landshut, Erasmus Preysing, Hauptmann zu Burghausen und Eberhard Mistelbeck, Pfleger zu Pleystein im Streit Tristram Zengers zu Schneeberg, seiner Schwester Dorothea Schaunberg und Margaretha Gumpfenberg mit den Herzögen Ludwig VII. von Bayern-Ingolstadt, Ernst und Wilhelm von Bayern-München und Heinrich dem Reichen von Bayern-Landshut wegen einer von ihren Vätern verschriebenen Geldsumme von 2.000 fl. auf den Zoll zu Ingolstadt. Vgl. BayHStA Kurbayern 16064: Schiedsspruch im Mai 1431 von Wilhelm Fraunberger zu Fraunberg, Dietrich Staufer zu Ehrnfels, Andre Punzinger, Herzog Johanns Hofmeister, Erasmus Seyboldsdorfer zu Seyboldsdorf und Erasmus Laiming zu Tegernbach im Streit Friedrich von Wolfsteins mit Wilhelm, Georg, Parzival und Lienhard Aichberger um 100 fl. und einen Heiratsbrief. Vgl. OÖL Linz Herrschaftsarchiv Aurolzmünster Urkunden Nr. 46: Spruchbrief Haymeran Nußbergers von 1446 im Streit Hans Tannbergers zu Aurolzmünster und Amalie Rüggers mit Hans Sattelboger zu Geltolfing um einen Schuldschein von 1.000 fl. ungr.

⁹⁹⁷ Vgl. BayHStA Kurbayern 21024: Schiedsspruch im November 1431 von Hans Parsberger, Hauptmann zu Landshut, Ulrich Kamerauer zu Niederpörling und Hans Ecker, Rentmeister, im Streit Oswald Ettlingers mit Georg Gerlhauser unter anderem um die Erbschaft Wolferstorfers und Münstrers. Vgl. BayHStA Kurbayern 16062: 1436 begann der Erbstreit zwischen den Brüdern Georg und Lienhard Aichberger zu Söldenau um die Lehenschaft zu Söldenau. Ein Jahr später erging ein neuer Schiedsspruch in dieser Sache von Wilhelm Aichberger, Konrad Hausen, Parzival Aichberger und Dietrich Gmuser um ein strittiges Waldstück bei Spiegelberg, vgl. BayHStA Kurbayern 16063. Vgl. StA München Törring-Seefeld U 14: Spruchbrief Oswald Törrings zu Stein, Marschall, und Wilhelm Törrings zu Jettenbach von 1439 im Streit zwischen Wilhelm Törring zu Tüßling und Georg Törring zu Törring um die Auslösung eines ererbten Guts. Vgl. StA München Herrschaft Hohenaschau Urkunden 1440 Juli 16: Spruchbrief des Bischofs von Augsburg im Streit Burkhardts und Ulrichs von Freyberg mit den Mautnern um das Erbe der verstorbenen Klara Taufkircher, vgl. dazu auch acht Briefe Heinrichs des Reichen an die Freyberg wegen eines Rechtstages StA München Herrschaft Hohenaschau A 8. Vgl. BayHStA Notthafft Urkunden 420: Spruchbrief Herzog Heinrichs des Reichen und Oswald Törrings, Marschall, von 1443 im Streit zwischen den herzoglichen Räten Mattheus Grans zu Granseck und Haymeran Nothafft, Viztum zu Straubing, Hans Fraunberger der Jüngere zum Haag, Pfleger zu Erding, und Georg Closen zu Hirschhorn, Weinschenk, um die Hinterlassenschaft (Schloss, Mannschaft und Lehenschaft) des verstorbenen Mattheus Grans zu Uttendorf. Vgl. StA München Törring-Jettenbach Urkunden 323: Spruchbrief von Hans Fraunberger zum

nachzuweisen. Die Tatsache, dass der Adel seine strittigen Angelegenheiten mit dem Herzog offenbar nicht im Schiedsverfahren klärte, sondern nahezu ausschließlich vor dem Hofgericht,⁹⁹⁸ gibt die alleinige Zuständigkeit des Hofgerichts als einzige ordentliche Gerichtsinstanz für Beschwerden gegen den Herzog im Land zu erkennen. Die Adeligen wurden in ihren Kontroversen mit dem Landesherrn bewusst vor das Hofgericht gezwungen, um sie so der alleinigen Jurisdiktionsgewalt des Herzogs stärker unterzuordnen. In den Differenzen des Adels untereinander fiel dies schwieriger, da sich die zerstrittenen Parteien immer noch auf ein Schiedsverfahren einigen und so das Hofgericht umgehen konnten. Um so auffallender ist, dass diese Ausweichmöglichkeit vom Adel nicht immer genutzt und selbst in Streitfällen mit Standesgenossen das Hofgericht eingeschaltet wurde. Dies lässt sich im Grunde nur so erklären, dass ein Urteil der landesherrlichen Rechtssprechung, hinter dem der Herzog stand, größere Wirksamkeit besaß und damit leichter durchgesetzt werden konnte. Der Adel sparte sich damit Zeit und Geld für eine wiederholte Klage. Dass der Adel gerade dort, wo es ihm noch möglich war, jedoch nicht zusätzlich die Gerichtsgewalt des Landesherrn stärken wollte, lässt sich daran ablesen, dass der Landshuter Herzog von den zerstrittenen Adelsparteien kaum jemals zum Richter im Schiedsverfahren bestimmt wurde. Eine Ausnahme bildeten die Inhaber der Hofämter. Der Hofmeister Alban Closen, der Kammermeister Erasmus Preysing und der Marschall Oswald Törring wurden regelmäßig als Spruchleute im Schiedsverfahren tätig, wofür sie ihr hohes Ansehen prädestinierte. Ihr Wert lag möglicherweise auch in der besonderen Rechtskunde und – erfahrung, die sie im Laufe ihrer langjährigen Tätigkeit in der landesherrlichen Rechtssprechung sammeln konnten, denn bezeichnenderweise waren es dieselben Landherren, die auch im Hofgericht das Urteil fällten. Der Adel scheint daher grundsätzlich mit der Besetzung des Hofgerichts einverstanden gewesen zu sein.

Haag, Erasmus Preysing, Kammermeister, Oswald Törring zu Stein, Marschall, und Ulrich Hubers als Zusatz im Streit Wilhelm Törrings zu Tüßling und seiner Frau mit dem Hofmeister Alban Closen, Meister Hans Simonis, Domherr und Vikar zu Freising, Ulrich Weichser, Hofmeister zu Freising, und als Zusatz Ulrich Nußdorfer, Domprobst zu Freising, wegen ihrer Erbschaftsansprüche an die Nußdorfer aus dem Jahre 1447.

⁹⁹⁸ Nur ein Mal ist bei einer Klage des Adels gegen den Herzog die Austragung im Schiedsverfahren nachzuweisen. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 552: Spruchbrief aus dem Jahre 1441 von Alban Closen, Hofmeister, Erasmus Preysing, Kammermeister, Oswald Törring, Marschall, Erasmus Aham zu Wildenau und Andre Loder, Kanzler, im Streit Peter Kamerauers zu Haidstein und der Kamerauer zu Schönstein und Mariakirchen mit Heinrich XVI. dem Reichen, dem sie Rechtsverzug vorwarfen.

Die Grundlage des Schiedsgerichtsverfahrens bildete der Schiedsvertrag, auch „Anlaß“ oder „Hintergang“ genannt, worin sich die zerstrittenen Parteien auf die Beilegung ihres Streits durch ein Schiedsgericht einigten und sich dessen Urteil ohne Einspruch unterwarfen.⁹⁹⁹ Das Schiedsverfahren wurde vom Richter zusammen mit den weiteren Vorsitzenden des Schiedsgerichts, den Obleuten bzw. Spruchleuten, geführt. Als solche fungierten der Herzog, seine Räte oder die herzoglichen Beamten.¹⁰⁰⁰ Die bayerischen Herzöge standen dem Schiedsverfahren auf Grund ihrer eigenen Beteiligung bzw. der Schiedsrichtertätigkeit ihrer Beamten und Räte grundsätzlich nicht abweisend gegenüber.¹⁰⁰¹ Schiedsverfahren fanden oft im Anschluss an Fehden statt und beschäftigten sich meist mit Erb-, Gebiets- und Grenzstreitigkeiten. Als wichtiges Mittel der gewaltlosen Konfliktlösung erfreuten sie sich sowohl auf landesherrlicher wie auch Reichsebene großer Beliebtheit¹⁰⁰² und boten sich auch bei Differenzen der bayerischen Herzöge untereinander¹⁰⁰³ oder mit auswärtigen Herrschaften an.¹⁰⁰⁴

⁹⁹⁹ Vgl. KOBLER, Schiedsgerichtswesen, S. 22f, 29: Dabei spielte es keine Rolle, ob die Parteien ihre Streitsache bereits früher in einem Gericht ausgetragen hatten. Die Schiedssprüche waren durch Rechtsmittel allerdings nicht anfechtbar, vgl. KOBLER, Schiedsgerichtswesen, S. 91.

¹⁰⁰⁰ Vgl. KOBLER, Schiedsgerichtswesen, S. 52.

¹⁰⁰¹ Vgl. KOBLER, Schiedsgerichtswesen, S. 105f: Das Schiedsverfahren wurde beispielsweise im oberbayerischen Landrecht als Ergänzung der ordentlichen Gerichtsbarkeit betrachtet.

¹⁰⁰² Vgl. KOBLER, Schiedsgerichtswesen, S. 16, 32-37.

¹⁰⁰³ Vgl. beispielsweise BayHStA Kurbayern 24328: Schiedsspruch im Juni 1437 von Hans von Degenberg, Erbhofmeister in Bayern, Heinrich Nothaft zu Wernberg dem Älteren, Kaspar Torer, Marschall, und Wernhart Seybersdorfer, Kammermeister, im Streit zwischen Herzog Ernst und seinem Sohn Albrecht mit Heinrich dem Reichen über die Auslösung des an den Landshuter Herzog verpfändeten Neustadt. Vgl. BayHStA GU Natternberg 14: Spruchbrief im Juni 1437 von Hans von Degenberg, Hofmeister, Heinrich Nothaft zu Wernberg dem Älteren, Kaspar Torer, Marschall, und Wernhart Seybersdorfer, Kammermeister, im Streit Herzog Ernsts mit Heinrich dem Reichen, der infolge der Teilung des Straubinger Herzogtums um mehrere Äcker und Wiesen bei Deggendorf bzw. Natternberg entbrannt war.

¹⁰⁰⁴ Vgl. BayHStA Kurbayern 25255; Pfalz-Neuburg Auswärtige Staaten 1440: Die Räte des Reichserztruchsessens Pfalzgraf Ludwig setzten als Spruchleute 1449 im Streit Herzog Heinrichs des Reichen mit den Grafen von Ötting um eine Geldschuld ihres verstorbenen Bruders einen neuen Rechtstag an.

An vielen Schiedsverfahren war Heinrich der Reiche als Ankläger des Adels selbst beteiligt. Der Herzog verließ sich bei Schadensersatzforderungen¹⁰⁰⁵ ebenso wie im Streit um Besitz- oder Herrschaftsrechte des Adels¹⁰⁰⁶ auf das Urteil ausgewählter Spruchleute. Desgleichen trug der Herzog seine Fehden mit einzelnen Adeligen eher im

¹⁰⁰⁵ Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 705: Schiedsspruch Markgraf Friedrichs I. von Brandenburg und Herzog Wilhelms III. von Bayern-München 1434 im Streit Heinrichs des Reichen mit Martin Truchsess um Kriegsdienst und Schäden in Höhe von 100 fl. ungr. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg 1432 VIII 23: Hintergang Herzog Heinrichs des Reichen hinter Alban Closen, Hofmeister, Hans Parsberger, Marschall, Erasmus Preysing, Kammermeister, Georg Fraunberger zu Hohenburg und Heinrich Preysing in seinem Streit mit Hiltpolt Hohenfeller. Letzterer forderte vom Herzog die Begleichung mehrerer Schulden und der Schäden, die ihm im Dienst des Herzogs entstanden waren, unter anderem auf Grund seiner Beteiligung am Böhmenzug Heinrichs des Reichen, eines Baus und einer Burghut. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 841: Schiedsspruch von Wilhelm Preysing zu Kronwinkl, Ulrich Ecker zu Kapfing und Jakob Waller zu Wildthurn, Pfleger zu Landshut, im Streit Kaspar Hautzendorfers mit Heinrich XVI. dem Reichen, der vom Herzog die Bezahlung für entstandene Schäden als Pfleger zu Eck und in dessen Kriegsdienst forderte. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 917: Am 20. April 1450 ergangenes Schiedsurteil von Alban Closen, Hofmeister, Oswald Törring, Marschall, und Wilhelm Truchtlinger im Streit Herzog Heinrichs XVI. mit Theseres Fraunhofer und seinen drei Schwestern um Quittierung all ihrer Forderungen an den Landshuter Herzog gegen Bezahlung von 4.000 fl. ungr.

¹⁰⁰⁶ Vgl. PAMMLER, Geschichte der Herrschaft Haidenburg, S. 160-170: Hans Fraunberger hatte die Herrschaft Haidenburg 1423 von den Landgrafen zu Leuchtenberg gekauft und geriet bald darauf mit dem herzoglichen Pfleger zu Pfarrkirchen über die ihm zustehenden Rechte in Streit. Vgl. BayHStA Kurbayern 21674 (= BayHStA Neuburger Kopialbücher 34, fol. 142r-143v) gedruckt bei PAMMLER, Geschichte der Herrschaft Haidenburg, S. 168-170: Schiedsspruch aus dem Jahre 1433 von Hans von Degenberg, Hofmeister, Erasmus Preysing, Kammermeister, Hans Kuchel, Mattheus Grans, Wilhelm Aichberger, Ulrich Ebran, Vivianz Aham, Erhard Zenger, Ulrich Kamerauer und Hans Ecker, Rentmeister, im Streit Herzog Heinrichs des Reichen mit Hans Fraunberger zu Haidenburg wegen des Landgerichts zu Pfarrkirchen, der Herrschaft zu Haidenburg und der Hofmark zu Perendorf. Dem war bereits ein Schiedsurteil von 1425 vorausgegangen, vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 34, fol. 129v-130r, gedruckt bei PAMMLER, Geschichte der Herrschaft Haidenburg, S. 167-168. Auch das Landshuter Hofgericht beschäftigte sich 1434 mit diesem Fall. Vgl. dazu auch BayHStA Kurbayern 21683: Im August 1437 erging ein neuer Schiedsspruch in derselben Sache von Erasmus Preysing zu Kopfsburg, Kammermeister, und Wilhelm Aichberger im Moos, Pfleger zu Hengersberg und Hilkersberg. Vgl. BayHStA Kurbayern 14524 (= BayHStA Kurbayern Äußeres Archiv 1146, fol. 93r-94r): Erasmus Preysing, Kammermeister, Mattheus Grans, Erasmus Aham zu Wildenau, Oswald Mautner, Hans und Urban Tannberger erläutern durch ihren Schiedsspruch im November 1441 den Streit Heinrichs des Reichen mit Hans Zaurud um die Abgrenzung der landesherrlichen und Hofmarksgerichtsbarkeit in der Herrschaft Mörmosen. Zaurud musste dem Herzog diejenigen Streithändel, die den Tod anbetrafen (= Viztumhändel), überlassen, erhielt aber die Nachrechte daraus, vgl. ETTELT-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. I, S. 245f. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Bestellungen 1446 XII 30: Spruch von Erasmus Preysing, Kammermeister, Georg Aham, Pfleger zu Teisbach und Andre Loder, Kanzler, im Streit Herzog Heinrichs des Reichen mit Ulrich von Rechberg um die mit der Pflege zu Höchstädt verbundenen Rechte. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg 1449 XI 4: Erasmus Preysing, Kammermeister, Hans Parsberger, Wilhelm Aichberger, Georg Aham, Wilhelm Truchtlinger, Hans Seyboldsdorfer und Heinrich Hertenberger schlichten den Streit Hans von Seckendorfs, genannt Aberdar, mit Herzog Heinrich dem Reichen „von des gsloss Ganshaim auch von sold, dinst, schäden, pfleg, hofpaw, zins lewt und aigner lewt wegen“.

Schiedsverfahren als vor dem Hofgericht aus.¹⁰⁰⁷ Der Grund dafür dürfte in den Vorteilen der Schiedsgerichtsbarkeit zu suchen sein, die darin bestanden, dass die Gestaltung den Parteien und den Schiedsrichtern weitgehend frei gestellt,¹⁰⁰⁸ daher einfacher und weniger formgebunden als das Hofgericht war.¹⁰⁰⁹ Auf diesem Wege ließ sich wohl leichter und schneller eine Konfliktlösung zwischen den verfeindeten Parteien finden, um die Fehde gewaltlos beizulegen. Unzufriedenheit mit der Besetzung des Hofgerichts, Prozessverschleppung durch eine der betroffenen Parteien oder Reduzierung der Kosten stellten oftmals weitere Beweggründe dar, strittige Angelegenheiten im Schiedsverfahren klären zu lassen.¹⁰¹⁰ Bedenkt man außerdem, dass die Entscheidungen der Räte im Hofgericht nicht immer Anerkennung fanden, sondern häufig mehrere Verhandlungen erforderlich waren, so lag es nahe, notfalls außergerichtliche Wege in Form des Schiedsverfahrens zu beschreiten, die eine schnellere Lösung versprachen.¹⁰¹¹

Insgesamt betrachtet wurde die Hofgerichtsbarkeit von Heinrich XVI. dem Reichen als wirkungsvolles Instrument zur Expansion der Landesherrschaft und dauerhaften Eingliederung des landsässigen Adels in das herzogliche Regierungssystem eingesetzt. Indem Heinrich der Reiche als Ankläger des Adels auftrat, ihn so vor das Hofgericht

¹⁰⁰⁷ Vgl. BayHStA Kurbayern 26987: Alban Closen, Hofmeister, Erasmus Preysing, Kammermeister, Oswald Törring, Marschall, Wilhelm Preysing, Stefan Rohrbeck und Ulrich Ecker zu Kapfing schlichteten im Juli 1437 die Fehde zwischen Herzog Heinrich dem Reichen und Hans Perckheimer. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 76: 1438 schlichteten Herzog Ernst und sein Sohn Albrecht III. von Bayern-München die Fehde Heinrichs des Reichen mit den Auern zu Brennbegg. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Bavarica 97: Erasmus Preysing, Kammermeister, Jakob Degenberger, Erasmus Aham zu Wildenau, Hans Haibeck, Richter zu Landshut, Burkhard von Magenpuch, Pfleger zu Cham, Hans Fraunberger zu Prunn, Hauptmann zu Regensburg, Hans Huber und Martin Altman, beide Bürger zu Regensburg, schlichteten 1440 die Fehde Herzog Heinrichs des Reichen mit Martin und Dionys Armansperger, vgl. dazu auch BayHStA Pfalz-Neuburg Beziehungen zu Stiftern 625.

¹⁰⁰⁸ Vgl. KOBLER, Schiedsgerichtswesen, S. 72f.

¹⁰⁰⁹ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 609, der darauf hinweist, dass man beim Schiedsverfahren „weniger unter den Nachteilen der hergebrachten Gerichtsverfassung mit ihrem schwerfälligen und formalistischen Verfahren, ihrer schlecht überblickbaren Kompetenzabgrenzung und dem oft mangelhaften Einsichtsvermögen der Gerichte zu leiden hatte“.

¹⁰¹⁰ Vgl. KOBLER, Schiedsgerichtswesen, S. 14f; SCHLOSSER, Zivilprozess, S. 449.

¹⁰¹¹ Im Streit Heinrichs XVI. des Reichen mit Ulrich von Laber um eine strittige Lehenschaft war beispielsweise das Hofgericht bereits eingeschaltet, als beide Parteien daneben eine Lösung im Schiedsverfahren anstrebten. Vgl. BayHStA Pfalz-Neuburg Varia Neoburgica 1800: Erasmus Preysing, Kammermeister, und Ulrich Kamerauer zu Niederpörling schlichteten im November 1434 den Streit Herzog Heinrichs des Reichen mit Ulrich von Laber um eine Gült von 10 Pfd., deren Lehenschaft Ulrich von Laber beweisen sollte.

zwang, ließ sich dieses Gericht vom Herzog zur Durchsetzung neu erworbener Besitz- und Herrschaftsrechte gegenüber dem jeweils betroffenen Adel, auch zur Herrschaftslegitimation oder Bestrafung herzoglicher Beamter bei Amtsmissbrauch instrumentalisieren ebenso wie es zur allgemeinen Stärkung seiner Friedensgewalt und zur Integration des durch die dynastischen Erbfälle an Bayern-Landshut gefallenen Adels beitrug. Dies war vor allem deshalb möglich, weil die Institutionalisierung der Hofgerichtsbarkeit auf der anderen Seite den Bedürfnissen und Intentionen des Adels, insbesondere dem Wunsch nach Absicherung und rechtsförmlicher Anerkennung seiner Rechtstitel, Besitz- und Herrschaftsrechte, in einer Zeit der allgemeinen Rechtsunsicherheit entgegen kam. Sie gewährleistete dem Adel einen gewissen Schutz nach außen gegenüber den Ansprüchen auswärtiger Herrschaften, vor allem aber auch Schutz nach innen, vor Rechtsverweigerung bzw. -verzögerung durch den Herzog und bot zudem die Möglichkeit, auf gerichtlichem Wege Solforderungen oder Schadensersatzansprüche gegenüber dem Landesherrn durchzusetzen, ohne direkt zur kräftezehrenden und oft wenig erfolgversprechenden Fehde als letztem Rechtsmittel greifen zu müssen. Dies galt auch für die Konkurrenzkämpfe des Adels untereinander. Obwohl ein wirksames Instrument zur Verfolgung von Straftätern, die gegen die Anordnungen des Hofgerichts verstießen, noch fehlte und daher die tatsächliche Umsetzung der Hofgerichtsurteile nicht immer gewährleistet war, fand das Hofgericht dennoch rege Akzeptanz beim Adel. Die Besetzung des Hofgerichts mit Standesherrn versprach im Grunde gerade in Konflikten mit dem Herzog die Wahrung adeliger Interessen. Das Hofgericht war eine Domäne des Hofadels.¹⁰¹² Vertreter aller bedeutenden Adelsfamilien Bayern-Landshuts waren dort zum Teil über viele Jahre hinweg als Richter oder Beisitzer tätig. Die oberste Rechtssprechung des Landes lag damit nahezu kontinuierlich in den Händen einer bestimmten Gruppe von Adelsfamilien (Closen, Preysing, Törring, Aichberger, Aham etc.), die zugleich als Hofmeister, Kammermeister und Marschall die wichtigsten Ämter in der Staatsverwaltung inne hatten oder als Mitglieder des herzoglichen Rates in persönlich gutem Kontakt zum Fürsten standen. Gerade sie empfahlen sich als Mittelsmänner zwischen Herzog und Adel. Überwogen jedoch ihre guten Beziehungen zum Fürsten, so konnte sich dies für

¹⁰¹² Vgl. zum Begriff Hofadel ALBRECHT, Staat und Gesellschaft, S. 631.

den Rest des Adels durchaus negativ bemerkbar machen. Mehrere Entscheidungen der Räte in Streitfällen, in denen es Heinrich XVI. dem Reichen in seinem Expansionsstreben um die Durchsetzung seiner landesherrlichen Ansprüche ging, fielen tendenziell zu Gunsten des Herzogs auf Kosten des Adels aus. Die Standesinteressen traten dann hinter den Verpflichtungen gegenüber dem Herzog, denen sie sich auf Grund ihrer organisatorischen Eingebundenheit in das entstehende Staatswesen im Grunde nicht mehr entziehen konnten, zurück. Die zunehmende Zentralisierung der Staatsorganisation auf die Person des Fürsten hin lenkte auch die Interessen dieser Adeligen in andere Bahnen, die sich auf den Herzogshof als Mittelpunkt des politischen Lebens und auf die Tätigkeit in ihren Ämtern und Funktionen konzentrierten. Da über die personelle Besetzung des Hofgerichts die herzoglichen Räte selbst zu entscheiden hatten,¹⁰¹³ war ihr dauerhafter Einfluss in der Rechtssprechung weitgehend sicher gestellt und verhinderte so wahrscheinlich das Aufrücken anderer um Macht und Ansehen konkurrierender Adelsfamilien ebenso wie das Eindringen gelehrter Elemente bzw. das weitere Vordringen des Niederadels. Dem Erhalt ihres Monopols in der obersten Rechtssprechung des Landes sollte vermutlich auch das zusätzliche Engagement Alban Closens zu Arnstorf, Erasmus Preysings, Oswald Törrings und anderer in den Schiedsverfahren als der einzigen Alternative zum Hofgerichtsprozess dienen, so dass an diesen Landherren kein (Rechts-) Weg mehr vorbei führte. Der Herzog selbst war im Grunde dazu gezwungen, bei der Besetzung des Hofgerichts auf den mächtigen Landherrenadel zurückzugreifen. Dies lässt sich allein schon daran erkennen, dass mit Oswald Törring als Marschall und Hofrichter oder auch Wilhelm Törring zu Tüßling als mehrmaligen Beisitzer im Hofgericht Mitglieder dieser mächtigen niederbayerischen Landherrenfamilie trotz der unerfreulichen Erfahrungen des Herzogs mit Kaspar Törring an führender Stelle im Staatsdienst standen. Nur Persönlichkeiten von Rang und Namen aus den geachteten Adelsfamilien des Landes verfügten über die nötige Autorität und das entsprechende Ansehen, das den Entscheidungen des Hofgerichts eine nachhaltige Wirkung verleihen konnte und so dauerhaft für die allgemeine Akzeptanz der landesherrlichen Rechtssprechung beim Adel sorgte.

¹⁰¹³ Vgl. ETTALT-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. I, S. 239.

Obwohl sich der Herzog selbst nicht immer an die Gerichtsurteile seiner Räte hielt, so eröffnete die Tätigkeit im Hofgericht diesen Adeligen Aussicht auf aktive Gestaltung und Kontrolle der landesherrlichen Jurisdiktion. Indem sie aber als Richter und Beisitzer tätig waren, in den unterschiedlichen Streitfällen zu einem Urteil kommen mussten und sich dabei an gewisse Formalia zu halten hatten, wurden diese Adeligen zugleich in die Organisation der landesherrlichen Rechtssprechung und damit in den Staatsbildungsprozess eingebunden. Gleichzeitig erfolgte mit der Insitutionalisierung der Hofgerichtsbarkeit als oberster Gerichtsbehörde des Landes die allgemeine Aufwertung der Jurisdiktionsgewalt des Herzogs gegenüber der Gerichtsherrlichkeit des Adels. Während Heinrich XVI. der Reiche alle Möglichkeiten ausschöpfte, wenn es um den Ausbau seiner Landesherrschaft oder die Beschneidung des Adels in seinen Rechten ging und sich Hof- und Schiedsgerichtsbarkeit zu diesem Zweck gleichermaßen zu nutze machte, schrieb die Zentralisierung der landesherrlichen Rechtssprechung den Instanzenzug vor, an den sich auch der Adel zu halten hatte und der ihn notfalls, vor allem in seinen Beschwerden und Forderungen gegenüber dem Herzog, vor das Hofgericht zwang. Als Kläger oder Angeklagter im Hofgericht wurden die Adeligen dem Verfahren vor Gericht unterworfen und damit der Gerichtshoheit und Kontrolle des Landesherrn. Das Hofgericht kam zwar ihrem allgemeinen Verlangen nach Rechtssicherheit entgegen, legte den Adeligen aber am Ende neue Verpflichtungen gegenüber ihrem Landesherrn auf. Über die Institutionalisierung der fürstlichen Hofgerichtsbarkeit und ihrer Intensivierung konnten somit die Kräfte des landsässigen Adels, vor allem des höheren Landherrenadels, behutsam in den Staatsbildungsprozess eingebunden und auf diese Weise schließlich dem Ausbau des Landesstaates zu nutze gemacht werden.

2. Herzog und Adel in der Landfriedenswahrung

Obwohl das Landshuter Herzogtum von durchziehenden Kaufleuten wegen seiner Sicherheit als „Rosengarten“ gerühmt wurde, in dem kein Räuber „dem strang entrinnen“ konnte,¹⁰¹⁴ waren die Landfriedensbemühungen Heinrichs XVI. des Reichen alles in allem betrachtet wohl nicht tiefgreifender Natur.¹⁰¹⁵ Seine persönliche Fürsorge beschränkte sich lediglich auf drei Landgebote aus den Jahren 1437¹⁰¹⁶, 1440¹⁰¹⁷ und 1446¹⁰¹⁸ zur Verbesserung des Getreidehandels und Gerichtswesens.¹⁰¹⁹ Während sich die Ambitionen Heinrichs XVI. auf den territorialpolitischen Ausbau seines Herzogtums konzentrierten, verhinderten gleichzeitig die dynastischen Auseinandersetzungen mit den anderen wittelsbachischen Linien die Ausbildung einer fürstlichen Friedensordnung im Landshuter Herzogtum samt eines zuverlässigen Systems zur Verfolgung von Friedensbrechern.¹⁰²⁰ Dies wog um so schwerer, als es keine einheitliche Landfriedensordnung mehr gab, sondern die Landfriedenswahrung längst Aufgabe der Teilherzogtümer geworden war. Die viel kritisierten, aber dennoch unentbehrlichen Krenner'schen Landtagshandlungen zeigen, dass der niederbayerische Adel innerhalb der landständischen Korporation versuchte, diese Schwachstelle der Landesherrschaft Heinrichs des Reichen zur Stärkung seiner Position gegenüber dem Herzog zu nutzen, indem er sich um die Landfriedenswahrung besonders bemühte. Das Mit-, Neben- und Gegeneinander von Landesherr und Landständen als Wesensmerkmal des sich institutionell ausgestaltenden Territorialstaates,¹⁰²¹ das dem Adel auf den Landtagen Mitsprachemöglichkeiten in den wichtigen Fragen der Landespolitik eröffnete, schuf die grundsätzlichen Voraussetzungen dafür.

¹⁰¹⁴ LEXER, Aventinus, S. 541.

¹⁰¹⁵ Vgl. ANGERMEIER, Königtum und Landfriede, S. 456.

¹⁰¹⁶ Vgl. dazu das Landgebot Heinrichs des Reichen zur Regelung des Getreidepreises und -handels bei KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 92-96.

¹⁰¹⁷ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 103f: Der Herzog verbot Appellationen ans Hofgericht, die allein in der Absicht erfolgten das Verfahren hinauszuzögern.

¹⁰¹⁸ Vgl. dazu das Landgebot zur Regelung der Gerichtsbarkeit BayHStA Kurbayern Äußeres Archiv 1146, fol. 45r-46v.

¹⁰¹⁹ Vgl. zu den bayerischen Landgeboten LIEBERICH, Anfänge der Polizeigesetzgebung; SCHLOSSER, Rechtsgewalt und Rechtsbildung.

¹⁰²⁰ Vgl. ANGERMEIER, Königtum und Landfriede, S. 456f.

¹⁰²¹ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 564-578.

Die geografische Zersplitterung Bayerns durch die wittelsbachischen Landesteilungen hatte bereits seit 1255 die Herausbildung individueller Landschaften mit spezifischen Organisationsstrukturen und jeweils eigenen Selbständigkeitsbestrebungen bewirkt.¹⁰²² Die dynastischen Rivalitäten im Hause Wittelsbach förderten allgemein die Machtsteigerung der Landstände in den Teilherzogtümern.¹⁰²³ Sie erlaubten es den Ständen zuweilen als Schiedsrichter oder Vermittler zwischen den zerstrittenen Herzögen aufzutreten und auf diese Weise in eine einflussreiche Machtposition hinein zu wachsen, die ihnen wiederum Türen zu politischer Mitsprache und aktiver Gestaltung der Landespolitik öffnete. Die Basis hierfür bildeten die landständischen Rechte und Freiheiten. In Niederbayern garantierte die Ottonische Handfeste von 1311 dem Adel die ungehinderte Ausübung der Niedergerichtsbarkeit in seinen geschlossenen Besitzungen (Hofmarken), die damit bis auf die drei hohen Strafrechtsfälle und der Rechtssprechung um Eigen und Lehen dem Geltungsbereich der herzoglichen Landgerichte entzogen waren.¹⁰²⁴ Einungs- und Widerstandsrecht stärkten die Position des Adels obendrein, der sich durch die Zusicherung des Indigenats außerdem Einfluss auf die Besetzung des herzoglichen Rates sichern konnte. Noch Ende des 14. Jahrhunderts deutete auch im Landshuter Herzogtum alles auf eine ständische Mitregierung hin. 1392 hatten die bayerischen Herzöge auf Grund ihrer Unfähigkeit zur gemeinsamen Regierung anlässlich der Landesteilung alle landständischen Freiheiten bestätigen müssen. Um das Überleben des Landshuter Herzogtums während seiner Vormundschaftszeit zu sichern, musste auch Heinrich XVI. der Reiche 1394 die Rechte seiner Landstände anerkennen.¹⁰²⁵ Dass der niederbayerische Adel im Ernstfall davon tatsächlich Gebrauch machte, stellte der Zusammenschluss der Ritterschaft im Bayerischen Adelsbund 1416 bzw. der Aichacher Einung 1420 unter Beweis. Noch 1428 war Heinrich XVI. offenbar dazu gezwungen, die Einhaltung aller ständischen Freiheiten über seinen Tod hinaus zu garantieren, um die Stände für die Huldigung seines Sohnes als Nachfolger im Herzogtum zu gewinnen.¹⁰²⁶ 1450 löste Ludwig IX. der

¹⁰²² Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 577f. Vgl. dazu die Übersicht über die jeweilige Entwicklung in den einzelnen Teilherzogtümern bei LIEBERICH, Landstände, S. 22f.

¹⁰²³ Vgl. BOSL, Geschichte der Repräsentation, S. 83.

¹⁰²⁴ Vgl. MW II, Nr. 238, S. 183-193; LERCHENFELD, Freibriefe, 1. Brief, S. 1-8; AY, Altbayern, Nr. 404, S. 501-506.

¹⁰²⁵ Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, Nr. 17, S. 38-40.

¹⁰²⁶ Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, Nr. 34, S. 82f.

Reiche anlässlich seines Regierungsantrittes das Versprechen seines Vaters ein.¹⁰²⁷ So gesehen konnten die Landshuter Stände Ende der 20er Jahre ihrem Herzog aus einer Position der Stärke heraus gegenübertreten.

Mit wem es Heinrich XVI. der Reiche dabei konkret zu tun hatte, erhellt eine Erklärung der Stände für den Landshuter Herzog im November 1434.¹⁰²⁸ Die Siegelbeschreibung folgt der für Bayern eigentümlichen Dreigliederung der Landschaft:¹⁰²⁹ An erster Stelle wurden die Prälaten genannt („Erhard Abbt zu Niederaltaich, Johannes Abbt zu Raitenhaslach, Eberhard Abbt zu Weihestephan, Martin Abbt zu Osterhofen, Heinrich Probst zu Ranshofen“), gefolgt von den Rittern („Alban Closner hofmeister, Wilhelm Torringer, Hans Kuchler, Matheus Grans, Erasm Preisinger Kammermeister, Oswald Torringer, Wilhelm Aichberger“) und weiteren Adeligen („Görg Frauenberger zum Haag gesessen zu Hohenburg, Kaspar Waler, Ulrich Ebran, Erasm Seiberstorfer, Erasm Laiminger, Vinzenz Ahaimer, Erasm Ahaimer, Ulrich Kamerauer, Hanns Thanberger, Kaspar Ahaimer, Lukas Frauenberger, Oswald Mautner, Sever und Burghard die Puchberger, Andrä Mautner, Andrä Schwarzensteiner, Erasm Haslinger, Urban Tumberger, Ulrich Dachsberger, Görg Eberspeck, Hans Pfeffinger, Kaspar Pfeffinger, Wilhelm Saldorfer, Hanns Zaunridt, Peter Pezkofer, Wilhelm Gesell, Wolf Trenbeck, Jobst Herberger, Hanns Rueter, Görg Hueber“). Von den Städten waren Landshut, Burghausen, Reichenhall, Landau, Neuötting, Braunau und Vilshofen sowie die beiden Märkte Pfarrkirchen und Erding vertreten.¹⁰³⁰ Mit 38 Personen aus der landsässigen Ritterschaft gegenüber fünf Geistlichen und neun Vertretern aus den Städten und Märkten war der Adel eindeutig im Übergewicht. Innerhalb der Adelsschicht befand sich der höhere Landherrenadel gegenüber dem Niederadel, der insgesamt den damals üblichen etwa zehnprozentigen Anteil an der Landschaft hatte, deutlich in der

¹⁰²⁷ Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, Nr. 41, S. 101-103.

¹⁰²⁸ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 19-21: Die Stände bezeugten in der Fehde Heinrichs des Reichen mit Leonhard Sandizeller, dass ihnen der Landshuter Herzog entgegen den anders lautenden Behauptungen Sandizellers keinen Eid geschworen und diesen daher auch nicht gebrochen habe. Dies bestätigten auch die Münchner Herzöge, vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 21f. Vgl. FREYBERG, Vehmgerichtsprozeß, S. 314-318; RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 294, 305, 313 zum Streit mit Sandizeller, der zusammen mit Konrad Zeller und Wilhelm Hütinger in den 30er Jahren die Klage Ludwigs VII. des Bärtigen von Ingolstadt gegen den Landshuter Herzog vor den Westfälischen Femgerichten führte.

¹⁰²⁹ Vgl. LIEBERICH, Landstände, S. 12.

¹⁰³⁰ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 20f.

Überzahl.¹⁰³¹ Die Zusammensetzung des Landtags liefert einen Querschnitt der Herrschaftsverhältnisse im Landshuter Herzogtum. Der Besitz von Hoheits- und Gerichtsrechten, basierend auf der Fähigkeit, diese auch durchzusetzen und in Herrschaft umzuwandeln, begründete ursprünglich die Landstandschaft und qualifizierte zur Teilnahme am Landtag. Eine allgemeine Landstandschaft des Adels oder bestimmter ritterbürtiger Familien gab es hingegen nicht,¹⁰³² sondern ausschlaggebend war allein die persönliche Qualität.¹⁰³³

Bezieht man die restlichen Landtagshandlungen in die Betrachtung mit ein, so werden mit den dort zwar selten, aber dennoch gelegentlich mit Namen erwähnten Abgeordneten des Herzogs, der Stände oder anhand der Siegler und Adressaten der Landschaftsschreiben diejenigen Mitglieder der Landshuter Landschaft greifbar, die sich politisch stärker in den Vordergrund schoben: Die Namen Erasmus Preysing, Otto Grans, Vinzenz Aham, Ulrich Kammerauer, Ulrich Ebran, (Hans) Tannberger fallen wiederholt, andere wie Mattheus Grans, Wilhem Aichberger, Lukas Fraunberger, Kaspar Pfaffinger, Stephan Rohrbeck, Dietrich Staufer, Hans Fraunberger zum Haag oder Hans Fraunberger zu Prunn tauchen nur ein Mal auf. Häufiger fallen auch die Namen der Landshuter Stadtrichter Ulrich Ecker und Ludwig Seyboldsdorfer oder auch des Landshuter Bürgers und Stadtrats Peter Oberndorfer.¹⁰³⁴

Bezeichnend ist, dass die politisch hochrangigen Persönlichkeiten wie der Hofmeister Alban Closen oder der Marschall Oswald Törring auf Landschaftsebene kaum aktiv wurden und ihr Engagement offenbar stärker auf ihre Tätigkeit bei Hofe konzentrierten. Denkbar ist, dass ihre stärkere Einbindung in die Staatsorganisation durch die wachsende Bedeutung ihrer Ämter und ihre Beschäftigung im Hofgericht, die ja gerade den Hofmeister als Richter besonders in Anspruch nahm, bereits integrative Wirkung entfaltete, die den Einsatz auf Landschaftsebene eher unattraktiv erscheinen ließ.

¹⁰³¹ Vgl. LIEBERICH, Landherren, S. 140. Zum Niederadel sind auf Grund der Stellung in der Zeugenreihe und der Zuordnung im dritten Teil von Hundts Bayerischem Stammenbuch zu rechnen: Peter Pezkofer, Wilhelm Gesell, Wolf Trenbeck, vgl. FREYBERG, Hundt's bayerisch Stammenbuch dritter Theil, S. 717-738. Jobst Herberger, vgl. FREYBERG, Hundt's bayerisch Stammenbuch dritter Theil, S. 374f. Hans Rueter und Georg Huber, vgl. FREYBERG, Hundt's bayerisch Stammenbuch dritter Theil, S. 396.

¹⁰³² Vgl. LIEBERICH, Landstände, S. 16.

¹⁰³³ Vgl. VOLKERT, Landtafeln, S. 260.

¹⁰³⁴ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 11, 14, 16f, 39, 46, 135. Wiederholt genannt werden auch die nicht näher bezeichneten Bürger Leitgeb und Kallinger zu Landau.

Lediglich der Kammermeister Erasmus Preysing, eine der zentralen Figuren an der Staatsspitze des Landshuter Herzogtums, stellte in dieser Hinsicht eine Ausnahme dar. Aber auch seine Aktivitäten blieben begrenzt, da der politische Einfluss der Landshuter Landschaft unter Heinrich XVI. dem Reichen in den 30er und 40er Jahren des 15. Jahrhunderts zurückgedrängt wurde.

a) Möglichkeiten und Grenzen des Adels bei der Landfriedenswahrung

In der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts war das Landshuter Herzogtum unter Heinrich XVI. dem Reichen immer wieder Ausgangs- und Mittelpunkt kriegerischer Auseinandersetzungen mit den wittelsbachischen Teilherzogtümern Bayern-München und Bayern-Ingolstadt. Entscheidend für die Position der Landstände war dabei, wie weit die Stände die Differenzen der Herzöge auszunutzen und bei der Friedensgestaltung die maßgebliche Rolle zu spielen vermochten. Eine erste Chance dazu tat sich in den Auseinandersetzungen um das Straubinger Erbe auf.

Nach dem Aussterben der Linie Bayern-Straubing-Holland mit dem Tode Herzog Johanns III. im Jahre 1425 entwickelte sich der Straubinger Erbfall zu einem „Modellfall für die Schwierigkeiten und die begrenzten Möglichkeiten, die sich den drei Landesteilen angesichts einer gemeinsamen Aufgabe boten“. ¹⁰³⁵ Die unterschiedlichen Rechtsauffassungen der drei Linien machten eine Verständigung über die Aufteilung des Straubinger Erbes unmöglich. ¹⁰³⁶ König Sigmund musste eingreifen. Im September 1426 legte er eine einstweilige Dreiteilung fest, die jedoch auf Widerstände des Ingolstädter Herzogs stieß. Ein Streit um die Pflegerstelle zu Schärding und eine Fehde

¹⁰³⁵ STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 267.

¹⁰³⁶ Vgl. KRENN, Ein Herzogtum erlischt, S. 37; RILLING, Studien, S. 182: Herzog Ludwig VII. der Bärtige von Bayern-Ingolstadt forderte als Ältester der bayerischen Herzöge das Gesamterbe. Heinrich XVI. der Reiche wollte eine Teilung nach den drei Linien, während sich die Münchner Herzöge Ernst und Wilhelm III. für die Berücksichtigung aller Erben gleichen Grades einsetzten und die Vierteilung favorisierten.

gegen den niederbayerischen Adeligen Tristram Zenger erhitzte die Gemüter, infolgedessen es zu einer Annäherung zwischen Bayern-München und Bayern-Ingolstadt gegen den Landshuter Herzog kam.¹⁰³⁷ Erst der Preßburger Spruch König Sigmunds vom 26. April 1429, der die Vierteilung gemäß der Anzahl der regierenden Fürsten entschied, ermöglichte schließlich die schrittweise Beilegung der Differenzen. Am 29. Juni 1429 wurde die Landesteilung vollzogen,¹⁰³⁸ die noch strittigen Rechtskontroversen zwischen München und Ingolstadt durch den Straubinger Fünfundzwanzigerausschuss (ohne Beteiligung der Landshuter Landschaft) bereinigt.¹⁰³⁹ In Folge der Auseinandersetzungen um das Straubinger Erbe war es zu einem tiefgreifendem Zerwürfnis zwischen Landshut und München gekommen, das die Landstände beider Teilherzogtümer in den Jahren 1431 bis 1434 beschäftigte. Heinrich der Reiche verweigerte den Münchner Herzögen hartnäckig die Auszahlung der Mehreinnahmen, wie sie aus der 1426 ursprünglich vereinbarten Dreiteilung des Straubinger Erbes angefallen waren.¹⁰⁴⁰ 1430 ergriffen die Landshuter Stände die Initiative zur Friedensstiftung und entsandten 1431 vier Deputierte (Ulrich Ebran, Vinzenz Aham, Peter Oberndorfer und den Kallinger von Landau) zur Münchner Landschaft, um über die Beilegung der strittigen Angelegenheiten zu beraten.¹⁰⁴¹ In gemeinsamer Zusammenarbeit schlugen sie ein Treffen der Herzöge samt Vertretern beider Landschaften vor, das jedoch von Heinrich XVI. dem Reichen, der seinen Ständen eine derartige Entscheidungsgewalt offenbar nicht überlassen wollte, immer wieder hinausgezögert wurde. Die Münchner Herzöge versuchten daraufhin, ihren Landshuter Vetter zu umgehen, indem sie direkt an die niederbayerischen Stände als „des Hauses von Baiern Glieder“ um Hilfe appellierten und ihnen ihr besonderes

¹⁰³⁷ Vgl. zur Zenger-Fehde RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 274f.

¹⁰³⁸ Vgl. KRENN, Ein Herzogtum erlischt, S. 37; RILLING, Studien, S. 183: Heinrich XVI. der Reiche erhielt Stadt, Maut, Landgericht und alle Zugehörungen von Vilshofen, die Festen Hilgartsberg, Winzer, Ahausen und Natternberg nebst dem Landgericht und allem Zubehör, das Landgericht Hengersberg, die Märkte Eichendorf und Simbach, Markt und Maut zu Plattling, Stadt und Landgericht Landau an der Isar mit allem Zubehör sowie die Vogtei über Niederalteich. Vgl. dazu die Teilungsurkunde bei KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. II, S. 3-23.

¹⁰³⁹ Vgl. KRENN, Ein Herzogtum erlischt, S. 37; STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 270: Der Ausschuss bestand aus zehn Ingolstädter, zehn Münchner und fünf Straubinger Landschaftsvertreter unter dem Vorsitz des Erbhofmeisters Hans von Degenberg.

¹⁰⁴⁰ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 270. Vgl. dazu auch KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. I, S. 46-52, 54-62: Hinzu kamen weitere Streitpunkte hinsichtlich einer neu eingeführten Maut zu Vilshofen, Zollneuerungen in Traunstein und Neuötting, die Anmaßung des Geleits zu Bad Abbach etc.

¹⁰⁴¹ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 11; KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. I, S. 39.

Vertrauen aussprachen.¹⁰⁴² Heinrich XVI. lenkte jedoch erst ein, als die Münchner Herzöge andernfalls mit einer Entscheidung des Königs drohten.¹⁰⁴³ Wieder taten sich die Landshuter Stände als treibende Kraft der Friedensbemühungen hervor, als sie im Mai 1433 versuchten, Albrecht III., den Sohn Herzog Ernsts von Bayern-München, als Vermittler auf dem bevorstehenden Treffen der zerstrittenen Herzöge zu gewinnen.¹⁰⁴⁴ Mehrere Abgesandte Heinrichs des Reichen trafen die entsprechenden Vorbereitungen in München.¹⁰⁴⁵ Im August 1433 tagte offenbar ein Ausschuss der Münchner Landschaft zusammen mit den Landshuter Ständen in Freising, von dem nur zwei Schreiben erhalten sind, in denen die Herzöge ihr gemeinsames Treffen vorbereiteten. Aus ihnen geht hervor, dass Vertreter der Landschaft vermitteln sollten. Die zerstrittenen Parteien wollten jeweils sechs aus der Ritterschaft und vier aus den Städten, insgesamt also 20 Mann, mitbringen.¹⁰⁴⁶ Beide Landschaften strebten im Streit zwischen Landshut und München allerdings vergeblich danach, über die Friedensvermittlung die Schiedsrichterrolle zwischen den Herzögen einnehmen zu können. Die Bemühungen der Stände scheiterten letztendlich am Fernbleiben der Herzöge, möglicherweise aber auch an der mangelnden Kooperationsfähigkeit der Landschaften. Die oberbayerischen Stände suchten schließlich im Alleingang Rückhalt beim Königtum. Ein Münchner Ausschuss von vier Rittern und zwei Bürgern¹⁰⁴⁷ brachte die Angelegenheit 1433 vor den König, der den Streit am 1. Januar 1434 zu Basel durch seinen Schiedsspruch zu Gunsten der Münchner Herzöge entschied.¹⁰⁴⁸ Nicht die Stände, sondern der König befand sich damit am Ende in der entscheidenden Position des Schiedsrichters. Während sich die Landshuter Stände im Streit mit Bayern-München nicht durchsetzen konnten, eröffnete 1435 die langjährige Feindschaft zwischen Heinrich XVI. dem

¹⁰⁴² KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. I, S. 52.

¹⁰⁴³ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. I, S. 54-62.

¹⁰⁴⁴ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 13-15.

¹⁰⁴⁵ Vgl. KRENNER, Landtagsverhandlungen, Bd. IV, S. 16f: Als Abgesandte werden der Abt von Weißenstephan, Erasmus Preysing, Wilhelm Aichberger, Lukas Fraunberger, ein Tannberger, ein Oberndorfer, Leitgeb, Bürger zu Landshut, Kallinger, Bürger zu Landau an der Isar, und weitere Bürger aus den Städten Burghausen, Braunau, Neuötting und Erding genannt.

¹⁰⁴⁶ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. I, S. 74-77.

¹⁰⁴⁷ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. I, S. 84-87.

¹⁰⁴⁸ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. I, S. 95-102; RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 306. Vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, 39. Brief, S. 96-98; in Auszügen bei KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. I, S. 103-106: Die oberbayerischen Stände nutzten die Gelegenheit, sich vom Kaiser 1434 ihre Rechte und Freiheiten bestätigen zu lassen. Vgl. zur Adelspolitik König Sigmunds in den 30er Jahren SCHNEIDER, Niederadel, S. 103-108.

Reichen und Ludwig VII. dem Bärtigen von Bayern-Ingolstadt neue Möglichkeiten, aus der Uneinigkeit der Fürsten eigene Vorteile zu ziehen. Die Initiative ging dabei zunächst vom Landshuter Herzog aus, der sich an seine Stände wandte, um die aus dem Streit mit dem Ingolstädter resultierende Unsicherheit im Land abzustellen und gegen die Straßenräuber im Land vorzugehen.¹⁰⁴⁹ Das Anliegen des Herzogs konzentrierte sich weniger auf die Bekämpfung der Adelsfehden als vielmehr des Raubrittertums, das den allgemeinen Sicherheitszustand belastete. Die Landshuter Landschaft setzte sich daraufhin mit der Ingolstädter Landschaft in Verbindung.¹⁰⁵⁰ Beide Seiten waren sich darin einig, dass als Voraussetzung für den allgemeinen Landfrieden zuerst der Frieden zwischen den zerstrittenen Herzögen hergestellt werden musste. Diese beschuldigten sich gegenseitig, die Feinde des anderen aufzuhetzen, im eigenen Land zu verstecken und zu unterstützen.¹⁰⁵¹ Auch hier drängten die Stände in die Schiedsrichterrolle: Ein Ausschuss von insgesamt 40 Personen beider Landschaften sollte im Streit der Herzöge auf einem gemeinsamen Tag zu Augsburg entscheiden.¹⁰⁵² In jenem Moment jedoch, wo die Landshuter Stände in diese politisch bedeutsame Position tatsächlich aufrücken hätten können, schob der Herzog offensichtlich einen Riegel vor. Dies erhellt ein Schreiben der Ingolstädter Landschaft vom 14. Dezember 1435 in Vorbereitung des Augsburger Tages. Die Ingolstädter drängten auf eine Antwort der Landshuter Stände, baten daher um Auskunft, ob eventuell ihr Herr sie daran hindere und „die Räte und Landschafft zusammen nicht kommen will lassen, das ihm doch billig unterkäme“.¹⁰⁵³ Dieser Aussage zufolge hatte der Landshuter Herzog seine Stände wohl einfach übergangen, indem er ihnen kraft seines Einberufungsrechtes einen Landtag verweigerte und so die Zusammenarbeit der beiden Landschaften unterband. Da Heinrich XVI. für seine unerbittliche Härte in Dingen, die seine landesherrliche Stellung anbelangten,

¹⁰⁴⁹ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 37-40.

¹⁰⁵⁰ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 37-40: Als Siegler des Landshuter Schreibens an die Ingolstädter Landschaft werden Erasmus Preysing, Ulrich Kammerauer, Otto Grans, Ulrich Ecker, Ludwig Seyboldsdorfer, Kaspar Pfaffinger, Landshut und Erding genannt.

¹⁰⁵¹ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 40-48: Im zweiten Schreiben der Landshuter Stände an die Ingolstädter Landschaft werden als Siegler Erasmus Preysing, Kammermeister, Ulrich Kammerauer, Otto Grans, Ulrich Ecker, Stephan Rohrbeck und Landshut genannt.

¹⁰⁵² Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 49f: Der Ausschuss setzte sich zusammen aus jeweils sechs Räten, sechs Landleuten, fünf Vertretern aus den fünf bedeutendsten Städten und drei Vertretern aus je drei Märkten beider Landschaften.

¹⁰⁵³ KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 50f.

bekannt war, lagen die Ingolstädter mit ihrer Einschätzung der politischen Verhältnisse im Landshuter Herzogtum vermutlich richtig.

Die Verhandlungen dürften bereits von den Ereignissen überschattet worden sein, die der Justizmord an Agnes Bernauer im Oktober 1435 auslöste. Die Beteiligung Heinrichs XVI. daran hatte den Wechsel des jungen Münchner Herzogs Albrecht III. ins Ingolstädter Lager zur Folge,¹⁰⁵⁴ was die alten Gegensätze zwischen Landshut und Ingolstadt wieder aufleben ließ und obendrein verschärfte, so dass angesichts eines drohenden Krieges selbst die Stände nichts bewirkten. Im Januar 1436 informierte Ludwig der Bärtige den jungen Münchner Herzog darüber, dass der Frieden mit Landshut auch nicht durch die beiden Landschaften hergestellt werden konnte.¹⁰⁵⁵ Kurz darauf brach der offene Krieg zwischen Ingolstadt und Landshut aus, der allerdings schon am 21. Juli 1436 zu Regensburg in einem Waffenstillstand endete.¹⁰⁵⁶ Die Landschaften Bayern-Münchens, Bayern-Landshuts und Bayern-Ingolstadts hatten sich dort ebenfalls eingefunden, wohl in der Absicht, sich gegeneinander zur Haltung des Friedensgebots zu verbinden. Da Ludwig VII. der Bärtige weiterhin darauf bestand, dass ihm gegenüber Heinrich XVI. dem Reichen Recht zuteil werde, blieb es wohl allein bei einer Verbindung der Münchner und Landshuter Landschaft.¹⁰⁵⁷

Zwei Jahre später lebten erneut Pläne zur Herstellung eines Gesamtbayern umfassenden Landfriedens auf. In einem Entwurf vom 5. Mai 1438 vereinbarten die Münchner Herzöge Ernst und Albrecht III., Heinrich XVI. der Reiche und Ludwig VIII. der Jüngere von Bayern-Ingolstadt zusammen mit allen Grafen, Freien, Dienstmannen,

¹⁰⁵⁴ Vgl. RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 320; SCHÄFER/BÖHM, Agnes Bernauer; HUBER, Agnes Bernauer, S. 24, 38, 40f, 42f: 1435 hatten die Münchner Herzöge mit Heinrich XVI. ein gegen Ingolstadt gerichtetes Bündnis zu Freising geschlossen. Infolge dieser Annäherung beteiligte sich der Landshuter Herzog am Komplott Herzog Ernsts von Bayern-München gegen die unstandesgemäße Gemahlin seines Sohnes. Heinrich der Reiche lud den Münchner Herzogssohn Albrecht III. zur Jagd nach Landshut ein, während dessen Vater die unliebsame Schwiegertochter Agnes Bernauer im Oktober 1435 zu Straubing in der Donau ertränken ließ. Erbost über den Justizmord an seiner Gemahlin nahm Albrecht III. besonders die Beteiligung Heinrichs des Reichen Übel und wandte sich daraufhin dessen Erzfeind, dem Ingolstädter Herzog zu.

¹⁰⁵⁵ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 52f.

¹⁰⁵⁶ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 258f.

¹⁰⁵⁷ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 82-91.

Rittern, Knechten, Bürgern und Bauern, den Großen Brandbrief von 1374¹⁰⁵⁸ zu erneuern und versprachen sich gegenseitige Hilfe in der Landfriedenswahrung. Die Idee dazu wurde wahrscheinlich aus der allgemeinen Diskussion der Fürsten um eine Reichsordnung zur Friedensherstellung im Reich geboren.¹⁰⁵⁹ Obwohl die Realisierung scheiterte,¹⁰⁶⁰ ist doch zu erkennen, dass die Initiative hierfür längst nicht mehr von den Landständen ausging, sondern einem persönlichen Anliegen der Herzöge entsprang.¹⁰⁶¹ Heinrich der Reiche spielte sogar mit dem Gedanken, die Stände dabei ganz außen vor zu lassen.¹⁰⁶²

Die soeben skizzierte Entwicklung lässt bereits die durch den Herzog begrenzten Möglichkeiten der Landshuter Landstände in der Friedenswahrung erkennen. Diese waren im Streit mit Bayern-Ingolstadt zum wiederholten Male nicht in der Lage gewesen, in die entscheidende Position des Schiedsrichters aufzurücken, was ihren politischen Aktionsraum erweitert hätte. Heinrich der Reiche hatte dies erfolgreich verhindert, nicht nur indem er seiner Landschaft einen Landtag verweigerte, sondern auch dadurch, dass er selbst in der Landfriedenswahrung die Initiative ergriff. Letzteres entsprach wiederum der allgemeinen Entwicklung im Reich. Seit dem Scheitern der ständischen Einungspläne König Sigmunds 1434 und dem allgemeinen Versagen des Königtums fiel die Aufgabe der Landfriedenswahrung in die Hände der Territorialfürsten.¹⁰⁶³ Gleichzeitig wurden dadurch jedoch die Landstände ihres letzten Rückhalts beim König gegenüber den Fürsten beraubt.

In den folgenden Jahren wurde der Landshuter Herzog immer mehr zum allein bestimmenden Faktor der Landespolitik, während sich der Einfluss seiner Stände im gleichen Maße reduzierte. Die zahlreichen Verhandlungen rund um das Ingolstädter

¹⁰⁵⁸ Vgl. AY, Altbayern, Nr. 518, S. 666f; MW II, Nr. 362, S. 517-521: Der Große Brandbrief von 1374 war ein Landfriedensbündnis für Gesamtbayern, das sich auch gegen ständische Friedensbrecher richtete, dem jedoch ein wirksames Befriedungsinstrument fehlte, vgl. ANGERMEIER, Königtum und Landfriede, S. 252-254.

¹⁰⁵⁹ Vgl. ANGERMEIER, Königtum und Landfriede, S. 381-391.

¹⁰⁶⁰ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 100-102, der als Grund für das Scheitern unter anderem den Tod des Münchner Herzogs Ernst nur zwei Monate später nennt.

¹⁰⁶¹ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 97f.

¹⁰⁶² KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 98: Der Münchner Herzog Ernst sollte Heinrich den Reichen darüber informieren im Falle, dass dieser seine Landschaft nicht dazu befragen wollte. Heinrich hätte dann ebenfalls darauf verzichtet, „wann sich je nicht füget solche Sache anzubringen, es geschähe dann durch Uns Herren einträchtlich“.

¹⁰⁶³ Vgl. WEFERS, Politisches System, S. 210-213.

Erbe, in denen die Landshuter Stände überhaupt nicht mehr zum Zuge kamen und Heinrich XVI. völlig unabhängig von ihnen agierte, spiegelt diese Machtverschiebung zu Gunsten des Herzogs wider: Im Mai 1447 starb Ludwig VII. der Bärtige von Bayern-Ingolstadt nach mehrjähriger Gefangenschaft und löste damit den Kampf um sein Erbe zwischen Landshut und München aus.¹⁰⁶⁴ Trotz eines königlichen Verbotes und ungeachtet der Erbansprüche Albrechts III. von Bayern-München hatte sich Heinrich der Reiche gewaltsam in den Besitz des Ingolstädter Herzogtums gesetzt und die Landstände zur Huldigung gezwungen. Die Landshuter Stände traten weder im Vorfeld des zu erwartenden Ingolstädter Erbfalls, der sich mit dem Tode Ludwigs des Jüngeren von Bayern-Ingolstadt 1445 frühzeitig abzeichnete, noch in den dadurch ausgelösten Verhandlungen mit den Erbprätendenten und dem Kaiser besonders in Erscheinung.¹⁰⁶⁵ Lediglich 1448 versuchten sie, den Erbstreit zwischen Heinrich dem Reichen und Albrecht III. von Bayern-München zusammen mit dessen Landschaft zu schlichten.¹⁰⁶⁶ Einem Schreiben Herzog Albrechts III. vom 9. Dezember 1448 an einige Landshuter Stände (Dietrich Staufer, Erasmus Preysing, Kammermeister, Hans Fraunberger zum Haag und Hans Fraunberger zu Prunn) ist zu entnehmen, dass die Landshuter vorgeschlagen hatten, den Frieden mit Hilfe einer Anzahl von Vertretern beider Landschaften herzustellen. Doch der Münchner Herzog erklärte, dass lediglich ein Ausschuss aus den beiden Landschaften im Erbstreit nichts beschließen könne. Entscheidender sei, ob Herzog Heinrich XVI. das Treffen wolle, dann habe er nämlich keinen Zweifel daran, dass seine Landschaft helfen werde, den Frieden zu vermitteln.¹⁰⁶⁷ Politisch ausschlaggebend für den Münchner war allein der Wille des Landshuter

¹⁰⁶⁴ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 283-287; KREMER, Auseinandersetzungen; RILLING, Studien, S. 184-188; ETTELT, Übernahme; STRAUB, Mythos und Wirklichkeit; KANTER, Ende der bayerisch-ingolstädtischen Linie; HAEUTLE, Vom Tode; STECHELE, Zur Geschichte: 1439 war es in Bayern-Ingolstadt zu einem fünf Jahre andauernden Krieg zwischen Ludwig VII. dem Bärtigen und seinem Sohn Ludwig VIII. dem Jüngeren (auch „der Höckrige“ oder „der Bucklige“ genannt) gekommen, als der alte Herzog seinen unehelichen Sohn Wieland von Freyberg als Miterben einzusetzen beabsichtigte. Infolge dieser Auseinandersetzungen war Ludwig VII. der Bärtige 1443 in die Gefangenschaft seines Sohnes geraten und nach dessen Tod 1445 gegen seinen Willen von Markgraf Albrecht Achilles und der Herzoginwitwe als Unterpfand für Kriegskosten und Witwengut weiterhin gefangen gehalten worden. Durch geschicktes Taktieren gelangte der bald achtzigjährige, herzkranke Ludwig der Bärtige 1446 in die Hände seines Erzfeindes Heinrichs des Reichen, der ihn im Kerker zu Burghausen bis zu seinem Tode gefangen hielt.

¹⁰⁶⁵ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. III, S. 81-298.

¹⁰⁶⁶ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 128-133.

¹⁰⁶⁷ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 135f.

Herzogs, nicht der seiner Stände.¹⁰⁶⁸ Diese tauchten daher auch in den weiteren Verhandlungen nicht mehr auf.¹⁰⁶⁹ Ein Ausgleich zwischen Landshut und München konnte erst zwei Jahre später, nach dem Tode Heinrichs des Reichen, im Erdinger Vertrag vom 16. Dezember 1450 gefunden werden,¹⁰⁷⁰ der Bayern-Landshut den Großteil des Ingolstädter Erbes sicherte.¹⁰⁷¹

Am Ende seiner Regierung bestimmte Heinrich XVI. der Reiche die Landfriedenspolitik weitgehend unabhängig von den Landständen. Das Zusammenwirken mehrerer Faktoren dürfte dafür ausschlaggebend gewesen sein: Der Ausfall des Königtums in der Landfriedenswahrung, der die Stände ihres Rückhalts beraubte, der eiserne Wille Heinrichs des Reichen, den politischen Spielraum der Stände zu beschneiden, und sein viel gerühmter Reichtum, der es ihm erlaubte, sich aus der finanziellen Abhängigkeit von den Ständen zu lösen. Der Landshuter Herzog war durch die Entschuldung seines Herzogtums, der straffen Finanzverwaltung und seines dadurch angesammelten Vermögens dem Einfluss der Stände längst entwachsen.¹⁰⁷² Heinrichs Vermögen, das ihm den Beinamen „der Reiche“ einbrachte,¹⁰⁷³ ermöglichte es ihm über die für seine politischen Ambitionen erforderlichen finanziellen Mittel frei und damit unabhängig vom Willen der Stände zu verfügen.¹⁰⁷⁴ Da er auf das Steuerbewilligungsrecht nicht mehr angewiesen war, kam das traditionell wichtigste Druckmittel der Stände zum Ausbau ihrer Rechtsposition gegenüber dem Herzog kaum

¹⁰⁶⁸ Zu den weiteren Verhandlungen zwischen Heinrich XVI. und Albrecht III. von Bayern-München vgl. KREMER, Auseinandersetzungen, S. 210-261.

¹⁰⁶⁹ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. S. 137-141.

¹⁰⁷⁰ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. I, S. 192-203.

¹⁰⁷¹ Vgl. KREMER, Auseinandersetzungen, S. 260: An Bayern-München fielen lediglich Schwaben und die Herrschaften Lichtenberg am Lech und Baierbrunn.

¹⁰⁷² Vgl. RILLING, Studien, S. 178f; ZIEGLER, Staatshaushalt, S. 252-267: Die finanzielle Sanierung resultierte aus einer Intensivierung der Kammereinkünfte infolge einer effektiveren Verwaltung, so dass das Landshuter Herzogtum spätestens seit 1439 beachtenswerte Nettoerträge verzeichnen konnte. Da Niederbayern stark agrarisch geprägt war, spielten vor allem die Getreideabgaben und der Getreideverkauf aus dem Domänenbesitz eine wichtige Rolle ebenso wie die Zolleinnahmen. Heinrich XVI. war berühmt für seinen Rock, der an der linken Seite mit einem langen spitzen Ärmel versehen war, um dort das Geld, das er persönlich von seinen Untertanen einnahm, hineinzulegen, vgl. LEIDINGER, Veit Arnpeck, S. 613; ETTELT, Herzogtum Bayern-Landshut, S. 84. Das sogenannte „geltschuldpuetch“ Heinrichs XVI. des Reichen von 1449, ein Schuldenregister mit hohen Außenständen, weist den Landshuter Herzog außerdem als zahlungskräftigen Gläubiger aus, vgl. RILLING, Studien, S. 181; ZIEGLER, Staatshaushalt, S. 259.

¹⁰⁷³ Vgl. ZIEGLER, Bedeutung des Beinamens „reich“, S. 164f.

¹⁰⁷⁴ Vgl. RILLING, Studien, S. 192; ZIEGLER, Staatshaushalt, S. 253: Nach den Schätzungen Zieglers lag der Anteil der landschaftlichen Steuern an den regulären Staatseinkünften in Bayern-Landshut nur bei etwa 5,1 % pro Jahr. Seit spätestens 1439 wurden ansehnliche Netto-Einnahmen erwirtschaftet.

noch zum Einsatz.¹⁰⁷⁵ Dieser Wandel in den Machtverhältnissen zwischen Fürst und Landschaft ist allein schon daran abzulesen, dass in einem Zeitraum von über 20 Jahren nur drei Mal im Landshuter Herzogtum über Steuerbewilligungen verhandelt wurde. Dabei schien die Ausgangsposition der Stände durchaus günstig: 1428 hatte Heinrich der Reiche zur Sicherung seiner Nachfolgeregelung noch alle landständischen Freiheiten bestätigen müssen. Im selben Jahr befand sich der Landshuter Herzog in einer weiteren Notlage. Heinrich XVI. verweigerte, wie im Übrigen auch die anderen bayerischen Herzöge,¹⁰⁷⁶ die Abgabe des im Herzogtum eingezogenen „Hussengeldes“ – einer Reichssteuer, wie sie ursprünglich 1427 zur Hussitenabwehr vereinbart worden war.¹⁰⁷⁷ Der Landshuter Herzog berief sich darauf, „das wir bei unser lantschaft ietzo hie gewesen und mit in und si mit uns einig und zu rate worden sein, nachdem solich gelt von unser lantschaft hergeet si das gegeben haben und wir nicht, daz wir und si dasselb gelt behalten und auß unser gewalt nicht geben sullen.“¹⁰⁷⁸ Dies kann allerdings kaum als Zeugnis einer besonders ständefreundlichen Politik Heinrichs des Reichen gelten. Weitaus näher liegt die Vermutung, dass sich der Herzog hinter dem alleinigen Steuerbewilligungsrecht seiner Stände und deren Verfügungsgewalt über die Verwendung des Geldes verschanzte, um den Forderungen des Reiches nicht nachkommen zu müssen. Nicht umsonst bekräftigte er, wie sehr das Landshuter Herzogtum durch die Hussiten gefährdet sei und deshalb das Geld doch selbst notwendig hätte. Im Übrigen wollte Heinrich XVI. erst zahlen, wenn seine Vettern und die anderen Reichsfürsten mit ihrem Beispiel vorangingen.¹⁰⁷⁹ Die Stände trugen die Entscheidung ihres Herzogs mit, standen hinter ihm und legitimierten dadurch die Hussitensteuer als Sache des Landes. Diese Einigkeit ist kurz darauf erneut zu

¹⁰⁷⁵ Vgl. zu Entwicklung und Bedeutung des Steuerbewilligungsrechts der Stände BOSL, Geschichte der Repräsentation, S. 61-64; FRIED, Geschichte der Steuer; VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 617-622.

¹⁰⁷⁶ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 272; LANZINNER, Reichssteuern, S. 825.

¹⁰⁷⁷ Vgl. AY, Altbayern, S. 531-534; RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 285; LANZINNER, Reichssteuern, S. 824. Bereits 1422 legte eine Reichsmatrikel die Leistungen der Reichsstände, darunter auch die der bayerischen Herzöge, fest, vgl. RTA 8, Nr. 145, S. 156-165. Die Frankfurter Reichsversammlung einigte sich im April/Mai 1427 auf eine Reichsheeresordnung, wonach der Landshuter Herzog Heinrich XVI. fünf Steinbüchsen, zwölf Handbüchsen, 10.000 Pfeile, 200 Feuerpfeile, Steine, Pulver etc. zu stellen hatte, vgl. RTA 9, Nr. 31, S. 34-40. Im Dezember 1427 folgte eine weitere allgemeine Reichskriegssteuer, vgl. RTA 9, Nr. 76, S. 91-112. Vgl. zu Bayern und den Hussitenkriegen ÆORNEJ, Hussitisches Böhmen.

¹⁰⁷⁸ AY, Altbayern, Nr. 428, S. 534. Vgl. RTA 9, Nr. 193, S. 235.

¹⁰⁷⁹ Vgl. AY, Altbayern, Nr. 428, S. 534; RTA 9, Nr. 193, S. 235.

beobachten, als im März 1430 der Landshuter Herzog zusammen mit seiner Landschaft den Münchner Herzögen Hilfe gegen die Hussiten versprach.¹⁰⁸⁰ Heinrich der Reiche war angesichts der Hussitenbedrohung sowohl auf das Steuerbewilligungsrecht der Stände als auch auf ihre militärische Hilfe in der Landesverteidigung angewiesen. Außerdem boten sie ihm den notwendigen Rückhalt gegenüber dem Reich. Ohne oder gegen seine Stände konnte er daher wohl kaum Politik betreiben. Diese verfügten demzufolge noch Ende der 20er Jahre über eine relativ starke Verhandlungsposition, die ihnen Mitsprache und Einfluss auf die Landespolitik sicherte. Da erst 1445 wieder die Gewährung einer Landsteuer zur Ausstattung der an den Grafen von Württemberg vermählten Landshuter Prinzessin Elisabeth zur Diskussion stand,¹⁰⁸¹ wird andererseits deutlich, dass das Steuerbewilligungsrecht der Stände als Instrument zur Mitgestaltung der Landespolitik schon bald an Bedeutung verlor. Lediglich 1448 war die Erhebung einer Landsteuer nochmals Thema eines gemeinsamen Landtags zusammen mit der an Landshut gefallenen Ingolstädter Landschaft.¹⁰⁸²

b) Die Integration des Adels über die landesherrliche Organisation der Landesverteidigung

Die Ständepolitik Heinrichs XVI. des Reichen konzentrierte sich nicht allein auf die Stärkung der Zentralgewalt durch die Zurückdrängung des ständischen Einflusses, sondern zielte parallel dazu auf die Eingliederung der Landstände in die

¹⁰⁸⁰ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 5-10: Die Stände machten dies von der Zusage der Gegenhilfe durch die Münchner Herzöge abhängig.

¹⁰⁸¹ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 123-126: Davon erhalten ist nur ein Steuerregister des Landgerichts Rosenheim.

¹⁰⁸² Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 141. Vgl. dazu KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. III, S. 299-317. Im Januar 1450 erhob Heinrich der Reiche von den eingelösten Pfandschaften, die ursprünglich noch zum Ingolstädter Herzogtum gehörten, eine Landsteuer, über deren Verhandlungen auf einem Landtag jedoch nichts genaueres bekannt ist, vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. III, S. 330-333.

Verwaltungsstrukturen des entstehenden Territorialstaates ab. Die Integration des Adels als die machtpolitisch einflussreichste Gruppierung innerhalb der Landschaft stellte dabei den Herzog vor die größte Herausforderung. Unter dem Druck der langjährigen äußeren Bedrohung des Landshuter Herzogtums durch die Überfälle der böhmischen Hussiten und den immer wieder ausbrechenden Hauskriegen der rivalisierenden Wittelsbacher konnten sich weder Adel noch Prälaten und Kommunen der Notwendigkeit einer verbesserten Selbstorganisation der Landesverteidigung und den damit verbundenen Forderungen des Herzogs entziehen. Der Schutz des Landes erforderte die verstärkte Inanspruchnahme aller Kräfte im Land.¹⁰⁸³ Dies setzte wiederum die genaue Kenntnis aller mobilisierbaren Reserven im Herzogtum voraus. Rüstungsanschlüsse und Musterungslisten, wie sie seit den Hussitenkriegen im Landshuter Herzogtum auftauchen, zeugen davon, dass die Registrierung des Adels und sämtlicher Landschaftsmitglieder im Rahmen der landesherrschaftlichen Organisation des Kriegswesens erfolgte.¹⁰⁸⁴ Klar erkennbar ist dabei das allgemein in Bayern im 15. Jahrhundert zu beobachtende Vordringen der Schriftlichkeit in der Landesadministration.¹⁰⁸⁵ Die Vorteile der schriftlichen Fixierung lagen auf der Hand, verschafften doch die Listen einen Überblick über die verfügbaren Streitkräfte samt Kriegszeug und erleichterten obendrein die Kontrolle darüber, ob alle Landschaftsmitglieder ihren militärischen Verpflichtungen gegenüber dem Herzog nachkamen.

Gerade die organisatorische Bewältigung der Hussitenkriege¹⁰⁸⁶ löste um 1428 eine rege Betriebsamkeit im Landshuter Herzogtum aus, was die Erfassung aller Landschaftsmitglieder anging. In den Neuburger Kopialbüchern ist ein auf 1426 datiertes Verzeichnis erhalten, das zunächst nur die Namen der herzoglichen Räte und Beamten (Pfleger, Richter), der Städte und Märkte, außerdem der Adligen in einzelnen

¹⁰⁸³ Vgl. RANKL, Landvolk, Bd. I, S. 147.

¹⁰⁸⁴ Vgl. allgemein zum bayerischen Wehrwesen im 15. Jahrhundert BECK, Bayerns Heerwesen; RIEZLER, Geschichte Baierns, S. 717-728; LIEBERICH, Heerwesen; VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 621-624; SCHNEIDER, Niederadel, S. 74-78.

¹⁰⁸⁵ Vgl. WILD, Fürstenkanzlei, S. 62, 68.

¹⁰⁸⁶ Vgl. HORNEJ, Hussitisches Böhmen, S. 63: Einer der größten Hussiteneinfälle aus Böhmen fand an der Jahreswende 1429/30 statt, als die hussitischen Heere bis nach Kulmbach, Pegnitz und Bayreuth vordrangen.

Landgerichten aufzählt.¹⁰⁸⁷ Daneben wurden die „diener aus dem Niderlande“ vermerkt. Gemeint waren die Adeligen der Straubinger Landschaft, die von Heinrich XVI. dem Reichen wohl auf Grund der 1426 vereinbarten Dreiteilung des Straubinger Erbes in die Rüstung bereits mit einbezogen wurden. Diese Praxis wurde auch 1428 beibehalten.¹⁰⁸⁸ In diese Zeit dürfte ein Verzeichnis gehören, das wohl ursprünglich nur die herzoglichen Räte des Landshuter Herzogtums aufführte, darunter auch die beiden Geistlichen Heinrich Baruther und Peter Frid, später aber um Pfleger, Richter und Kastner samt den zu stellenden Pferden ergänzt und durch die Ausstreichung der Verstorbenen aktualisiert wurde.¹⁰⁸⁹

Der Mobilmachungsentwurf von 1434¹⁰⁹⁰ weist bereits einen höheren Organisationsgrad auf. Er bezeichnet daher mit seiner Zusammenfassung von Gerichten, Herrschaften, Städten und Märkten in militärische Bezirke, den gemeinsamen Sammelpunkten von Ritter- und Bauernheeren sowie den genauen Bestimmungen zu Heerwägen und Verpflegung die Anfänge einer organisierten Landwehr im Landshuter Herzogtum zum primären Zweck der Landesverteidigung.¹⁰⁹¹

Aus dem Jahre 1435 sind außerdem Musterungsakten erhalten, in denen die Mitglieder der Landshuter Landschaft verzeichnet, Räte und Adel ebenso wie Prälaten, Städte und Märkte erfasst wurden.¹⁰⁹² Interessant ist dabei die vorgenommene Unterscheidung zwischen Inhabern von Pflegämtern und Mitgliedern ohne Ämter.¹⁰⁹³ Möglicherweise wollte der Herzog damit die Niedergerichtsbarkeit des Landgerichts als „alleinige Domäne der Wehrhoheit des Landesherrn“ gegenüber der in den Hofmarken ausgeübten Wehrhoheit des Adels besonders betonen,¹⁰⁹⁴ nachdem ihm der direkte Zugriff darauf

¹⁰⁸⁷ Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 18a, fol. 312r-315v. Vgl. zur Datierung BECK, Bayerns Heerwesen, S. 49.

¹⁰⁸⁸ Vgl. BayHStA Fürstensachen 166 ½, fol. 20v: „Ritter und knecht ym Niderlandt“, worin Adelssitze und Anzahl der zu leistenden Pferde nachträglich eingetragen wurden. Vgl. zur Datierung ins Jahr 1428 BECK, Bayerns Heerwesen, S. 218. Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 18a, fol. 316r-317r: „Nota meins herrn dyener in dem Niderlande, die ambt und pfleg haben Anno 1428“. Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 18a, fol. 334r: „Anno 1428 Dyener aus dem Niderlande und auch pfleger in meins herrn lande“.

¹⁰⁸⁹ Vgl. BayHStA Fürstensachen 166 ½, fol. 21r-22r.

¹⁰⁹⁰ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 23-36. In Auszügen bei AY, Altbayern, Nr. 429, S. 534-538.

¹⁰⁹¹ Vgl. RANKL, Landvolk, Bd. I, S. 150.

¹⁰⁹² Vgl. BayHStA Kurbayern Äußeres Archiv 3905, fol. 26r-33r.

¹⁰⁹³ Vgl. ETTTEL-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. I, S. 350.

¹⁰⁹⁴ RANKL, Landvolk, Bd. I, S. 152.

verwehrt blieb. 1428 hatte Heinrich der Reiche vorgeschlagen, „daß jeder Pfleger alle Ritter und Knechte, Reiche und Arme, zu sich beschicke, um zwei aus ihnen zu wählen; mit diesen soll er auf jeden Ritter und Knecht eine Anzahl geraiser Pferde legen nach Vermögen, darüber Zettel fertigen und die nach Hof schicken. Ist einer zu alt, so soll er seinen Sohn schicken“.¹⁰⁹⁵ Der Adel war zwar auf Grund der Lehensbindungen an den Herzog allgemein zum Kriegsdienst verpflichtet, über die Höhe der konkreten Leistungen, die standesabhängig waren, entschied er jedoch selbst¹⁰⁹⁶ ebenso wie er sich das Recht gegenüber den herzoglichen Beamten vorbehielt seine Hofmarksleute selbst zu mustern.¹⁰⁹⁷

Wohl in Erwartung des Ingolstädter Erbes folgte in den 40er Jahren eine neue Welle von Mobilisierungsmaßnahmen im Landshuter Herzogtum. Vermutlich aus dem Jahre 1443 existiert ein differenzierter Rüstungsanschlag. Nach Ämtern und Gerichten geordnet wurde aufgelistet, wie viele Pferde jeweils Ritter und Knechte zu stellen hatten, gefolgt von einer Aufzählung der Prälaten und Kommunen. Die Liste schließt mit den Leistungen der Diener von Haus aus und der Söldner.¹⁰⁹⁸ Insgesamt handelt es sich um ein systematisch angelegtes Verzeichnis, das sich nicht mehr allein auf die Namen der Adeligen beschränkte, sondern auch deren Adelssitze aufführte. Dennoch ging es der herzoglichen Kanzlei wohl noch nicht um die Anlage eines Landsassenverzeichnisses, das den Status der adeligen Gerichte festhielt, da bei den Namensnennungen die entsprechenden Adelsgüter nur unregelmäßig vermerkt wurden. Zum selben Jahr findet sich in den Krenner'schen Landtagshandlungen ein weiterer Anschlag auf die Landstände und ihre Pferde.¹⁰⁹⁹ Dabei wurde eine Unterteilung in

¹⁰⁹⁵ Zitiert nach BECK, Bayerns Heerwesen, Anm. 9, S. 39. Vgl. SCHNEIDER, Niederadel, S. 75.

¹⁰⁹⁶ Vgl. BECK, Bayerns Heerwesen, S. 36f.

¹⁰⁹⁷ Vgl. BECK, Bayerns Heerwesen, S. 9; LIEBERICH, Heerwesen, S. 1102.

¹⁰⁹⁸ Vgl. BayHStA Fürstensachen 166 ½, fol. 22v-35r. Vgl. zur Datierung BECK, Bayerns Heerwesen, S. 218. Vgl. einen ähnlichen Rüstungsanschlag von 1443 in BayHStA Kurbayern Äußeres Archiv 3905, fol. 69r-91r, der mit der Auflistung der Räte (ohne Angabe der Adelssitze) beginnt, gefolgt von den Pferden, die die Prälaten und Kommunen geordnet nach den zwei Bezirken Landshut und Burghausen zu stellen hatten. Daran schlossen sich die Pflegämter und die „Edelleut“ in den Gerichten an.

¹⁰⁹⁹ Vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. IV, S. 105-122: Anders als in den bisherigen Verzeichnissen standen die Prälaten an erster Stelle, gefolgt von den herzoglichen Räten, den Dienern und Räten von Haus aus, Pflegern, Richtern und schließlich den Amtleuten des Herzogs. Erst danach folgten Ritterschaft und Kommunen, jeweils den zwei Bezirken (Landshut, Burghausen) zugeordnet und nach Gerichten unterteilt. Vgl. dazu den Rüstungsanschlag in BayHStA Neuburger Kopialbücher 87, fol. 219r-235r, der mit dem bei Krenner gedruckten Anschlag fast völlig übereinstimmt, vgl. BECK, Bayerns Heerwesen, S. 218. Aus demselben Jahr existiert ein ähnlich konzipierter Rüstungsanschlag in BayHStA Kurbayern Äußeres Archiv 3905, fol. 50r-54v.

Rentmeisterämter bzw. Gerichte vorgenommen, die Ludwig IX. der Reiche beibehielt.¹¹⁰⁰ Daneben existieren noch ein weiteres nach Gerichten gegliedertes Verzeichnis landständischer Adeliger von 1444¹¹⁰¹ und eine von 1448 stammende Aufzeichnung aller Räte und des Hofgesindes Heinrichs des Reichen samt deren Besoldung.¹¹⁰²

Entscheidend ist, dass all diese Ständeverzeichnisse den Herzog als die zentrale Instanz der Vorbereitung, Planung und Durchführung der Landesverteidigung ausweisen.¹¹⁰³ Die Verbesserung der militärischen Organisation des Landshuter Herzogtums in der Absicht, den Schutz des Landes vor Feinden umfassend gewährleisten zu können, war ein wesentlicher Bestandteil des Regierungssystems Heinrichs des Reichen.¹¹⁰⁴ Aus den Listen geht hervor, wie sich die Organisation der Landesverteidigung immer stärker allein in der Hand des Herzogs konzentrierte. Eine maßgebliche Beteiligung oder Mitwirkung des Adels an Konzeption oder Umsetzung ist dagegen nicht erkennbar.¹¹⁰⁵ Der Vorstoß Heinrichs XVI. 1428, sich über die landesherrliche Organisation des Wehrwesens auch Zugriffsmöglichkeiten auf die hofmärkischen Untertanen des Adels zu verschaffen, lässt ein Mal mehr seine auf die Beschneidung adeliger Herrschaftsrechte ausgerichteten politischen Zielsetzungen erkennen. Der Adel behauptete sich offenbar gegen derartige Angriffe, wohl auch vor dem Hintergrund seiner traditionell starken Bedeutung im Militärwesen, die die Existenzgrundlage seines Standes darstellte. Indem er die Wehrhoheit über seine Untertanen weiterhin selbst in der Hand behielt, konnte der Adel sich einen gewissen Anteil an der allgemeinen Wehrhoheit des Landes erhalten, im Gegensatz zu den Prälaten und Kommunen, die völlig der landesherrlichen Organisation untergeordnet wurden.¹¹⁰⁶

¹¹⁰⁰ Vgl. ETTTEL-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. I, S. 350.

¹¹⁰¹ Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 87, fol. 272r-278r; VOLKERT, Landtafeln, S. 260. Vgl. dazu BayHStA Neuburger Kopialbücher 87, fol. 263r-269v: Hierbei handelt es sich wohl um einen weiteren, nur noch schlecht lesbaren Anschlag, den BECK, Bayerns Heerwesen, S. 40, Anm. 12 in das Jahr 1444 datierte. Die Adeligen ohne Amt wurden dabei nicht gesondert ausgewiesen.

¹¹⁰² Vgl. BayHStA Neuburger Kopialbücher 87, fol. 285r-292r. Vgl. dazu BayHStA Kurbayern Äußeres Archiv 3905, fol. 42r-49r mit einem ähnlichen Verzeichnis.

¹¹⁰³ Vgl. BayHStA Fürstensachen 166 ½: Geordnet nach Gerichten und Ämtern wird aufgelistet, wieviele Pferde jeweils Ritter und Knechte zu stellen hatten.

¹¹⁰⁴ Vgl. ETTTEL-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. I, S. 356.

¹¹⁰⁵ Vgl. dazu den Hinweis bei RANKL, Landvolk, Bd. I, S. 151, dass 1434 der Adel zumindest im Bezug auf seine Untertanen Anteil an der Wehrhoheit besaß.

¹¹⁰⁶ Vgl. LIEBERICH, Heerwesen, S. 1102; RANKL, Landvolk, Bd. I, S. 151.

Gerade die Organisation der Landesverteidigung beförderte die Herrschaftskonzentration in den Händen des Herzogs, mit der die Integration der Herrschaftsträger im Land einher ging, da diese keinen Einfluss auf die Wehrhoheit des Herzogs über die landgerichtsunmittelbaren Untertanen hatten.¹¹⁰⁷ Rankl betont zu Recht „die integrierende Kraft der damals in Bayern durch die Herzöge ... wahrgenommenen Landessicherung“ und ihren Beitrag zur „Entstehung eines ‚Staatsbewußtseins‘ im Sinne einer landesweiten Wehrgemeinschaft gegen äußere Feinde“.¹¹⁰⁸ Selbst der Adel als stärkstes Glied der Landschaft konnte sich dieser Entwicklung nur in begrenztem Maße entziehen. Seine Eingliederung stieß allerdings dort auf Grenzen, wo der Adel auf der Basis der Niedergerichtsbarkeit die Wehrhoheit über die hofmärkischen Untertanen behaupten konnte. Diese Hofmarksinseln, die dem landesherrlichen Zugriff verwehrt blieben, bewahrten den Adel vor seiner vollständigen Integration. Je mehr diese jedoch die staatliche Wirksamkeit behinderten, um so mehr Bedeutsamkeit für den Landesherrn mussten die Besitzungen des Adels gewinnen, mit denen die Ausübung der Niedergerichtsbarkeit verbunden war. Während sich daher die ersten Ständeverzeichnisse des Landshuter Herzogtums noch allein auf die Namen der Adeligen beschränkten, wurde es seit den 40er Jahren üblich, auch die entsprechenden Adelssitze aufzuführen. Die Landesteilungen und dynastischen Erbfälle machten es erforderlich, die zu den Teilherzogtümern gehörende Landschaft personell zu definieren¹¹⁰⁹ ebenso wie die Besitzverhältnisse im Herzogtum zu klären.¹¹¹⁰ Die verwaltungsmäßige Erfassung sämtlicher Landschaftsmitglieder lag im natürlichen Interesse des Herzogs. Die Ständeverzeichnisse aus der Zeit Heinrichs des Reichen bringen allgemein zum Ausdruck, dass „die Zusammenstellung der Personen das Kriterium der Aufzählung bildete“ und bis Mitte des 15. Jahrhunderts „die persönliche Qualifikation maßgebend für die Teilnahme an den Landschaftsverhandlungen war“.¹¹¹¹ Während ursprünglich adlig-ritterliche Lebensweise als ständisch-gesellschaftlich bedingte Voraussetzung genügte, trat Ende des 15. Jahrhunderts die adelige

¹¹⁰⁷ Vgl. RANKL, Landvolk, Bd. I, S. 151.

¹¹⁰⁸ RANKL, Landvolk, Bd. I, S. 152.

¹¹⁰⁹ Vgl. ETTTEL-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. I, S. 352.

¹¹¹⁰ Vgl. ETTTEL-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. I, S. 356: Heinrich XVI. der Reiche hatte 1434/35 mit der systematischen, amtsmäßigen Registrierung der Besitzverhältnisse in seinem Herzogtum begonnen als wichtige Voraussetzung für die Verbesserung der Finanzsituation.

¹¹¹¹ VOLKERT, Landtafeln, S. 260.

Grundherrschaft stärker in den Vordergrund.¹¹¹² Die bayerischen Landtafeln,¹¹¹³ die sich aus den erwähnten Namensverzeichnissen entwickelten, bezeugen diesen Übergang vom Personal- zum Realprinzip.¹¹¹⁴ Anfang des 16. Jahrhunderts begründete schließlich nicht mehr die persönliche Qualität der Adeligen ihre Berechtigung zur Ausübung der Landstandschaft, sondern die am Besitz haftende, vom Landesherrn gewährte hofmärkische Jurisdiktion.¹¹¹⁵ „Damit waren die ursprünglich personenbezogenen Herrschaftsrechte des Adels zugunsten einer Territorialisierung zurückgedrängt“.¹¹¹⁶

Trotz einer durch die verbrieften Rechte der Landstände institutionell abgesicherten, relativ starken Ausgangsposition, wie sie 1392 bei der Landesteilung, noch 1428 in der vom Herzog anerkannten Verfügungsgewalt über die Hussitensteuer oder auch den Huldigungsversprechen Heinrichs des Reichen für seinen Sohn zum Ausdruck kam, stagnierte der Einfluss der Landshuter Stände in den folgenden Jahren. Ihr Steuerbewilligungsrecht konnte sich auf Grund der wachsenden finanziellen Unabhängigkeit Heinrichs des Reichen als politisches Druckmittel zur Durchsetzung ständischer Interessen nicht mehr entfalten. Ihres wichtigsten Instrumentes beraubt bildeten sie bereits Mitte der 30er Jahre kein ausreichendes Gegengewicht mehr, dass die Entscheidungsfreiheit Heinrichs des Reichen, der seine Stände notfalls einfach übergang und sich auch sonst durch einen eher harschen Umgang mit der Landschaft auszeichnete, behindern hätte können. Um so bemerkenswerter ist daher die nach außen hin zur Schau getragene Harmonie zwischen Herzog und Ständen, die auf allen Landtagen des Landshuter Herzogtums zu beobachten ist. Adel, Prälaten und

¹¹¹² Vgl. VOLKERT, Landtafeln, S. 262.

¹¹¹³ Vgl. allgemein dazu VOLKERT, Landtafeln; WILD, Fürstenkanzlei, S. 64. Die älteste umfassende Landtafel Bayern-Landshuts stammt nach VOLKERT, Landtafeln, S. 259 aus der Zeit zwischen 1485 und 1490. Vgl. dagegen ETTTEL-SCHÖNEWALD, Ludwig der Reiche, Bd. I, S. 352, die die Erwähnung der Markgrafschaft Burgau als entscheidendes Datierungskriterium anzweifelt, da Ludwig IX. der Reiche diese bereits 1457 als Pfandschaft in Besitz genommen hatte.

¹¹¹⁴ Vgl. VOLKERT, Landtafeln, S. 252.

¹¹¹⁵ Vgl. VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 575; CRAMER-FÜRTIG, Landesherr und Landstände, S. 418. Vgl. dazu die Erklärte Landesfreiheit von 1508, vgl. KRENNER, Landtagshandlungen, Bd. XVII, S. 72-122, in Auszügen bei AY, Altbayern, Nr. 479, S. 584-589, die den bayerischen Landständen die hofmärkischen Rechte bestätigte, und den 60. Freibrief von 1557, wodurch die Adeligen die Edelmannsfreiheit, die niedere Gerichtsbarkeit auf die einschichtigen Güter, die außerhalb der geschlossenen Hofmarken lagen, erhielten, vgl. LERCHENFELD, Freibriefe, 60. Brief, S. 157-163.

¹¹¹⁶ VOLKERT, Staat und Gesellschaft, S. 602.

Kommunen standen scheinbar stets linientreu hinter Heinrich dem Reichen, während beispielsweise die Münchner Stände 1434 in ihrer Not mit den Fürsten durchaus den König aktivierten. Die durch die Landesteilungen bedingte Zersplitterung der Gesamtlandschaft in Teillandschaften erschwerte ohnehin ein gemeinsames Kommunizieren und Operieren der Stände über die Grenzen der Teilherzogtümer hinweg, gab den Herzögen Zeit zum Taktieren und verhinderte somit, dass die Stände aus der Uneinigkeit der Fürsten ihren Nutzen ziehen konnten.¹¹¹⁷ Die mangelnde Fähigkeit der Teillandschaften zur gemeinsamen Kooperation hat sicherlich ebenso dazu beigetragen, dass sich die Landstände als dritte Kraft in der Landfriedenswahrung nicht etablieren konnten, wie die Gegenwehr der Herzöge, die nun bedingt durch den Ausfall des Königtums selbst in diesem zentralen Bereich die Initiative ergriffen. Die Intensivierung der landesherrlichen Rechtssprechung unter Heinrich XVI., von der bereits die Rede war, zeigte, dass dem Landfriedenswesen durch die Ordnung des Gerichtswesens eine neue Grundlage verschafft werden sollte, die vom Herzog ausging und nicht von den Ständen. Wenngleich Heinrich dem Reichen die Ausgestaltung einer Landfriedensordnung letzten Endes nicht gelang, so nahm er sich dennoch der Landfriedenswahrung an und ließ den Ständen keinen Spielraum mehr, dabei zum Zuge zu kommen. Ein Ausbau ihrer Rechtsposition gegenüber dem Landshuter Herzog, in dem sie einen kompromisslosen Gegner hatten, war infolgedessen nicht mehr möglich. Die Machtverhältnisse im Landshuter Herzogtum hatten sich am Ende der Regierung Heinrichs des Reichen zu Gunsten des Fürsten verschoben. Die wachsende Integration des Adels in das entstehende Staatswesen, wie sie in erster Linie über die landesherrliche Organisation der Rechtssprechung und Landesverteidigung erfolgte, kam dabei der Konsolidierung seiner Landesherrschaft zugute, denn gerade die Kräfte des höheren Landherrenadels als politisch führender Gruppe der Landschaft, insbesondere die angesehensten Persönlichkeiten unter ihnen, wurden über ihre Mitwirkung und Mitverantwortung in die organisatorische Ausgestaltung des neuen Staatswesens eingebunden, in für den Herzog kontrollierbare Bahnen gelenkt und so der Herrschaftsgewalt des Herzogs untergeordnet.

¹¹¹⁷ Vgl. STRAUB, Teilungen und Teilherzogtümer, S. 278; SCHWERTL, Geschichte der Landstände, S. 256.

C. Schluss

Im Verhältnis zwischen Herzog und Adel erfolgten im Herzogtum Bayern-Landshut unter Heinrich XVI. dem Reichen grundlegende Weichenstellungen, an deren Ende eine deutliche Konsolidierung der Landesherrschaft stand. Heinrich dem Reichen war es in seiner langjährigen Regierungszeit von mehr als 50 Jahren gelungen, den Adel als politische Führungselite des Landes dauerhaft in das herzogliche Regierungssystem einzubinden und sich seiner Kräfte beim organisatorischen Auf- und Ausbau des werdenden Territorialstaates zu bedienen. Dies war erst möglich, nachdem Heinrich XVI. die Vormundschaftszeit und damit eine Phase großer politischer wie auch finanzieller Abhängigkeit vom Adel überstanden hatte. Die ersten beiden Jahrzehnte seiner selbstständigen Regierung standen anschließend ganz im Zeichen erster Machtkonzentration und Herrschaftsintensivierung, wovon die Residenzstadt Landshut ebenso betroffen war wie der Adel. Auf dieser Basis erfolgte schließlich in den 30er und 40er Jahren des 15. Jahrhunderts die landesherrschaftliche Expansion und Konsolidierung, mit der die Integration des Adels in das entstehende Staatsgefüge einher ging. So konnte er seinem Sohn und Nachfolger Ludwig IX. dem Reichen bei seinem Tode im Jahre 1450 ein in sich gefestigtes, wohl geordnetes und durch die dynastischen Erbfälle im Hause Wittelsbach von 1425 und 1447 in seinem Territorialbestand vergrößertes Herzogtum überlassen, das für seinen außerordentlichen Reichtum bis in die heutigen Tage Berühmtheit erlangte.

Diese Leistung ist um so anerkennenswerter in Anbetracht äußerst ungünstiger Umstände, unter denen Heinrich XVI. nach dem Tode seines Vaters 1393 die Regentschaft im Landshuter Herzogtum antrat. Die Landesteilung von 1392 hatte ein Ungleichgewicht zwischen den drei Teilherzogtümern Bayern-München, Bayern-Landshut und Bayern-Ingolstadt geschaffen, dem intensive Bemühungen der sich benachteiligt fühlenden Ingolstädter Linie um eine Revision der Landesteilung folgten. Diese stellten einen ständigen Unruhefaktor in Bayern dar und bedingten langjährige Rivalitätskämpfe der wittelsbachischen Fürsten untereinander, die in Folge des frühen Todes Herzog Friedrichs und der Unmündigkeit seines Sohnes zunächst auf dem Rücken Bayern-Landshuts ausgetragen wurden. Im Alter von sieben Jahren der Vormundschaft seiner Mutter, seiner beiden Oheime Herzog Stephan III. von Bayern-

Ingolstadt und Herzog Johann II. von Bayern-München und dem niederbayerischen Viztum Oswald Törring zu Stein unterstellt, musste der junge Heinrich XVI. von Anfang an in der ständigen Sorge um den Erhalt seines Herzogtums leben. Pläne der beiden oberbayerischen Herzöge, die Teilherzogtümer wieder zu vereinen, bedrohten in der Anfangsphase die politische Existenz Heinrichs XVI. ebenso wie die Gefahr, dass seine Erblande von einem der beiden Fürsten im Ringen um die Vorherrschaft in Gesamtbayern einfach annektiert wurden.

Von größter Bedeutung für das Überleben des Landshuter Teilherzogtums in diesen unsicheren Anfangsjahren Heinrichs des Reichen wurde die Unterstützung, die er aus dem Landshuter Herzogtum selbst erfuhr. Insbesondere die Herzoginwitwe und Mutter Heinrichs war sich der politischen Realitäten bewusst und hatte erkannt, dass die Mitglieder der Landschaft und besonders der Adel eine Schlüsselstellung für die Durchsetzung des Herrschaftsanspruches ihres Sohnes einnahmen. Sie wusste geschickt diese Kräfte des Landes zu Gunsten ihres unmündigen Sohnes zu mobilisieren und stellte eine der wichtigsten Stützen des jungen Herzogs während seiner Vormundschaftszeit dar. Die besondere Situation des beim Tode Herzog Friedrichs 1393 kaum ein Jahr alten Landshuter Teilherzogtums mit einem unmündigen, schwachen Fürsten an der Spitze konfrontierte den Adel als Führungselite des Landes mit der unmittelbaren Aufgabe, die Möglichkeiten des Herzogtums rasch aufs äußerste anzuspannen und den Erfordernissen der Krisensituation anzupassen. Vor allem galt es einem möglichen Zugriff der oberbayerischen Herzöge durch die Schaffung klarer Rechtsverhältnisse mit der umgehenden Huldigung Heinrichs XVI. als neuem Herzog zuvorzukommen. Unter Berufung auf das seit der Ottonischen Handfeste von 1311 garantierte und bei der Landesteilung von 1392 erneut bestätigte Einungs- und Widerstandsrecht der bayerischen Landstände stellte sich die Landshuter Landschaft hinter den unmündigen Herzog, um seinen Regierungsantritt im Frühjahr 1394 sicher zu stellen und den oberbayerischen Herzögen durch ihr klares Bekenntnis zum angestammten Fürstenhaus von Anfang an ihre Grenzen aufzuzeigen.

Die Entscheidungen über die Politik der Landshuter Landschaft wurde zu diesem Zeitpunkt von einem kleinen Kreis adeliger Landherren getroffen, die 1395 im Treuebündnis für die Herzoginwitwe und ihren Sohn besonders hervortraten und die auf Grund ihrer Stärke und/oder des größeren politischen Interesses die übrigen Mitglieder

der Landshuter Landschaft dominierten. Unter ihrer maßgeblichen Führung gelang es, das Überleben des Landshuter Teilherzogtums zum Zeitpunkt seiner größten Gefährdung zu sichern.

Hinter diesen die Eigenständigkeit des Landshuter Teilherzogtums betonenden Aktivitäten des niederbayerischen Adels standen konkrete, aber nach heterogenen Vorsätzen zu differenzierende Interessen: Während sich der Großteil um den Erhalt seiner lokalen Herrschaftsrechte und –bereiche sorgte, eine Minderung seiner Rechtsstellung und Einkünfte durch die drohende Einführung des oberbayerischen Landrechts fürchtete und sich deshalb 1394 in der Einung der Landshuter Landschaft zugunsten Heinrichs XVI. engagierte, hofften die politisch führenden Landherren, wie sie im Adelsbündnis von 1395 in den Vordergrund traten, von der Notsituation des unmündigen Herzogs in Form der gesteigerten Teilhabe an der herzoglichen Herrschaft bis hin zur Errichtung einer Adels herrschaft profitieren zu können. Leitfigur und Repräsentant dieser Politik wurde Oswald Törring zu Stein. Als Angehöriger einer der einflussreichsten und vermögendsten Adelsfamilien Niederbayerns gelang ihm als Viztum die Plazierung im Vormundschaftsrat Heinrichs XVI. aus der pragmatischen Notwendigkeit der beiden oberbayerischen Vormünder heraus, in Zeiten ihrer Abwesenheit einen fähigen Mann an der Spitze der Landesadministration zur Abwicklung der alltäglichen Geschäfte im Land ihres Mündels zu positionieren. Kraft seines Amtes als Stellvertreter der Zentralgewalt im Herzogtum verfügte er über den notwendigen Aktionsraum ebenso wie über die entsprechende Willenskraft, alle Möglichkeiten dieses Amtes auszuschöpfen, und wurde dadurch zur politisch dominierenden Figur in den ersten Jahren der Vormundschaftszeit Heinrichs XVI. des Reichen.

Stephan III. von Bayern-Ingolstadt und Johann II. von Bayern-München hatten dem schnellen Agieren und selbstbewussten Auftreten der Landshuter Landschaft zunächst nichts entgegenzusetzen, erkannten aber schon bald die Gefahr einer aufziehenden Adels herrschaft im benachbarten Herzogtum. Immer wieder vom Streit und den Kämpfen untereinander abgelenkt begegneten sie dem Problem im Land ihres Mündels dennoch auf eine Art und Weise, ohne dabei die offene Konfrontation mit dem niederbayerischen Adel zu riskieren. Sie sorgten als Vormünder dafür, dass die zu dominant gewordene Adelsriege rund um Oswald Törring aus den Spitzenpositionen in

Regierung und Verwaltung verdrängt und durch andere Landherren ersetzt wurde. Ihre Wahl fiel dabei auf niederbayerische Adelige, die auf Grund einer früheren Ratstätigkeit in Diensten der oberbayerischen Herzöge mehr Loyalität ihnen und ihrer Vormundschaftsregierung gegenüber erwarten ließen. Der Wechsel war mit der Absetzung Oswald Törrings als Viztum 1398 weitgehend vollzogen, die Gefahr eines Regiments des Adels in Bayern-Landshut gebannt.

Die Errichtung einer Adelsherrschaft im Landshuter Herzogtum, wie sie 1395 durchaus im Bereich des Möglichen lag, scheiterte im Grunde nicht allein am Eingreifen der oberbayerischen Herzöge. Das Regiment Oswald Törring zu Stein war nicht nur den beiden Vormündern zu dominant geworden, sondern auch anderen Landherren Niederbayerns, die selbst in die Spitzenämter des Herzogtums drängten und denen eine starke Persönlichkeit wie Oswald Törring dafür keinen Raum ließ. Die dadurch entstandene Unzufriedenheit zerstörte die anfängliche Geschlossenheit im Land, spaltete den einheimischen Adel und bot so den oberbayerischen Herzögen eine Angriffsfläche, die sie zu nutzen wussten. Die Kämpfe der Vierherzogszeit und ihre stärker in den Vordergrund tretenden reichspolitischen Interessen, die die Konzentration auf die eigenen Herzogtümer erforderte, verhinderten freilich am Ende, dass Heinrich XVI. seinen Vormündern vollends ausgeliefert war. 1404 konnte er daher die selbstständige Regentschaft weitgehend unbeschadet antreten.

Die oberbayerische Vormundschaftsregierung hinterließ im Landshuter Herzogtum ihre Spuren. Seit etwa 1401 erfolgte eine Angleichung Bayern-Landshuts an Münchner Verwaltungsstrukturen, die eine Dezentralisierung der obersten Staatsverwaltung, eine Kompetenzaufteilung zwischen Viztum, Hof- und Kammermeister, mit sich brachte. Im Zuge dieser Umstrukturierungen traten die Inhaber dieser Ämter stärker hervor, gewannen größeren, aber nie umfassenden Einfluss am Herzogshof und erweckten wohl den bei den bayerischen Historiografen geäußerten Eindruck, Heinrich XVI. habe am Anfang seiner selbstständigen Regierung unter dem Regiment seiner Räte bei Hofe gestanden.

Die größte Hypothek, die die oberbayerischen Herzöge Heinrich XVI. hinterließen, war jedoch ein Schuldenberg. Die Misswirtschaft seiner beiden Oheime zusammen mit den ererbten Schulden seines verstorbenen Vaters hatte eine verstärkte Aufnahme von Krediten und zahlreiche Ämterverpfändungen während der Vormundschaftszeit zur

Folge, die es bestimmten Adelskreisen mit entsprechendem Kapital erlaubte, regelmäßig als Gläubiger und Bürgen des Landshuter Herzogs einzuspringen. Diese Adeligen traten in zahlreichen finanziellen Transaktionen für die Erhaltung des Landshuter Teilherzogtums ein, steigerten ihr Vermögen und Besitz, indem sie sich ertragreiche Ämter als Pfand sicherten und bauten dadurch gleichzeitig ihre eigenen, lokalen Herrschaftsbereiche aus. Mit Hilfe ihres Geldes, das sie dem Herzog bereitwillig zur Verfügung stellten, erweiterten sie ihre Herrschaftsräume und konnten damit sowohl Politik im kleinen als auch großen Stil betreiben. Ihr Kapital ermöglichte ihnen den politischen Aufstieg in bedeutende Ämter bis hin zu den Spitzenpositionen im Herzogtum. Selbst der Aufstieg einzelner Familien aus dem Niederadel in den herzoglichen Rat wurde bei entsprechendem Vermögen und der Bereitschaft, dieses an den Herzog zu verleihen, möglich. In die höchsten Ämter aufgestiegen konnten sie sich anschließend den Forderungen des Herzogs, der fest mit ihrem Kapital rechnete, nicht mehr entziehen. Um ihre erreichte Position nicht dadurch zu gefährden, dass sich der Herzog anderen kapitalträchtigen Adeligen zuwandte, kamen sie weiterhin für die herzoglichen Schulden auf und behaupteten so ihre Vorrangstellung am Herzogshof. Für den jungen Landshuter Herzog bedeutete dies einerseits eine große Abhängigkeit von den adeligen Einzelgläubigern. Andererseits band er gerade die finanzstarken Familien aus dem Landherrenadel dadurch, dass er ihnen Ämter verpfändete und sie zu Ratsmitgliedern machte, als seine Amtsleute an sich.

Die Herrschaftsauffassung Heinrichs XVI. des Reichen zeigte sich von Beginn seiner selbstständigen Regierung an und war geprägt vom eisernen Willen, die zentrifugalen Tendenzen im Land zurückzudrängen, sie der Herzogsgewalt stärker unterzuordnen und auf diese Weise seine landesherrliche Macht zu festigen. Zu seinen vordringlichsten Aufgaben als neuer Herzog gehörte es, sein Gewaltmonopol gegenüber den Herrschaftsträgern im Land durchzusetzen und seine politische Autorität in dem während der Vormundschaftszeit im Innern weitgehend vernachlässigten Herzogtum sichtbar zur Geltung bringen, um vor allem von dem am Herzogtum interessierten Adeligen als Elite der politisch Handelnden akzeptiert und dauerhaft getragen zu werden. Es musste daher eine Neuordnung seiner Herrschaftsbasis erfolgen, bevor er an weitere Schritte zur Expansion und Intensivierung seiner Landesherrschaft denken konnte. Dazu gehörte es auch, eine von den Krediten des Adels unabhängigere

finanzielle Grundlage zur Sanierung des Staatshaushaltes zu schaffen. Diese Schwachstellen seiner Herrschaft musste Heinrich der Reiche nicht allein aus Sorge um seine eigene Stellung als Landesherr möglichst rasch bereinigen, ansonsten drohte sein Herzogtum auch gegenüber der Entwicklung der anderen Teilherzogtümer ins Hintertreffen zu geraten und an politischer Bedeutung zu verlieren.

In dieser Situation rückte die während der Vormundschaftszeit weitgehend sich selbst überlassene Residenzstadt Landshut samt ihrer selbstbewusst auftretenden und zu Wohlstand und Reichtum gelangten Bürgerschaft ins Zentrum des herzoglichen Interesses. Der 1408 ausbrechende Konflikt zwischen Herzog und Stadtbürgerschaft hatte seine Wurzeln in finanzpolitischen Überlegungen Heinrichs des Reichen. Mit dem Vermögen seiner Bürger konnte er nicht nur die Staatsfinanzen sanieren, sondern finanzierte auch den Um- und Ausbau Landshuts zum repräsentativen Regierungs- und Herrschaftszentrum. Der Konflikt wuchs sich zu einer verfassungspolitischen Machtprobe zwischen Herzog und Bürgerschaft im Ringen um die Stadtherrschaft aus, die Heinrich der Reiche durch sein rigides, entschlossenes Vorgehen 1410 schnell für sich entschied und aus der er am Ende in seiner Position als Stadtherr gestärkt hervorging. Rückhalt und Unterstützung fand Heinrich XVI. bei einer Gruppe hochrangiger Räte aus dem Adel, die als Inhaber der höchsten Ämter bei Hofe aus Sorge um ihre Vorrangstellung im Land nicht dazu bereit waren, neue Kräfte wie die städtische Hochfinanz Landshuts in die Nähe des Fürsten zuzulassen. In der Interpretation der Landshuter Ereignisse von 1408/10, die die bayerischen Historiografen des 15. und 16. Jahrhunderts anbieten, klingen diese Rivalitäten zwischen Landherrenadel und Stadtpatriziat noch an, die wahrscheinlich als erste Vorboten des im Laufe des 15. Jahrhunderts stattfindenden sozialen Differenzierungsprozesses innerhalb der Adelsschicht, der Abschiebung des höheren Ministerialenadels zum Turnieradel, gesehen werden müssen. Während dem Herzog im Konflikt mit der Landshuter Bürgerschaft durch rasches Zugreifen, drakonische Strafmaßnahmen und massive Eingriffe in die Stadtverfassung die dauerhafte Unterdrückung städtischer Autonomiebestrebungen innerhalb kurzer Zeit gelang, erforderte die Zurückdrängung des machtbewussten niederbayerischen Adels aus seinen traditionellen Herrschafts- und Besitzrechten behutsamere Methoden.

Das langjährige Ringen Kaspar Törrings mit dem Landshuter Herzog um die Restitution seiner Hoheitsrechte als niederbayerischer Erbjägermeister war Ausdruck und Ergebnis landesherrlicher Herrschaftsexpansion und –intensivierung im Rahmen des allgemein in den Teilherzogtümern zu beobachtenden Staatswerdungsprozesses. Der erfolglose Zug Kaspar Törrings durch die Instanzen brachte das Versagen von Herzogs- und Königsgericht in der Friedens- und Rechtswahrung des Landes als Mittel der Konfliktlösung nur allzu deutlich zu Tage. Die besonderen Umstände des Königtums unter Sigmund, der über keine territoriale Basis im Reich verfügte und daher auf die bayerischen Fürsten politisch und finanziell angewiesen war, bot dem landsässigen Adel nicht den notwendigen Rechtsschutz vor ihren Landesherrn. Kaspar Törrings Kampf mündete daher in eine allgemeine Bewegung ein, die den Adel in Bayern angesichts der landesherrlichen Übergriffe zusammenrücken und zur Selbsthilfe in Form des Einungswesens greifen ließ. Die Gründung des Bayerischen Adelsbundes von 1416 sollte dem Schutz traditioneller Adelsrechte dienen und das politische Überleben der Kleineren sichern, indem er von seiner Organisation her grundsätzlich dazu im Stande war, inakzeptable Übergriffe der Herzöge mit Hilfe seines Schiedsgerichtes und der Fehde zu ahnden. Unter Betonung der Mitverantwortung für das Land nahm sich der bayerische Adel selbst der Friedenswahrung an, nicht allein zum Gemeinwohl des Landes, sondern ebenso in der Zielsetzung, in eine neue Machtposition gegenüber den in ihren vielfältigen Auseinandersetzungen verstrickten Herzögen aufzurücken. Das Einungswesen scheiterte jedoch in der ersten Krisensituation an der Heterogenität der Interessen seiner Teilnehmer und erwies sich damit als „Sackgasse“ für den Adel. 1420 wurde durch den Beitritt des Ingolstädter Herzogs Ludwigs VII. des Bärtigen und seiner Landschaft der Bayerische Adelsbund zur Aichacher Einung erweitert. Das Funktionieren der Gemeinschaft setzte ein hohes Maß an Einigkeit unter den Mitgliedern voraus, die jedoch mit der Aufnahme des Ingolstädter Herzogs von Anfang an nicht mehr gegeben war. Ludwig der Bärtige sah in der Aichacher Einung kaum mehr als ein Instrument im Kampf gegen seinen Erzfeind Heinrich XVI. den Reichen und konterkarierte mit seinem Verhalten gegenüber einzelnen Mitgliedern die Zielsetzungen der Gemeinschaft. An der Seite des Ingolstädters wurde die Aichacher Einung 1420 in den Bayerischen Krieg hineingezogen. Letzterer erwies sich als Prüfstein der Einung, als der Kriegsausbruch die Einungsmitglieder mit der

Loyalitätsfrage konfrontierte und vor die Entscheidung zwischen Einung und Landesherrn stellte. Dies geschah vor dem Hintergrund des in den ersten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts in den Teilherzogtümern einsetzenden Staatsausbaus, der gerade dem höheren Adel neue Betätigungsfelder im Staatsdienst eröffnete. Die guten Beziehungen zum jeweiligen Landesherrn gewannen dadurch an größerer Bedeutung für die im ständigen Wettbewerb mit anderen Adelsfamilien stehenden und auf Erhalt ihres Status bedachten Adeligen, ließen das allgemeine Ziel der Landfriedenswahrung in den Hintergrund treten und verhinderten so einen generellen Abschluss des Adels gegenüber dem Landesfürstentum. Die Hinwendung der führenden Einungsmitglieder zu ihren Landesherrn hatte die Spaltung der Aichacher Einung zur Folge, die sich nach der katastrophalen Niederlage in der Schlacht bei Alling 1422 auflöste. Auf dieser Basis konnte dem Landshuter Herzog weder aus dem Bayerischen Adelsbund noch der Aichacher Einung eine ernst zu nehmende oder dauerhafte Adelsopposition erwachsen. Selbst Kaspar Törring, der mit der Einschaltung der Westfälischen Femgerichte einen letzten vergeblichen Versuch startete, zu seinem Recht zu kommen, stellte für Heinrich den Reichen keine Bedrohung mehr dar.

Die letzten beiden Jahrzehnte der Regentschaft Heinrichs XVI. des Reichen standen ganz im Zeichen der landesherrschaftlichen Konsolidierung. Seit den 20er Jahren des 15. Jahrhunderts ist in Bayern-Landshut die Institutionalisierung des herzoglichen Herrschaftsapparates im Rahmen der landesherrlichen Neuorganisation des Staatswesens zu beobachten. Auf ihrer Grundlage erfolgte die Zentralisierung und Stärkung der landesherrlichen Gewalt gegenüber dem Adel als wichtigstem Herrschafts- und Handlungsträger im Herzogtum neben dem Fürsten. Der landsässige Adel wurde dadurch weitgehend und dauerhaft der fürstlichen Autorität untergeordnet und in das herzogliche Regierungssystem eingebunden. Der landesherrliche Anspruch auf Zentralisierung des Staatswesens kam in der Verbindung zwischen Herrschaft und Landschaft in den höchsten Ämtern zum Ausdruck. Es ist eine personelle Übereinstimmung der Adeligen im Hofgericht mit den Inhabern der Hofämter festzustellen, die neben ihrem Dienst bei Hofe ebenso an vorderster Stelle in der Landschaft vertreten waren. Diese Familien des höheren Landherrenadels, vor allem die Closen, Preysing und Törring, widmeten sich der Politik sowohl in der Landschaft als auch im herzoglichen Rat und der Staatsverwaltung. Der Herzog war auf diese

einflussreichen Adelsfamilien angewiesen, denn nur sie verfügten über die notwendige Autorität und das Ansehen im Land, das die Durchsetzung seines Gewaltmonopols garantierte. Die Herzogsgewalt konnte sich somit erst nach Zugeständnissen an den Adel bei der Ausübung der Staatsverwaltung konsolidieren, was andererseits zu einer Neuorientierung des Adels führte. Der Herzogshof erwies sich dabei als integratives Zentrum. Die wachsende Konzentration der Staatsorganisation auf die Person des Herzogs hin lenkte die Interessen dieser Adeligen auf die Tätigkeit in ihren Ämtern und Funktionen und ermöglichte auf diese Weise die behutsame Integration des machtbewussten niederbayerischen Landherrenadels im Landshuter Herzogtum.

Die Erlangung der Gerichtshoheit spielte als elementares Herrschaftsmittel des Landesfürstentums die zentrale Rolle. Mit der Institutionalisierung der landesherrlichen Hofgerichtsbarkeit als höchste Rechtsinstanz des Landes war auf dem Gebiet der Rechtspflege ein effektives Instrument der zentralen Steuerung und Durchsetzung landesherrlicher Interessen geschaffen. Es trug nicht nur allgemein zur verstärkten Rechtssicherheit im Herzogtum bei und stärkte auf diese Weise die herzogliche Friedensgewalt, sondern brachte die Klagen des landsässigen Adels gegen den Herzog vor das landesherrliche Hofgericht. Die Adeligen wurden dadurch gezwungen, sich der Entscheidungsgewalt der landesherrlichen Hofgerichtsbarkeit zu beugen und damit die Rechtsautorität des Herzogs anzuerkennen. Dies war der Preis dafür, den der Adel zu zahlen bereit war für mehr Rechtssicherheit im Land und den Schutz seiner Herrschafts- und Besitzrechte in den unsicheren Zeiten der ständigen Auseinandersetzungen zwischen den zerstrittenen bayerischen Herzögen.

Von kaum geringerer Bedeutung für die Staatswerdung war die Erlangung der Militärhoheit. Die Hussitenbedrohung und vor allem die immer wieder auflebenden hausinternen Rivalitäten der Wittelsbacher erforderten im Grunde eine permanente Kriegsbereitschaft des Landshuter Herzogtums. Intensive Bemühungen Heinrichs des Reichen um die organisatorische Verbesserung der Landesverteidigung seit den 20er Jahren des 15. Jahrhunderts beförderten die Wehrhoheit des Herzogs auf Kosten der Herrschaftsträger im Land, die der landesherrlichen Organisation des Wehrwesens inkorporiert wurden. Lediglich der Adel konnte auf der Basis der Hofmarksgerichtsbarkeit seinen Anteil an der allgemeinen Wehrhoheit des Landes behaupten. Diese Hofmarksinseln, die dem unmittelbaren Zugriff des Landesherrn

entzogen waren, bewahrten den Adel bis zu einem gewissen Grad vor seiner vollständigen Integration.

Der Sieg der Herzogsgewalt ist besonders im Bereich der Landfriedenswahrung zu beobachten. Die Landfriedenswahrung stand im Zentrum landesherrlicher und ständischer Interessen. Einfluss und Bedeutung der Landschaft wuchsen vor allem in Zeiten, in denen es um die Landesverteidigung ging und der Herzog auf die Kräfte des Landes besonders angewiesen war. Sie erreichten ihren Höhepunkt in der Vormundschaftszeit und angesichts der Hussitenbedrohung in den 20er Jahren des 15. Jahrhunderts, verloren dann aber schon bald an Bedeutung, weil die Landstände nicht in der Lage waren, aus den dynastischen Auseinandersetzungen der wittelsbachischen Herzöge ihren Nutzen zu ziehen. Die Landshuter Landschaft übernahm die vom besonderen Selbstbewusstsein und Konsens der niederbayerischen Stände getragene Rolle der Vermittlerin, die sich in einer Art neutraler Schiedsinstanz der friedlichen Lösung dynastischer Konflikte anzunehmen versuchte. Das zahlenmäßige Übergewicht des Adels in der Landschaft steuerte ihre Entscheidungen, brachte aber das Problem mit sich, dass sich die Interessen der führenden Adeligen der Landschaft zunehmend auf ihre neuen Betätigungsfelder im Zuge des Ausbaus des Staatswesens und damit auf den Herzog konzentrierten, es somit den Landshuter Ständen an entsprechendem Durchsetzungsvermögen und Führungspotential fehlte. Die Ausgleichversuche zwischen den Herzögen scheiterten schließlich auch an der räumlichen Zersplitterung der bayerischen Landschaft, die ein koordiniertes, gemeinsames Vorgehen gegen die Herzöge erschwerte. Durch die dynastischen Erbfälle von 1425 und 1447 fielen daneben Landesteile mit unterschiedlicher Entwicklung an das Landshuter Herzogtum, die die erreichte Geschlossenheit der Landshuter Landschaft aufbrachen. So wurde der Spielraum der Landshuter Landschaft immer stärker vom Willen des Herzogs abhängig und war am Ende weit davon entfernt, ein gleichberechtigter Partner des Landesherrn zu sein. Gegen einen entschlossenen Fürsten wie Heinrich XVI. dem Reichen vermochten die Stände vor allem deshalb nichts auszurichten, weil ihr Steuerbewilligungsrecht als Druckmittel um Sonderrechte und politischen Einfluss zu erstreiten infolge des wachsenden Vermögens Heinrichs des Reichen kaum mehr eine Rolle spielte. Bis auf ihre Beteiligung an der Steuerbewilligung blieb von der anfänglichen Machtposition der Landshuter Stände, wie sie in der Vormundschaftszeit und noch Ende der 20er Jahre zu

beobachten war, nichts mehr übrig. Am Ende der Regierung Heinrichs des Reichen hatten die Landstände kaum noch Einfluss auf die Landfriedenswahrung und die Landespolitik. Heinrich XVI. war es nicht nur gelungen die Rechte einzelner Landschaftsmitglieder zu beschneiden, sondern die Landschaft insgesamt in ihre Schranken zu weisen. Das Ringen der Stände mit dem Herzog um Erweiterung der politischen Partizipation wurde von Heinrich dem Reichen zu Gunsten der Zurückdrängung des Einflusses der Landschaft entschieden. Obwohl es Heinrich XVI., der in erster Linie mit dem territorialpolitischen Ausbau des Herzogtums beschäftigt war, letztendlich nicht gelang, eine Friedensordnung mit Verfolgung der Straftäter im Land zu organisieren, so ergriff er dennoch mehrmals die Initiative und ließ den Ständen selbst in der Landfriedenswahrung keinen Raum mehr. Steigerung der Herzogsmacht und Stagnation des Einflusses der Stände kennzeichnen daher die Entwicklung im Landshuter Herzogtum in den letzten beiden Jahrzehnten der Regierung Heinrichs des Reichen.

Die vormundschaftsbedingte, durch Einfälle der Hussiten in Bayern und Rivalitäten der Teilerherzogtümer verschärfte Krisen- und Konkurrenzsituation setzte Heinrich XVI. und das Landshuter Herzogtum unter Entwicklungsdruck, der sich in intensiven Bemühungen um Verbesserung der Staatsorganisation und der Konzentration auf das Herzogtum als Staatsganzes äußerte. Sie hatten eine Stärkung der Herzogsgewalt zur Folge, die zu Lasten der Herrschaftsträger im Land ging. Der landsässige Adel als wichtigster Herrschafts- und Handlungsträger im Herzogtum war davon in besonderer Weise betroffen. Geprägt vom eisernen Willen, den Adel aus seinen traditionellen Rechten zurückdrängen und ihn der herzoglichen Autorität unterzuordnen, gilt das strenge Regiment Heinrichs XVI. des Reichen nicht umsonst als Zeit der Grundsteinlegung für den politischen Aufstieg des Landshuter Herzogtums in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts.

D. Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv München
Cgm	Codex Germanicus Monaciensis
fl.	florenus, Gulden
GU	Gerichtsurkunden
HHStA	Haus-, Hof- und Staatsarchiv
HRG	Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte
Hst.	Hochstift
HU	Hausurkunde
HU Regensburg	Hochstift Urkunden Regensburg
HZ	Historische Zeitschrift
KL	Klosterliteralien
KU	Klosterurkunden
MAO	Mitteilungen für die Archivpflege in Oberbayern
MIÖG	Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung
MW	Monumenta Wittelsbacensia (= WITTMANN, Michael (Hg.), Monumenta Wittelsbacensia. Urkundenbuch zur Geschichte des Hauses Wittelsbach. Bd. II (Quellen und Erörterungen zur bayerischen und deutschen Geschichte, Bd. 6), München 1861.)
ND	unveränderter Nachdruck
NDB	Neue deutsche Biographie
OA	Oberbayerisches Archiv
OÖL	Oberösterreichisches Landesarchiv
Pfd.	Pfund
Pfg.	Pfennig
RB	Regesta Boica (= LANG, Heinrich v./FREYBERG, Maximilian P. v./ RUDHART, Georg T. (Hg.), Regesta sive Rerum Boicarum Autographa ad annum usque MCCC e Regni Scriniis fideliter in Summas contracta juxtaque genuinam terrae stirpisque diversitatem in Bavarica, Alemanica et Franconica, 14 Bde., München 1822-1927.)
rhein.	rheinisch
Rst.	Reichsstadt
RTA	Deutsche Reichstagsakten (= KERLER, Dietrich (Hg.), Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Sigmund. Erste Abteilung 1410-1420 (Deutsche Reichstagsakten, Bd. 7), Göttingen 1956; KERLER, Dietrich (Hg.), Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Sigmund. Zweite Abteilung 1421-1426 (Deutsche Reichstagsakten, Bd. 8), Göttingen 1956; KERLER, Dietrich (Hg.), Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Sigmund. Dritte Abteilung 1427-1431 (Deutsche Reichstagsakten, Bd. 9), Göttingen 1956.)
RU Regensburg	Reichsstadt Urkunden Regensburg
StA	Staatsarchiv
TLA	Tiroler Landesarchiv

U	Urkunden
ungr.	ungarisch
VHVN	Verhandlungen des Historischen Vereins für Niederbayern
VHVO	Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg
ZBLG	Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte
ZHF	Zeitschrift für historische Forschung
ZRG GA	Zeitschrift der Savigny Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung

E. Verzeichnis benutzter Archive und Bestände

Bayerisches Hauptstaatsarchiv München:

Fürstensachen 166 ½

Gerichtsurkunden Hals 145

Gerichtsurkunden Laaber 22

Gerichtsurkunden Landshut 228; 243; 244; 250; 252; 318

Gerichtsurkunden Natternberg 14

Gerichtsurkunden Rain 7

Gerichtsurkunden Reichenberg 455/1

Gerichtsurkunden Rosenheim 20

Gerichtsurkunden Teisbach 114

Gerichtsurkunden Vilshofen 70

Gerichtsurkunden Wasserburg 228

Grafschaft Ortenburg 396

Haus- und Familiensachen Ludw. d. Gebartete 1421 II 26

Klosterurkunden Freising 1442 VIII 19

Klosterurkunden Landshut-Chorstift 1394 VI 26

Klosterurkunden Passau-St. Nikola 1431 XI 24

Klosterurkunden Raitenhaslach 694

Kurbayern Äußeres Archiv 1146; 3905

Kurbayern Urkunden

406; 1672; 2292; 2646; 2859; 4060; 4061; 4062; 4063; 4066; 4114u; 4356; 9953;
14287; 14322; 14433; 14437; 14524; 14526; 14704; 15104; 15718; 15825; 16062;
16063; 16064; 16084; 16086; 16109; 16111; 17718; 19272; 19755; 20078; 20859;
20860; 21011; 21012; 21016; 21024; 21086; 21129; 21298; 21350; 21351; 21357;
21466; 21477; 21478; 21479; 21545; 21546; 21547; 21571; 21573; 21664; 21666;
21668; 21670; 21672; 21673; 21674; 21683; 22392; 22426; 22860; 24328; 24331;
24342; 25062; 25064; 25065; 25066; 25067; 25068; 25069; 25070; 25071; 25072;
25073; 25074; 25075; 25076; 25077; 25078; 25079; 25080; 25081; 25082; 25084;
25085; 25086; 25087; 25088; 25089; 25090; 25091; 25093; 25094; 25095; 25101;

25103; 25106; 25255; 25351; 26174; 26906; 26912; 26913; 26914; 26915; 26917;
 26918; 26983; 26986; 26987; 26988; 30602; 30791; 32269; 32463
 Neuburger Kopialbücher 18; 18a; 24; 32; 34; 44; 85; 87; 88
 Nothafft'sches Archiv Urkunden 184; 381; 389
 Notthafft Urkunden 420
 Passau Domkapitel 8319
 Passau Hochstift 628
 Pfalz-Neuburg Urkunden
 1394 VI 19; 1401 XI 4; 1402 VIII 28; 1403 X 4; 1404 VIII 23; 1431 III 5; 1432 VIII
 23; 1435 VIII 9; 1449 XI 4
 Pfalz-Neuburg Urkunden Alte Landgerichte 215
 Pfalz-Neuburg Urkunden Auswärtige Staaten 782/1; 782/2; 1801
 Pfalz-Neuburg Urkunden Bestallungen 1416 V 30; 1446 XII 30
 Pfalz-Neuburg Urkunden Beziehungen zu Stiftern 122; 625
 Pfalz-Neuburg Urkunden Bünde und Fehden 118; 119; 120; 170; 172; 173
 Pfalz-Neuburg Urkunden Landesteilungen und Einungen 208; 243; 268; 279; 561
 Pfalz-Neuburg Urkunden Urfehden
 1397 I 13; 1401 X 4; 1408 X 20; 1408 XII 13/1; 1408 XII 13/2; 1408 XII 13/3; 1408
 XII 13/4; 1408 XII 13/5; 1408 XII 13/6; 1409 III 27/1; 1409 III 27/2
 Pfalz-Neuburg Urkunden Varia Bavarica
 7; 50; 76; 91; 97; 102; 103; 170; 174; 179; 333; 442; 476; 477; 494; 496; 529; 545;
 546; 548; 551; 552; 600; 641; 642; 689; 705; 742; 799; 832; 834; 841; 851; 896; 897;
 910/1; 917; 922; 923; 946; 967; 1079; 1156; 1158; 1229; 1230; 1231; 1249; 1305;
 1433; 1434; 1512/1; 1529; 1549; 1694; 1757; 1758; 1808; 1838; 1861
 Pfalz-Neuburg Urkunden Varia Neoburgica
 683; 929; 1758; 1793; 1800; 1801; 1802; 1804/1; 1816; 1820; 1823; 1826; 1834; 2004
 Reichsstadt Regensburg Urkunden
 1403 VII 2; 1403 IX 28; 1403 XI 16; 1404 VII 5; 1440 IV 12; 1440 IV 16; (zu 1440 IV
 16); 1440 IV 17; 1440 IV 23; 1440 VI 23; 1440 VI 24; 1440 nach VI 24; 1440 VI 25;
 1440 nach VI 25; 1440 VI 28; 1440 VI 30; 1440 VII 14; 1440 VII 26; 1440 VIII 31;
 1440 IX 12; 1441 I 24 I; 1441 III 21; 1441 III 24; 1441 IV 6; 1441 V 15³; 1441 V 16;
 1441 IV 8; 1441 IV 17; 1441 X 21; 1442 V 5; 1442 V 23; 1444 VI 29

Regensburg Hochstift Urkunden 1440 IV 16; 1441 I 24; 1443 I 15; 1443 April 25
St. Zeno 1427 Okt. 22

Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Abt. Geheimes Hausarchiv:

Hausurkunden 2001; 2002; 2003; 2004; 2005; 2006; 2007; 2008; 2009; 2010; 2011;
2012; 2013; 2014; 2015; 2016; 2017; 2018; 2019; 2020

Staatsarchiv München:

Törring-Jettenbach Urkunden 15; 149; 151; 186; 195; 197; 198; 199; 211; 216; 217;
221; 229; 232; 236; 237; 239; 252; 284; 308; 323; I 2 Nr. 140; I 4 Nr. 206
Törring-Seefeld Literalien Nr. 51; Nr. 52; A 3 Nr. 41; A 3 Nr. 42; A 3 Nr. 43; A 3 Nr.
44; A 3 Nr. 45; A 3 Nr. 46; A 3 Nr. 47; A 3 Nr. 48; A 3 Nr. 51; B 5 Nr. 5; E 2 Nr. 56
Törring-Seefeld Urkunden 7; 14; 57; 61; 218; 219; 220; 221; 223
Herrschaft Hohenaschau Urkunden 1440 Juli 16; A 8

Bayerische Staatsbibliothek München:

Cgm 2290 IV, VI, IX

Staatsarchiv Landshut:

Schloßarchiv Moos 1407 IX 8
Schloßarchiv Au in der Hallertau 31; 56
Schloss Ering Urkunden 11/1

Stadtarchiv Landshut:

Stadtbuch Landshut Bd. 9; Bd. 11

Geheimes Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien:

Allgemeine Urkundenreihe 1394 V 20; 1396 X 25; 1396 X 26; 1397 I 2; 1399 II 6;
1404 II 23; 1408 IX 27

Österreichische Nationalbibliothek Wien:

Codex 4956

Oberösterreichisches Landesarchiv Linz:

Herrschaftsarchiv Hagenau-Hueb Urkunden Nr. 43; Schachtel 1 1443 18/2

Herrschaftsarchiv Aurolzmünster Urkunden Nr. 12; Nr. 46

Stiftsarchiv Mondsee Bd. 213, Nr. 1

Tiroler Landesarchiv Innsbruck:

Urkundensammlung I Nr. 7565

F. Quellen- und Literaturverzeichnis

- 1204 UND DIE FOLGEN. Zu den Anfängen der Stadt Landshut. Beiträge zum öffentlichen Kolloquium in Landshut am 1./2. Dezember 1997 (Schriften aus den Museen der Stadt Landshut, Bd. 6), Landshut 2002.
- ALBRECHT, Dieter, Staat und Gesellschaft. Zweiter Teil: 1500-1745. In: Spindler, Max, Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. II, hrsg. von Andreas Kraus, 2. Aufl., München 1988, S. 625-663.
- ALTMANN, Wilhelm, Eberhart Windeck. Denkwürdigkeiten zur Geschichte des Zeitalters Kaiser Sigmunds, Bd. 1, Berlin 1893.
- ANDERMANN, Kurt, Zwischen Zunft und Patriziat. Beobachtungen zur sozialen Mobilität in oberdeutschen Städten des späten Mittelalters. In: Andermann, Kurt/Johanek, Peter (Hg.), Zwischen Nicht-Adel und Adel (Vorträge und Forschungen, Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte, Bd. 53), Stuttgart 2001, S. 361-382.
- ANDRELANG, Franz, Landgericht Aibling und Reichsgrafschaft Hohenwaldeck (Historischer Atlas von Bayern, Altbayern, Bd. 17), München 1967.
- ANDRIAN-WERBURG, Klaus Frhr. v., Der altbayerische Adel im landesfürstlichen Staat der Wittelsbacher bis zum Abschluss der ritterschaftlichen Verfassung. In: Rössler, Helmuth (Hg.), Deutscher Adel 1430-1555 (Schriften zur Problematik der deutschen Führungsschichten in der Neuzeit, Bd. I), Darmstadt 1965, S. 48-57.
- ANDRIAN-WERBURG, Klaus Frhr. v., Urkundenwesen, Kanzlei, Rat und Regierungssystem der Herzoge Johann II., Ernst und Wilhelm III. von Bayern-München (1392-1438) (Münchener historische Studien, Abt. Geschichtliche Hilfswissenschaften, Bd. 10), Kallmünz 1971.
- ANGERMEIER, Heinz, Die Funktion der Einung im 14. Jahrhundert. In: ZBLG 20 (1957), S. 475-508.
- ANGERMEIER, Heinz, Königtum und Landfriede im deutschen Spätmittelalter, München 1966.
- AY, Karl-Ludwig, Altbayern von 1180 bis 1550 (Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern, Bd. I/2), München 1977.
- BADER, Karl S., Der deutsche Südwesten in seiner territorialstaatlichen Entwicklung, Sigmaringen 1978.
- BANSA, Helmut, Studien zur Kanzlei Kaiser Ludwigs des Bayern vom Tag der Wahl bis zur Rückkehr aus Italien (1314-1329) (Münchener historische Studien, Abt. Geschichtliche Hilfswissenschaften, Bd. 5), Kallmünz 1968.
- BAUM, Wilhelm, Kaiser Sigismund. Hus, Konstanz und Türkenkriege, Graz 1993.
- BAYERN-INGOLSTADT, BAYERN-LANDSHUT 1392-1506. Glanz und Elend einer Teilung. Ausstellung des Stadtarchivs, der wissenschaftlichen Stadtbibliothek und des Stadtmuseums Ingolstadt, hrsg. vom Stadtarchiv Ingolstadt, Ingolstadt 1993.
- BECHER, Hans-Dieter, Landshut. Die Stadt Landshut und das Landgericht Rottenburg (Historischer Atlas von Bayern, Altbayern, Bd. 43), München 1978.
- BECK, Wilhelm, Bayerns Heerwesen und Mobilmachung im 15. Jahrhundert. In: Archivalische Zeitschrift NF 18 (1911), S. 1-232.
- BECKENBAUER, Alfons, Eine Momentaufnahme aus der europäischen Geschichte. Die Polenhochzeit in Landshut 1475. In: VHVN 120/121 (1994/1995), S. 9-51.
- BECKER, Hans-Jürgen, Landfrieden. In: Lexikon des Mittelalters V, Stuttgart/Weimar 1999, Sp. 1657-1658 (CD-Rom-Ausgabe 2000).
- BLEIBRUNNER, Hans, Niederbayern. Kulturgeschichte des bayerischen Unterlandes, Bd. I, Landshut 1979.
- BLEIBRUNNER, Hans (Hg.), Große Niederbayern. Zwölf Lebensbilder, Landshut 1972.

- BOEHM, Laetitia, Das Hochschulwesen in seiner organisatorischen Entwicklung. In: Spindler, Max, Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. I, hrsg. von Andreas Kraus, 2. Aufl., München 1988, S. 919-965.
- BOSL, Karl, Die Geschichte der Repräsentation in Bayern. Landständische Bewegung, Landständische Verfassung, Landesausschuß und altständische Gesellschaft (Repräsentation und Parlamentarismus in Bayern vom 13. bis zum 20. Jahrhundert, Bd. 1), München 1974.
- BOSL, Karl, Die bayerische Stadt in Mittelalter und Neuzeit. Altbayern – Franken – Schwaben, Regensburg 1988.
- BOSL, Karl, Aus den Anfängen der landständischen Bewegung und Verfassung. Der Vilshofener Vertrag von 1293 (Niederbayern). In: Abel, Wilhelm (Hg.), Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 8-27.
- BÖHMER, Rudolf, Die Vierherzogzeit in Oberbayern-München und ihre Vorgeschichte. Versuch einer Darstellung des genauen zeitlichen Ablaufs der Ereignisse (Kultur und Geschichte, Bd. 11), München 1937.
- BRANDT, Ahasver v., Werkzeug des Historikers. Eine Einführung in die Historischen Hilfswissenschaften, 16. Aufl., Stuttgart 2003.
- BRUNNER, Otto, Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter, Wien 1965 [ND Darmstadt 1973].
- BUCK, Michael R. (Hg.), Ulrichs von Richental Chronik des Constanzer Concils. 1414 bis 1418, Stuttgart 1882 [ND Hildesheim/New York 1971].
- CARL, Horst, Der Schwäbische Bund und das Reich – Konkurrenz und Symbiose. In: Press, Volker (Hg.), Alternativen zur Reichsverfassung in der Frühen Neuzeit? (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 23), München 1995, S. 43-63.
- ✂ORNEJ, Petr, Die bayerischen Herzöge und das hussitische Böhmen. In: Boldt, Frank/Hilf, Rudolf, Bayerisch-Böhmische Nachbarschaft, München 1992, S. 59-71.
- CRAMER-FÜRTIG, Michael, Landesherr und Landstände im Fürstentum Pfalz-Neuburg. Staatsbildung und Ständeorganisation in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts (Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte, Bd. 100), München 1995.
- CRAMER-FÜRTIG, Michael/STAUBER, Reinhard, Der Burghauser Schatz der Reichen Herzöge. Bemerkungen zur Quellenlage und Probleme der Größenbestimmung. In: VHVN 114/115 (1988/89), S. 5-27.
- DIEPOLDER, Gertrud/DÜLMEN, Richard v./SANDBERGER, Adolf, Rosenheim. Die Landgerichte Rosenheim und Auerburg und die Herrschaften Hohenaschau und Wildenwart (Historischer Atlas von Bayern, Altbayern, Bd. 38), München 1978.
- DIEPOLDER, Gertrud, Oberbayerische und niederbayerische Adelsherrschaften im wittelsbachischen Territorialstaat des 13.-15. Jahrhunderts. In: ZBLG 25 (1962), S. 33-70.
- DIEPOLDER, Gertrud, Das Landgericht Aichach (Historischer Atlas von Bayern, Altbayern, Bd. 2), München 1950.
- DIR, Pius, Denkmäler des Münchner Stadtrechts. Bd. I: 1158-1403 (Bayerische Rechtsquellen, Bd. I), München 1934.
- DOEBERL, Michael, Entwicklungsgeschichte Bayerns. Von den ältesten Zeiten bis zum Westfälischen Frieden. Bd. I, 3. Aufl., München 1916.
- DOLLINGER, Peter/STARK, Nicolaus, Die Grafen und Reichsherren zu Abensberg. In: VHVN 14 (1869), S. 1-234.
- DORNER, Johann, Herzogin Hedwig und ihr Hofstaat. Das Alltagsleben auf der Burg Burghausen nach Originalquellen des 15. Jahrhunderts (Burghauser Geschichtsblätter, Bd. 53), Burghausen 2002.

- DROEGE, Georg, Die Bedeutung des bündischen Elements. In: Jeserich, Kurt G. A./Pohl, Hans/Unruh, Georg-Christoph v. (Hg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte. Vom Spätmittelalter bis zum Ende des Reiches, Bd. I, Stuttgart 1983, S. 188-193.
- EMSLANDER, Hans, Der Bau der Heiliggeistkirche und die Differenzen Heinrichs des Reichen mit den Landshuter Bürgern. In: VHVN 122/123 (1996/97), S. 33-51.
- ENGLBRECHT, Jolanda, Drei Rosen für Bayern. Die Grafen zu Toerring von den Anfängen bis heute, Pfaffenhofen 1985.
- ERHARD, Alexander, Geschichte und Topographie der Umgebung von Passau. 2. Fortsetzung. In: VHVN 37 (1901), S. 185-351.
- ERHARD, Alexander, Geschichte und Topographie der Umgebung von Passau. 3. Fortsetzung und Schluß. In: VHVN 38 (1902), S. 197-302.
- ETTELT, Beatrix, Der Teilungsvertrag vom 19. November 1392. In: Bayern-Ingolstadt. Bayern-Landshut 1392-1506. Glanz und Elend einer Teilung. Ausstellung des Stadtarchivs, der Wissenschaftlichen Stadtbibliothek und des Stadtmuseums Ingolstadt, hrsg. vom Stadtarchiv Ingolstadt, Ingolstadt 1993, S. 9-17.
- ETTELT, Beatrix, Das Herzogtum Bayern-Landshut 1392-1479. In: Bayern-Ingolstadt. Bayern-Landshut. 1392-1506. Glanz und Elend einer Teilung. Ausstellung des Stadtarchivs, der Wissenschaftlichen Stadtbibliothek und des Stadtmuseums Ingolstadt, hrsg. vom Stadtarchiv Ingolstadt, Ingolstadt 1992, S. 81-95.
- ETTELT, Beatrix, Übernahme des Herzogtums Bayern-Ingolstadt durch Herzog Heinrich von Bayern-Landshut. In: Bayern-Ingolstadt, Bayern-Landshut 1392-1506. Glanz und Elend einer Teilung. Ausstellung des Stadtarchivs, der Wissenschaftlichen Stadtbibliothek und des Stadtmuseums Ingolstadt, hrsg. vom Stadtarchiv Ingolstadt, Ingolstadt 1992, S. 96-99.
- ETTELT-SCHÖNEWALD, Beatrix, Kanzlei, Rat und Regierung Herzog Ludwigs des Reichen von Bayern-Landshut (1450-1479). 2 Bde. (Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte, Bd. 97/I u. II), München 1996.
- FLACHENECKER, Helmut/KIESSLING, Rolf (Hg.), Städtelandschaften in Altbayern, Franken und Schwaben. Studien zum Phänomen der Kleinstädte während des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit (Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte, Reihe B, Beiheft 15), München 1999.
- FLECKENSTEIN, Josef, Vom Stadtadel im spätmittelalterlichen Deutschland. In: Zeitschrift für Siebenbürgische Landeskunde 74 (1980), S. 1-13.
- FOLLAK, Klaus P., Entstehung, Funktion und Bedeutung der Viztumhandel im spätmittelalterlichen Niederbayern. In: VHVN 103 (1977), S. 71-84.
- FREILINGER, Hubert, Der altbayerische Adel im Raum an der oberen Donau unter besonderer Berücksichtigung der Herren von Abensberg. In: ZBLG 40 (1977), S. 687-703.
- FREYBERG, Max Frhr. v., Geschichte der bayerischen Landstände und ihrer Verhandlungen, Bd. I, Sulzbach 1828.
- FREYBERG, Max Frhr. v., Dr. Wiguleus Hundt's bayerischen Stammenbuchs dritter Theil, mit den Zusätzen des Archivars Libius. In: Freyberg, Max Frhr. v., Sammlung historischer Schriften und Urkunden, Bd. III, Stuttgart/Tübingen 1830, S. 11-797.
- FREYBERG, Max Frhr. v., Der Vehmgerichtsprozeß Caspars des Torringer. In: Freyberg, Max Frhr. v., Sammlung historischer Schriften und Urkunden, Bd. I, Stuttgart/Tübingen 1827, S. 201-376.
- FREYBERG, Max Frhr. v., Geschichte der ehemaligen Hofmark Jetzendorf bis 1848. In: OA 33 (1874), S. 248-338.
- FREYBERG, Max Frhr. v., Geschichte der ehemahligen Hofmark Hilkertshausen, zugleich Lösch'sche Familiengeschichte. In: OA 33 (1874), S. 118-215.

- FRICKE, Eberhard, Die Verurteilung des Herzogs Heinrich von Bayern-Landshut durch das Frei- und Vemegericht Limburg (1429). In: Heimatblätter für Hohenlimburg 6/7 (1979), S. 101-112, 121-131.
- FRIED, Pankraz, „Modernstaatliche“ Entwicklungstendenzen im bayerischen Ständestaat des Spätmittelalters. In: Rausch, Heinz (Hg.), Die geschichtlichen Grundlagen der modernen Volksvertretung. Die Entwicklung von den mittelalterlichen Korporationen zu den modernen Parlamenten. Reichsstände und Landstände, Bd. 2 (Wege der Forschung, Bd. 469), Darmstadt 1974, S. 341-395.
- FRIED, Pankraz, Zur Geschichte der Steuer in Bayern. In: ZBLG 27 (1964), S. 570-599.
- FRIED, Pankraz, Zur „staatsbildenden“ Funktion der Landfrieden im frühen bayerischen Territorialstaat. In: Albrecht, Dieter/Kraus, Andreas/Reindel, Kurt (Hg.), Festschrift für Max Spindler zum 75. Geburtstag, München 1969, S. 283-306.
- FRIED, Pankraz, Grafschaft, Vogtei und Grundherrschaft als Grundlagen der wittelsbachischen Landesherrschaft in Bayern. Zu den Anfängen der unteren Gerichts- und Verwaltungsorganisation in Bayern. In: ZBLG 26 (1963), S. 103-130.
- FRIED, Pankraz, Herrschaftsgeschichte der altbayerischen Landgerichte Dachau und Kranzberg im Hoch- und Spätmittelalter sowie in der frühen Neuzeit (Studien zur bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte 1), München 1962.
- GEBERT, Barbara, Die bayerische Primogeniturordnung von 1506 (Quellentexte zur bayerischen Geschichte, Bd. 2), München 2002.
- GEIß, Ernest, Die Reihenfolgen der Gerichts- und Verwaltungsbeamten Altbayerns nach ihrem urkundlichen Vorkommen vom XIII. Jahrhundert bis zum Jahre 1803. Erste Abtheilung: Oberbayern. In: OA 26 (1865/66), S. 26-158.
- GEIß, Ernest, Die Reihenfolgen der Gerichts- und Verwaltungs-Beamten Altbayerns nach ihrem urkundlichen Vorkommen vom XIII. Jahrhundert bis zum Jahre 1803. Zweite Abtheilung: Niederbayern. In: OA 28 (1868/69), S. 1-108.
- GEIß, Ernest, Heinz von Stein nebst einer Geschichte des Schlosses Stein und seiner Besitzer. In: OA 3 (1841), S. 147-209.
- GEYER, Otto, Der Aufstand der Böckler und Löwler. In: Der Bayerwald 3 (1972), S. 121-142.
- GERLICH, Alois, Habsburg – Luxemburg – Wittelsbach im Kampf um die deutsche Königskrone. Studien zur Vorgeschichte des Königtums Ruprechts von der Pfalz, Wiesbaden 1960.
- GIMBEL, R., Feme. In: HRG, Bd. I, Berlin 1964, Sp. 1099-1103.
- GLASER, Hubert, Wissenschaft und Bildung im Spätmittelalter. In: Spindler, Max, Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. I, hrsg. von Andreas Kraus, 2. Aufl., München 1988, S. 805-860.
- GLASER, Hubert, Die kirchlich-religiöse Entwicklung. Erster Teil: Bis 1500. In: Spindler, Max, Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. I, hrsg. von Andreas Kraus, 2. Aufl., München 1988, S. 664-701.
- GLEBA, Gudrun, Die Aufzeichnungen des Münchener Bürgers Jörg Kazmair zu den Jahren 1397-1403. Eine Schrift zur mittelalterlichen Meinungsbildung. In: Johanek, Peter (Hg.), Städtische Geschichtsschreibung im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit (Städteforschung, Reihe A, Bd. 47), Köln 2000, S. 215-231.
- GREINDL, Gabriele, Untersuchungen zur bayerischen Ständeversammlung im 16. Jahrhundert. Organisation, Aufgaben und die Rolle der adeligen Korporation (Miscellanea Bavarica Monacensia, Bd. 121), München 1983.
- GREIPL, Egon J., Macht und Pracht. Die Geschichte der Residenzen in Franken, Schwaben und Altbayern, Regensburg 1991.
- GROß, Jakob, Hartprecht, der letzte Harskircher von Zangberg, herzoglich niederbayerischer Kammermeister und Rath. In: VHV 6 (1858), S. 345-357.
- GUMPPENBERG, Ludwig A. Frhr. v., Die Gumpenberger auf Turnieren. Nachtrag zur Geschichte der Familie von Gumpenberger, Würzburg 1862.

- HAEUTLE, Christian, Archivalische Beiträge zur Geschichte Herzogs Ludwig des Bärtigen von Bayern-Ingolstadt und seiner Zeit. 1. Teil. In: OA 28 (1868/69), S. 195-299, 371-372.
- HAEUTLE, Christian, Archivalische Beiträge zur Geschichte Herzogs Ludwig des Bärtigen von Bayern-Ingolstadt und seiner Zeit, 2. Teil. In: OA 32 (1872/73), S. 13-76.
- HAEUTLE, Christian, Vom Tode und Begräbniß Herzogs Ludwig VII. (des Bärtigen) von Bayern-Ingolstadt. In: OA 47 (1891/92), S. 1-17.
- HÄRTEL, Reinhard, Über Landesteilungen in deutschen Territorien des Spätmittelalters. In: Ebner, Herwig (Hg.), Festschrift Friedrich Hausmann, Graz 1977, S. 179-205.
- HALLER, Hanns, Das Turmkränzlein. Die Sagen der Stadt Landshut (Niederbayerische Hefte 66), Regensburg 1960.
- HAUSFELDER, Edmund, Das Rentmeisteramt. In: Bayern-Ingolstadt, Bayern-Landshut 1392-1506. Glanz und Elend einer Teilung. Ausstellung des Stadtarchivs, der Wissenschaftlichen Stadtbibliothek und des Stadtmuseums Ingolstadt, hrsg. vom Stadtarchiv Ingolstadt, Ingolstadt 1992, S. 135-137.
- HAUSMANN, Friedrich, Archiv der Grafen zu Ortenburg. Urkunden der Familie und Grafschaft Ortenburg (in Tambach und München), Bd. I: 1142-1400 (Bayerische Archivinventare 42), Neustadt an der Aisch 1984.
- HAVERKAMP, Alfred, "Innerstädtische Auseinandersetzungen" und überlokale Zusammenhänge in deutschen Städten während der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts. In: Elze, Reinhard/Fasoli, Gina (Hg.), Stadtadel und Bürgertum in den italienischen und deutschen Städten des Spätmittelalters (Schriften des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient, Bd. 2), Berlin 1991, S. 89-126.
- HEEG-ENGELHART, Ingrid, Das älteste bayerische Herzogsurbar. Analyse und Edition (Quellen und Erörterungen zur bayerischen Geschichte, NF 37), München 1990.
- HEGEL, Carl v. (Hg.), Chronik des Burkard Zink. 1368-1468. In: Die Chroniken der schwäbischen Städte. Augsburg, Bd. 2 (Die Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis ins 16. Jahrhundert, Bd. 5), 2. Aufl., Leipzig 1866, [ND Stuttgart 1965], S. 1-330.
- HEIGEL, Karl T. (Hg.), Landshuter Rathschronik 1439-1504. In: Die Chroniken der baierischen Städte Regensburg, Landshut, Mühldorf (Die Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis ins 16. Jahrhundert, Bd. 15), 2. Aufl., Leipzig 1878 [ND Stuttgart 1967], S. 245-366.
- HEINIG, Paul-Joachim, Fürstenmorde. Das europäische (Spät-)Mittelalter zwischen Gewalt, Zähmung der Leidenschaften und Verrechtlichung. In: Heinig, Paul-Joachim/ Jahn, Sigrid/Schmidt, Hans-Joachim/Schwinges, Rainer C./ Wefers, Sabine (Hg.), Reich, Regionen und Europa in Mittelalter und Neuzeit. Festschrift für Peter Moraw (Historische Forschungen 67), Berlin 2000, S. 355-388.
- HEINLOTH, Bernhard, Neumarkt (Historischer Atlas von Bayern, Altbayern, Bd. 16), München 1967.
- HELLERSBERG, Karl v., Betrachtungen über den sogenannten Aufruhr der Bürger von Landshut, Landshut 1818.
- HERGEMÖLLER, Bernd-Ulrich, Gesellschaftliche Veränderungen im engeren Reichsgebiet um 1400. In: Seibt, Ferdinand/Eberhard, Winfried (Hg.), Europa 1400. Die Krise des Spätmittelalters, Stuttgart 1984, S. 39-52.
- HERLETH-KRENTZ, Susanne M./ MAYR, Gottfried, Das Landgericht Erding (Historischer Atlas von Bayern, Altbayern, Bd. 58), München 1997.
- HERZOG, Theo, Die Landshuter Bürgerunruhen der Jahre 1408 und 1410. In: Festaussage zur Landshuter Fürstenhochzeit 1475, Landshuter Zeitung vom 26. Juni 1965, S. 5-7.
- HERZOG, Theo, Landshuter Häuserchronik, 2 Bde. (Bibliothek familiengeschichtlicher Quellen, Bd. 12 und Bd. 21), Neustadt an der Aisch 1957-1971.
- HERZOG, Theo, Landshuter Urkundenbuch (Bibliothek familiengeschichtlicher Quellen, Bd. 13), Neustadt an der Aisch 1963.
- HESSLINGER, Helmo, Die Anfänge des Schwäbischen Bundes. Ein Beitrag zur Geschichte des Einungswesens und der Reichsreform unter Kaiser Friedrich III. (Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm 9), Ulm 1970.

- HEYDENREUTER, Reinhard, Probleme des Ämterkaufs in Bayern. In: Mieck, Ilja (Hg.), Ämterhandel im Spätmittelalter und im 16. Jahrhundert (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 45), Berlin 1984, S. 231-251.
- HIERETH, Sebastian, Die bayerische Gerichts- und Verwaltungsorganisation vom 13. bis 19. Jahrhundert (Historischer Atlas von Bayern, Altbayern), München 1950.
- HIERETH, Sebastian, Die Ottonische Handfeste von 1311 und die niederbayerischen Städte und Märkte. In: ZBLG 33 (1970), S. 135-154.
- HIERETH, Sebastian/DIEPOLDER, Gertrud, Die bayerischen Teilherzogtümer und die Oberpfalz um 1450. In: Spindler, Max (Hg.): Bayerischer Geschichtsatlas, München 1969, S. 77-81.
- HOFMANN, Siegfried, Die bayerischen Landesteilungen von 1255 und 1392: Auswirkungen – Perspektiven. In: Sammelblatt des Historischen Vereins Ingolstadt 102/103 (1993/94), S. 105-129.
- HOFMANN, Siegfried, Die zentrale Verwaltung des bayerischen Herzogtums unter den ersten Wittelsbachern. In: Glaser, Hubert (Hg.), Wittelsbach und Bayern. Die Zeit der frühen Herzöge. Von Otto I. zu Ludwig dem Bayern. Bd. I/1 (Beiträge zur Bayerischen Geschichte und Kunst 1180-1350), München/Zürich 1980, S. 223-239.
- HOFMANN, Siegfried, Urkundenwesen, Kanzlei und Regierungssystem der Herzöge von Bayern und Pfalzgrafen bei Rhein von 1180 bzw. 1214 bis 1255 bzw. 1294 (Münchener Historische Studien, Abt. Geschichtliche Hilfswissenschaften, Bd. 3), Kallmünz 1967.
- HOENSCH, Jörg K., Die Luxemburger. Eine spätmittelalterliche Dynastie gesamteuropäischer Bedeutung. 1308-1437, Stuttgart 2000.
- HOENSCH, Jörg K., Kaiser Sigismund. Herrscher an der Schwelle zur Neuzeit 1368-1437, München 1996.
- HOLZHAUER, H., Landfrieden II (Landfrieden und Landfriedensbruch). In: HRG, Bd. II, Berlin 1978, Sp. 1465-1485.
- HRUSCHKA, Constantin, Kriegsführung und Geschichtsschreibung im Spätmittelalter. Eine Untersuchung zur Chronistik der Konzilszeit (Kollektive Einstellungen und sozialer Wandel im Mittelalter, NF, Bd. 5), Köln 2001.
- HUBER, Alfons, Agnes Bernauer im Spiegel der Quellen, Chronisten, Historiker und Literaten vom 15. bis zum 20. Jahrhundert. Ein Quellen- und Lesebuch, Straubing 1999.
- HUNDT, Wiguleus, Bayrisch Stammenbuch. 2 Bde., Ingolstadt 1598.
- HUSCHBERG, Johann F., Das adelige Geschlecht der Zenger. In: VHVN 37 (1901), S. 1-88.
- ISENMANN, Eberhard, Die deutsche Stadt im Spätmittelalter: 1250-1500, Stuttgart 1988.
- JANKER, Stephan M., Grafschaft Haag (Historischer Atlas von Bayern, Altbayern, Bd. 59), München 1996.
- JEHLE, Manfred, Parsberg. Pflegämter Hemau, Laaber, Beratzhausen (Ehrenfels), Lupburg, Velburg, Mannritterlehengut Lutzmannstein, Ämter Hohenfels, Helfenberg, Reichsherrschaften Breitenegg, Parsberg, Amt Hohenburg (Historischer Atlas von Bayern, Altbayern, Bd. 51), München 1981.
- JOHANEK, Peter, Adel und Stadt im Mittelalter. In: Adel und Stadt. Vorträge auf dem Kolloquium der Vereinigten Westfälischen Adelsarchive e. V. vom 28.-29. Oktober 1993 (Vereinigte Westfälische Adelsarchive e. V., Bd. 10), Münster 1998, S. 9-35.
- JOHANEK, Peter, Ebran, Hans, von Wildenberg. In: Verfasserlexikon II, 2. Aufl., Berlin/New York 1980, Sp. 307-312.
- JOHANEK, Peter, Arnpeck, Veit. In: Verfasserlexikon I, 2. Aufl., Berlin/New York 1979, Sp. 493-498.
- JOHANEK, Peter, Andreas von Regensburg. In: Verfasserlexikon I, 2. Aufl., Berlin/New York 1979, Sp. 341-348.
- JUNGSMANN-STADLER, Franziska, Landkreis Vilshofen. Der historische Raum der Landgerichte Vilshofen und Osterhofen (Historischer Atlas von Bayern, Altbayern, Bd. 29), München 1972.

- KALCHER, A., Die Wittelsbacher Fürstenurkunden des Stadtarchives Landshut bis zum Erlöschen der Landshuter Regenten-Linie, Landshut 1880.
- KANTER, Erhard W., Das Ende der bayerisch-ingolstädtischen Linie. In: Forschungen zur Geschichte Bayerns 11 (1903), S. 280-321.
- KAUFMANN, Ekkehard, Landfrieden I (Landfriedensgesetzgebung). In: HRG, Bd. II, Berlin 1978, Sp. 1451-1465.
- KAUFMANN, Ekkehard, Fehde. In: HRG, Bd. I, Berlin 1971, Sp. 1083-1093.
- KEIM, Josef, Das Gebiet des ehemaligen Herzogtums Straubing und des sogenannten Straubinger Niederlandes. In: Jahresbericht des Historischen Vereins für Straubing und Umgebung 53 (1950/51), S. 25-32.
- KERLER, Dietrich (Hg.), Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Sigmund. Erste Abteilung 1410-1420 (Deutsche Reichstagsakten, Bd. 7), Göttingen 1956.
- KERLER, Dietrich (Hg.), Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Sigmund. Zweite Abteilung 1421-1426 (Deutsche Reichstagsakten, Bd. 8), Göttingen 1956.
- KERLER, Dietrich (Hg.), Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Sigmund. Dritte Abteilung 1427-1431 (Deutsche Reichstagsakten, Bd. 9), Göttingen 1956.
- KIRMEIER, Josef, Die Juden und andere Randgruppen. Zur Frage der Randständigkeit im mittelalterlichen Landshut, Landshut 1988.
- KIRNBERGER, Max, Das Herzogtum Straubing-Holland 1353-1429. In: Der Bayerwald 59 (1966), S. 5-48.
- KLUCKHOHN, August, Heinrich der Reiche, Herzog von Bayern. Ein Lebens- und Charakterbild. In: VHVN 10 (1864), S. 362-374.
- KNIEG, Robert, Das Münzwesen der Ingolstädter Herzogszeit. In: Bayern-Ingolstadt, Bayern-Landshut 1392-1506. Glanz und Elend einer Teilung. Ausstellung des Stadtarchivs, der Wissenschaftlichen Stadtbibliothek und des Stadtmuseums Ingolstadt, hrsg. vom Stadtarchiv Ingolstadt, Ingolstadt 1992, S. 201-212.
- KOBLER, Michael, Das Schiedsgerichtswesen nach bayerischen Quellen des Mittelalters (Münchener Universitätschriften, Bd. 1), München 1966.
- KRAUS, Andreas, Sammlung der Kräfte und Aufschwung (1450-1508). In: Spindler, Max, Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 2, hrsg. von Andreas Kraus, 2. Aufl., München 1988, S. 288-321.
- KRAUS, Andreas, Das Herzogtum der Wittelsbacher: Die Grundlegung des Landes Bayern. In: Glaser, Hubert (Hg.), Wittelsbach und Bayern. Die Zeit der frühen Herzöge. Von Otto I. zu Ludwig dem Bayern, Bd. I/1, München/Zürich 1980, S. 165-200.
- KRAUS, Andreas, Bayerische Wissenschaft in der Barockzeit (1579-1750). In: Spindler, Max, Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 2, hrsg. von Andreas Kraus, 2. Aufl., München 1988, S. 876-918.
- KREIKER, S., Vicedominus. In: Lexikon des Mittelalters VIII, Stuttgart/Weimar 1999, Sp. 1621-1622 (CD-ROM-Ausgabe 2000).
- KREMER, Renate, Die Auseinandersetzungen um das Herzogtum Bayern-Ingolstadt 1438-1450 (Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte, Bd. 113), München 2000.
- KRENN, Dorit-Maria, Ein Herzogtum erlischt. In: Krenn, Dorit-Maria/Wild, Joachim, „fürste in der ferne“. Das Herzogtum Niederbayern-Straubing-Holland 1353-1425 (Hefte zur Bayerischen Geschichte und Kultur, Bd. 29), Regensburg 2003, S. 34-38.
- KRENN, Dorit-Maria, Das Herzogtum Straubing-Holland (1353-1425/1429). In: Bayern-Ingolstadt, Bayern-Landshut 1392-1506. Glanz und Elend einer Teilung. Ausstellung des Stadtarchivs, der Wissenschaftlichen Stadtbibliothek und des Stadtmuseums Ingolstadt, hrsg. vom Stadtarchiv Ingolstadt, Ingolstadt 1992, S. 111-122.
- KRENN, Dorit-Maria/WILD, Joachim, „fürste in der ferne“. Das Herzogtum Niederbayern-Straubing-Holland 1353-1425 (Hefte zur Bayerischen Geschichte und Kultur, Bd. 29), Regensburg 2003.
- KRENN, Dorit-Maria, Städte und Märkte „des lands in nidern Bairn“. In: Krenn, Dorit-Maria/Wild, Joachim, „fürste in der ferne“. Das Herzogtum Niederbayern-Straubing-

- Holland 1353-1425 (Hefte zur Bayerischen Geschichte und Kultur, Bd. 29), Regensburg 2003, S. 24-33.
- KRENNER, Franz (Hg.), Baierische Landtagshandlungen in den Jahren 1429-1513, 18 Bde., München 1803-1805.
- KRIEGER, Karl-Friedrich, Die Lehnshoheit der deutschen Könige im Spätmittelalter (ca. 1200-1437). (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, NF, Bd. 23), Aalen 1979.
- KRIEGER, Karl-Friedrich, Bayerisch-pfälzische Unionsbestrebungen vom Hausvertrag von Pavia (1329) bis zur wittelsbachischen Hausunion vom Jahre 1724. In: ZHF 4 (1977), S. 385-413.
- KROESCHEL, Karl, Einung. In: Lexikon des Mittelalters III, Stuttgart/Weimar 1999, Sp. 1746-1747 (CD-Rom-Ausgabe 2000).
- KRUSE, Holger/PARAVICINI, Werner/RANFT, Andreas (Hg.), Ritterorden und Adelsgesellschaften im spätmittelalterlichen Deutschland. Ein systematisches Verzeichnis (Kieler Werkstücke, Reihe D: Beiträge zur europäischen Geschichte des späten Mittelalters, Bd. I), Frankfurt am Main 1991.
- KSOLL, Margit, Die wirtschaftlichen Verhältnisse des bayerischen Adels 1600-1679. Dargestellt an den Familien Törring-Jettenbach, Törring zum Stain sowie Haslang zu Haslangkreit und Haslang zu Hohenkammer (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, Bd. 83), München 1986.
- LANG, Heinrich v./FREYBERG, Maximilian P. v./RUDHART, Georg T. (Hg.), Regesta sive Rerum Boicarum Autographa ad annum usque MCCC e Regni Scriniis fideliter in Summas contracta juxtaque genuinam terrae stirpisque diversitatem in Bavarica, Alemanica et Franconica, 14 Bde., München 1822-1927.
- LANG, Karl H. Ritter v., Geschichte des Bairischen Herzogs Ludwig des Bärtigen zu Ingolstadt, Nürnberg 1821.
- LANZINNER, Maximilian, Fürst, Räte und Landstände. Die Entstehung der Zentralbehörden in Bayern 1511-1598 (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 61), Göttingen 1980.
- LANZINNER, Maximilian, Reichssteuern in Bayern im 15. und 16. Jahrhundert. In: Helmrath, Johannes/ Müller, Heribert/ Wolff, Helmut (Hg.), Studien zum 15. Jahrhundert. Festschrift für Erich Meuthen, Bd. 2, München 1994, S. 821-843.
- LASCHINGER, Johannes, Ludwig IX. In: NDB XV, Berlin 1987, S. 365-366.
- LEIDINGER, Georg (Hg.), Andreas von Regensburg. Sämtliche Werke (Quellen und Erörterungen zur bayerischen und deutschen Geschichte, NF, Bd. 1), München 1903 [ND Aalen 1969].
- LEIDINGER, Georg (Hg.), Veit Arnpeck. Sämtliche Chroniken (Quellen und Erörterungen zur bayerischen und deutschen Geschichte, NF, Bd. 3), München 1915 [ND Aalen 1969].
- LEITGEB, Guido, Das altbayerische Edelgeschlecht Leitgeb. In: VHVN 64 (1931), S. 131-146.
- LERCHENFELD, Gustav Frhr. v., Die altbaierischen landständischen Freibriefe mit den Landesfreiheitserklärungen. Mit einer Einleitung von Ludwig Rockinger, München 1853.
- LEXER, Michael v. (Hg.), Johannes Turmair's genannt Aventinus Bayerische Chronik, Bd. 2 (Johannes Turmair's genannt Aventinus Sämtliche Werke, Bd. 5), München 1886.
- LIEBERICH, Heinz, Landherren und Landleute. Zur politischen Führungsschicht Baierns im Spätmittelalter (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, Bd. 63), München 1964.
- LIEBERICH, Heinz, Die gelehrten Räte. Staat und Juristen in Baiern in der Frühzeit der Rezeption. In: ZBLG 27 (1964), S. 120-189.
- LIEBERICH, Heinz, Die bayerischen Landstände 1313/40-1807 (Materialien zur bayerischen Landesgeschichte, Bd. 7), München 1990.
- LIEBERICH, Heinz, Die Landschaft des Herzogtums Baiern. In: MAO 14 (1943), S. 285-308.

- LIEBERICH, Heinz, Zur Feudalisierung der Gerichtsbarkeit in Baiern. In: ZRG GA 71 (1954), S. 243-338.
- LIEBERICH, Heinz, Übersicht über die im Herzogtum Baiern 1450-1500 landsässigen Geschlechter und ihre Besitzungen seit der Mitte des 15. Jahrhunderts bis zum Ausgang der Landschaft (1807). In: MAO 16-19 (1943/1944), S. 329-476.
- LIEBERICH, Heinz, Übersicht über die von 1500-1600 neu in die bayerische Landschaft gekommenen Familien und deren landtafelmäßige Besitzungen bis zum Ausgang der Landschaft (1807). In: MAO 20 (1944), S. 477-532.
- LIEBERICH, Heinz, Übersicht über die Prälaten der Landschaft des Herzogtums Baiern. In: MAO 23 (1945), S. 593-632.
- LIEBERICH, Heinz, Der Bürgerstand in der bayerischen Landschaft. In: MAO 24 (1945), S. 633-665.
- LIEBERICH, Heinz, Übersicht über die Gerichtsorganisation der heute zu Oberbayern gehörigen Landesteile des Kurfürstentums Bayern vom 16. bis 18. Jahrhundert. In: MAO 3-9 (1940), S. 49-158.
- LIEBERICH, Heinz, Übersicht über die selbständigen Gerichte im Herzogtum Baiern. In: MAO 29-36 (1948-1950), S. 762-1074.
- LIEBERICH, Heinz, Klerus und Laienwelt in der Kanzlei der bayerischen Herzöge des 15. Jahrhunderts. In: ZBLG 29 (1966), S. 239-258.
- LIEBERICH, Heinz, Patrizier. In: HRG III, Berlin 1984, Sp. 1551-1558.
- LIEBERICH, Heinz, Rittermäßigkeit und bürgerliche Gleichheit. Anmerkungen zur gesellschaftlichen Stellung des Bürgers im Mittelalter. In: Gagnér Sten/Schlosser Hans/Wiegand Wolfgang (Hg.), Festschrift für Hermann Krause, Köln/Wien 1975, S. 66-93.
- LIEBERICH, Heinz, Etterrecht und Ettergerichtsbarkeit in Baiern. In: ZBLG 21 (1958), S. 472-484.
- LIEBERICH, Heinz, Bayerische Hofgerichtsprotokolle des 15. Jahrhunderts. In: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 36 (1976), S. 7-22.
- LIEBERICH, Heinz, Die Anfänge der Polizeigesetzgebung des Herzogtums Baiern. In: Albrecht, Dieter/Kraus, Andreas/Reindel, Kurt (Hg.), Festschrift für Max Spindler zum 75. Geburtstag, München 1969, S. 307-378.
- LIEBERICH, Heinz, Die Landschaft des Herzogtums Baiern. In: MAO 14 (1943), S. 285-308.
- LIEBERICH, Heinz, Einige Grundbegriffe über Gericht und Verwaltung im mittelalterlichen Baiern. In: MAO 25 (1947), S. 666-702.
- LIEBERICH, Heinz, Das bayerische Heerwesen bis 1800. In: MAO 37 (1950), S. 1075-1120.
- LINDNER, Theodor, Die Vemeprozesse gegen Herzog Heinrich den Reichen von Bayern-Landshut (Deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Bd. 3) Freiburg 1890, S. 65-99.
- LUBOS, Rita, Das Landgericht Eggenfelden (Historischer Atlas von Bayern, Altbayern, Bd. 28), München 1971.
- LUCHA, Gerda M., Kanzleischriftgut, Kanzlei, Rat und Regierungssystem unter Herzog Albrecht III. von Bayern-München 1438-1460 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 545), Frankfurt am Main u.a. 1993.
- LUTZ, Heinrich/SCHMID, Alois, Vom Humanismus zur Gegenreformation. In: Spindler, Max, Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. II, hrsg. von Andreas Kraus, 2. Aufl., München 1988, S. 861-875.
- MÄRTL, Claudia, Zur Biographie des bayerischen Geschichtsschreibers Andreas von Regensburg. In: Regensburg und Bayern im Mittelalter (Studien und Quellen zur Geschichte Regensburgs, Bd. 4), Regensburg 1987, S. 33-56.
- MÄRTL, Claudia, Andreas von Regensburg. In: Ratisbona Sacra. Das Bistum Regensburg im Mittelalter. Ausstellung anlässlich des 1250jährigen Jubiläums der kanonischen

- Einrichtung des Bistums Regensburg durch Bonifatius 739-1989, München/Zürich 1989, S. 238-241.
- MÄRTL, Claudia, Andreas von Regensburg – Augustinerchorherr und Geschichtsschreiber (ca. 1380 – ca. 1442). In: Dietz, Karlheinz/Waldherr, Gerhard (Hg.), *Berühmte Regensburger. Lebensbilder aus zwei Jahrtausenden*, Regensburg 1997, S. 99-103.
- MARON, Oskar, *Das Recht der Vormundschaft in Ober- und Niederbayern bis zum Ausgang des Mittelalters. Unter besonderer Berücksichtigung der Lex Baiuvariorum und der Rechtsbücher Ludwigs des Bayern*, Aschaffenburg 1909.
- MATHIES, Christiane, *Kurfürstenbund und Königtum in der Zeit der Hussitenkriege. Die kurfürstliche Reichspolitik gegen Sigmund im Kraftzentrum Mittelrhein (Quellen und Abhandlungen zur mittelhheinischen Kirchengeschichte, Bd. 32)*, Mainz 1978.
- MAU, Hermann, *Die Rittergesellschaften mit St. Jörgenschild in Schwaben. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Einungsbewegung im 15. Jahrhundert. Bd. I: Politische Geschichte 1406-1437 (Darstellungen aus der Württembergischen Geschichte, Bd. 33)*, Stuttgart 1941.
- MAYER, Theodor, *Die Ausbildung der Grundlagen des modernen deutschen Staates im hohen Mittelalter*. In: HZ 159 (1939), S. 457-487.
- MEINDL, Konrad, *Genealogische Abhandlung über das altbairische Adelsgeschlecht der Ritter, Freiherren und Grafen von Aham auf Hagenau, Wildenau und Neuhaus*. In: VHVN 20 (1878), S. 279-413.
- MEUTHEN, Erich, *Das 15. Jahrhundert (Oldenbourg-Grundriß der Geschichte, Bd. 9)*, 3. Aufl., München 1996.
- MILITZER, K., *Patriziat. I. Allgemein, Deutschland*. In: *Lexikon des Mittelalters VI*, Stuttgart/Weimar 1999, Sp. 1797-1806 (CD-ROM-Ausgabe 2000).
- MOEGLIN, Jean-Marie, *Die Genealogie der Wittelsbacher: Politische Propaganda und Entstehung der territorialen Geschichtsschreibung in Bayern im Mittelalter*. In: *MIÖG* 96 (1988), S. 33-54.
- MOEGLIN, Jean-Marie, *Dynastisches Bewußtsein und Geschichtsschreibung. Zum Selbstverständnis der Wittelsbacher, Habsburger und Hohenzollern im Spätmittelalter*. In: HZ 256 (1993), S. 593-635.
- MOEGLIN, Jean-Marie, *Les Ancêtres du Prince. Propagande politique et naissance d'une histoire nationale en Bavière au moyen age (1180-1500) (Hautes Etudes médiévales et modernes 5)* Genève 1985.
- MUBINAN, Joseph v., *Geschichte des Löwlerbundes unter dem baierischen Herzog Albrecht IV. vom Jahre 1488 bis 1495*, München 1817.
- NEUDEGGER, M. J., *Zur Geschichte der Reichsherrschaft Laber auf dem Nordgau 1118-1802*. In: *VHVO* 54 (1902), S. 1-155.
- NIEDERLECHNER, Jutta, *Ein Beitrag zur Vormundschaftsgeschichte Herzog Heinrichs XVI. von Niederbayern-Landshut (1393-1403)*. In: *Festgabe für Prof. Dr. Hans Rall*, München 1982, S. 79-92.
- NYHOLM, Kurt, *Fueterer, Ulrich*. In: *Verfasserlexikon II*, 2. Aufl., Berlin/New York 1980, Sp. 999-1007.
- OBENAU, Herbert, *Recht und Verfassung der Gesellschaften mit St. Jörgenschild in Schwaben. Untersuchungen über Adel, Einung, Schiedsgericht und Fehde im fünfzehnten Jahrhundert (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 7)*, Göttingen 1961.
- OSWALD, Gotthard, *Die Herren von Puchberg*. In: *VHVN* 55 (1920), S. 19-32.
- OW, Anton v., *Urkundenregesten aus dem Schloßarchive zu Haiming an der Salzach*. In: *VHVN* 30 (1894), S. 129-272.

- PAMMLER, Joseph, Geschichte des Schlosses und der Herrschaft Haidenburg. In: VHV 12 (1866), S. 147-248.
- PARAVICINI, Werner, Die ritterlich-höfische Kultur des Mittelalters (Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 32), 2. Aufl., München 1999.
- PATZE, Hans (Hg.), Geschichtsschreibung und Geschichtsbewußtsein im späten Mittelalter (Vorträge und Forschungen, Bd. 31), Sigmaringen 1987.
- PATZE, Hans, Die Wittelsbacher in der mittelalterlichen Politik Europas. In: ZBLG 44 (1981), S. 33-79 [wieder gedruckt in Johanek, Peter/Schubert, Ernst/Werner Matthias (Hg.), Ausgewählte Aufsätze von Hans Patze (Vorträge und Forschungen, Bd. 50), Bad Langensalza 2002, S. 630-673].
- PIENDL, Max, Die Ritterbünde der Böckler und Löwler im Bayerischen Wald. In: Fink, Alois (Hg.), Unbekanntes Bayern. Burgen, Schlösser, Residenzen, Bd. 5, 2. Aufl., München 1961, S. 72-80.
- PIENDL, Max/HOLZFURTNER, Ludwig (Bearb.), Mitterfels. Die Pfliegerichte Mitterfels und Schwarzach und die Herrschaften Falkenstein, Brennbach und Siegenstein (Historischer Atlas von Bayern, Altbayern, Bd. 62), München 2002.
- PFEIFFER, Gerhard, Die Bedeutung der Einung im Stadt- und Landfrieden. In: ZBLG 32 (1969), S. 815-831.
- PRINZ, Friedrich, Die bayerischen Dynastengeschlechter des Hochmittelalters. In: Glaser, Hubert (Hg.), Wittelsbach und Bayern. Die Zeit der frühen Herzöge. Von Otto I. zu Ludwig dem Bayern, Bd. I/1, München/Zürich 1980, S. 253-267.
- PRINZ, Friedrich, Grundlagen und Anfänge. Deutschland bis 1056 (Neue deutsche Geschichte, Bd. 1), 2. Aufl., München 1993.
- RALL, Hans/RALL, Marga, Die Wittelsbacher in Lebensbildern, Graz/Wien/Köln 1986.
- RALL, Hans (Hg.), Wittelsbacher Hausverträge des späten Mittelalters. Die haus- und staatsrechtlichen Urkunden der Wittelsbacher von 1310, 1329, 1392/93, 1410 und 1472 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, Bd. 71), München 1987.
- RANFT, Andreas, Adelsgesellschaften. Gruppenbildung und Genossenschaft im spätmittelalterlichen Reich (Kieler Historische Studien, Bd. 38), Sigmaringen 1994.
- RANFT, Andreas, Reichsreform als Adelsreform? Das Beispiel der Adelsgesellschaften. In: Hlaváček, Ivan/Patschovsky, Alexander (Hg.), Reform von Kirche und Reich zur Zeit der Konzilien von Konstanz (1414-1418) und Basel (1431-1449). Konstanz-Prager Historisches Kolloquium (11.-17. Oktober 1993), Konstanz 1996, S. 135-156.
- RANKL, Helmut, Landvolk und frühmoderner Staat in Bayern 1400-1800, 2 Bde. (Studien zur bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte, Bd. XVII/I und II), München 1999.
- RÄDLINGER, Christine, Die große Krise. Finanzielle Probleme und Verfassungskämpfe 1365 bis 1403. In: Bauer, Richard (Hg.), Geschichte der Stadt München, München 1992, S. 97-119.
- RÄDLINGER, Christine, Überlieferung und Propaganda. Die Münchner Verfassungskämpfe von 1397 bis 1403 in einer Quelle des 16. Jahrhunderts. In: OA 117/118 (1993/94), S. 155-173.
- REINDEL, Kurt, Heinrich XVI. In: NDB VIII, Berlin 1969, S. 346.
- REINDEL-SCHEDL, Helga, Laufen an der Salzach. Die alt-salzburgischen Pfliegerichte Laufen, Staufeneck, Teisendorf, Tittmoning und Waging (Historischer Atlas von Bayern, Altbayern, Bd. 55), München 1989.
- REINLE, Christine, Wappengenossen und Landleute. Der bayrische Niederadel zwischen Aufstieg und Ausgrenzung. In: Andermann, Kurt/Johanek, Peter (Hg.), Zwischen Nicht-Adel und Adel (Vorträge und Forschungen, Bd. 53), Stuttgart 2001, S. 105-156.
- REINLE, Christine, Die Peuscher. Zum sozialen Aufstieg eines bayerischen Niederadelsgeschlechts im späten Mittelalter. In: ZBLG 58 (1995), S. 901-957.
- REINLE, Christine, Bauernfehden. Studien zur Fehdeführung Nichtadliger im spätmittelalterlichen römisch-deutschen Reich, besonders in den bayerischen

- Herzogtümern (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte Nr. 170), Stuttgart 2003.
- RIEDENAUER, Erwin, Das Herzogtum Bayern und die kaiserlichen Standeserhebungen des späten Mittelalters. Zur Frage einer habsburgischen Adelspolitik im Reich. In: ZBLG 36 (1973), S. 600-644.
- RIEDEL, Adolph F., Codex diplomaticus Brandenburgensis. Sammlung der Urkunden, Chroniken und sonstigen Geschichtsquellen für die Geschichte der Mark Brandenburg und ihrer Regenten, Bd. III/1, Berlin 1859.
- RIEZLER, Sigmund v., Geschichte Baierns. Bd. III, Gotha 1889 [ND Aalen 1964].
- RILLING, Stephanie, Studien zu Heinrich dem Reichen von Bayern-Landshut. Aspekte der Sanierung des Herzogtums Anfang bis Mitte des 15. Jahrhunderts. In: VHVN 116/117 (1990/1991), S. 141-208.
- RING, Richard F., Die Entwicklung des Landshuter Stadtrechts bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts. In: VHVN 76 (1950), S. 5-130.
- RIVE, Friedrich, Geschichte der deutschen Vormundschaft. Bd. II. Die Vormundschaft im deutschen Recht des Mittelalters, Braunschweig 1866-1875 [ND Aalen 1969].
- ROCKINGER, Ludwig, Die Folgen der Theilungen Baierns für seine Landesgesetzgebung im Mittelalter (Abhandlungen der historischen Classe der königlich-bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 11/Abt. 2), München 1869, S. 113-17.
- RÖSENER, Werner, Adelsherrschaft als kulturhistorisches Phänomen. Paternalismus, Herrschaftssymbolik und Adelskritik. In: HZ 268 (1999), S. 1-60.
- ROSENTHAL, Eduard, Geschichte des Gerichtswesens und der Verwaltungsorganisation Baierns. Vom Ende des 12. bis zum Ende des 16. Jahrhunderts (1180-1598). Bd. I, Würzburg 1889 [ND Aalen 1968].
- ROTH, Friedrich (Hg.), Des Ritters Hans Ebran von Wildenberg Chronik von den Fürsten aus Bayern (Quellen und Erörterungen zur bayerischen und deutschen Geschichte, NF, Bd. 2,1), München 1905 [ND Aalen 1969].
- SAGSTETTER, Maria R., Hoch- und Niedergerichtsbarkeit im spätmittelalterlichen Herzogtum Bayern (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, Bd. 120), München 2000.
- SCHÄFER, Werner/BÖHM, Erwin, Agnes Bernauer. Geschichte, Dichtung, Bild, Straubing 1995.
- SCHELER, Dieter, Rendite und Repräsentation. Der Adel als Landstand und landesherrlicher Gläubiger in Jülich und im Spätmittelalter. In: Rheinische Vierteljahrsblätter 58 (1994), S. 121-132.
- SCHEUERER, Kurt, Der Münzumlauf in Bayern bis 1506. In: Bayern-Ingolstadt, Bayern-Landshut 1392-1506. Glanz und Elend einer Teilung. Ausstellung des Stadtarchivs, der Wissenschaftlichen Stadtbibliothek und des Stadtmuseums Ingolstadt, hrsg. vom Stadtarchiv Ingolstadt, Ingolstadt 1992, S. 213-215.
- SCHIEFFER, Rudolf/BECKER, Winfried, Adel. In: Staatslexikon I, Freiburg im Breisgau ⁷1985, Sp. 41-45.
- SCHLAGINTWEIT, Michael, Historische Notizen über das Geschlecht der Grafen von Abensberg. In: VHVN 4 (1855), S. 1-32.
- SCHLEICH, Stefan v., Die geistlichen und weltlichen Lehen der Wartter von der Wardt. In: VHVN 61 (1928), S. 199-220.
- SCHLÖGL, Daniel, Stationen des Parlamentarismus in Bayern. Ein Überblick. In: Ziegler Walter (Hg.), Der Bayerische Landtag vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Probleme und Desiderate historischer Forschung (Beiträge zum Parlamentarismus, Bd. 8), München 1995, S. 19-31.
- SCHLOSSER, Hans, Spätmittelalterlicher Zivilprozess nach bayerischen Quellen. Gerichtsverfassung und Rechtsgang (Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte, Bd. 8), Köln/Wien 1971.
- SCHLOSSER, Hans, Rechtsgewalt und Rechtsbildung im ausgehenden Mittelalter. In: ZRG GA 100/101 (1983/1984), S. 9-52.

- SCHLOSSER, Hans/SCHWAB, Ingo, Oberbayerisches Landrecht Kaiser Ludwigs des Bayern von 1346. Edition, Übersetzung und juristischer Kommentar, Köln/Weimar/Wien 2000.
- SCHMID, Alois/WEIGAND, Katharina (Hg.), Die Herrscher Bayerns. 25 historische Portraits von Tassilo III. bis Ludwig III., München 2001.
- SCHMID, Peter, Das Haus Wittelsbach und die Reichssteuer des Gemeinen Pfennigs von 1495. In: ZBLG 51 (1988), S. 51-75.
- SCHMID, Peter, Der Gemeine Pfennig von 1495. Vorgeschichte und Entstehung, verfassungsgeschichtliche, politische und finanzielle Bedeutung (Schriftenreihe der Historischen Kommission 34), Göttingen 1989.
- SCHMIDTNER, Andreas, Genealogie der Püttriche. In: OA 41 (1882), S. 44-89.
- SCHMUCK, Johann, Die finanziellen Beziehungen zwischen der Stadt Landshut und den niederbayerischen Herzogen im 14. Jahrhundert. In: VHVN 105 (1979), S. 77-138.
- SCHNEIDER, Joachim, Überregionale Integrationstendenzen im deutschen Niederadel. In: Schneider, Joachim/Rödel, Dieter, Strukturen der Gesellschaft im Mittelalter, Wiesbaden 1996, S. 115-139.
- SCHNEIDER, Joachim, Spätmittelalterlicher deutscher Niederadel. Ein landschaftlicher Vergleich (Monographien zur Geschichte des Mittelalters, Bd. 52), Stuttgart 2003.
- SCHNURRER, Ludwig, Urkundenwesen, Kanzlei und Regierungssystem der Herzöge von Niederbayern 1255-1340 (Münchener historische Studien, Abt. Geschichtliche Hilfswissenschaften, Bd. 8), Kallmünz 1972.
- SCHÖNEWALD, Beatrix, Von Isabeau bis zur Fleißerin. Aspekte der Geschichte der Frauen in Ingolstadt. In: Sammelblatt des Historischen Vereins Ingolstadt 110 (2001), S. 293-318.
- SCHÖNEWALD, Beatrix, Verwaltungsalltag in den Residenzen Landshut und Ingolstadt 1450-1500. In: Sammelblatt des Historischen Vereins Ingolstadt 102/103 (1993/1994), S. 159-167.
- SCHÖNEWALD, Beatrix, Herzog Ludwig der Reiche von Bayern-Landshut. In: Sammelblatt des Historischen Vereins Ingolstadt 106 (1997), S. 9-20.
- SCHRENCK, Niklas Frhr. v., Register zur bayerischen Adelsgenealogie (Genealogia Boica, Bd. 4), München 1974.
- SCHROTT, Ludwig, Die Herrscher Bayerns. Vom ersten Herzog bis zum letzten König, München 1966.
- SCHUBERT, Ernst, Fürstliche Herrschaft und Territorium im späten Mittelalter (Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 35), München 1996.
- SCHULZ, Knut, Stadtadel und Bürgertum vornehmlich in oberdeutschen Städten im 15. Jahrhundert. In: Elze, Reinhard/Fasoli, Gina (Hg.), Stadtadel und Bürgertum in den italienischen und deutschen Städten des Spätmittelalters (Schriften des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient, Bd. 2), Berlin 1991, S. 161-181.
- SCHWARZ, Georg, Vilsbiburg. Die Entstehung und Entwicklung der Herrschaftsformen im niederbayerischen Raum zwischen Isar und Rott (Historischer Atlas von Bayern, Altbayern, Bd. 37), München 1976.
- SCHWERTL, Gerhard, Zur Geschichte der Landstände im Herzogtum und Kurfürstentum Bayern. In: VHVN 112/113 (1986/87), S. 251-266.
- SCHWERTL, Gerhard, Das Herzogtum Bayern-Landshut – historisch-topographisch betrachtet. In: Spitzlberger, Georg, Das Herzogtum Bayern-Landshut und seine Residenzstadt 1392-1503, Landshut 1993, S. 52-54.
- SCHWERTL, Gerhard, Der Landshuter Erbfolgekrieg (1503-1505). In: Spitzlberger, Georg, Das Herzogtum Bayern-Landshut und seine Residenzstadt 1392-1503, Landshut 1993 S. 55-56.
- SEITZ, Jutta, Die landständische Verordnung in Bayern im Übergang von der altständischen Repräsentation zum modernen Staat (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 62), Göttingen 1999.
- SPIEB, Karl-Heinz, Aufstieg in den Adel und Kriterien der Adelszugehörigkeit im Spätmittelalter. In: Andermann, Kurt/Johaneck, Peter (Hg.), Zwischen Nicht-Adel und

- Adel (Vorträge und Forschungen, Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte, Bd. 53), Stuttgart 2001, S. 1-26.
- SPIEB, Karl-Heinz, Ständische Abgrenzung und soziale Differenzierung zwischen Hochadel und Ritteradel im Spätmittelalter. In: Rheinische Vierteljahrsblätter 56 (1992), S. 181-205.
- SPILLER, Reinhold (Hg.), Ulrich Fietrer. Bayerische Chronik (Quellen und Erörterungen zur bayerischen und deutschen Geschichte, NF, Bd. II/2), München 1909 [ND Aalen 1969].
- SPINDLER, Max (Hg.), Bayerischer Geschichtsatlas, München 1969.
- SPINDLER, Max/KRAUS, Andreas, Die Auseinandersetzungen mit Landesadel, Eiskopat und Königtum unter den drei ersten wittelsbachischen Herzögen (1180-1253). In: Spindler, Max, Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. II, hrsg. von Andreas Kraus, 2. Aufl., München 1988, S. 7-52.
- SPINDLER, Max/KRAUS, Andreas, Grundzüge des inneren Wandels. In: Spindler, Max, Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. II, hrsg. von Andreas Kraus, 2. Aufl., München 1988, S. 53-75.
- SPINDLER, Max/KRAUS, Andreas, Gefährdung der politischen Grundlagen. Der innere Fortschritt. Die Anfänge der Ständebildung. Ludwig IV. In: Spindler, Max, Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. II, hrsg. von Andreas Kraus, 2. Aufl., München 1988, S. 110-145.
- SPINDLER, Max, Die Anfänge des bayerischen Landesfürstentums (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, Bd. 26), München 1937.
- SPITZLBERGER, Georg (Hg.), Das Herzogtum Bayern-Landshut und seine Residenzstadt 1392-1503, Landshut 1993.
- SPITZLBERGER, Georg, Die Bürgerverschwörung zu Landshut 1408 und 1410. In: Spitzlberger, Georg (Hg.), Das Herzogtum Bayern-Landshut und seine Residenzstadt 1392-1503, Landshut 1993, S. 21-26.
- SPITZLBERGER, Georg, Landshuter Stadtbildpflege seit mehr als 500 Jahren. In: Schöner Heimat, Erbe und Auftrag 4 (1985), S. 204-206.
- SPITZLBERGER, Georg, Die Fürsten und ihre Residenzstadt. In: Spitzlberger, Georg (Hg.), Das Herzogtum Bayern-Landshut und seine Residenzstadt 1392-1503, Landshut 1993, S. 9-12.
- SPRINKART, Alfons P., Urkundenwesen, Kanzlei, Rat und Regierungssystem der Pfalzgrafen bei Rhein und Herzoge von Bayern Rudolf I. und Ludwig IV. von 1294 bis 1314 bzw. 1317, München 1981.
- STAHLER, Helmuth, Beiträge zur Geschichte Münchner Bürgergeschlechter im Mittelalter. Die Wilbrecht, Rosenbusch und Pütrich. In: OA 114 (1990), S. 227-281.
- STAUBER, Reinhard, Die Herzöge von München. Die Wiederherstellung der Landeseinheit. In: Schmid, Alois/Weigand, Katharina (Hg.), Die Herrscher Bayerns. 25 historische Portraits von Tassilo III. bis Ludwig III., München 2001, S. 142-157.
- STAUBER, Reinhard, Das Herzogtum Niederbayern und seine Residenzen in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts. In: Sammelblatt des Historischen Vereins Ingolstadt 102/103 (1993/1994), S. 169-180.
- STAUBER, Reinhard, „Unnser lieber Ohaimb, Fürst und Rathe ...“. Überlegungen zum Verhältnis Herzog Georgs des Reichen von Bayern-Landshut zu Kaiser Friedrich III. und König Maximilian I. In: VHV 110/111 (1984/1985), S. 239-258.
- STAUBER, Reinhard, Der letzte Kanzler des Herzogtums Bayern-Landshut. Eine biographische Skizze zu Wolfgang Kolberger. In: ZBLG 54 (1991), S. 239-367.
- STAUBER, Reinhard, Herzog Georg der Reiche von Niederbayern und Schwaben. Voraussetzungen und Formen landesherrlicher Expansionspolitik an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit. In: ZBLG 49 (1986), S. 611-670.
- STAUBER, Reinhard, Herzog Georg von Bayern-Landshut und seine Reichspolitik. Möglichkeiten und Grenzen reichsfürstlicher Politik im wittelsbachisch-habsburgischen Spannungsfeld zwischen 1470 und 1505 (Münchener Historische Studien. Abteilung Bayerische Geschichte 15), Kallmünz 1993.

- STAUBER, Reinhard, Herrschaftsrepräsentation und dynastische Propaganda bei den Wittelsbachern und Habsburgern um 1500. In: Nolte, Cordula/Spieß, Karl-Heinz/Werlich, Ralf-Gunnar (Hg.), *Principes, Dynastien und Höfe im späten Mittelalter* (Residenzforschung 14), Stuttgart 2002, S. 371-402.
- STAUBER, Reinhard, Staat und Dynastie. Herzog Albrecht IV. und die Einheit des „Hauses Bayern“ um 1500. In: ZBLG 60 (1997), S. 539-565.
- STAUDENRAUS, Alois, *Chronik der Stadt Landshut in Bayern*, 2 Bde., Landshut 1832 [ND Passau 1981].
- STECHELE, Karl, Zur Geschichte der Haft Ludwigs „des Gebarteten“ in Burghausen. In: *Altbayerische Monatsschrift* 13 (1915/16), S. 32-42.
- STEPHAN, Michael, Die Erhebung der bayerischen Adelsfamilie von Törring in den Grafenstand. Zum Diplom Kaiser Ferdinands II. mit Goldbulle vom 21. Oktober 1630 im Staatsarchiv München. In: Koch, Walter/Schmid, Alois/Volkert, Wilhelm (Hg.), *Auxilia Historica. Festschrift für Peter Acht zum 90. Geburtstag* (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, Bd. 132), München 2001, S. 417-435.
- STÖRMER, Wilhelm, Die innere Konsolidierung der wittelsbachischen Territorialstaaten in Bayern im 15. Jahrhundert. In: Seibt, Ferdinand/Eberhard, Winfried (Hg.), *Europa 1500. Integrationsprozesse im Widerstreit: Staaten, Regionen, Personenverbände, Christenheit*, Stuttgart 1987, S. 175-194.
- STÖRMER, Wilhelm, Die oberbayerischen Residenzen der Herzöge von Bayern unter besonderer Berücksichtigung von München. In: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 123 (1987), S. 1-24.
- STRAUB, Theodor, Bayern im Zeichen der Teilungen und Teilherzogtümer (1347-1450). In: Spindler, Max, *Handbuch der bayerischen Geschichte*, Bd. II, hrsg. von Andreas Kraus, 2. Aufl., München 1988, S. 196-287.
- STRAUB, Theodor, Die fünf Ingolstädter Herzoginnen. In: *Bayern-Ingolstadt. Bayern-Landshut. 1392-1506. Glanz und Elend einer Teilung. Ausstellung des Stadtarchivs, der Wissenschaftlichen Stadtbibliothek und des Stadtmuseums Ingolstadt*, hrsg. vom Stadtarchiv Ingolstadt, Ingolstadt 1992, S. 43-50.
- STRAUB, Theodor, Die Mailänder Heirat Herzog Stephans III. des Kneißels und das wirkliche Geburtsjahr Herzog Ludwigs des Bärtigen und seiner Schwester Isabeau de Bavière. In: *Sammelblatt des Historischen Vereins Ingolstadt* 77 (1968), S. 5-12.
- STRAUB, Theodor, Isabeau de Bavière, Königin von Frankreich. In: *Bayern-Ingolstadt. Bayern-Landshut 1392-1506. Glanz und Elend einer Teilung. Ausstellung des Stadtarchivs, der Wissenschaftlichen Stadtbibliothek und des Stadtmuseums Ingolstadt*, hrsg. vom Stadtarchiv Ingolstadt, Ingolstadt 1992, S. 51-59.
- STRAUB, Theodor, Isabeau de Bavière. Legende und Wirklichkeit. In: ZBLG 44 (1981), S. 131-155.
- STRAUB, Theodor, Herzog Ludwig der Bärtige von Bayern-Ingolstadt und seine Beziehungen zu Frankreich in der Zeit von 1391 bis 1415 (*Münchener Historische Studien*, Abt. Bayerische Geschichte, Bd. VII), Kallmünz 1965.
- STRAUB, Theodor, Ludwig der Bärtige, Mythos und Wirklichkeit. In: *Sammelblatt des Historischen Vereins Ingolstadt* 110 (2001), S. 75-90.
- STRAUS, Raphael, Die Judenpolitik Herzog Heinrichs des Reichen von Landshut. In: *Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland* 1 (1929), S. 96-118.
- STROMER, Wolfgang v., *Oberdeutsche Hochfinanz 1350-1450*. 3 Bde (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte, Nr. 55-57), Wiesbaden 1970.
- TAUSCHE, Gerhard, Der Teilungsvertrag von 1392. In: Spitzlberger, Georg (Hg.), *Das Herzogtum Bayern-Landshut und seine Residenzstadt 1392-1503*, Landshut 1993, S. 49-51.
- TAUSCHE, Gerhard/EBERMEIER, Werner, *Geschichte Landshuts*, München 2003.

- THIERSCH, Bernhardt, Vervemung des Herzogs Heinrich des Reichen von Baiern durch die heimliche Acht in Westphalen. Ein vollständiger Vemprozeß nach neuentdeckten Urkunden, Essen 1835.
- TÖPFER, Friedrich, Das Oberstjägermeister- und Banneramt, zwei Erbämter des Herzogthums Bayern, im Besitze des Hauses Torring, zugleich die vollständige und beurkundete Darstellung des von Kaspar dem Torringer gegen Herzog Heinrich von Bayern-Landshut geführten Vehmprozesses, München 1842.
- TÖPFER, Friedrich, Geschichte des graeflich Torring-Gutenzellischen Schlosses Pertenstein und der dazu gehörigen Hofmarken Marbang und Sondermanning. In: OA 8 (1947), S. 348-389.
- TÖPFER, Friedrich, Geschichte des Schlosses Seefeld. In: OA 9 (1948), S. 1-58.
- TÖPFER, Friedrich, Geschichte der gräflich Torringischen Schlösser und Hofmarken Winhering, Frauenbühl, Burgfried, Arbing und Waldberg nach den Documenten der gräflich Torringischen Archive. In: OA 9 (1947), S. 147-196.
- TURTUR, Inge, Regierungsform und Kanzlei Herzog Stephans III. von Bayern 1375-1413, 2 Bde., Phil. Diss. masch., München 1952.
- VEIT, Ludwig, Passau. Das Hochstift (Historischer Atlas von Bayern, Altbayern, Bd. 35), München 1978.
- VOIGT, Johannes, Streithandel zwischen den Herzogen Ludwig dem Bärtigen von Ingolstadt und Heinrich dem Reichen von Landshut über die Landestheilung von 1392. In: Abhandlungen der Historischen Classe der königlich bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 8/2, München 1857, S. 298-308.
- VOLKERT, Wilhelm, Kanzlei und Rat in Bayern unter Herzog Stephan II. 1331-1375. Studien zur Verfassungsgeschichte Bayerns im 14. Jahrhundert. Diss. masch., München 1952.
- VOLKERT, Wilhelm, Die älteren bayerischen Landtafeln. In: Archivalische Zeitschrift 75 (1979), S. 250-262.
- VOLKERT, Wilhelm, Staat und Gesellschaft. Erster Teil: Bis 1500. In: Spindler, Max, Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. II, hrsg. von Andreas Kraus, 2. Aufl., München 1988, S. 535-624.
- VOLKERT, Wilhelm, Verwaltung im spätmittelalterlichen Bayern. In: ZBLG 61 (1998), S. 17-31.
- VOLKERT, Wilhelm, Die älteren bayerischen Herzogsurbare. In: Blätter für oberdeutsche Namenforschung 7 (1966), S. 1-32.
- WEFERS, Sabine, Das politische System Kaiser Sigmunds (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz Abteilung Universalgeschichte, Bd. 138) (Beiträge zur Sozial- und Verfassungsgeschichte des Alten Reiches Nr. 10), Stuttgart 1989.
- WEBER, Max, Soziologische Grundbegriffe, 6. Aufl., Tübingen 1984.
- WEILAND, Ludwig (Bearb.), Sächsische Weltchronik. (MGH Scriptorum qui vernacula lingua usi sunt II) (Deutsche Chroniken und andere Geschichtsbücher des Mittelalters, Bd. 2), Hannover 1877, S. 1-384.
- WEINDL, Hans, Der Ueberfall auf den Röcklturm. In: Festaussgabe zur Landshuter Fürstenhochzeit 1475, Landshuter Zeitung vom 27. Juni 1959, S. 12f.
- WEINFURTER, Stefan, Die Einheit Bayerns. Zur Primogeniturordnung des Herzogs Albrecht IV. von 1506. In: Dickerhof, Harald (Hg.), Festgabe Heinz Hürten zum 60. Geburtstag, Frankfurt a. M. 1988, S. 225-242.
- WEINFURTER, Stefan, Herzog, Adel und Reformation. Bayern im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit. In: ZHF 10 (1983), S. 1-39.
- WERNER, Karl F., Adel. In: Lexikon des Mittelalters I, Stuttgart/Weimar 1999, Sp. 118-128 (CD-ROM-Ausgabe 2000).

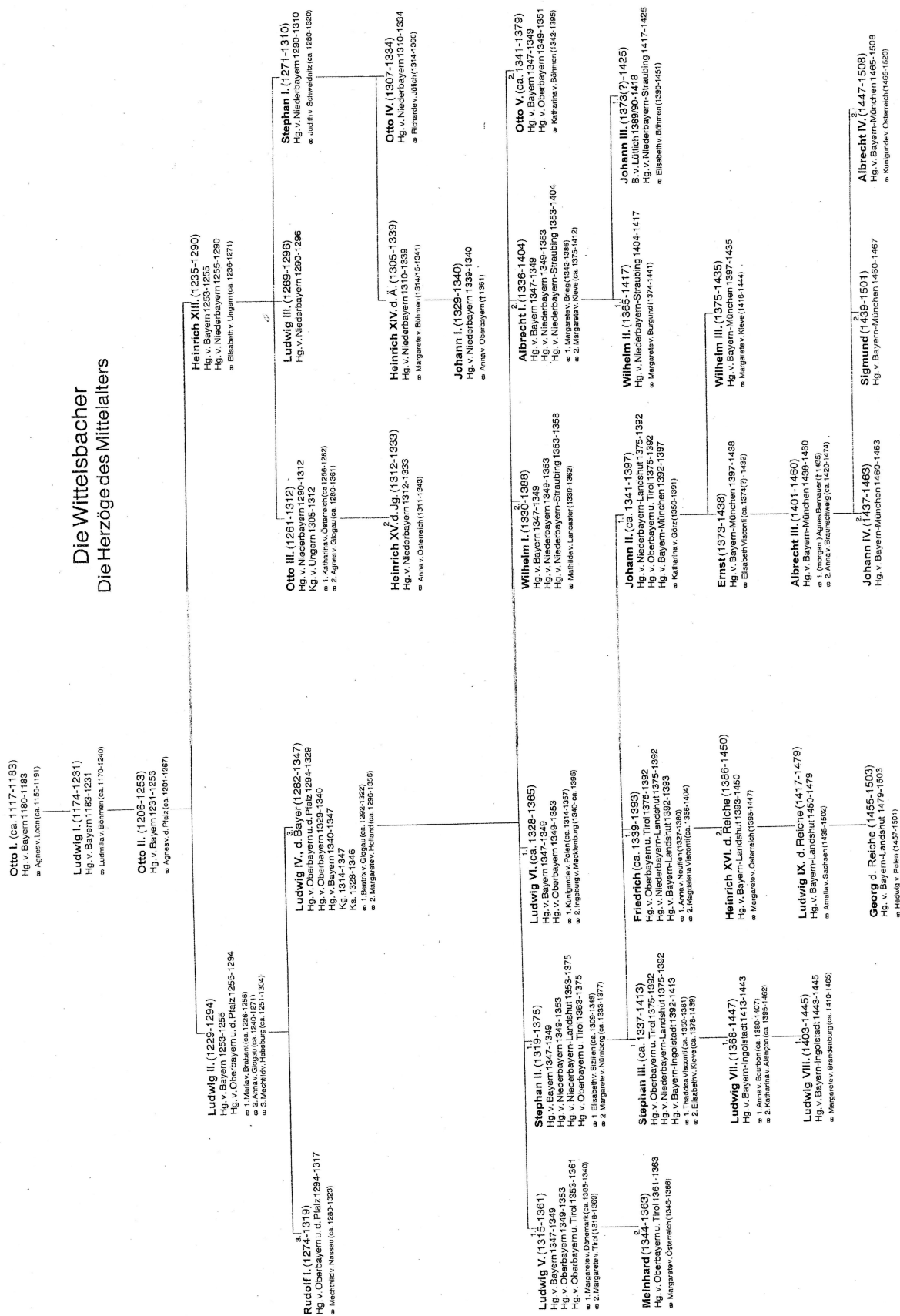
- WILD, Joachim (Bearb.), Die Fürstenkanzlei des Mittelalters. Anfänge weltlicher und geistlicher Zentralverwaltung in Bayern (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns, Bd. 16), Neustadt a. d. Aisch 1983.
- WILD, Joachim, Die Herzöge von Straubing und Ingolstadt. Residenzstädte auf Zeit. In: Schmid, Alois/Weigand, Katharina (Hg.), Die Herrscher Bayerns. 25 historische Portraits von Tassilo III. bis Ludwig III., München 2001, S. 118-129.
- WILD, Joachim, Vom Handzeichen zur Unterschrift. Zur Entwicklung der Unterfertigung im Herzogtum Bayern. In: ZBLG 63 (2000), S. 1-21.
- WILLOWEIT, Dietmar, Viztum. In: HRG V, Berlin 1998, Sp. 929-930.
- WILLOWEIT, Dietmar, Territorialstaat. In: HRG, Bd. V, Berlin 1998, Sp. 146-149.
- WILLOWEIT, Dietmar, Die Entwicklung und Verwaltung der spätmittelalterlichen Landesherrschaft. In: Jeserich, Kurt G. A./Pohl, Hans/Unruh, Georg-Christoph v. (Hg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte. Vom Spätmittelalter bis zum Ende des Reiches, Bd. I, Stuttgart 1983, S. 66-143.
- WITTMANN, Michael (Hg.), Monumenta Wittelsbacensia. Urkundenbuch zur Geschichte des Hauses Wittelsbach. Bd. II (Quellen und Erörterungen zur bayerischen und deutschen Geschichte, Bd. 6), München 1861.
- WÜRDINGER, Johann, Kriegsgeschichte von Bayern, Franken, Pfalz und Schwaben von 1347 bis 1506. Bd. I: Kriegsgeschichte und Kriegswesen von 1347-1458, München 1868.
- ZEITLER, Andreas, Zwischen Fürstenmacht und Ritterfreiheit. Die Ritterbünde der Böckler und Löwler in Ostbayern, Amberg 1989.
- ZIEGLER, Walter, Studien zum Staatshaushalt Bayerns in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Die regulären Kammereinkünfte des Herzogtums Niederbayern 1450-1500, München 1981.
- ZIEGLER, Walter, Die Bedeutung des Beinamens „reich“ der Landshuter Herzöge Heinrich, Ludwig und Georg. In: Fried, Pangkraz/Ziegler, Walter (Hg.), Festschrift für Andreas Kraus zum 60. Geburtstag (Münchener Historische Studien. Abteilung Bayerische Geschichte, Bd. X), Kallmünz 1982, S. 161-181.
- ZIEGLER, Walter, Die niederbayerischen Residenzen im Spätmittelalter. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 123 (1987), S. 25-49.
- ZIEGLER, Walter, Die Herzöge von Landshut. Die reichen Verlierer. In: Schmid, Alois/Weigand, Katharina (Hg.), Die Herrscher Bayerns. 25 historische Portraits von Tassilo III. bis Ludwig III., München 2001, S. 130-141.
- ZIEGLER, Walter, Europäische Verbindungen der Landshuter Herzöge im 14. und 15. Jahrhundert. In: Vor Leinberger. Landshuter Skulptur im Zeitalter der Reichen Herzöge 1393-1503. Bd. I (Schriften aus den Museen der Stadt Landshut, Bd. 10), Ausstellungskatalog in zwei Bänden, Landshut 2001, S. 27-50.
- ZIEGLER, Walter (Hg.), Der Bayerische Landtag vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Probleme und Desiderate historischer Forschung. Kolloquium des Instituts für Bayerische Geschichte am 20. Januar 1995 im Maximilianeum in München (Beiträge zum Parlamentarismus, Bd. 8), München 1995.
- ZIRNGIEBEL, Eberhard, Die sogenannten Neuburger Kopialbücher. In: Archivalische Zeitschrift, NF 1 (1890), S. 241-261.
- ZORN, Eberhard, Landshut. Entwicklungsstufen mittelalterlicher Stadtbaukunst, Landshut 1979.
- ZÖPF, Bernhard, Historische Notizen über die adeligen Geschlechter der Seiboltsdorfer zu Freyen-Seiboltsdorf, der Edlen von Puch zu Buch am Erlbache, der Edlen von Ecker und über die ehemalige Reichsherrschaft Frauenhofen und deren Besitzer. In: VHVN 6 (1858), S. 131-142.

G. Anhang

I. Übersicht über die Adeligen in den höchsten Staatsämtern in Bayern-Landshut während der Vormundschaftszeit Herzog Heinrichs XVI. des Reichen (1393-1404)

Konrad Preysing zu Wolnzach	1387 – 1393 1389 – 1393	Hofmeister Viztum
Oswald Törring zu Stein	Febr./März 1394 - 1398	Viztum
Wilhelm Fraunberger zum Haag	April 1398 - Febr. 1399	Viztum
Ulrich Ecker zu Saldenburg	August 1399 - 1409	Viztum
Hiltpolt Fraunberger zu Prunn	Juni 1398 - Juni 1399	Hofmeister
Wilhelm Fraunhofer zu Neufraunhofen	August 1401 – 1427	Hofmeister
Georg Aichberger im Moos	1403	Frauenhofmeister
Albrecht Preysing zu Kopfsburg	August 1399/1403 - mindestens 1421 1411 - mindestens 1421	Kammermeister zugleich Viztum

Die Wittelsbacher Die Herzöge des Mittelalters



II. Stammtafel (aus: SCHMID/WEIGAND, Herrscher Bayerns, S. 444f)